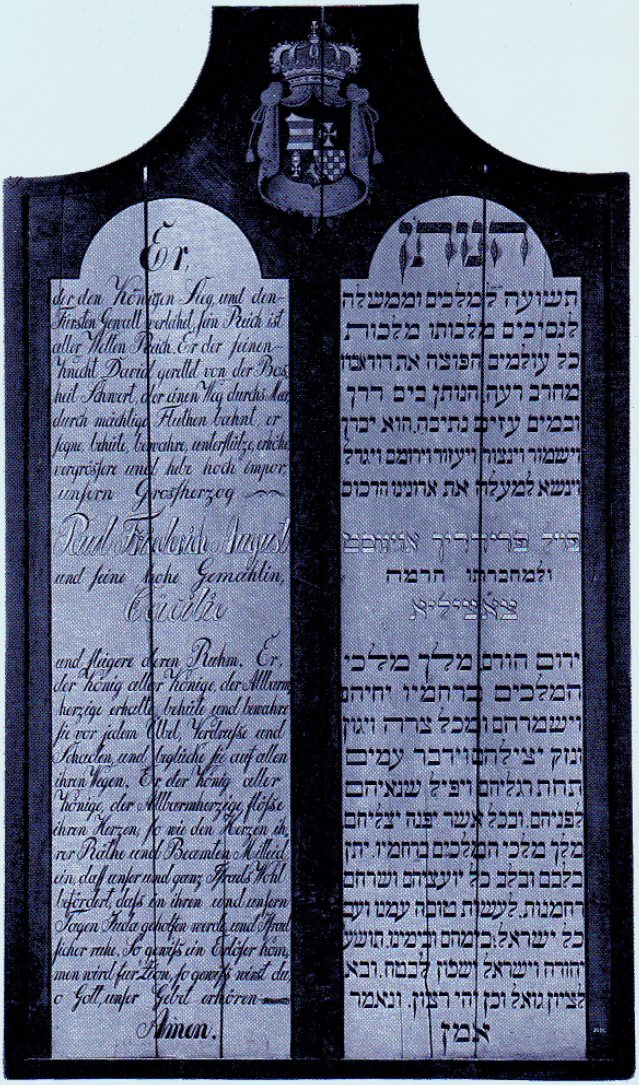
Leo Trepp

OLDIE OLDENBURGER JUDENSCHAFT



LEO TREPP

DIE OLDENBURGER JUDENSCHAFT

Bild und Vorbild jüdischen Seins und Werdens
in Deutschland



HEINZ HOLZBERG VERLAG - OLDENBURG

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Gefördert mit Hilfe von Forschungsmitteln des Landes Niedersachsen,
der Oldenburg-Stiftung e. V. und der Stadt Oldenburg

ISBN 3 87358 056 X

© 1973 by Leo Trepp, Napa, Calif., U.S.A.
© 1973 Heinz Holzberg Verlag KG, Oldenburg. Für die deutsche Ausgabe.
Satz und Druck: Isensee, Oldenburg. Einband: A. Kuhlmann, Oldenburg.

DEN ENTSCHWUNDENEN JUDEN
ZUM GEDENKEN;
IHREM LEBENDEN VERMÄCHTNIS
IN TREUE;
DEN WAHRERN DIESES VERMÄCHTNISSES,
WAS IMMER IHR GLAUBE,
IN VERBUNDENHEIT;
DEN FREUNDEN
ZUM DANK.

VORWORT

Warum Oldenburg? Hat die kleine jüdische Gemeinschaft eines kleinen deutschen Staates einen Anspruch auf ein Interesse der Welt und des Gesamtjudentums an ihrem Schicksal? Im Rahmen der Geschichte alter jüdischer Gemeinden in Deutschland war die Spanne ihres uns nachweisbaren Lebens kurz, nur etwa 600 Jahre. Selbst hier sind die geschichtlichen Unterlagen für die ersten 300 Jahre überaus dürftig. Und dennoch verdient das Geschichtserlebnis der Oldenburger Judenschaft die Aufmerksamkeit der Welt, vor allem der jüdischen.

Ihr Anspruch besteht auf ihrer Bedeutung. Ihre Geschichte erfüllt zwei grundlegende Voraussetzungen, auf denen dieser Anspruch einer allgemeingültigen Behandlung ruht. Sie bietet in kleinem Rahmen, und daher in besonderer Schärfe, ein Spiegelbild des deutsch-jüdischen Schicksals und führt dadurch zu einem Gesamtverständnis des deutschen Judentums. Darüber hinaus war der Beitrag dieser kleinen jüdischen Landesgemeinde bahnbrechend, führend und nachwirkend. Die Männer, die in ihr wirkten, legten die Grundlagen neuzeitlicher Gemeindeorganisation, moderner Theologie und der Ideologien, die den Richtungen im modernen Judentum ihre Formen gaben. Sie schufen aus dem Oldenburger Erlebnis, ihr Erbe wirkt noch immer nach als lebendige Kraft.

Oldenburg war ein kleiner Staat, Grafschaft, Herzogtum, Großherzogtum, Freistaat. Es war ein Gefüge, das sich aus noch kleineren, aber verschiedenartigen Einzelteilen zusammensetzte. In jedem dieser Teile erfuhren die Juden ursprünglich verschiedenes Schicksal. Nach dem Zusammenschluß, dem Verschmelzen der Teile, verband sie *ein* Schicksal, im Streben, Ringen ums Bürgerrecht, in innerer Organisation und jüdischem Gemeindeleben. Nach vorübergehendem Erfolg kam Leid, bittere Not, und schließlich Opfertod und Zerstörung. Im Kleinen spiegelt sich das Schicksal der deutschen Juden, denn auch das Deutsche Reich erwuchs aus vielen kleinen Teilen, die landschaftlich und im Wesen ihrer Bewohner trotz Nähe und Begrenztheit sich oft in starken Gegensätzen gegenüberstanden. Das Bestreben der Herrscher, der Wille der Kirche und das Drängen der Bevölkerung bestimmten den Wechsel des jüdischen Schicksals. So sehen wir es auch hier. Doch da alles so klein war, reicht das Geschehen ins Persönliche hinein und wird darum ganz klar. So wirft es ein Licht auf die Gesamtgeschichte und ihre Hintergründe.

Zudem ersteht dem Berichterstatter ein tragischer „Vorteil". Das Geschichtsbild ist abgerundet. Der patriarchalische Staat Oldenburg besteht nicht mehr. Zu klein für Selbstverwaltung, wurde er nach dem Zweiten Weltkriege aufgelöst und dem Staate Niedersachsen einverleibt. Sein Eigenschicksal hat sich erfüllt. Auch die Judengemeinde des Landes ist verschwunden. Ein dürftiger Versuch, sie nach der Hitlerzeit noch einmal zu beleben, scheiterte, denn es fehlte an Menschen. Gegen 1968 übernahm der Landesverband der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens Besitztum und Betreuung der Überlebenden. Nimmt diese Entwicklung die Zukunft der Juden in Deutschland vorweg?

Falls nicht in unvorhersehbarer, wundersamer Weise die Zahl und Kraft dieser Juden erneuert wird, so läßt sich wohl leider sagen, daß Oldenburg auch hier „führend" ist.
Bedeutungsvoll ist es jedoch für uns, wie eben Oldenburg führend *war*, und wie die Ergebnisse dieser Führung noch heute nachwirken. Vor uns erscheint das Leben und das Werk großer Männer. Nathan Adler tritt uns entgegen, der erste der deutschen Rabbiner, die an einer deutschen Universität promovierten. Orthodox, aber neuzeitlich, legte er im Oldenburger Land die Grundlagen einer Gemeindeorganisation, die er später, als *Chief Rabbi of the British Empire*, zur Erneuerung des jüdischen Lebens im Britischen Reiche dort zu voller Entfaltung brachte.
Wir begegnen dem jungen Samson Raphael Hirsch, zeitlebens ein Kämpfer, was schon in Oldenburg sichtbar wurde. In ihm verband sich, aus der Oldenburger Zeit stammend, eine kompromißlose Orthodoxie, die jedoch mit eingreifenden Erneuerungsideen verbunden war und auf einer tiefen Liebe sowohl zum Judentum wie zum Deutschtum und zum deutschen Volk und Land ruhte. Hier war eine Synthese von Judentum und Welt, die Hirsch in Oldenburg zu einem theologischen System erbaute, und die noch immer für das orthodoxe Judentum der Welt weitgehend maßgebend ist.
Hirschs Schüler und Hausgenosse in Oldenburg war Heinrich Graetz. Seine Oldenburger Jahre dürften für sein Gesamtleben bestimmend gewesen sein. Er kam als radikaler Reformer zu Hirsch, dem Orthodoxen, und verließ ihn als Graetz, der konservative Jude. Zeitlebens, als Mann der Mitte im Feuer der Attacken beider Seiten stehend, schuf er sein monumentales Werk, *Jüdische Geschichte*. Ohne das Oldenburger Erlebnis wäre Graetz dem Judentum verlorengegangen, durch dieses gewann er die Kraft; sein Werk wird noch immer viel gelesen, auch in Übersetzungen.
So folgte dem Erbauer Adler der neo-orthodoxe Theologe Hirsch; unter seinem Einfluß wurde Graetz zum konservativen Führer geprägt. Als Hirschs Nachfolger erscheint nun der Reformrabbiner Bernhard Wechsler. Als ein Schüler Abraham Geigers, des großen Gründers klassischer Reform, stand Wechsler vor der Aufgabe, den Radikalismus seines Meisters ins Traditionelle hin zu mäßigen, um seine Gemeinde führen zu können, den Juden in ihren Bedürfnissen dienen zu können, und, nicht zuletzt, um dem Auftrag des Großherzogs an ihn, den großherzoglich berufenen Landesrabbiner, gerecht zu werden. Die Regierung wollte die Wohlfahrt ihrer Untertanen — Frieden und nicht Streit. Dabei nahm Wechsler, im Wirken wie auf Rabbinerkonferenzen, die Entwicklung vorweg, der das Reformjudentum gerade in unsere Zeit gefolgt ist und folgt: die Wendung zur Tradition.
Die Gemeinde in Oldenburg erlebte alle jüdischen Richtungen unserer Zeit. In den weiteren geistigen und weltlichen Führern wird uns Zeugnis gegeben von einer tiefen Vaterlandsliebe, die jedoch mit bitterem Kampf um bürgerliche Gleichberechtigung verbunden war. Und schließlich, nach dem schweren Ringen um Selbsterhaltung in den Jahren allgemeinen Notstandes, die dem Ersten Weltkriege folgten, kam die Zeit des „Dritten Reichs". Sie stellte die härteste Prüfung. Inneres Leben, Geist und Tradition mußten erhalten bleiben, denn aus ihnen erwuchs den Verfolgten seelische Stärke. Gleichzeitig mußte die Landesgemeinde aufgelöst werden, um die Juden zu retten. Doch wie kann jüdisches Leben vertieft werden, wenn die Menschen immer weniger werden?

Mit diesen bitteren Problemen, wie den Fragen der Lebenserhaltung der einzelnen, denen der Broterwerb mehr und mehr versagt wurde, mußte sich der letzte Landesrabbiner auseinandersetzen. Zum Ende erreichte das höchste Leid, im stolz getragenen Martyrium die Juden Oldenburgs, wie auch die im übrigen Deutschland und den von den Deutschen eroberten Gebieten. Selbst ein Opfer des Leidens und der Verfolgung, berichtet der letzte Landesrabbiner vom heroischen Tod einer Gemeinschaft.

Woher kamen diese Juden, und wie kamen sie? Wie sah es in den Gemeinden aus? Hier haben wir viele Berichte aus der Anfangszeit. Nach bitteren Konflikten mit der Bürgerschaft einer Stadt zum Schutzjuden geworden, mußte jeder seine eigenen Brüder fern halten, sonst konnte ihm selbst das Schutzrecht wieder entzogen werden. Gleichzeitig, aus tiefstem Brudergefühl, suchte er so viele „Knechte" wie möglich einzustellen, um ihnen eine Heimat zu geben. Immer wieder schritt die Regierung ein, zwang die Juden, ihren eigenen Brüdern gegenüber zu Spitzeln zu werden, degradierte sie durch die Drohung, daß sie selbst verbannt würden, sollten sie andere schützen. So entstanden tiefste seelische Konflikte, eine Kluft öffnete sich zwischen Ansässigen und Einwanderern. Darin liegt ein Grund der verhängnisvollen Spannung zwischen Ostjuden und Westjuden.

Man mußte so überaus vorsichtig sein, selbst in innerjüdischen Affären, die ja der Überwachung der Regierung unterstanden. So entstanden Streitigkeiten. In jeder Zweifelsfrage wandte man sich an die Regierung. Der Staat wurde zum Schiedsrichter selbst innerjüdischer Probleme, diese Abhängigkeit war folgenreich.

Die Liebe dieser Menschen zum Geburts- und Vaterlande war groß und tief. Willig übernahmen sie die Pflichten des Bürgers, sei es Steuer oder Militärdienst. Mit den Bürgerrechten sah es anders aus. Es hing nicht von der Liebe ab, ob sie bleiben durften. Der Schutzbrief mußte erneuert werden. Würde dem Sohn der Schutz erteilt, der dem Vater gewährt worden war? Durfte der Sohn dem Berufe folgen, den der Staat dem Vater erlaubt hatte? Oder hieß es wandern? Niemand konnte es wissen. So stand hinter der Liebe zum Heimatlande der Zwang der Begrenzung: „Du mußt völlig lieben, wie es Dein Herz Dir befiehlt; — doch ganz darfst Du es nicht. Vielleicht wirst Du unstet werden. Halte diese Möglichkeit im Sinn, sonst magst Du an der Wirklichkeit zerbrechen!" So wird es erklärlich, warum hinter tiefster Vaterlandsliebe ein Teil des Herzens, wenn auch gezwungen, sich anderweitig ausrichten mußte. Man sträubte sich dagegen, doch sprach die Realität. Daraus entstand dann jene seltsame Zweieinigkeit, die es den Juden unserer Tage ermöglicht, voll patriotisch sich mit ihrem Vaterlande zu identifizieren, und dennoch mit Israel verbunden zu sein. So verstehen wir, daß diese Liebe zur alten Heimat — trotz Vertreibung und Tod der Liebsten — viele Ausgewanderte immer wieder zum deutschen Geburtslande zurückruft, und sie sich gleichzeitig schuldig fühlen läßt, daß sie, nach allem was geschehen war, doch wieder kommen.

All das wird klar im Erfassen der Geschichte der Oldenburger Juden. Darum verdient sie eingehende Darstellung. Sie erklärt, erschüttert, tröstet und gibt Hoffnung. Sie erzählt uns von guten Menschen, Christen wie Juden — und von einsichtigen Regierungen. Sie berichtet ebenfalls von kleinlichem Wesen, von Härte, Grausamkeit und Tod.

Sie offenbart jüdische Schöpferkraft, die aus dem Ewigen erwachsend, sich in jeder Gegend erfüllen kann. Sie enthüllt jüdischen Lebenswillen und christlich-jüdisches Brudergefühl, aus dem die Hoffnung einer besseren Welt entspringt. Oldenburg hat Bedeutung.

Der folgende Bericht beruht zum großen Teil auf Dokumenten, die zum Teil seit 200 Jahren in den Archiven geschlummert haben. Um dieselben zugänglich zu machen, habe ich sie weitgehend eingebaut. Es ist meine Hoffnung, daß das Werk dadurch auch zu einer Quellensammlung werden möge, die weiterem Forschen in die Geschichte der Juden Deutschlands und seiner geistigen und politischen Führer dienen kann.

An dieser Stelle möchte ich vor allem Herrn Oberstadtdirektor Heinz Rathert meinen innigsten Dank für die Initiative, die mich zur Forschung führte, für die Förderung dieses Werkes und für die Freundschaft, die er mit seiner Gattin mir entgegengebracht hat, den innigsten Dank zum Ausdruck bringen. Ohne seinen Beistand hätte das Werk nicht geschaffen werden können.

Den Förderern dieses Werkes sei meine dankbare Anerkennung ausgesprochen:

Herr Oberarchivrat *Dr. Harald Schieckel* las das Gesamtwerk. Aus seinem Wissen, seinen Abhandlungen über Oldenburgs Juden und im persönlichen Gespräch freundschaftlicher Hilfsbereitschaft gab er dem Verfasser wertvollste Hinweise. Herr Archivsdirektor *Dr. Heinrich Schmidt*, durch sein Gutachten, erwirkte die Förderung der Veröffentlichung durch Mittel des *Landes Niedersachsen* und der *Stadt Oldenburg;* ihnen allen gilt mein Dank. Das *Personal* des Staatsarchivs gab treue Assistenz. Mein Verleger, *Herr Heinz Holzberg*, widmete dem Werke sein persönliches Interesse in schwieriger Produktion. Herr Oberstudienrat *Dr. Enno Meyer* nahm sich die Zeit, mit mir die Friedhöfe des Landes zu besuchen, die *Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*, und ihr Vorsitzender, Herr *Carl Gustav Friedrichsen*, standen mir während meines Oldenburger Aufenthaltes bei. Viele Freunde unter *Oldenburgs Bürgern* machten ihn angenehm und ergebnisreich. Den *Universitäten Hamburg und Oldenburg*, an denen ich 1971 las, bin ich verbunden. Die Namen der Personen und Institutionen, die mir bei der z. T. schwierigen *Bildbeschaffung* halfen, sind im Bildverzeichnis erwähnt. Ich bin ihnen verbunden.

Dem *Board of Trustees* und *Präsidenten* des *Napa College* spreche ich herzlichen Dank aus. Durch Gewährung des Sabbaticals und, im übrigen, von Zeit zur Forschung, gaben sie dem Werke wertvolle Unterstützung.

In seltsamer Verknüpfung der Geschichte erscheint dieses Werk im Jahre der 200. Wiederkehr der Thronbesteigung des Hauses Holstein-Gottorp. Die Herzöge, die ihm entsprangen, waren gute Fürsten und am Aufschwung und Erblühen der Judengemeinde Oldenburgs beteiligt. Unter ihrer Herrschaft hatten die Juden ihre beste Zeit. Dies sei dankbar erwähnt. Gleichzeitig sei anerkannt, daß unter Monarchie wie Republik, Regierungen und Vertreter vieler Parteien für die Juden einstanden und viele schlichte Menschen ihnen Hilfe und Freundschaft gaben.

L. T.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 5

ERSTER TEIL: FRÜHZEIT

I. Der Staat, seine Eigenart, von seiner Geschichte 13

II. Wer sie waren, und wie sie kamen 18
Frühe Prüfungen und Vertreibungen
Die Hoffaktoren
Die Schutzjuden
Juden in den Landgemeinden
Michael Berens in Delmenhorst
Nathan Joseph in Bockhorn
Juden, ihre Brüder und der Staat
Der Hecht im Karpfenteich: David Joachim Cohen
Die Stadt Oldenburg, ihr Freibrief von 1345 und die Juden
Geld und Selbstüberwachung
Herzog Peter besteigt den Thron
Peter entwirft einen Plan für die Juden
Herzog, Kammer und der Geist des Rechts
Die Judenverordnung
Die Kammer schlägt vor
Die Verordnungen von 1827
Vom Leben der Juden im Oldenburger Land zur Zeit der neuen Judenordnung
Wie stand es um das religiöse Leben?
Wer war der Rabbiner D. Rosenberg?

III. Über die rechtliche Lage der Juden: Ein sehr langer Kommentar 57
Dedesdorf: Ein Einblick in die Judenlage auf dem Lande während dreier Epochen

ZWEITER TEIL: DIE LANDESRABBINER

Die Suche nach dem geistlichen Oberhaupt

IV. Nathan Marcus Adler 88
Wer war Nathan Adler?
Adler nimmt die Stelle an: Aufgaben und Einkünfte des Landesrabbiners
Adler und der Judeneid
Die Überwachung des Schulwesens
Der Mittelweg
Allgemeine Anordnungen für die jüdischen Synagogen im Herzogtum Oldenburg und der Erbherrschaft Jever

Adler scheidet, nimmt Abschied und bestimmt einen Nachfolger
Abschiedspredigt
V. Samson Raphael Hirsch 119
Wer war Hirsch?
Die Regierung sucht und prüft
Die Prüfung
Der Kampf ums Überleben des Rabbinats
Jahre innerer Ausgleichung
Hirschs häusliche Affären
Religionsgesetz und Staatsgesetz
Prediger und Verteidiger des Glaubens
Zum Gedächtnistag der Rückkehr des Herzogs Peter
Jüdische Anmerkungen gegen Mallet
Schulen, Gemeinden, Gottesdienst
Ovelgönne: Erneuerung einer Gemeinde
Hirschs Erziehungstheorie
Reisespesen und Reisen
Hirschs Theologie
Das System
Ein Grabstein
Hirsch und Graetz
Wer war Graetz?
Hirschs Einfluß
VI. Die Wechsler-Ära 208
Die Kandidaten
Wechsler als Mann und geistlicher Führer
Eine neue Synagoge
Die Residenzstadt Oldenburg, ihre Gesellschaft, ihre Juden und Wechsler
Der Kampf um die Gleichberechtigung und die Gemeindeordnung
Solomon Mendelssohn: Ausnahmefall oder Repräsentant des Zeitgeistes?
Die Einwirkung der russischen Zaren
Das Gesetz betreffend die Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Juden im Herzogtum Oldenburg
Wie fortschrittlich war Oldenburg?
Wechsler als Theologe
In Verteidigung wissenschaftlicher Forschung und Geigers
Von der Sabbatfeier und vom Werkverbot
Die zweiten Tage der Feste
Menschliche Not versus Gesetz: Der Streit mit Hirsch
Wiederum Mallet
Übergang: Juden in Oldenburg
Auf der Suche nach einem neuen Landesrabbiner

VII. Tragisches Zwischenspiel: Glück 269
Der Antisemitismus regt sich

VIII. Der neue Landesrabbiner: Mannheimer 273
Die nicht-so-gute alte Zeit
Wie sah es in Oldenburg aus?
Entfremdung und Austritt
Was geschah in den jüdischen Gemeinden?
Der Feind von außen
Ein Überlebender

IX. Phillip de Haas: Das Ringen um Werte in einer Zeit der Entwertung . . . 298
Inflation
Indizien
Die Entwertung der Gerechtigkeit
Die Verfassung der Jüdischen Landesgemeinde von 1927
Lebensformen
Die ersten Jahre im „Dritten Reich": Fortgang der Entrechtung

X. Leo Trepp: Der letzte Landesrabbiner von Oldenburg 326
Die Übernahme des Landesrabbinats und die Verhältnisse in Oldenburg
Der 9. November 1938, die „Kristallnacht"
Und dennoch . . .!
Sendung und Schicksal der Jüdischen Schule
Gehetzt und getrieben
Wem gehört die Synagoge?

EPILOG: RÜCKKEHRENDE EINKEHR 367

ANHANG 372

I. Brief Wechslers nach Amerika
II. Weiherede zur Enthüllung des Gedenksteins in Oldenburg, 1967: Leo Trepp
III. Friedhöfe und ihr Stand 1971
IV. Die Synagogengemeinden 1937
V. Tabellen
a) Zahl der Juden und Steuerpflichtigen
b) Höchsteinkommen
c) Synagogensteuern

BIBLIOGRAPHIE

REGISTER

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1 Karte des Oldenburger Landes mit Ortschaften, in denen Juden ansässig waren. Verlagsarchiv, Holzberg Verlag.

2 Karte des Oldenburger Landes innerhalb Westdeutschlands. Verlagsarchiv, Holzberg Verlag.

3 Freibrief für die Stadt Oldenburg von 1345 mit Schutzbestimmungen für Juden. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

4 Urkunde: Austreibung der Juden aus Wildeshausen. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

5 „Ökumenischer" Grabstein in Wildeshausen aus dem Jahre 1831. Foto: Peter Fuths.

6 Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg (Schöner-Funke). Verlagsarchiv, Holzberg Verlag.

7 Schriftprobe: Memorandum des Herzogs Peter, die Juden betreffend. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

8 Landesrabbiner Dr. Nathan Marcus Adler. The Jewish Theological Seminary of America, New York, N.Y.

9 Landesrabbiner Samson Raphael Hirsch. Österreichische Nationalbibliothek, Wien.

10 Schriftprobe: Adler schlägt Hirsch als seinen Nachfolger vor. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

11 Schriftprobe: Hirsch dankt der Regierung für ihr Zeugnis über seine Amtstätigkeit. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

12 Handgeschriebene Schmucktafel aus dem Jahre 1804, Ostwand, ehem. Synagoge Ovelgönne. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

13 Schmucktafel, Gebet für den Landesherren aus den Jahren zwischen 1831 und 1844, Synagoge Ovelgönne. Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, Oldenburg.

14 Handschreiben des Großherzogs Friedrich August zur Einweihung der Synagoge Oldenburg. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

15 Brief des Landesrabbiners Bernhard Wechsler in die USA. American Jewish Archives, Cincinnati, Ohio.

16 Predigt des Landesrabbiners David Mannheimer vor russischen, kriegsgefangenen Juden. Foto aus dem Besitz von Frau Frieda Meiners, Oldenburg.

17 Landesrabbiner Dr. Phillip de Haas. Foto aus dem Besitz der Familie Trepp-de Haas.

18 Landesrabbiner Dr. Leo Trepp. Foto aus dem Besitz des Verfassers.

19—20 Anschreiben und „Nachweis der Rassezugehörigkeit". Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

21—22 Gesuch der Landesgemeinde um Einrichtung einer öffentlichen jüdischen Schule. Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg.

23—25 Die zerstörte Synagoge Oldenburg und der Abtransport der jüdischen Männer. Foto aus dem Besitz von Dr. Enno Meyer, Oldenburg.

26 Tafel über dem Eingang der zerstörten Synagoge Oldenburg, jetzt im Garten des Oldenburger Stadtmuseums. Foto: Peter Fuths.

27 Gedenkstein am Platz der zerstörten Synagoge Oldenburg. Foto: Dr. Wolf Mädje.

Dank ist ausgesprochen an den Verleger, das Niedersächsische Staatsarchiv (Dr. Schmidt) für Erlaubnis zur Wiedergabe der Dokumente, dem Jewish Theological Seminary of America und der Hobart Hebrew Congregation, Mr. Clyde Samuel Epstein, President, Hobart, Australien, für Überlassung des Adler-Bildes, der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien, für das Bild Hirschs, den American Jewish Archives und Dr. Stanley F. Chyet für den Brief Wechslers (und Hinweise auf dessen Werke), dem Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, Oldenburg (Direktor Dr. Herbert Wolfgang Keiser), und dem Stadtmuseum Oldenburg (Direktor Dr. Wilhelm Gilly) für die Wiedergabe verschiedener Schmucktafeln, der Landesbibliothek Oldenburg (Direktor Dr. Armin Dietzel) für verschiedene Hinweise, den Fotografen, und vor allem Frau Meiners und Dr. Meyer für Überlassung von Bildern aus Privatbesitz.

Die Nachbildung des Amtssiegels des „Großherzoglich Oldenburgisches Landrabbinat" zeichnete Dr. Hermann Lübbing.

Erster Teil: Frühzeit

I. Der Staat, seine Eigenart, von seiner Geschichte

Oldenburg war ein Kleinstaat. Sein Ursprung und seine Entwicklung waren lediglich durch die Geschichte bestimmt, der Natur liefen sie zuwider. Von der Küste der Niederlande weit gegen den Osten erstreckt sich, dem Meere folgend, eine lange, flache Ebene; einheitlich in der Form. In diese Einheit schnitt Oldenburg keilförmig hinein, durch politische Entwicklung wurde somit der Gesamtraum zerteilt. Da die Grenzen unbestimmt waren, verschoben sie sich, Grenzansprüche benachbarter Herrscher überschnitten sich, wurden zum Streitpunkt, die Lust zum Landerwerb der verschiedenen Machthaber wurde durch die Natur gefördert. Abgelegen vom Zentrum mittelalterlicher, kaiserlicher Macht blieb das Land oft von Streitigkeiten im Reich verschont, um jedoch von Zeit zu Zeit die Macht des Reiches wieder zu verspüren. Nimmt man Oldenburg zum Mittelpunkt eines Kreises, so findet man, daß es anderen Ländern näher liegt als dem Zentrum des ehemaligen Heiligen Römischen Reichs: Holland, Dänemark, Schweden, Rußland. Durch die geographischen Gegebenheiten und dynastischen Verbindungen traten diese Länder daher in die Geschichte Oldenburgs bestimmend ein.

Im Osten des Landes markiert die Weser einen Teil der Grenze, doch fließt sie bei Bremen außerhalb Oldenburgs, ist dann, auf einer Strecke ihres Zugs zum Meer die Grenze. Die Mündung des Flusses liegt wieder außerhalb Oldenburgs. Im Norden des Landes schneidet das Meer tief in das Land hinein, eine große Bucht, den Jadebusen bildend. Dort entstand im Bismarck-Reich ein großer Flottenhafen, Wilhelmshaven. Umrahmt vom Meeresbusen im Osten, der Küste im Norden und der Landesgrenze im Westen, und mit dem Kern des Landes nur durch einen schmalen Korridor Oldenburger Herrschaft verbunden, lag das Gebiet von Jever, dessen Eigenschicksal von großem Einfluß auf die Gesamtentwicklung war. Südlich und östlich, außerhalb der Landesgrenze, liegen große Städte: Münster, Osnabrück, Bremen, die in der Vergangenheit ihre eigenen Machtgelüste hatten. Sie waren die Sitze der Bischöfe, die als geistliche Herren das religiöse Leben der Oldenburger bis zur Reformation bestimmten, denn der Staat war zu klein, Sitz einer Diözese zu sein. Aber diese geistlichen Herren hatten auch weltliche Macht und entsprechende Gelüste auf diese, daraus entstanden Streit, Konflikt, Eroberung. Als Bremen protestantisch wurde, verblieb der Konflikt ökonomischer Interessen und ideologischer Verschiedenheit. Oldenburg hielt einen Teil der Weser und erzwang Zoll von den Schiffen, die von der See zum Bremer Hafen segelten, es hatte damit einen Halt an der wirtschaftlichen Entwicklung der Freien Hansestadt, die auf Überseehandel angewiesen war. Dazu war die Gesellschaft der Stadt Oldenburg liberal in Lebensanschauung und Glauben, die Bremens war dagegen konservativ. Man begegnete sich in Abneigung und Spott, und dennoch hing man voneinander ab und war gegenseitig voneinander beeinflußt. All das griff in die Geschichte der Juden ein.

Das Land ist friedlich. Keine Landschaft, wie einst gesagt wurde, für den Feinschmecker, der die heroische Gegend sucht, aber befriedend und befriedigend für den Liebhaber guter Hausmannskost. Der Blick schweift über Grasland und Wiesen, auf denen Kühe

träge weiden. Die Bauernhäuser, breit ausladend, einstöckig, ruhen im Boden, angeschmiegt an die Erde selbst. Der Zugezogene muß sich daran gewöhnen; hat er es, erfüllt ihn der Frieden mit innerer Seelenruhe. Der Städter, dem die Welt zugänglich ist, kann Eindrücke in dieser Umgebung zu Ideen verarbeiten, sein Blick und seine Gedanken sind ungestört vom Einbruch heroischer Natur.

Darum wurde die Hauptstadt des Landes, die Stadt Oldenburg, ein Mittelpunkt neuzeitlicher Ideen. So war es im 19. Jahrhundert, als die Stadt nur etwa 20 000 Seelen zählte und dennoch der Kultur der Aufklärung völlig aufgeschlossen war. Von Bremen wurde sie daher verurteilt: „Eine Stadt, wo die Kirchen keine Türme haben und die Türme keine Kirchen." Denn das Wahrzeichen Oldenburgs ist der Lappan, ein Turm, der einst zu einer Kirche gehörte, die lange verschwunden ist. Der Rest war übertrieben. Schon damals hatte Oldenburg Musik, Theater, literarische Vereinigungen und eine Lehrerbildungsanstalt. So blieb es im 20. Jahrhundert, als Oldenburg zur Großstadt von etwa 140 000 Bewohnern anwuchs. Das Wachstum der Stadt war organisch, die Schönheiten der Natur wurden erhalten, dem Ästhetischen wurde im Gesamtplan der Stadt voll Ausdruck gegeben. Werke der Kunst verschönern Straßen und Plätze und geben der Stadt ihr eigenes Gepräge. Das kulturelle Leben ist reich, das intellektuelle Leben in einer neuen Universität verankert.

Im Lande war es wohl anders. Der Bauer wurzelte im Boden und hielt hartnäckig an der volkhaften Überlieferung, an seiner plattdeutschen Sprache, seinen Sitten fest. So war es von Anbeginn. Karl der Große mußte einen Kriegszug führen, um das Christentum gegenüber den alten Göttern einzuführen (782—785). Die Stürme des Geschehens brausten über das Volk hinweg, das, am Boden angeschmiegt, aus dem Boden die Kraft zog. Hier lag jedoch auch Unheil. Als im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Nachwehen des Ersten Weltkrieges große Not in der Welt schufen, kamen die Völkischen zur Macht. Ihr Motto „Blut und Boden" fand willige Gefolgschaft unter der Landbevölkerung Oldenburgs; sie sah es als eine Rückkehr zur eigenen Lebensauffassung und konnte die Folgen nicht sehen, denn ihr Horizont war zu begrenzt. Oldenburg war einer der ersten Staaten, die den Nationalsozialisten noch vor Hitlers Machtübernahme schon im Jahre 1932 die Regierungsgewalt übertrugen.

Wie die Stücke dieses kleinen Landes von nur 5000 km² zur Einheit wurden, ist eine verwickelte Geschichte. Durch Kauf, Erbschaft, Übereignung und Krieg gingen Gebiete von einer Hand in die andere, und wieder zurück. Nur wenige Punkte sollen im Rahmen jüdischer Geschichtsbetrachtung erwähnt werden.

Nach ursprünglich verwirrter Geschichte begegnen wir zu Beginn des 12. Jahrhunderts dem ersten, geschichtlich nachweisbaren Herrscher, Graf Egilmar (1108). Doch war sein Besitztum nicht durch Grenzen umrahmt. Es bestand aus Teilgebieten, Herrschaftsrechten, Gerichtsbarkeit in mehreren Bezirken. Diese konnten sich verschieben. Mittelpunkt des Gebietes war die Stadt Oldenburg, die sich als Siedlung etwa auf das 9. Jahrhundert zurückführen läßt. Dort hatten die Grafen seit dem 12. Jahrhundert ihren Sitz. Im Jahre 1345 erhielt Oldenburg vom Grafen Konrad das Stadtrecht, ein bedeutungsvoller Moment in der Geschichte der Juden.

Vom Süden und vom Osten erweiterten die Bischöfe von Münster und Bremen ihre

Herrschaft. Um die Bevölkerung des alten Wallfahrtsortes Wildeshausen für sich zu gewinnen, erteilte ihr der Erzbischof Hildebold von Bremen 1270 mit dem Erwerb des Fleckens die Stadtrechte. Auch das war für die Juden folgenreich.

Jever, dessen Dynastie mit den Grafen von Oldenburg seit dem 16. Jahrhundert verwandt war, fiel mit dem Aussterben des regierenden Hauses an Oldenburg (1574).

Krieg und Fehden kosteten Geld. Alle möglichen Mittel wurden versucht, die Einkünfte der Grafen zu erhöhen. Obwohl wir dessen nicht sicher sind, so lehrt die spätere Geschichte, daß dieses Geldbedürfnis auch zur Aufnahme von Juden geführt haben mag.

Von großer Bedeutung für Oldenburg und die dortigen Juden war die Wahl des Grafen Christian zum König von Dänemark 1448. Dieser königliche Ahnherr begründete mehrere Dynastien. Neben dem dänischen Königshaus war es sein Geschlecht der Gottorper, das in Holstein wie in Oldenburg regierte und aus verschiedener Verzweigung, wie durch Verbindung mit dem Hause Anhalt-Zerbst, 1762 auf den russischen Thron gelangte. Das russische Zarenhaus war auf doppelte Weise — durch die Gottorper und die Anhalt-Zerbster Linie — mit Oldenburg verwandt.

Von 1603 bis 1673 regierte in Oldenburg der Graf Anton Günther, dessen Gedächtnis von der Bevölkerung noch immer geschätzt wird. Als er erkannte, daß er ohne legitimen Nachfolger sterben würde, hinterließ er Oldenburg den dänischen Königen und den Herzögen von Holstein-Gottorp als gemeinsames Erbe, Jever kam an Anhalt-Zerbst, wohin seine Schwester geheiratet hatte. Die Übergabe fand 1667 statt, und von da an bis 1773 war Oldenburg eine dänische Provinz, weil Holstein-Gottorp bald ausschied. Dänemark kümmerte sich nicht sehr um Oldenburg, das durch Statthalter verwaltet wurde. Doch war das Königshaus den Juden gegenüber tolerant, was sich in Oldenburg ausgewirkt haben mag. Jever wurde mit Rußland verbunden, denn dem Hause Anhalt-Zerbst entsprang die bedeutende Kaiserin Katharina die Große. Weltgeschichtlich war diese Verbindung von großer Wichtigkeit.

Erst um die Wende des 19. Jahrhunderts wurden die verschiedenen Stücke langsam zum Herzogtum Oldenburg zusammengeschlossen. Die Dynastien von Dänemark und Rußland, die Bentincks, die im Besitze von Varel und Knyphausen waren, und das Bistum Münster trugen dazu bei.

1774 wurde Oldenburg zum Herzogtum, nachdem Dänemark den Fürsten der jüngeren Gottorper Linie das Kernstück übertrug. Der erste Herzog, Friedrich August, zog es jedoch vor, seine Residenz in Eutin (Holstein) zu behalten. Daher finden wir, daß Judengesuche und Judenerlasse vor 1773 vielfach nach Kopenhagen gingen, oder von dort kamen, und in den Jahren von 1773 bis 1785 meistens in Eutin ausgefertigt wurden.

Der zweite Herzog, Peter Friedrich Ludwig, geboren 1755, war früh verwaist und wurde von Katharina der Großen betreut. Er studierte in Bern, wo er entscheidende Impulse durch die Aufklärung erfuhr, in Bologna hörte er Rechtswissenschaft und erwarb sich den gesellschaftlichen Schliff, in England gewann er Einsicht in die Technik der Weltpolitik, in Hamburg in die des Welthandels und Wirtschaftslebens.

Die Landeskirche war schon lange protestantisch, gleichwohl hatten die Katholiken völlige Freiheit. Der Herzog war der oberste Herr der Landeskirche. Als solcher berief

er einen neuen Superintendenten, dem er den Auftrag erteilte, die Ausbreitung „wahren tätigen Christentums" und „vernünftiger Aufklärung" zu fördern. Eine Gesangbuch-Kommission schrieb neue Texte zu alten Hymnen, die Texte waren der modernen Richtung angepaßt, Natur und Tugend ersetzten alte, dogmatische Ideen. Das Bauernvolk, in Tradition lebend, protestierte ohne Erfolg.

Peter Friedrich Ludwig handelte auch den Juden gegenüber aus dieser Überzeugung. Auch die Judenschaft mußte „erneuert" werden. Unter ihm wurde Nathan Adler 1827 zum ersten Herzoglichen Landrabbiner berufen.

Um die Nordseeküsten z. Z. der Kontinentalsperre wirksamer kontrollieren zu können, gliederte Napoleon das Herzogtum Oldenburg 1811 dem französischen Kaiserreich ein. Peter sollte das Fürstentum Erfurt im Austausch erhalten. Er lehnte ab und emigrierte; von 1811 bis 1813 lebte er am Zarenhof (sein Sohn Georg war mit der Schwester Alexanders I. verheiratet). Die Kränkung des Schwiegervaters seiner Schwester veranlaßte den Zaren unter anderem zum Bruch mit Napoleon und damit zu dessen späteren Untergang.

Die Jahre der französischen Herrschaft dürften für die Juden günstig gewesen sein. Sie hatten Gleichberechtigung und Freizügigkeit, konnten auch nach Oldenburg einwandern. Dennoch gab Samson Raphael Hirsch, in einer Festpredigt zum 25. Jahrestag der Rückkehr Peters (1838), dem patriotischen Gefühl der deutschen Juden Ausdruck und prangerte Napoleon als Tyrannen an — trotz der Vorteile, die seine Herrschaft den Juden im Kampf um die Gleichberechtigung gegeben hatte.

Peter wurde vom Wiener Kongreß zum Großherzog erhoben, jedoch erhielt er wenig von der Beute aus Napoleons Reich, er verschmähte es, den neuen Titel zu tragen. Nach seiner Rückkehr von Rußland scheint der Herzog die Illusionen gegenüber dem Absolutwerte der Aufklärung verloren zu haben, denn diese führte ja zu Napoleon. Die von ihm veranlaßten Verordnungen für die evangelisch-lutherischen Pastoren zeigen das. Die Prinzipien der Aufklärung wurden nicht verworfen, doch in eine Synthese von Tradition und Vernunft umgebaut. Daher findet man nun die Mahnung an die Geistlichen „zu tätigem Christentum und einer damit übereinstimmenden Kirchen- und Schuldisziplin". Der Pfarrer darf kein „bloß philosophischer Religionslehrer sein" und darf keine „wesentlichen Lehren des Christentums übergehen". Zu seinem Beruf gehört auch „fleißige Aufsicht über die Schulen", die Aufgabe, den Lehrern seiner Gemeinde mustergültige Lehrproben zu geben. Auch war er in der Armenfürsorge tätig.[1]

In diesem Geiste wurde der Landesrabbiner zum Oberhaupt der Juden berufen. Er wurde zum Führer eines tätigen Judentums, hatte für Disziplin zu sorgen. Darum konnte Adler sich der jüdischen Reformbewegung entgegenstellen, da sie „wesentliche Lehren des Judentums übergehe", konnte Hirsch dem Staat seinen Lehrplan der Schulen vorlegen und besondere Behandlung für jüdische Kinder verlangen, darum mußte Wechsler geprüft werden, ob er nicht zu radikal sei. Vor allem entsprang aus dieser

---

1) Hermann Lübbing: Oldenburg. Historische Konturen. Oldenburg, Holzberg, 1970, S. 44.

Haltung die Synthese von Aufklärung und Tradition, die in Hirschs Theologie ihren Widerhall fand und daher zur Neo-Orthodoxie führen mußte. So schlug das herzogliche Erlebnis Wellen in die jüdische Theologie.

Paul Friedrich August, der 1829 die Regierung übernahm, war ebenfalls weit gereist, hatte gegen Napoleon gekämpft und während seiner Prinzenzeit im Namen Alexanders I. die russische Provinz Estland mit Erfolg verwaltet.

In seine Regierungszeit fällt das Jahr 1848 mit seinen die Demokratie suchenden Bewegungen. Dies wird erkennbar in zwei wichtigen Verordnungen: 1848 wird das Schutzgeld, das ohnehin zur Gehaltsaufbringung für den Landesrabbiner verwandt wurde, ganz aufgehoben und durch die Einkommensteuer ersetzt. Ein unglücklicher Name, Schutzgeld, der von vermindertem Bürgerrecht Zeugnis gab, wurde entfernt. 1851 wurden die jüdischen Gemeinden, gleich den bestehenden katholischen, ausdrücklich anerkannt. Gleichzeitig durften die christlichen Sekten ihre eigenen Gemeinden bilden. Schließlich wurden die Gemeinden von jeder Zahlung an irgend einen Kirchenbeamten anderer Konfession ausdrücklich befreit. Die Staatskirche gab ihr Vorrecht auf.

Unter Nikolaus Friedrich Peter, der von 1853 bis 1900 regierte, wurde die Organisation der Landesgemeinde, die seit Adler bestanden hatte, als Gesetz verkündigt und im einzelnen erklärt. Mit diesem Gesetz trat eine grundlegende Änderung in der Lage der jüdischen Gemeinden ein. „Die Regierung soll nicht wie bisher eine eigentliche *Oberleitung* der jüdischen Angelegenheiten haben, denn ihre Angelegenheiten sollen die Juden selbst verwalten, sondern nur eine *Oberaufsicht,* damit die Rechte des Staats ... gewahrt werden." [1a]

Die Gemeinde als solche war nun ebenbürtig, der einzelne Jude war es noch nicht, wurde es erst langsam und unvollständig. Unter Friedrich August, dem letzten Großherzog (1900—1918), gleichte sich das Leben der Juden Oldenburgs der Gesamtentwicklung im Deutschen Reiche an. Dies setzte sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkriege fort. Oldenburg wurde Freistaat, gleich der weiten Welt von ökonomischen Problemen bedrückt. Eine neue Verfassung der jüdischen Landesgemeinde wurde 1927 veröffentlicht. Das Land fiel frühzeitig in die Macht der Nationalsozialisten.

Mit allgemeiner Geschichte beginnend, haben wir uns mehr und mehr den jüdischen Aspekten zugewandt. Das jüdische Geschehen in seinen Einzelheiten verdient nun unsere ungeteilte Beschreibung.

1a) David Mannheimer: Gesetzessammlung betr. die Juden im Hzt. Oldenburg. Oldenburg, Landsberg, 1918.

II. Wer sie waren und wie sie kamen

Frühe Prüfungen und Vertreibungen

Von den Anfängen wissen wir wenig. Das Gebiet lag innerhalb des Römischen Reiches, doch abgelegen von den Handelsstraßen. Das Volk hing an alter Tradition. Im 8. Jahrhundert unterwarf es Karl der Große mit Heeresmacht und erzwang seine Bekehrung zum Christentum. Sonst lag den Kaisern wenig an der Provinz, in der sich Handel kaum entwickelt hatte. Es war eine Gegend ohne Anziehungskraft für Juden, die auf Gemeinschaft, Frieden und Handel angewiesen waren. Dennoch werden sie zum ersten Male, und zwar zur Zeit der Kreuzzüge, im Lande erwähnt. Eine kleine Ortschaft, Strückhausen (Coldewey) hatte von 1272 bis 1344 eine *Jodenstrate*. Dies legt nahe, daß

---

2) Gustav Rüthning: Oldenburgische Geschichte, Volksausgabe. Oldenburg, Stalling, 1937. Zur Frühgeschichte der Juden in Oldenburg vgl. auch die einseitige Darstellung von G. A. Löning, Juden im mittelalterlichen Bremen und Oldenburg (Zschr. d. Savignystift. f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt. 58, 1938, S. 257 ff.).

Die Möglichkeit, daß die Juden sich im Oldenburger Land zur Zeit der Kreuzzüge niedergelassen haben, wird von Dieter Meiners vertreten (*Juden im mittelalterlichen Oldenburg;* Allgemeine, Nr. XIX, 34; 20. 11. 64., Seite 3). Diese Ansicht leuchtet ein. Bis zu den Kreuzzügen des Jahres 1096 lebten die Juden ziemlich unbehelligt. Dann wurden sie, gerade in den Mittelpunkten ihrer Siedlung, dem Rheinlande, schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Viele wurden ermordet, in Mainz unterlagen sie nach heroischem Widerstande. Damals dürften sie zum Teil nach den nördlichen Randgebieten des Reiches geflohen sein, worüber einige Urkunden vorliegen. So mögen sie sich ebenfalls im Oldenburger Lande niedergelassen haben, wodurch sich das plötzliche Entstehen einer ganzen Siedlung erklären läßt. Ob es sich bei „Jodenstrate" um ein ganzes Dorf handelte, ist nicht ganz sicher, aber möglich.

Ich selbst vertrete die Ansicht, daß *Jodenstrate* tatsächlich eine Wohngegend der Juden war und nicht als eine Verstümmelung des Wortes *Jadenstrate* angesehen werden darf. Nach einer Urkunde vom 11. November 1272 verkauften die Grafen Christian und Otto dem Abt Otto von Rastede vier Stück Land im Gebiet am Ufer der Line, das Linebrok genannt wurde. Unter diesen Stücken befanden sich zwei „In Platea Judeorum", d. h. Judenstraße, dem heutigen Coldewey. Drei spätere Urkunden sprechen von „locus qui dicitur Jodenstrate" (1287, 1307 und 1317). In der letzteren heißt es „Koldenwarde vel Jodenstrate". Die späteren Urkunden sind für uns nicht so bedeutungsvoll wie die erste. In den späteren konnte der Name schon, dem Volksgebrauch nach, mißverstanden worden sein. In der ersten Urkunde wäre es dem Schreiber wohl kaum in den Sinn gekommen, die Juden überhaupt zu erwähnen, hätte es derer im Lande keine gegeben. Darin liegt die Berechtigung, auf eine Judensiedlung in Coldewey zu schließen.

Die Bevölkerung im Stedinger Land bestand aus unabhängigen Ansiedlern aus Holland, denen bereits 1106 weitgehende Selbstverwaltung zuerteilt worden war, sie mußte ihren Lehensherren, den Erzbischöfen von Bremen, ihre Abgaben zahlen, waren aber anderweitig frei. Ihr Selbstbewußtsein führte sie zu einer Unabhängigkeitsbewegung dem Bremer Erzbischof gegenüber, der schließlich zu einem Kirchenbanne gegen sie Veranlassung gab (1230); sie wurden als „Ketzer" gebrandmarkt. Da sie sich nicht unterwarfen, wurde, mit Erlaubnis des Papstes Gregor IX., im Jahre 1234 ein Kreuzzug gegen sie geführt, der mit ihrem Untergange endete. Das Land wurde daher entvölkert, bis neue Siedler es wieder füllten. Beziehen wir das nun auf das jüdische Schicksal, so dürfen wir vielleicht folgende Schlüsse ziehen: Die Juden aus dem Rheinlande fanden gerade zur Zeit ihrer Vertreibung im Stedinger Land eine Bevölkerung, die frei war und auch innerlich ihre Unabhängigkeit bewahrte. Diese Menschen waren gewillt, den Flüchtlingen Asyl zu geben. Gerade darin zeigten sie auch dem Erzbischof gegenüber ihren Trotz. Ihre günstige Gesinnung den Juden gegenüber mag sich durch die Konflikte mit den Machthabern gestärkt haben. Nach Vernichtung der Stedinger im Jahre 1234 bedurfte man noch für einige Zeit einer Bevölkerung im leer gewordenen Gebiete, daher blieben die Juden unbehelligt. Nachdem sich das Land wieder gefüllt hatte, wurde man die Juden los. Sie mögen sich in Wildeshausen und Oldenburg ansässig gemacht haben, vielleicht auf Einladung der Herrscher, um den Handel zu fördern.

Folgt man dieser Ansicht, so dürfte man die Niederlassung der Juden bereits *zu Anfang des 12. Jahrhunderts* ansetzen, obgleich sie urkundlich erst 1272 erwähnt werden. Zur Zeit der Stedinger konnten die hohen Herren keine Gebiete in deren Gegend verkaufen, so daß wir keine Urkunden haben.

eine ganze Anzahl Juden während der Kreuzzüge in die Gegend kam, um den schweren Verfolgungen dieser Zeit, vor allem im Rheinland, zu entfliehen.[2] Später wurde der Johanniterorden mit der Stadt belehnt, und gleichzeitig verschwindet der Name Jodenstrate. Die Juden wurden wohl vertrieben. Diese Erklärung ihrer Ansiedlung erscheint am einleuchtendsten. Eine andere Erklärung des Namens erscheint weniger begründet. Man nahm an, daß der Name Jodenstrate eine Dialektform des Namens Jadenstrate gewesen sei, das heißt eine Straße, die zum Jadebusen führte, wo im Mittelalter ein bedeutender Marktflecken — Aldensum — bestand. Als die Sturmfluten des Meeres die Marktflecken hinwegschwemmten, mag man den Namen der Straße geändert haben. Sichere Kunde haben wir nicht. *Diese Erklärung erscheint unwahrscheinlich.*

Am 6. Januar 1345 verlieh Graf Konrad der Stadt Oldenburg das Stadtrecht. Er hoffte, daß sich dadurch der Handel in seiner Residenzstadt besser entwickeln könne. Denn nun konnten die Bürger einen neuen Stolz in ihrer Stadt entwickeln. Doch zum Handel im Mittelalter gehörten Juden, und diese wohnten in Oldenburg. Wie und wann sie kamen, wissen wir nicht. Kamen sie vielleicht von Strückhausen? Die Juden waren Knechte des Kaisers, und der Graf hatte sie sich vom Kaiser erkauft — natürlich mußten die Juden selbst den Kaufpreis entrichten. Im Freibrief der Stadt wurde daher ausdrücklich erklärt, daß die Juden dem Grafen und nicht der Stadt gehörten. Denn die Stadt wollte keine Juden. Schon 1334 hatte sie beschlossen, keine solchen mehr aufzunehmen und die dort ansässigen nach Ablauf ihres Schutzbriefes auszuweisen. Um die Bevölkerung zu beschwichtigen, ordnete Graf Konrad jedoch an, daß die Juden keinen kaufmännischen Handel treiben dürften; nur Geldverleih auf Zinsen — nach Bremer Recht — war ihnen erlaubt.[3] Das Wohnrecht der Juden wurde bald in Frage gestellt. 1350 brach die Pest, der „Schwarze Tod", auch über Oldenburg herein. Die Juden, als Geldverleiher verhaßt, wurden der Brunnenvergiftung angeklagt und sollten vertrieben werden; aber der Graf schützte sie. Er brauchte sie wohl und sah einen Vorteil in ihrer Funktion. Dazu hatte er die Stärke, sie zu verteidigen und seinen Willen der Bevölkerung gegenüber durchzusetzen.

Anders ging es in Wildeshausen. Die Stadt war 1270 an den Erzbischof von Bremen gekommen. Auch sie erhielt den Freibrief, jedoch nicht nur wegen eines wirtschaftlichen Interesses des neuen Landesherren. Er gewährte eine Gunst, um die Bürger zu gewinnen; sie war Beweis für das Bestreben des neuen Landesherren, die Treue der Stadt zu erkaufen. Als die Pest nach Wildeshausen kam, bestanden die Bürger auf der Vertreibung der Juden. Der Erzbischof gab nach. Die Juden wurden am 21. Juni 1350 vertrieben.[3a] Es mußten ihrer viele in der Wallfahrts- und Handelsstadt gewohnt haben. Ihr Vermögen wurde geteilt, die Hälfte ging an Wildeshausen zum Ausbau der Stadtmauer, die andere Hälfte an Bremen zum Ausbau des Doms. Wohin diese Juden gingen, wissen wir nicht. Vielleicht nach Polen, das sich ihnen damals gastlich öffnete, da man sie zum Handel brauchte.

---

3) Lübbing (Hg.): „Oldenburg. Eine feine Stadt am Wasser Hunte." Oldenburg, Holzberg, 1971, S. 15.
3a) Oldb. Urk.buch, Bd. 5, bearb. v. G. Rüthning, Oldenburg, Stalling, 1930, Nr. 399.

1463 mußte der Freibrief der Stadt Oldenburg verlängert werden.[3b] Erneut ersuchten die Bürger um Vertreibung der Juden, wiederum wurde sie abgelehnt. Graf Gerd, der tief in Kriegszügen verwickelt war, brauchte seine Juden. Er konnte keine Quelle des Einkommens versiegen lassen. Er mag sie ausgeraubt haben, denn die Grafen plünderten ihre eigenen Untertanen und selbst die Klöster bis aufs letzte. Doch wiederum wurde den Juden nur das Geldgeschäft erlaubt, den Warenhandel konnten die Christen schon bewältigen. Selbst das Darlehensgeschäft war — zum mindesten offiziell — auf die „eigenen Juden" beschränkt, die jährlich ihren Schutzbrief für hohe Gebühr erneuern mußten. Den Hildesheimer Juden wurde zum Beispiel das Recht, Pfänder für Darlehen zu nehmen, ausdrücklich durch den Grafen Moritz 1457 verneint. Im Oldenburger Land finden wir weiterhin Juden, die Darlehen gegen Pfand sogar an den Adel gaben.

Das Schicksal der Oldenburger Juden ist typisch für alle Juden Deutschlands. Manche durften bleiben, andere wurden vertrieben. Im Lebensberufe waren sie aufs engste Geldgeschäft begrenzt. Die Bürger der Städte wollten sie nicht. Die Herren erpreßten sie durch Schutzgeld und Darlehensforderungen. So ging es bis zum 19. Jahrhundert. Akten und Gesuche, gewährt oder abgelehnt, werden uns erlauben, fürs 18. Jahrhundert ein markanteres Bild zu malen, das dabei die Vergangenheit widerspiegeln wird. Denn nichts änderte sich im Laufe der Jahrhunderte, soweit es die Juden betraf.

In den Tagen der Gegenreformation des 17. Jahrhunderts wurden die Lutheraner im Münsterschen Fürstbistum und seinen Oldenburger Teilen hart verfolgt. Die Juden durften bleiben, solange sie Schutzgeld zahlten.[4] In der Herrschaft Jever wurde ihnen 1776 aus dem Geiste der Aufklärung heraus freiere Religionsausübung zugestanden. Aber zahlen mußten sie dafür. Bürgerrechte hatten sie nicht. Jeder einzelne Jude mußte für sich und seine Familie ums Wohnrecht immer erneut kämpfen. Die Bevölkerung ließ sich von Zeit zu Zeit gewaltsam gegen sie aus. Von diesem bitteren Kampf soll das nächste Kapitel im einzelnen erzählen.

Die Hoffaktoren

Das erste Eintreten von Juden in die Geschichte Oldenburgs geschah indirekt. Drei Generationen lang waren spanische Juden Hoffaktoren der dänischen Könige, die über Oldenburg herrschten. Der Hoffaktor war eines Fürsten Finanzier. Gelang es ihm, durch Darlehen seinen Herrn zufriedenzustellen und dann — mit Gewinn für sich selbst durch Steuerauflage — sein Darlehen wieder zurückzuerhalten, konnte er reich werden. Gelang es ihm nicht, vor allem, wenn die Bevölkerung sich gegen den Druck der Steuern auflehnte, wurde er zum Sündenbock; angeklagt und verurteilt — um das Volk zu befriedigen. Anschließend wurde ein anderer eingesetzt, und das gleiche Spiel fing wieder von vorne an. Es gab Hoffaktoren, die ihren Einfluß nutzten, um ihren jüdischen Brüdern zu helfen, andere sahen wiederum nur ihren eigenen Gewinn.

3b) Old. Urk.buch, Bd. 1, bearb. v. D. Kohl, Oldenburg 1914, Nr. 248.
4) Lübbing: Oldenburgische Landesgeschichte. Oldenburg, Stalling, o. J., Seiten 136—137.

Eine Familie spanischer Juden diente so den Königen von Dänemark über ein Jahrhundert, von 1643 bis 1760. Es war die Familie Mustaphia.
Der Vater, 1609 in Spanien geboren, ließ sich in Hamburg als Arzt nieder und wurde 1643 Leibarzt des Königs von Dänemark. Er starb 1657 in Amsterdam. Der Name des Vaters wie auch die Herkunft muten uns seltsam an. Er hieß Dionyse Mustaphia und kam aus Spanien, zu einer Zeit, da Juden dort nicht wohnen durften. Sie wurden 1492 ausgetrieben. Nur getarnte Juden, die öffentlich dem katholischen Glauben angehörten, verblieben; ihre Lage war schwierig, da der kleinste Verdacht des Judenseins sie der Inquisition auslieferte. Man hieß sie die Marranen. Der Name Dionyse wie der Geburtstag deuten auf einen Marranen hin, der wohl wieder zum Judentum zurückgekehrt sein mochte. Doch scheinen weder er noch seine Söhne am Wohl der Juden ein Interesse gezeigt haben. Die deutschen Juden waren ihnen zudem fremd, denn ein Zwist hatte lange bestanden zwischen den sich höher schätzenden spanischen Juden, den Sephardim und der deutsch-osteuropäischen Judenschaft, den Aschkenasim. Dionyse kehrte daher wohl auch am Ende seiner Tage nach Amsterdam zurück, eine Rückkehr in den Schoß der Sephardim, die in Amsterdam eine große Gemeinde hatten.
Der Sohn des Leibarztes, Jakob Mustaphia, diente den Königen Christian V. (1670 bis 1699) und Friedrich IV. (1699—1730) von Dänemark, die auch Grafen von Oldenburg waren. Er erhielt den offiziellen Titel eines „Hochfürstlichen Hofjuden". Vater und Sohn gaben Darlehen an Fürsten und Bauern; sie verlangten 6 % Zinsen und 2 % Provision. Jakob, der seit 1645 diente, wurde 1678 auch Münzfaktor.
Die Familie Mustaphia war hart. Rücksichtslos trieb sie die Schulden ein, und die Bauern in Dithmarschen und im Oldenburger Land fielen dadurch oft in tiefe Armut. Es ist nicht unmöglich, daß diese Erinnerung im Volk weiterlebte und es den Juden schwierig machte, sich in Oldenburg niederzulassen.
Von Jakobs Söhnen wurde der bedeutendste, Joseph, wiederum „Hochfürstlicher Hofjude", der zweite, Isaak, wurde „Hof- und Kammeragent".
Sie waren Hofbankiers, Kriegslieferanten, Münzfaktoren, finanzierten vier Regimenter für den Spanischen Erbfolgekrieg. Isaaks Forderung an den Fürsten belief sich 1720 auf 70 000 Reichstaler, Josephs Forderung an die Kriegskammer 1709 auf 75 000 Reichstaler. Dabei trieb es Joseph wohl nicht ganz ehrlich. Seine Buchführung war fehlerhaft, Unregelmäßigkeiten wurden von einer Untersuchungskommission entdeckt, und Joseph wurde im Jahre 1705 zur Rückzahlung von 4 620 Reichstalern und einer Strafe von 12 000 Reichstalern verurteilt.[5]
Es ist bewundernswert, daß die Fürsten dennoch — im Laufe der Jahre ihren Bürgern entgegenhandelnd — Juden mit einer für diese Zeit verständnisvollen Behandlung aufnahmen. Von diesen Juden, den kleinen Menschen, ihrem Kampfe um Ansiedelung und ihren Schwierigkeiten, werden wir jetzt hören.
Die Hoffaktoren waren eine typische Erscheinung der Zeit; so ist das Oldenburger Ge-

5) Heinrich Schnee: Die Hoffinanz und der Moderne Staat — Nach archivarischen Quellen; 3. Band. Berlin, Duncker & Humboldt, 1955.

schehen wiederum charakteristisch fürs Gesamtgeschehen. Die kleinen Juden und ihre großen Lebensprobleme spiegeln ebenfalls das Geschick der Gesamtjudenheit.

Die Schutzjuden[6]

Juden in den Landgemeinden

Michael Berens in Delmenhorst

Die erste beurkundete Zulassung eines Juden in der Stadt Oldenburg war 1692.[6a] Die folgende berichtet aus Delmenhorst. Am 13. September 1708 ersuchte Michael Berens sich in Delmenhorst niederzulassen. Die Stadt protestierte: Es gäbe zu viele betrügende Juden, selbst unter den privilegierten; einer sei erst kürzlich beim Betrug geschnappt worden, daher würde den anderen Bürgern durch die Juden die Nahrung „bekürzt" und der Stadt Delmenhorst kein Nutzen zukommen, da Berens keinen Handel habe, denn früher hätte er mit Nesteltuch gehandelt, das jetzt in Bremen billiger zu erhalten sei und ohnehin von keinem Nutzen sei. Grundlegend, so bitten die Delmenhorster, solle man von einer Niederlassung von Juden in einem christlichen Orte absehen, wo sie noch nicht etabliert waren. Das Vorurteil, daß der Jude eben Betrüger und schlecht sei, werden wir immer wieder treffen. Es beruhte eben auf den angeblichen Erfahrungen der Jahrhunderte.

Nathan Joseph in Bockhorn

Hier begegnen wir einem traurigen Bild, welches wir wiederholt finden werden: der Jude, der aufs Unglück seines Bruders wartet. Ein Jude in Bockhorn, der sich schlecht betragen haben sollte, wurde ausgewiesen. Ein Platz ist frei, Nathan Joseph will ihn haben. Er bezieht sich auf sein von Christen bezeugtes ehrenhaftes Leben in Osternburg, ist gewillt, das Schutzgeld zu zahlen. Nachdem die Kammer durch ihre Beauftragten, dem Jägermeister von Witzleben, seinem Leutnant und dem Amtsvogt Boden, gute Berichte erhalten hat, wird der Schutz erteilt. Der Jude ist nützlich, er ist nämlich Schlachter und kann die Gemeinde versorgen, so daß die Stadtbewohner ihr Fleisch nicht länger von Jever, Varel oder Oldenburg beziehen müssen. Er wird jedoch arm bleiben. Mehr als zwei Reichstaler sollen ihm nicht auferlegt werden, denn ein höheres Schutzgeld wird er aus seinem Verdienste nie zahlen können. Und jetzt hören wir auch von dem Juden, der „ausgewiesen war". Er konnte sich nicht ernähren und machte sich heimlich davon, zehn Jahre vor dem Gesuch des Nathan Joseph.

Wir werden den Beruf des Schlachters des öfteren finden, und zwar dürfte er mit dem Glauben der Juden zusammenhängen. Jüdisches Religionsgesetz fordert eine besondere Methode des Schlachtens, wobei die Luftröhre und die Arterien des Halses durchgeschnitten werden müssen, so daß das Tier sofort jedes Schmerzgefühl verliert. Das

---

6) Nds. Staatsarch. Old. (künftig O.S.A.), Best. 20, 21, 14.

6a) Harald Schieckel: Die oldenburgischen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Nds. Jahrbuch f. Landesgeschichte, Bd. 44, 1972); s. u. S — über die ersten Oldenburger Schutzjuden.

Gesetz gebietet ebenfalls das Entfernen des Blutes, da der Blutgenuß verboten ist, und mit ihm gewisser Adern und Sehnen, vor allem im Hinterteil. Da dies bei den Lenden schwierig ist, so wurde generell dieser Teil dem Genuß verboten, selbst bei einem ordnungsgemäß geschlachteten Tier. Der beste Teil des Tieres stand daher zum Verkauf an Nichtjuden bereit. Der Jude, der das „koschere" Schlachten kennen mußte, um in der Ferne Fleisch genießen zu können, wurde zum Versorger der Stadt.

Juden, ihre Brüder und der Staat

Wir finden nun vielfach Gesuche von Juden um Aufnahme ihrer Glaubensbrüder, wie z. B. in Varel. Doch war es oft auch anders.

Die tiefste Tragödie des jüdischen Schicksals bestand darin, daß Druck und Lebensnot das Gefühl verhärteten, und daß die Juden in die Abhängigkeit des Staates kamen.

Wann die Familie Goldschmidt Oldenburger Schutzjuden wurden, wissen wir nicht. Einer Eingabe seiner Söhne nach dürfte es wohl etwa 1670 gewesen sein, das wäre zur Zeit des Grafen Anton Günthers gewesen, was im Hinblick auf die Großzügigkeit des Fürsten nicht unmöglich erscheint (siehe Seite 26 ff.).

Im Jahre 1746 beantragte nun Arendt Lambert das Recht, sich in Wührden niederzulassen. Er sei zwölf Jahre Diener beim Schutzjuden Joseph Meyer Goldschmidt gewesen, wolle Waren verkaufen, auch Schlachter sein. Dafür sei er bereit, zehn Reichstaler Schutzgeld zu zahlen. Nach Einzug günstiger Charakterzeugnisse wurde ihm das Niederlassungsrecht erteilt. Wenige Jahre später starb er, und seine Witwe ersuchte den König um das Schutzrecht für Herz Israel Schwabe, der lange in Bremen gelebt habe, gute Zeugnisse besitze, und den sie heiraten wolle. Sie möchten gerne in Berne leben, wo es ihnen möglich sei, zwölf Reichstaler an Schutzgeld zu zahlen — sollte dies ihnen jedoch verweigert werden, so würden sie in Ovelgönne leben, wo ihr Verdienst jedoch ein Schutzgeld von nur zehn Reichstalern erlaubte. Nach Einzug von Erkundigungen berichtete die Kammer, daß sowohl die Bürger von Berne wie die Juden von Delmenhorst gegen eine Niederlassung in Berne Einspruch erhoben hätten. Die Erlaubnis wurde daher für Butjadingen erteilt.[7]

WIR FRIDERICH DER FÜNFTE, *von Gottes Gnaden könig zu Dennemark (sic!),* Norwegen, *der Wenden und Gothen,* Hertzog *von Schleswig Holstein, Stormarn und der Ditmarschen,* Graf *zu Oldenburg und Delmenhorst, etc., etc.*
tun Kund hiermit; was gestalt wir, auf geziemendes Ansuchen des verstorbenen Schutzjudens im Lande Wührden, unser Grafschaft Oldenburg, Arend Lamberts nachgelassener Wittwen und unser Rente-Cammer desfällige alleruntertänigste Vorstellung vermöge unser allerhöchsten Special Resolution *vom heutigen Dato, ihrem künftigen Ehemann Hertz Israel Schwabe allermildest zugestanden und bewilligt haben; gleich wir dann ihm Kraft dieses in allerhöchsten Gnaden zustehen und bewilligen, daß er als ein in unserm besondern Schutz aufgenommener Jude, auf vorgängig beygebrachte gute Zeugnisse von seinem bisherigen unsträflichen Betragen, sich*

7) O.S.A., Best. 20, 21, 14.

entweder in gedachtem Land Wührden, oder im Stadt- und Budjadinger Lande häuslich niederlassen, und seinen Unterhalt in besagten beiden Distrikten *durch Verkaufung allerhand zulässiger Waren, imgleichen mit Schlachten auf eine ehrliche Weise bester Gelegenheit nachsuchen möge, und darin von niemanden, insbesonderheit von keinem ausländischen frembden Juden, der nicht unter dessen* Protection *und Schutz stehet, behindert noch beeinträchtiget werden, auch sein forum in prima instantia unter unserm Land-Wührder-Amts — oder Stadt und Budjadinger Landgericht haben solle. Dahingegen aber ist derselbe bei Verlust dies der Begnädigung schuldig und gehalten seine Waren unsern dortigen Untertanen zu einem billigen Preiß feil zu bieten, und niemanden zu übersetzen, noch sonst durch unerlaubten Wucher zu vervorteilen, nicht weniger die zu verkaufende Waren, so viel tunlich in unserem Reiche und Lande zu verhandeln, und von solchen, so weit sie zalbar, den gewöhnlichen Zoll richtig zu erlegen, ferner für diese Freyheit a dato huius anzurechnen, alljährlich zehn Reichstaler N²/₃ in unser Register des Orts wo er sich niederlassen wird, prompte zu entrichten, und bei jedem unser königlichen* Erb Successorum *deren Antritt zur Landes Regierung er etwa erleben mögte, unverweilt die nähere Bestätigung über gegenwärtige Begnädigung allergehorsamst zu suchen, und auszubringen. Wornach sich männiglich, alleruntertänigst zu achten. Uhrkundlich unter unserem* Königlichen *Handzeichen und vorgedrücktem Insiegel.*

Geben auf unserem Schlosse Friedensburg den 19. Juni 1752
(L.S. — R.) *Friderich R.*

Der Brief galt daher nur während der Lebenszeit der Fürsten. Allerdings räumte er dem Schutzjuden das Recht ein, gegen jüdische Zuwanderer Protest einzulegen und sich an die Landesgerichte zu wenden.

Schwabe tat das sofort. Am 11. September 1753 ersuchte er die Regierung, das Schutzgesuch eines anderen Juden, Moses Ruben, abzulehnen, da er sich sonst nicht ernähren könne.

Gleichzeitig wurde er von Carsten Bendix aus Varel verklagt, daß er ihm den Handel in Butjadingen verwehren wolle. Schwabe machte jedoch geltend, daß Bendix als ausländischer Jude angesehen werden solle. In Butjadingen war Bendix nach seiner Ansicht staatsrechtlich Ausländer, weil dieses Gebiet zur Grafschaft Oldenburg gehörte, Varel aber nicht; nämlich zur Herrschaft Varel und Kniphausen. Der Rat der Regierung entschied gegen ihn. Da Bendix zwar in Varel lebe, aber damit auch im Königreich Dänemark, sei er kein Ausländer. Da er außerdem der Schwiegersohn des Schutzjuden Goldschmidt sei und schon lange Handel treibe, und dafür ein Schutzgeld von 7 Reichstalern 36 Groschen zahle, könne ihm der Handel in Butjadingen nicht verwehrt werden.

Ein Jude klagte also seinen jüdischen Genossen an, worauf der andere versuchte, ihm den Makel des Ausländertums anzuhängen. Die Bedrängnis untergrub das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Hier mögen wir Gründe für den Zwiespalt zwischen deutschen und östlichen Juden sehen. Auch Goldschmidt in Oldenburg zeigte ähnliche Züge. Als ein Jude Knor aus Neustadt-Gödens ums Niederlassungsrecht in Bockhorn nachsuchte, wehrte sich Goldschmidt 1757 mit den gleichen Argumenten, die die Christen den Juden gegenüber anwandten: Ursprünglich sollte nur ein Schutzjude im Lande sein (er selbst),

der neue Jude nehme den Eingesessenen das Brot weg, er solle das Privileg zu Hause suchen, wo er herkäme, und künftige Anträge seien abzulehnen. Hier zeigte sich Furcht, die zur Ungerechtigkeit führte.
Schwabe, der 1763 nach Oldenburg ziehen wollte, stieß auf den gleichen Widerstand, aber von seiten der Stadt: Oldenburg sollte nur einen Schutzjuden haben. Die Regierung antwortete, der „hiesigen Bürgerschaft würde durch ehrliche und bemittelte Leute, ohne allen Unterschied der Religion ... gedient". Die Zulassung wurde empfohlen.
Kurz darauf sollte auch Goldschmidt die Härte des Vorurteils fühlen — und das Verständnis der Regierung. Wie weit die Regierung dem Volke, selbst den Schutzjuden, voraus war, soll jedoch an einem Delmenhorster Beispiel gezeigt werden.

Der Hecht im Karpfenteich: David Joachim Cohen [8]
Am 27. Januar 1774 ersuchte der Hamburger Jude David Joachim Cohen, „demütigst und untertänigst um gnädige Erteilung des Privilegiums in Delmenhorst wohnen und handeln zu dürfen". Er legte ein Zeugnis des Bürgermeisters und Rats der Stadt Hamburg bei, „daß die beiden Ältesten der hiesigen jüdischen Nation, Hymann Joachim Cohen und Israel Joseph Rintel an körperlichen Eides Statt bestätigt, certifiziert, bezeugt und wahrgesaget ... daß der hierselbst geborene Schutzjude David Joachim Cohen, seit 16 Jahren verheiratet, seit langer Zeit hierselbst wohnhaft und sein Gewerbe ehrlich und redlich betrieben, und niemals etwas Unbilliges von ihm bekannt geworden ..." Cohen erklärte, er handele in Bremen, en gros und detail, käme oft nach Delmenhorst und würde es als Gnade ansehen, unter dem Herzog zu leben. Oldenburg war inzwischen Herzogtum geworden.
Am 2. Februar 1774 verordnete der Herzog Friedrich August von seiner Residenz in Eutin aus: „Wir wollen gnädigst, daß unsere Oldenburgische Kammer über gegenwärtiges Gesuch ... pflichtgemäß uns berichte." Die Kammer bearbeitete das Gesuch und erhielt nach einer angeforderten Stellungnahme den vorauszusehenden Einspruch des Delmenhorster Magistrats am 24. 2. 1774; das Gesuch sei abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Es gäbe in Delmenhorst schon drei zahlreiche jüdische Familien; die Vermehrung der Juden würde den Zusammenlauf „von allerhand verdächtigem Gesindel dieser Nation" vergrößern; das Publikum hätte Nachteil zu fürchten, und die Judenschaft in Delmenhorst betrachte selbst „das Vorhaben des Supplicanten als zu ihrem Ruin gereichend". Dabei bleibt es nun im letzten Punkte fraglich, ob die Juden wirklich diese Furcht hatten, was, wie wir gesehen haben, nicht unmöglich ist — oder ob sie eben das Spiel des Magistrates mitspielen mußten.
Die Kammer, in ihrem Bericht vom 30. August 1774, verfolgte nun eine seltsame Linie: im Prinzip gab man den Delmenhorstern recht, was wohl auch dem Gefühl der Kammerräte entsprach; in der Entscheidung sprach man sich für Cohen aus. Gleichzeitig benutzte man die Gelegenheit, der Delmenhorster Bürgerschaft eine sehr energische Mahnung zu geben. In der Tat, so berichtete die Kammer, sei eine zu große Anzahl von Juden in einem Lande allemal von schädlichen Folgen, denn die Juden seien „aufgelegt,

8) O.S.A., Best. 31, 2-43-5.

den Christen zu schaden, obgleich man sie immer von Gefälligkeit gegen ihre Glaubensgenossen antrifft". Die Kammer scheint daher den Bericht, die Juden selbst setzten sich dem Gesuch entgegen, als unglaubwürdig abgelehnt zu haben, zumal sie befürwortende Gesuche aus anderen Landesteilen hatte. Aber, so fuhr der Bericht fort, das Publikum habe keinen Nachteil. *„Da sich Juden völlig dem Handel widmen, so nehmen sie kleineren Profit, daher sind sie dem Handel des Publikums mehr nützlich als schädlich"* — *und nun die Kritik und Vermahnung: „es wäre zu wünschen, daß die Delmenhorster Kaufmannschaft sich durch einen zu Unternehmungen aufgelegten Juden aus ihrer bisherigen Schlafsucht mögten aufwecken lassen."* Der Jude wurde zum Hecht im Karpfenteich.

Da sich Cohen außerdem mit Geldwechsel und Kommissionshandel beschäftigte, so hieß es, sei er den Juden nicht nachteilig und dem Publikum zuträglich. Er könne ja den Handarbeitern in Delmenhorst, deren Produkte nach Holland gingen und dadurch holländisches Geld ins Land brachten, zu einem vorteilhafteren Umsatz verhelfen.

Friedrich August war kein sehr toleranter Fürst, daher waren die Kammerräte vorsichtig. Sie empfahlen, daß Cohen zugelassen werde, gleich anderen Juden das Bürgerrecht gewinne, an allen Staatslasten seinen Teil übernehme — „indessen müssen wir alles dem Höchsten Gutfinden seiner Hochfürstlichen Durchlaucht überlassen".

Der Herzog stimmte der Empfehlung seiner Kammer bei: „Dem untertänigst eingereichten Gesuch ... nach der von der Oldenburger Kammer abgestatteten Bericht ... haben wir in Gnaden statt gegeben, daß er, gleich den anderen zu Delmenhorst wohnenden Juden das Bürgerrecht daselbst zu gewinnen und die Lasten und Abgaben zu übernehmen ... Eutin, 31. Oktober 1774."

Der Text des Schutzbriefes darf nicht irreführen. Beim Bürgerrecht handelte es sich nicht um bürgerliche Gleichberechtigung, sondern um „Bürgerrecht gleich den anderen Juden", und deren Rechte waren von denen der Christen weit entfernt.

Die Stadt Oldenburg, ihr Freibrief von 1345 und die Juden[9]

Die Familie Goldschmidt war die älteste unter den Schutzjuden in der Stadt. (Die älteste beurkundete Zulassung eines Juden in der Stadt Oldenburg war 1692.) Doch war das Schutzrecht nur immer einem Mitglied der Familie erteilt. 1721 ersuchte Meyer Goldschmidt um das Siedlungsrecht für seinen Sohn, Philipp Meyer. Es wurde ihm verweigert. Erst als der Vater starb, wurde *ein* Sohn, nämlich Joseph, zum Schutzjuden.[10]

Am 14. Dezember 1773 ersuchte nun Baruch Joseph Goldschmidt um das Schutzrecht für zwei seiner Kinder: „Ich, mein Vater und Großvater haben hier seit 90 bis 100 Jahren in dieser Stadt gewohnt, ehrlich betragen ... Ich habe eine ziemlich starke Anzahl Kinder, wünsche Erlaubnis, daß sich zwei in der Stadt neben mir etablieren mögen, und auf gleiche Art und gleiche Abgaben wie ich Handlung und Gewerb treiben dürfen ..." Allerdings handelte es sich dabei um zwei von Goldschmidts Töchtern, und mit dem

---

9) O.S.A., Best. 31, 2-43-4.

10) S. Anlage zum Obigen (s. auch nächste Seite).

Schutzrecht sollte die Heiratserlaubnis verbunden werden. Die Schwiegersöhne würden dann den Familiennamen Goldschmidt annehmen.

Das Gesuch ging an die Stadt Oldenburg zur Stellungnahme. Wie zu erwarten war, schlug die Stadt die Bewilligung ab. Die Gründe wurden im einzelnen dargelegt: Es solle jederzeit nur *ein* Schutzjude in der Stadt sein. Deswegen sei auch Hertz Israel Schwabe 1763 die Verlegung seines Wohnsitzes von Butjadingen nach Oldenburg abgelehnt worden, wie auch dem Levi Abraham, der 1754 von Wildeshausen nach Delmenhorst habe ziehen wollen. Würde das Gesuch bewilligt, würde das kleine Oldenburg mit Juden überfüllt, da die Kinder ja Mädchen seien und dann Schwiegersöhne hereingebracht würden. Das sei zum Schaden des Publikums. Goldschmidt treibe nun auch mit Waren Handel, für die die Krämer-Sozietät das Privileg habe. Er hausiere, würde dann auch die Schwiegersöhne ins Hausieren einführen, handele auch mit unerlaubten Waren. Als Geldwechsler habe er ebenfalls das Geld der ganzen Grafschaft in seiner Hand.

Die Stadt verwies auf ihr Privileg von 1345.

Der Zuzug von mehr Juden würde die Lasten der Bürgerschaft vermehren, vor allem in Vormundschaftsangelegenheiten und öffentlicher Verwaltung, an denen die Juden ja nicht teilnehmen dürften, die sie jedoch beanspruchten. Goldschmidt habe schon einen Sohn, die Töchter sollten daher das Schutzrecht im Wohnort ihrer künftigen Ehemänner suchen.

Der Handel der Stadt sei im Verfall, und „die immer mehr in Abnahme geratende Bürgerschaft soll nicht außerdem durch fremde Juden sogar entzogen werden". Es solle daher dabei bleiben, daß es nur *einen* Schutzjuden gäbe.

Zu dieser Erklärung vom 10. März 1774, die von sieben der Räte unterschrieben war, kam noch eine Anlage, ebenfalls von sieben Bürgern unterschrieben, die darauf hinwies, daß selbst 1721 ein Gesuch der Familie Goldschmidt abgelehnt worden sei, bis „Meyer starb, und wurde ihm jüdische Beerdigung bewilligt, und ein Sohn, Joseph, nun Schutzjude" (s. o.). Daher sollte das Gesuch abgeschlagen werden (24. Februar 1774). Der Druck auf den Herzog verstärkte sich. Am 20. März 1774 schrieben wiederum sieben Bürger: Die Stadt sei arm und ihr Lebensunterhalt würde ihr zu Gunsten eines Juden entzogen. Dieses Ansuchen der Bürger sei das erste, das sie je an den Herzog gestellt hätten. Eine politische Aktion war im Gange, die auch in unserer Zeit den Organisatoren „Ehre" machen würde. Der Druck zielte nicht so sehr auf den Herzog, der in Eutin seine Residenz hatte, wie auf die Kammerräte, die unter den Oldenburger Bürgern lebten und mit ihnen auskommen mußten.

Die Antwort, die den Bürgern erteilt wurde, in indirekter Form durch den Bericht der Kammer an den Herzog, muß für sie bestürzend gewesen sein. Allerdings werden wir sehen, daß die Bürgerschaft weiterhin hartnäckig versuchte, ihren Willen durchzusetzen. Am 15. August 1774 gab die Kammer ihr Gutachten an den Herzog ab. Das Gesuch der Stadt sei abzulehnen. Je mehr Handel in der Stadt sei, desto besser sei es für die Gesamtheit. Und nun kamen die Kammerräte zum Kern der städtischen Opposition; es sei nicht so sehr Judenfeindschaft als vielmehr das Privatinteresse der Bürger. Wir erkennen, wie das persönliche Interesse den Anti-Semitismus hervorrief.

Die Stadt habe auch eine Verordnung erlassen, nach welcher kein Handelsmann sich

innerhalb einer Zone von zwei bis drei Meilen von der Stadtgrenze entfernt niederlassen dürfe. Dadurch müßten die Bauern alle ihre Produkte nach der Stadt bringen. Dort müßten sie sich mit dem Preis zufrieden geben, den die Händler der Stadt ihnen zu geben willig waren. So seien die Händler in der Stadt faul geworden. Sie verdienten an der Ausbeutung der Bauern. Die Händler reisten nicht auf die Messen in Leipzig und Braunschweig, kauften ihre Waren durch Mittelhändler, statt direkt. Dadurch würden die Preise höher. — Als Seitenbemerkung fügten die Kammerräte an, daß — mit Unterstützung des Herzogs — auch die Hunte vertieft werden könne, so daß man direkt mit Osnabrück und Münster in Verbindung stehen und dadurch den Handel verbessern könne.

Jedenfalls brauche man gute Handelsleute, die Waren billig bekommen und verkaufen würden. Oldenburg sei teurer als Bremen; daher gingen die Leute nach Bremen zum Kauf von Kleidern, Wein usw. Ob die Handelsleute Juden seien oder nicht, mache keinen Unterschied. Man habe Goldschmidt beschuldigt, das ganze Wechselgeschäft in seinen Händen zu haben, ohne ihm Unehrlichkeit vorwerfen zu können. Die Anklage beweise einfach, daß Oldenburg mehr Wechsler brauche, daß die Bürger nicht rege genug seien, um in dieses Geschäft ebenfalls einzutreten. Die Last der Bürger würde nicht erschwert werden, da ja auch Christen zugelassen würden und sich damit die Bevölkerung vergrößere; außerdem zahle ja Goldschmidt alle Steuern und eine Sonderabgabe für Personaldienste. Die Gewährung des Gesuches sei daher im Interesse der Stadt. Doch sollten die Schwiegersöhne eine Bescheinigung ihres Betragens und ihrer Vermögensumstände einreichen.

Im Zusatz wurde von der Kammer noch erklärt, es sei nicht wahr, daß Goldschmidt mit unzulässigen Waren handele. „Die Sozietät der Krämer" habe früher schon Klage eingelegt, Goldschmidt handele mit unzulässigen Waren. Goldschmidt habe jedoch seinen Fall gewonnen, er habe seine Privilegien nie überschritten. Die Sozietät wurde zu den Gerichtskosten verurteilt (31. 10. 1748).

Am 31. Oktober 1774 gewährte der Herzog das Schutzrecht für die Schwiegersöhne, die jedoch Bescheinigungen über Betragen und Vermögen zu gegebener Zeit einbringen sollten. Die Zeit kam sehr schnell, jedenfalls für einen Schwiegersohn. Ein junger Mann, Philip Jonas Goldschmidt, der seit Jahren im Goldschmidt-Hause gelebt hatte, bat um den Schutzbrief. Er hatte wohl auf das Ergebnis des Gesuches gewartet. Da er aus gutem und wohlhabendem Hause kam, sein Vater als Vorsteher der Altonaer Judenschaft sowohl Ansehen wie Vermögen besaß, empfahl die Kammer am 24. Dezember 1774 die Gewährung des Schutzbriefes.

Nun nahmen die Oldenburger Bürger den Kampf wieder auf. „Nach Erteilung der Schutzrechte", so schrieben sie an den Herzog, habe sich der Magistrat verpflichtet gesehen, die Gesamtbürgerschaft zu berufen. Der Schutzbrief an die Töchter verletze die Rechte der Stadt. „Wenn ihm (Goldschmidt) nun nach dieser Resolution erlaubt, daß zwei seiner Töchter sich neben ihn setzen mögen; (gehe) dieses aber den hiesigen Rechten entgegen; dagegen aber in denselben der hiesigen Bürgerschaft versichert: daß kein Jude hier wohnen noch handeln solle, wie in der Stadt Bremen; so finden Elterleute

(Magistrate) nötig, um allen Vorwürfen zu vermägden, dieses der ganzen Bürgerschaft vorzutragen, und mit ... Rate und Bürgerschaft zu überlegen ... (23. Dezember 1774)." Man ging nun zum Angriff über. Oldenburg sollte judenrein werden. Man berief sich auf die Stadtrechte von 1345. Hier jedoch verwickelten sich die Bürger in bewußte Falschheiten und Widersprüche.

Das Ergebnis der „Überlegung" war ein neunseitiger Brief, datiert den 24. Jan. 1775.[11]

Die Stadt beruft sich auf ihre „Statuta civitatis Oldenburgensis" die von der Bürgerschaft mit ihrem Gut und Blut erkauft, die in Anno 1345 auf die feierlichste Weise von den Gottseligen Grafen ... den Bürgermeistern und ganzen Mannheit der Stadt versichert ... von dem Gottseligen Grafen Johann nochmals bestätigt, solches auch von dem letzt regierenden Gottseligen Grafen Anton Günther dahier wiederholet ... sie bei ihren alten wohlhergebrachten Privilegien zu lassen, dieselben nicht zu verringern, sondern vielmehr zu bessern uns zu bestätigen, ... ferner ... (wiederholt) beim Antritt der gemeinschaftlichen Regierung von Ihrer Königl. Majestät zu Dänemark, Friderich den dritten und Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht den Herzog von Holstein Christian Albrecht ... (die) Confirmation ... Gottorf den 10. Juli 1667 ... die hiesige Stadt bei ihren Privilegien ... gnädig (zu) lassen ... schützen und hand haben, (es wurde erklärt) daß wir ihnen bei unser königlichen und fürstlichen Würden und handgegebenen Treuen verheißen und verbindlich zusagen; nicht weniger von deren nachfolgenden dänischen Königen ist hinzu die Confirmationes erfolgt. Diese Statuta enthalten, daß kein Jude hier in der Stadt wohnen soll, wie in der Stadt Bremen. Wenn nun die Supplikanten nach ihrer Instruktion und Eid ... sich verpflichtet, bei der Treue gegen ihren Landesherrn in Sonderheit das allgemeine Beste der hiesigen Bürgerschaft und die Aufnahme und Nahrung der Stadt zu befördern, so wird es denselben nicht ungnädig aufgenommen werden, wenn sie nach ihrer Pflicht handeln ...

Die Bürgerschaft hat den Supplikanten Vollmacht gegeben, Eure Hochfürstliche Durchlauchten nochmals untertänigst zu bitten, daß sie bei den Stadt privilegiis ... mögten geschützet werden.

Weit entfernt sei es von uns, daß wir aus Ungehorsam und Widerspenstigkeit, wie unsere Übelwollende uns aufgeben, uns auf Privilegia berufen sollten, nur die bedrückten Umstände der Stadt zwingen uns dazu. Die Handlung der Stadt ist ohnehin sehr gefallen. Die jetzige Judenfamilie, die aus sehr vielen Personen besteht, hat schon vieles zum Schaden der Christen an sich gezogen, und es ist der völlige Ruin der Christen damit verknüpfet, wenn zwei Juden Familien dazu kommen sollen. Der Juden Hauptgewerbe ist Schachern und Wuchern, und des jetzigen Juden Bediente hausieren in der Stadt und auf dem Lande beständig und dringen den Einwohnern die Waren auf, anstatt daß der Jude sich auf die jüdische Schacherei sollte einpränden (?), so hat er nicht allein alle Waren worauf die hiesige Krämer Solicitat privilegiert, sondern auch alle Kaufmannswaren als Tee, Zucker, Kaffee, und also hat der Jude ein Vorrecht vor den Christen. Dabei können die Juden dem Publik

11) O.S.A., Best. 31, 2-43-4.

keine personnel Dienste leisten, diese Lasten, als Vormundschaften, Wachten, bei den Spritzen, etc. bleiben den Christen. Nach den Grundsätzen der jüdischen Religion sind sie keine Freunde der Christen, und man findet wenig Länder, wo sie sich ein Jahrhundert ruhig gehalten, doch kann ihnen dieser Ort wegen des Durchzugs von Amsterdam und Hamburg ungemein dienen. Bei voriger Landesregierung ist sehr oft von Juden um hier zu wohnen angesucht worden, und obgleich dieses Juden Großvater 14 Kinder gehabt, so ist so mal ihm als allen anderen Juden ihr Gesuch abgeschlagen, und die Bürgerschaft hat, auf ihre demütige Vorstellung eine ... Resolution erhalten ... von welcher ... in dergleichen Fällen die Berichte gefordert worden ... Die hiesige Bürgerschaft hat zu allen Zeiten gegen ihre Landesherrschaft ihre Pflichten auf das genaueste in der Tat zu erfüllen gesucht, die der Bürgerschaft übel wollenden werden keine gegenseitige Spuren davon anweisen können, und wenn nicht Neid und Misgunst ihnen zurückhält, so werden sie der Bürgerschaft das Zeugnis geben müssen, auch in der künftigen Zeit werden sie ihres Gehorsams auf das Genaueste beweisen. Sollten wir denn nicht die gewisse Hoffnung haben können ... daß Eure Hochfürstliche Durchlauchten ... die getreuen Einwohner der hiesigen Stadt dem Interesse eines Juden vorziehen und ihren bei ihren confirmierten Privilegiis schützen ..."

Der Brief war schlau, aber auch dumm. Er war schlau, indem er auf die Animosität gegen Juden baute und dem Herzog die Wahl gab zwischen der getreuen Stadt Oldenburg und einem Juden; zwischen dem Wort, das seine Vorfahren der Stadt feierlich gegeben hatten und dem Wort einer neidischen Bande, nämlich den Kammerräten. Der Herzog saß ja in Eutin, vielleicht konnte man einen Keil zwischen ihn und die Kammer schieben. Er war schlau, indem er über die Entscheidung zu Gunsten Goldschmidts im Verfahren gegen die Krämer-Sozietät einfach hinwegging. Man sagte, die Juden hielten sich nicht in einer Stadt, nicht daß sie vertrieben wurden. All die alten Anklagen wurden eben nochmals aufgebracht und der Herzog vor die Wahl gestellt: wollte er wirklich den Ruin seiner Stadt? Der Brief war aber zu schlau, und darum war er dumm. Er klagte die Juden an, daß sie nur wucherten und schacherten, und — im gleichen Satze — klagte man Goldschmidt an, daß er eben nicht nur wucherte und schacherte, sondern Tee und Kaffee verkaufe. Vor allem aber wollten die Bürger übergescheit sein, und darin zeigte sich ihre Dummheit. Sie sprachen nämlich von ihren Privilegien. Nun war der Stadt Oldenburg in der Tat dasselbe Recht gegeben worden wie es Bremen besaß, das heißt der Freibrief von 1345 war dem Bremer angeglichen. Auch war es ebenfalls richtig, daß in Bremen Juden 1345 nicht handeln durften und in den folgenden Jahrhunderten die Freie Stadt Ansiedlungsversuche derselben innerhalb der Stadtmauern verhinderte. Es war aber nicht wahr, daß dasselbe für Oldenburg galt. Die Oldenburger hatten einfach geglaubt, man würde ihnen erlauben, daß sie gleich Bremen zu handeln das Recht hätten. Daß sie es besser wußten, geht daraus hervor, daß sie im Freibrief nur die ihnen genehmen Sätze quotierten („die Privilegien nicht zu verringern, sondern zu bessern, etc."). Sie kannten den Brief. Die Kammer antwortete einfach, indem sie den Oldenburgern eine beglaubigte Abschrift des Freibriefes übermittelte, auf dessen dritter Seite ganz klar ausgedrückt ist:

„Ock hole wy heinen und verdedigen die Joden ... und den hier wonende biss zu der Statt zu Bremen."
Auch behalten wir hier [als der Grafen Besitztum] und verteidigen die Juden ... und die hier wohnenden bis zur Stadt Bremen — Oldenburg hatte kein Privileg.

Gleichzeitig erhielt die Stadt die herzogliche Antwort — durch die Kammer: Das Gesuch beruhte auf dem Selbstinteresse einiger weniger: Nach den Privilegien sollten und mußten die Juden immer in der Stadt Oldenburg geduldet werden. Ferner seien sie der Stadt zum Nutzen. Im übrigen habe der Landesherr das Recht, Privilegien zu ändern. Es bleibe daher bei der Entscheidung.

Dennoch sei die Aufrechterhaltung der Privilegien der Stadt Oldenburg immer eine der höchsten Aufgaben des Landesvaters,

„wobei wir dann von ihnen verlangen und uns gewiß versähen, daß sie zur Erreichung und Beförderung dieser unserer gnädigen Absichten und Gesinnungen nach denen ihnen obliegenden Eidespflichten mit aller Treue und Unparteilichkeit, und mit Hintansetzung aller Nebenansichten sich jederzeit beeifern würden.
Hieran vollbringt Ihr Unseren höchsten Befehl und Willen und Wir verbleiben Euch samt und sonders mit Landesherrlicher Huld und aller Gnaden wohl beygetan und geworden.
Eutin, den 20. März 1775."

Am 25. Februar 1775 hatte Goldschmidt bereits die Erlaubnis erhalten, seine künftigen Schwiegersöhne anzusiedeln, und der Schutzbrief für den einen der Schwiegersöhne, Philip Jonas Goldschmidt, wurde erteilt. Im Briefe war besonders vermerkt, daß er

„anderen Bürgern und Einwohnern gleich, zulässigen Handel und Gewerbe, in der Stadt sowohl als auf dem Lande, ungehindert treiben, mithin eben der Vorteile, die sein künftiger Schwiegervater Baruch Joseph Goldschmidt genießet, teilhaftig werden möge, doch daß er dagegen auch gleiche Lasten und Abgaben, als dieser abhält, übernehme. Vornach Unsere zur Oldenburgischen Kammer sämtliche verordnete, wie auch Bürgermeister und Rat Unserer Stadt Oldenburg und sonst männiglich der Unsrigen, sich untertänigst zu achten."

Baruch Joseph Goldschmidt hatte gewonnen. Aber was mag es ihn gekostet haben, an Gaben für Herzog und Kammer? 1786 befand er sich in finanziellen Schwierigkeiten und ersuchte den Herzog um ein Darlehen von 1000 Gulden. Er habe Unfälle in der Familie gehabt und viel Geld verloren. Die Kammer befürwortete sein Gesuch und erklärte, daß er auch vielen Juden geholfen habe, so daß sie dem Staate nicht zur Last gefallen seien. Doch der Herzog lehnte ab. Er kenne Goldschmidt als rechtschaffenen Mann und Untertanen, aber „der Folgen wegen" könne er nicht helfen.

Geld und Selbstüberwachung

Von nun an mußten die Juden Geld haben, um das Schutzrecht zu erlangen. Gleichzeitig mußten sie, bei Strafe des Verlustes ihres eigenen Schutzrechts, das „Judengesindel", ihre eigenen Brüder, überwachen und nötigenfalls anzeigen und ausweisen lassen.

Dennoch wäre es wohl ungerecht, in diesem neuen Verhalten des Herzogs und seiner Kammer lediglich eine Verschärfung anti-jüdischer Grundideen zu sehen. Man wollte in der Tat keinen großen jüdischen Zuwachs. Aber im Grunde genommen lag dem Herzog daran, den Handel und das Einkommen des Staates zu heben. Unter dänischer Herrschaft war die Wirtschaft Oldenburgs stark vernachlässigt worden und mußte jetzt gestärkt werden. Gleichzeitig verschlang der herzogliche Hof viel Geld. Der Herzog ließ die alten dänischen Festungsanlagen, die die Stadt Oldenburg umgaben, niederreißen und verwandelte sie in eine Bürgerpromenade, er erweiterte das Schloß. All dies waren Erneuerungen von großem Wert, für die Oldenburg bis zum heutigen Tage dankbar sein kann. Doch brachten diese Ausgaben dem Staate Schulden. So durfte eben niemand im Staate aufgenommen werden, der die Last irgendwie vergrößern würde. Andererseits war man gern bereit, jeden aufzunehmen, der Geld hatte und den Handel beleben konnte, selbst Juden. So erklärt sich die neue Richtung. Allerdings erwartete man von ihnen, daß sie sich mit dem Staate identifizierten, was sich zum Nachteil „ausländischer" Juden entwickelte, d. h. derer, die aus einem anderen deutschen Staate einwandern wollten, aber auf jeden Fall für die polnischen Juden. Eventuell rechnete man im Sinne der Aufklärung damit, daß die Juden ihre „Eigenart" aufgeben würden; bis das geschah, mußte man ihnen mit Vorsicht begegnen. Wie sich die Dinge entwickelten, werden wir sehen.

Am 13. April 1774 ersuchte Joseph Gabriel um das Recht, sich in Brake niederzulassen, außerdem, in Oldenburg und Bremen handeln zu dürfen. Er hatte lange Jahre in Wildeshausen gelebt und zuletzt als Handelsknecht bei Hertz Israel Schwabe in Ovelgönne gedient. Die verschiedenen öffentlichen Ämter stellten ihm gute Zeugnisse aus. Doch war er arm, selbst sein Packen mit Waren war ihm gestohlen worden. Außerdem war er ein polnischer Jude.

Darum schrieb Hertz Israel Schwabe am 18. Juni 1774 an die Kammer, der Schutz solle verweigert werden:

> *... wenn aber dieser Joseph Gabriel ein ausländischer, polnischer Jude ist, der sich nur eine kurze Zeit hierselbst erst aufgehalten, der nichts im Vermögen hat, vielmehr mit dem Vorgehen, daß ihm sein Packen mit Waren gestohlen worden, außer verschiedenen hiesigen Einwohnern einen Bremer Kaufmann um eine ansehnliche Forderung von ca. 500 Fl. gehalten, mithin man nicht wissen kann, was hinter diesem ausländischen Menschen verborgen liege, anbei der Supplikant und seine Cohorten mit einer ansehnlichen Familie versehen sind, für welche sie ... diese Gnade (des Schutzes) mit der Zeit zu erhalten wünschen ...*"

Trotz wiederholten Ansuchens durch Gabriel blieb es bei einer Absage des Herzogs (4. Februar 1775).[12] Der Fall des Joseph Meyer in Berne enthüllt ebenfalls eine sich verschärfende Haltung der Kammer. Berne hatte protestiert. Doch der Einspruch wurde abgewiesen.

---

12) O.S.A., Best. 31, 2-43-11.

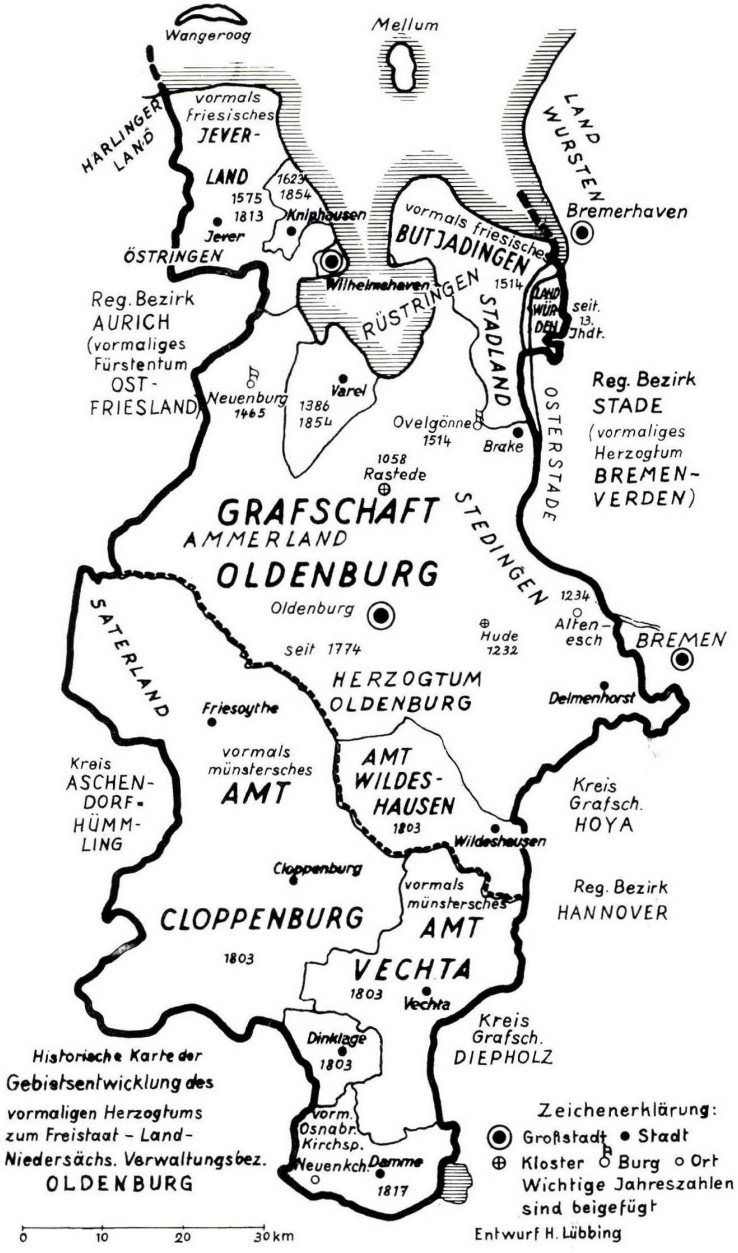


Abb. 1: Gebiet des Landesrabbinats

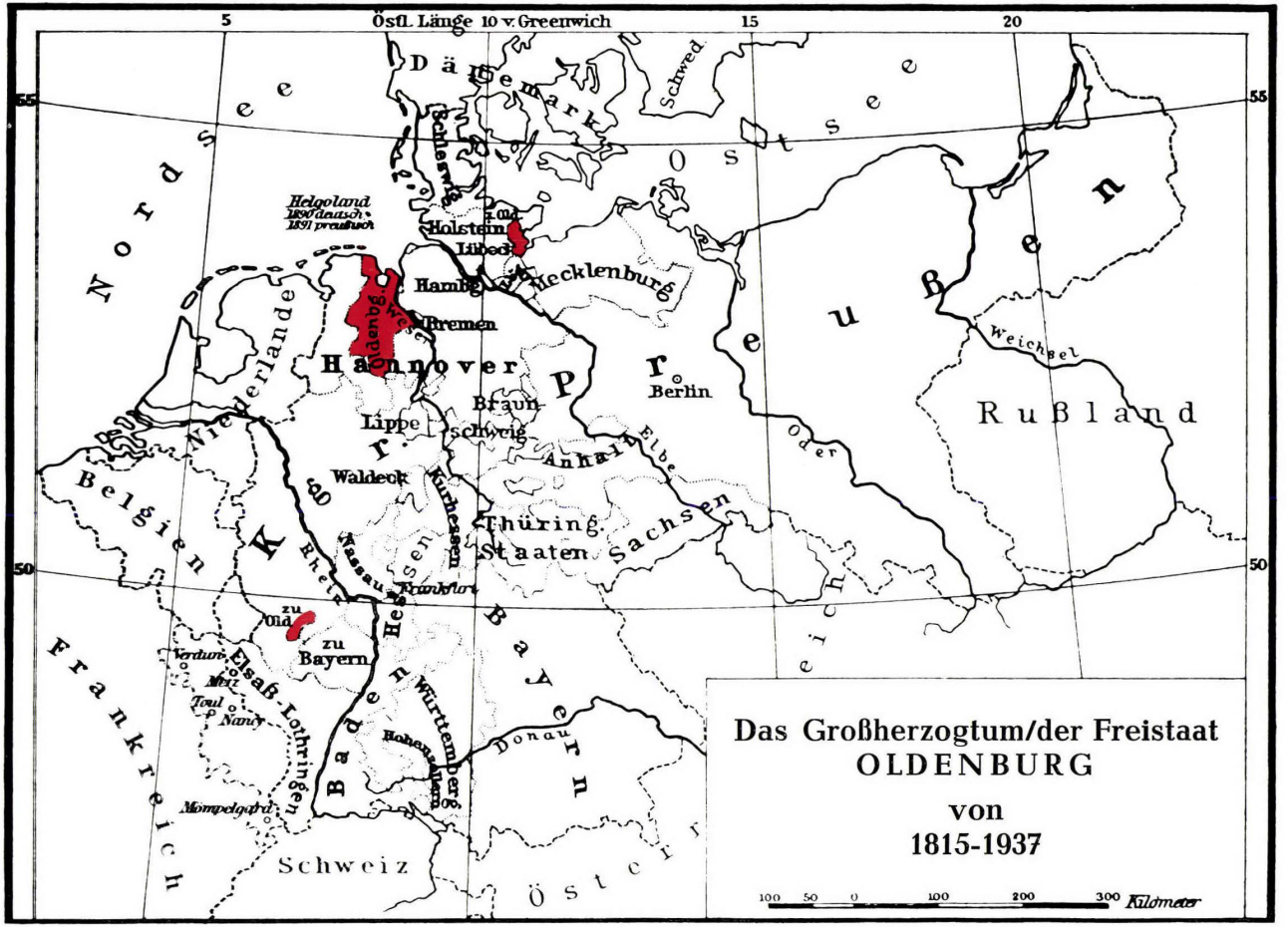


Abb. 2: Oldenburg im westdeutschen Raum

„Der Widerspruch der Kaufleute in Berne sei unberechtigt. Auch ist der Satz, daß man gute Untertanen, die auf ehrliche Weise ihr Brot verdienen können, ohne Rücksicht auf ihre Religion ins Land zu ziehen suchen müsse, an sich wohl keinem Zweifel unterworfen."

Doch nun kommt das Gegenargument:

„Allein auf die jüdische Nation läßt sich dieser Satz, wenigstens noch zur Zeit und nach unserer Lage so ganz unbedingt wohl nicht anwenden. Daß einige betriebsame Juden im Lande geduldet werden ist unseres Erachtens nur in der Hinsicht nützlich, weil dieselben verschiedene geringfügige Gegenstände ihres Gewerbes, Sachen, die ohne sie nicht zu Geld gemacht werden können, als unbrauchbare Kleidungsstücke, Betten und dergleichen den Untertanen abkaufen, und solche Sachen außerhalb des Landes wieder abzusetzen wissen. Übrigens aber erscheinen uns die Juden, die sich bekanntlich mit keinem Landbau abgeben, keine nützlichen Künste und Professionen treiben, nicht einmal als Taglöhner mit Handarbeit ihren Unterhalt erwerben können oder wollen, nur selten des Vermögens sind einen regelmäßigen Handel zu führen, keine sehr taugliche und empfehlende Untertanen zu sein. Vielmehr befürchten wir, daß diese Leute einem Lande und öffentlicher Sicherheit nachteilig werden müssen, so bald ihre Anzahl so groß wird, daß sie von ihren vorhin erwähnten, geringfügigen und eingeschränkten Handlungsgewerbe nicht sämtlich leben können ..."

Doch wurde der Schutz für diese Familie empfohlen, da sie schon lange in Berne lebte. Der Schutzbrief wurde am 12. April 1782 gewährt. Als Steuer wurden jährlich 10 Fl. angesetzt. Aber nun kam noch ein Zusatz, den wir in den folgenden Schutzbriefen ebenfalls finden werden:

„Er ist angewiesen kein fremdes, herumlaufendes Judengesindel zu beherbergen oder bei sich aufzunehmen, mit Verwarnung, daß im Fall einem ihm desfalls zu Schulden kommenden Contravention er des verliehenen Schutzes verlustig sein soll." [13]

Nun verstehen wir Schwabes Einwand gegen Joseph Gabriel. Schwabe wußte, wie man verfuhr. Die Juden wurden zu Polizisten über ihre eigenen Genossen: treibe sie aus, oder du wirst ausgetrieben. Hier lag tiefe Degradierung. Wer war denn das „Judengesindel"? Es waren Vertriebene aus deutschen Ländern, vor allem aber aus Polen, die verzweifelt nach einer Niederlassungsstätte suchten. Was sollte denn aus ihnen werden? Die angesessenen Juden mußten ihr Herz verschließen. Daraus entstand dann die Spaltung und Spannung zwischen deutschen und polnischen Juden, die durch die Geschichte und Auswanderung weitergehen sollte. Hier lag die Tragödie, der Verfolgte mußte zum Verfolger werden; Bruderschaft zerbrach.

Allerdings gab man noch ein paar Armen den Schutz, wie Elias Salomon in Elsfleth am 28. Dezember 1782.[14]

Als jedoch Baruch Jacob Schutz in Ovelgönne suchte, mußte er nachweisen, daß er

13) O.S.A., Best. 31, 2-44-25.
14) O.S.A., Best. 31, 2-44-37.

mindestens 1000 Fl. an Vermögen besaß. Da er sie nicht vorweisen konnte, mußte er sich zum Eid bereit erklären, daß er 1000 Reichstaler besitze, außerdem 706 Rt. in Außenständen und 500 Rt. in Waren und Mobilien. Der Eid wurde allerdings nicht abgenommen, da die Bereitschaft als genügend angesehen wurde.

Warum kam ein wohlhabender Mann nach Oldenburg, um sich kläglich in Ovelgönne zu ernähren? Die Antwort ist einfach und ergibt sich aus dem Zeugnis des Bürgermeisters und Rats seiner Heimatstadt Obernkirchen (Grafschaft Schaumburg). Baruch Jacob, 30jährig, war der dritte Sohn der Familie und mußte seine Heimatstadt verlassen, da es dort nur zwei Schutzjuden geben durfte.

Was war ihm in Ovelgönne erlaubt? Wie wir sahen, war die Kammer nur mit dem mindesten Kleinhandel einverstanden; man wollte keinen Goldschmidt mehr, der den Bürgern Konkurrenz machte. Baruch Jacob durfte schlachten und ganz kleinen Handel betreiben. Er mußte versprechen, das „Judengesindel" zu vertreiben; natürlich mußte er Schutzgeld zahlen (24. Juli 1782). Nach ein paar Jahren war er verarmt und erklärte, er könne sich kaum noch unterhalten. Bevor eine Verfügung ihm zeitweilig das Schutzgeld erließ (7. November 1783), hatte er schon eine andere Stadt gefunden. Stadthagen — in der Nähe seiner Heimatstadt Obernkirchen — hatte ihm Schutzrecht gewährt, er wanderte zurück.[15] Schnellstens ersuchte und erhielt nun Solomon Caiphas, Sohn des Caiphas Levi aus Ovelgönne, den Schutz, so daß dieser in seiner Heimatstadt leben konnte.

Es wurde immer schwieriger. Das Herzogtum hatte jetzt etwa 23 jüdische Familien, zuviele für die Kammer. Isaak Salomon erhielt am 3. März 1783 den Schutzbrief in Berne, doch machte die Kammer klar, es sei „wohl nicht ratsam, die Anzahl wachsen zu lassen, solange diese Nation nicht eine ganz andere sittliche und politische Bildung annimmt".[16]

Man war zwar im Zeitalter der Aufklärung, sah jedoch die Ungerechtigkeit jüdischer Enteignung nicht, eben nur die Andersartigkeit. Wie konnten die Mitglieder dieser „Nation" sich ändern, wenn ihnen die Freizügigkeit verwehrt war? Was wußte man von ihrem inneren Sittenleben? Man verurteilte und tat nichts, um ihre Lage zu bessern.

Moses Chaim Schiff aus Hameln erhielt den Schutzbrief und durfte in Elsfleth wohnen, aber er brachte auch 2000 Reichstaler an Vermögen mit.[17] Doch jetzt, als die Kammer immer strenger wurde, ereignete sich das Unverhoffte. Der alte Herzog starb. Ihm folgte Herzog Peter Friedrich Ludwig. Zwei Gesuche zeigen die Entwicklung vom gestrengen Regenten zu seinem toleranteren Nachfolger.[18]

Isaac Simon wollte sich in Zetel als Schlachter niederlassen, vor allem, da seine Mutter

15) O.S.A., Best. 31, 2-44-39.
16) O.S.A., Best. 31, 2-44-41.
17) O.S.A., Best. 31, 2-44-43.
18) O.S.A., Best. 31, 2-44-50.

aus Delmenhorst gebürtig war. Sein Gesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß er zu arm sei.

„Wie denn auch überhaupt fürs Künftige zum Grundsatz anzunehmen ist, daß, wenn sich hinfür fremde, aus dem Lande nicht gebürtige Juden zur Erlangung eines Schutzbriefes melden, und nicht zugleich erweislich machen können, daß sie ein eigenes Vermögen von wenigstens Eintausend Reichstaler ins Land bringen werden, sie, in der Regel, und wenn nicht andere, besonders vorteilhafte Gründe zu ihrer Aufnahme vorhanden sind, von Unserer Kammer sofort abgewiesen und nur in gedachten Fällen ihr Gesuch an Uns zur weiteren Resolution exhibiert werden soll. — Eutin, 16. Februar 1784,— Friedrich August." [19]

Entgegen dieser Verfügung erhielt ein anderer armer Jude, Heinemann Isaac Moses, das Recht, sich in Burhave niederzulassen, da er dort gelebt habe, durch Feuer Schäden hatte und durch Handel mit alten Kleidern dem Volke nutzen könne. Dieser Schutzbrief vom 17. August 1785 wurde unterschrieben: Peter, Schloß Oldenburg.[20] Ein Herzog von segensreichem Einfluß hatte das Regiment übernommen.

Herzog Peter besteigt den Thron

Die Zeitgenossen, einschließlich der Juden, haben Peter als einen großherzigen, aufgeschlossenen und weisen Herzog gepriesen. Dieses Urteil ist gerecht; die Nachwelt kann sich ihm anschließen. Seine Regierungsprinzipien und Verordnungen mögen unserem Gesellschaftsbewußtsein nicht länger entsprechen, doch müssen wir ihn aus seiner Zeit heraus verstehen, und dieser Zeit war er voraus. Peter war Landes-*Vater*, seine Regierung war patriarchalisch, nichts, auch nicht das Kleinste, entzog sich seiner Aufmerksamkeit. Sein Wille war Gesetz.

Verfolgen wir seine Erziehung, so finden wir, daß Katharina von Rußland entscheidenden Einfluß hatte; Katharina war den Juden nicht wohlgesinnt. Doch Peter wurde davon nicht beeinflußt. In den Ländern, in denen er Ausbildung und gesellschaftlichen Schliff erhielt, war die Lage der Juden nicht gut — bis auf England, wo sie, ohne volle Bürgerrechte zu haben, verhältnismäßig unbedrückt leben konnten. Es gereicht Peter zum Ruhme, daß er gerade diese Form nach Oldenburg übertrug. In einigen deutschen Fürstentümern, einschließlich Preußen, versuchte man, die Juden in mittelalterlichen Formen des Gottesdienstes versteinern zu lassen, damit sie ein fremdes Element blieben. In anderen Staaten versuchte man eine radikale Reform einzuführen, um die Juden so schnell wie möglich zu assimilieren. Peter schlug einen klugen Mittelweg ein: Angleichung der Juden an die Welt der Gegenwart mit Belassung ihrer religiösen Tradition. Diese Ausrichtung und ihre Verwirklichung wurden für das Judentum von großer, segensreicher Bedeutung. Es war Peter, der den Landesrabbiner Adler berief, den ersten in einer Reihe jüdischer Theologen in Oldenburg, deren Einfluß durch Zeit und Raum weiterwirken sollte. Wie auch seine christlichen Untertanen, wollte Peter

19) O.S.A., Best. 31, 2-44-61.
20) O.S.A., Best. 31, 2-44-61.

seine Juden zu humanistisch motivierten Menschen erziehen. Sein Einfluß ging weit über Oldenburg hinaus, denn hier wurde die Synthese von Judentum und Deutschtum geschaffen und praktisch in eine Form gegossen, die dem Extremen fremd war und das Gute zweier Kulturen harmonisch vereinigte.
Wie stark die Entwicklung des Judentums von den Landesherren abhing und wie schnell sich die Verhältnisse ändern sollten, zeigt das Beispiel Jevers.
Der Regent von Jever, Johann August (1718—1742), der der Anhalt-Zerbst-Linie angehörte, erließ noch am 19. März 1734 und 25. Juli 1735 Edikte, die von mehr als mittelalterlicher Härte zeugen.

„... daß die Jeverschen Juden keine Synagoge oder öffentlichen Gottesdienst halten sollen, auch nicht zu gestatten, daß ihre Kinder in eine Schule zusammengeschickt werden, oder daß jüdische Praecepter von einem Haus informierens halber zum anderen ziehen, auch keine fremde zu der Privatinformation admittre. Alles bei Strafe, daß die gänzliche Austreibung der Juden um so mehr dadurch veranlasset werden solle.“ [20a]

Suchte er, wie seine russischen Familiennachfolger und wie Rußland in der Gegenwart, die Juden so vom Glauben abzubringen, daß sie zum Christentume überträten oder als Einheit verschwänden — oder wollte er sie durch diese Gesetze zur Auswanderung zwingen? Jedenfalls sehen wir, wie stark der Einfluß des Herrschers selbst im inneren Leben der Juden zur Geltung kam. Diese Bestimmungen wurden übrigens gerade von dem jüngeren Bruder Katharinas aufgehoben; Friedrich August von Anhalt-Zerbst (1747—1793) gewährte den Juden innere religiöse Freiheit.
Die Wahl lag bei den Fürsten, daher haben wir einen besonderen Grund, Peters Haltung zu würdigen.

Peter entwirft einen Plan für die Juden [21]

Im Jahre 1781 schrieb ein hoher Beamter in Preußen, Christian von Dohm, ein ganz bedeutsames Werk, das den Titel trägt „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Dieses Werk, das Dohm auf Anregung seines Freundes, des jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn, schrieb, wurde von den fortschrittlichen Denkern weitgehend gelesen, obwohl es unter den führenden Regierungsbeamten keinen durchschlagenden Einfluß hatte. Im Jahre 1783 kam daher schon eine zweite Auflage des Werkes heraus. Peter las es und, was bedeutungsvoll ist, schrieb für sich selbst und seinen eigenen Gebrauch ein langes Memorandum, in dem er die Grundgedanken des Buches auf die oldenburgischen Juden und ihre Lage ausweitete. Wir wissen nicht genau, wann er das Buch gelesen hat, doch muß es wohl entweder unmittelbar vor seiner Thronbesteigung gewesen sein oder gleich nach seiner Übernahme des Herzogtums. Wir können daraus erkennen, daß Peter sich ernsthaft über die Verbesserung der Juden Gedanken machte und von Anbeginn seiner Herrschaft entschlossen war, seine Ideen ins Leben umzusetzen. Wir

---

20a) Joseph Mendelssohn: Eine Ecke Deutschlands. Oldenburg, 1845.
21) Die orthographischen und grammatischen Fehler sind die des Herzogs.

werden erkennen, daß die Grundzüge dieses Planes für die Gesamtgeschichte des oldenburgischen Judentums bestimmend waren.

In systematischer Form beginnt Peter mit der Theorie. Die erste Frage, die er stellt, ist: *„Was ist die Glückseligkeit eines Staates?"* Ganz im Sinne der Aufklärung antwortet er, *„es sind die Bürger, ihre Tugend, Arbeitsamkeit, ihre Fähigkeiten des Geistes und Körpers, die diese Glückseligkeit bestimmen"*. Seine nächste Frage ist: *„Welchen Einfluß hat die Religion auf diese Glückseligkeit?"* Er antwortet: *„Religion ist die Lehre unseres Tuns und Lassens durch Gott verordnet. Der Einfluß der Religion auf Staaten wird erkennbar durch ihren Einfluß auf die Bürger und aus ihrem Einfluß in der Geschichte. Religion fordert eine innere Besserung des Bürgers, da menschliche Gesetze nur die äußeren Handlungen richten können. Der Endzweck der Religion ist mit dem der Gesetze einig, nämlich zu lehren und zu bessern."* Allerdings, sagt er, bestrafen die Gesetze nur Übertretung, während die Religion schon die Fehler der Denkungsart bestraft. Die dritte Frage: *„Welche Eigenschaften muß eine Religion haben, um a) in einem Staat geduldet zu werden, b) um das Glück der Bevölkerung zu fördern, c) was ist mit einer Religion zu tun, die gesunden Grundsätzen entgegen ist."* In seiner Antwort erklärt er grundsätzlich, daß *Duldung* ein wesentliches Gesetz der Religion ist, sie ergibt sich aus dem Wesen Gottes und aus den positiven Gesetzen, die uns vom höchsten Wesen gegeben wurden, falls sie in den durch *Menschen* geschaffenen Religions*formen* wirksam sind.

> *„Wenn man von Eigenschaften spricht, durch die sie Glückseligkeit fördert, hier braucht nicht die Rede zu sein von göttlicher Religion, die vom Weisesten kam, sondern von religiösen Lehrgebäuden, so wie diese teils durch Menschensatzungen und Pfaffen-Grübeleien verdreht und verdunkelt wurden, teils aus bester Absicht, teils aber, da diese die Religion als Mittel, zu ihren Absichten zu gelangen, ansahen. Alle Religionen sind in einem Staate zu dulden, die zur Besserung des Menschen als ihre Bestimmung abzwecken."*

Das bedeutet für Peter, daß diejenigen Religionen, die ihren Anhängern entweder die Ausübung der Bürgerpflichten verbieten oder sogar gesetzwidrige Handlungen auferlegen, in einem Staat gewiß nicht aufgenommen werden können. Dazu führte er jedoch aus:

> *„Ist eines Zweckes unwerte Religion schon vorhanden, so kann selbige nicht vertrieben werden, sondern muß durch die Gesetze des Staates in den Schranken gehalten werden, daß das den Mitbürgern Schädliche verhindert und mit Aufklärung der Zeiten gar abgeschafft würde."*

Zum Glück, sagt er, sei keine wertlose Lehre vorhanden, obgleich vieles durch Menschensatzung unwert gemacht wurde. Da Peter sich hier vollständig im Rahmen der Aufklärung befindet, sieht er demnach in jeder Religion das Fehlerhafte der Menschensatzung, denn in Wirklichkeit führt ja nur die Vernunft zur Wahrheit. Daher schreibt er: *„Wahrheit ist dasjenige, wonach ein jedes vernünftiges Wesen strebt und diese kann nur eines sein, solange noch verschiedene Meinungen, solange Irrtum."*

Die Grundlagen der Aufklärung, vor allen Dingen der Ideen John Lockes und Lessings, lassen sich hier ganz klar erkennen. Religion dient, soweit der Landesherr in Frage

kommt, der bürgerlichen Erziehung der Bevölkerung. Da jede Religion, wie die Vernunft zeigt, aus göttlichen wie aus menschlichen und daher irrtümlichen Zusätzen besteht, kann sie und ihre Gläubigen nur am Maßstabe bürgerlicher Verbesserung in Gedanken und Tat gemessen werden. Dabei schneidet das Judentum, wie wir bald sehen werden, nicht schlecht ab. Allerdings mußte sich der Herzog mit einem anderen Problem auseinandersetzen, den Niederlassungsanträgen fremder Juden, d. h. also von Menschen, die nicht im Oldenburger Land gebürtig waren. Haben diese Menschen ein Recht zur Niederlassung? Im Prinzip behandelt der Herzog das nun in seiner vierten Frage: *„Unter welchen Bedingungen haben Fremde ein Recht, im Staate aufgenommen zu werden?"* Dazu erklärt er, daß die Religion die Aufnahme von Fremden nicht zu hindern brauche, obwohl der Fremde zu einer Aufnahme kein positives Recht habe. *„Nun aber kann eine Gesellschaft zu einer solchen Aufnahme nur dann bewogen werden, wenn das aufzunehmende Mitglied ihr von einem wahren Nutzen sein kann und ist dann das neue Mitglied allen durch die Gesellschaft vorgeschriebenen Gesetzen sich zu unterwerfen schuldig."* Das sollte allerdings für die Einwanderung von Juden von Bedeutung sein, da ihr beruflicher Wirkungskreis durch Gesetz und Brauch ja sehr einseitig beengt war. Hieraus sollten Schwierigkeiten entstehen. In der fünften Frage wendet sich der Herzog nun direkt der jüdischen Religion zu. Wir müssen ihn seiner dogmatischen Ungebundenheit wegen außerordentlich bewundern, denn er beschäftigt sich überhaupt nicht mit Fragen christlicher Theologie über die Stellung der Juden in der christlichen Welt. Er ist lediglich an Geschichte und Entwicklung interessiert. Seine Frage ist:

„Ist die jüdische Religion so beschaffen, daß sie sich mit gesunden Grundsätzen verträgt, a) wie war sie, b) wie ist sie?" Das folgende ist seine Antwort. *„Daß obiges auf das unglückliche jüdische Volk anzuwenden ist, ist leicht. Daß die jüdischen Gesetze Merkmale des göttlichen Gesetzes tragen, ist unstreitig. Wir folgen sie nach mit dem wärmsten Dank für denselben. Unsere Religion und aus der Religion entspringende Gesetze gründen sich auf der jüdischen. Wir stehen bloß eine Stufe höher. Bei einer jeden Sache, die eine Dauer gehabt, entsteht die Frage: Welche war sie, welche ist sie. Daß Rabbiner und Talmudisten nicht auch die jüdische Lehre sollten verdreht haben, ist außer Zweifel. Offenbar scheint es mehr, daß Arons Heer (?) und die Verteidiger Jerusalems mit den heutigen Juden in Absicht des Krieges nicht einerlei Gesetz hat. Ist es nicht auch zu glauben, daß, wenn dieses Volk nicht in einem Stande der Niedrigkeit und Bedrückung lebte, unter ihnen Männer aufstehen würden, welche den Wust menschlicher Lehren absondern würden und sie auf die ersten Grundsätze ihrer Lehre zurückbringen würden? Ihre großen Männer unserer Zeit hätten hierzu gewiß mit nützlichem Erfolg gearbeitet und wären hierdurch vielleicht gemeinnütziger geworden, als durch die gewiß sehr verdienstvollen Werke, die wir aus ihrer Feder haben.* (Juden stimmen *nicht* zu, daß das Christentum höher stehe.)

Die sechste Frage:

„Ist der Juden Denkart Folge ihrer Religion? Braucht es eines Beweises, daß dieses Volkes Denkart nicht Folge seines religiösen Systems sei? Gleiche Ursache auch gleichen Erfolg hervorbringen. Wer würde die Juden des Alten Testaments und der

Römerzeiten für das nämliche Volk mit den jetzigen halten. Tod und Leben haben mehr Ähnlichkeit. Ich zweifle, daß da dieses Volk, an dem der Finger der Allmacht sich so merklich zeigte, nach einer seiner großen Katastrophen, nach der Gefangenschaft zu Babylon ... mutloser ... hartnäckiger ihren Grundsätzen mehr zuwider gehandelt haben, als jetzt. Dummheit und Aberglaube ihrer Rabbiner, Unterdrückung, Zerstreuung und ein Gewerbe, welches sich leider so leicht mit Betrug vorgestallen läßt, geben ihnen wohl die jetzige Denkungsweise. In den verschiedenen Ländern, wo ich Juden gesehen habe, haben sie verschiedene Arten zu denken, zu empfinden, je nachdem wie ihre Lage ist. In Deutschland, Polen und der Türkei sowie in Holland und England sind sie mit den nämlichen Gesetzen verschiedene Menschen. Wie römische Christen verschieden in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Mexico sind, die doch nur ein Oberhaupt der Kirche haben, wie sollten es nicht Juden sein, die keines haben. Doch bleibt Hartnäckigkeit überall ihr auszeichnender (?) Zug. Der stärkste Beweis der Unterdrückung. Man irrt wohl nicht, wenn man alle ihren eigenen Gesetzen zuwider laufende Grundsätze Betrug ihrer Lehrer und der Unterdrückung zur Last legt."

Man muß in dieser Ausführung die unvoreingenommene Urteilskraft des Herzogs bewundern. Er kennt keine rassische Ideologie, sei sie theologisch oder völkisch. Er kennt kein Dogma, er sieht dagegen die historisch-soziologischen Bedingungen, die die Lage der Juden hervorbrachte, und er gibt sowohl Anerkennung wie Dank für die grundlegenden religiösen Lehren, die das Judentum der Welt gab. Eine solche Auffassung ist vielfach Menschen unserer Zeit noch fremd.

Hieraus ergibt sich nun die siebte Frage, die sich gleichzeitig mit der konkreten Situation der in Oldenburg lebenden Juden befaßt:

„*Was kann man zu ihrem Besten für Einrichtungen treffen? Juden sind in den meisten Staaten Europas keine vollkommenen Bürger, keine Fremden. Sie sind, was eigentlich in keinem Staate vorhanden sein soll, nämlich Bürger, die ihre Pflichten nicht gegen ihre Obrigkeit ausüben und Untertanen einer Obrigkeit, die sie nicht als ihre Brüder ansieht. Um sie zu das zu machen, was sie eigentlich sein müßten, wenn sie in einem Staate geduldet werden, nämlich Bürger, was muß man mit ihnen vornehmen. Pflichten auszuüben muß man sie lernen* (sic!): *um sie zu kennen, muß man sie lernen. Dieser Hauptgrundsatz, der von allen Bürgern in einem Staate gilt, gilt besonders hier bei den Juden. Sollten nachstehende wenige Punkte hinreichend sein, wenigstens eine merkliche Verbesserung ihres Zustandes zu bewirken. Andere und größere Mittel müssen in einem großen als in einem kleinen Staate gebraucht werden. Im Herzogtum Oldenburg z. B. sind ungefähr dreihundert bis vierhundert Juden, die teils in der Stadt Oldenburg, Delmenhorst, Elsfleth und hauptsächlich in Varel wohnen. Dieser geringen Anzahl ungeachtet, sind verschiedene nützliche Bürger unter ihnen. Die Gemeinde vermag auch etwas, in dem sie nicht allein ein Bethaus in Varel hält, sondern auch dem Schutzjuden zu Oldenburg jährlich verschiedene hundert Reichstaler zukommen läßt, durchreisende Juden zu verpflegen. Ich wünschte, man erlaubte ihnen einen Lehrer oder Rabbiner und gestatte ihnen, die Erbauung eines Bethauses zu Delmenhorst. Der Rabbiner müßte, wie ein jeder in einem öffentlichen*

Amte stehender Mann, Jurist, Theologe, Doktor, Chirurgus, Hebamme und sonstman examiniert werden und könnte von Constistorio das Zeugnis eines im jüdischen Glauben erfahrenen Mannes erhalten.

Ich schlage Delmenhorst hierzu vor, erstens, weil diese kleine Stadt gänzlich zerfällt, dann weil zweitens die Juden dort sich ohne Zweifel der Nähe von Bremen wegen sich gern dort niederlassen würden, und endlich auch vielleicht dadurch die geringen Wollmanufakturen der Delmenhorster einen stärkeren Debüt (?) und sogar Export nach Bremen haben würden. Den Schulhaltern im ganzen Lande sollte befohlen werden, zwei arme Kinder unentgeltlich Lesen und Schreiben zu lernen (sic!), *wofür ein jeder dieser Männer von der Obrigkeit eine Entschädigung bekommt. Die Amtleute erteilen aber den dürftigen Kindern hierzu ohne Unterschied des Glaubens und Geschlechtes die Plätze: Juden oder Christen. Auch wird einem jedem Schulhalter erlaubt, Juden für Geld zur Schule zu nehmen. Es wird aber dem Rabbiner bei Strafe und Verlust seines Amtes verboten ... Juden zusammenzugeben, ohne daß selbige wenigstens lesen können. Obige Juden können sich auch nicht in der Fremde zugeben lassen beim Verlust ihres Bürgerrechts. Mehrere Gesetze zu ihrem Vorteil kann man m. E. nicht geben. Nur hebe man die auf, welche wider ihnen gegeben sind und behandele sie wie andere Bürger, schließe sie von nichts aus, wozu sie als Bürger beitragen und als solche ein Recht haben. Menoniten, Herrenhuter, Annabaptisten werden als Bürger betrachtet. Und seit Jahren arbeitet Rußland am Wohl seiner heidnischen Untertanen. Religion hat also gar keinen Einfluß auf ihren bürgerlichen Stand und muß keinen haben. Als Bürger hat der Jude alles das zu genießen, was ein Bürger von seiner Obrigkeit zu erwarten hat, nämlich Schutz, Gerechtigkeit, Beistand in der Not, Selbstzügelung. Dagegen muß er seiner Obrigkeit treu gehorsam sein, gegen seine Mitbürger gerecht und liebreich. Bürgerlichen Polizeigesetzen muß der Jude und Christ gleich unterworfen sein. Hingegen kann nur ein jeder nach seinen Gesetzen in Glaubenssachen gerichtet werden. Ein Jude muß sich ohne Murren dem jüdischen Gesetz unterwerfen und der Richter ist der Ausleger des Gesetzes. Hierin ist keine größere Schwierigkeit als Richter täglich antreffen im deutschen und römischen Recht und in so manchen Privatrechten, die miteinander nur zu oft gänzlch entgegen sind.*

Drei Punkte sind es noch, derer ich erwähnen möchte. Erstlich Kriegsdienste, zweitens Ehe mit Christen, drittens Feier des Sonnabends.

Vom ersteren müssen die Juden solange dispensiert werden, bis sie diesen Dienst mit Nutzen und Ehre verstehen können. Wenn sie geachtete Bürger sein, werden sie auch erhellt genug sein, um sich wieder an ihr altes Grundgesetz zu halten, welches ihnen den Krieg selbst am Sabbat nicht verbietet. Die Ehe mit den Christen könnte m. E. nach wie vor verboten sein und bleiben, weil sie in Deutschland große Schwierigkeiten finden würde, und auch m. E. diese nicht eher erlaubt sein sollte, bis der Haß, der beide Teile trennt, verschwunden wäre. Man wende mir nicht ein, daß dieser Haß selbst hierdurch vermindert würde. Diese Gründung könnte zwar gelten. Der Augenstand, aus dem ich die Sache betrachte, ist dieser: Entweder ist die Ehe aus obiger Empfindung unglücklich oder die in die Ehe tretenden Teile beladen sich mit dem

Haß ihrer Glaubensgenossen, also in beiden Fällen ihrer wahren Glückseligkeit zuwider. Die Feier des Sabbats bleibt ihnen als einen ihrer Religionspunkte frei. Sie müssen aber auch uns keinen Ärger zugeben, unseren Sonntag in der Stille zubringen ohne öffentlich zu handeln oder einige lärmmachende Hantierungen zu treiben. Es ist dies ein Polizeigesetz, dem sie sich in Betracht der herrschenden Kirche, leicht unterwerfen können.“

Das grundlegende Prinzip erscheint hier ganz in aller Klarheit. Nachdem, wie der Herzog bereits gesagt hat, alle Religionen ihre Fehler haben, müssen alle gleich behandelt werden. Es kommt lediglich darauf an, durch die Religion die Gläubigen zu guten Staatsbürgern zu erziehen, und diesem Zweck dient die jüdische Religion ebensogut wie die christliche. Die Juden müssen lediglich erzogen werden, durch Kenntnis von Geist, Sprache und Kultur zu gleichberechtigten und gleichverpflichteten Bürgern zu werden. Der Vorschlag, daß der Rabbiner als öffentliche Persönlichkeit wirken soll und demgemäß geprüft werden soll, liegt im Rahmen dieser Auffassung. Der Rabbiner muß durch die Religion das Erziehungsprogramm des Staates unter den Juden fördern. Wir werden sehen, wie das in der Wahl der Landesrabbiner, ihrer Bestellung und andererseits ihrer eigenen Auffassung von ihrer Amtsaufgabe grundlegend wird. Der Gedanke, die Juden in Delmenhorst zu fördern, kann als ein Beispiel gelten, wie der Herzog die Aufgabe der Juden als Bürger ansieht. Einerseits sollen sie die Industrie dort stärken, andererseits da wohnen, wo es ihnen wahrscheinlich am liebsten ist. Erziehung soll universal sein. Wir werden später finden, daß die Regierung die Teilnahme jüdischer Kinder am Unterricht der Stadtschule viel lieber sieht als ihre Erziehung in der jüdischen Volksschule, obgleich diese Schulen den Juden als Recht gewährt werden. Grundlegend sieht der Herzog gar keinen Unterschied zwischen einer Religion und der anderen. Er will lediglich auf die Zeit warten, da die Juden ihr Bürgerrecht voll verstehen, um ihnen dann das Recht zum Waffendienst einzuräumen. Das Verbot der Ehe zwischen Juden und Christen ist psychologisch begründet, weil dadurch die Glückseligkeit gestört würde. Es ist also nicht theologisch begründet. Daß Haß auf beiden Seiten besteht, wird anerkannt. Daß er zu überwinden sei, wird gefordert und erhofft. Bei der Bestimmung, daß Juden den Sonntag in Stille begehen sollen, ist wiederum zu bemerken, daß der Herzog nicht schreibt, der Sonntag sei der Feiertag der wahren Kirche, sondern der herrschenden Kirche. Es ist eine Anordnung, die lediglich der Majorität dienen soll. Im übrigen sollen Juden die gleichen Rechte erwarten dürfen wie jeder andere Bürger, und mit der Rüge, daß die Juden ihre Pflichten gegen die Obrigkeit nicht ausübten, geht der ebenso strenge Tadel, daß die Obrigkeit sie nicht als Brüder ansehe. Ein Geist wirklichen Menschentums durchzieht diese Denkschrift.

Noch eine Frage behandelt der Herzog am Schluß dieser Schrift: *„Was ist Nationalgeist?“* Wobei er sich allerdings weniger mit dem Theoretischen als mit dem Praktischen abgibt. Hier müssen wir verstehen, daß wir in einer Zeit der Kleinstaaterei leben, wo jeder Staat außerhalb seiner Grenzen das Ausland sah. Somit wird die Antwort vielleicht klarer. Doch führte des Herzogs Grundanschauung zu harten Judenverordnungen.

„Ist es überhaupt ratsam, Kolonisten fremder Emigranten aufzunehmen? Dieses ist eine Frage, die eigentlich nicht zu obiger gehört: Indem ich nur von denen in einem

Lande schon wohnenden Juden geredet habe. Es deucht mir überhaupt, man müßte mit großem Unterschied auf diese Fragen antworten. Denn gewiß ist es, daß Übereinstimmung der Sitten, des Glaubens und der Gesetze nur Nationalgeist bilden, aus dem Patriotismus und so manche bürgerliche Tugend folgt. Und daß hingegen Aufnehmen Fremder dieses alles schwächt. Man nehme also nur die auf, die entweder solche Eigenschaften haben, die tauglich sind, sich mit dem Nationalcharakter zu vermengen oder ihn zu verbessern. Für Aufnahme fremder Juden wäre ich aus obigem grundsätzlich nicht."

Die Enge des Staates spricht aus diesem Satz. Wir müssen das aus der Zeit verstehen. Wir werden ebenfalls sehen, daß sich des Herzogs Ansichten nach seinem russischen Exil stark verhärteten. Dennoch blieb er seinen Grundprinzipien treu und übermittelte sie der Gesamtgeschichte Oldenburgs und seiner Juden. Auf jüdischer Seite können wir erkennen, daß durch die oldenburgischen Landesrabbiner eine Antwort geschaffen wurde, die völlig auf die Wünsche und Absichten dieser Denkschrift einging, nämlich den Anschluß an Staat und Gemeinschaft mit Erhaltung des traditionellen religiösen Lehrgutes. Wir finden es in den Anordnungen Adlers, es durchzieht die Theologie Hirschs. Es erscheint in der gesamten Amtshaltung Wechslers und dem Wirken der Nachfolger. Die Denkschrift ist ein bewundernswertes Werk eines geistig und ethisch bedeutsamen Fürsten. Wäre sie Grundlage der Politik geblieben, so wäre Oldenburg und seinen Juden, Deutschland und der Welt viel schweres Unglück erspart worden.

Herzog, Kammer und der Geist des Rechts

Es zeigte sich klar, daß man nicht einfach Gesetze gegen die Juden machen konnte, man mußte der Vernunft und dem Recht seine Verbeugung machen. Wenn die Kammer sie zu umgehen versuchte, durchschaute der Herzog die Verschleierung, davon haben wir ein klares Beispiel im folgenden. Die Jahre der Napoleonischen Kriege wurden für viele eine Zeit der Entwurzelung, vor allem für Arme. Am 4. März 1802 schrieb die Kammer an den Herzog, es käme zuviel Gesindel ins Land, daher fehle es an Ordnung, und die Kriminalität mehre sich.[22] Unter den Fremden sei auch viel Judengesindel. Preußen habe daher jedem Juden den Eintritt verboten, falls er nicht 50 Taler für seine Person nachweisen könne; das Kurfürstentum Hannover habe 25 Taler verlangt. Oldenburg sei von Betteljuden heimgesucht, die nicht auf der Heerstraße wanderten, sondern das Land durchkreuzten und außerdem keine ordentlichen Pässe hätten. Daher könne man ihnen keinen Einhalt tun. Die Kammer schlage daher vor, daß kein Jude eingelassen werden solle, der keinen Paß habe und nicht 25 Taler für seine Person besitze. Als Ausnahme könnten die Städte und Orte dennoch, auf Grund örtlicher Verfügung, Juden zu Pferdemärkten zulassen. Eine solche staatliche Regelung könne in Oldenburg sowohl getroffen als auch durchgeführt werden, da die Grenzdragoner (Grenzpolizei) darauf sehen könnten.

---

22) O.S.A., Best. 31, 6-34-11.

Hierzu antwortete der Herzog am 10. März 1802, daß die Idee gut sei; aber es gäbe ja auch *christliches* Gesindel. Das Gesetz müsse daher für alle gelten.
Die Kammer erwiderte, daß es an sich wünschenswert sei, solche Bestimmungen allgemein zu halten, es „würde aber zu endlosen Schwierigkeiten führen, sie auf Nicht-Juden zu erstrecken". Es war ganz ersichtlich ein Ausnahmegesetz gegen Juden.
Am 10. März setzte der Herzog seine Initialen unter den Vorschlag, am 13. März wurde das Gesetz von ihm bestätigt, daß Juden 25 Taler in Geld oder Waren bei sich zu haben hätten, mit dem Vermerk, „aber es wäre zu wünschen, wenn es auch auf anderes Gesindel erstreckt wird". Aus dem Ausnahmegesetz wurde ein Experiment. Der Herzog vergaß es nicht. Am 2. Juli 1808 wurde das Gesetz auf alle erweitert, alles Gesindel sollte ihm unterworfen sein, und der Herzog forderte die Wachsamkeit der Behörden allen gegenüber — nicht nur den Juden.

Die Judenverordnung

Die Kammer schlägt vor

Die Thronbesteigung des neuen Herzogs machte die Erneuerung aller Schutzbriefe zur gesetzlichen Pflicht. Die Kammer schlug vor, daß alle früheren Dokumente bestätigt werden sollten; was der Herzog auch bewilligte. Gleichzeitig übermittelte sie dem Fürsten ihre eigenen Ansichten zu künftiger Judenpolitik. Diese Bekundungen sind von Bedeutung. Herzog Peter nahm jedoch zunächst keine Stellung zu ihnen. Er ließ sich Zeit. Der Kammerbericht erreichte ihn am 8. Mai 1786; seine Antwort kam in der Form einer allumfassenden Judenverordnung im Jahre 1826. Dazwischen lag die Französische Revolution und die Napoleonische Zeit mit ihren Nachwirkungen für die Gesamtgeschichte wie für des Herzogs eigenes Schicksal. Wir werden sehen, daß Peter durch dieses Geschehen seine Haltung den Juden gegenüber zwar verhärtete, doch gleichzeitig seine „Erziehungspläne", soweit es ihm möglich erschien, zu verwirklichen versuchte. Sein Verhalten zeigt eine innere Spannung. Dies ist wichtig sowohl zum Verständnis der Einstellung des Fürsten als auch zum Verstehen jüdischer Geschichte in Deutschland. Die Vorschläge der Kammer waren hart. Die Judenverordnungen des Herzogs sprechen vom *Versuch*, Härte und Ideale auszugleichen.
Die Vorschläge der Kammer folgten der „Logik" und dem „Menschentum", denn dies entsprach ja dem Geist der Aufklärung. Dennoch war es nicht Logik, sondern Spitzfindigkeit, die aus dem Dokumente spricht; man versuchte, die gefühlsmäßig erreichten Endresultate rationell zu unterbauen. Der Herzog ließ sich davon nicht völlig beeinflussen.
Die Kammer erklärte, daß mehr und mehr Juden ums Schutzrecht nachgesucht hätten. Das Oldenburger Land habe aber schon 23 jüdische Familien. Wegen dieser großen Anzahl schlage die Kammer vor: [23]
1. Bisher sei der Schutz nur auf die Person des Ersuchenden gegangen, nicht auf seine

23) O.S.A., Best. 31, 2-44-73. Weitere Einzelbestimmungen und ihre Folgen, s. u. S. 64—67.

Kinder; doch sei die Behandlung immer „gelinde" gewesen. Im Hinblick auf die Vermehrung der Juden sei dies bedenklich.

2. Ausländische Juden müßten mindestens 1000 Reichstaler besitzen. Unter ausländisch verstand man auch deutsche Juden, die nicht in Oldenburg geboren waren.

3. Die Zahl der Juden sollte nicht anwachsen. Bisher konnte ein Schutzjude bis zu zwei Judenknechte haben. Aber viele brauchten überhaupt keine Knechte im Handel, und nähmen sie doch auf. (Dies war eine Form, die Juden erlaubte, ihren Glaubensgenossen Wohnrecht zu geben; oftmals waren die Söhne als Knechte bezeichnet, so durften sie in der Heimat wohnen.) Das müsse enden.

4. Juden, die selbst schuldlos bankrott gehen, sollen ihre Handelserlaubnis verlieren.

5. Immer sei in der Erteilung des Schutzes lediglich das Staatsinteresse in Erwägung zu ziehen. Die Frage sei: Sind die Juden nützlich? Antwort: Allenfalls im Absatz einiger Landesprodukte und fast nicht brauchbarer Waren, und so lange sie Kapital haben.

Dagegen seien die Juden durch ihre lästigen Religionsgebräuche von den christlichen Untertanen sehr unterschieden — daher „keine tüchtigen Glieder eines Staates".

6. Im Herzogtum seien schon 23 Judenfamilien, ihre Anzahl sei, im Verhältnis zur Größe des Landes beträchtlich, daher dürfe eine Vermehrung nicht stattfinden. So schlage die Kammer weiterhin vor:

7. a) Keine fremden Juden seien in der Zukunft aufzunehmen; nur ganz reiche, und die kämen ohnehin nicht nach Oldenburg. Aufnahme sei das Recht des Herzogs, der dazu sehen müsse, daß dem Staat keine unnützen Glieder hinzugefügt würden.

b) Nur *ein* Sohn eines Schutzjuden solle erwarten können, nach dem Tode seines Vaters Schutzjude zu werden. Wenn der Jude das von vornherein wüßte, so unternähme er Schritte wegen seiner anderen Kinder — oder er käme überhaupt nicht ins Land.

c) Die Töchter müßten ihren Ehemännern folgen und das Land verlassen; dies entspräche dem regulären Gebrauch.

d) Denjenigen Schutzjuden, die aus eigener Schuld verarmt, liederlich oder verdächtigt seien oder fremde Juden als Knechte annähmen, werde der Schutz entzogen. Gute Juden, die schuldlos verarmt seien und das Schutzgeld nicht mehr bezahlen könnten, sollte man allerdings behalten.

Die Ausweisung der liederlichen Juden sei ohnehin schon im Brauch. Gegen das Verbot, fremde Juden als Knechte anzunehmen, könnten sich die Juden auch nicht beschweren, denn dadurch könnten sie ihre eigenen Kinder als Knechte im Lande unterbringen.

e) Gar keine fremden Juden, nur eingeborene Juden sollten als Knechte bei Juden erlaubt sein.

Zwei Fragen wurden noch besonders behandelt und „logisch" begründet.

Zur Gesetzesvorlage, daß nur *ein* Sohn Schutzjude werden solle, wurde — theoretisch — der Einwand geführt: Habe das Vaterland nicht die Pflicht, alle seine Söhne zu behalten? Dies wurde beantwortet mit der Erklärung, daß von den 23 Familien nur 9 Einheimische seien, und daß seit 1760 nur 6 Inländer und 11 Fremde den Schutz erhalten hätten. Die Juden seien daher ohnehin Wanderer, so daß sie auch ohne das Gesetz fortwandern würden. Außerdem solle man einheimische Männer vor allem dann bevorzugen, wenn sie einheimische Mädchen heirateten. Man hatte also Ursache und

Ergebnis auf den Kopf gestellt, denn die Juden wurden eben zu Wanderern, weil man ihnen den Schutz verweigerte.
Gleichzeitig wurde noch eine andere Erklärung angeführt, deren Sinn nicht ganz verständlich ist: *„Die Juden pflegen ihr Geschlecht häufiger fort als die Christen; aber eine große Anzahl Kinder stirbt durch Mangel an Pflege bei den oft armseligen Eltern und durch die verkehrten Auferziehungsmethoden schon in zarter Kindheit, was auch jüdische Ärzte bestätigen.“*
Wollte man damit sagen, daß die Juden zu zahlreich würden, wenn man dem nicht Vorschub täte? Dem widerspricht der zweite Teil. Wollte man damit erklären, daß es dann ohnehin nur ganz wenige Kinder gäbe, die Schutz beanspruchten, dann wäre ein Gesetz nicht nötig gewesen. Oder wollte man damit das Anderssein der Juden zum Ausdruck bringen, ihre verkehrten Erziehungsmethoden? Die „Erklärung“ erlaubt, jedem nach seinem Vorurteil etwas Negatives in ihr zu finden.
Der zweite theoretische Einwand richtete sich gegen Punkt d): Würden Juden, die durch eigene Schuld in Konkurs gingen, nicht härter bestraft als die Christen, die deswegen des Landes nicht verwiesen würden? In seltsam lautender Antwort wurde erklärt, daß die einheimischen Juden und ihre Knechte nie Verbrechen begangen hätten, so daß dieser Einwand für sie ohnehin nicht in Frage käme. Dies ist in der Tat ein seltsames, pragmatisches Prinzip. Der Jude mußte eben „gut“ sein, der einheimische Jude war es; der einwandernde war ohnehin dem Staate von keinem Nutzen, falls er arm war.

Die Verordnungen von 1827

Wir haben Herzog Peter als einen verständnisvollen Mann beschrieben, und so sahen ihn auch seine jüdischen Zeitgenossen. Diese Beurteilung hängt davon ab, ob man ihn nach den Buchstaben der Grundgesetze beurteilt, die er verordnete, oder nach seinem persönlichen Handeln. Die Gesetze waren hart, das persönliche Verhältnis zu seinen Juden war im großen und ganzen verständnisvoll. Er erließ Verordnungen und schuf dann in Einzelfällen Ausnahmegesetze, die die Grundregeln durchlöcherten. Wir sehen das an seiner Haltung zum jüdischen Militärdienst: Erst durften Juden nicht dienen, dann durften sie es, dann mußten sie es, dann sollte ihnen kein Privileg aus solchem Dienst zugestanden werden — aber ein Jude Insel erhielt es im Ausnahmefall doch; ihm wurde Schutz gegeben. Der Staat war eben klein, und man konnte jeden Fall beurteilen, denn man kannte fast jeden. Im Leben des einzelnen Juden war das eine Hilfe, im Leben der Gesamtheit eine Zurücksetzung. So mußte es denn auch von den Juden empfunden werden. Man kann anführen, daß die Verordnungen einen Erziehungscharakter haben sollten; die Juden sollten zu Staatsbürgern erzogen werden, und als sie es als einzelne wurden, gab ihnen der Herzog individuelle Rechte. Aber ganz richtig gesehen ist das nicht, denn im Hintergrund des Gesetzes stand immer die Furcht, es könnten sich die Juden zu sehr vermehren. Hier fragt es sich, warum diese Furcht bestand. Etwa darum, weil man die Juden als negatives Element der Gesellschaft ansah? Die Verordnung vom 20. Juli 1826 mit ihren Grundlagen, die 1827 veröffentlicht wurden, verbindet daher fortschrittliches Denken mit stark reaktionären Ideen und

Prinzipien. Im Grunde blieb sie der Denkschrift treu. Die Juden wurden zwar als Einheimische angesehen — doch volles Bürgerrecht sollte ihnen erst dann zuteil werden, wenn sie ausschließlich Bürger des Staates sein wollten.

Der Herzog verordnete: Die Schutzbriefe bleiben, jeder Schutzjude muß einen Familiennamen annehmen. Das Schutzrecht geht nur auf den ersten Sohn über, die anderen Söhne können jedoch temporär bleiben. Zuzug fremder Juden, selbst als Gehilfen, ist als *Grundsatz* untersagt. Die Zahl inländischer Juden soll nicht vermehrt werden, daher darf nur ein Sohn mit behördlicher Erlaubnis heiraten. Er muß seine Geschwister unterhalten. Ehen zwischen Christen und Juden sind zu verhindern. Geschäftsgründung bedarf spezieller Konzession für einen bestimmten Ort. Schuldloser Konkurs führt zu ihrem Widerruf. Landbesitz und Zulassung zu den Zünften wird gewährt. In Pflichten und Abgaben werden sie der Bevölkerung gleichgestellt; ob sie Staatsbeamte werden dürfen, bleibt offen und soll später diskutiert werden. Schutzgeld müssen sie weiterhin zahlen, doch ist es in Wirklichkeit als eine Gewerbesteuer anzusehen und wird der Rabbinatskasse zur Besoldung eines Rabbiners zugewiesen. Ein Landrabbiner soll von der Judenschaft vorgeschlagen und vom Herzog bestellt werden. Jenem soll die Aufsicht der Synagogen und Schulen anvertraut sein, wofür er der Regierung verantwortlich ist. Im Hinblick auf die Bedeutung der Landrabbiner sollen einige Paragraphen aus der Verordnung vom 24. August 1827 angeführt werden [23a]:

„§ 1: Damit die Religionsverfassung und die Unterrichtsanstalten der Juden durch oberliche Aufsicht kontrolliert werden können, soll auf Anstellung eines Landrabbiners bedacht genommen werden, welcher, nach beigebrachten, genügenden Zeugnissen über seine Kenntnisse, wissenschaftliche Bildung und Unbescholtenheit nach vorgängiger Prüfung, Landesherrlich bestätigt und auf die Beobachtung dieser Verordnung, soweit ihn solche angeht. eidlich verpflichtet werden wird. — Der Landrabbiner soll seinen Sitz in Oldenburg haben und zugleich Priester an der dortigen Synagoge sein.

§ 2: Unter der Aufsicht dieses Landrabbiners, welcher der Regierung untergeben ist, und in vorkommenden Fällen derselben zu berichten hat, stehen die jüdischen Kirchenverhältnisse und Unterrichtsanstalten im ganzen Lande, und er ist für die gehörige Ordnung in solchen verantwortlich. Es steht ihm indessen keine Art von Gerichtsbarkeit zu.

§ 3: Die Wahrnehmung der geistlichen Amtshandlungen und die Überwachung der Gottesdienste, insbesondere die Leitung und Überwachung des Gottesdienstes in der Synagoge zu Oldenburg, sowie die Aufsicht über den Unterricht und die Schechita obliegt dem Landrabbiner. (Schechita ist die religionsgesetzliche Form des Schlachtens.)

§ 4: Die Namen der Hilfsvorbeter für die hohen Feiertage sind dem Landrabbiner rechtzeitig bekannt zu machen.

§ 5: In allen Gemeinden soll von dem Synagogengemeinderat ein Protokollbuch ge-

---

23a) Mannheimer: Gesetzessammlung betreffend die Juden im Herzogtum Oldenburg, 1918 — S. 40/1.

führt werden, in welches das Protokoll einer jeden Synagogengemeinderats-Sitzung eingetragen wird.

§ 6: Dem Landrabbiner steht das Recht zu, sich das Protokollbuch vorlegen zu lassen."

So wurde der Landrabbiner zwar nicht zum Vollbürger, aber zum Staatsbeamten; das Gesetz selbst hatte schon einen Ausnahmefall geschaffen. Seine Funktionen als Beauftragter des Staates waren absolut; er sollte die Juden dahin bringen, daß sie „ausschließlich Bürger des Staates sein wollten". Aber das wollten sie ja ohnehin. Bisher hatten die Juden ihre inneren Angelegenheiten nach jüdischem Gesetz durch Rabbinatsgerichte selbst entschieden; das sollte nun aufhören. In allen diesen Verordnungen folgte der Herzog seiner Denkschrift, aber auch dem Vorbild der Französischen Revolution und der napoleonischen Gesetzgebung — nur daß die Revolution den Juden volle Gleichstellung gab und Napoleon sie wenigstens in den eroberten Ländern gleichstellte. Der Herzog fand es nötig, seine Juden, trotz ihrer Treue in den Befreiungskriegen, noch zu „erziehen".

Der Herzog huldigte dem *Prinzip* eventueller Gleichstellung der einheimischen Juden, im *Handeln* stand er unter dem Einfluß seiner Umgebung, sowohl der Kammer als auch seiner judengegnerischen Verwandten, den russischen Monarchen. Er folgte dem Verfahren anderer Fürsten, die den Juden nicht günstig gesinnt waren. Dennoch bewies er einen neuen Geist. Über eineinhalb Jahrtausende lang hatte die Kirche ihre Lehre vom Juden als verfluchtem, unstetig wandernden Volke der Gesellschaft eingepflanzt. Luther hatte ihre völlige Entrechtung, selbst ihres religiösen und Erziehungswesens, gefordert. Ihre Religion wurde als Grund ihrer „Verruchtheit" angesehen. Nur die Taufe konnte die Juden retten. Der Herzog sah hingegen in der jüdischen Religion selbst ein Mittel ihrer „Erziehung", falls die Religion „gereinigt" würde. Auf dieser Grundlage wird die Berufung eines Landesrabbiners, als Erzieher seines Volkes, und die privilegierte Stellung, die ihm zuteil werden sollte, ein Zeichen fortschrittlichen Denkens und ein positiver Schritt im Verhalten des Fürsten. Die Juden konnten, seiner Ansicht nach, im Laufe der Zeit *als Juden* der Gleichberechtigung würdig werden. Im Gegensatz zu dieser fürstlichen Haltung hatte die Kammer die Stellung der Juden als unveränderlich angesehen. Der Herzog mag sich auch bewußt gewesen sein, daß er in Einzelfällen bürgerlich „befähigten" Juden immer Sonderprivilegien erteilen konnte, und mag das auch im Sinne gehabt haben. Die innere Spaltung seines Geistes zeigt sich deutlich, seine Ideale stießen sich am Vorurteil von Kirche, Kammer und Bevölkerung und den Einflüssen, denen er seit Geburt ausgesetzt war. Zu ihrer völligen Überwindung hatte er nicht die Kraft; im Prinzip begann er sie zu durchbrechen.

Inzwischen hatten sich die Juden Oldenburgs ebenfalls in wachsendem Maße ihrer Umgebung angepaßt, was ihr bürgerliches Leben bezeugt. Doch zeigte sich das Fehlen einer maßgebenden religiösen Führung deutlich.

Die Unterlagen, die uns vom Seßhaftwerden der Juden erzählen, erlauben uns ein Bild ihres Lebens zum Anfang des 19. Jahrhunderts.

Das Herzogtum und seine Städte waren klein. Im Jahre 1809 hatte das gesamte Land eine Bevölkerung von 136 134 Bewohnern, die Stadt Oldenburg selbst eine Einwohnerschaft von 4021, die ihr anliegende Landgemeinde 3591, so daß im Distrikt der Hauptstadt etwa 7600 Seelen lebten; Ganderkesee hatte eine Bevölkerung von 5036, Varel 4274, Westerstede 3714, Bockhorn 3020. So kannte ein jeder den anderen; der Kammer und auch dem Herzog waren viele persönlich bekannt.[23b]

Die Juden waren keine Ausnahme. Man kannte sie persönlich. Immer wieder hören wir von Beamten und anderen führenden Personen, die verschiedenen Juden aus jahrelanger Bekanntschaft Zeugnisse guten Verhaltens ausstellten.

Die Judenschaft war ebenfalls nicht zahlreich. Eine offizielle Zählung vom Jahre 1816 meldet etwa 100 Judenfamilien, von denen nicht alle Schutzjuden waren.[24] Eine Gesamtzählung von 1822 ergibt 91 Schutzjuden, dazu kam die Zahl der Juden mit Aufenthaltserlaubnis, nämlich 82. Die gesamte Seelenzahl dieser Judenfamilien betrug 746.[25]

Im Jahre 1826 wurde eine neue Zählung vorgenommen, wohl in Vorbereitung der Judenverordnung. Wir finden 114 Familien, von denen die meisten Schutzrecht hatten.[26] Sie verteilten sich wie folgt: Die Stadt Oldenburg hatte 13, Osternburg 1, Zwischenahn 1, Westerstede 3, Brake 2, Rodenkirchen 7, Landwürden 2, Delmenhorst 4, Berne 3, Ganderkesee 1, Wildeshausen 4, Vechta 5, Steinfeld 5, Cloppenburg 5, Löningen 2, Friesoythe 1, Jever-Stadt 10, Jever-Amt 12, Kniphausen 5, Varel 14, Elsfleth 4. Ein Teil dieser Juden war wohl nach den Napoleonischen Kriegen eingewandert. Die Gemeinschaft hatte sich in der Tat über die 23 Schutzjuden von 1786 hinaus vergrößert; die Zuzügler besaßen jedoch keinen Reichtum. Der Herzog hatte eine Reihe von Zugewanderten ansässig gemacht und anderen ein Aufenthaltsrecht erteilt.

Wo diese Familien ursprünglich herkamen, läßt sich nicht ergründen, da nur der Geburtsort der Lebenden angeführt ist; die große Mehrheit wurde im Oldenburger Land geboren. Das bedeutet, daß das Schutzrecht mehr als einem Sohne der Familie verliehen wurde. Einige kamen aus anderen deutschen Städten, wie Bingen, Mannheim und Bamberg, eine Familie sogar aus dem russischen Orenburg, heute Tschkalow; von Beruf waren sie Schlachter, Ellenwaren-Händler, Ankäufer, Trödler. In Jever begegnen wir Moses Samuel, Rabbiner und Vorsänger, auch einem „Kirchendiener"; in Varel gab es eine Synagoge (s. S. 39). Wir finden einen Lichtfabrikanten, Ballin in Oldenburg, einen Graveur, der allerdings bald wieder weiterzog, einen Zinngießer in Elsfleth und in Jever einen Tanzmeister.

Namen, die bis in die Gegenwart hinein für Oldenburger Juden bedeutend waren,

---

23b) Rüthning, S. 51 ff.
24) O.S.A., Best. 70. 3006.
25) O.S.A., Best. 70, 3002 — s. auch die Denkschrift des Herzogs oben.
26) O.S.A., Best. 70, 3002 — s. auch die Denkschrift des Herzogs oben.

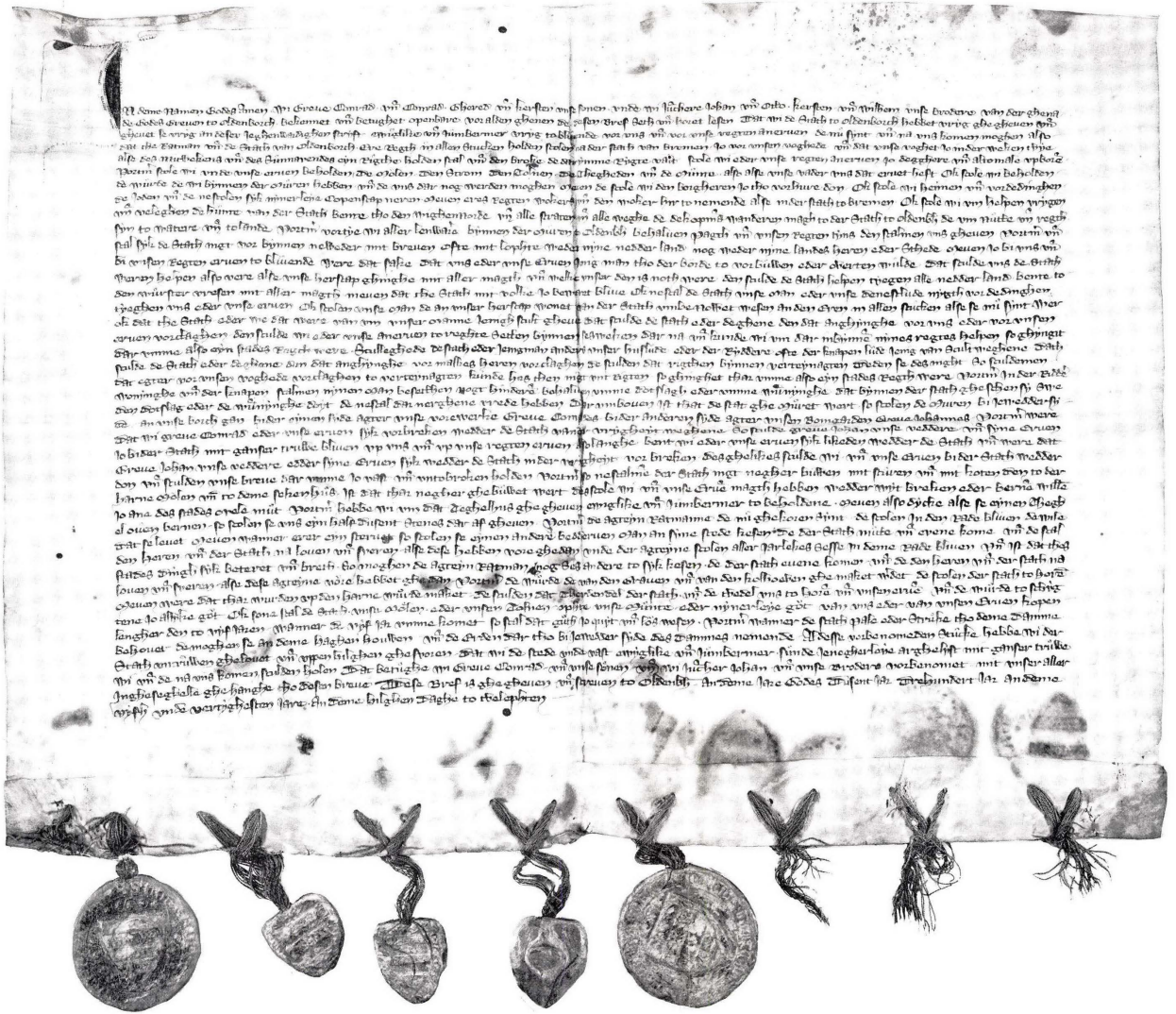


Abb. 3: Freibrief der Stadt Oldenburg von 1345 mit Schutzbestimmung für die Juden, s. S. 19, 28 ff.

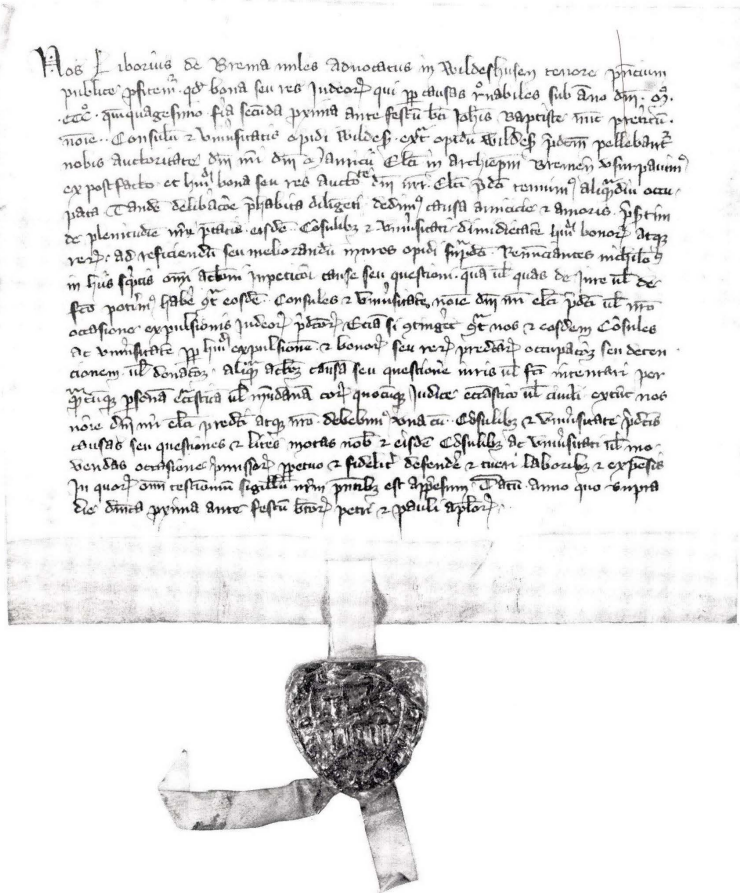


Abb. 4: Urkunde: Austreibung der Juden aus Wildeshausen im Jahr 1350 ist verordnet, *s. S. 19*

finden sich schon in den ersten Listen — Ballin, Reyersbach und Wallheimer lebten in Oldenburg, Schwabe in Varel, Koopmann in Berne.
Das Leben dieser Juden war in vieler Hinsicht für die deutschen Juden typisch, in anderer Weise war es dies nicht.
Im Gegensatz zur übrigen Judenheit hatten sie kein Judenviertel, sondern lebten innerhalb der Bevölkerung. Es waren ja viel zu wenige für eine Judenstraße. So hatten sie auch einen regeren Umgang mit der Bevölkerung als anderswo. Man beschwerte sich von Zeit zu Zeit, ließ sie aber in Ruhe und nahm ihre Dienste und wohl auch Bekanntschaft an — allerdings mit Distanz. Man verstand sie nicht, tolerierte sie aber.
Diese Juden waren seßhaft. Im allgemeinen durften sie damit rechnen, daß zum mindesten ein Sohn den Vater beerben würde. Die anderen Kinder, gleich denen aller deutschen Juden, hatten es schwieriger. Für die Knaben mußte man früh anfangen, einen Platz zu finden, der Schutzrecht geben würde, für die Mädchen einen Mann, der unter Schutz stand. Sonderabgaben mußten sie alle zahlen. Aus dieser Situation entstand der Zwiespalt. Jeder wartete und hoffte vielleicht sogar, daß ein anderer Jude gezwungen sei, auszuwandern, und dann kam das Wettrennen um den frei gewordenen Platz des Schutzes. Söhne warteten auf den Tod des Vaters, um ins eigene Schutzrecht zu kommen. Diese Situation trug zum Zwiespalt bei, der durch die Gemeinschaft ging. Gleichzeitig jedoch zeigten diese Juden wie überall große Hilfsbereitschaft und waren gewillt, „Knechte" aufzunehmen. Die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung Oldenburgs deutet jedoch auf keine große Intelligenz hin. Hier waren nur einfache Menschen, die schlecht und recht ihr Brot erwarben. Oldenburg war zu weit vom Zentrum des jüdischen Lebens entfernt, um Männer großer Gelehrsamkeit oder großen Vermögens anzuziehen.
Trotz aller Schwierigkeiten scheint man das Leben fröhlich genommen zu haben. Das gilt für alle deutschen Juden. Jever hatte einen Tanzmeister; ob er auch Nichtjuden das Tanzen beibrachte, wissen wir nicht. Doch ohne sie konnte er sich wohl kaum erhalten. Dieser Optimismus, der das Leben bejahte, war mit dem Bewußtsein verbunden, daß man in einem Rechtsstaate wohnte. Man hatte keine Gleichberechtigung, aber man war nicht rechtlos und konnte auf Verbesserung der Lage drängen. Das zeigte sich in kleinen wie in bedeutenden Dingen.
Im Jahre 1817 erwarb die Judenschaft in Wildeshausen eine neue Torahrolle. Man bat die Stadt um die Erlaubnis, dieselbe feierlich durch die Straßen in das Synagogenhaus zu tragen und um den Konsens, den Tag mit einem frohen Tanze zu beschließen. Die Prozession wurde von der Stadt abgelehnt, der Tanz erlaubt. Gegen die Ablehnung beschwerte man sich bei der Kammer — und die Prozession wurde erlaubt, bei Polizeiüberwachung.[26a] Würden die Juden vor der Bevölkerung Angst gehabt haben, hätten sie um die Prozession gar nicht ersucht. In der nationalsozialistischen Zeit hätte solches keine Judengemeinde wagen können. Würden sie sich rechtlos gefühlt haben, hätten sie keine Eingabe an die Regierung gemacht. Wären sie weniger lebensfroh gewesen, hätten sie den Tag nicht mit Tanz beschlossen.

26a) O.S.A., Best. 31, 6-16-20.

Allerdings waren sie nicht immer so erfolgreich. Im Jahre 1808 mußte sich das Herzogtum Oldenburg dem Napoleonischen Rheinbunde anschließen und für die Armee Soldaten stellen. Die nationale Rekrutierungskommission von 1809 verlangte, daß jeder Staat seine Quote von „Freiwilligen" lieferte. Seiner Bevölkerung gemäß hatte Oldenburg 800 Mann dem Rheinbunde zu stellen. Freiwillige waren nur unter großen Schwierigkeiten zu erlangen; meistens waren es Tagelöhner, die mit dem Minimallohn des Soldaten zufriedener waren; oder es war Gesindel.

Der Jude Wolf Herz aus Cloppenburg sah jedoch im Militärdienst eine Stufe auf der Leiter bürgerrechtlichen Aufstiegs. Er meldete sich und wurde zurückgewiesen. Daraufhin beschwerte er sich. Das Amt Cloppenburg unterstützte ihn. Die herzogliche Verfügung habe keine Ausnahmen bestimmt, daher müsse Wolf Herz wohl angenommen werden. In seiner Zurückweisung „liegt — nach Ansicht des Amts — eine Zurücksetzung der ganzen jüdischen Religion, welche hier, wo man den Religionshaß zu vertilgen suchen muß, um so schädlicher ist".[27] Die Kammer nahm die Angelegenheit auf:

„Es würde dabei eine höchste Bestimmung darüber erforderlich sein, ob bei dem hiesigen Militärcorps auch jüdische Glaubensgenossen überhaupt, oder wenigstens einheimische, die im hiesigen Lande geboren oder ansässig sind, zu Dienst angenommen werden sollen. Bisher ausgeschlossen, da religiöse Vorurteile und Gebräuche dabei in mehrerer Betracht hinderlich sind, und Versuche, sie an Kriegsdienst zu gewöhnen in Österreich und Polen fehlgeschlagen waren. Allein in den neusten Zeiten, wo vieles sich geändert hat, ist der Unterschied der Religion auch in diesem Stücke bei mehreren Armeen, und besonders da wo die Conscription eingeführt ist, bei Seite gesetzt worden. Die Beibehaltung dieses Unterschieds könnte jedoch nicht als eine Zurücksetzung der jüdischen Glaubensgenossen als Bürger des Staats betrachtet, angesehen werden, ebensowenig, als deren Ausschließung von gewissen Staatsämtern, deren Verwaltung mit ihrer Religion unerträglich ist . . ."

Die Antwort des Herzogs war kurz: „Wegen jüdischer Rekruten bleibts bei deren Abweisung; — Peter Friedrich Ludwig — 15. August 1809."

Hier, wie im folgenden, erkennen wir des Herzogs Grundprinzipien aus der Denkschrift: Sie hatten den Nationalgeist noch nicht, darum durften Juden nicht dienen. Hatten sie den Nationalgeist erfaßt, wie in den Befreiungskriegen, so stand ihnen das Recht des Militärdienstes offen. Da es so wenige Juden gab, konnte der Herzog in jedem „Ausnahmefall" selbst entscheiden. Die Freiheitskriege waren daher der Wendepunkt. Die „Stammrolle der beim Herzoglichen Militärcorps gedienten und dienenden Juden"[28] vom 11. März 1829 enthält 19 Juden, die seit 1814 gedient hatten. Sie waren alle im Herzogtum gebürtig. Von Beruf waren sie Schlachter, ein Tischler und zwei Blaufärber. 11 blieben Gemeine, 3 waren Tambour, 4 wurden Unteroffiziere, und einer wurde Feldwebel. Die Stammrolle meldet im einzelnen:

Abraham Meyer aus Berne diente von 1817—21, entlassen wegen beendigter Dienstzeit; seine Aufführung war: Gut — er war Tambour.

---

27) O.S.A., Best. 31, 6-16-20.
28) O.S.A., Best. 70, 3006 — Fasc. 5.

Isaak Ahrens aus Berne diente von 1821—26, entlassen wegen beendigter Dienstzeit; „seine Aufführung war immer sehr tadelhaft".

Levi Weiler aus Varel diente von 1814—18 als Tambour; entlassen wegen beendigter Dienstzeit; seine Aufführung: „War so, daß man nur Gutes von ihm sagen kann."

Das Gleiche, bezüglich der Aufführung, galt vom Unteroffizier Levy Jacob Ildau, dessen Dienst 1823 begonnen hatte und der noch im Dienst stand; er kam aus Oldenburg.

Salomon Insel aus Wildeshausen, seit 1827 noch im Dienst, Aufführung: Gut.

Isaac Schiff aus Elsfleth, Feldwebel, im Dienst seit 1814, ließ sich 1823 taufen (wahrscheinlich, um im Dienst voranzukommen). Seine Aufführung war immer sehr gut, und er erhielt die Feldzug-Medaille von 1815, da er daran teilgenommen hatte.

Moses Weiler, Tambour aus Varel, diente 1807 für nur 2½ Monate; seine Aufführung war immer schlecht, und er wurde wegen schlechter Aufführung entlassen; übrigens war er erst 15 Jahre alt.

Joseph Meier Lehmann aus Jever, diente von 1819—23, wurde wegen beendigter Dienstzeit entlassen, seine Aufführung war gut.

Moses David Bloch aus Jever, wurde 1824 eingezogen, desertierte 1825 vom Urlaub; seine Aufführung war immer schlecht.

Noch im Dienst waren:

Heinemann Cohen aus Fedderwarden, seit 1826; Aufführung nicht besonders, weil er schon einige Male wegen Dienstvergehen bestraft wurde.

Jonas Elias Holstein aus Jever, seit 1827, Aufführung: Besonders gut.

Calman Wulf Josephs aus Jever, seit 1827, Aufführung: Besonders gut.

Salomon Isaak aus Hatten, seit 1823 Unteroffizier, Aufführung: Besonders gut.

Abraham Isaak aus Ovelgönne, seit 1826 Unteroffizier, Aufführung: Gut.

Levy Schwabe aus Jever, diente 1814—1815; wegen körperlichen Gebrechens entlassen; seine Aufführung war der Compagnie unbekannt.

Wegen beendigter Dienstzeit wurden entlassen:

Marcus Schwabe aus Varel, der 1824—28 gedient hatte; seine Aufführung: Gut.

Salomon Meyer aus Berne, der 1824—28 gedient hatte; seine Aufführung: In aller Hinsicht musterhaft.

Unteroffizier Jacob Ahrens aus Berne, 1821 bis 1827; seine Aufführung: Zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Er scheint sich dabei freiwillig zum zweiten Male zum Dienst gestellt zu haben. Eine Bemerkung besagt, daß er vom März 1814 bis August 1821 beim ersten Bataillon gedient und sich dabei gut und untadelhaft betragen, und daß er den Feldzug von 1815 mitgemacht und die Medaille dafür erhalten habe.

Die Zahl der Beförderten war verhältnismäßig hoch, vor allem, da sie mit einer verlängerten Dienstzeit verbunden war. 13 Männer wurden als gute Soldaten anerkannt, und unter ihnen waren 5, die besonders gelobt wurden; 3 waren schlechte Soldaten, einer lief sogar weg, von anderen war nichts zu sagen.

Es dürfte die Hoffnung dieser Soldaten gewesen sein, nach ehrenvollem Dienste den Schutz im Lande zu erhalten. Jedenfalls ersuchte Meyer Insel (im Register als Salomon

Insel geführt) darum.[29] Am 1. Dezember wurde ihm zur Antwort, daß in seinem Ausnahmefall das Gesuch bewilligt worden sei. Aber daß „Juden weder vom Militärdienst befreit, noch Privilegien dafür bekommen". Sonst würden sie zu zahlreich werden. Man brach zwar das Prinzip im Einzelfalle, doch war die Grundrichtung nicht tolerant. Dennoch verloren die Juden ihren Optimismus nicht. Der Kampf um die bürgerliche Gleichberechtigung mußte eben weitergehen.

Wie stand es um das religiöse Leben?

Die Geschichte eines Friedhofsstreits mag uns einen Einblick geben. Friedhöfe wurden früh erlaubt. Sie mögen wohl der einzige Grundbesitz gewesen sein, denn erst die Verordnung von 1827 erlaubte den Juden den Erwerb von Grundbesitz. Einer der ältesten Friedhöfe lag in Varel. 1795 wurde den Juden in Ovelgönne vom protestantischen Consistorium die Erlaubnis erteilt, einen Friedhof anzulegen. Daraus entstand ein Streit, der sich jahrzehntelang hinziehen sollte. Nach jüdischem Gesetz gilt es als Ehrengebot dem Verstorbenen gegenüber, den Toten so schnell wie möglich der Erde zurückzugeben, damit der Staub zurückkehre zum Staub, aus dem er kam. Daher pflegten die Juden den Brauch, ihre Verstorbenen innerhalb von 24 Stunden zu beerdigen. Dieser Modus stieß auf behördlichen Widerstand, aus Furcht, daß eine Person noch lebend beerdigt werden könne. Bisher hatte es keine Schwierigkeiten gegeben, denn die Beerdigungen hatten in Varel stattgefunden, und die Fahrt dahin hatte sowieso mindestens 24 Stunden beansprucht; jetzt aber sollte es anders werden. Pastor Roth ersuchte daher seine Vorgesetzten im Zusammenhang mit der Erlaubnis zur Anlage eines Friedhofes, „die Juden von ihrer Gewohnheit abzubringen, ihre Toten so eilig zu begraben".[30] Das Amt hatte die Aufgabe, das Einverständnis der Juden zu erlangen.[31] So wurden denn die Juden vorgeladen, und schließlich kam es auch zur Verhandlung. Der führende Jude der Gemeinde, Herz Schwabe und seine Familie, waren bereit, der neuen Ordnung zuzustimmen.

„Wohingegen aber ein noch allein gegenwärtiger Goldschmid (gelehrter Jude, Prezeptor der Kinder seiner Nation und gewöhnlicher Commisarius des Oberrabbiners bei vorfallenden Ceremonien) für sich und namens der übrigen, von denen er bevollmächtigt sein wollte, deklarierte, wie man von seiner Weise nicht abgehen könnte, vielmehr sogleich begraben zu werden verlangte, wenn der Atem aufhöre. Meinte, daß alles neuerlich über diesen Gegenstand Gesagte, ein unwürdiges Getadel wäre, da der gesunde Menschenverstand auch den Juden eingäbe, nur dann zu eilen, wenn der Mensch sicher und gewiß gestorben ... Ihm wurde unter anderem gesagt, daß er wenigstens die Zeit, die sonst über den Transport nach Varel hingegangen, abzuwarten, welche im Durchschnitt auf 24 Stunden anzunehmen ... Aber er blieb un-

29) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 5.
30) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 2, 4-5.
31) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 2.

beweglich und wollte lieber keinen Kirchhof, als unter den Bedingungen haben, daß er anders als seine Väter eingescharrt werden solle . . .“ (19. November 1795.)

Der Bericht ist darum interessant, weil er uns von einem Oberrabbiner berichtet, ohne uns zu sagen, wer er war und wo er sein Amt ausübte. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um einen auswärtigen Rabbiner, der Herrn Goldschmid die Prüfung abgenommen hatte, die ihn zum Schlachten nach jüdischem Gesetz befähigte. Hätte eine wirkliche Verbindung zu einem Oberrabbiner bestanden, so wäre es ja einfach gewesen, dessen Gutachten einzuholen. So aber war der jüdische Lehrer die Autorität, und da er kein Rabbiner war, hatte er keine Befugnis, von der Tradition abzuweichen. Gleichzeitig sehen wir den sich entwickelnden Zwiespalt zwischen den religiösen Führern der alten Schule und einigen Gemeindemitgliedern selbst. In der Abwesenheit eines Rabbiners blieb die Angelegenheit dem Staat überlassen, der sich nun auch um die inneren Angelegenheiten der Juden zu kümmern hatte. So schrieb der Amtmann von Ovelgönne dem Herzog am 23. März 1796, daß die Juden nun ihre Toten noch schneller beerdigten, daß der ganze Brauch nicht jüdischem Gesetze entspräche, „sondern in roher, ungelehrter Zeit, hauptsächlich wohl mit um der achttägigen Trauer der Nachbleibenden willen eingeführt sein möge“.[32] Es besteht in der Tat eine *siebentägige* Trauer, während der die Hinterbliebenen nicht aus dem Haus gehen dürfen und ihrem Beruf nicht nachgehen können, und diese Trauerzeit beginnt mit der Grablegung. Die Ansicht, daß es den Juden lediglich um eine Verkürzung der Gesamtzeit zwischen Tod und Ende der Trauerzeit gelegen hätte, ist nicht richtig. Der Vorschlag des Amtes, die Juden in Ovelgönne sollten sich die Sache nochmals überlegen und Belehrung suchen, „wie sich bekanntlich auch große Gemeinden der Nation auf die Belehrung der Weisen ihres Volkes bereit erklärt haben“, war sinnvoll, setzte aber voraus, daß Oldenburg einen Rabbiner habe, was nicht erwähnt ist. Der Konflikt in Ovelgönne wurde schließlich durch einen Kompromiß gelöst. Ein Arzt solle eine Todeserklärung geben, falls die Beerdigung vor dem dritten Tage stattfinden solle. Dem protestantischen Pfarrer wurde die Oberaufsicht erteilt und den Juden zur Pflicht gemacht, ihre Geburts- und Sterbefälle den Pastoren mitzuteilen.[33]

Die gleiche Verordnung wurde auch in Jever gegeben, allerdings war dort eine Beerdigung vor dem Ablauf von 24 Stunden polizeilich verboten (18. Dezember 1826).[34]

Der Fall Ovelgönne löste eine Reihe von Reaktionen aus. Die Stadt Delmenhorst fragte am 17. März 1796 an, wie man sich den frühen Beerdigungen der Juden gegenüber verhalten solle, da es sich dabei „wohl nicht von einer Anhänglichkeit an alte Gebräuche, als von dem Vorteil den die Juden darin haben, daß sie sich mit ihrem Handel nicht so lange einhalten brauchen, herzuführen scheint“.[35] Der Amtmann in Ovelgönne hatte also

---

32) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 2.
Der Grabstein des Alexander Abraham Süßkind auf dem Oldenburger Friedhof hat die Buchstaben R. R. (Rabbenu Rav = Rabbiner) vor dem Namen. Vielleicht war es nur ein Ehrentitel. Jedenfalls scheint Süßkind, der seit 1758 in Oldenburg lebte, von der Regierung nicht als Rabbiner anerkannt oder befragt worden zu sein.

33) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 2, 4-5.

34) O.S.A., Best. 70, 3006.

35) O.S.A., Best. 70, 3006.

religionsrechtliche Fragen entschieden — soweit Delmenhorst in Frage kam. Gleichfalls fragte man, ob die Beerdigung von Juden, die nicht aus Oldenburg stammten, erlaubt und ob das Öffnen des Sarges vor der Grablegung zu gestatten sei.

Bald darauf brach der gleiche Streit in Vechta und Cloppenburg aus.[36] Dort hatte der Pfarrer das Recht, den Beerdigungstag anzusetzen, dennoch hatten die Juden ihre Toten ganz eiligst vorher begraben. Der Herzog hielt eine Beerdigung vor dem dritten Tage für verboten, da Gefahr bestände, man beerdige einen Lebenden. Er forderte die medizinische Kammer auf, ein Gutachten einzubringen. Die Kammer ließ sich jahrelang Zeit. Schließlich erließ der Herzog am 4. August 1804 eine Verordnung, nach der die Polizei die Beerdigungen überwachen solle und Frühbeerdigungen vor 24 Stunden verboten seien. Aber auch das Gebot scheint nicht viel genützt zu haben. 1806 wurde von der Commission zur Wahrnehmung der geistlichen Angelegenheiten in den Ämtern Vechta und Cloppenburg vorgeschlagen, daß ein Beerdigungsgesetz für alle Bewohner des Landes erlassen werde, dem sich die Juden ebenfalls zu fügen hätten. Der Herzog erließ dieses Gesetz am 14. Februar 1806 und betraute die Polizei mit der Überwachung jüdischer Beerdigungen. Doch selbst das schien keinen Erfolg zu haben, denn am 24. August 1810 wurde eine Geldstrafe von fünf Reichstalern gegen Übertreter angesetzt.

Jedoch eine Anfrage in Oldenburg vom 10. Dezember 1826 zeigte, daß die Oldenburger Juden sich dem Gesetze ohne Einschränkung fügten.[37] Hier hatte man sich angepaßt.

Die ganze Affäre gibt uns einen Aufschluß über das Bestehen jüdischer Friedhöfe. Sie zeigt uns ebenfalls, wie differenziert die Tradition in verschiedenen Gemeinden nachwirkte. Es gab eben keine Oberaufsicht. Sich selbst überlassen, konnten die schlichten Menschen nur am Überlieferten festhalten, ohne die Gründe zu wissen. Vor allem in der Totenehrung blieb man hartnäckig, was psychologisch verständlich ist. Doch wirft es ein Schlaglicht auf das religiöse Leben der ländlichen Juden in Deutschland: man hielt am Überlieferten fest, weil es eben überkommen war. Es fehlte an der Kenntnis, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden. Daher konnte es auch zu Konflikten kommen, wenn verschiedene Gemeindemitglieder voneinander abweichende Traditionen hatten, die sie nicht ausgleichen konnten, da ihnen das Wissen dazu fehlte. Es war dringend notwendig, daß eine Landesautorität geschaffen werden mußte. Da dieses dem Herzog bewußt war, wurde diese Autorität in der Berufung der Landesrabbiner geschaffen.

Vorhanden waren zahlreiche „Synagogen-Häuser", und wir werden von ihnen mehr erfahren, wenn wir über die Landesrabbiner erzählen. Sie hießen Häuser, weil sie, wie im übrigen Deutschland, nach außen hin nicht als Synagoge erscheinen durften. Ein einfaches Haus an der Straße wurde innen zur Synagoge eingerichtet und schön ausgestattet. Die meisten dieser alten Synagogen wurden im Laufe der Zeit durch Neubauten ersetzt, und wir wissen nicht, wo sie waren. Doch gab es bis 1938 noch zwei alte

36) O.S.A., Best. 31, 6-34-30.
37) O.S.A., Best. 70, 3006.

Synagogen-Häuser in Vechta und Wildeshausen. Beide fielen dem Geschick der Juden 1938 zum Opfer, und keine Gedenkplatte erinnert an die einstmalige Heiligkeit der Stätten und ihre historische Bedeutung.

Im Anlegen und in der Erhaltung von Friedhöfen und Synagogen brachten die kleinen Gemeinden große Opfer. Wie geräumig die Synagoge in Ovelgönne gewesen sein muß, geht aus einer Beschwerde der dortigen Gastwirte hervor, daß an jüdischen Feiertagen manchmal bis zu vierzig arme Juden zu Gottesdienst und Aufenthalt nach dort kämen.[38] Zudem unterhielten die Gemeinden oder reichere Juden ihre Lehrer und Vorsänger. In den Jahren von 1814 bis 1821 finden wir, daß außer Jever auch noch Oldenburg, Varel, Cloppenburg, Wildeshausen, Westerstede, Berne, Ovelgönne, Delmenhorst, Ganderkesee, Burhave und Zwischenahn jüdische Lehrer hatten. Varel gründete 1814 eine jüdische Volksschule.[39] Die Lehrer unterrichteten auch in Elementar-Fächern; es war rudimentärer Unterricht. Doch hier entstand das Problem. Diese Männer kamen aus vielen Gegenden, wie Bayern, Sachsen und Posen. Niemand hatte sie je geprüft, oft war ihr Deutsch fehlerhaft. Manche mögen einfach Laien gewesen sein, die im Hebräischen und Elementar-Unterricht einen Weg zu bescheidenem Lebensunterhalt sahen. Sie wurden von denen „berufen", die zahlen konnten, mußten ihnen dienen, waren als „Knechte" aufgenommen. Ihre Bezahlung war sehr gering, und oft genug blieb sie aus; sie hatten keine richtige Wohnung; sie wurden sehr häufig nach kurzer Zeit entlassen. Daraus entstanden nun Gemeindekonflikte und Streitigkeiten. Falls der Lehrer im Vorbeten ungeschult war und, vor allem im Vorlesen der Torah — die in der Rolle keine Vokale noch musikalische Bezeichnungen enthält —, Fehler machte, wurden diese von der Gemeinde korrigiert. In der Abwesenheit eines Lehrers mochte dann eines der Gemeindemitglieder als Vorbeter fungieren; auch daraus konnte Streit entstehen. Doppelgottesdienste wurden abgehalten, einer in der Synagoge, ein anderer im Hause der Opposition. Das „Aufrufen" zur Torah, nämlich der Ruf zur Kanzel, um neben dem Vorleser einen Paragraphen der Torah verfolgen zu dürfen und dabei einen Dankessegen an Gott für die Gabe der Heiligen Lehre zu richten, gilt als Ehre. Bei ihrer Verteilung konnte es dann auch zu Streit kommen. Durch wohltätige Spenden an die Gemeinde konnte man solche Ehren „kaufen". Da zum öffentlichen Gottesdienste eine Mindestzahl von zehn Männern notwendig war, konnte der gesamte Gottesdienst durch das Verspäten eines Mitglieds aufgehalten werden oder durch seine Abwesenheit ganz abgebrochen werden ... Die Konflikte wuchsen, sowohl im Unterricht als auch im Gottesdienst. Würde fehlte, die ehrerbietige Ruhe des Gotteshauses war oft gestört. Diese Zustände waren in Deutschland ganz allgemein. Sollten die Juden sich neuzeitlichen Bedingungen angleichen, brauchten sie in Wirklichkeit nur zu den alten Bestimmungen des Judentums über die Würde des Gottesdienstes zurückkehren. Das konnten sie allerdings nur dann, wenn sie ein Oberhaupt hatten, das Ordnung schaffte, Lehrer prüfte und bestellte, die Aufsicht über den Gottesdienst und die Schule und die Bestimmung über die Organi-

38) O.S.A., Best. 70, 3009.
39) O.S.A., Best. 70, 3009.

sation, die Mitglieder und das Budget der Gemeinden übernahm. Die Interessen des Herzogs, der seine jüdischen Untertanen den anderen angleichen wollte, und die Interessen des Judentums und seiner Tradition trafen sich. Daher wurde die Judenverordnung von 1827 bedeutungsvoll und die Berufung von überragenden Landesrabbinern zum Segen. Oldenburg wurde zur Werkstatt des modernen Judentums.

Wer war der Rabbiner D. Rosenberg?

Am 5. November 1822 überreichte der Rabbiner D. Rosenberg aus Oldenburg dem Herzog eine von ihm handgeschriebene Rolle des Buches Ester als Dankeserklärung für den Schutz, den er schon im sechsten Jahre genieße.[40] Rosenberg, der 1790 in Scherendorf, Ungarn, geboren wurde, verließ seine Heimat 1812. Seit 1817 war er bei der jüdischen Stadtgemeinde Oldenburg als Lehrer, Vorleser, Schammes (Synagogendiener) und Schächter angestellt; 1822 schloß er einen Vertrag mit dieser Gemeinde. Seine wiederholten Gesuche um Schutz wurden 1821, 1823, 1825 und 1826 abgelehnt. 1827 ersuchte er darum, Landesuntertan zu werden. Um seinen Wert für die Gesamtbevölkerung zu beweisen, schlug er 1822 vor, eine Zeichenschule für arme Kinder zu gründen, wofür jedoch kein Bedarf bestand; 1826 gab er Privatunterricht im Zeichnen. Zwei Dinge muten uns nun seltsam an: daß er sich Rabbiner nannte und sich 1822 für einen Schutz bedankte, den er nicht besaß. Er war ja lediglich Torahschreiber. Die Torah, die Rolle der 5 Bücher Moses, muß zur Lesung im öffentlichen Gottesdienste handgeschrieben sein. Das gilt auch für die Ester-Rolle. Diese Arbeit setzt Kenntnis und Geschick voraus, ist aber eine spezielle Kunstarbeit, die nicht zu den Funktionen des Rabbiners oder seiner Ausbildung gehört. Rosenberg brauchte daher kein Rabbiner zu sein, obwohl er es sein *konnte*. Er wollte wohl mit seiner Gabe von 1822 den Herzog bewegen, ihm den Schutz zu *gewähren* und dem Fürsten gleichzeitig eine Probe seiner Kunst zugehen lassen, die ihn zur Eröffnung der Zeichenschule befähigte. Warum nannte er sich Rabbiner? War eine Gesetzgebung, die auf Berufung eines Landesrabbiners hinzielte, bereits geplant, und hoffte er, sie zu erhalten? Wie erfolgreich war sein Wirken? Die Juden der Stadt Oldenburg wurden 1827 als alleinig befähigte Gemeinde angesehen, die Vorwahl des Landesrabbiners zu betreiben. Schuf Rosenberg eine gewisse organisatorische Einheit? Oder war ihm, Rosenberg, der erwartete Erfolg versagt, der zu Schutz und zur Berufung hätte führen können, weil ihm die Ausbildung fehlte? Bestärkte diese Erfahrung den Herzog, wieder ganz auf seine Denkschrift zurückzugreifen und einen akademisch gebildeten Mann, der vom Consistorium zu prüfen war, zu verlangen? Rosenbergs Rolle im Geschehen verbleibt im dunkeln: War er Wegbereiter oder Beispiel einer Zeit, der die Ordnung fehlte, so daß er sich Rabbiner nennen konnte, ohne es zu sein?

---

40) Die Landesbibliothek Oldenburg besitzt die Rolle und Rosenbergs Adresse an den Herzog. Seine Eingaben. s. O.S.A., Best. 31, 12-8-3; Blatt 8, S. 61 ff., 85, 107 ff.

III. Über die rechtliche Lage der Juden: Ein sehr langer Kommentar

Die Juden konnten von der Niederlage Napoleons für sich selbst gar nichts gewinnen; daß sie gegen ihn kämpften, bezeugte ihren Patriotismus. Sie waren Deutsche und erst in zweiter Linie Mitglieder der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Ihre Enttäuschung über ihre Behandlung nach dem Fall Napoleons war darum tief. Der Wiener Kongreß hatte ihnen versprochen, daß die Rechte, die ihnen *in* den Ländern unter Napoleons Herrschaft gegeben worden waren, nicht geschmälert werden sollten; doch durch Bestechung eines Sekretärs änderte man *ein* Wort: statt *in* den Ländern las man nun *von* den Ländern, und das kostete den Juden ihre Rechte, denn ihre Freiheiten waren ihnen ja nicht von den Ländern, sondern von Napoleon gegeben worden. Man sprach davon, die Juden müßten zur Ehrlichkeit erzogen werden, und gleichzeitig betrügte man sie an höchster Stelle und warf sie durch Unrecht zurück. Diese Enttäuschung, die Jahre des Strebens zunichte machen sollte, spricht aus dem Kommentar des jüdischen Gemeindevorstehers Oldenburgs, Gottschalk Joseph Ballin. Es war ein energisches Gesuch um Gleichstellung, achtzehn Jahre nach dem Judengesetz. Wir bringen Ballins Denkschrift ungekürzt, obwohl es sich dabei um eine ganze Broschüre handelt. Dies geschieht aus zwei Gründen.

Man dürfte kaum ein Werk finden, das in so verhältnismäßig engem Rahmen die seelische, geistige und politische Lage der Juden darlegt, den geschichtlichen Hintergrund gibt, die Lehren des Judentums bezüglich des Verhältnisses von Juden und Heimatland zusammenfaßt und die aktuelle Situation umreißt. Die Schrift gibt uns ein Bild eines deutschen Judentums, dessen Menschen hofften und strebten, durch musterhaftes Leben und völliges, opferbereites Eingehen in die Gesellschaft als gleichberechtigt angesehen zu werden. Sie versuchten es immer und immer wieder, und doch scheiterte der Versuch. Sie verteidigten ihre zugesicherten Rechte und waren gleichzeitig bereit, sich zu „bessern". Sie liebten das Land, das ihnen ihr Geburtsrecht vorenthielt. Sie klammerten sich an jedes Wort gutgesinnter, führender Christen und sahen in ihm ein Hoffnungszeichen. Sie versuchten bei Fürsten und Führern wie im Volke Anzeichen des Verstehens und der Gerechtigkeit finden zu können — damit sie lieben konnten. Sie versuchten durch die Logik des Wortes und des Verhaltens, die Welt ihrer Umgebung zu überzeugen und vergaßen, daß der Judenhaß nicht auf Logik, sondern auf Emotion beruhte. In ihrer Liebe waren sie vielleicht die größten Patrioten, denn sie gaben, ohne zu erhalten, und ließen sich nicht abbringen. Ballins Schrift ist eine Analyse des Judentums in Deutschland, des inneren Gefühls der Juden und ihrer äußeren Lage. Im Grunde änderte sich nichts an dieser Situation. Verbesserungen kamen, gewisse Rechte wurden gewährt. Die Isolierung bestand immer, und — verbunden mit ihr, und ihr zum Trotz — die Hoffnung, das Streben und die Liebe. Ballins Worte erklären die Gesamtlage des Judentums in Deutschland bis zu seiner Vernichtung. Man kann daher seine Schrift, in der sich Eleganz des Ausdrucks mit Präzision der Ideen verbindet, die das zugestandene Recht fordert und gleichzeitig der Vorsicht bewußt ist, die man üben muß im Verkehr mit den Mächtigen, ein „klassisches" Werk sehen, das allgemein zugänglich gemacht zu wer-

den verdient. Zu lange hat es vergessen in den Akten geschlummert. Es hat Allgemeingültigkeit.

Dies führt zum zweiten Grund: Oldenburg kann stolz darauf sein, einen solchen Mann zu seinen Bürgern gezählt zu haben und daß ein solches Werk auf seinem Boden, aus seiner Mitte geschaffen wurde.

„Der Kaufmann Gottschalk Joseph Ballin, als Vorsteher der Judengemeinde zu Oldenburg, bittet untertänigst um bürgerliche Gleichstellung seiner Glaubensgenossen mit den Christen. Oldenburg, den 13. Nov. 1845.[42]

Seine Königliche Hoheit, der Großherzog.

Durchlauchtigster Großherzog, Gnädigster Herzog und Herr!

Wenn Martin Luther Recht hatte, zu sagen, daß das Wesen des Christen im Dulden bestehe, so sind die Bekenner des Mosaismus die besten Christen. Schon Moses hat die Juden eine Tugend gelehrt, die auch eine wesentliche Grundlage des Christentums bildet, er hat, nicht weniger als das neue Testament, den tiefen Spruch: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; ein Satz der dort auf den Fremdling wie auf den Eingeborenen sich erstreckt. Haben die Jahrhunderte des mittelalterlichen Druckes es den Israeliten schwer gemacht, die Tugend der Nächstenliebe gegen ihre Bedrücker zu üben, so mögte es kaum Wunder nehmen; seit der Segnungen der Toleranz aber, welches auch ihnen, nach und nach das Ende des achtzehnten und der Anfang des neunzehnten Jahrhunderts gebracht, kehrte auch bei ihnen wieder der Segen des Vertrauens und der Menschenliebe zurück und gab ihnen mit der Hoffnung zugleich den Mut der Selbsterhebung und Veredlung.

Die Juden des Herzogtums Oldenburg werden in dieser Hinsicht nicht ungünstiger angesehen werden, als die im übrigen Deutschland. Auch sie haben in guten und bösen Zeiten ihr Kreuz, mit den christlichen Staats-Angehörigen geduldig getragen; sie haben es im Vertrauen auf die Weisheit ihrer angestammten Landesherren selbst geduldig mit angesehen, daß nach einer vorübergehenden Entfesselung ihre Stellung im Staate wieder mit der alten Schranke umgeben wurde. Das Vertrauen ist noch dasselbe, die Geduld ist nicht ermüdet; aber die Sehnsucht, ihre Glaubensgenossen in ihrer bürgerlichen und sittlichen Entwicklung nicht mehr gehemmt zu sehen, ist desto größer geworden, je entschiedenere Fortschritte — dank der Humanität unseres Jahrhunderts — sie darin zu machen angefangen haben.

Darum und insbesondere wegen der Wahrnehmung, daß in der Tat die die Juden isolierenden gesetzlichen Vorschriften der Engherzigkeit der Gemeindevertreter den Vorwand leihen, in den einzelnen Fällen die Gesetze minder human zu interpretieren, als es die Landes-Regierung zu tun pflegt, was sich besonders, im vergangenen Sommer an einigen schlagenden Beispielen dahier, zu Jever und Vechta dargetan hat, indem man an den letztgenannten beiden Orten den Juden sogar das Recht Orts-

---

42) O.S.A., Best. 70, 3002 — 21. — Siehe auch Ballins Eingabe.

bürger zu werden verweigerte, — sieht sich der untertänigst Unterzeichnete bewogen, jetzt eine submisseste Vorstellung an Eure Königliche Hoheit im Namen seiner von ihm vertretenen Gemeinde zu richten. Wenn er dabei zuvörderst von Rechten der deutschen Juden spricht, so verkennt er deshalb nicht minder, daß die Anerkennung langer in Vergessenheit geratener Rechte nicht weniger eine Art Landesväterlicher Gnade als gesetzgeberischer Weisheit und Gerechtigkeit wäre.

I. Obgleich die Herrschaft der Franzosen den Juden vorübergehend volle Gleichstellung mit den christlichen Staats-Angehörigen hatte zuteil werden lassen, haben die Juden — sich als Volksgenossen im ganzen Sinne des Wortes fühlend — an Eifer für die Sache des deutschen Volkes es nicht fehlen lassen. Denn der Ausspruch des von Napoleon im Jahre 1807 berufenen französischen Sanhedrin[43]*: ‚für jeden Bürger eines Staates gehört es zu den religiösen Pflichten, diesen Staat als sein Vaterland zu betrachten. Alles befiehlt den Israeliten, für seinen Fürsten und dessen Gesetze dieselbe Ehrfurcht, Liebe und Treue zu hegen, die alle seine Untertanen ihm schuldig sind‘, — bezogen die deutschen Juden, so sehr sie auch dessen Wahrheit anerkannten, nicht auf* den *Staat und den Regenten, dessen Gesetze ihnen die größten Rechte, das volle Bürgerrecht verliehen, nein, sie standen mit ihrem deutschen Volke und kämpften mit diesem.*

Es wurde ihnen die Anerkennung von Seiten des Fürsten Hardenberg (in einem Schreiben an den preußischen Gesandten in Hamburg): ‚daß sie des Staats, der sie in seinen Schoß aufgenommen, durch treue Anhänglichkeit würdig geworden. Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengefährten ihrer christlichen Mitbürger geworden, etc. so wie die übrigen jüdischen Einwohner, namentlich auch die Frauen, in Aufopferung jeder Art, den Christen sich anschlossen‘; — und nach einer anderen Seite hin, die positiv in Aussicht gestellte Hoffnung, ‚daß es die ernstliche Absicht des gesamten Deutschlands *sei, den jüdischen Einwohnern gegen die Übernahme der bürgerlichen Pflichten auch den Genuß der bürgerlichen Rechte zu bewilligen, und hierdurch für die Sache des Christentums nicht bloß das zu gewinnen, daß die schwere Schuld vieljähriger, zum Teil grausamer Unduldsamkeit auf dem gerechtesten Wege gelöst, sondern auch das, daß einer zahlreichen Klasse von Einwohnern Deutschlands der Übergang zum Bessern auf dem milden Wege der Überzeugung möglich gemacht werde.‘ (Fürst von Hardenbergs Schreiben an den Senat von Lübeck, d. d. Wien, den 10. Juni 1815.)*

Ja, als im Auftrage des Congresses zu Wien der österreichische Bevollmächtigte, Fürst Metternich, dem Dr. Buchholz, als Vertreter der jüdischen Gemeinde in Deutschland, gleichzeitig schrieb, es sei auf dem Congresse vorläufig festgesetzt worden: ‚daß bis zum Ausgange der Beratung der Bundes-Versammlung die den Israelitischen Ge-

---

43) Napoleon berief die führenden Rabbiner seines Reiches nach Paris, um ein Sanhedrin, einen obersten jüdischen Gerichtshof zu bilden, dessen Verordnungen das Verhältnis der Juden zum Staate, der jüdischen Tradition nach auslegen und bestimmen sollte. Das Sanhedrin erklärte, daß der Patriotismus eine religiöse Pflicht sei. (Siehe Samson Raphael Hirschs Ideen, die dem Ballinschen Briefe vorausgingen.)

meinden in *den Bundesstaaten bewilligten Freiheiten und Rechte aufrecht erhalten werden sollen', und dies ausdrücklich ‚zur Beruhigung dieser Gemeinden' geeignet bezeichnete, — konnten sich diejenigen Gemeinden welche in Ländern lebten, wo eine Zeit lang und bis dahin französisches Recht gegolten hatte, in der Tat bis weiter vollständig beruhigen. Die Mitteilungen der Bevollmächtigten von Österreich und Preußen konnten ja nicht dem als widersprechend angenommen werden, was wirklich innerhalb der Versammlung der Fürsten und ihrer Bevollmächtigten beschlossen worden, und als beschlossen wurde in dem letztgedachten Schreiben ausdrücklich bezeichnet, ‚daß den jüdischen Glaubensgenossen in den deutschen Bundesstaaten die allgemeinen bürgerlichen Rechte zugesichert werden'.*

Noch deutlicher hatte aber der preußische Staatskanzler dem Senate von Lübeck, dessen gesetzgebende Gewalt schon damals die Juden mit Rückschritten bedrohte, die Bedeutung der Schlußworte des Artikels XVI der zwei Tage vorher unterzeichneten Bundesakte dahin auseinandergesetzt: ‚Bei dem Inhalte des sechzehnten Artikels der Bundesakte kann jetzt nur die Rede davon sein, daß den jüdischen Familien in den Hansestädten bis zu dem hierüber gefaßten Beschlusse der Bundesversammlung, derjenige bürgerliche Zustand erhalten *werde, der ihnen von der* französischen Gesetzgebung *bewilligt ist.' Zwar lautet der transitorische Schlußsatz des sechzehnten Artikels der Bundesakte in unserer Sammlung: ‚Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben* von *den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten', und ist dadurch der Auslegung Vorschub geleistet, daß die Rechte, welche unter dem Usurpator Napoleon den Juden verliehen seien,* von *den jetzigen Regierungen der deutschen Bundesstaaten nicht brauchten anerkannt und geachtet zu werden. Allein, ohne zu großen Wert auf die mehrfach in Druckschriften aufgestellte Behauptung zu legen, daß es früher, nämlich bei der Beratung des Artikels XVI, ‚in' gelautet hat und erst bei der Paraphe ein ‚von' daraus geworden sei, ist doch der klare* Sinn *der hohen Versammlung gewiß nach der obigen Erklärung der Vertreter der größten deutschen Staaten zu beurteilen, besonders da die neuere Fassung auch mit diesem Sinn vereinbar ist. Der die Bundesversammlung beseelende Geist, welcher Vorschritte zur Begründung einer allgemeinen Glaubensfreiheit, nicht aber Rückschritte, forderte, spricht für die günstigere Auslegung des Status quo; und nur, weil in manchen Staaten die Juden noch in einem, von der Gleichstellung weit abstehenden Zustande* geblieben *waren, wurde die nicht schnell zu erledigende definitive Feststellung hinausgesetzt. Die Vertagung, wie die Modifikation der ersten Fassung, waren sicher nur vorläufigen Concessionen an einzelne renitirende Staatsregierungen, namentlich die der Hansestädte. Im Herzogtum Oldenburg aber durfte jene Juden nachteilige Auslegung um so weniger Anwendung leiden, als hier die französischen Gesetze nicht schlechtweg als unverbindliche Verfügungen einer usurpatorischen Gewalt angesehen werden konnten. Denn der Hochselige Herzog hatte ja, als er das Herzogtum verließ, in dem offenen Brief vom 26. Februar 1811, die Untertanen ihrer Huldigungspflicht* entbunden *und alle zum* Gehorsam *gegen die neue Obrigkeit ermahnt, mithin den Untertanen gegenüber die Fremdherrschaft als Obrigkeit und gesetzgebende Gewalt gehörig* anerkannt.

Waren demnach die Israeliten im Herzogtum Oldenburg sogar nach dem Staatsrecht des deutschen Bundes und des Herzogtums Oldenburg damals schon im Besitze derjenigen Rechte, deren unverkümmerte Bewährung sie jetzt untertänigst erbitten, so wird ihnen gegenüber die Frage nicht aufgeworfen werden können, ob auch die Erlassung der in Artikel XVI der Bundesakte in Aussicht gestellten gemeinschaftlichen Maßnahmen abgewartet werden müsse.[44] *Überdies kann aber der durchlauchtigste deutsche Bund dadurch niemals verletzt werden, wenn ein einziger Hochherziger Fürst* im Geiste *jener Bundes-Grundgesetze voranschreitet, wenn er in* seinem *Lande die Gerechtigkeit im voraus gewährt, die vielleicht aus Mangel an völliger Übereinstimmung im ganzen deutschen Vaterlande noch nicht zur Wahrheit geworden ist. Im Geiste jenes Bundes-Gesetzes scheint es sogar auch zu liegen, daß durch Maßregeln und Versuche in einzelnen Staaten die* allgemeine *Einweisung in den ‚Genuß der bürgerlichen Rechte' vorbereitet werde.*

So haben es denn auch ohne Zweifel die deutschen Staatsregierungen angesehen und die Lage ihrer mosaischen Untertanen abgesondert verbessert. So befinden sich dieselben in Kurhessen *bereits seit 1816 im Besitze fast aller Staatsbürgerrechte, und sind darin durch die Verfassungsurkunde von 1831, welche ihr Bürgerrecht unter den Schutz der Constitution stellt, nur befestigt.*[45] *In* Sachsen-Weimar *ist durch Edikt von 1823 als Regel ausgesprochen, daß alle Juden, welche als Untertanen aufgenommen sind, mit den übrigen Staats-Untertanen* gleiche *Rechte und Verbindlichkeiten haben sollen. In Württemberg hat das seit 1828 geltende und in Hinsicht der Wählbarkeit zu Abgeordneten* volle *Staatsbürgerrecht nur noch eine Beschränkung in Hinsicht des sogenannten Schachers. In* Preußen *ist das* Prinzip *der Rechtsgleichheit schon seit 1812 fast unbedingt ausgesprochen, wenn auch noch nicht überall ins Leben getreten und später sogar aus einer sogenannten christlichen (?) Rücksicht in Beziehung auf die Anstellung von Juden als Staatsbeamte in manchen Punkten durch Cabinets-Order modifiziert, und ganz neuerdings ein wesentlicher Vorschritt geschehen, indem die neue Gewerbe-Ordnung unbedingt alle Beschränkungen aufhebt, denen die Juden bisher hinsichtlich des Gewerbe-Betriebs noch unterworfen waren.*

Im Königreich Hannover selbst, wo der Zustand früher für die Juden sehr drückend war, ist Hand an die Verbesserung gelegt und die Aufhebung des Schutzverhältnisses *erfolgt, so wie erst neuerdings im Herzogtum Braunschweig die völlige Gleichstellung der Juden und sogar deren Wählbarkeit wie zu Stadt- so zu Kammer-Verordneten als ein ihnen zustehendes Recht vermöge höchster gerichtlicher Entscheidung zuerkannt wurde. Ist hiernach die in der Bundesakte erregte Hoffnung auf Herstellung eines allgemeinen und gleichen Rechtszustandes bei so vielen deutschen Bundesstaaten kein Hindernis gewesen, vielmehr für geeignet gefunden worden, die Verbesserungen*

---

44) Ballin tritt dem möglichen Argument entgegen, daß die Staaten nicht selbständig handeln könnten, und, nach dem Beschluß des Congresses, nur ein gesamtgültiges Gesetz die Lage der Juden ändern könne.

45) Ballin schildert die Lage als etwas besser als sie wirklich war, übergeht die Kämpfe in Kurhessen, die vielen Rückschritte im reaktionären Preußen, die zur Zeit noch nicht völlig erreichte Gleichstellung in Hannover, usw.

jetzt schon zu gewähren, welche die Zeit und der vorgerückte Kulturzustand ihrer israelitischen Untertanen forderte, so darf der untertänigste Supplikant auch vollkommen vertrauen, auch mit seiner, auf Gerechtigkeit gestützten Bitte am Throne Ew. Königlichen Hoheit Gehör zu finden.

II. Dem untertänigsten Supplikanten ist es nicht genau bekannt, wie in den ersten Jahren nach der Restauration das Rechtsverhältnis der Juden von der Herzoglichen Regierung und dem Landesherrn angesehen wurde. Nur das glaubt er sagen zu können, daß die in der Landesherrlichen Verordnung vom 15.—22. September 1814 enthaltenen Bestimmung, wonach Aufnahme und Schutz *der Juden zu dem Regierungsressort gelegt wurde, damals als eine auf die Rechte der Judenschaft wesentlich influirende nicht angesehen, resp. empfunden wurde; wie denn auch der Gebrauch des bloßen Wortes ‚Schutz' wohl nicht geeignet war, dem ausdrücklichen Anspruche, daß der Rechtszustand eine Änderung erfahren solle, gleichgeachtet zu werden. Er meint auch, daß die den Juden wehe tuenden Bestimmungen der Regierungsbekanntmachung vom 28. Januar 1815, beim Schweben der Verhandlung über den Rechtszustand der Juden in Deutschland beim Congresse zu Wien, als solche betrachtet werden durften, die bei der bundesrechtlichen Erledigung der Hauptfrage, werde sie nun eine transitorische oder eine definitive, rechtlich von selbst wegfallen würden.*

Die Landesherrliche Verordnung vom Jahre 1827, wegen näherer Bestimmungen verschiedener bürgerlicher Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen, läßt aber keinen Zweifel darüber, daß Ew. Königlichen Hoheit erhabener Vorfahr dieselbe in dem Bewußtsein der uneingeschränkten Befugnis, in dem Rechtszustande der Juden Beschränkungen oder Verbesserungen eintreten zu lassen, promulgirt habe. Die in derselben schließlich ausgesprochene Erwartung, daß die Juden die Landesväterliche Fürsorge zur Verbesserung ihres Zustandes dankbar erkennen würden, läßt voraussetzen — wie das vom Hochseligen Herzoge auch nicht anders zu erwarten — daß der Landesherr die Überzeugung hatte, das rechtlich Bestehende sei das vor der französischen Zeit gegoltene Schutzverhältnis; und die Ermahnung der Landesväterlichen Fürsorge durch vermehrtes Hinstreben zur sittlichen Ausbildung und zu nützlichen Geschäften zu entsprechen, stellt die Verordnung in die Kategorie der sogenannten Erziehungsgesetze. Damit ist aber schon durch sie selbst die Hinweisung auf eine ferner in Aussicht stehende Hinwegräumung der Schranken gegeben, welche noch immer, und insbesondere nach dieser Verordnung, die Juden verhindern, dem Staate als seine vollberechtigten Bürger zu dienen und zu nützen.

Wie die einzelnen Juden die achtzehnjährige Periode seit Erlassung der gedachten Verordnung genutzt haben, wie in derselben ihre bürgerliche, wie ihre moralische und religiöse fortschreitende Entwicklung sich gestaltet hat und zum Bessern gewendet, das wird hier nicht erörtert werden dürfen. Im ganzen aber glaubt Supplikant mit voller Überzeugung den Blick des Landesvaters auf den sittlichen Zustand seiner Glaubensgenossen hinlenken zu dürfen. Derselbe wird befriedigt auf ihnen ruhen, besonders wenn bei der prüfenden Betrachtung in Erwägung gezogen werden sollte, daß der durch die lange Bedrückung gestörte innere sittliche Halt einer ganzen Kategorie der Bevölkerung nur allmählich erstarken kann und die Befähigung zur Aus-

übung voller bürgerlicher Rechte nicht wohl eher bewährt *werden konnte, als die Gelegenheit dazu nur in einem längeren Besitz jener Rechte gegeben wurde, welche Bedingung aber den oldenburgischen Juden abging. Obwohl aber das Leben der Juden in gänzlicher Isolierung oder in kleinen Gemeinden es ihnen ungemein erschwert, ihr religiöses Bedürfnis zu befriedigen, und namentlich für die sittlich-religiöse Erziehung ihrer Kinder — trotz den großen, fast unerschwinglichen Opfern, welche sie diesem Zwecke bringen und die, wie mit Recht behauptet werden darf, in keiner christlichen Gemeinde in dem Maße gebracht werden — zu sorgen, und die Teilnahme der zerstreut wohnenden Juden an den christlichen Unterrichtsanstalten das Wirken eigener Anstalten nur unvollkommen ersetzen kann: so darf doch der untertänigste Supplikant mit hoher Wahrscheinlichkeit die durchschnittliche sittliche Kulturstufe aller Israeliten des Landes — von denen der Stadt kann er es bestimmt behaupten — für wenigstens ebenso hoch als die bei den christlichen Bewohnern durchschnittliche gefundene, annehmen. Wann hätte man gehört, daß die Gefängnisse und Strafanstalten vorzüglich von ihnen gefüllt wären? Bei welchen Gerichten sind die Klagen über Wucher und Schacher, über betrügerischen Handel der Juden besonders häufig? Haben sie sich gesträubt, ihre Kinder den oberlich begünstigten Gewerben zu widmen? Haben nicht vielmehr diese zum Teil, trotz dem ihnen widerstrebenden Vorurteil mancher Innungen, darin sich als tüchtig bewährt? Hat nicht der Hang zum unsteten Leben bei den Juden im hiesigen Lande sehr abgenommen?*

Untertänigster Supplikant darf behaupten, daß eine Untersuchung zum Behuf der Beantwortung aller dieser Fragen durchschnittlich nur zu Gunsten der Juden ausfallen werde. Wenn aber leider noch einzelne Ausnahmen von der Regel vorkommen sollten, so darf er auch darauf hoffen, daß zu ihren Gunsten in Erwägung komme, mit welchen Vorurteilen die israelitischen Jünglinge bei der Wahl ihres Lebens-Unterhalts zu kämpfen haben. Die Lage, in welcher sie sich meistens befinden, die Beschränkungen und Vorurteile, von denen sie sich beengt sehen, verdüstern hinlänglich die Atmosphären, in denen die Israeliten atmen, und daraus oft das kränkelnde geistige Leben, das separatistische Mißtrauen und die Engherzigkeit zu erklären, die man noch an manchen von ihnen beobachten mag. Auch die gesetzlichen Bestimmungen zum Teil, das Schutzverhältnis namentlich, das die patriarchalische Verfassung der Familien begünstigt und den jüngeren Söhnen selbständiges Etablissement erschwert, sowie die Ehebeschränkungen, begünstigen das, was andererseits von der Verordnung verhindert werden sollte. Die erwachsenen Söhne beschützter Juden, die fort und fort verhindert waren, einen eigenen Herd zu gründen, dehnten das Geschäft des Vaters, das die große Familie in dem engen Raume nicht immer nährte, räumlich aus und wurden dadurch zu einem unsteten Leben genötigt.

Die Ausnahmen, und sollten sie auch wirklich zahlreicher sein als dem Supplikanten bekannt, werden aber einem Fortschritt in der Gesetzgebung nicht entgegengehalten werden. Wollte man nach dem Grade der sittlichen und intellektuellen Reife die bürgerlichen Rechte bemessen, so dürften auch unter den Christen Tagewerker, Handwerker, Künstler, Kaufleute und Gelehrte nicht unter demselben Gesetz stehen, und man käme auf ein Kastenwesen zurück, wenn man nicht gar von allgemein abgehal-

tenen Prüfungen die Abstufungen bürgerlicher Berechtigungen wollte abhängig machen.

War es nun aber — dem oben Angeführten nach — mindestens zweifelhaft, ob nicht die Juden nach Bundes Vollmacht bis zur Erlassung allgemeiner, ihnen günstiger Verfügungen provisorisch in dem Zustande bürgerlicher Gleichheit mit den Christen hätten belassen werden sollen, machte das Ausbleiben der in Aussicht gestellten Vereinbarung der Bundes-Versammlung die Erteilung des Genusses voller bürgerlicher Rechte es dem einzelnen Landesherren zur Aufgabe, ihre jüdischen Untertanen zu einer höheren Kultur- und Rechtsstufe zu erheben; ging auch die erziehende Verordnung von 1827 in die letztere Auffassung ein; und haben endlich die oldenburgischen Juden, trotz der erschwerenden Umstände, die Landesväterliche Erwartung gerechtfertigt: so darf auch ein Fortschreiten zu dem endlichen Ziele von Ew. Königlichen Hoheit, dem Beglücker aller *Ihrer Untertanen, mit vollem Vertrauen erwartet werden.*

III. Wo der Fortschritt zur Gleichstellung untertänigst erbeten wird, da mag es angebracht sein, die Executionen speziell zu bezeichnen und deren Nachteile kurz nachzuzeigen.

Supplikant muß hierbei auf die Landesherrliche Verordnung vom 14. August 1827 zurückgehen; denn wenn auch in einigen Punkten derselben eine hie und da mildernde Praxis eingetreten ist, so ist deren Fortdauer doch etwas Ungewisses, den rechtlichen Zustand nicht Affizirendes.

Die ersten §§ der Verordnung entwickeln das System der Schutz-Concessionen. *Nicht allein die Aufnahme eines Ausländers als Landes-Untertan ist hiernach, wie bei Mitgliedern anderer Konfessionen, von der Genehmigung der Großherzoglichen Regierung abhängig gemacht, sondern auch ein jeder Inländer bedarf zur Errichtung eines selbständigen Etablissements,* weil er Jude ist, *einer Regierungs-Genehmigung (§ 4), und er darf sein Gewerbe, weil er Jude ist, nicht verlegen (§ 7), wenn auch sonst nichts dem im Wege stände. Die Artikel 14 und 34 der Stadt Oldenburg sind dadurch für Israeliten so gut wie aufgehoben. Mag der Jude in einem anderen Landesteile sich noch so gut betragen, mag er ein noch so wertvolles Besitztum erwerben, — er darf sich auf die im Artikel 14 der Stadtordnung gesetzte Regel nicht berufen, weil er Jude ist. Mag er immerhin Bürger der Stadt geworden sein, die Ertreibung bürgerlicher Nahrung ist ihm darum noch nicht, wie dem Bürger christlicher Religion, verstattet.*

Die im § 5 der Verordnung dem konzessionierten Juden auferlegte Pflicht zum Unterhalt seiner Geschwister bildet deshalb eine drückende Ausnahme, weil der terminus ad quem in den meisten Fällen in unbestimmte Fernen gerückt ist. Denn in den wenigsten Fällen wird ja den Geschwistern ein eigenes, den Schutz zur Folge habendes Etablissement zuteil.

Die Erschwerung der Ehen *(§§ 10 und 11) ist noch drückender, noch herabdrückender für die Bekenner des Mosaismus. Man möge diese als eine bloße Folge des Schutz-Verhältnisses anzusehen geneigt sein, wenn nicht die Erfahrung — welche namentlich noch kürzlich ein naher Verwandter des untertänigsten Supplikanten gemacht hat —*

lehrte, daß auch von dem mit Konzession versehenen Juden, und sogar von solchen, die den Absichten des Gesetzes entsprochen und ein Handwerk ordentlich erlernt und darauf ihr Etablissement gegründet haben, die Heiratserlaubnis nachgesucht werden müsse. Es stellt sich danach nicht die Besorgnis vor dem unzeitigen Heiraten solcher, die nicht ein nährendes Gewerbe betreiben, sondern die Absicht, die Fortpflanzung des Geschlechts der Juden zu beschränken als der innere Grund des Ehe-Gesetzes dar. Nur aus diesem Gesichtspunkt erklärt sich auch der Schluß des § 6, der die Wohltat des ganzen § wieder aufhebt, indem er den jüdischen Handwerker, Fabrikanten und Landmann wieder unter die Kategorie des Schutzjuden bringt und ihm die Erlaubnis zum Heiraten entzieht. Daß unter solchen Umständen nicht die unehelichen Geburten unter den Juden überhand nehmen, vielmehr fast gar nicht vorkommen [a], *gibt einen neuen Beweisgrund für den sittlichen Zustand der Judenschaft ab und verdient von Seiten der gesetzgebenden Stelle so gewiß besonderer Beachtung, als anerkannt die Verminderung unehelicher Geburten zu den wesentlichen Verbesserungen des gesellschaftlichen Zustandes gerechnet wird.*

[a] *In der preußischen Monarchie ist statistisch genau aufgemittelt, daß unter der gleichen Anzahl Lebender die Christen durchschnittlich* viermal *mehr uneheliche Geburten haben als die Juden . . .*[47]

Mit Aufhören des Systems der Schutz-Konzessionen würde auch eine Bestimmung wegfallen, die an sich für den jüdischen Namen besonders kränkend ist, nämlich die in § 9 sub a. der Verordnung gegebene. Der Bankerott *eines konzessionierten Juden zieht jetzt den Verlust seiner Konzession nach sich. Den privatrechtlichen Folgen des Bankerotts, die für alle Staats-Angehörigen gelten, treten also für den Juden* als solchen *noch besondere Nachteile hinzu. Jeden anderen Gantmann schützt das Gesetz in gewissem Maße gegen die Forderungen seiner alten Gläubiger (Concurs-Ordnung § 67—68); es erleichtert (§ 69 daselbst) ihm sogar den Anfang eines neuen Erwerbs;* dem Juden *aber wird durch obige Bestimmung die Möglichkeit dazu abgeschnitten. Welche harte Anwendung aber namentlich auch von dieser Bestimmung gemacht wird, ergibt sich namentlich aus einem Beispiel, das vor einigen Jahren in Löningen vorkam. Dort hatte ein Jude, ein Vater zahlreicher Familie, das Unglück, sich zum Concurs melden zu müssen. Sofort, und obwohl der Concurs zurückgenommen wurde, entzog ihm die Großherzogliche Regierung die Konzession zum Handel. Der Mann hat inzwischen seine Gläubiger befriedigt, und darüber, sowie über seinen unsträflichen Wandel, genügende Zeugnisse des dortigen Amtes beigebracht, auch hat das Amt sich wiederholt für ihn verwendet. Dennoch ist seine wiederholte Bitte um Erneuerung der Konzession bis heute unberücksichtigt geblieben, und der alte Mann fast zum Bettelstabe mit Weib und Kind verurteilt. Welchen anderen Grund kann dies haben als eine Vermutung für die Schuldhaftigkeit der Concurs-Erkennung auf Seiten des jüdischen Cridars, als die Annahme einer Gefahr für das Publikum im*

47) O.S.A., Best. 70, 3002 — 21.

Verkehr mit einem einmal zum Concurs gekommenen Juden? *Rechtfertigen aber die israelitischen Kaufleute in Oldenburg solche Vermutungen? Die Verneinung liegt in der Frage.*

Nach § 14, sub 2 sollen die Juden der Regel nach nicht ausländische jüdische Gehilfen und Dienstboten annehmen. Auch in dieser Bestimmung liegt eine unnötige und kränkende Beschränkung der Juden. Der jüdische Dienstbote, der jüdische Handwerker, der jüdische Feldarbeiter soll kein Ausländer sein dürfen in der Regel — warum? Welche Gefahr liegt in der Zulassung derselben, wenn man nicht das als Gefahr betrachtet, daß eben Juden, gleichviel mit welchen Fähigkeiten, ins Land kommen? Was hat die Religion mit dem Handwerk, mit dem Dienst, mit dem kaufmännischen Geschäft gemein, daß das Gesetz auch hier wieder einen Unterschied statuiert und dadurch dem Juden die Wahl seiner Gehilfen mehr als dem Nichtjuden erschwert? In der Tat läuft denn auch diese Bestimmung lediglich auf eine polizeiliche Überwachung und — auf eine Geldabgabe für den Erlaubnisschein, wenn ein jüdischer Gehilfe, der Ausländer angenommen wird, hinaus. Die Erlaubnis selbst ist noch nie verweigert worden; Beweis genug, daß das ganze Gesetz überflüssig ist.

Im § 14 sub 3 ist die Betreibung von Gast und Schänkwirtschaften den Juden untersagt. Dies Verbot ist so wenig als das zuletzt erwähnte, von großer materieller Bedeutung. Die Ehre des jüdischen Namens ist aber auch bei Aufhebung dieser Beschränkung interessiert, weil derselben wohl nichts anderes zugrunde liegt, als der vermutete Hang der Juden zu gewissen Formen des Erwerbs und Verkehrs und zur Benutzung des Übergewichts, das ihnen ihre bekannte Nüchternheit über trunkene Wirtshausgäste geben kann. Erstere Vermutung ist aber mit Tatsachen zu widerlegen, welche beweisen, daß die Juden, ungeachtet ihres meist minder robusten Körperbaues die größte Ausdauer in den, Anstrengung und Fleiß erfordernden Erwerbs-Arten zeigen; letztere darf nicht einfach als unbegründet bezeichnet werden. Die durch ein ‚bis weiter' bereits in Aussicht gestellte Aufhebung auch dieses Verbots dürfte endlich um so unbedenklicher sein, als ohnehin die Betreibung einer Schänkwirtschaft von polizeilicher Konzession abhängt, und diese nur dann dem Juden, wie den Christen erteilt werden wird, wenn dessen Persönlichkeit die nötigen Garantien für den ordentlichen Betrieb dieses Gewerbes zu bieten scheint.

Die Besoldung des Landrabbiners ist durch gnädigste Landherrliche Bestimmung aus den Erträgen des Schutzgeldes festgestellt, welches dadurch zu einer Kirchen- oder Kultus-Steuer geworden ist. Obschon die städtischen Juden kein Schutzgeld bezahlt haben und zu einer Kultus-Steuer zu kontribuieren sich nicht würden entlegen können, sprechen sie doch den Wunsch aus: Ew. Königliche Hoheit möge geruhen, auch den mittelalterlichen Namen *dieser Steuer abzuschaffen.*

Endlich ist die in der Stadt-Ordnung enthaltene Exemption insbesondere Gegenstand des vorliegenden untertänigsten Gesuchs. Der neunzigste Artikel der Stadtordnung macht zu einem Erfordernisse der Wählbarkeit in den Stadtrat, daß sich der Gewählte ‚zur christlichen Religion' bekenne. Da in Oldenburg nur Christen verschiedener Confessionen und Juden leben, so wird hiermit lediglich eine Ausschließung der letzteren aus dem Stadtrate bezielt sein; wie sich denn eine entsprechende Bestimmung

im Artikel 56 der Landgemeinde-Ordnung findet. Dagegen geht § 75 der Stadtordnung noch über die Landgemeinde-Ordnung hinaus, indem sogar städtische Offizialen und Unterbediente nicht Juden sein dürfen. Sind aber die Israeliten im vollen Sinne des Wortes Landes-Untertanen, sind sogar einzelne unter ihnen der Aufnahme in den Staatsdienst gewürdigt, so ist die Notwendigkeit, sie prinzipmäßig von der Teilnahme am vollen Gemeinde-Bürgerrechte auszuschließen, schwerlich vorhanden. Daß keinen unwürdigen Israeliten die Wahl zu einem solchen Ehrenamte treffen könne und werde, dafür bürgt wohl die Institution selbst, und zum Teil auch wohl noch das, bei dem ungebildeten Teil der Wähler nicht ganz überwundene Vorurteil. Ist aber der Bürger als solcher einer solchen Ehrenstelle stets würdig, warum soll sie dem Israeliten, als solchem, nicht offen stehen? Haben doch in den Ländern völliger bürgerlicher Gleichstellung Juden hohe Staats- und Gemeinde-Ämter mit Ehren bekleidet! Moses Montefiore ist Scherif von London, Cremieux, Wormser, Fould und Cerfbeer sind Mitglieder der französischen Deputierten-Kammer, Anspach und Goudshaux sind Staatsprokuratoren in Paris, in der katholischen Universitätsstadt Löwen wurde kürzlich ein Jude zum Bürgermeister erwählt, und ein Jude sitzt augenblicklich unter den Berliner Stadt-Verordneten. Das einzige begründete Bedenken gegen die Zulässigkeit könnte der Einfluß der Stadt-Vertreter auf das Kirchen- und Schulwesen sein. Allein einesteils ist die Teilnahme wohl hauptsächlich eine, die finanzielle Seite des Kirchen- und Schulwesens berührende, andernteils vermögen gebildete Juden sich ebensowohl über konfessionelle Unterschiede zu erheben, als gebildete Christen. Von dem, allen auf dem Monotheismus ruhenden Konfessionen gemeinsamen Boden, haben die Juden jetziger Zeit ebensoviel inne, als irgend eine andere Religions-Partei. Seit Moses Mendelssohns Zeiten haben sie durch Läuterung ihrer Religionsbegriffe sich ebensosehr der allgemeinen Religion genähert, wie die christliche Welt, wie namentlich der orthodoxe Protestantismus, und von aller Proselytenmacherei sind sie ferner als es die orthodoxen Katholiken nur sein können.

Als eine merkwürdige Anomalie muß es auch offenbar hervortreten, wenn Juden unbedenklich als Vormünder oder Kuratoren über Christen zugelassen werden, in welcher Eigenschaft sie doch einen viel größeren und individuelleren Einfluß auf Familienwohl und Erziehung der Christen haben können, und dennoch es bedenklich gefunden wird, ihnen neben vielen anderen Mitbürgern einen untergeordneten Einfluß auf das Kirchen-Wesen der Christen und das Schul-Wesen der gesamten Bevölkerung einzuräumen. Dem untertänigsten Supplikanten, der als Kurator einer geisteskranken Frau genötigt ist, viel tiefer, als ihm lieb, in die Verhältnisse von Familien aus dem mit besonderen Ehrenrechten umkleideten Adelsstande einzudringen, liegt diese Bemerkung besonders nahe. Wo es sich darum handelte, ihm eine Last und Verantwortlichkeit, wie sie wohl kaum noch durch irgend ein derartiges Amt in Oldenburg veranlaßt worden ist, aufzuwälzen, standen die konfessionellen Unterschiede nicht im Wege; wo aber mit der Last zugleich Ehrenrechte dem Juden zufallen könnten, da wird die fehlende Taufe ein Hindernis.

IV. Dem untertänigsten Supplikanten ist es nicht unbekannt, daß zahlreiche Gründe kirchlicher und politischer Art für die fernere Vorenthaltung der vollen bürgerlichen

Gleichstellung aufgestellt zu werden pflegen. Er will deshalb — da er keine Gelegenheit haben wird, den Gründen zu begegnen, die eben hier seinem Ansuchen entgegengehalten werden mögen — sich erdreisten, einige derselben anticipando zu beleuchten.

1. Es ist gesagt worden, die Juden bewahrten eine eigene Nationalität, interessierten sich nicht für den Staat, in welchem sie Schutz genössen. Insofern dieser Einwand auf die Bibel gestützt wird, beruht er auf einem Mißverständnis, auf einer Verwechslung dessen, was im Alten Testamente fundamental gelehrt wird, mit demjenigen was accessorisch und zeitweilig für die jüdische Nation, den jüdischen Staat angeordnet wird. Die Lehren *sind von ewig bindender Kraft, sofern sie ewige Wahrheiten enthalten; die Staatlichen Anordnungen tragen großenteils einen localen und temporairen Charakter, so daß sie mit der Auflösung des israelitischen Staats als solchen, selbst bei den alten Juden, und nach der Erklärung des Talmuds, ihre bindende Kraft verloren haben. Ohne daß man ihre ursprüngliche Institution deshalb als eine bloß menschliche ansehen dürfte — denn der jüdische Staat war ja ein theokratischer — haben letztgedachte Gesetze für unsere Zeit und für die gegenwärtigen Juden ihre Bedeutung größtenteils verloren.*[48] *Und dies ist nicht etwa die Lehre indifferenter Neuerer, nein, Rabbiner von entschiedener Autorität aus dem zwölften Jahrhundert und der späteren Zeit gingen von demselben Gesichtspunkte aus. In welchem Maße aber diese Vorstellungsweise auch in Deutschland die herrschende ist, beweiset die Remonstration, welche von fast allen jüdischen Gemeinden Preußens erhoben wurde, als verlautete, daß sie in Rücksicht auf ihre Ritualgesetze vom Militärdienste dispensiert werden sollten.*[49] *Im Druck der Zeiten, unter den im Mittelalter ihnen bereiteten Verfolgungen, klammerten sich die Verfolgten auch an die Äußerlichkeiten ihres Rituals, und so hat sich dies durch die Jahrhunderte erhalten. Je weniger Hindernisse aber ihrer freien Entwicklung in den Weg gelegt werden, desto mehr schwindet der Partikularismus. Wo die Sonne der Duldung und der Humanität über ihnen leuchtet, wie unter der Herrschaft der Mauren in Spanien, da legten sie bald einen Teil ihrer nationalen Eigentümlichkeiten ab, gehörten zu den industriösten Bürgern, und es erstanden unter ihnen diejenigen Rabbiner, welche das Judentum in seiner Reinheit lehrten.*

Nach der reinen Lehre der Propheten haben aber die Juden den Staat, in welchem sie wohnen, als den ihrigen zu betrachten, und sind weit davon entfernt, eine eigene Nationalität bewahren zu wollen. ‚Suchet der Stadt Bestes' — sagt Jeremias 29.7 —, ‚dahin ich euch habe lassen wegführen, und betet für sie zum Herrn'.[50]

---

48) Ballin nimmt hier eine Mittelstellung zwischen Orthodoxie und Reform ein, die den Einfluß Hirschs und Wechslers erkennen läßt — wie wir sehen werden.

49) Dies liegt auch dem Bericht der Kammer an den Herzog im Falle des Wolf Herz zugrunde, der vom Militärdienst ausgeschlossen wurde, da „die Verwaltung gewisser Staatsämter mit ihrer Religion unerträglich ist". Siehe oben, Seite 50.

50) Samson Raphael Hirsch nimmt diesen Satz als Basis für seine Theologie über Juden und Staat. Neunzehn Briefe; 16. Brief.

Nicht minder widerspricht der bei den Christen mit Unrecht verrufene Talmud *der Auffassung der gesonderten Nationalität. Einige Zitate mögen dies beweisen:*
‚Die Tugendhaften aus allen Nationen werden des ewigen Lebens teilhaftig.‘
‚Die Herrschaft und Gewalt der Könige auf Erden ist ein Abglanz der Herrschaft Gottes im Himmel.‘
‚Die Landesgesetze sind bindend wie die Religionsgesetze.‘ [51]
Der Talmud enthält die Fortbildung der Lehre des Mosis und der Propheten, den Übergang zum jetzigen in stetem Fortschreiten begriffenen Judentum. Mag er im einzelnen Verkehrtes enthalten; die Juden übernehmen keine Verantwortlichkeit dafür, denn er ist ihnen kein mit unbedingter Autorität bekleidetes Religionsbuch, sondern bloß eine, in vielfacher Hinsicht durch Zeit und Anschauungsweise und äußere Umstände getrübte Religionsquelle, aus der sie nur mit Vorsicht und Auswahl ihre Lehren und Satzungen schöpfen können; — er hat aber dennoch die Israeliten zu dem jetzigen Standpunkt hinübergeleitet, der unstreitig ein höherer ist als welchen der reine Mosaismus in unserer Zeit einnehmen könnte.
Es kann auch in dieser Hinsicht auf wichtige neuere Zeugnisse hingewiesen werden. Der von Napoleon berufenen, aus 71 Mitgliedern bestehende Sanhedrin beantwortete zwölf ihnen vorgelegte Fragen in einem die Staatsgesellschaft zufriedenstellendem Sinne. Dieselben Fragen hat eine im Jahre 1844 zu Braunschweig abgehaltene Rabbiner-Versammlung, welche auch von dem oldenburgischen Landrabbiner besucht war [52]*, öffentlich diskutiert und beantwortet. Es lautet z. B.*
a., auf die vierte Frage die Antwort des Sanhedrin: ‚Die französischen Juden sind Brüder der Franzosen‘; die Rabbiner-Versammlung: ‚Der Jude nennt die Mitglieder des Volkes, unter dem er lebt, seine Brüder.‘
b., auf die sechste Frage die Antwort des Sanhedrin: ‚Frankreich ist ihr alleiniges Vaterland‘; die Rabbiner-Versammlung: ‚Der Jude ist verpflichtet, das Land, dem er durch Geburt und bürgerliche Verhältnisse angehört, als sein Vaterland zu betrachten.‘
Die Vorstellung von der gesonderten Nationalität knüpft sich gewiß häufig an das Bild der armen, langbärtigen wandernden Juden, welche entweder unter dem Druck slawischer Völker oder als Heimatlose groß geworden sind, und keine deutsche Nationalität vor sich hertragen können, weil sie — obschon deutsch redend, wie fast alle nicht-portugiesischen Juden — wirklich kein Vaterland haben. Nicht aber der religiöse Kultus macht die Nationalität; der gemeinsame Geburtsboden tut es, das gleiche Gesetz, die gleiche Pflicht und Last. Deutsche Juden kämpften mit den getauften Deutschen mit gleicher Begeisterung gegen die Franzosen; die Juden haben

---

51) Ballin gibt die Quellen nicht an; sie sollen daher hier gegeben werden:
„Die Tugendhaften . . .“ Tosefta Sanhedrin 13:2 — Behandelt bei Hirsch im 15. Brief.
„Die Herrschaft . . .“ Talmud Sanhedrin 49 a.
„Die Landesgesetze . . .“ Talmud Baba Kamma 113.

52) Wechsler war einer der Führer der liberalen Rabbiner-Konferenzen, einschließlich der ersten in Braunschweig.

mit gleicher Anhänglichkeit über die Rückkehr ihres angestammten Fürsten gejubelt, mit gleichem Vertrauen blicken sie auf die Gerichte und Obrigkeiten des Landes; obwohl an öffentlichen Lasten prägraviert — es würde zu weit führen, wollte man hier das Weitere erwähnen, wieviel sie bloß für Schule und Kultus jährlich aufzubringen haben —, bewähren sie ihren Wohltätigkeitssinn an beiden, an Christen wie an Juden. Sollten sie nicht Deutsche, nicht Oldenburger genannt zu werden verdienen?

2. Ein anderer Einwand ist der, der Staat sei ein christlicher, *die Juden seien durch ihre Religion verhindert, ihre Staatsbürgerpflichten zu erfüllen. — Wie der ganze Widerstand gegen die sogenannte Emanzipation meist von der Kirche ausgeht — Zeugen dessen die letzten preußischen Provinzial-Stände-Verhandlungen —*[53]*, so gewiß insbesondere dieser Grund. Soll damit gesagt sein, der Staat müsse von allen seinen Bürgern den Glauben an die dem Christentum eigentümlichen Dogmen verlangen, so wären damit Unzählige vom Staate ausgeschlossen, obschon sie getauft wurden. Im echten Christentum liegt aber dennoch der Satz des Apostel Paulus: ‚Die Beschneidung ist nichts und die Vorhaut ist nichts; sondern Gottes Gebote halten.' Weiter als über die Handlungen und höchstens die Gesinnungen der Bürger, können sich aber die Ansprüche des Staats nicht erstrecken. In beider Hinsicht steht aber das Judentum dem Staats-Interesse nirgends im Wege. Auch die jüdische Religion lehrt die Grundsätze der Gerechtigkeit, der Liebe, Aufopferung und Humanität und flößt ihren Bekennern entsprechende Gesinnungen ein.*

Der anderen Seite des Einwandes kann die Entgegnung genügen: es ist Tatsache, daß die Juden alle Staatsbürgerpflichten wirklich erfüllen. *Handelte es sich aber um einzelne, besondere Verrichtungen, die eine besondere Beziehung zum Glaubensbekenntnis haben, so ist es ja immer, trotz dem ausgesprochenen Prinzip, wenn je einmal ein Jude als Kandidat auftreten sollte, in der Hand des Landesherren, ihm nur dann den Eintritt in diesen Stand zu gewähren, wenn er dazu* ganz *qualifiziert erscheint. Dergleichen aus einem in Zukunft etwa einmal möglichen Falle hergenommenen Bedenken wird untertänigster Supplikant nicht zu berücksichtigen haben.*

3. Nicht selten tritt die Besorgnis auf, daß die Juden der vorteilhaftesten Gewerbe sich bemächtigen, die Christen überflügeln mögen. — Eine solche Meinung — wenn sie je in Oldenburg, wo auf einen Juden 310 Christen kommen, laut werden konnte — gründet sich aber auf staatsbürgerliche Tugenden. *Die Nüchternheit der Juden, ihre Tätigkeit, ihre Geschäftsgewandtheit rufen Einwand hervor. Einen solchen, vom Eigennutze diktierten Einwand wird aber der Landesvater zurückweisen, der nur dem Recht in jedem Verhältnisse huldigt und nicht eine Tätigkeit wird lähmen wollen, die nur anerkennenswert sein kann. Betrachtet man aber genau die Umstände, die zu diesem Einwande Anlaß geben, so wird man gewahren, daß er eben in der bisherigen Beschränkung seinen ersten Grund hat. Die Notwendigkeit bei den Vorurteilen, die ihnen von Seiten der Innungen stets und in früherer Zeit ganz besonders*

---

53) Die Kirchenvertreter setzten sich der Gleichberechtigung der Juden entgegen.

entgegen standen, sich auf den Kleinhandel vorzugsweise zu werfen, die Beschränkung auf die Tätigkeit im Handel, von einem Punkte, dem Wohnsitz des beschützten Familienvaters aus, — gab der Erziehung von Kindheit an eine Richtung auf den Handelsbetrieb, die, von den Vätern auf die Söhne fortgepflanzt, eine vorzügliche Gelehrigkeit für diese Zweige der Tätigkeit gleichsam erblich machte. Daß dem so ist, daß die Juden nicht allen *Handel an sich zu reißen Lust und Geschick haben, sondern in ihrem Betriebe nur so weit gehen, als die Gewohnheit und — die beschränkende Notwendigkeit sie zwingen, möge sich schon aus dem Umstande schließen lassen, daß es im ganzen Herzogtum Oldenburg keinen jüdischen Pferdehändler gibt, während hingegen die Schlächterei, ein Handwerk, das anderwärts nur selten von Juden betrieben wird, von einer ganz großen Anzahl von Juden des Landes zum Lebenserwerb gewählt wird, obgleich es nur spärlich ernährt, und Arbeit und Fleiß erfordert. Wie aber dies schon jetzt geringer geworden ist — obschon dergleichen sich eben so langsam ändert, als die von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbten Vorurteile gegen die Juden —: so wird es sich immer mehr verlieren müssen, sobald die Ursache aufhört, sobald die Söhne einer Familie den verschiedensten Lebensrichtungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden und überall sich niederlassen* können, *sobald nicht mehr die honores ihnen verschlossen sind, denen sie bisher die opes vorziehen* mußten. *Auch hier jedoch ist nicht unbemerkt zu lassen, daß unter den 120 jüdischen Familien des Landes nur sehr wenige* reiche *sich befinden, während die meisten mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben; ein Beweis, daß es weder mit ihrer Geschicklichkeit im Handel so weit her ist, noch daß sie vom unredlichen Erwerbe sich Vermögen häufen. Eine nähere Klassifikation der Juden des Landes würde diesen Beweis noch mehr erhärten, wenn dies nötig oder dazu hier der Ort wäre.*

Spricht erst der erhabene Gesetzgeber aus, seine Untertanen sollen alle *in den freien Genuß aller Segnungen des Staatsverbandes treten, ihnen allen sollen Künste und Handel nicht minder, als Handwerk und Ackerbau, geöffnet sein; wird allen die Teilnahme an den verschiedenen Zweigen der Gemeinde- und Staats-Verwaltung eröffnet: so werden damit zugleich die kleinlichen Neigungen verbannt werden, die nur durch die Not sich mancher Juden bemächtigt haben. Nicht ferner zurückgesetzt hinter seinen Mitmenschen, angespornt durch das neue Vertrauen des Staates, mit freier Tätigkeit und freier Aussicht in die Zukunft, mit Hoffnung auf Verdienst und Ehre wird der Jude freudig dem oft kleinlichen und immer unsicheren Handel entsagen. Wäre es aber wahr, daß er vorzugsweise mit Scharfsinn und Betriebsamkeit begabt worden, so würde er dadurch auch indirekt dem Staate nützen, indem die jetzt im Genusse eines Privilegiums befindlichen Mit-Untertanen selbst zu einem lebendigeren Streben, zu einem unermüdlichen Gewerbefleiß erweckt würden, ohne welche Eigenschaften sie, wenn auch gegen die Juden im Inlande ferner geschützt, doch von dem Auslande überflügelt werden würden.*[54] *So können aus dem bloßen Akte*

54) Unter Ausland sind nicht-oldenburgische, deutsche Staaten zu verstehen.

der Gerechtigkeit dem Staate in dem Wettstreite seiner ungefesselten Kräfte die herrlichsten Früchte reifen.

4. Von Männern der Verwaltung hört man wohl die Bemerkung, Oldenburg gehöre zu den kleinen Staaten und könne nicht gut bei gründlichen sozialen Reformen vorangehen. — Die Berechtigung eines jeden deutschen Bundesstaates, die bürgerliche Stellung seiner israelitischen Untertanen zu verbessern, ist aber schon erörtert und durch die Tätigkeit der Gesetzgebungen fast aller Staaten in dieser Richtung faktisch entschieden. Es ist auf unsere nächsten Nachbarstaaten, Hannover, Braunschweig und Kurhessen, hingewiesen, welche die gesetzliche Stellung ihrer jüdischen Glaubensgenossen verbessert haben, während Oldenburg seit 18 Jahren für sie nur wenig weitergerückt ist. Welche Gründe der Gesetzgebungspolitik aber entgegenstehen, ist in der Tat nicht abzusehen. Der Gründe, weshalb die größeren Staaten nicht vorangehen, mag es manche geben, die in den besonderen Verhältnissen dieser Staaten liegen. In der preußischen Monarchie ist übrigens seit 1812 die völlige Gleichstellung angebahnt, und wenn sie seitdem nicht vorschritt, so mag man als Hauptgrund sich denken, daß in manchen Gegenden, den Regierungsbezirken Danzig, Marienwerder, Bromberg, Posen, Breslau und Oppeln namentlich, die Juden ziemlich dicht wohnen und zu einem weit beträchtlicheren Teile, als dies bei uns der Fall, den oberlich nicht begünstigten Gewerben obliegen. Daß eine stärkere Übersiedlung von Juden ins Herzogtum, als für die Staats- und Wirtschafts-Interessen wünschenswert, die Folge einer Besserstellung derselben sein sollte, ist durchaus nicht wahrscheinlich. Wie großen Wert die Juden auch auf die Teilnahme an den Staatsbürgerrechten legen, so haben sie doch immer den Staat im Auge, dem sie einmal als Untertanen angehören. Und anderenteils ist ja die Verweigerung der Aufnahme als Landes-Untertanen in jedem einzelnen Fall der Großherzoglichen Regierung möglich, und werden ja auch die Gemeinden gegen Juden nicht minder, sondern vorläufig wahrscheinlich noch mehr, als gegen einwandernde Christen, ihre Rechte wahren. — Endlich haben ja Staaten, die nicht zu den größten im deutschen Staatsbunde gehören, die bürgerliche Gleichstellung teils vorbereitet, teils wirklich ausgesprochen. Kurhessen hat seit dem 29. Oktober 1833 die Juden sowohl in Rechten als in Pflichten den christlichen Staatsbürgern gleichgestellt, sie sind daselbst Bürger der Gemeinden, in denen sie wohnen, tragen aber zu den Gemeindelasten nur insofern bei, als diese nicht zu dem Zwecke des christlichen Kultus verwendet werden, während auch in diesem Punkte die hiesigen Juden im Nachteile sind, da sie bekanntlich zur Erhaltung des christlichen Kultus insofern beitragen müssen, als derselbe aus der städtischen Kasse bestritten wird. Niemals aber hat man gehört, daß hieraus für die kurhessische Staatsregierung Inconvenienzen oder für das Land in den seitdem verlaufenen zwölf Jahren Nachteile entstanden seien.

V. Spricht allem Obigen nach nichts Erhebliches gegen das untertänigste Gesuch, so darf gewiß dessen baldige und vollständige Gewährung erhofft werden.

Redet Supplikant unmittelbar auch nur für die Stadt-Oldenburgische Gemeinde, so vereinigen doch im Geiste 720 oldenburgische Juden mit ihm ihr Flehen. Sie alle vertrauen nicht minder den gnädigsten Gesinnungen Ew. Königlichen Hoheit, als der

Gerechtigkeit ihrer Sache, die mit nicht minderem Rechte die Sympathien aller denkenden und fühlenden Christen für sich hat, als die Abschaffung der Sklaverei, für welche ja kürzlich noch die Staaten des durchlauchtigsten Deutschen Bundes sich erklärt haben.

Muß aber allerdings dem Staate daran liegen, das separatistische Element, welches im Judentum noch zum Teil sich findet, zu mildern, so ist aber dafür die Gleichstellung gewiß das geeignetste Mittel. Schon jetzt, und zwar besonders, seit die Lage der Juden anfing, sich hier und da erträglicher zu gestalten, hat eine Reform im Innern des Judentums ihren Anfang genommen. Der Druck der äußeren Verhältnisse ließ die Empfindung für die inneren Fesseln stumpf werden, wie denn überhaupt bürgerliche Unterdrückung der sittlichen und religiösen Entwicklung widerstrebt. Die Reform — wie sie namentlich von der großen Mehrheit der Rabbiner-Versammlungen zu Braunschweig und Frankfurt a. M. repräsentiert wird — will die alten Satzungen den klimatischen Verhältnissen Deutschlands und den politischen der Gegenwart, die bürgerlich-gesellschaftlichen Beziehungen der Juden dem heutigen Bedürfnis anpassen; endlich Liebe zum Ackerbau und zu den Gewerben befördern. Und diese Reform wird nicht nur von einzelnen wenigen gewünscht, sondern mit Sehnsucht von einem großen Teil der jetzigen Judenheit in Deutschland erwartet und verlangt, wie sich dieses Verlangen namentlich in den Adressen und Zuschriften an die Rabbiner-Versammlung in Frankfurt a. M. ausgesprochen, und auch durch die Tatsache der Unterstützung derselben dargetan hat. Sie kann aber nur dann einen festen Sitz in der jüdischen Bevölkerung nehmen, wenn diese nicht mehr fort und fort vom Staate und seinen Organen als Fremde sich angesehen und behandelt sieht.

Möge diese glückliche Phase in der Entwicklung des Judentums von den christlichen Staaten so benutzt werden, daß eine Annäherung beider Elemente, eine Verschmelzung, soweit nicht vom rein Religiösen die Rede ist, angebahnt würde.[55] *Mögen besonders in unserem Herzogtum Oldenburg die Hindernisse dieser Annäherung bald beseitigt werden, hier, wo die Juden ohnedies schon seit geraumer Zeit die auffallenden Zeichen der Absonderung meistens abgelegt und zu einer geistigen Amalgamation sich reif gezeigt haben, wie dies namentlich bei den Juden der Stadt Oldenburg täglich, im Verkehr, wie im geselligen Verhalten, sich kundgibt. Diese Hoffnung ist besonders genährt worden, seit ein geachteter Staatsmann und Praktiker, der selige Geh. Rat Streckfuß in seinem Schwanengesange mit edler Offenheit seiner Überzeugung von der Notwendigkeit einer unbedingten Gleichstellung der Juden vorgelegt und damit seine eigene früher ausgesprochene Ansicht zurückgenommen hat. Und diese neu gewonnene Überzeugung stützte sich auf die vieljährigen als Chef im Juden-Departement eines von 200 000 Juden bewohnten Landes gewonnenen Erfahrungen und wurde von dem Biedermann als ein* Fortschritt *im Vergleich mit seinen früheren Ansichten bezeichnet.*

---

55) Samson Raphael Hirsch: Neunzehn Briefe über Judentum; Briefe 15 und 16.

Aus vertrauendem Herzen legt der untertänigste Supplikant die Bitte am Throne nieder:

Ew. Königliche Hoheit wollen gnädigst und gerechtest geruhen, die noch bestehenden Hindernisse der völligen Gleichstellung der Juden mit Höchst — Ihren christlichen Untertanen durch einen Akt der Gesetzgebung zu beseitigen.

In höchster Ehrfurcht ersterbend
Ew. Königlichen Hoheit
untertänigster
G. J. Ballin"

Dedesdorf: Ein Einblick in die Judenlage auf dem Lande während dreier Epochen

Ballin brachte in seiner Denkschrift die grundsätzliche Rechtslage der Juden zur Erörterung und holte sich seine erklärenden Beispiele aus dem Leben der Juden in der Stadt Oldenburg. Wie sah es nun in der Wirklichkeit des täglichen Zusammenlebens auf dem Lande aus? Hier finden wir drei Haltungen: die Landpfarrer standen den Juden und dem Judentume feindselig gegenüber, die Regierungsbeamten zeigten sich sowohl korrekt wie auch menschlich verständnisvoll; die Bevölkerung lebte im Gefühl einer abneigenden Neutralität den Juden gegenüber, die jedoch durch äußere Beeinflussung zur Feindseligkeit werden konnte. Dies geht aus dem Berichte des Pastors Ramsauer hervor, der uns nicht nur über die Vergangenheit erzählt, sondern uns ebenfalls über sich, den Erzähler aus dem Jahre 1902 und seine Leser wertvolle Mitteilung gibt.

Im Jahre 1902 veröffentlichte Pastor D. Ramsauer eine Reihe von Dokumenten, die uns bedeutsame Aufschlüsse geben. Wir können durch sie einen Einblick erhalten in die Lage der Juden vor und nach der napoleonischen Besetzung Oldenburgs, in die Stellung von Geistlichkeit und Behörde den Juden gegenüber, und in die Bewertung der Juden durch den Pastor Ramsauer selbst im Jahre 1902. Die letztere erscheint besonders wichtig, da der Pastor seine Ausführungen dem Gefühle seiner Leser angepaßt haben dürfte. Es handelt sich um die Juden in Dedesdorf und wirft ein Schlaglicht auf das Gesamtverhältnis im nördlichen Teile Oldenburgs.[56]

Am 24. Juli 1802 berichtete der Amtsverwalter F. A. Rüder an den Herzog über den Kauf eines Hauses, welches auf den Grundstücken der Kirche lag, durch den Schutzjuden Elias David. Er berichtete wie folgt:

„Hochwürdigst-Durchlauchtigster Herzog, Bischof und Regierender
„Landes-Administrator! Gnädigster Fürst und Herr!

„Es hat am 28. Mai d. Js. der Schutzjude Elias David in öffentlicher Vergantung das „äußerst schwach gebaute Haus des Johann Köhnken mit Gründen für 325 Rthlr. „außer den Kosten gekauft. Dies contributionspflichtige Haus zahlt an die hiesige „Kirche jährlich 18 Gr. N. 2/3 Grundheuer. Rever. Consistorium hat in der Verord-

56) D. Ramsauer: Von den Juden in Dedesdorf, Jahrbuch für die Geschichte des Herzogtums Oldenburg, Bd. 11, 1902, S. 144—151. Für den Hinweis auf diesen Bericht bin ich Herrn Archivoberrat Dr. H. Schieckel dankbar.

„nung vom 5. Juni 1799 sich bei Alienationen den Consens vorbehalten und in Ge-
„mäßheit dessen ist auch das Verordnungsmäßige conditioniret worden.
„Wir zeigen die Alienation an und bemerken, daß der sehr kleine Haus- und Garten-
„platz, der gleich andern baupflichtigen Gründen mit Contribution an die Amtskasse
„belastet ist, so teuer verkauft worden, daß für die Kirche kein Nutzen zu erwarten
„ist, wenn sie gegen Erstattung des Kaufgeldes das Grundstück zu sich nehmen wollte,
„worauf 24 Grote Contribution zur Amtskasse ruht.
„Wir verharren in tiefster Ehrfurcht Euer Herzoglichen Durchlaucht
unterthänigst-treu-gehorsamster
Dedesdorf, Juli 24., 1802. F. A. Rüder"

Das Haus wurde zu einem sehr hohen Preise erworben, wahrscheinlich weil der Verkäufer wußte, daß der Jude jeden Preis werde annehmen müssen, um überhaupt ein Grundstück zu erhalten. Andererseits geht aus dem Schreiben hervor, daß den Juden der Grundstückerwerb gestattet war und daß die Regierung keinen Anstand selbst daran nahm, daß dieses Objekt in der Nähe der Kirche lag. Pastor Ramsauer fand das ebenfalls, doch spricht er von der *Einnistung* der Juden, indem er ausführt:

So der Bericht des Herrn Amtsverwalters, der offenbar bei der Einnistung der Juden auf Kirchengründen in fast unmittelbarer Nähe der Kirche selbst kein Bedenken fand. Daß andere Leute Bedenken dabei fanden, zeigt unser zweites Aktenstück in dieser Sache.

In der Tat beschwerte sich nun die Bürgerschaft mit allen möglichen Gründen:

Actum *Dedesdorf auf dem Amte, Juli 27., 1802.*

„Es erschien Vogt Honnen aus Neuenlande, anzeigend: Er sei Vogt und Repräsentant
„der Neuenlander und habe gehört, daß Elias David von Johann Köhnken ein Haus
„gekauft habe, das auf Kirchengründen stände, und glaube er, daß wohl nirgends
„einem Juden gestattet würde, auf Kirchengründen zu wohnen. Aus dieser Ursache
„protestire er fürs Erste wider den Zuschlag: sodann triebe der Jude Schlachterei,
„darunter litte wieder der Kirchhof, der an Johann Köhnken Gründe anstoße, und
„endlich so müßten die Neuenlander, wenn sie mit Leichen hierher kämen, auf einem
„freien Platze neben dem Kirchhofe und Köhnken' Hause ihre Pferde und Wagen
„stellen. Wenn die Pferde die allerhand Gerüche aus der jüdischen Schlachtstätte
„röchen und gar frisches Blut sähen, so wäre die notwendige Folge davon, daß die
„Pferde scheu würden, und die Ordnung der Leichenbestattung unterbrochen würde.
„Wollte man aber auch dies übersehen, so müßten ja die Neuenlander, wenn sie zu
„Wagen nach Dedesdorf zur Kirche kämen, vor M. Langen Wirtshause ihre Pferde
„und Wagen stellen. Dann röchen ihre Pferde den Unrath aus des Juden Schlachterei
„und sähen wohl gar Blut, und sei Lebensgefahr für die Neuenlander zu besorgen."

Die angeführten Begründungen erscheinen uns als sehr gesucht, darunter vor allem die, daß die Ordnung der Leichenbestattung unterbrochen würde. Die „Lebensgefahr" war übertrieben. Man suchte wohl Gründe, um dem Pastoren entgegenzukommen.

Der Einspruch blieb ohne Erfolg, da er nicht überzeugend war. Die Regierung, die, wie

immer, verständnisvoll war, wußte wohl, daß der Einspruch nicht erhoben worden wäre, wenn ein christlicher Schlachter im Haus gelebt hätte.

Sehen wir nun, wie Pastor Ramsauer Bericht erstattet:

Allein dieser Einspruch blieb erfolglos und der Schutzjude Elias David wohnte hinfort auf den Gründen und im Schatten der Kirche zu Dedesdorf. Wenn er nur die Grenzen des Gastrechtes und des Anstandes respektiert hätte! Er that es leider nicht, und sein nächster Nachbar, Pastor Langreuter, der nun wohl zu spät bereute, nicht alles aufgeboten zu haben, um den Juden sich und der Kirche etwas weiter vom Leibe zu halten, mußte das unangenehm genug erfahren.

„Wenn er nur die Grenzen des Gastrechts und des Anstandes respektiert hätte. Er tat es leider nicht . . ." Nach Ramsauer verzichtet wohl ein „anständiger" Jude auf seinen Broterwerb, wenn sein ehrliches dem Nachbarn von Anbeginn bekanntes Gewerbe später dem christlichen und vor allem kirchlichen Nachbarn unbequem wird.

Der protestantische Pastor klagt nun über einen lauten Gottesdienst, der 1803 im Haus des Juden am jüdischen Neujahrstage abgehalten wurde und die Kirchgänger störte. Bevor wir dazu kommen, muß ein Wort über Ramsauers Stellung den Juden gegenüber gesagt werden. 1803 sah die Regierung die Schutzjuden als Bürger an (obgleich ihnen volles Bürgerrecht und Wahlrecht versagt war). Selbst im Jahre 1902 sieht Ramsauer die Juden nur als Gäste an, die sich „anständig" zu benehmen haben. Das heißt, der Schutzjude David hätte also sein Schlachtergeschäft aufgeben müssen, um dem nachbarlichen Pfarrer nicht zu mißfallen; die Judengemeinde hätte ihr Singen unterlassen müssen, um die Kirche nicht zu stören. Pastor Ramsauer nimmt daher eine seltsam ablehnende Stellung ein, die selbst von den Behörden des Jahres 1803 nicht geteilt wurde. Lassen wir nun den Erzähler Ramsauer wieder zu Worte kommen:

„Eines schönen Sonntagmorgens richtete er (Pastor Langreuther) an den Herrn Amtsverwalter folgenden Brief:

„S. T. Schon gestern und heute morgen bin ich durch ein übermäßig lautes Singen und „Schreien von mehr als 10 Juden im Judenhause gestört. Dauert dieses so fort, so „würde dadurch auch der öffentliche Gottesdienst gestört werden. Ich sehe mich daher „genötigt, Ew. Wohlgeboren zu ersuchen, ihnen Stillschweigen zu gebieten. Sehr „wünschte ich, daß es Ihnen gefällig sein möchte, sich selbst einen Augenblick herzu„bemühen, um selbst zu hören, damit mir, als einem Prediger, nicht der Vorwurf der „Intoleranz gemacht werde. Es würde dann nötig sein, daß Sie vorne durch das Haus „kämen, damit die Juden Sie nicht sehen."

„Dedesdorf, Sept. 18., 1803. . . . . A. C. Langreuter.

Die Antwort war Schweigen — leider nur von Seiten des Herrn Amtsverwalters, nicht im Judenhause, wie der folgende Brief, an demselben Sonntagmorgen geschrieben, beweist:

„S. T. Es schlägt 9 Uhr und noch immer dauert das Singen im Judenhause fort, wenn „gleich weniger laut. Ich ersuche Sie daher, schleuniges Stillschweigen zu gebieten. Ich „werde mit dem Anfange des Gottesdienstes bis dahin warten."

„Dedesdorf, Sept. 18., 1803. . . . . Langreuter.

Nun sah sich der Herr Amtsverwalter, ob er gleich an dem Pastoren wie am Gottes-

dienst kein sonderliches Interesse haben mochte, doch bewogen, einzuschreiten. Aber nicht mit einem donnernden quousque tandem, *sondern* pianissimo, *denn er hatte offenbar keine Lust, sich selber in die Judenschule zu begeben, da er dies Volk nur* par distance *liebte und sehr wohl wußte, welches Geschrei es zu erheben pflegt, wenn man es nicht mit Glacéhandschuhen anfaßt. Nachdem er seiner Diener einen zu Erkundigung und sanfter Vermahnung zu den Juden gesandt hatte, erteilte er dem* pastor loci *ohne Über- und Unterschrift folgenden Bescheid:*

„Sie wissen, daß die Juden ein freies Religions-Exercitium haben. Es ist heute bis
„11 Uhr morgens ihr Neujahrsfest. Ich habe ihnen möglichste Stille bei ihren Cere-
„monien geboten, diese haben sie dem Polizei-Dragoner angelobt. Auch an andern
„Orten stehen Synagoge (!) und Kirche nahe an einander. In 7 Jahren kann diese
„heutige Dissonanz erst wiederkommen, und ich dächte, Ew. Hochwürden nehmen
„von der geringen Störung keine Notiz, (!) indem Sie einleiteten, daß die Predigt
„etwa nach 11 Uhr anfinge. (!) Vernünftig sehen Sie ein, daß, wenn man den jüdischen
„Gottesdienst während eines christlichen geradezu gewalttätig inhibiren wollte, man
„sich außer dem Geruch einer Intoleranz bei der Landespolizei verantwortlich
„machte."

„Dedesdorf, Sept. 18., 1803.

Was war dabei für den Augenblick zu machen? Pastor Langreuter ließ den Gottesdienst etwas später als sonst beginnen, und da der Herr Amtsverwalter es doch für gut befand, wohl um die erregte Gemeinde zu beruhigen, sich persönlich einzustellen, so mäßigte die Judenschaft wenigstens einigermaßen das Getöse ihrer Gottesverehrung, und der christliche Gottesdienst konnte ziemlich ungestört gehalten werden. Allein mannigfache fernere Übergriffe der Juden veranlaßten den Pastor Langreuter, schon im folgenden Jahre nachstehende Eingabe an Seine Herzogliche Durchlaucht zu machen:

„Durchlauchtigster pp.

„Um Maitag vorigen Jahres bezog der hiesige Schutzjude Elias David ein auf
„Kirchengründen stehendes, von dem vorigen Besitzer, Johann Köhnken, verkauftes
„Haus. Es liegt unmittelbar an dem Kirchhof, etwa 25 Schritte von der Kirche und
„etwas mehr als halb so weit von der Pastorei und dem Schulhause. Ein Teil der
„Gemeinde war unzufrieden damit, daß ein Jude am Kirchhof seine Wohnung er-
„halte, beruhigte sich jedoch, da die Kirchen-Officialen hierbei nichts Bedenkliches
„fanden.

„Allein im Herbste desselbigen Jahres gab der Jude der Gemeinde, und auch mir,
„Gelegenheit zu einem gerechten Mißvergnügen. Zur Feier des jüdischen Neujahrs-
„festes versammelten sich in seinem Hause nicht nur die beiden andern, zum Teil sehr
„zahlreichen, in dieser Gemeinde wohnenden, jüdischen Familien, sondern auch die
„Juden aus den benachbarten hannöverschen Ämtern Hagen und Stotel. Sie wurden
„bei ihrem Gottesdienste, vom Donnerstage bis zum Sonntage, oft so laut, daß ich
„mich genötigt sah, in das entlegenste Zimmer meiner Wohnung zu fliehen. Sonntags
„Morgens 8 Uhr ersuchte ich den Herrn Beamten, den Juden gegen den Anfang des
„christlichen Gottesdienstes Stillschweigen zu gebieten, weil dieser sonst wegen der

„Nähe der Kirche nicht ohne die allergrößte Störung hätte gehalten werden können.
„Das darauf von dem Herrn Beamten an sie erlassene Verbot wurde aber anfangs
„von ihnen so wenig geachtet, daß ich, zum großen Ärgerniß der auf dem Kirchhofe
„sich versammelnden Gemeinde, unsern Gottesdienst eine halbe Stunde später als ge-
„wöhnlich angehen lassen mußte, nachdem die persönliche Gegenwart des Herrn
„Beamten die Juden einigermaßen zum Stillschweigen gebracht hatte.
„Der Jude Elias David wurde darauf vom Amte vorgefordert und erklärte, daß
„ähnliche Collisionen des christlichen und jüdischen Gottesdienstes erst in sieben Jah-
„ren wieder Statt haben könnten, und der Herr Beamte war der Meinung, daß gegen
„diese Zeit der Jude sein Haus gewiß wieder verkauft haben würde.
„Seit dieser Zeit ist denn auch die Ruhe des sonntäglichen Gottesdienstes durch die
„Juden nie wieder gestört worden, allein die oben angeführten Familien, zu welchen
„sich auch leicht noch Durchreisende gesellen, fahren fort, sich bei allen ihren zahl-
„reichen Festen in jenem Hause unter großem Lärmen zu versammeln, woraus denn
„folgende Nachteile erwachsen:

„1. Wenn auch fürs Erste wieder keine jüdischen Feste auf einen Sonntag fallen, so
„traf doch schon das jüdische Laubhüttenfest mit dem diesjährigen Erntefeste
„zusammen. Während des christlichen Gesanges erhob sich auch der jüdische,
„zwar diesmal nicht so laut, daß er in der Kirche hätte Störung verursachen
„können, aber doch laut genug, um auf dem Kirchhofe ein widriges Gewirr von
„Stimmen hervorzubringen. Ähnliche Fälle hätten können öfter vorkommen, und
„müssen besonders

„2. bei Copulationen, Leichenpredigten und Beichtreden sich ereignen. Als in diesem
„Herbste ein jüdisches Fest auf einen Sonnabend fiel, an welchem gebeichtet
„wurde, hatten zwar gegen Mittag die Juden aufgehört zu singen, dagegen er-
„lustigten sich während der Beichte die jüdischen Knechte, Mägde und Kinder
„auf einem unsern der Kirche liegenden Platze mit allerlei Spielen, und auch
„dabei schallte ihre Stimme nicht weniger laut als bei ihrer Gottesverehrung.

„3. An eben diesem Sonnabend Morgen war ich genötigt, unter dem schallenden
„Gesange meiner Nachbarin, in meinem Hause einer schwächlichen Frau das
„heilige Abendmahl zu reichen, denn auch in meinem Hause ist es mir, aus-
„genommen in den entlegensten Zimmern, nicht möglich, sobald der jüdische
„Festgesang erschallt, etwas Zusammenhängendes zu denken oder vorzunehmen,
„so wie denn auch

„4. die Aufmerksamkeit der Kinder in der nahen Schulstube notwendig dadurch
„unterbrochen werden muß.

„Wegen dieser angeführten Nachteile, welche dem hiesigen christlichen Gottesdienste
„aus der gar zu großen Nähe des jüdischen erwachsen, halte ich es für Pflicht (und
„ich erfülle dadurch gewiß den Wunsch der sämmtlichen Glieder dieser Gemeinde),
„wenn ich Ew. Herzogliche Durchlaucht untertänigst um die gnädige Verfügung er-
„suche, daß dem hiesigen Schutzjuden Elias David aufgegeben werde, sich künftig
„aller Störungen des christlichen Gottesdienstes zu enthalten, und mithin durchaus
„keine religiösen Versammlungen in seinem Hause anzustellen, welche eben so gut in

„den größeren Häusern der beiden andern in dieser Gemeinde wohnenden Juden an-
„gestellt werden können.
„Ich ersterbe in tiefster Ehrfurcht
Ew. Herzoglichen Durchlaucht
untertänigst-treu-gehorsamster
„Dedesdorf am 18. Novbr. 1804. C. A. Langreuter."

Die Antwort auf diese Eingabe ließ nichts zu wünschen übrig. Das Konsistorium, dem die Sache vorgelegt wurde, erließ folgendes Reskript:

„Dem Secretair und Amtsvogt Rüder zu Dedesdorf wird die von Ehren-Pastor Lang-
„reuter am 18. d. M. eingereichte Anzeige hieneben abschriftlich zugefertigt mit dem
„Auftrage, dem Schutzjuden Elias David alle Störungen des christlichen Gottes-
„dienstes, namentlich durch Veranstaltung religiöser Versammlungen in seinem Hause,
„bei Leibesstrafe zu untersagen und in etwaigen Contraventionsfällen darüber zu be-
„richten."

Decretum Oldenburg in Consistorio, d. 22. Nov. 1804.

v. Berger. Georg.

„An den Secretair und Amtsvogt
Rüder
zu Dedesdorf.

Das Schriftstück, das übrigens erst am 28. April 1805 eingegangen zu sein scheint, trägt den Vermerk der Benachrichtigung des Schutzjuden Elias David, indessen war schon am 8. April 1805 dem Amtsverwalter Rüder das nachstehende Pro Memoria Pastor Langreuters zugegangen:

„Obgleich der hiesige Schutzjude im vorigen Jahre auf dem Herzoglichen Amte ver-
„sichert hat, daß jüdische und christliche Festtage in den ersten sieben Jahren nicht
„wieder zusammentreffen würden, so bringe ich doch eben jetzt in Erfahrung, daß
„schon in diesem Jahre das christliche und jüdische Osterfest zusammentreffen. Ich
„nehme mir daher die Erlaubniß, Ew. Wohlgeboren so früh davon zu benachrichtigen,
„damit es Ihnen möglich ist, zu verhindern, daß daraus dem christlichen Gottesdienste
„ähnliche Störungen wie im vorigen Jahre an einem Sonntage erwachsen, welche am
„stillen Freitage und am Osterfeste bei der zahlreichen versammelten Gemeinde noch
„einen widrigeren Eindruck machen würden, als im vorigen Jahre schon geschehen.
„Das jüdische Osterfest nimmt zwar, denke ich, erst am stillen Freitage abends 6 Uhr
„seinen Anfang, sollte sich aber die ganze wührdische und die benachbarte hannöver-
„sche Judenschaft wiederum hier versammeln dürfen, so würde auch an diesem ganzen
„Tage des Getöses nicht wenig sein."
„Dedesdorf, April 8., 1805. .... Langreuter

Nun war zwar, wie schon bemerkt, die scharfe Entscheidung des Konsistoriums dem Amtsverwalter wohl noch nicht bekannt, allein er mochte Grund zu der Annahme haben, sie werde im Sinne Pastor Langreuters ausfallen, und so forderte er den Juden denn sofort vor und redete ihm ernstlich oder gütlich zu. Das Ergebnis ist in nachstehendem Protokoll zusammengefaßt:

„Actum Dedesdorf auf dem Amt, April 9, 1805.

„Es erschien Elias David, hiesiger Schutzjude, und erklärte, als er über die Denun-
„ciation (!) des hiesigen Herrn Predigers vernommen wurde, folgendes:
„Das jüdische Osterfest fange mit nächstem Sonntage an; er werde aber Alles so ein-
„richten, daß der jüdische und christliche Gottesdienst nicht durch einander gestört
„würden. Die Schule der Juden solle nämlich so früh anfangen, daß die Andacht der-
„selben vor Anfang des christlichen Gottesdienstes geschlossen werde.
„Er wolle überdem, wenn er nicht Gelegenheit fände, ein geeignetes Haus durch
„Tausch zu erwerben, eilen, einen Stallbau, der die synagogale Versammlung ent-
„halten solle, zu vollenden, alsdann werde der Schall aus der jüdischen Schule den
„Christen weniger lästig fallen, und mehr werde von ihm nicht verlangt werden
„können, da höchstpreisliche Kammer ihn gewiß nicht zwingen werde, seine Gottes-
„verehrung, die tolerirt sei, in ein anderes Haus zu verlegen."
Damit war die Sache abgethan, und die Drohung des Konsistoriums mit Leibesstrafe mochte den Juden einschüchtern — es kamen keine Störungen des christlichen Gottesdienstes durch die Juden mehr vor. Auch zog Elias David es vor, sein unmittelbar am Kirchhof und auf Kirchengründen belegenes Haus zu verkaufen und ein anderes zu kaufen, das von jenem allerdings nur durch die Straße getrennt war, aber der Kirche etwas ferner lag. Es stieß im Westen an den Pastoreigarten, was für Pastor Langreuter insofern mehrfach unangenehm war, als Abfälle der Schlachterei des Elias David in seinen Graben geworfen wurden. Seine Beschwerden hierüber, auch bei einer Kirchenvisitation, halfen nichts.

Der Kommentar des Pfarrers Ramsauer zeigt seine Gefühle. Er schreibt z. B., „(der Amtsverwalter) hatte keine Lust, sich selber in die Judenschule zu begeben, da er dies Volk nur par distance liebte und sehr wohl wußte, welches Geschrei es zu erheben pflegt, wenn man es nicht mit Glacéhandschuhen anfaßt". Pastor Ramsauer konnte unmöglich, etwa hundert Jahre nach dem Geschehnis, wissen, was im Kopfe des Amtsverwalters vorging. Vielleicht war er gerade beim Frühstück und wollte sich nicht stören lassen. Ramsauers Worte sind gehässig und enthüllen eine Feindseligkeit den Juden gegenüber; gleichzeitig haben sie einen hetzerischen Unterton zur Beeinflussung der Leser von 1902. Aus der Antwort des Amtsverwalters an den Pastoren Langreuter geht im Gegensatz hervor, daß der erstere an sich geneigt war, dem letzteren etwas zu versetzen: „Fangen Sie eben den Kirchengottesdienst etwas später an." Wie aus Langreuters Schreiben hervorgeht, wollte er den Juden keinerlei Recht zustehen, solange dies ihm oder seiner Gemeinde die kleinste Unbequemlichkeit bereitete. Selbst das Spielen der jüdischen Knechte und Mägde wurde zum Anstoß, wenn es zur Zeit einer Beichte Lärm machte. Man erwartete von den Juden dauernd, vorsichtig zu sein, um ja selbst eine *etwa mögliche* Unbequemlichkeit des Pfarrers zu vermeiden, denn wer konnte denn überhaupt wissen, daß eine Beichte abgenommen wurde? Der Jude mußte eben immer auf der Hut sein, er war nur Gast. Hier sehen wir eine Einstellung dem Juden gegenüber, die weit verbreitet war und eben auf dem Begriff ruhte, daß der Jude nur Gast sei. Hier lag ein Ansatzpunkt des Antisemitismus.

Der Gottesdienst der Judengemeinde an den Feiertagen war wohl sehr laut und wurde eben dadurch noch lauter, daß er in einem kleinen Raume stattfinden mußte. Wir



Abb. 5: „Ökumenischer" Grabstein in Wildeshausen, wahrscheinlich von Hirsch verfaßt, rühmt den Verstorbenen um seines Werkes unter den Christen, s. S. 202 f.



Abb. 6: Herzog Peter Friedrich Ludwig

können daher die Anordnungen des Landesrabbiners Adler verstehen, die sich, wie wir sehen werden, gegen diesen lauten, ekstatischen Gottesdienst wandte, der sich im Laufe der Jahrhunderte eingebürgert hatte — vor allem im Osten. „Alle meine Gebeine sollen sprechen: Wer ist wie Du, o Herr", findet sich im Gebet. Es wurde wörtlich genommen, daß das Gebet den ganzen Menschen ekstatisch erfassen müsse. Die Korrespondenz zwischen Dedesdorf und der Regierung dürfte zur Anstellung des ersten Landesrabbiners beigetragen haben; es war *seine* Aufgabe, den Gottesdienst der Juden zeitgemäß zu gestalten, was er auch tat.

Die Geschehnisse fielen alle in die Regierungszeit Herzog Peters, der ja den ersten Landesrabbiner berufen sollte. Sie ereigneten sich vor des Herzogs Emigration nach Rußland und zeigen ihn — wie seine Denkschrift — als einen rechtliebenden Mann. Ohne seine Einstellung hätte die Regierung den Schutzjuden David und seine Familie nicht so verständnisvoll der Geistlichkeit gegenüber behandelt, obgleich, wie aus der Androhung einer Leibesstrafe hervorgeht, den Rechten der Juden Grenzen gesetzt waren. Auch das war im Sinne des herzoglichen Memorandums.

Die Akten von Dedesdorf beziehen sich von jetzt an auf die Zeit nach der französischen Okkupation und der Rückkehr des Herzogs.

Wir hören wieder durch Ramsauer: Langreuters Beschwerde, daß der Jude David in seiner Nachbarschaft eine Schlachterei betrieb, hatte ihm nichts geholfen.

Um so mehr mochte ihn nach einigen Jahren die Nachricht aufregen, daß ein Bruder des Elias David, Ansel David, der bisher in Wiemsdorf gewohnt hatte, sich nunmehr auch in Dedesdorf niederlassen werde und zwar, wie einst sein Bruder, in einem auf Kirchengründen stehenden Hause. Langreuter wandte sich am 25. April 1814 in dieser Sache an den Konsistorialrat Lentz mit folgendem Schreiben:

„Ew. Wohlgeboren

„geneigtesten Rat nehme ich mir die Erlaubniß über folgenden Gegenstand gehor-
„samst zu erbitten:

„Vor der französischen Occupation hatte von alten Zeiten her ein Jude im Lande
„Wührden Schutz. Nachdem vor etwa 12 Jahren der Vater des hiesigen Schutzjuden
„starb, ging, wie billig, dessen Schutz auf seinen ältesten Sohn, Elias, über. Aber auch
„des Verstorbenen zweiter Sohn, Ansel, ließ sich bald darauf häuslich im Lande
„Wührden nieder, und außerdem später durch die Connivenz des Beamten noch eine
„zweite, ganz fremde Familie und noch zwei einzelne Juden, von denen in diesen
„Tagen einer heiratet.

„Elias kaufte im Jahre 1802 ein unmittelbar an der Kirchhofsmauer auf Kirchen-
„gründen liegendes Haus. Der Beamte erteilte ihm darüber den Zuschlag ohne Ge-
„nehmhaltung (?) der Juraten. Elias trieb in diesem Hause an jüdischen Fest- und
„Sabbattagen mit seinen Glaubensgenossen solchen Lärm bei ihrem Gottesdienste, daß
„dadurch der christliche Gottesdienst gestört wurde und ein Mal eine halbe Stunde
„später anfangen mußte. Da der Beamte dem Unwesen nicht abhalf, so sah ich mich
„genötigt, mich deshalb bei dem Konsistorium zu beschweren, welches den Beamten
„veranlaßte, den Juden zum Verkauf des Hauses zu bewegen.

„Jetzt hat aber der Bruder des Elias, Ansel, welcher bisher in Wiemsdorf wohnte,

„ein anderes, gleichfalls unmittelbar am Kirchhofe auf Kirchengründen liegendes „Haus von den Wiechelschen Erben geheuert und wird es in einigen Tagen beziehen. „Es ist daher zu besorgen, daß der Gottesdienst wiederum durch ihn die von seinem „Bruder erlittenen Störungen erleiden werde, oder daß er, wie sich das Elias erlaubte „(der Beamte hinderte es ungeachtet meiner Beschwerde nicht), mit seinen Häuten, „womit er auch handelt, die Kirchhofsmauer behänge und dadurch die Luft ver- „peste.

„Überhaupt würde es ein großes Übel für das kleine, nur aus 30 Häusern bestehende „Dedesdorf sein, wenn es außer einem einzeln lebenden und schachernden Juden noch „zwei große Judenfamilien, welche jede 7 Kinder zählen, beherbergen und also sich „von ihnen bestehlen und betrügen lassen sollte. Die Kinder des Elias haben schon „elf Mal meinen Garten bestohlen (ich notierte es vorläufig, um, wenn wir wieder „ohne kostbare Prozesse werden Recht erhalten können, zu seiner Zeit zu reden), „und von der Familie des Ansel will auch nicht viel Gutes verlauten.

„Unter diesen Umständen und des französischen Rechtes unkundig, frage ich bei „Ew. Wohlgeboren gehorsamst an, ob die Kirchenoffizialen ein Recht haben, gegen „den Einzug Ansels in das Wiechel'sche Haus zu protestieren und ob sie in diesem „Falle sich an das Konsistorium oder an das Friedensgericht zu wenden haben. Da das „Haus auf Kirchengründen steht, so sollte man ja denken, daß eine Vorstellung der „Juraten nicht vergeblich sein werde.

„Eine Ziege des Juden Elias grasete im vorigen Sommer vielfältig auf dem Kirchhof „und stieß ein Kind sehr heftig. Der Maire verbot es wohl auf meinen Antrag dem „Juden, dieser aber versicherte, daß er seine Ziege anbinde, diese aber sich immer „losreiße. Des Elias Abfall vom Schlachten wird, wie ich schon vor 3½ Jahren bei „der Kirchenvisitation anzeigte, noch oftmals in den Graben des Pfarrgartens ge- „worfen."

„Dedesdorf, 1814, April 25. .... Langreuter.

Unter dem Konzept dieses Schreibens findet sich von Langreuters Hand die Bemerkung: „Herr Konsistorialrat Lentz erwiderte hierauf gelegentlich in einem Briefe über „andere Angelegenheiten, daß dem Ansel der Einzug in das besagte Haus schwerlich „zu verwehren sein dürfte. Es hat derselbe nur kurze Zeit dort gewohnt."

Wir schreiben jetzt das Jahr 1814. Die Besetzungszeit hatte neue Juden ins Land gebracht oder es ihnen möglich gemacht, nach einem Orte ihrer Wahl zu ziehen und sich dort niederzulassen. Das war hier geschehen. Die „Anklagen" gegen die Juden blieben unverändert: zuviele Juden, zuviel Schacher. Hielt sich der Pastor während der französischen Besatzungszeit still, so hatte er dennoch nichts gelernt. Auch das gleicht dem Geschehen in anderen Ländern des Bundes. Wir wissen, wie die Juden Oldenburgs um ihre Rechte zu kämpfen hatten.

Pastor Ramsauer schließt mit einer Liste von Namen.

Damit schließen unsere Quellen — wir freuen uns, daß ein günstiges Geschick sie uns aufbewahrt hat, und daß durch sie die im Anhang des alten Dedesdorfer Familienregisters verzeichneten Judennamen: Elias und Schöntje David nebst Kindern Leib, Isaac, Abraham, Jette, Marianne, David und Jacob, ferner Ansel und Rieke David

nebst Kindern Jette, Sophie, Meyer, David, Marcus, Malchen, Isaak, Betty und Schöntje, sowie Baer Marcus nebst Frau Betty und Kindern Marcus, Rahel, Heinemann, Salomon, Sußmann, Betty und Aaron und Benjamin Marcus nebst Frau Rosaura und Kindern Sorgen, Rosette, Minna, Dorette, Caroline und Aaron Marcus einige Gestalt vor unseren Augen gewinnen. Wenn sie alle zusammen waren, mochte es allerdings mehr als lebhaft zugehen.

Dedesdorf. *Pastor D. Ramsauer.*

Noch am Ende seines Berichtes über Dedesdorf kann es Ramsauer nicht unterlassen, noch einmal eine abwegige Bemerkung den Juden gegenüber zu machen: „Wenn sie alle da waren, mochte es allerdings mehr als lebhaft zugehen." Warum es dabei lebhafter zugegangen sein soll als bei einer christlichen Familienzusammenkunft wird nicht erklärt.

Die Kinderzahl der Juden war groß. Ihr Leben prekär, ihre Lebensführung unter ständigem Druck. In der vor- und nachnapoleonischen Zeit war die Regierung Verfechter ihrer Rechte, selbst der Geistlichkeit gegenüber. Die letztere nahm allerdings den Standpunkt ein, daß ihr ein absolutes Recht freier Entfaltung zustand, wobei alle Unbequemlichkeiten vom Staate aus dem Wege zu räumen waren, selbst wenn es um ein Recht anderer ging. Dem Pastor in Dedesdorf wäre eine Ausweisung der Juden wohl am liebsten gewesen. Die Regierung sah die Lösung in der Angleichung der Juden, was wir jetzt sehen werden, wenn wir uns dem ersten Landesrabbiner zuwenden.

Am tragischsten ist jedoch die Haltung des Pastors Ramsauer im Jahre 1902. Er trug ja die Vorurteile im gleichen Maße in sich wie der Pastor der Jahre 1803 bis 1814. Diese Vorurteile waren zur zweiten Natur geworden. Aus ihnen erwuchs das Unglück der deutschen Juden, denn es bedurfte nur kleinster Mühe von Seiten einer Regierung, um die schlafende Feindschaft zum Leben innerhalb der Bevölkerung zu erwecken.

Zweiter Teil: Die Landesrabbiner

Mit dem Philosophen Moses Mendelssohn hatte eine bewußte Modernisierung des Judentums angefangen. Mendelssohn vertrat die Idee, daß das Judentum offenbartes *Gesetz* sei. Dieses Gesetz sei daher für die Juden bindend. Andererseits könne man nicht annehmen, daß die ethischen Lehren nur diesen offenbart worden seien; sie sind in der Vernunft verankert, und daher das Gemeingut der Menschheit. Daher ist der Geist auch frei, der Vernunft zu folgen, und ist durch die Religion in keiner Weise gebunden. Mendelssohn machte sich daran, seinen Glaubensgenossen die Pforten einer neuen Welt, der Welt der Aufklärung zu öffnen. Die Voraussetzung dafür war, daß sie gutes Deutsch lernen mußten und sollten, statt des Jüdisch-Deutsch, an das sie gewöhnt waren. Zu diesem Zwecke übersetzte Mendelssohn die Heilige Schrift in modernes Deutsch. Der nächste Schritt war dann der Erwerb einer modernen Bildung. Mit dieser verbanden sich jedoch Erkenntnisse, die dem Lehrgut des traditionellen Judentums widersprachen und den Wert der Gesetze als göttliche Offenbarung in Zweifel zogen. Man fühlte sich daher frei, nicht nur den Geist ungehemmt forschen zu lassen, sondern auch den Körper des Gesetzes kritisch auf Herkunft, Bedeutung und Zeitgemäßheit zu überprüfen. Dabei kam es zum Teil in der Zeit nach Mendelssohn zu radikalen Änderungen.

Wie wir sahen, lag auch den Fürsten an der Modernisierung. So glaubten Juden ebenfalls, daß mit einer solch radikalen Reform des Judentums sowohl der innere Kern desselben wieder gefunden würde und das Judentum der Neuzeit zu einer lebendigen Kraft werden könne — wie auch durch solche Reform die Gleichberechtigung der Juden und „der gesellige Verkehr" mit Christen beschleunigt und vertieft werden könne.

Die Wissenschaft des Judentums, die eine modern-wissenschaftliche Erforschung erstrebte, kam mit Leopold Zunz zur Blüte; vor allem, da diesem ein sehr langes Leben beschieden war (1794—1886), konnte er Generationen beeinflussen. Die Reformbewegung selbst fand in Abraham Geiger (1810—1874) ihren großen Führer.

Diese Bewegung wurde von den traditionellen Rabbinern und Gemeinden aufs bitterste angegriffen, und das 19. Jahrhundert stand im Zeichen verbitterter Kontroversen. Die Orthodoxen sahen in der Reform einen Angriff auf die göttliche Lehre, die Heiligkeit des Judentums — und auf dasselbe unmittelbar. Daher wehrte man sich gegen Neuerungen, die an sich jüdischem Gesetz gar nicht widersprachen: man wollte keinen „modernen" Gottesdienst, keine deutsche Predigt. Man verbot das Lesen der Werke Mendelssohns, selbst seiner Bibelübersetzung.

Zerklüftung und Gemeindespaltung waren oft das Ergebnis. Auch in Oldenburg schieden sich die Geister, wie der Streit um die Beerdigungen bezeugt. Der Herzog wollte Anpassung der Juden an die Neuzeit, Einigkeit und Frieden. Es war ihm bestimmt, Männer zu berufen, die sowohl völlig neuzeitig wie entschieden orthodox waren: Adler und Hirsch. Sie „modernisierten", vertieften den Frieden und gaben dem Judentum die Erneuerung aus seinen eigenen, *inneren* Kräften. Adler schuf Struktur, Hirsch Theologie. Sie griffen ins Bestehende ein, waren beide daher Reformer, obgleich sie uns heute nicht mehr so erscheinen. Daß die Orthodoxie sie zu den ihren rechnet und ihre Ideen als

„orthodox" angesehen werden, zeigt ihren Erfolg. Zu ihrer Zeit waren sie Erneuerer. Adler war, nach dem Berichte von Zunz, der erste deutsche Rabbiner, der zum Doktor der Philosophie promoviert hatte. Seine Predigten zeigen höchste Eleganz und einen noch heute lesbaren, modernen Stil; seine Gemeindeordnung mag den Mitgliedern Schwierigkeiten gemacht haben. Er war modern, er war ein Reformer und gleichzeitig orthodox. Hirsch nannte sich selbst einen Reformer und knüpfte bewußt an Moses Mendelssohn an.[56a]

Adler war nur neun Jahre jünger als Zunz und sieben Jahre älter als Geiger; Hirsch war zwei Jahre älter als Geiger, mit dem er die Universität Bonn besuchte. Die beiden Männer hatten also keine Vorbilder, nach denen sie sich richten konnten. Sie waren Schöpfer während ihrer Oldenburger Frühzeit. Sie wurden zu Wegbereitern eines neuen Judentums, orthodox in der Gesetzesbefolgung, reformiert in Theologie und all den Formen — vor allem dem Gottesdienst —, die nicht mit dem Gesetz in Konflikt standen.

Hier liegt ihre Bedeutung, ihre Nachwirkung — und die Bedeutung Oldenburgs für die neuzeitliche Geschichte der Religionsbewegungen im Judentum und für jüdische Theologie. Ihr Nachfolger Wechsler, ein Schüler Geigers, verband ihre Ideen mit seinen eigenen Reformtendenzen zu einer gemäßigten Reform.

Ballins Brief gibt klares Zeugnis von dieser Mittelstellung.

Die Suche nach dem geistlichen Oberhaupt

Die Bestellung eines Land-Rabbiners war durch die Verordnung von 1827 Gesetz geworden. Nun fragte es sich, wie findet man ihn? Von den im Lande zerstreuten Gemeinden konnte man kaum erwarten, daß sie sich mit der Angelegenheit beschäftigen würden. Sie waren ja noch nicht in einer Organisation zusammengeschlossen, und es fehlte ihnen außerdem die Urteilskraft, einen Mann, der sowohl ihren Bedürfnissen entsprach wie vor allem den Bedürfnissen der Regierung gerecht werden konnte, vorzuschlagen. Daher fragte Herzog Peter erst einmal an, ob die Vorsteher der Gemeinde in der Stadt Oldenburg in der Lage und befähigt seien, einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Das wurde bejaht, und die Vorsteher gingen auf die Suche. Doch war das der Regierung nicht genug; auch sie sah sich um.

In dem Bemühen von Gemeinde und Regierung zeigt sich das doppelte Interesse: die Gemeinde wollte einen Mann, der ihr zur Erneuerung helfen könne, die Regierung einen Mann, der darüber hinaus die Juden dem Willen des Herzogs nach erziehen könne und gleichzeitig des Herzogs Ordnungsbeauftragter sein würde.

Der Konflikt zwischen Orthodoxie und Reform kam sofort zum Ausdruck. Drei Kandidaten bewarben sich.[57]

Der erste Kandidat, Salomon Jacob Cohen aus Hamburg, war ein Vertreter der ausgesprochenen Reform. Er machte es in seiner Bewerbung klar, daß „die alte Schule nicht

---

56a) S.R. Hirsch: „Neunzehn Briefe über Judentum", Briefe 17—19, zeigen seine schwankende Stellung.
57) O.S.A., Best. 70, 3012 — auch für das Folgende.

mehr zeitgemäß (sei), und Reform nötig (sei)". Um seine eigene Stellung zu bezeugen, wies er auf seine Veröffentlichungen hin: „Historisch-kritische Darstellung des Jüdischen Gottesdienstes" (Leipzig 1819) und „Eine neue Übersetzung der Heiligen Schrift" (Hamburg 1823—1827). „Historisch-kritisch", „neu" sind die Schlüsselworte, die Cohens ideologischen Standpunkt klarmachen.

Allerdings scheint er zu radikal gewesen zu sein. Die Regierung unternahm eine Nachforschung und erfuhr vom Prediger Salomon, der dem Hamburger Reform-Tempel vorstand, daß Cohens Lebenswandel Unfrieden in der Gemeinde schaffen würde, daß er kein guter Redner sei und außerdem Schulden habe, was auch andere bestätigten. Damit endete Cohens Kandidatur.

Ein anderer Kandidat war Dr. Alexander Behr aus München, welcher der orthodoxen Richtung angehörte. Auch er hatte ein Buch veröffentlicht: „Lehrbuch der Jüdischen Religion." Wiederum wandte sich die Regierung an den Reform-Prediger Salomon in Hamburg, man wollte eben einen modernen Mann, und das hieß Reform. Salomon äußerte sich abschlägig, da Behrs Buch „über die Mosaische Religion voll von Aberglaube" sei. Trotzdem schlugen die Vorsteher am 26. Dezember 1827 Behr als den von ihnen gewählten Kandidaten vor. Die Regierung, die wohl das Gutachten Salomons als nicht ganz objektiv ansah, verlangte nun ein weiteres Gutachten von „Dr." Bernays in Hamburg. Isaak Bernays war orthodox; er war es so sehr, daß er erklärte, der Titel des Rabbiners sei durch die Reformrabbiner entweiht worden, er wolle ihn nicht. Daher nahm er den Titel in Anspruch, den die Sephardischen Juden ihren Rabbinern geben: Chacham — der Weise. Aber Bernays war ein moderner Mann, er hatte in Würzburg studiert, ohne zu promovieren. 1821 als Oberrabbiner nach Hamburg berufen, führte er sofort Deutsch und moderne Fächer in die Talmudschule der Gemeinde ein, predigte in der Landessprache und wurde als Prediger berühmt. Heinrich Heine, der ihn hörte, sprach seine Bewunderung über seine eleganten, philosophischen Predigten aus. Als Gegner der Reform war er unerbittlich. Wir werden ihm als Lehrer Samson Raphael Hirschs wieder begegnen. Bernays gab eine warme Empfehlung.

Inzwischen gab es aber noch einen anderen Kandidaten, Nathan Marcus Adler. Bei ihrer Suche erkundigte sich die Regierung, wie die Oldenburger Vorsteherschaft, über weitere mögliche Kandidaten und stieß auf ihn. Am 28. Februar 1828 erhielten die Herren E. H. Schwabe und Sohn von ihrem Korrespondenten in Frankfurt, J. J. Gumprecht, den folgenden Brief, den sie der Regierung übermittelten.[58]

„Seit meinem ergebenen Schreiben vom 28. v. M. bin ich im Besitz drei Ihrer angenehmen Zuschriften, nämlich von 18. Januari welches mir durch die Herren Flörsheim und Comp. überreicht wurden, sowie dann die vom 1. und 17. d. M., ich lasse von deren Inhalt unberührt was keiner Erwähnung bedarf, und gehe gleich zur Beantwortung Ihres Auftrags über, betreff eines Rabbiners, welchen Sie für die dortigen Lande zu haben wünschen. Ich habe nicht allein mich auf mehreren Seiten hiernach

58) Die orthographischen und grammatischen Fehler sind die des Briefschreibers. Sie wurden belassen, um die Probleme zu zeigen, die selbst in der Sprache und selbst bei gebildeten Juden bestanden.

umgesehen, sondern auch andere sachkundige Männer zu Rate gezogen, und wurde mir nun ein Subjekt empfohlen, welchen ich auch persönlich kenne. Es ist dies der Sohn des Rabiner in Hannover, derselbe hat in Würtzburg Philosophie studiert, und wird nächstens Doctor der Philosophie werden. Der Name dieses Kandidaten ist Nathan Adler, und ist nicht allein ein sehr großer Hebräer, sondern der deutschen Sprache sehr mächtig, die Lateinische und griechische Sprache sehr kundig, und ein sehr guter Redner. Bei die Einweiung der neuen Synagoge in Hannover hat derselbe eine Rede in deutscher Sprache daselbst gehalten, welche mit großem Beifall aufgenommen wurde. Er ist über seine gesammelte Kenntnisse mit beste Zeugnisse versehen, welcher er sämtlich prodicieren wird. Er hat ferner von den Rabiner in Würtzburg die gehörige Titelatuhr welche man erlangen kan und muß, um eine Rabiner-Stelle zu bekleiden (etwas welches selten ein Kandidat von diesem Rabiner zu Teil wird). Diesen Mann darf ich daher so frei sein Ihnen zu empfehlen, und so mehr da derselbe von viele, achtbare Männer empfohlen wird, worunter auch der Herr Barohn von Rothschild sich befindet. Ich bin nun Ihrer Vorschrift zufolge gestern bei Sr. Excl. den Herrn von Bott gewesen, der Gesandete bei hiesigen Bundestag, habe mich mit denselben hierüber besprochen, sagte ime daß ich fürs erste Ihnen dieses alle mitteilen möchte, und wenn er alsdan von der dortigen Regierung angefragt oder deswegen aufgefordert wird, so werde er alsdann die noch näheren Erkundigungen hier einzuziehen suchen. Ich habe den Ihnen hier vorgeschlagenen H. Nathan Adler aufgefordert, sich schriftlich an Sie zu wenden, welches gewiß nächstens von denselben befolgt wird. Hiermit glaube ich nun für's erste mich eines gehabten Auftrag bestens empfohlen zu haben, und sehe Ihre fernere Aufgabe, was ich etwa hierbei noch leisten könnte, mit Vergnügen entgegen. Als Beilage Ihres ersteren Schreiben zeigten Sie mir an, daß soeben sich jemand von hier zu dieser Stelle angetragen hätte, da Sie aber keinen Nahmen genant, so bin ich auch außer Stand gesetzt, Ihnen ein Gutachten hierüber abzustatten. Es grüßt Sie recht hertzlich Ihr alter und aufrichtiger Freund, J. J. Gumprecht."

Die Regierung hatte gleichzeitig Herrn von Beaulieu in Hannover die Aufgabe übertragen, sich dort über Adler zu erkundigen. Ein Auszug dessen Briefes liegt den Akten bei. Er schreibt (am 25. Februar 1828):

„So eben komme ich von den Erkundigungen nach dem jungen Israeliten N. Adler zurück. Dem jungen Mann wird ein ganz ausgezeichnetes *Zeugnis erteilt. Cohens (Banquier in H. und sehr rechtliche Leute) stehen ganz für ihn ein, als sittlich tastlichen Mann und als gewiegten Talmudisten. Herr Pastor Lathmer, Grötens Schwager, welcher ihn speziell kennt und auf Einladung der Judenschaft und im Auftrage der Ministerien seinem rhetorischen* deutschen *Vortrage in der Synagoge beigewohnt hat, gibt ihm* in jeder Hinsicht *ein* ganz ausgezeichnetes *Lob und steht für ihn als geistreichen, vielversprechenden, geschulten Geistlichen und Menschen ein. Cohens sagten, daß wenn hier der Oberrabbiner vacant wäre, niemand anders* als er *dazu gewählt werden würde und sie glaubten daß sein Vater ihn nicht gerne aus Hannover missen würde. Will man ihn in Oldenburg also haben, so rate ich zu eilen."*

IV. Nathan Marcus Adler

Wer war Nathan Adler?

Wie wir sahen, war er der Sohn des Rabbiners von Hannover, der seit Jahrzehnten das Landrabbinat „provisorisch" geführt hatte. Dort wurde Nathan am 15. Januar 1803 geboren. Der Beruf des Rabbiners lag in seiner Familie; sein Großonkel, David Tebele Schiff, war Oberrabbiner von London. Er besuchte die Rabbinerschule des Abraham Bing in Würzburg, die als ganz bedeutend galt, und erwarb sich schon als 19jähriger das Rabbinatsdiplom. Gleichzeitig, wie wir sahen, studierte er an der Universität und war der erste deutsche Rabbiner, der ein Doktor der Philosophie war.[59] Um seine Bedeutung ganz zu verstehen, müssen wir hinzufügen, daß er nach seiner Oldenburger Amtszeit 1830 Landesrabbiner von Hannover wurde und 1845 Oberrabbiner des britischen Reiches. In England wurde es seine Aufgabe, seine Gemeinden zu organisieren — er folgte der Oldenburger Erfahrung. Um der Reform entgegenzutreten, mußte er den Gottesdienst und die Institutionen der Gemeinden im Rahmen des orthodoxen Judentums erneuern. Er konnte sich dabei auf die Oldenburger Gemeindeordnung stützen, die er verfaßt hatte und die wir besprechen werden. Als Vertreter der Judenheit hatte er für deren Rechte zu kämpfen; wir werden sehen, daß sein erster Einsatz in Oldenburg der Abschaffung des Judeneides galt. In England schuf er ein Rabbinerseminar, " Jews College ", das noch existiert und unter der direkten Oberaufsicht des Oberrabiners steht. Oldenburg war für eine solche Institution zu klein, aber dennoch übernahm er die Überprüfung und Berufung der Kultusbeamten in den Gemeinden. Als Erzieher, wie er es in Oldenburg gelernt hatte, trug er in England zur Neugestaltung des gesamten staatlichen Schulwesens bei. Er wurde der Schöpfer der " United Synagogue ", eines straffen Synagogenverbandes, dessen Einzelgemeinden völlig von der Gesamtvertretung und dem Oberrabbinat abhängig sind — genau wie es in Oldenburg war. In dieser Synagogengemeinschaft vereinigte er schließlich die Mehrheit der Juden im englischen Reiche; ein einzigartiger, unvergleichlicher Erfolg. Und dieser beruht auf der Oldenburger Erfahrung. Die britische war und blieb eine moderne, aber orthodoxe Gemeinschaft, ganz wie er sie im Herzogtum Oldenburg geschaffen hatte. Er verfaßte Werke in Hebräisch, und seine Predigten wurden oft gedruckt, sowohl in Englisch als auch in Deutsch.

Im Konferenzzimmer der Oldenburger Synagoge, die 1938 zerstört wurde, hing ein Bild von ihm aus seiner Oldenburger Zeit. Dieses Bild, wie auch ein Jugendbild von Hirsch, ist unersetzbar. Er erschien darauf als ein schöner, eleganter junger Mann im Ornat, sein Gesicht zeigte eine große Güte und eine Weichheit des Gefühls. Dieses liebende Gefühl spricht auch aus seiner Abschiedspredigt an seine Gemeinde in Oldenburg, die er nach Jahresfrist verlassen sollte. Dennoch darf das Bild nicht täuschen. Adler war ein Mann eisernen Willens, seine Synagogenordnung wird das zeigen. Er

---

59) Zunz: Die Gottesdienstlichen Vorträge der Israeliten; S. 471.

wußte, was er wollte und setzte sich durch. Sonst hätte er weder die Schwierigkeiten in Oldenburg überwinden können, obwohl ihm dabei die Regierung Hilfe gab, noch die schweren Kämpfe siegreich bestehen können, die er in einer chaotischen Situation in London ausfechten mußte. Mit einer Eleganz in der Sprache, die seine Predigten noch immer modern erscheinen lassen, verband sich ein gesundes Selbstbewußtsein, das aus seiner Korrespondenz mit Regierung und Gemeinde hervortritt. Er war höflich, ergeben, doch hat man nie das Gefühl der „Untertänigkeit" im negativen Sinne. Er war der Rabbiner Oldenburgs, und damit war er eben allen gleich und begegnete ihnen in dieser Weise. Im Grunde steht Adler hinter dem selbstbewußten Briefe, den Ballin 18 Jahre später an den Großherzog schreiben sollte, denn keiner seiner Nachfolger hatte dieses innere Bewußtsein der Kraft, selbst dem Staat gegenüber, der Selbständigkeit, gestützt aufs Recht. So war er ein Gewinn für Oldenburg, und vielleicht war Oldenburg es auch für ihn, gerade weil er, wie aus dem Brief Ballins hervorgeht, in eine Situation hineinkam, die weit vom Ideal einer gleichberechtigten jüdischen Gemeinschaft entfernt war und dennoch die Gleichberechtigung in Aussicht stellte. Als aufrechter Jude und Bürger mag er sich durch die Aufgabe und die Schwierigkeiten gestärkt gefühlt haben, denn er war ein Kämpfer. Seine Oldenburger Dokumente zeigen das. Aber zuerst hatte er die Aufgabe, seine Gemeinschaft nach innen und nach außen zu stärken.

Adler nimmt die Stelle an: Aufgaben und Einkünfte des Landesrabbiners [60]

Der Stil Adlers enthüllt seine Persönlichkeit, elegant, direkt, ohne Umschweifungen, höflich, selbstbewußt und mit einer persönlichen Note, die den Leser gewissermaßen dem Schreiber persönlich gegenüberstellt. In wenigen Worten umreißt Adler die Stellung des Landesrabbiners, seine Funktionen und seine gesellschaftlichen und finanziellen Erwartungen. Sein Brief an G. Ballin [61] legt davon Zeugnis ab:

„Frankfurt den 2. Juli 1828 — Herrn G. Ballin Wohlg. zu Oldenburg
Auf meiner hiesigen Durchreise, wo ich einige Tage zum Besuche meiner Familie verweilen werde, kam ich in den Besitz Ihrer werten Zuschrift vom 15. d. M. nebst Copie eines von der Hochlöblichen Regierung Ihnen zugesandten Schreibens und dem Extrakt der Landesherrlichen Verordnung [62]*, denen ich der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechende Aufmerksamkeit widmete, und beeile mich dieselben zu beantworten. Wenn sich zwar die Aussicht mir eröffnet, eine in pekuniärer Hinsicht größere Stelle erhalten zu können, so freut mich dennoch, dort meinen Wirkungskreis zu finden,*

60) Bis zur Mitte der zwanziger Jahre (etwa 1928) war der offizielle Titel des Rabbiners „Land Rabbiner" oder „Landrabbiner", dann wurde er zu „Landesrabbiner" geändert, um Verwechslungen zu vermeiden, daß der Rabbiner nur die Landgemeinde im Gegensatz zu den Stadtgemeinden führe. In unserem Bericht soll der letztere Titel besseren Verständnisses wegen benutzt werden, außer in direkten Quoten.

61) Gottschalk Joseph Ballin (1789—1876), Kaufmann, seit 1812 Schutzjude, und mit der Tochter der ältesten jüdischen Familie — Bräunchen, Tochter des Joseph Baruch Goldschmidt — verheiratet, war der Führer der Gemeinde; s. Harald Schieckel: Die Jüdischen Wehrpflichtigen von Oldenburg 1867—1918 und ihre Vorfahren, S. 430; O.S.A., Best. 70, 3012.

62) Von 1827.

weil ich zugleich dem Wunsche meiner teueren Eltern Genüge leisten könnte, die mich in ihrer Nähe wünschen. Das Gehalt, welches die Hochlöbl. Regierung auf 500 Rt. in Golde festzusetzen erachtete, soll daher — falls eine Erhöhung desselben dem Hohen Ermessen zuwider liefe — zum Hindernis keine Veranlassung geben, zumal zu erwarten ich berechtigt zu sein glaube, daß dem geistlichen Beamten, Gebrauch und Üblichkeit gemäß, eine anständige Wohnung unentgeltlich eingeräumt und die üblichen Accidentien nicht im Gehalte enthalten seien. Denn außer den Pflichten, welche in Abhaltung der Predigten, Leitung des Schulwesens, Beantwortung der über Cultus, Ritual- und Ceremonialgesetze gerichteten Fragen bestehen, gehören noch zu des Rabbiners Funktionen: Trauungen, Ehescheidungen[63]*, Translationen der in Hebräischer Sprache abgefaßten Dokumente, Erteilung der Erlaubnis zum sogenannten Schächten, und für deren Ausübung dem Rabbiner gewisse Gebühren zukommen und eine gesetzliche Norm voraussetzen.*

Indem ich Sie ersuche die Hochlöbl. Regierung meiner aufrichtigsten Gesinnungen zu versichern, daß mein höchstes Streben dahin gerichtet sein werde Ihrer Erwartung zu entsprechen und im Einklang mit Ihrer hohen Denkungsweise das Wohl meiner Glaubensgenossen zu fördern, erwarte ich bald möglichst Ihre geschätzte Antwort, und empfiehlt sich Ihnen bestens N.M. Adler, Dr."

Überprüfen wir den Brief, so finden wir darin wohl kaum ein überflüssiges Wort. Adler erklärt, warum er von Frankfurt schreibt, und gibt eine persönliche Begründung. Er ist sich der Bedeutung der herzoglichen Verordnung von 1827 bewußt. Er ist nicht auf die Oldenburger Stelle angewiesen, hat eine Wahl, doch zieht er, aus Familiengründen, Oldenburg vor. Das Gehalt dürfte daher verbessert werden, zumindest muß er auf einer Wohnung bestehen, und zwar weil er den anderen geistlichen Beamten gegenüber völlige Gleichstellung erwartet und fordert. Dann folgt in wenigen Worten eine Beschreibung der rabbinischen Funktionen, wozu das Ersuchen kommt, die Regierung möge Normen für die Gebühren ansetzen. Adler macht klar, daß er sich der Absichten der Regierung bezüglich der Verbesserung der Juden voll bewußt ist. Im übrigen zeigt er kein devotes Untertanengefühl, die Regierung ist „Hochlöblich", weiter geht er nicht. Das Selbstbewußtsein eines Mannes spricht aus dem Brief. Die Bestellung kam am 26. November 1828 und erklärte gleichzeitig, daß die Schutzgelder nun zur Bezahlung des Rabbiners verwandt werden sollen:[64]

„Durch die von Unserer Regierung unter dem 17. September dieses Jahres und 23. d. M. eingereichten Berichte, betreffend die Anstellung eines Land Rabbiners wird hierdurch genehmigt, daß vorgeschlagenermaßen der Dr. der Philosophie Nathan Adler aus Hannover, nach vorgängiger, bewandten Umständen nach auf ein colloquium mit dem General Superintendent Dr. Hollmann zu beschränkenden Prüfung,

---

63) Trauungen konnten in Hannover auch von einem jüdischen Lehrer vorgenommen werden; Adler macht es klar, daß dies die Funktion des Rabbiners ist. In der Oldenburger Vergangenheit hatten wohl ebenfalls Lehrer fungiert. Das Judentum erkennt die Ehescheidung an, verlangt jedoch einen religiösen Akt bei der Scheidung.
64) O.S.A., Best. 70, 3012.

zum Land Rabbiner bestellt und dessen Gehalt auf 500 Rt. bestimmt, ihm auch eine freie Wohnung oder eine Vergütung für solche bestanden werde, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. Die zur Verwendung des Land Rabbiners bis weiter bewilligten Schutzgelder sind, vermittelst der in Abschrift angeschlossenen Aufgabe an Unsere Kammer, vom Anfange des gegenwärtigen Jahres an zur Verfügung der Regierung gestellt. Zu einer weiteren Begünstigung der neuen Einrichtung ist um so weniger ein hinreichender Grund vorhanden, da der Dr. Adler erst im letzten Monate des Jahrs und vielleicht nicht vor Anfange des künftigen Jahres sein neues Amt antreten wird.
Auf dem Schlosse zu Oldenburg, den 26. Novbr. 1828. — Peter
Brandenstein — Mentz"

Adler mußte sich nun einem Kolloquium stellen, wozu er sich am 11. Dezember 1828 bereit erklärte. Der Unterschied zwischen einer regelrechten Prüfung und einem Kolloquium ist bedeutsam. Adler konnte nicht „durchfallen". Man war wohl von seinem Doktortitel beeindruckt; darüber hinaus wollte man ihn. Er war also in der Lage gewesen, den Oldenburgern klarzumachen, daß sie ihn nötiger brauchten als er sie. Der Generalsuperintendent Dr. Hollmann war der Mann, der in seinem Büchlein für die Amtsführung der evangelisch-lutherischen Pastoren auf tätigem Christentum bestand, Kirchen- und Schuldisziplin forderte, vom Pfarrer verlangte, daß er nicht nur Philosoph sei und daß er keine der wesentlichen Lehren des Christentums übergehen dürfe.[65] Er erstrebte also eine Synthese von Aufklärung und Tradition — genau das, was Adler wollte. Vielleicht hatte Hollmann einen maßgebenden Einfluß in der Ablehnung sowohl des Reformkandidaten als auch des orthodoxen Kandidaten, den die Gemeinde schon vorgeschlagen hatte. Sie waren beide zu einseitig. Die Wahl des Landesrabbiners konnte wohl kaum ohne die maßgebliche Mitarbeit des Generalsuperintendenten vorgenommen werden; in diesem Falle hat sich Hollmann große Verdienste um Oldenburg erworben. Das Kolloquium zeigt Hollmann als einen wohl bewanderten Mann, wie auch die Probleme, die er sah. Es zeigt Adler als einen modernen Mann, der, wenn es ihm nötig erschien, auf seinen Prinzipien bestand. Im folgenden werden wir die Prüfungsfragen mit kurzen Erklärungen versehen. Der offizielle Bericht lautet wie folgt:

„Actum — Oldenburg in der Regierung, den 19. Dezember 1828.[66]
In Gegenwart des Herrn Regierungsrats Georg, des Herrn Generalsuperintendenten Dr. Hollmann, und des mitunterzeichneten Regierungssekretärs.
Zu dem, in Gemäßheit Höchsten Reskriptes vom 26. November d. J. von dem Herrn General-Superintendenten Dr. Hollmann mit dem, zum Land-Rabbiner zu bestellenden Dr. der Philosophie Nathan Adler aus Hannover, annoch vorzunehmenden Colloquio war auf heute Termin in der Regierung angesetzt, und dazu der Dr. Adler herbeschieden worden.
Nachdem von Herrn Regierungsrat Georg dem Erschienenen der Zweck seiner Vor-

---

65) S. o. Seite 10 — ebenfalls, Lübbing, Oldenburg, Hist. Konturen, Seite 44.
66) O.S.A., Best. 70, 3012.

ladung war wiederholt worden, eröffnete hiernächst der Herr General Superintendent Dr. Hollmann das vorgeschriebene Colloquium, welches folgende Gegenstände betraf:
1. Das Verhältnis zum Talmud. *Da derselbe von den Rabbiniten, im Gegensatz von den Karaiten, und allen* deutschen *und polnischen Juden als symbolisches Buch angenommen, und selbst über das Mosaische Recht gesetzt werde, so fordert der Herr General-Superintendent Erklärung darüber: wie bei dem Inhalt desselben die Unterweisung der Jugend — Erbauung der Erwachsenen möglich sei? und welche Sicherheit der Staat bei den Sprüchen desselben: daß es erlaubt sei, gegen Nichtjuden keine Gerechtigkeit zu üben, etc. habe?*
Der Dr. Adler erklärte hierauf: wie der ganze *Talmud keineswegs als* Tradition *betrachtet und angenommen würde, sondern nur in so fern, als er zur* Erklärung *der* Gezetze Moses *diene, weshalb denn auch keineswegs höher als der Pentateuch geschätzt oder wohl gar über denselben gesetzt werde.*
Im Talmud sei vieles enthalten, was nur als die Meinung eines Einzelnen betrachtet, *und darum auch nicht als Tradition angenommen werden könnte. Dieses sei namentlich der Fall bei denjenigen Stellen, welche von dem Herrn General-Superintendenten angeführt worden.*
Zudem würde auch bei der Erbauung aus dem Talmud nicht vorgelesen.[67]
2. Einrichtung des Jugend-Unterrichts. *Hierbei erklärte der Dr. Adler, daß er einen genauen und möglichst umfassenden Plan über diesen Gegenstand der Regierung demnächst zur Genehmigung vorlegen werde.*[68]
3. Cultus. *Der Dr. Adler erklärte hierüber, wie er so wenig die sogenannte Versteigerung der Gebete als das Toben und Schreien der Vorsänger dulden werde; was aber die Einführung von Gesängen in* deutscher *Sprache anlange, so würden solche, als den Mosaischen Gesetzen zu wider nicht geschehen können, er werde indessen sehr dahinstreben, daß die Gebete auch in Hebräischer Sprache verstanden würden, so wie er übrigens auch* deutsch *predigen werde.*

---

67) Der Standpunkt, den Ballin 1845 vertritt, spiegelt Adlers Ideen wider (s.d.). Dessen Antwort ist korrekt, und dennoch ist sie neu für seine Zeit. Daß man gegen alle Gerechtigkeit üben muß, war schon immer bekannt und befolgt worden, der Talmud verlangt es. Der Talmud war jedoch grundlegende Unterrichts- und Erbauungsquelle und wurde vielfach noch dem Studium der Bibel vorangesetzt. Kindern wurde bis zur Gegenwart im Osten der Talmud vor der Bibel gelehrt. Aus talmudischen Quellen kam die Absonderung der Juden, die allerdings durch die Verfolgung gestärkt wurde. Der Talmud war für die Alt-Orthodoxen *die* Quelle ihres Wissens und Verhaltens. Adler vertritt hier bewußt eine neuere Ansicht, die richtig ist, jedoch den Gemeinden übermittelt werden mußte. Hollmanns Nachdruck auf den Talmud beruhte auf der jahrhundertelangen Verleumdung des Werkes, die ganz unberechtigt war und dennoch den Talmud in einen unverdienten Verdacht brachte. Der Talmud ist ein Kompendium und Kommentar der Lehre. Zum großen Teil besteht er aus den stenographischen Akten der Diskussionen in den Lehrhäusern. In diese Aufzeichnungen kam alles hinein, was je einer der Redner sagte, selbst wenn es unannehmbar war (s. Trepp: Das Judentum, Geschichte und lebendige Gegenwart, Seiten 147—154 für einen Aufriß des Talmuds und Quoten).

68) Leider haben wir dieselbe nicht, nur einen aufschlußreichen Hinweis im Zusammenhang mit dem Vorschlag für einen neuen Text für den jüdischen Religionsunterricht. S. R. Hirsch sollte sich eingehend mit den Schulen beschäftigen. Es darf nicht vergessen werden, daß diese Schulen nicht nur dem Religionsunterricht, sondern zur Zeit dem Gesamtunterricht jüdischer Kinder dienten. Später änderte sich das.

Eine Synagogen- und Schul-Ordnung halte er ebenfalls für sehr notwendig, und werde einen Entwurf zu derselben ausarbeiten.[69]

Nachdem der Herr General-Superintendent bei dieser Gelegenheit sich noch über die Feierlichkeiten beim Confirmieren, der Copulation, Beerdigung, item Baden, etc. unterhalten, so ward hiermit das Colloquium geschlossen und der Dr. Adler entlassen.[70]

Zur Beglaubigung Künlein, Regierungs Sekretär."

Adler wurde daher nicht nach seinem Wissen hin geprüft, sondern nach seiner Philosophie und den praktischen Schritten, die er im Sinne hatte. Das entsprach ganz der Richtung Dr. Hollmanns: Wie wird der Gottesdienst überwacht, welche Disziplin wird der Schule auferlegt, etc.? Adler antwortete, indem er seinerseits eine Synthese von Tradition und Aufklärung als sein Ziel erklärte.

Er ging sofort ans Werk, doch zuvor hatte er noch die schwierige Aufgabe, durchzusetzen, daß der alte, entwürdigende Judeneid abgeschafft würde. Wir werden sehen, daß dabei die Regierung liberaler war als Adler, der mit gewisser Vorsicht zu Werke gehen mußte.

Adler und der Judeneid

Die Teilnahme des Regierungsrats Georg an Adlers Kolloquium und Hollmanns Fragen über den Talmud dienten einem ganz bewußten Zweck. Es handelte sich dabei um die Änderung des Judeneids, eine Maßnahme, über die sich die Regierung anscheinend viele Gedanken machte, und die sie für eilig ansah.

Adler wurde sofort beauftragt, eine Abhandlung über den zukünftigen Judeneid einzureichen. Er entsprach dem am 14. Januar 1829, und zwar „in Gefolge mündlicher Aufgabe . . ." Die offizielle Verordnung wurde am 20. Januar erlassen, „von dem zum Land

---

69) Die Vorsänger waren und sind sehr emotionell — vor allem im östlichen Ritus — und versuchten, ihre Gemeinde zu einer gewissen Ekstase zu bringen. Da das vielfach bis in unsere Zeit hinein so war, bedeutet Adlers Prinzip eine Neuordnung des Gesamtgottesdienstes. Die Reform hatte das schon verwirklicht, dabei aber die Wärme dem Gottesdienste entzogen. Mit Adler folgte nun die Orthodoxie. Den Gesängen in deutscher Sprache steht an sich nichts entgegen, aber hier lag die Opposition zur Reform; andererseits würden die Älteren gesagt haben, daß auch die deutsche Predigt eine Neuerung sei. Es waren nicht „Gebete", die versteigert wurden, sondern Ehrenämter und Ehren im Gottesdienste, wie das Rufen zur Torahlesung. Die erzielten Spenden wurden zu guten Zwecken benutzt, doch führten die Versteigerungen, die während des Gottesdienstes stattfanden, zu großen Unruhen und störten die Würde, die dem modernen Menschen angebracht erscheint, obwohl die Alten nichts Entwürdigendes in dieser Handlung sahen. Adler erließ eine Gemeindeordnung, die wir besprechen werden und die diese Bräuche abschaffte.

70) Unter Confirmierung ist die Bar Mitzvah zu verstehen. Im Alter von 13 Jahren wird ein Knabe zur Befolgung der vollen Religionsgesetze mündig und dadurch auch der Ehren würdig, die die Gemeinde erteilen kann. So wird er bei dieser Gelegenheit feierlich zur Torah gerufen, liest einen Paragraphen daraus, etc., und kann dann vielleicht selbst eine kurze Rede halten, nachdem er vom Rabbiner oder Lehrer auf seine Pflichten hingewiesen worden ist. Dies sind moderne Entwicklungen, das Rufen zur Torah war traditionell. Hollmann wollte daher wissen, wie Adler diesen Gottesdienst gestalten würde.

„Baden" mag wohl mit dem Gesetze zu tun haben, das der jüdischen Ehefrau die Pflicht auferlegt, nach ihrer Periode ein Tauchbad in einem besonders konstruierten Bad, Mikvah, „lebenden" Wassers (Fluß oder Regenwasser) zu nehmen. Dies führte zur Errichtung spezieller Bäder, von denen es z. B. in Worms und Speyer noch aus dem Mittelalter stammende gibt.

Rabbiner bestimmten Dr. Adler, jetzt noch zu Hannover, sind einer Aufforderung zufolge wegen formulares zum Judeneid Vorschläge zu geschehen . . .".[71] Man wollte also nicht einmal warten, bis Adler seinen Sitz in Oldenburg bezogen hatte.

Worum handelte es sich? Wie wir sahen, und wie aus dem Kolloquium hervorging, hielt man unter den Christen vielfach an der Ansicht fest, der Talmud erlaube den Juden, Nichtjuden gegenüber sowohl unehrlich zu handeln als auch falsch zu schwören. Man sah sich daher zu großer Vorsicht gezwungen, indem man Juden sehr kränkende Eidesformeln auferlegte, in denen der Schwörende Gottes Fluch auf sich herabrief, sollte er nicht die Wahrheit sagen. Doch das war nicht genug. Man benutzte den Eid, um die Juden aufs tiefste zu verletzen. In der Frühzeit mußten die Juden sich mit Dornen umgürten und die Hand auf die Torahrolle legen. Jahrhunderte hindurch mußten sie barfüßig auf einer Schweinehaut stehen, die Hand auf die Schrift legen. Das bedeutete, daß der Jude sich sowohl mit dem unreinen Schwein als auch der Torah verbinden mußte. In anderen Gegenden mußte er auf einem dreifüßigen Schemel stehen und die lange Formel nachsprechen, die ein christlicher Geistlicher ihm vorsprach. Fiel er vom Schemel, so wurde der Jude bestraft, fiel er wiederholt, so wurde sein Eid zunichte. Dieser Akt fand in der Synagoge statt, wobei der Jude die ihm von der Kirche vorgeschriebene Judentracht zu tragen hatte. Zur Zeit Adlers waren diese Gebräuche in manchen Ländern noch voll im Schwang. Moses Mendelssohn, der ein Gutachten abgab, hatte Sorge, den Judeneid grundlegend einer Änderung zu unterziehen. Auch Adler war vorsichtig. Wohl bestanden die grausamen Übungen in Oldenburg nicht, eine besondere Formel wurde jedoch benutzt.

Die Allgemeine Kirchenzeitung hatte 1828 berichtet (Nr. 46), daß der Judeneid am 1. April 1828 in Kurhessen abgeschafft worden war, mit der weiteren Nachricht, es sei verordnet worden, daß Juden an ihren Feiertagen keinen Eid ablegen sollten. Die Belehrung durch einen jüdischen Geistlichen, daß der Meineidige selbst bei stärkster Buße keine Vergebung erhalten könne, sollte jedoch bleiben.

Hollmann, der zweifellos den Bericht gelesen hatte und ein Mann guten Willens war, wollte sich wohl unterrichten, wie nach Adlers Ansicht in dieser Sache der Talmud aufzufassen sei, vor allem hinsichtlich der Ehrlichkeit gegenüber Christen. Georg war der Beamte, in dessen Händen eine Änderung des Judeneids zur Bearbeitung lag. Daher waren beide Männer zugegen und an den Fragen interessiert. Daher wurde Adler sofort beauftragt, ein Gutachten abzugeben. Wir werden ebenfalls sehen, daß beide christliche Beamten an der Entwicklung weiter beteiligt waren.

In seiner Erklärung stieß Adler mutig voran, aber in seinen praktischen Vorschlägen war er so vorsichtig, daß die Regierung sie sogar zum Vorteil der Juden liberalisierte. Hier folgt seine „Abhandlung über die einzuführende Eidesformel".

Verjährte Vorurteile und Religionshaß früherer Jahrhunderte haben aus den mosaischen Religionsschriften nachweisen wollen, daß der Israelit durch einen Eid gar

71) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 4 für das Folgende.

nicht oder nur durch gewisse Formalitäten gebunden sei. Dadurch kam es, daß der Israelit in dem einen Lande zu seinem Eide zugelassen worden war, in den andern nur zu gewissen äußerst notwendigen Enden, wobei man aber nicht genug Vorsichtsmaßregeln treffen konnte, die den Israelit sicher an seinen Eid binden sollten.[72]

Wie grundlos und falsch dieser furchtbare, Herz verwundende Verdacht war, hat die nähere Bekanntschaft mit den jüdischen Dogmen zu Genüge dargetan, und Dank den Edelen unserer Zeit, die ihre Kraft und ihr Wissen aufgeboten, Irrtümer zu beleuchten, Vorurteile zu schwächen und Beschuldigungen zu entkräften.

Aber auch die Häufung von Formalitäten hat ihr Dasein größten Teils dem Mangel an richtiger Würdigung der mosaischen Glaubenssätze zu verdanken. Denn zieht man bei Entwürfen einer Eidesformel die Heilige Schrift, diese Urquell dessen, was hierin zur Richtschnur dienen kann, ernstlich zu Rate, so ergibt sich daraus klar und deutlich, daß man zur Bekräftigung einer Sache, so wie zu der damit verbundenen treuen Befolgung derselben eigentlich nur eines sehr einfachen Eides bedarf. Die Belege zu dieser Behauptung findet man:

a.) im 1. Buche Mosis, Ca. 14, V. 22, wo es heißt: „Abraham sprach zum Könige von Sodom: ich hebe meine Hand auf zu dem Ewigen, etc.[73]

b.) 1. Buche Mosis, Cap. 21, V. 24 „Abraham sprach: ich schwöre, etc.[74]

c.) 1. Buche Mosis, Cap. 31, V. 53 „Jacob schwur bei der Ehrfurcht seines Vaters Isaac“ [75]

d.) 1. Buche Mosis, Cap. 50, V. 25 „Joseph ließ die Kinder Israels auf die Worte blos schwören, Gott wird euch bedenken“.[76]

e.) 2. Buche Mosis, Cap. 20,7 „Du sollst den Namen des Ewigen deines Gottes nicht vergeblich aussprechen“ ohne Unterschied unter welcher Form wir ihn aussprechen.[77]

f.) 3. Buch Mosis, Cap. 5, V. 4, wo, aus dem Urtexte erhellt, daß der Schwur, ohne äußere Zeichen, über die Lippen nur zu entfahren braucht.[78]

g.) 3. Buch Mosis, Cap. 19, V. 12 „Ihr sollet bei meinen Namen nicht falsch schwören

---

72) So wurde es vorgezogen, dem Baruch Jacob in Ovelgönne keinen Eid über seine Vermögensverhältnisse abzunehmen und es bei seiner Bereitschaft zum Eide zu belassen. Der Eid wäre wohl zu kompliziert gewesen (s. o. Seite 34). Andere Juden in Varel mußten jedoch schwören, die Christen ehrlich im Handel zu bedienen (kein krankes Vieh zu verkaufen, etc.) und einen, allerdings modifizierten, Judeneid ablegen und unterzeichnen (Urkunde im O.S.A.).

73) „. . . daß ich von dem was dein ist, nicht einen Faden noch einen Schuhriemen nehmen will, . . . ausgenommen was die Jünglinge verzehrt haben.“ Abraham hatte den König besiegt, aber wollte keine Beute.

74) Ein Freundschaftsbündnis zwischen Abimelech und Abraham.

75) Bündnis zwischen Jacob und Laban, daß beide einander in Frieden lassen würden.

76) Joseph nahm seinen Brüdern einen Eid ab, daß sie bei dem zukünftigen Auszug aus Ägypten seine Gebeine mitnehmen würden, was sie auch taten (Ex. 13; 19).

77) Eines der Zehn Gebote. Es ist richtig, daß der orthodoxe Jude auch das Wort „Gott“, die deutsche Form des göttlichen Namens nicht unnötig ausspricht.

78) Luther übersetzt den Vers und versteht ihn z. T. als eine Anmerkung: Oder wenn jemand schwört, daß es ihm aus dem Mund entfährt, Schaden oder Gutes zu tun (wie denn einem Menschen ein Schwur entfahren mag, ehe er's bedächte), und er wird's inne. der hat sich an der einem verschuldet.

und dadurch den Namen deines Gottes entweihen". Die Entweihung findet natürlich auch ohne Formularität statt.[79]

h.) 4. Buch Mosis, Cap. 22, V. 10,11, wo, aus dieser Stelle sich ergibt, daß das Wort: Amen *schon als einen Eid betrachtet wird.*[80]

i.) Josua, Cap. 9, V. 15, wo die Häupter der Gemeinde, den Gibeoniten, den Heiden, einen Schwur leisteten und zwar ohne alle Form, ihn aber dennoch halten mußten.[81]

So sehr indessen diese und ähnliche Stellen zur Genüge zeigen, daß jeder Eid selbst ohne äußere Zeichen, als heilig und gültig zu betrachten sei, so zeigt doch unter andern die Stelle im 1. Buch Mosis, Cap. 24, V. 5, daß in der Vorzeit auch gewisse äußere Zeichen bei Eidesleistung üblich waren, denn es heißt daselbst, „Lege deine Hand unter meine Hüfte ich will dich beschwören".[82]

Die Volkslehrer, auf diese Stelle sich stützend, beschlossen, daß

1. jeder Eid, er geschehe in welcher Sprache, an welchem Orte er nur immerhin wolle, selbst ohne Erwähnung des Namens Gottes, wenn nur mit den Worten: „Ich schwöre daß, etc." schon gültig und bindend sei (Jore Dea Cap. 237 § 1) [83]

2. wenn jemand, wer es auch sei, den Schwörenden mit den Worten: „ich beschwöre Dich, etc." anspricht, und sie werden von dem letzteren mit den Worten Amen *oder* Hen *(es ist wahr, ja, wahrhaftig) bekräftigt, ebenfalls als förmlicher Eid zu betrachten sei. (eadem § 2)* [84]

Um aber dem Schwörenden den Eid gleichsam anschaulich zu machen, das vielleicht schlummernde Gewissen zu erwecken und durchaus das Gefühl auf den Willen zu wirken, ward hinzugefügt, daß man

---

79) Dieses Kapitel enthält die Gebote menschlichen Verhaltens untereinander, im Bewußtsein der Gegenwart Gottes.

80) Hier ist Adler ein Fehler unterlaufen. Es handelt sich um: 4. Buch Mosis Cap. 5, V. 22. Dort schwört eine Frau, die der Untreue an ihrem Manne beschuldigt wurde, daß sie unschuldig ist, indem sie Amen sagt. Verse 20—22: Wo du aber deinem Mann untreu geworden bist — sagt der Priester zu ihr — der Herr setze dich zum Fluch . . . unter deinem Volke . . . und das Weib soll sagen: Amen, Amen.

81) Als die Gibeoniten sahen, wie die umliegenden Völker von Josua besiegt wurden, ersannen sie eine List, indem sie alte Kleider anzogen und alte Weinschläuche auf den Rücken nahmen, als ob sie von weiter Ferne kämen, ins Lager Josuas gingen und ihm ein Bündnis antrugen, das derselbe auch annahm und beschwor. Als die List offenkundig wurde, mußte der Schwur dennoch gehalten und die Gibeoniten verschont werden.

82) Es handelt sich dabei um Genesis 24:2, Abraham beschwört seinen Knecht, daß er für Isaac nur eine Frau aus Abrahams Sippe wählen wird. Der Knecht schwört es (24:9). Die irrtümlichen Stellenangaben dürften darauf hinweisen, daß Adler mit großer Eile und unter großem Druck arbeitete.

83) Jore Dea ist einer der vier Teile, des Schulchan Aruch; dieser ist der für die orthodoxe Judenheit authoritativ gebliebene Gesetzeskodex. Der Paragraph lautet: Wer sagt: Ich schwöre, daß ich dieses oder jenes tun werde, oder nicht tun werde, hat damit einen Eid geleistet, selbst wenn er den Namen (Gottes) oder eine Umschreibung desselben (z. B. der Heilige) nicht erwähnt hat. Es ist verwunderlich, daß Adler die zugefügte Glosse nicht anführt, die heißt: Auch besteht kein Unterschied, ob er in hebräischer Sprache oder irgend einer anderen den Schwur geleistet hat — oder den Namen Gottes, in deutsch „Gott", erwähnt hat. Die Bedeutung ist dieselbe.

84) Auch hier kürzt Adler seltsamerweise; der Text lautet: „Hat ihn ein Anderer beschworen, indem er sagte, ‚ich beschwöre Dich, dies und jenes zu tun, oder nicht zu tun', und er antwortete Amen, oder in einer Weise, aus der hervorgeht, daß er den Schwur übernommen hat, wie Hen = Ja, oder ‚ich akzeptiere Deine Worte', so ist es, als ob er selbst geschworen hätte, auch wenn ein Heide oder ein Kind ihn beschworen hat."

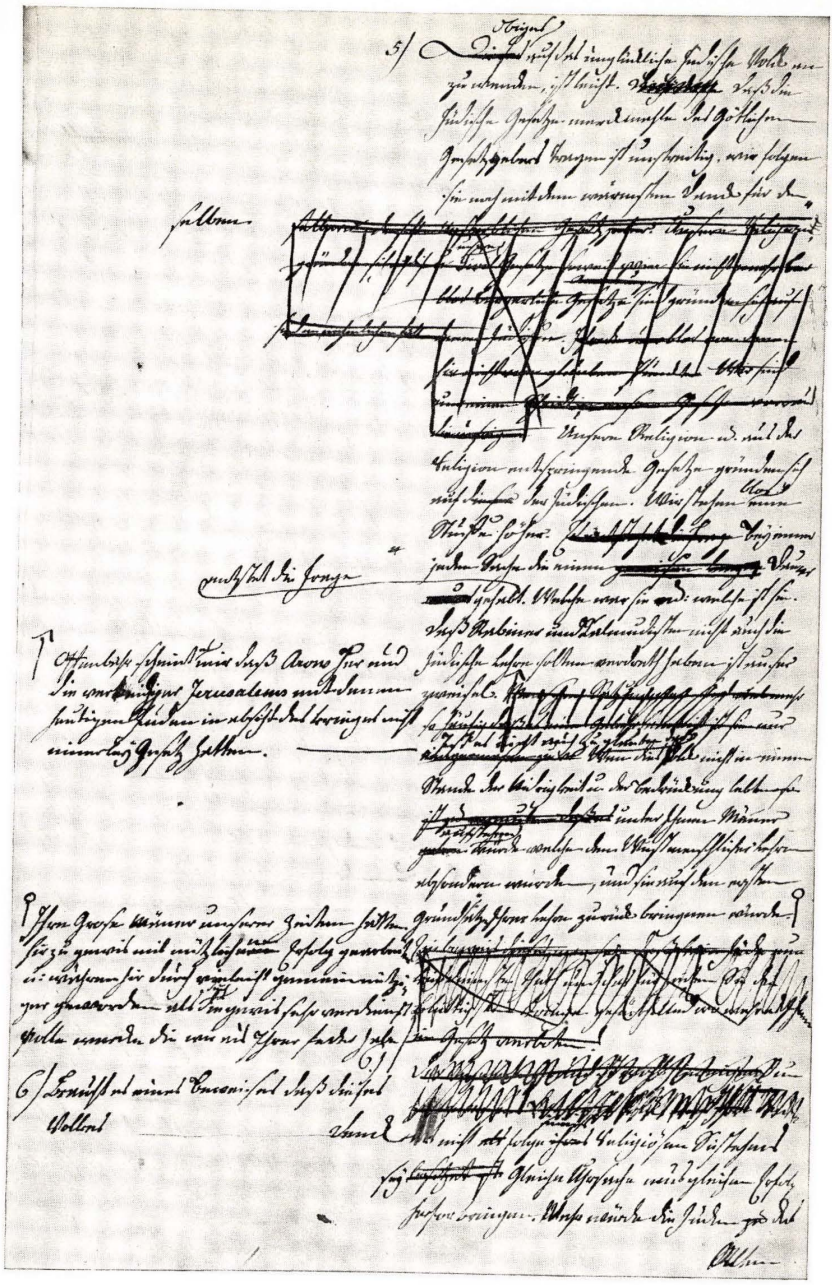


Abb. 7: Schriftprobe: Memorandum des Herzogs Peter, die Juden betreffend, s. S. 38



Abb. 8: Landesrabbiner Dr. Nathan Marcus Adler kurz nach seiner Oldenburger Zeit
Das Bild entspricht dem früher in Oldenburg vorhandenen

1.) in besonderen Fällen den Schwörenden vor der Leistung des Eides ernstlich ermahne (Hosen Mischpat Cap. 87 § 21) [85]

2.) dem Gegener des Schwörenden Vorstellungen mache, letzteren nicht aus einer boshaften Absicht schwören zu lassen (eadem § 20)

3.) den Schwörenden, mit bedecktem Haupte, die Hand auf ein heiliges Buch legen lasse (eadem § 15)

Wegen der Wichtigkeit und Unauflöslichkeit des Eides wurde ferner erklärt, daß auf keine Weise und in keinem Falle eine Entbindung oder Lossagung eines Eides in solchen Angelegenheiten möglich sei, wo der Mensch gegen seinen Mitmenschen etwas beteuert, bekräftigt, oder sich verpflichtet habe, auch dann nicht, wenn der Schwörende, nach geschehenem Schwure, die etwaige Forderung erstatten wollte. Er bliebe ein Meineidiger und die Strafe erwartet seiner nicht um desto weniger. Die in verschiedenen Gemeinden eingeführte Formel des sogenannten Kol Nidre [86]*, die am Abende des jüdischen Versöhnungsfestes in der Synagoge vorgetragen wird, hat, wie bekannt, und in jedem Gebetbuche dieses Tages ausdrücklich erörtert ist, nur auf diejenigen Gelübde und Verpflichtungen Bezug, die aus Unbesonnenheit, Irrtum geschehen und der Einzelne sich selbst auferlegt hat, wie Kasteiungen, etc., keineswegs aber auf diejenigen Schwüre, welche gerichtlich geleistet wären oder nun den* Mitmenschen betreffen, *diese lassen sich weder auflösen noch vernichten, wie sich aus den Worten dieser Formel ergibt. (Vide Jore Dea Cap. 211, § 4 und viele andere Stellen.) Daß es übrigens ein und dasselbe ist, ob der Eid einem Israeliten oder Nicht-Israeliten geleistet wird, liegt in der Natur des Eides und in dem Grundsatze der mosaischen Religion so augenscheinlich, daß es eigentlich keines Beweises bedarf. Weder die Heilige Schrift noch die Tradition macht hierin den entferntesten Unterschied. Aus einer Stelle des Talmuds Tractat Joma fol. 86 geht sogar hervor, daß ein Meineid gegen*

---

85) Hosen Mishpat ist ein anderer der vier Teile des Schulchan Aruch.

86) Die Kol-Nidre-Formel hat universellen Eingang gefunden, und zwar ihrer Melodie wegen, die den Schmerz, das Sehnen um Gott inmitten der Verfolgung und — gegen Ende — den Optimismus des Juden zum Ausdruck bringt. In Gemeinden, in denen diese Formel nicht benutzt wird, wird der Melodie ein anderer Text untergelegt. Es ist daher überraschend, daß Adler von dem Kol Nidre nicht als universal eingeführter Formel spricht, sondern erklärt, daß sie in *verschiedenen* Gemeinden eingeführt sei; heißt das, daß er sie nicht als universell und daher nicht als verbindend ansieht? Er erklärt korrekt, daß sich die Formel ihrem Text nach nur auf solche Gelübde bezieht, die ein Jude sich selbst auferlegt hat und die nur ihn beziehen. Er erwähnt, daß diese Tatsache „in jedem Gebetbuche *dieses Tages*" erklärt sei. Es wurde mir nun mitgeteilt, daß Hirsch in Oldenburg das Kol-Nidre-Gebet abgeschafft habe (s. Trepp: Die Landesgemeinden der Juden in Oldenburg; Seite 45). Hirsch war jedoch so unbeugsam, daß eine solche Verordnung aus dem Rahmen seines Charakters fällt. Adler, wie wir sehen werden, verfügte in seiner Gemeindeordnung eine Reihe von Änderungen. Es ist nun durchaus möglich, und mir sogar wahrscheinlicher, daß die Abschaffung des Kol Nidre auf Adler zurückgeht. Adler erklärt die Formel als nicht *universell* eingeführt. Wie in „Die Landesgemeinde . . ." ausgeführt, konnte er sich auf andere Anordnungen berufen, die Gebete eliminierten, wenn die Wohlfahrt der Juden durch sie dem Vorurteil ihrer Feinde ausgesetzt war. So mag es Adler gewesen sein, der den Kol Nidre abschaffte, um seinen Ideen Nachdruck zu geben. Da er aber nur einen Jom Kippur (1829) in Oldenburg verbrachte, wurde die Abschaffung seinem Nachfolger Hirsch zugeschrieben. Hätte Adler, der Verfasser des Gutachtens über den Judeneid, den Kol Nidre belassen, so hätten seine Nachfolger zu dessen Abschaffung keine Ursache gehabt.

einen Christen noch strenger gerügt wird als gegen einen Israeliten.[87] *Selbst abgesehen davon, daß die gegenwärtigen Christen den einigen und einzigen Gott anbeten, und schon darum kein Unterschied sein kann und darf*[88], *gibt die Heilige Schrift Belege, daß der den Heiden geleistete Eid heilig und unauflösbar ist. So waren die Eide heilig, welche Abraham dem Könige von Sodom, Isaac dem Abimelech, Jacob dem Laban schwuren, so mußten die Israeliten den Schwur gegen die Rachab und Gibeoniter treu halten; so ward endlich König Zedekia gestraft wegen des Eides gegen Nebukadnezar.*[89]

Nach diesen vorausgeschickten Bemerkungen, wird es gewiß einleuchtend sein, wie wichtig dem Israeliten, zufolge seiner Dogmen, jeder Eid sein müsse. Es wäre daher wünschenswert, wenn, seinem Ritus gemäß, folgende Förmlichkeiten würden eingeführt werden.

1.) Es geschehe die Ablegung des Eides im Gerichtslocale, wo, außer den Parteien, die Assistenz anderer Israeliten nicht notwendig ist,

2.) eine Belehrung über die Wichtigkeit des Eides gehe von Seiten des Land Rabbiners oder auch eines anderen israelitischen Lehrers voran,

3.) der Richter ermahne ihn vor der Eidesabnahme, nach dem Inhalte der Anlage B, welche Ermahnung je nach der Individualität der Person und Sache ausgedehnt oder abgekürzt werden kann. Er wende sich auch an den anwesenden Gegner des Schwörenden, um die Erlassung des Schwurs zu bewirken, indem er ihm vorstellt, daß er das *nicht beschwören lassen dürfe, was man als* wahr *schon weiß,*

4.) der Schwörende spreche mit bedecktem Haupte, *die rechte Hand auf die fünf Bücher Mosis gestützt, besonders auf den 7. Vers im 20. Capitel des 2. Buches den*

---

87) Der Traktat Joma behandelt die Vorschriften über den Versöhnungstag und über Buße. (Übrigens haben alle Ausgaben des Talmuds die gleiche Paginierung, so daß das Nachschlagen einfach wird.)
Die Stelle ist als Beweisgrund folgend zu erklären: Der Talmud sagt: „Übertretung von Geboten und Verboten gegenüber Gott (Ritualgesetze) sind leichte Sünden, bis auf: „Du sollst den Namen des Herrn . . . nicht umsonst aussprechen" (Meineid) . . . Hat jemand ein Ritual-Gebot übertreten und Buße getan, so wird ihm (von Gott) augenblicklich vergeben . . . Hat jemand aber die Entweihung des göttlichen Namens begangen, so findet er weder durch den Versöhnungstag, noch Buße, noch Züchtigungen im Leben völliges Vergeben, nur der Tod nimmt das weg . . . Was gilt als Entweihung des göttlichen Namens? . . . Wenn jemand im Handel und Wandel mit Nebenmenschen nicht gewissenhaft ist, . . . so daß die Leute sagen: „. . . dieser hat die Torah gelernt; aber seht nun, wie häßlich und entartet sein Betragen ist!" Entheiligung des Namens Gottes heißt für einen Juden ein Betragen, das dem Judentume und seiner Lehre Unehre bringt. Adler führt nun aus, daß der Meineid im Judentum eine schwere Sünde ist, aber ein solcher gegen einen Nichtjuden mit Entweihung des göttlichen Namens verbunden sei, da die Christen dadurch schlecht über die Juden und ihre Tradition urteilen. Das ist daher eine doppelte Sünde.

88) Bei allen Oldenburger Rabbinern finden wir, wie wir sehen werden, einen ausgeprägten „ökumenischen" Geist. Hier ist eines der Beispiele, andere werden noch schlagender. Das Grundprinzip ruht u. a. auf Maimonides.

89) Abraham: s. Note 73; Isaac und Abimelech: Gen 26: 26—31; Ein Bündnis beider unter Eid; Jacob und Laban: s. Note 75; Rachab: Josua, Kap. 2 und 6 22—23: Rachab war eine Prostituierte, die den Kundschaftern Josuas Schutz gab und von ihnen das Versprechen abnahm, sie und ihr Haus würden verschont werden; der Schwur wurde gehalten; Gibeoniter: s. Note 81; Zedekia wurde von Nebukadnezar zum König über Juda eingesetzt, erhob sich aber gegen ihn, worauf er besiegt, geblendet und in Verbannung geschickt wurde; Jerusalem fiel; 2. Könige 24: 17—25; 7 auch 2. Chronik 36: 11—21; V. 11—13: „Einundzwanzig Jahre war Zedekia, da er König ward . . . und tat, was dem Herren, seinem Gott, übel gefiel . . . dazu ward er abtrünnig von Nebukadnezar, dem König von Babel, der einen Eid bei Gott von ihm genommen hatte . . .

Eid aus.[90] *Zu diesem Zwecke hat der Rabbiner oder Lehrer ein* in Hebräischer Sprache gedrucktes *Exemplar dem Gerichte vorzulegen.*

5.) die Eidesformel laute, wie folgt, bei einem Entscheidungseide:

Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, der Himmel und Erde und mich geschaffen, dessen Fluch über den Meineidigen kommt, nach der Meinung und dem Sinn des Richters, ohne Arglist und Vorbehalt, daß ich N.N. usw.

(hier wird die Sache um die geschworen wird, eingeschaltet)

so wahr mir Gott, Adonai Elohim helfe, Amen! [91]

bei einem Zeugniseide:

Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, der Himmel und Erde und mich erschaffen, daß ich N.N. ohne Vorbehalt, von ganzem Herzen, in der Sache ... die volle Wahrheit sagen will, so wahr mir Godd Adonai Elohim helfe, Amen!

6.) der am Schlusse der Eidesformel vorkommende Heilige Name Gottes ist auf einer kleinen Tafel dem schwörenden Israeliten vorzuzeigen, damit er den Namen Adonai *hiernach ausspreche. Diese Tafel hat der Rabbiner oder der israelitische Lehrer dem Gerichte zu liefern.*

7.) Es finde keine Eidesleistung statt:

a.) an Sabbath- und Festtagen [92],

b.) an den zehn Bußtagen [93],

c.) an dem Tage der Tempelzerstörung.[94]

Adler, wie ausgeführt, legte nun Anlage B bei, die *Richterliche Vermahnung.*

Der Richter spricht:

Jeder ist verpflichtet, der Obrigkeit die Wahrheit zu sagen, und auf ihr Verlangen seine Behauptung mit einem Eide zu bekräftigen.

---

90) Du sollst den Namen des Ewigen deines Gottes nicht vergeblich aussprechen, denn der Ewige wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen vergeblich ausspricht. (Aus den Zehn Geboten.) S. Noten 77 und 87.

91) Trotz seiner vorausgegangenen Erklärungen behält Adler traditionelle Formulierungen im Eid, vor allem: 1. die Erwähnung Gottes als Weltenschöpfer (der also die Macht hat, zu strafen), 2. die Herabrufung des Fluches, wobei der Jude Gott anruft, ihn zu verdammen, falls er meineidig sei, 3. den Anruf Gottes in hebräischer Sprache, obwohl das, wie wir sahen, nicht notwendig ist. Wollte Adler besonders vorsichtig sein? Die Belehrung des Juden durch einen Gelehrten bestand, z. B. in Preußen, noch bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts.

92) An diesem Tage der Ruhe und der Gottesdienste sind keinerlei weltliche Handlungen erlaubt. Daher dürfen die Geschäfte des Handels und Verkehrs, einschließlich des Erscheinens vor Gericht, nicht geführt werden.

93) Es handelt sich dabei um zehn Tage, die mit dem jüdischen Neujahrsfeste beginnen. Der Regierung war nicht ganz klar, was mit „zehn Bußtagen" gemeint sei, und Adler wurde ersucht, es zu erklären. Am 22. Oktober 1829 schrieb er: „... daß die Bußtage immer zwischen unser Neujahr und das Versöhnungsfest fallen. Es sind darin nur sieben, sie machen aber — wie in dem hiesigen Calender erwähnt ist — inclusive jener beiden Feste im ganzen *zehn* Bußtage aus. Zu besserer Verständlichkeit der Gerichte könnte ... gesetzt werden: b.) von dem Tage des jüdischen Neujahrs an, bis zum Versöhnungsfeste, — welches mit den früher gesetzten Worten ‚an den zehn Bußtagen' ganz identisch ist ..."
Das Neujahrsfest, Rosch Haschanah, wird zwei Tage lang gefeiert, der Versöhnungstag ist nur ein Tag. Während dieser ganzen Periode soll der Jude sich besonderer Buße widmen und auch an den sieben Werktagen jedes vermeiden, was einen Schatten auf seine menschliche Bewährung werfen kann. Dazu gehört auch jeder Eid, denn auch der wahre Eid erwächst aus Konflikt und beruft — vielleicht ohne wirkliche Notwendigkeit — den Namen Gottes.

94) Der 9. Tag des Monats Av im jüdischen Kalender, dem weltentzogene Trauer um Tempelzerstörung und jüdisches Schicksal völlig gewidmet sein soll.

Es ist kein Unterschied, ob der Eid zu dem Gerichte nach mosaischen Gesetzen oder dem Gerichte des Landesherrn geleistet wird.[95] *Die Obrigkeit ist von Gott gesetzt, Recht und Wahrheit zu handhaben. So heißt es auch in der Heiligen Schrift: „durch mich, spricht der Herr, regieren die Könige und sitzt der Rat zu Gericht".*[96] *Darum heißt es in den Büchern der Weisen (Baba Kama, fol. 113)*[97]*: „Die von dem Landesherren eingesetzten Richter sind die wahren Richter." Wer also der Obrigkeit die Wahrheit zu verhehlen oder gar zu entstellen sucht, frevelt wider den Gehorsam, den er Gott schuldig ist, welcher dem Landesherren Macht und Herrschaft gegeben; löst gewaltsam eine Verbindung auf, deren Beibehaltung seine heiligste Pflicht erheischt und vernichtet das Gesetz, unter dessen Schutz er sicher wohnt.*

Wer demnach bei Gerichte etwas Unwahres beschwört, oder auch, indem er den Eid leistet etwas Anderes zu beschwören denkt *als dasjenige was seine ausgesprochenen Worte sagen, entheiligt freventlich den Namen Gottes*[98] *und begeht einen Meineid.*

Der Meineid ist eines der schrecklichsten Verbrechen, dessen sich der Mensch schuldig machen kann; es wird gegen die Gottheit unmittelbar begangen. Gott verlangt die reine Wahrheit ohne Trug und Hehl. Ungerechtigkeit und Lüge sind daher an sich schon schändliche Handlungen; sie haben die Zerrüttung der sittlichen Welt zur Folge.[99] *Bei einem Meineide aber kommt noch der Frevel dazu, daß der Meineidige den Gott der Wahrheit zum Zeugen seiner Unwahrheit, den Gott der Gerechtigkeit zur Bestrafung seiner Ungerechtigkeit auffordert und die Gegenwart des Allerhöchsten leugnet, oder seinen Heiligen Namen bei einer schändlichen Tat freventlich mißbraucht.*

Darum belegen die Kriminalgesetze den Meineid mit den schrecklichsten und furchtbarsten Strafen. Man wähne nicht, den Allwissenden zu täuschen; Gott ist allgegenwärtig; kein Winkel der Erde ist ihm verborgen; Er durchschaut die Gedanken; sieht die geheimsten Tiefen des Herzens und läßt dieses Verbrechen wider alles menschliche Vermuten ruchbar werden.

Bei jeder anderen strafbaren Handlung ist dem Menschen Verzeihung verhießen, wenn er das begangene Laster von ganzem Herzen bereut und Besserung für die Zukunft verspricht; der Meineidige aber darf von der Reue und Sinnesänderung keine Vergebung hoffen, die Pforten der Seligkeit sind für ihn gesperrt und kann nicht erwarten des Reiches der Seligen teilhaft zu werden. Denn also heißt es in der Hei-

---

95) Es darf daran erinnert werden, daß bisher die Juden eigene Rechtsbehörden hatten.

96) Sprüche 8:15.

97) S. o. Ballins Brief, Note 8. — Der Urtext lautet: Dina demalchuta dina. Das erlaubt sowohl Adlers Übertragung, wobei „Dina" als Richter übertragen wird; wie auch Ballins, wobei „Dina" als Gesetze übertragen wird. Das Prinzip, das hier ausgesprochen ist, daß Landesgesetze und Gerichte wie Religionsgesetz bindend sind, hat weite Anwendung gefunden. — Baba Kama ist ein Traktat des Talmuds.

98) Das Prinzip der „Entheiligung des Namens Gottes" ist eingeführt; s. Note 87.

99) Die Länge der „Vermahnung" macht es möglich, daß Adler in Wirklichkeit sein eigenes Argument weiterführen wollte, um Dinge zu sagen, die er in der Einleitung nicht sagen wollte oder konnte. Wendet er sich nicht hier an die Christenheit und ihr Verhalten zu den Juden?

ligen Schrift: „Ich werde nicht ungestraft lassen, wer meinen Namen vergeblich ausspricht." [100]

Bei jedem anderen Verbrechen trifft die Strafe nur den Sünder allein; bei einem Meineide aber will die beleidigte Majestät Gottes rächen an seinen Angehörigen, denn der Ewige sagt beim Propheten Zacharia, „ich bringe den Fluch hervor, daß er kommt über das Haus derer, die bei meinem Namen fälschlich schwören und soll bleiben in ihrem Hause und alles verzehren sammt Haus und Stein".[101]

Mögen auch diese Strafen einige Zeit verschoben bleiben, früh oder spät folgen sie doch unfehlbar. Der Wurm im Gewissen des Meineidigen zernagt sein Inneres und stirbt nicht; er erinnert an die begangene Tat und vergällt jede Freude. Welcher Sterbliche sollte wegen eines zeitlichen Vorteils wegen, den der nächste Morgen schon entreißen kann, den Fluch und Zorn des Herrn auf sich und seine unschuldige Familie laden; wer wollte so töricht sein, irdischen Gemeines wegen sein Gewissen mit Unruhe und Vorwürfen zu beladen?

(Ist der Eid ein Entscheidungseid, und konnte die Abwendung nicht stattfinden, fährt der Richter fort:)

Wissen Sie! daß auch nicht der entfernteste Unterschied ist, gegen wen der Eid geleistet, und daß er nicht nach Ihrer Meinung und Ihrem Sinne geschworen wird; sondern lediglich nach der Meinung, welche wir mit den Worten verbinden.

(Soll ein Zeugnis abgelegt werden, so sagt der Richter:)

Groß ist die Strafe dessen, welcher falsches Zeugnis durch den Heiligen Namen Gottes geltend machen will. Von ihm heißt es in den Sittensprüchen: Lügenhafter Zeuge bleibt nicht ungestraft und der Trug verbreitet, geht zu Grunde." [102]

Adler ist hier außerordentlich weitschweifig, was sich mit seinem gewöhnlichen Stil nicht vereinbaren läßt. Kann man daher annehmen, daß er zwei Absichten im Sinne hatte? Er konnte die Ansichten des Judentums weiter ausführen, ohne daß es als Plädoyer ausgesehen hätte, und er konnte zum Christentum reden, dessen Judenverfolgungen so oft auf falschem Zeugnis beruhten oder durch Verstellung der jüdischen Tradition hervorgerufen waren.

Die Regierung hatte allerdings andere Bedenken. Sie war der Ansicht, daß eine Belehrung in minder wichtigen Fällen nicht notwendig sei, außerdem, daß das Beschaffen einer Tafel mit dem Gottesnamen zu kompliziert sei. Auch sollte die Verwarnung kürzer sein. Dazu kam das Gutachten des Superintendenten Dr. Hollmann, der erklärte: „Gott vergibt, und das muß auch der Richter aussprechen, trotz der Schwere des Verbrechens. Kein Mensch mag der Gnade Gottes Grenzen setzen." (31. Januar 1829.) Dazu

---

100) S. Noten 77, 87, 90.

101) Zach. 5: 3—4; allerdings ist es fraglich, ob sich das auf die Angehörigen bezieht oder auf die Haushaltsaffären, die durch das Verhalten des Meineidigen zu Grunde gehen. Daß andere Mitglieder einer Familie für die Sünden eines Sündigen bestraft werden sollen, entspricht *nicht* jüdischem Prinzip; s. Jeremia 31: 29—30; Hesekiel 18: 3—17. Die Nachkommen (Familie) werden nicht der Sünden der Väter wegen sterben. S. Trepp, Das Judentum, S. 23—24.

102) In Wirklichkeit ist dies eine Paraphrase verschiedener Verse.

führte Hollmann als Beispiele an: Michah 7:18; Exodus 34; Psalm 103:8; Jeremias 31:34.[103] Adler erwiderte am 6. Juli 1829: „... habe ich den 2. Punkt dahin modifiziert, daß die Belehrung außergerichtlich und bei minder wichtigen Fällen unterbleiben könne. Der 6. Punkt ist gänzlich weggelassen, weil er außerwesentlich ist, und den Behörden Schwierigkeiten machen würde; die übrigen aber greifen zu sehr in das Wesen der mosaischen Grundsätze ein und erleiden keine Abkürzung."

Die Regierung hatte sich den Juden gegenüber liberaler gezeigt als der Landesrabbiner. Oder wollte er das gerade? An sich besteht kein Unterschied in der Eidesablegung, ob es wichtigere oder unwichtigere Fälle sind; das Grundprinzip ist die Anrufung des Namen Gottes. Aber hier war nun die Abschaffung der Belehrung angebahnt — durch die Regierung, und darin lag das Wesentliche. Die Juden hatten Rechte gewonnen. Sollte das eine Taktik auf Seiten Adlers gewesen sein, so war es geschickt.

Adler übermittelte nun einen neuen Entwurf (am 6. Juli 1829):

§ 1 verblieb.

§ 2 hieß nun: Eine außergerichtliche Belehrung über die Natur des Eides, durch den Land Rabbiner oder einen geprüften Lehrer, gehe nach dem Ermessen des Richters in wichtigen Fällen der sogenannten Parteieneide (mit Ausnahme also bei Untertanen- und Verpflichtungs-Eiden) dem Eide voran.[104]

§ 3 hieß nun: Der Richter ermahne den Schwörenden nach dem Inhalte der Anlage B; Bemerke auch dem Gegner, oder dessen Stellvertreter, daß er nach jüdischem Glauben das nicht beschwören lassen dürfe, was er als wahr wisse.

§ 4 und § 5 blieben unverändert; § 6 entfiel, und § 7 wurde zu § 6.

Bedeutsam ist nun die richterliche Verwarnung. Ohne Umschweife kommt Adler zur Sache:

„Jeder ist verpflichtet, der Obrigkeit die Wahrheit zu sagen, und auf ihr Verlangen, seine Behauptung mit einem Eide zu bekräftigen.

Wer etwas Unwahres beschwört, oder etwas anderes zu beschwören denkt, *als die ausgesprochenen Worte nach der Meinung des Richters sagen, begehet einen Meineid. Der Meineid ist eines der schrecklichsten Verbrechen gegen Gott und die Obrigkeit und hat nach den Criminalgesetzen die furchtbarsten Strafen zur Folge. Er ist in den Zehn Geboten mit den Worten verboten: ‚Du sollst den Namen des Ewigen deines Gottes nicht vergeblich aussprechen, denn der Ewige wird nicht ungestraft lassen, der*

---

103) Micha 7:18: Wo ist solch ein Gott, wie du bist, der die Sünde vergibt und erläßt die Missetat den übrigen seines Erbteils, der seinen Zorn nicht ewiglich behält! Denn er ist barmherzig.
Psalm 103:8: Barmherzig und gnädig ist der Herr, geduldig und von großer Güte.
Exodus 34: 6—7: Und der Herr ... rief: Herr, Herr, Gott, barmherzig und gnädig und geduldig und von großer Gnade und Treue! der da bewahret Gnade in tausend Glieder und vergibt Missetat und Übertretung und Sünde, und vor welchem niemand unschuldig ist.
Jeremias 31:34: „... sie sollen mich alle kennen, beide, klein und groß, spricht der Herr. Denn ich will ihnen ihre Missetat vergeben und ihrer Sünden nimmermehr gedenken.

104) Der Lehrer muß geprüft sein — vom Landesrabbiner. Außerdem sieht Adler der Aufnahme neuer Untertanen und der Bestallung von Juden in den Amtsdienst entgegen.

seinen Namen bei einer Unwahrheit ausspricht.' [105] *Der Meineidige kann durch Reue und Buße keine Vergebung hoffen. Sein Gewissen beunruhigt ihn mit Vorwürfen, und früh oder spät erwartet die Strafe seiner. — (falls ein Zeugnis abgelegt werden soll, so sagt der Richter:)*

Groß ist die Strafe dessen, der ein falsches Zeugnis durch den Namen Gottes geltend machen will, denn also heißt es in der Heiligen Schrift: ‚lügenhafte Zunge bleibt nicht ungestraft und derjenige welcher Trug verbreitet geht zu Grunde.'"

Einige Techniken mußten allerdings noch ausgemerzt werden. Am 26. August 1829 schlug die Regierung folgende Änderungen vor:

zum § 1: „Die Eidesleistung geschehe, dringende Notfälle ausgenommen, nur im **Gerichtslocal"**, *damit zum Beispiel auch Kranke zu Hause schwören könnten.*

zum § 2: „Der Unterschied zwischen Parteieneide und Verpflichtungseide ist wohl nicht genau, und zu sehr beschränked", daher, ganz einfach: „Eine außergerichtliche Belehrung etc. gehe in wichtigen Fällen dem Eide voran.

§ 3: Der Passus „nach jüdischen Grundsätzen" solle weg bleiben, damit der christliche Gegner nicht denken könne, der Eid sei nicht bindend; da der Christ ja nicht nach jüdischen Grundsätzen behandelt würde. Man könnte auch schreiben „auch nach jüdischen Grundsätzen".

§ 4 ‚mit bedecktem Haupte' könne weg bleiben, außerdem solle ganz konkret bestimmt werden, der Schwörende solle die rechte Hand auf den 7. Vers des 20. Kapitels im 2. Buch Moses legen.

Daß Rabbiner oder Lehrer die Hebräische Bibel vorlegen müßten, könne in Landgemeinden, wo sich keine solchen Beamten befinden, Schwierigkeiten machen. Man solle die Beschaffung der Bibel dem Gericht überlassen.

§ 5: Da es dort heißt „nach der Meinung und dem Sinne des Richters" so wäre es angebracht, dem § 3 hinzuzufügen, der Richter müsse dem Schwörenden den Eid vorlesen und erklären.

In der Verwarnung sollte es nicht heißen, „daß der Meineid die furchtbarsten *Strafen zur Folge habe, sondern nur, daß er* schwere *Strafe zur Folge habe.*

Dabei blieb es. Adlers Name blieb in jüdischer Geschichte mit seinem Bemühen um den Judeneid verbunden. An sich war es kein schwerer Kampf, denn die Regierung war weitsichtig. Dennoch verlangte es Geschicklichkeit, und die zeigte Adler in hohem Maße. Er verstand es, die Regierung zur Abschwächung der Bestimmungen zu bewegen. Gleichzeitig wies er auf die Zukunft hin. Sehr diplomatisch und ganz unauffällig baute er in seinen zweiten Entwurf seine Zukunftserwartungen ein. Er spricht vom Untertaneneid und vom Verpflichtungseid. Er drückt damit seine erwartende Hoffnung aus, daß Juden künftig Zuzugsrecht und Bürgerrecht erhalten werden, was sie zum Untertaneneid verpflichten wird; daß sie ebenfalls in den Staatsdienst berufen werden mögen, wobei sie

---

105) Zehn Gebote; Exod. 20:7 — Adler übersetzt frei, dem Sinne der Situation nach. Der Vers wiederholt das Wort „vergeblich"; Adler paraphrasiert bei der Wiederholung „bei einer Unwahrheit" s. Noten 77, 87, 90.

dann einen Verpflichtungseid ablegen müssen. So bereitete Adler den Boden für vollkommene Gleichberechtigung vor. Schließlich waren seine Ausführungen eine meisterhafte Verteidigung des Judentums gegen ungerechte Vorurteile und gegen seine Verfolger.
Zwanzig Jahre später, am 6. Mai 1849, nachdem die Revolution von 1848 ihren Einfluß geltend gemacht hatte, wurden die Worte „Adonai Elohim" entfernt. Die Formel endete mit den Worten „So wahr mir Gott helfe!". Auch für Christen wurde der Eid vereinfacht. Man suchte lange Formeln zu kürzen und theologische Probleme zu vermeiden. Daher wurden die Worte „... bei Gott dem Allwissenden ..." aus der Formel herausgenommen. Der Eid wurde weltlich, und damit hörten nun alle Unterschiede zwischen den Religionen auf.

Die Überwachung des Schulwesens

In der Zwischenzeit gingen Adlers Amtspflichten weiter. Er verstand es, die Probleme ineinander übergreifen zu lassen und dadurch zur Lösung zu bringen. Es mag überraschend erscheinen, daß Adler mit seiner Revision des Vorschlages zum Judeneid so lange wartete, nachdem er den ersten Entwurf in großer Eile eingereicht hatte. Vielleicht liegt der Grund in *einem* Worte. Im ersten Entwurf sprach Adler von einer Belehrung des Schwörenden durch einen Lehrer (§ 2), im zweiten durch einen *geprüften* Lehrer. In der Zwischenzeit hatte Adler seine Prüfungs- und Überwachungsrechte fest verwurzelt.
Wir sahen, daß Gemeinden vielfach Lehrer anstellten, deren Kenntnisse mangelhaft waren. Das mußte aufhören.
Daher schrieb Adler am 27. Juni 1829 an die Regierung, der die Oberleitung der jüdischen Angelegenheiten zustand. Er bat um die Einführung eines neuen Textes für die Religionskunde, der billiger und besser sei: *Hertz Hombergs Buch „Ben Jakir", Prag 1826.* Enthalten war diese Bitte in einem *„Entwurf zur Verbesserung des jüdischen Schulwesens auf Grund benannter Verordnung (von 1827), welcher die inneren und äußeren Mängel dieser Schulen überhaupt und das willkürliche Verfahren bei der Anstellung der Lehrer, den häufigen Wechsel derselben, die Aufnahme minderwerter Individuen zur Erteilung des Unterrichts besonders zu beseitigen den Zweck hat. Im Vertrauen auf das edle Bestreben der Großherzoglichen Regierung, den höheren Angelegenheiten der jüdischen Glaubensgenossen eine bessere Gestaltung zu geben, bitte ich gehorsamst: das Religionsbuch approbieren und den Entwurf ganz, oder unter notwendigen Modifikationen genehmigen und in Kraft setzen zu wollen.*[106] Leider haben wir den Entwurf nicht, doch zeigen das Schreiben und die weiteren Entwicklungen um was es ging: die absolute Autorität des Rabbiners über Prüfung und Anstellung der Lehrer, ihr Dienstverhältnis, den Lehrplan und die Lehrbücher. Adler hatte einen weiteren Schritt in der Organisation der Gemeinden genommen und konnte den Lehrern nun ruhig ihre Funktionen zugestehen, allerdings unter seiner Aufsicht. Wie das im

106) O.S.A., Best. 70, 3008.

einzelnen geschah, wird aus den Berichten seines Nachfolgers Samson Raphael Hirsch hervorgehen.

Der Mittelweg

Adler stand zwischen der alten Orthodoxie und einer radikalen Reform. Den rechten Weg zu finden, war nicht einfach, da er von beiden Seiten unter Druck stand. Er taktierte jedoch sehr klug. Die Reformer waren von großem Bekehrungseifer ergriffen und suchten auch die Regierungen für ihren Standpunkt zu gewinnen, denn mit der Reform würden die Juden am schnellsten integriert werden. So erhielt die Regierung ein Schreiben, das die Einführung der deutschen Sprache als Hauptsprache des Gottesdienstes stark befürwortete. Dazu hatte Adler in seinem Kolloquium bereits negative Stellung genommen. Jetzt wurde der Regierung von einem Korrespondenten eine Broschüre übermittelt, die radikale Änderungen im Sinne der Reform vertrat. Die Antwort Adlers zeigt sein Geschick:

Euer Wohlgeboren: empfangen mit dem ergebensten Dank die Broschüre über das jüdische Erziehungswesen zurück. Der rühmliche Religionseifer, welcher den Herrn Verfasser beseelt, läßt ihn Vieles mit gar zu grellen Farben schildern, und macht ihn unzugänglich für die Wahrheit, daß aufgedrungene, von der Mehrheit nicht erkannte Neuerungen ihren guten Zweck verfehlen, und daß besonders in Religions-Angelegenheiten, zahrte Schonung und allmäliges Fortschreiten empfehlenswert sei. Meine Ansicht in diesem Gegenstand lege ich Euer Wohlgeboren mit der Bitte vor, sie Ihrer gütigen Prüfung würdigen zu wollen. — Mit vollendetster Hochachtung verbleibe ich Euer Wohlgeboren ergebenster Adler Dr. — Sept. 13, 29" [107]

Adler ist der rabbinische „Landesvater", der mit Schonung vorgehen muß; er ist dem Fortschritt nicht abgeneigt, doch muß das Volk folgen können. Seine Begrüßung am Ende des Briefes ist für ihn außergewöhnlich „untertänig". Er wußte, wieviel vom guten Willen der Regierung abhing; sie konnte ihn ja zu Reformen oder zum Rücktritt zwingen, falls er diese nicht annehmen konnte. Er mußte die Tradition schützen und tat es durch Klugheit und Freundlichkeit. Die gleiche Haltung flößte er seinen Gemeinden später in England ein: Tradition mit Fortschritt, und dieser Einfluß hielt sich in seinen englischen Gemeinden auch unter seinen Nachfolgern bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Es war der Einfluß eines durch Oldenburger Verhältnisse geschulten Mannes.

107) O.S.A., Best. 70, 3008.

Allgemeine Anordnungen für die jüdischen Synagogen im Herzogtum Oldenburg und der Erbherrschaft Jever

An der Ostwand der Synagoge Ovelgönne hing seit 1804 ein handgeschriebenes, gerahmtes Pergament.[108] „Ich habe den Herrn allzeit vor Augen! (Ps. 16.8)." Seine Bedeutung lag in den mystisch zu verstehenden Bibelversen, die es enthielt. Dazu hatte es die Inschrift: „Handgefertigt in 5564 (1804) von Sofer (Torah Schreiber) Meyer in Märkisch-Friedland. Darunter ein siebenarmiger Leuchter, dessen Arme Verse mystischer Bedeutung enthielten. Am Boden des Pergaments war die Inschrift: *„Wurde auf Antrag des ausgezeichneten und gelehrten Meisters, unseres Rabbiners Samuel, Sohn des seligen Rabbiners Abraham — sein Gedächtnis werde zum Segen — geschaffen, der es versprach und zum Wohle der Gesamtheit spendete ... Im Jahre: ‚Die Vorderseite des Leuchters sollen alle sieben Leuchten erhellen' (Numbers 8:2)."* [109]

Von dem Rabbiner Samuel wissen wir nichts, dennoch ist das Pergament aufschlußreich. Die Mystik hatte einen starken Halt an der Bevölkerung; für den schlichten Mann bedeutete das die Rezitierung ihm völlig dunkler Sprüche und Gebete, die geheimnisvolle Gottesnamen enthielten, das Tragen von Amuletten, die auch Frauen in der Stunde des Gebärens trugen, es hieß Ekstase im Gebet. Aus dem Tablett lernen wir ebenfalls, daß die religiösen Führer der Gemeinde zu dieser Praxis lehnten, und schließlich, daß jeder, der es erschwingen konnte, „zum Wohle der Gemeinschaft" Spenden gab, die er für nutzvoll hielt. Der Gottesdienst lag demgemäß in den Händen derer, die Einfluß hatten; er war unverständlich, ästhetisch nicht zeitgemäß und konnte einer neuen Generation, die im Leben der Welt stand, nichts bieten.

Adler hatte das zu ändern, wenn nötig ohne Schonung der „zahrten Gefühle" des Volkes, das ihm anvertraut war. Er stand unter dem Druck der Regierung, mehr noch, er erkannte den Auftrag der Zeit und ihres Geistes. Sein Vorgehen war mutig. Adler übernahm die Aufgabe, seine Gemeinden zu modernisieren, ohne den Geist und die Praxis der orthodoxen Tradition zu stören. Da die Gemeinden nicht wußten, was dabei wesentlich und was unwesentlich war, mußte er sie sowohl entschlossen wie behutsam behandeln, um den Frieden wie das religiöse Gefühl nicht zu verletzen. Später, als Oberrabbiner von England, hatte er bittere Kämpfe durchzufechten. Die Oldenburger Erfahrung half ihm sowohl in der Zielsetzung als auch im Kampf. Darum ist seine Gemeindeordnung für die Entwicklung des westlichen Judentums von großer Bedeutung. Sie soll hier mit einem Kommentar wiedergegeben werden.

Uns liegt eine Kopie vor, die ein Kanzlist sorgfältig schrieb. Doch konnte er die in Hebräisch geschriebenen Worte nicht einfügen und ließ daher einen leeren Raum. Da diese Worte jedoch leicht erkennbar sind und Adler sie erklärte, so können sie hier eingefügt werden.[110]

---

108) O.S.A., Best. 255, Nr. 1, s. Faksimile.

109) Da die hebräischen Buchstaben gleichzeitig als Nummern dienen, kann eine Jahreszahl durch Addition der Buchstaben eines Schriftsatzes gefunden werden.

110) O.S.A., Best. 70, 3012.

„Ist es der Zweck des Gottesdienstes, daß der Mensch in geräuschloser Stille sein Gemüt zu dem gütigen Allvater erheben, und die Empfindungen der Ehrfurcht und Liebe für Ihn an den Tag legen soll, hat der Gottesdienst die wohltätige Wirkung, daß er dem Menschen Trost und Ruhe, Kraft und Ausdauer gibt, seine Gefühle läutert, sein Herz veredelt und für edle Handlungen entflammt: so muß auch die Art und Weise dieser feierlichen Handlung dem großen Zwecke entsprechen. Jede, die Andacht unterbrechende Störung muß aufs Sorgfältigste vermieden; jeder kleinliche Ehrgeiz, jeder äußerliche Vorzug, jede gehässige Absicht verbannt sein und verbannt bleiben aus dem Hause des Herrn.[111]

Zur Erreichung dieses Zweckes sind folgende Anordnungen getroffen, deren genaue Vollziehung und Aufrechterhaltung den jüdischen Glaubensgenossen im Großherzogtum Oldenburg und der Erbherrschaft Jever ernstlich empfohlen wird.

§ 1. An keinem Orte soll mehr als ein *öffentlicher Gottesdienst gehalten werden.*[112]

§ 2. Der Gottesdienst an Werk- oder Festtagen fängt zu der in den jüdischen Kalendern bestimmten Zeit an.[113]

§ 3. In solchen Gemeinden, deren Gliederzahl nicht bedeutend ist, und beim Ausbleiben einiger derselben die gesetzmäßig erforderliche Versammlung von zehn Individuen nicht Statt finden könnte, ist jedes Mitglied verpflichtet, dem Gottesdienste am Sabbathe, Fest- und Fasttagen beizuwohnen. Bei wiederholtem Nichterscheinen ohne einen genügenden Grund hat der Vorsteher ermahnend zu rügen und bei Widersetzlichkeiten auf eine von dem Land-Rabbiner zu bestimmende Strafe anzutragen.[114]

§ 4. Es soll möglichst dafür gesorgt werden, daß auch am Montage und Donnerstage Gottesdienst gehalten werde.[115]

§ 5. Es erscheine Jeder, besonders aber der Vorsänger, anständig und reinlich gekleidet in der Synagoge.[116]

§ 6. Kinder, die das vierte Jahr noch nicht zurückgelegt haben, sind in der Synagoge nicht zuzulassen. Den Eltern liegt zunächst die Sorge ob, über die Ruhe und gutes Betragen ihrer Kinder während des Gottesdienstes zu wachen.

---

111) Adler bezieht sich in jeder dieser Ermahnungen auf bestehende und abzuschaffende Situationen.

112) Rivalen hielten oft ihre eigenen Gottesdienste im eigenen Hause ab. Damit konnten sie sogar den öffentlichen Gottesdienst unterbinden, wenn durch Doppelgottesdienste die nötige Minimalzahl von 10 nicht in der Synagoge vorhanden war. Wir sahen, daß reiche Leute aus ihren eigenen Mitteln Lehrer bestellten, die zwar ihnen paßten, aber vielleicht nicht der Gemeinde. Nachdem die neue Schulordnung nur geprüfte Lehrer zuließ, konnten neue Konflikte zwischen öffentlichen und privaten Lehrern entstehen, die zur Spaltung führten.

113) Die Führer der Gemeinden setzten Gottesdienste gemäß ihrer eigenen Bequemlichkeit an.

114) Ein öffentlicher Gottesdienst fordert ein Minimum von zehn erwachsenen Männern. Übrigens stärkte Adler den direkten Einfluß des Landesrabbiners mit dieser Ordnung, daß dieser Strafen bestimmen solle. Er gewann Einsicht und Einfluß auf alle Gottesdienste.

115) Am Montag und Donnerstag wird von der Torah vorgelesen, an anderen Wochentagen nicht, daher haben diese beiden Tage besondere Bedeutung.

116) Vor allem an Wochentagen konnte es vorkommen, daß Mitglieder, die zum Gottesdienste kommen mußten, um die Mindestzahl zu erreichen, in Arbeitskleidung erschienen. Die Vorsänger mögen ebenfalls auch anderweitig gearbeitet haben, auch handelte es sich bei denselben oft um ungebildete Menschen, wie wir sahen.
Übrigens wiederholt Adler hier nur die Vorschriften, die schon im Schulchan Aruch enthalten, und daher bindend sind — aber durch Vernachlässigung im Laufe der Zeit weitgehend vergessen wurden — und vielfach auch heute noch unbeachtet bleiben.

Auch unverheiratete Frauenzimmer sollen dem Gottesdienste an Samstagen, wenigstens aber an Festtagen in dem für die Frauen bestimmten Locale beiwohnen. Die Religionslehrer haben sie deshalb zu instruieren.[117]

§ 8. In der Synagoge herrsche eine feierliche Stille und ehrfurchtsvolle Ruhe. Jeder enthalte sich des gesetzwidrigen Schreiens und stehe ruhig an der ihm angewiesenen Stelle. Das Entfernen von den Plätzen und störende Sprechen von Gegenständen, die nicht zum Gottesdienste gehören, ist während des Gottesdienstes aufs strengste verboten.[118]

§ 9. Das Vorbeten soll zu keiner Zeit (mit Ausnahme der im § 10 erwähnten Tage;) selbst an den sogenannten Jahrzeiten (Erinnerungstage an der Eltern Tode) von Jemandem anders als vom Vorsänger verrichtet werden. Ist der Vorsänger an der Ausübung seiner Funktion verhindert, so hat der Vorsteher für ein dazu fähiges Subjekt Sorge zu tragen.[119]

§ 10. Der Vorsteher hat zu bestimmen wer den Vorsänger am Neujahr und Versöhnungstage ersetzen soll. Wegen deshalb eintretender Collisionen hat man sich an den Land-Rabbiner zu wenden.[120]

§ 11. Am Laubhüttenfeste sollen alle *mit Paradiesäpfeln versehenen Glieder der Gemeinde ohne Beachtung des Ranges, dem Alter nach, dem Vorsänger bei der Hakafah (dem Circulieren um die Kanzel) folgen.*[121]

§ 12. Am 9. Tage des Laubhüttenfestes haben nur Vorsänger, Ältester und Vorsteher

---

117) Die Erziehung der Mädchen wurde im mittelalterlichen und östlichen Judentum sehr vernachlässigt. Sie erhielten nur die rudimentäre Erziehung, die zur Führung des Haushaltes notwendig war, besuchten aber den Gottesdienst so gut wie gar nicht. Adler besteht sowohl auf Erziehung wie Teilnahme am Gottesdienst, was zur Zeit als Neuerung galt. In der orthodoxen Synagoge ist den Frauen die Empore oder ein separater Teil der Synagoge zugewiesen. Da Adler vom Locale spricht, ergibt sich, daß die Synagogen bescheiden gebaut waren und keine Empore, sondern nur eine abgegrenzte Räumlichkeit für Frauen hatten. Wir sahen, daß es nur einfache Häuser waren, die als Gotteshäuser von innen eingerichtet wurden.

118) Das Schreien hing mit dem ekstatischen Wesen des bestehenden Gottesdienstes zusammen. Außerdem wurde die Synagoge oft als Versammlungsort und Schule benutzt (man hat sogar den Ausdruck „Schul" für sie), wodurch sich eine gewisse Informalität einstellte. Da der Gottesdienst sehr lange, in Hebräisch und oftmals unverstanden war, fingen die Leute an, sich zu unterhalten; s. auch Note 120.

119) Jeder befugte Laie kann den Gottesdienst leiten. Es ist eine geheiligte Sitte, daß am Jahrzeitstage der Sohn als Vorbeter fungiert. Adler greift hier in eine stark verankerte Überlieferung ein. Außerdem zeigt die Verordnung, daß die Mitglieder anscheinend im Hebräischen nicht sehr bewandert waren; s. u. Note 120.

120) Am Neujahrstage ist der Gottesdienst sehr lange, am Versöhnungstage dauert er den ganzen Tag, daher mußte der Vorsänger Hilfskräfte haben. In vielen Gemeinden sahen es die Älteren als ein Privilegium und Recht an, Teile des Gottesdienstes zu leiten; dies war zu ändern, wenn die Männer dazu nicht geeignet waren und konnte zu Konflikten führen. Die Länge des Gottesdienstes führte auch häufig zur Privatunterhaltung unter Mitgliedern und gegenseitigem „Besuchen".

121) Am Laubhüttenfest findet eine feierliche Prozession statt, in der alle diejenigen teilnehmen, die den „Festesstrauß", Palmzweig, Myrten, Bachweiden und Etrog = „Paradiesapfel" — in Adlers Worten —, haben. Dabei scheinen Konflikte entstanden zu sein, wobei den Minderbemittelten entweder die Teilnahme ganz versagt oder dieselben ans Ende gehen mußten. Auch zwischen den Gemeindemitgliedern von Rang scheinen bezüglich der Reihenfolge Konflikte entstanden zu sein.
Bezüglich dieser Riten s. Leo Trepp: Das Judentum, Geschichte und lebendige Gegenwart, Hamburg, Rowohlt 1970.

das Recht, mit der Torah im Arme die Kanzel zu umschreiten. Die übrigen Glieder haben keinen Anspruch darauf zu machen.[122]

§ 13. Die Versteigerung der Mitgvot, d. i. gewisser Ehrenbezeugungen beim Vorlesen aus der Torah, soll ferner unterbleiben, und dafür folgende Ordnung eintreten. Die aus der Versteigerung zu guten Zwecken verwandten Gelder aber, müssen örtlichen Verhältnissen gemäß, nach einem vom Vorsteher zu entwerfenden Plane ersetzt werden.[123]

§ 14. Das Ein- und Ausheben der Torah hat der Vorsänger allein auf eine feierliche Weise zu verrichten.[124]

§ 15. Beim Aufrufen zur Torah findet an Sams- und Fest- und Halbfeiertagen mit Ausnahme des Neujahrs- und Versöhnungstages eine Reihenfolge statt, nach welcher alle *Glieder der Gemeinde ihrem Alter nach, vom Ältesten anfangend, aufgerufen werden, wobei jedoch die Verheirateten den Unverheirateten, die Einheimischen den Fremden vorangehen. Fehlt ein Mitglied, an welchem die Reihe hält, so tritt das folgende, ohne weitere Berücksichtigung an seine Stelle und hat ersterer nur bei dem nächsten Cyclus Anspruch zu machen.*[125]

§ 16. Für die Beobachtung der Reihenfolge hat jedes verheiratete Mitglied dem Alter nach einen *Monat hindurch Sorge zu tragen. Das selbe Mitglied steht auch Segen, d. h. er verteilt Dienste, Ehrenbezeugungen.*[126]

§ 17. Sind Fremde in der Synagoge welche sich einige Zeit nur aufhalten, und der Segen (siehe vorigen §) sie aufzurufen wünscht, so sind diese in die Reihe der Aufzurufenden einzuschalten.[127]

§ 18. Am Neujahr und Versöhnungstage fängt der Cyclus von neuem an, wenn die Reihenfolge auch nicht vollendet war. Auch sollen an diesen Tagen möglichen Falles Fremde überhaupt nicht aufgerufen werden.

---

122) Am letzten Tage des Laubhüttenfestes — Simchat Torah — kommt der Zyklus der jährlichen Lesungen aus den fünf Büchern Moses zu Ende, und ein neuer Zyklus beginnt. Es ist eine freudige Gelegenheit. Vor dem Torah-Lesen werden alle Rollen, die eine Gemeinde besitzen mag, aus der Lade genommen und in Prozession „um die Kanzel" getragen. Dabei können an sich so viele Rundgänge gemacht werden wie nötig, um jedem Mitgliede einen zu ermöglichen. Da das lange dauern kann, vor allem, wenn eine Gemeinde nur eine Torah-Rolle besitzt, und zur Unruhe führen kann, hat es Adler beschränkt, wobei er ebenfalls gegenüber alter Gewohnheit der Tradition eine Neuerung brachte.

123) Beim Verlesen der Torah dürfen mehrere Mitglieder der Reihe nach neben dem Vorleser der Lesung folgen und Gott für die Gabe der Torah segnen. Sie werden „aufgerufen". Da das als Ehre gilt, konnten solche Ehren gekauft — oder versteigert werden. Der Käufer konnte dann auch die Ehre an einen Freund verleihen. Da dies den Gottesdienst unterbricht und der Würde nicht angemessen ist, verbot es Adler.

124) Sollte Aus- und Einheben heißen, das Herausnehmen und Zurückbringen der Torah von und zur Lade, ein Ehrendienst, den wohl Führer der Gemeinde für sich beanspruchten, ohne dafür geeignet zu sein. Dadurch fehlte diesem feierlichen Augenblick die Würde.

125) Ein beim Gottesdienste Abwesender, der deshalb übersprungen wurde, konnte daher nicht verlangen, in der folgenden Woche aufgerufen zu werden, was oft zu Konflikten geführt hatte. S. Noten 123 und 127.

126) „Segen", volkstümlich für „Segan" oder Aufseher, ist der diensthabende Amtswalter, der die Ehren verteilt. Beim Lesen der Torah steht der Vorlesende in der Mitte, der Segen zu seiner Linken, und der Aufgerufene zu seiner Rechten. Das Amt ist auch heute noch ein Ehrenamt für hervorragende oder einflußreiche Mitglieder; das schaffte Adler ab — ein wirklicher Eingriff in die Gepflogenheiten.

127) In vielen Gemeinden ist es noch heute Gebrauch, *mehr* als die vorgeschriebene Zahl der Aufzurufenden zur Torah zu rufen, vor allem Gäste. Adler erlaubte es nicht, die vorgeschriebene Zahl zu überschreiten.

§ 19. Die vielen Mischeberachs (Segnungen bei der Torah) sind mit Ausnahme derer für eine Wöchnerin, einen Kranken gänzlich untersagt. Nur derjenige welcher zur Torah aufgerufen wird, erhält einen solchen Segen. Auch soll an dem letzten Tage des Festes vom Land Rabbiner oder Vorsänger ein *solcher für die ganze Gemeinde mit der Torah im Arme ausgesprochen werden.*[128]

§ 20. Das Aufheben (Hagbaah) und Zurollen der Torah (Gelilah) ist zwischen dem dienst-tuenden ‚Segen' und dem Vorsänger zu verteilen.[129]

§ 21. Am 9. Tage des Laubhüttenfestes sollen auch nur sechs Personen außer den Chatan Torah und Chatan Bereschit (Ehrenbezeigungen beim Schlusse und Anfange der Torah) aufgerufen werden.[130]

Auch die letztgenannten Ehrenbezeugungen hat der Vorsteher nur verheirateten Mitgliedern der Gemeinde, dem Alter nach, einzuräumen.

§ 22. Die Chajavim (diejenigen welche zur Torah aufgerufen werden müssen) sind anerkannt, und zwar nach folgender Reihenfolge, sodaß die später Benannten den früher Erwähnten nachstehen, falls sie nicht alle aufgerufen werden können.

1.) ein Bar Mitzvah (ein Knabe, der sein Konfirmationsfest feiert)
2.) ein Chatan (der Bräutigam am Sabbath nach der Hochzeit)
3.) ein Av Hajeled (ein Mann, dessen Frau das Wochenbett verlassen, und die Synagoge wieder besucht.)[131]
4.) ein Sandek (ein Gevatter beim Akte der Beschneidung)[132]
5.) ein Av Hajeled (der Vater dieses Kindes)
6.) ein Mohel (der diese Operation verrichtet)
7. ein Jahrzeit (Jahrzeit als Erinnerung an der Eltern Tode).[133]

§ 23. Zur Vermeidung aller Mißbräuche soll ferner zum Maftir der Vorsänger auf-

---

128) Am Schluß eines Torahabschnitts erhält der Aufgerufene eine Segnung. In den meisten orthodoxen Synagogen kann er ebenfalls Segnungen für seine Familie und Freunde durch den Vorbeter aussprechen lassen. Dies ist sehr zeitraubend, vor allem, wenn die hebräischen Namen der Freunde nicht bekannt sind und man vielleicht sogar anwesende Freunde nach ihrem Namen fragen muß. Doch legen viele großen Wert darauf, ihre Freunde so zu segnen, so daß die Abschaffung dieses Gebrauches auch heute noch in vielen Gemeinden beinahe unmöglich ist. Adler handelte nicht „mit zarter Schonung der Gefühle", aber er handelte aus einer Notwendigkeit.

129) Nach dem Verlesen der Torah wird die Rolle aufgerollt aufgehoben und dem Volke gezeigt, daraufhin setzt sich der Aufhebende mit der Torah hin, und ein anderes Mitglied rollt sie zusammen, bindet die Rollen ab und bekleidet die Torah mit dem Mantel. Diese Ehrenfunktionen wurden nun nicht mehr verteilt; auch eine Neuerung.

130) An diesem Tage (s. Note 122) dürfen nach dem Religionsgesetz alle Mitglieder aufgerufen werden; das schaffte Adler ab und beschränkte die Zahl auf die der Festtage, da sonst die Lesung zu lange und die Gemeinde zu unruhig geworden wäre. Chatan Torah ist das Mitglied, dem die besondere Ehre zuteil wird, beim Verlesen der letzten Verse des alten Cyclus aufgerufen zu werden. Chatan Bereschit wird zur Lesung der ersten Verse des neuen Cyclus (Bereschit: Im Anfange . . .) aufgerufen.

131) Nach dem Wochenbett soll der erste Ausgang der Frau zur Synagoge sein.

132) Der Gevatter hält das Kind während der Beschneidung, dadurch wird er zum Gevatter, zum „Paten".

133) Diese Reihenfolge ist dem Schulchan Aruch gemäß. — Jahrzeit ist der Jahrestag des Todes der Eltern.

gerufen werden, damit derselbe das Kapitel aus den Propheten mit Ruhe und Andacht vortragen kann.[134]

§ 24. Der Vorsteher und der Älteste dürfen allein den Vorsänger auf die etwaigen Fehler beim Vorlesen aufmerksam machen, die übrigen Glieder müssen sich dessen enthalten.[135]

§ 25. An Sabbath und Festtagen soll nach Beendigung des Torahlesens von dem Land Rabbiner oder von dem Vorsänger das Gebet für Seine Königliche Hoheit den Großherzog, feierlichst und mit der Torah im Arme gesprochen werden.
Die Anwesenden haben sich während dessen stehend zu halten.[136]

§ 26. In den Gemeinden, deren Lehrer nach vorgängiger Prüfung tauglich gefunden, auch vom Land Rabbiner ermächtigt sind, öffentliche Vorträge zu halten, sollen an Sabbath und Festtagen, nachdem der Tagesabschnitt der Torah abgelesen ist, eine Rede in deutscher Sprache abgehalten werden. Dieselbe muß die Ermahnung zur Sittlichkeit, allgemeiner Menschenliebe, zum Gehorsam gegen die Obrigkeit, zur Fügung in die bürgerliche Ordnung, wie überhaupt zur Befolgung der Mosaischen Lehren und Gebote zum Inhalte haben, und der Art sein, daß sie auf Verlangen dem Land Rabbiner zur Durchsicht vorgelegt werden kann.[137]

§ 27. In den Gemeinden, wo bis jetzt kein Vorsteher gewählt worden, muß sofort zu dessen Wahl nach Stimmenmehrheit geschritten werden, und der Land Rabbiner in Kenntnis gesetzt werden.
Sollen Mißhelligkeiten hinsichtlich dieser Wahl entstehen, so hat man sich an den Land Rabbiner zu wenden. Ein unverheiratetes Mitglied der Gemeinde soll übrigens zum Vorsteher nicht gewählt werden.[138]

---

134) Der Torahlesung folgt an Sabbath-, Fest- und Fasttagen ein Abschnitt aus den Propheten, die Haftarah. Das Mitglied, das dazu aufgerufen wird, ist der Maftir. Die Torahlesung wird aus der Torahrolle vorgenommen, die weder Vokale noch Notierungen über das Rezitativ des Vortrags enthält, daher ist die Lesung schwierig und fordert einen geschulten Vorleser. Die Haftarah wird jedoch aus dem gedruckten Buch gelesen, das sowohl Vokale als auch musikalische Notierungen enthält. Sie kann daher von einem angemessen Bewanderten vorgetragen werden, was in der Regel geschieht. Dies gilt als besondere Ehre. Entweder haben sich die Mitglieder über die Ehre gestritten, oder sie waren doch zu ungeschult, selbst aus der gedruckten hebräischen Bibel richtig vortragen zu können; jedenfalls schafft hier Adler eine lange Tradition ab, die sich anderweitig erhalten hat. Ein verhältnismäßig radikaler Schritt.

135) Die Mitglieder folgen der Torahlesung aus ihren mit Vokalen gedruckten Bibeln. Sollte der Vorleser einen Fehler machen, so muß er korrigiert werden, was dann wohl alle Mitglieder sofort taten, was Unruhe schuf; daher die Verordnung.

136) Dieses Gebet für den Landesherrn ist traditionell und keine Neuerung Adlers. Heute ist es ein Gebet um göttlichen Beistand für Volk und Regierung.

137) In diesen und den folgenden Paragraphen zeigt sich, wie Adler dem Landesrabbiner eine absolute Machtstellung gab. Hier, in wenigen Worten, wurde die Landesgemeinde organisiert.
Die Worte „wie überhaupt zur Befolgung . . ." machen es Gemeinden und Regierung klar, daß menschliche und bürgerliche Pflichten im jüdischen Lehrgut geboten sind. Hier ist ein gutes Beispiel für die Art Adlers, in wenigen Worten viel zu vermitteln, denn er füllt seine Sätze mit Bedeutung.

138) Anscheinend machte sich bisher der Stärkste oder Reichste in der Gemeinde auf eigene Faust zum Vorsteher. Man kann leicht sehen, zu welchen Konflikten das führte. Die Gründung eines Familienstandes normalisiert das Leben, daher verlangt es das Judentum; auch gibt es dem Verheirateten ein besseres Verständnis für Probleme. Samson Raphael Hirsch wird das erwähnen in seinem Gesuch um Heiratserlaubnis. Der Rabbiner muß in der Regel verheiratet sein, um sein Amt mit Verständnis führen zu können. Adler war allerdings während seiner Oldenburger Zeit noch nicht verheiratet.

§ 28. Der Vorsteher hat zunächst, und in seiner Abwesenheit der Älteste über Ruhe und Ordnung zu wachen. Seine Anordnungen, Rügen und Ermahnungen sind von allen Anwesenden ohne Widerrede zu befolgen. Glaubt indessen Jemand, daß der Vorsteher oder Älteste ihm Unrecht getan, so hat derselbe dem Land Rabbiner die Anzeige zu machen, welcher die Sache untersuchen wird.
§ 29. Der Vorsteher hat dafür zu sorgen, daß die Synagoge stets mit allem versehen ist, was die Ausübung des Cultus fordert. Er hat ferner die Kirchengelder zu administrieren, steht aber unter der Kontrolle, und hat dergestalt Rechnung zu führen, daß der Land Rabbiner sich jederzeit davon in Kenntnis setzen kann.
Obige Anordnungen werden hiermit einstweilen und mit Vorbehalt aller demnächst etwa nötig werdenden Abänderungen genehmigt.
Oldenburg aus der Regierung den 26. Juni 1829 [139]

Adler scheidet, nimmt Abschied und bestimmt einen Nachfolger

Adlers Amtszeit war kurz. Am 12. Februar 1830 schrieb er an die Regierung [140]:
„Seit zwanzig Jahren hat mein würdiger Vater das Amt als Land Rabbiner zu Hannover provisorisch [141] *bekleidet. Keine Klage hatte sich wider ihn erhoben. Allein teils sein Alter von 74 Jahren, teils die Anforderungen welche die Zeit, in Folge der Organisation der bürgerlichen Verhältnisse meiner Glaubensgenossen an den Rabbiner zu machen hat, veranlaßte die dortige Hohe Behörde zur Wahl eines Land Rabbiners zu schreiten, nach welcher mir die Stimmenmehrheit, und die Genehmigung des dortigen Königlichen Ministerii, wovon in Anlage, sub lettera a, mir eine wörtliche Abschrift zugekommen ist, zu Teil wurde.*
Wenn ich gleich, dem inneren Rufe zu folgen, fest entschlossen war, dem mir gnädigst übertragenen Amte treu zu bleiben und mit anhaltendem Eifer an der geistigen Auferbauung der jüdischen Gemeinden hiesigen Landes zu arbeiten, wenn gleich dieser Entschluß zur Ablehnung jedes anderen Antrags der Art mich bestimmt haben würde, so wie ich in der Tat dem Rufe als Land Rabbiner in der Provinz Niederhessen (Anlage sub lett: b) nicht gefolgt bin: so gebieten dennoch die Pflichten, sowohl gegen das Vaterland [142], *als gegen meine Eltern, denen es Gram und Kummer verursachen würde, wenn ich den Wunsch in ihrer Nähe zu sein, nicht erfüllte, daß ich meinen*

---

139) Der letzte Satz erhebt die Anordnung zur Regierungsverordnung. Die Schwierigkeiten, die ihrer Einführung entgegenstanden, werden aus Hirschs Berichten über seine Gemeindebesuche erkenntlich werden. Man muß verstehen, daß es sich bei dieser Verordnung um einen ganz radikalen Einschnitt in die religiösen Gemeinschaftsformen der Gemeinden handelte. Adler hat in der Tat grundlegend Neues geschaffen.
140) O.S.A., Best. 70, 3012.
141) Seit dem Tode des Land-Rabbiners Behrend Josua 1802 wurde das Land-Rabbinat von einem Gremium verwaltet, das aus drei Gelehrten bestand. Unter ihnen war Michael Meyer Frensdorf, von dessen Sohn wir hören werden, und — als letzter Überlebender — Marcus Adler. Vielleicht wurde das Rabbinat von der Regierung nicht voll besetzt, da kein rabbinischer Führer da war, der den Ansprüchen der Neuzeit gerecht werden konnte, wie das auch Adler von seinem Vater schreibt.
142) Das Königreich Hannover.

Vorsatz aufgebe, und dem nicht länger abzuweisenden Antrage mich füge. Auf diese Gründe sich stützend, sagt der Land Rabbiner die ganz gehorsame Bitte:

Großherzogliche Regierung wollen gewogentlichst zu verfügen geneigen, daß ich am 1. August dieses Jahres meines Amtes und der eidlich übernommenen Verpflichtungen entledigt werde, um dann die Stelle als Land Rabbiner zu Hannover antreten zu können.

Damit aber die geistlichen Funktionen keine Unterbrechung erleiden, ist der unterzeichnete Land Rabbiner gerne erbötig ein tüchtiges in dem Geiste fortschreitendes Subject untertänigst gehorsamst in Vorschlag zu bringen.

Herzogl. Oldenburgischer Land Rabbiner Dr. Adler."

Dazu findet sich der Vermerk der Regierung vom 5. April 1830:

Res. daß der zum Bedauern der Regierung verlangten Entlassung, gegen den 1. August nichts entgegen stehe und der Vorschlag zur Wiederbesetzung der Stelle gewärtigt werde.

Adlers Gesuch, mit seiner schlichten und doch schwerwiegenden Begründung, läßt uns den Menschen erkennen. Er spricht von seinem eigenen inneren Kampfe, von der Liebe, die er seinen Eltern und seinem Vaterlande schuldig ist. Seine Entscheidung ist getroffen, nun macht er sie anderen verständlich. Als einfühlender Mensch kann er die Lage der anderen verstehen und würdigen. Er verbindet Stärke mit Herzensgüte und psychologischer Einsicht. Das zeigt sich klar in seiner Abschiedspredigt, die gedruckt wurde. Sie ist von tiefem Gefühl erfüllt, sie spricht zu jedem einzelnen, und dennoch ist sie einmal auf biblische und talmudische Belege aufgebaut, und zum anderen macht sie klar, was Adler wünscht: tiefere Frömmigkeit und Beobachtung der heiligen Tage und weitgehend verbesserte Erziehung der Kinder. In ihrer verhältnismäßigen Kürze (jedenfalls für die Zeit Adlers) und in ihrer Präzision wie in ihrer Menschlichkeit ist diese Predigt ein Meisterstück. Darüber hinaus hat sie einen modernen Klang. Adler ist dem Gegenwärtigen zugewandt, obgleich er dem Traditionellen verbunden ist. Adler ist sich bewußt, daß er als Vertreter des Judentums den Behörden wie dem Volk gegenüber gleichberechtigt ist; er schmeichelt nie. Er steht im Leben der Gesamtheit als aristokratischer Mensch, als Jude. Seine Theologie ist traditionell. Es ist bemerkenswert, daß die Randbemerkung der Regierung, die ja nur zum inneren Gebrauch geschrieben war, die Worte „zum Bedauern der Regierung" enthält.[143] Dieselbe Administration wird in Kürze überlegen, ob man Hirsch einstellen kann. Denn Hirsch ist ein ganz anderer Mensch: Allzu entgegenkommend der Regierung gegenüber, hart gegenüber Andersdenkenden, ein Mann, der Ärger als Emotion kennt, aber keine Liebe, Prinzip, aber kein Verständnis. Darüber werden wir berichten.

Adler war zweifellos der bedeutendste der Oldenburger Landesrabbiner. In einem Jahre hatte er den Judeneid geändert, Schulen, Gemeinde und Kultus neu organisiert. Die

143) Der einzige andere Landesrabbiner, der freiwillig die Stelle verließ, um eine andere anzunehmen, war S. R. Hirsch; die Regierung drückte kein Bedauern aus. Von den späteren Landesrabbinern zeigte de Haas eine ähnliche Unabhängigkeit, wie auch unter ihm die Verfassung der Landesgemeinde modernisiert wurde.

Erneuerung war verwirklicht. Daß das nicht nur auf dem Papier stand, zeigt seine Predigt beim Scheiden. Hätte er nicht geliebt, und wäre er nicht geliebt worden, so hätte er so nicht predigen können.
Die Predigt verdient daher ihren Platz in unserem Bericht, sowohl als Kunstwerk, das jüdisches Lehrgut in neuem Stil übermittelt, wie auch als Dokument menschlichen Fühlens.

Abschiedspredigt, gehalten in der israelitischen Synagoge zu Oldenburg, den 8ten August 1830, von Dr. Adler: [143a]

Habe ich, meine andächtigen Zuhörer! auch oft schon von dieser heiligen Stätte aus, das Wort Gottes euch verkündet; so war ich doch niemals von solchen Gefühlen dabey ergriffen, wie heute. Denn sie schlägt bald die Stunde der Trennung, die Stunde, wo das Bündniß, das wir kaum angeknüpft, schon wieder gelöst werden soll; die Stunde, wo ich Manchen von euch vielleicht zum letztenmale sehe. Wie vieles muß da zu meinem Herzen dringen, daß ich euch noch erklären, erörtern möchte; wie vieles, das bessern, trösten, stärken und ergreifen soll! Wo soll ich anfangen, wo soll ich enden? Ach, daß ihr heute nicht in mein Herz blicken könnet, ihr würdet dort eine Predigt finden, wie ich sie nicht halten kann, und redete ich auch mit Engelszungen! Doch ich will mich so kurz als möglich fassen, um dem Gefühle nicht zu erliegen. Es ist wahr, kurz! sehr kurz war die Zeit meines Wirkens hier. Es muß Manchen befremden, daß ich jetzt schon aus einem Verhältniß trete, in das ich kaum erst eingegangen bin. Ich selbst fühle, wie schmerzlich es ist, einen Ort der Wirksamkeit zu verlassen, wo man den Boden, den man zu befruchten hat, erst kaum kennen gelernt; die Wege die zum Herzen dringen, erst kaum erforscht; Liebe und Vertrauen der Seinigen erst kaum erworben hat. Allein, glaubet es dem, der sein Herz gern vor euch enthüllen möchte, daß es äußerer Glanz, eitler Prunk nicht ist, die ihn veranlassen, sich von euch zu trennen. Der Gott, der einst zum Erzvater sprach: „kehre zurück in dein Vater-Haus, auch dort werde ich mit dir sein". (Gen. 31, 3.) ruft auch mich heim. Kindliche Pflichten sind's, die mich von dannen rufen; ich soll das Alter meiner guten Eltern erheitern, und ich gehorche ihrer Stimme. Mein Vaterland ist's, das mir winkt, dem Vaterlande soll ich meine geringen Kräfte weihen, und ich folge seinem Winke. Um so weniger aber ich *es bin, der sich diese Bahn vorgezeichnet, um so dringender möchte es heute für mich seyn mich darüber auszusprechen; mit welchen Empfindungen, Gefühlen und Wünschen ich mich von euch, meine Lieben, trenne. Dazu gieb du, o Gott! meinen schwachen Worten Kraft und Stärke.*

Text aus der Sedra des Tages
Deut. Cery. 11. v. 7. 8. [143b]

„Mit euch rede ich, die ihr mit euren Augen gesehen die Thaten, die der Ewige, der

143a) Gedruckt in der Schulzeschen Buchdruckerei. Ein Exemplar befindet sich in der Oldenburger Landesbibliothek (Geschichte IX-ß, 482).
143b) Sedra: Wochenabschnitt der Schriftlesung.

große Gott gethan hat, beobachtet also alle Gebote die ich euch heute gegeben; so werdet ihr gestärkt werden und das Land einnehmen, welches einzunehmen, ihr hinüber ziehen müsset.“ Diese Worte des frommen Moses, die er noch vor seiner Trennung zum Volke sprach, wo er befürchten mußte, daß das Volk, in dessen Innere die Lehre noch nicht Wurzel gefaßt, wieder zurücksinken werde in die frühere Ungebundenheit; wo die Zukunft, wie sie sich mit blutigen Flammenzügen in die Blätter der Geschichte eingegraben, sich vor seine Seele stellte. Diese Worte sollen auch mich heute leiten, indem ich euch in der Kürze zeige:

Wie der jüdische Geistliche von seiner Gemeinde scheidet,

I. mit dem frohen Bewußtsein, daß er seine Pflicht möglichst zu erfüllen gestrebt.

II. mit dem gläubigen Vertrauen, daß er abwesend, doch nicht zu wirken aufgehört habe.

III. mit der festen Hoffnung, daß er entfernt der Gemeinde doch verbunden bleibe, eine Hoffnung, die durch den Hinblick auf die künftige Vereinigung zur Gewißheit wird.

I.

Der Geistliche scheidet und soll scheiden mit dem frohen Bewußtseyn, daß er seine Pflicht erfüllt habe. Denn was ist's, das er von einem Wirkungskreise in den andern hinüber tragen soll? Was ist's, das seine Thätigkeit anregen könne? das Bewußtsein, daß er nicht vergeblich gestanden an dem Orte der Wirksamkeit, daß er gewirkt, so weit er vermocht habe. Fehlte dieses Bewußtseyn aber, wie könnte er ruhig von einer Gemeinde scheiden, wenn er mit Widerwillen blicken müßte auf die Zeit die er hätte benutzen können, auf die Kranken, die er hätte heilen, auf die Verwundeten, die er hätte verbinden, auf die Schwachen, die er hätte stärken, auf die Verstoßenen, die er hätte zurückbringen können? (Ezech. 34, 4.) Wie könnte er heiter an die neue Arbeit gehen, wenn ihm sein Inneres mit der Sprache des Vorwurfs zuriefe: Du hast die Deinen getäuscht, man erwartete von dem Weinberge, der Deiner Pflege anvertraut war, Trauben und er brachte Heerlinge? (Jes. 5, 4.) Nein, dessen muß er gewiß seyn, daß er gestrebt, gekämpft, gerungen habe nach dem Guten, Schönen und Edlen. Tretet hin vor den Gottesmann, mit dem Strahlenantlitze, (Exod. 34, 30.) Er trug dieses Bewußtseyn in der Brust, er sah heiteren Blickes zurück auf das Werk, *das durch ihn an's Licht gebracht; gern blickte er hin auf die Vergangenheit; wo das Volk* die Werke des großen Gottes *kennen gelernt; darum lächelte ihm auch eine schöne Zukunft entgegen.*

Meine Lieben, dieses Bewußtseyn trage auch ich in meinem Innern. Klingt auch das anmaßlich, ja, es müßte so klingen, wenn ich nicht das Bekenntniß hinzufügte, daß ich wohl weiß, wie wenig ich zu dem Maaße passe, das ich so eben abgelegt: Allein dessen bin ich mir bewußt, daß es mir nicht an dem Willen gebrach euch hinanzuführen zu den Höhen der Religion. Zu euch rede ich die ihr gesehen habet mit den Augen *des Geistes den Schöpfer in seiner Schöpfung, gesehen die allwaltende Hand, wie sie Alles ordnet und leitet in den Geschöpfen; gesehen, wie Alles, was uns umgiebt, zu unsrer Belehrung uns gegeben, der Wiederschein ist unbekannter Größen; wie Alles was uns umgiebt, Nullen sind denen die Gottheit die geltende Zahl vor-*

setzt; gesehen, wie das Herz der Religion zwar im Himmel ist, der Himmel der Religion aber im Herzen, wie aus den Tafeln des Herzens, gleich jenen Tafeln der Gesetze, die Liebe strömen müsse: die Liebe zu Gott, die Liebe zum Menschen; wie diese Liebe nur erreicht werden könne durch Erfüllung der Gesetze, deren Kraft und Leben, Geist und Seele sie ist; gesehen, wie dieses Leben nur ein Vorhof zur künftigen Vollkommenheit, wie ein Jeder, der sich nicht betten will in das kühle Grab der Erde, sich hier vorbereiten, üben muß im Guten. Damit er ausrufen könne: ich erwache und bleibe doch bey dir. (Psalm 139, 18.) Ja, dieses habet ihr gesehen, dieses Bewußtseyns erfreue ich mich. Frage ich mich aber: hat das lehrende Wort auch einen Körper gefunden? Ist es nicht beym bloßen Sehen *geblieben, sondern hat es Wurzel gefaßt in den Herzen deiner Zuhörer? waltet ein besserer Geist in deiner Gemeinde, seit der Zeit da du ihr vorstehest? da wird die Antwort schon nicht so befriedigend seyn. — Wohl erkenne ich dankend an, daß ich manches für das Gute empfängliche Gemüth gefunden habe. Ich räume gern ein, daß man mir oft mit williger Seele entgegen gekommen ist. Doch vieles, sehr vieles ist leider noch zu wünschen übrig. Vielleicht hätte aber mein längeres Verweilen diese Wünsche in Wirklichkeit gewandelt? Sollte mich dieses nicht unruhigen Herzens machen? doch nein, der Geistliche scheidet. —*

II.

Mit dem gläubigen Vertrauen, daß er abwesend auch nicht zu wirken aufgehört habe.

Ihr wisset, der Geistliche ist ein Säemann, sein Acker ist das menschliche Herz. Säet mit Vertrauen sagt der Herr zu Hosea. (10, 11.) So wie es nicht in der Macht der Menschen steht daß der Saame, den er auf den Boden wirft, Gras, das Gras eine Ähre werde; so wie er nicht sehen kann, wie das Körnlein in der Ähre treibt und schwillt, so steht's auch nicht in seiner Gewalt, daß dem Worte, das er auf dem Boden des Herzens wirft, eine Frucht entkeime. Reden soll der Geistliche, reden muß er. Ob das Wort einen Boden findet, muß er gläubigen Vertrauens dem überlassen, der da spricht:

> *„So wenig wie Regen und Schnee vom Himmel fällt und wieder zurückkehrt, ohne die Erde zu befruchten, eben so wenig kehrt mein Wort zurück, ohne zu thun, was mir gefällt, ohne zu vollziehen, wozu ich es gesandt."*

Sende du nur dein Brod — dein Jes. 55, 10. geistiges — auf die große Wasserfläche — des Herzens — hinaus, in vielen Jahren findest du es reichlich wieder. Gieb du nur deinen Theil an Sieben und an Acht (Predi. 11, 1. 2.) der Theil ist Gottes, früh oder spät, wird er doch Früchte bringen. Tretet hin vor den Gottesmann, den Glaubensfürsten, dem Gottesfurcht ein kleines war (Tract. Parach.) er hatte dieses Vertrauen, darum bat er scheidend das Volk, daß es befolgen solle die Gebote, die er ihm befohlen habe. *Darum sammeln wir uns auch heute noch um sein Wort, wie um einen frischen Quell. In reine Kindesseelen legte er vertrauensvoll den Schatz der Lehre, darum ging er auch nicht unter in dem Strom der Zeiten; das Wort lebt und wirkt und grünt und blüht fort und beut Jahrtausenden Hohn und Spott. Meine Lieben auch ich hege das Vertrauen, daß die Lehre in euch fortwirken werde.*

Ich kann nicht glauben, daß ich ganz vergeblich zu euch geredet haben sollte. Ich kann nicht glauben, daß ihr jenen gleichen wollet, von welchen der Prophet sagt: „sie thun schön mit dem Munde, ihr Herz aber hängt dem Eigennutze nach; sie hören dein Wort, befolgen es aber nicht.“ (Ezechiel) Ich kann nicht glauben, daß ihr bey meiner Abwesenheit das Wenige wieder niederreißen wollet, was ich aufgebauet habe. Ich kann es von der Jugend nicht glauben, die da weiß, wie gern ich sie einführte in das Heiligthum der Religion, daß sie der Ermahnungen wieder vergessen werden, Nein, ich vertraue auf euch, daß ihr befolgen wollet, die Gebote Alle, die ich euch gegeben.

Und weil ich dieses Vertrauens lebe, so kann ich heute nicht 2 Wünsche unterdrücken; der eine betrifft euch, der andere eure Kinder. *Ich muß hier noch einmal wiederholen, so lange nicht von euch* allen *den Feier und Festtagen die rechte Weihe, die rechte Ruhe gegeben werde; so lange der zeitliche Beruf mit seinen Mühen und Zerstreuungen in diese Tage dringt, so lange ihr dem Herrn und dem Baal dient, und hüpfet auf 2 Krücken (Könige 18, 21.), so lange wird der Geist nicht in eure Geweide kommen. Ach, stellet diese Tage des Seelenheils wieder her. Der 2te Wunsch betrifft eure Kinder. Ich sage* „eure“ *weil sie euch am nächsten sind. Glaubet mir, es sind noch viele Kinder in eurer Nähe die den Vater suchen, den Vater da droben, und nicht finden, hungern und dursten nach dem Worte Gottes, deren Hunger und Durst aber nicht gestillt werden kann, weil sie so unglücklich sind Eltern anzugehören, die das Wort nicht erkaufen können durch Silber und Preis (Jes. 51, 1.) Ach, strebet darnach, daß diesen Durstigen die Quelle des Heils eröffnet werde! Ihr könnt es, wenn Ihr euch mit den Einzelnen verbinden wollet. Ja, ich vertraue auf meinen Nachfolger, daß er* das *ins Werk setzen werde, was mir nicht gelungen; ich vertraue auf die humanen Gesinnungen unserer Regierung daß sie diesen großen Zweck befördern werde, darum scheide ich beruhigten Herzens.*

III.

Der Geistliche scheidet endlich mit der süßen Hoffnung, daß er entfernt seiner Gemeinde doch verbunden bleibe. Wäre sein Bündniß mit der Gemeinde nur ein zeitliches, es hörte früh oder spät auf. Wäre es auf irdische Zwecke gegründet, das Loos alles Irdischen träfe auch es. Aber nein, es hat etwas geistiges, bleibendes, dauerndes, unvergängliches. „Wo ist der Scheidebrief eurer Mutter,“ fragte der Prophet, „seid ihr räumlich getrennt, geistig seid ihr's nicht, ein Band knüpfet den Geistlichen mit der Gemeinde, das Seele zu Seele zieht. Eine Wechselwirkung wird immer bleiben. Und wird er denn gänzlich von seiner Gemeinde getrennt? Kennst du nicht das Land, wo der Freude Fülle ist vor dem Angesichte des Herrn, Seelenerquickung in seiner Rechten (Psalm 16, 11). Kennst du nicht das Land, zu dem die Ahnung deines Herzens, die ganze Gestaltung deines Innern dich treibt — das Land, das kein Auge sieht, nur die deiner *harren, o Gott?“ Ja, du kennst es. Dort sieht der Hirt seine Heerde wieder, dort ist das Land der Wiedervereinigung!! Tretet hin vor den Gottesmann, dessen Grab der Unsterblichkeitslehre gleicht, das bekannt; und unbekannt ist zugleich (Deut. 34. v. 6.) das genau angegeben, doch nicht mit Augen gesehen werden kann; das im Himmel ist, wenn man auf die Erde weist, auf der Erde ist, wenn man*

zum Himmel weist (Worte des Medrasch Raba). Tretet hin. Er ward von dieser Hoffnung beseelt, darum zeigte er zunächst auf das heilige Land, das zu erringen ist, auf die Zukunft, wo schwinden wird aller Haß und Groll, und der Mensch dem Menschen reicht die Hand, und mit der Hand das Herz. Dann aber zeigt er hin auf das Land der Seeligen, wo es dir und deinen Kindern wohl ergehen soll auf ewig. *Meine Lieben, auch ich habe die Hoffnung, daß ich getrennt euch doch noch verbunden bleibe. Glaubet nur, auch in dem neuen Wirkungskreise werde ich Theil nehmen an eurem Glücke und Unglücke. Auch dort wird euer Fortschreiten auf der Bahn der Religion mich mit Freude erfüllen; jeder Rückschritt aber mit Schmerz. Auch dort werde ich gern die Hand bieten zu eurem Wohle, auch dort mich sehnen nach dem Lande, worin ich die Erstlinge meines Wirkens gepflanzt. — Auch dort mich sehnen, bis meine Hülle bricht, und ich* seine Lehre *in das Vaterhaus droben, in das Land der Vergeltung.* — (wahrscheinlich Druckfehler im Original; statt „seine Lehre": „einkehre") *So lebe wohl, geliebte Gemeinde! vergiß deines Seelsorgers nicht, so wie er dein nicht vergißt. Gieb ihm den Trost und die Hoffnung, daß er nicht umsonst geredet, vergeblich hier gestanden, sondern daß du befolgen wollest die Lehre des Herrn. Trage die Liebe gegen ihn, auf seinen Nachfolger über, entzieh ihm nicht die Achtung, des Vertrauens köstliche Gabe!*

Lebet wohl, ihr Fernen, die ich im Geiste anrede, lasset die Schulen wie die Gotteshäuser eure Zierde seyn, verbannet jeden Unfug, jede Unordnung aus dem Hause des Herrn, und haltet fest am Worte Gottes. Und ihr, Söhne und Töchter, vergesset eures Lehrers nicht, bleibet treu eurem Glauben, treu der Lehre. Werdet der Menschheit nützliche Glieder, Israels treue Jünger, und euren Eltern eine Stütze. Präget sie tief ein, die kraftvollen Sprüche der heiligen Schrift, lasset sie warnend treten zwischen euch und das Laster, wenn es sich eurer bemächtigen will. Ich bitte, verschont mich mit der schmerzlichen Stunde, *daß ich sie Unwürdigen gelehrt habe.* (wohl „Kunde".) *So rufe ich denn dich an, o Gott, o Vater! mit dir betrat ich diese Stätte, mit dir verlasse ich sie wieder. Du bist bey meinem Kommen, bei meinem Gehen. Deine Liebe ordnete mein Geschick, Deine Liebe rief mich hierher, Deine Liebe ruft mich von dannen. Ich verlasse die Meinen, Du bleibst aber bey ihnen. Ach, erhöre mein Flehen, meine Bitte aus tiefer Brust kommend. Segne unsern geliebten Landesvater, schütze und schirme sein Leben, laß ihn Freude erleben an seinen hohen Sprößlingen. Dein Segen komme über die Häupter derer, die ihm mit Rath und Weisheit, mit Kraft und That zur Seite stehen, vergilt ihnen was sie zum Heile Israels gethan. An Dein Vaterherz lege ich die Bewohner dieser Stadt und dieses Landes; die Gemeinden alle, die Hohen und die Niedern, die Armen und die Reichen, die Starken und die Schwachen, daß Du den Segen fördern wollest an dem Frieden ihrer Herzen, an dem Wohlergehen der Familien, an dem Glücke der Kinder. Gieb auch mir, o Herr, Kraft und Stärke, laß meinem schwachen Wirken schöne Früchte erblühen, auf daß erfüllt werde jenes Wort:*

> *„Mein Bund war mit ihm, ein Bund des Lebens und der Glückseligkeit." (Malachia 2, 5.) Amen.*

V. Samson Raphael Hirsch

Um sowohl der Regierung wie den Gemeinden zu helfen, schlug Adler Samson Raphael Hirsch als seinen Nachfolger vor [144]:

18. Juni 1830.

Da dem Landrabbiner nach Einreichung seines Berichts vom 24. d. M., den zur Wiederbesetzung der hiesigen Land Rabbiner Stelle in Vorschlag gebrachten Candidaten Samson Raphael Hirsch betreffend, ein glaubwürdiges Zeugnis des geistlichen Beamten zu Hamburg zugekommen ist, so beehrt sich derselbe dieses anliegend sub Nr. 7 der Großherzoglichen Regierung ganz gehorsamst vorzulegen.

Herzogl. Oldenburgischer Land-Rabbiner Dr. Adler

Den Bericht des geistlichen Beamten haben wir nicht, doch muß es wohl Bernays gewesen sein, der Hirschs Lehrer war.

Wer war Hirsch? [145]

Samson Raphael Hirsch, der am 20. Mai 1808 in Hamburg geboren wurde, kam aus einer lange ansässigen Kaufmannsfamilie. Sein Vater war eine Zeitlang ein Tressenfabrikant. Zur Zeit der französischen Besetzung Hamburgs machte er dem General Prinz Eckmühl ein Paar Epauletten zum Geschenk, um ihn durch diese Aufmerksamkeit den Juden gegenüber günstig zu stimmen. An sich war das nicht nötig, da Napoleons Regierung den Juden wohlgesinnt war. Es ist aber möglich, daß dieses Erlebnis auch den jungen Hirsch beeinflußt haben mag — er schmeichelte gerne der Regierung. Der Vater hatte dann später ein Geld- und Wechselgeschäft wie auch eine Lotterieagentur.

Als sich in Hamburg die Reform zu verbreiten begann und ein Reform-Tempel errichtet wurde, gehörte der alte Hirsch zu den eifrigsten Bekämpfern der neuen Richtung, und er hatte oft Zusammenkünfte Gleichgesinnter in seinem Hause, um mit diesen einen Widerstand gegen die Reform zu organisieren. Der Sohn war von dieser Aktivität des Vaters tief beeindruckt. Er studierte für das Rabbinat unter Bernays, dem ausgesprochenen Antagonisten der Reformbewegung, der allerdings philosophisch geschult war und in elegantem Deutsch predigte.[146] Hirsch vertrat die gleiche Gesetzestreue mit einer Theologie, die im Grunde ein religiöser Humanismus war. Doch bestand er auf einer absoluten Orthodoxie in der Praxis und rühmte sich seines Kampfes gegen den religiösen Liberalismus. Er studierte an der Universität Bonn, jedoch nur für kurze Zeit; dennoch macht sich der Einfluß Hegels und der deutschen Romantik bei ihm geltend.

144) O.S.A., Best. 70, 3012.

145) S. E. Duckesz: Zur Genealogie Samson Raphael Hirschs, 1926, Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft, Frankfurt; Seiten 103 ff.

146) s. o. S. 86.

In Bonn bildete sich ein Kreis, der unter anderen auch Abraham Geiger, Hirschs künftigen Gegner, und Salomon Zadik Frensdorf, den Sohn des hannoverschen Landesrabbiners, einschloß, einen jungen Mann, den Adler und Hirsch später vergeblich als Landesrabbiner von Oldenburg in Vorschlag brachten.

Oldenburg war Hirschs erste Stelle, von 1830—1841, von da aus ging er nach Emden (1841—1846), dann nach Nikolsburg in Böhmen, bis er 1851 von einer Gruppe wohlhabender orthodoxer Männer nach Frankfurt berufen wurde, um dort eine ihnen gemäße Sondergemeinde zu organisieren. Ursprünglich konnte diese Gemeinde nur als Verein bestehen; alle Juden waren Mitglieder der Gesamtgemeinde, die nun z. T. liberal war. Hirsch versuchte nun, ein Staatsgesetz zu erreichen, das seiner Gemeinde erlaubte, sich völlig von der Gesamtgemeinde zu trennen (1876). Er bestand auf dem Grundprinzip, daß es verboten sei, selbst Mitglied in einer Gemeinde zu sein, in der es eine liberale Synagoge gäbe — auch dann, wenn die Gemeinde auch noch eine zweite, orthodoxe, habe. Wie wir sehen werden, mag ihn ein Oldenburger Erlebnis dazu geführt haben. Seine radikale Ansicht wurde jedoch von führenden Rabbinern der Orthodoxie in Deutschland bestritten, und Hirsch verwickelte sich dadurch nicht nur in einen Streit mit den Anhängern der Reform, sondern auch mit anders denkenden Orthodoxen. Er scheint sich jedoch der Konflikte gefreut zu haben. In seiner Gemeinde gründete er eine Volksschule, die zu einer höheren Schule erweitert wurde, und im ganzen schuf er eine moderne Gemeindeform, die sich auf seiner Theologie aufbaute. Diese verdient eingehendere Betrachtung. Sie wurde in Oldenburg entwickelt und blieb der Leitfaden für Neo-Orthodoxie bis zu unserer Zeit.

Hirschs Oldenburger Zeit prägte ihn. Sie mag sogar die Zeit seiner größten Reife gewesen sein.

Er kam mit 22 Jahren nach Oldenburg, selbstbewußt, orthodox, starrköpfig. Er wurde geprüft und bestand — doch wurde ihm klar gemacht, daß er als Prediger noch zu lernen habe.

Er war kein Diplomat, doch glaubte er, daß man, aufs Recht bestehend, durch Schöntun Wohlwollen und Hilfe des Staates erreichen könne. Dies führte zu einer Krise, die das Überleben des Rabbinats in Gefahr brachte. Doch lernte Hirsch, zu fragen statt zu fordern. Aber zeit seines Lebens nutzte er den Staat zur Erreichung seiner Ziele und war ihm dadurch mehr verbunden als Juden anderer Richtung. Doch ließ sich die Regierung in Oldenburg nicht zum Werkzeug seines Willens machen. Man *half* ihm und erwartete von ihm, daß er die Absichten des Staates, die Anpassung der Juden, mit seinen eigenen verbinde. Daraus entstand allmählich in Hirsch die Würde, die ihm als Staatsdiener dennoch die Distanz erlaubte und ihn zum wirklichen Vertreter seiner Glaubensgemeinschaft machte. In seinen Gemeinden fand er einfache Menschen wie auch gebildete; manche waren der Gegenwart schon weithin angeschlossen, mehr vielleicht als es Hirsch lieb war; andere waren weit davon entfernt und mußten geleitet werden. Hirsch mußte hier vermitteln.

Vor allem mußte er zeigen, daß er — gerade als Orthodoxer — zur Angliederung an den Staat religiös gebunden sei. Daraus entstand seine Theologie.

So dürften die Jahre in Oldenburg seine besten gewesen sein, obgleich er erst später zu



Abb. 9: Samson Raphael Hirsch als Landesrabbiner von Böhmen und Mähren (zw. 1846—1851)
Das Bild entspricht nahe dem aus der Oldenburger Amtszeit, s. S. 120

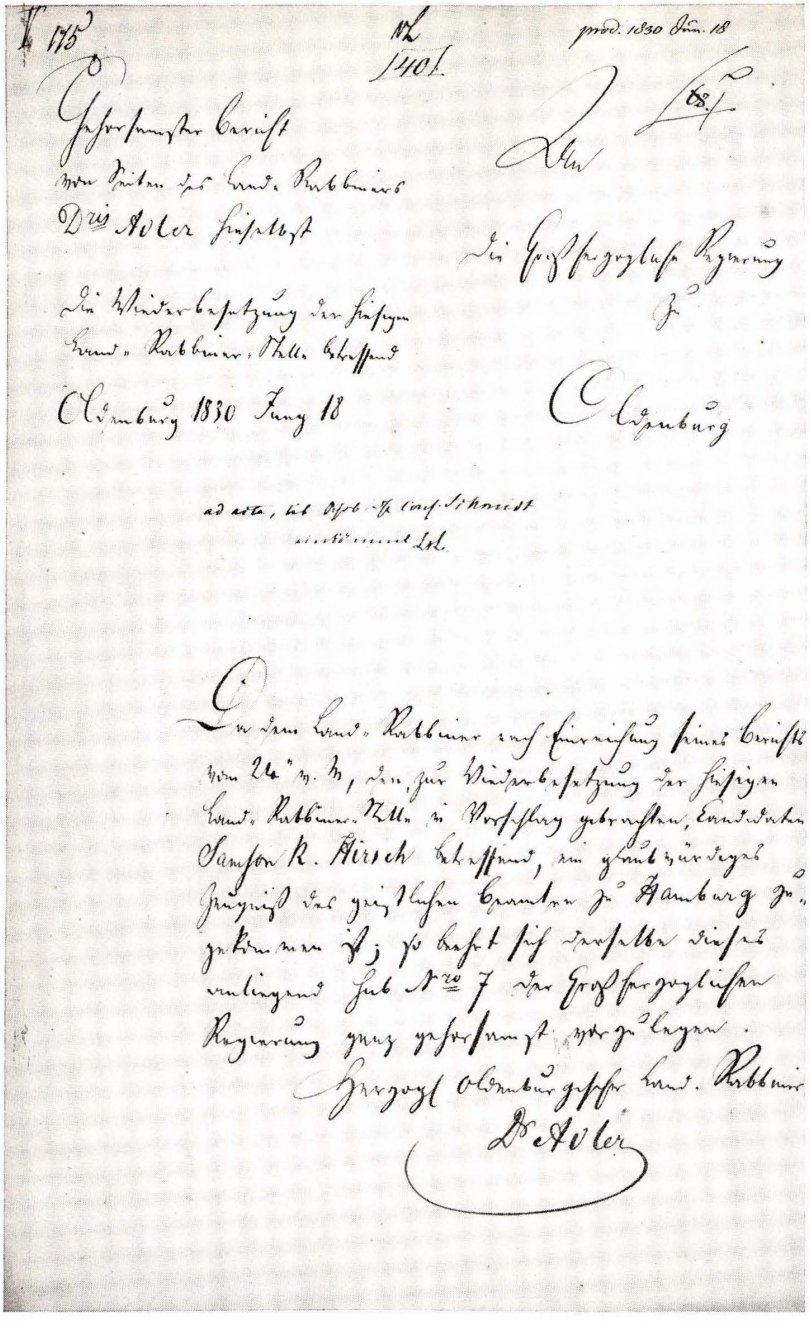


Abb. 10: Schriftprobe: Adler empfiehlt Hirsch als Nachfolger, s. S. 119

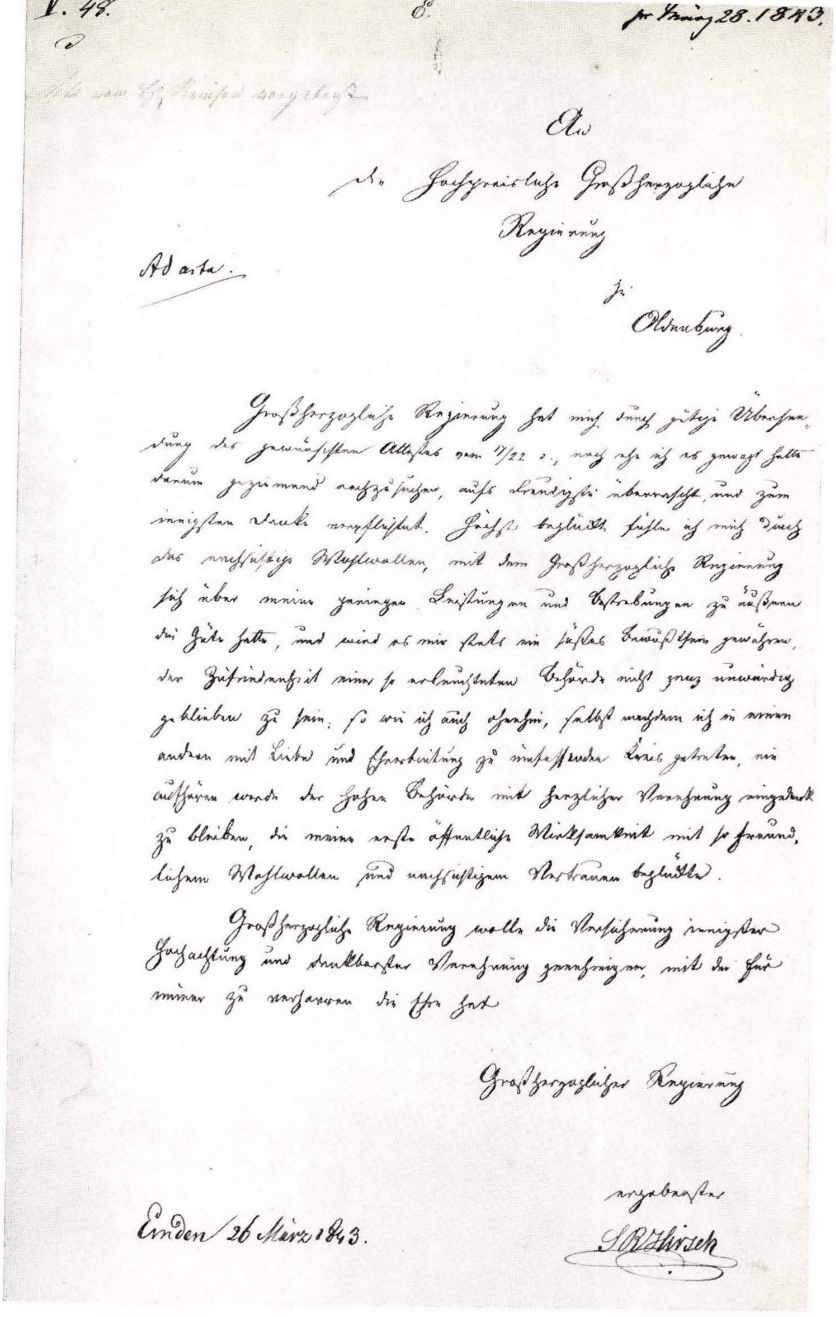


Abb. 11: Schriftprobe: Hirsch dankt der Regierung für ihr günstiges Zeugnis über seine Amtstätigkeit, s. S. 136



Abb. 12: Handgeschriebene Schmucktafel aus dem Jahre 1804
Ostwand, ehemalige Synagoge Ovelgönne, s. S. 106

Ruhm gelangte. In Emden machte man sich seiner als „das Oldenburger Jüngelche" lustig; in Nikolsburg verstand man seine neuen Ideen überhaupt nicht. Man sagte hier von ihm: „In der Regel" sagt „man Tillim (man rezitiert die Psalmen) und lernt Gemore (man studiert den Talmud); aber Hirsch lernt Tillim und sagt Gemore." (Er suchte den Sinn der Schrift zu erschöpfen und wehrte sich gegen die Spitzfindigkeiten im Studium des Talmuds.) In seiner reichen Frankfurter Gemeinde wiederum gab man ihm völlige Freiheit, so daß er weder seinem Temperament noch seiner eigenwilligen Schriftauslegung Zügel anzulegen brauchte.

Hirsch starb 1888 in Frankfurt, ohne sich je persönlich mit Abraham Geiger, dem früheren Freund und späteren Gegner getroffen zu haben, obgleich beide eine Zeitlang in Frankfurt wirkten. Er versuchte nie, ihn zu verstehen. In Oldenburg sah er, trotz aller Kritik, gewisse Teile der Reform noch als wertvoll an.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten fühlte sich Hirsch in Oldenburg wohl. Er gewann Erfahrung und übte Einfluß aus. Es war ihm gewährt, jüdische Volksschulen zu entwickeln, in denen er seine eigenen Erziehungsideen in die Wirklichkeit umsetzen durfte. Aus dieser Erfahrung heraus konnte er später in Frankfurt ein umfassenderes Schulsystem ausbauen. Er stand im Leben der Gemeinschaft. So hielt er eine feurige, patriotische Predigt zur fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Rückkehr des Großherzogs Peter aus russischem Exil. Diese Predigt, in der Vaterlandsliebe, verbunden mit Hirschs eigenen, theologischen Ideen, zum Ausdruck kommt, muß Eindruck gemacht haben. Sie wurde als Broschüre gedruckt und verkauft. („Der Ertrag ist für die zu gründende höhere Bürgerschule bestimmt.") Seine theologischen Schriften erregten großes Aufsehen unter den deutschsprechenden Juden. Durch sein schriftstellerisches Werk brachte er den jungen Heinrich Graetz unter seinen Einfluß. Der junge Mann, der zum grundlegenden jüdischen Historiker werden sollte, lebte dann für eine Reihe Jahre als Schüler und Genosse in Hirschs Haus in Oldenburg und wurde durch Hirsch tiefgehend geprägt.

Oldenburg war die gestaltende, schöpferischste Zeit seines Lebens. Sein weiteres Werk und Wirken beruht auf ihr. Sie mag auch die wertvollste Zeit seines amtlichen Lebens gewesen sein. Seine Entwicklung wurde hier abgeschlossen.

Allerdings gab ihm die Regierung nie ihr volles Vertrauen. Er war zu demonstrativ orthodox. Daher wurden seine Gesuche um Gehaltserhöhung abgewiesen. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen ihn schließlich zum Stellenwechsel.

Die Regierung sucht und prüft

Obgleich Adler Hirsch nachdrücklich empfohlen hatte, sah sich die Regierung genötigt, auch ihrerseits Nachforschungen anzustellen.

Am 27. Juni 1830 erhielt sie ein Schreiben vom Oldenburgischen Consulat in Hamburg, und am 5. Juli ersuchte sie Adler, Hirsch zur Prüfung einzuladen.

Der Consul schrieb: [147]

Auf das Rescript der Großherzoglichen Regierung vom 14. dieses, hat Unterzeich-

147) O.S.A., Best. 70, 3012.

neter die Ehre zu erwidern, daß alle, von verschiedenen Personen eingezogenen Erkundigungen für den fraglichen Samson Raphael Hirsch günstig lauten: derselbe ist aus einer rechtlichen Familie, die streng dem alten System anhängt, doch gibt man ihm einstimmig hinsichtlich seiner Moralität, seines Charakters, seines Fleißes und seiner Kenntnisse das beste Zeugnis, und erwartet, da er in Bonn zu den Studien zugelassen worden, daß er die dort herrschenden gelinderen Ansichten mit den orthodoxen, worin er hier erzogen, zu vereinigen wissen wird, und Juden von beiden Systemen legen eine warme, wohlwollende Teilnahme für den jungen Mann an den Tag.

Großherzoglich Oldenburgisches Consulat, Hamburg den 26. Juni 1830. — Schmidt.

Adler erhielt daher folgendes Schreiben, welches im Entwurf vorliegt.

Über den, von LR Dr. Adler zu seinem Nachfolger vorgeschlagenen Samson Raphael Hirsch aus Hamburg hat die Regierung so günstige Nachrichten eingezogen, daß sie wünschen muß, ihn persönlich kennen zu lernen und über seine ferneren Qualifikationen die nötige Überzeugung zu erlangen. Würde derselbe daher hierher kommen und sich der verordnungsmäßigen Prüfung unterziehen, auch in derselben genügende Proben seiner Kenntnisse an den Tag legen, so würde die Regierung ihn bei Sr. Königlichen Hoheit zum Land Rabbiner in Vorschlag zu bringen kein Bedenken tragen. Der LR. Dr. Adler wird daher ermächtigt, die Überkunft des S. R. Hirsch baldigst zu bewerkstelligen, und erwartet die Regierung demnächst dessen ferneren Bericht. Es ist wünschenswert, daß die Stelle nicht lange unbesetzt bleibe, und wäre daher die Sache möglichst zu beeilen.

Die Prüfung [148]

Von Adler hatte man, auf Anordnung des Großherzogs, lediglich ein Kolloquium verlangt, um seine Grundprinzipien kennen zu lernen. Hirsch jedoch mußte sich einer regelrechten Prüfung unterziehen, die am Nachmittage des 28. Juli 1830 stattfand. Der Generalsuperintendent Dr. Hollmann war gegenwärtig, ebenfalls der Kammerherr Regierungsrat von Lützow, doch lag die eigentliche Prüfung hauptsächlich in Adlers Händen. Das Protokoll der Prüfung übermittelt uns die Fragen, die Adler stellte, aber nur zum Teil die Antworten Hirschs. Aus der Wahl der Fragen können wir daher ebensoviel, vielleicht sogar mehr, über Adler lernen als über Hirsch, denn aus den Fragen ergibt sich Adlers Grundauffassung und die Ideen, auf die er Wert legte. Die Prüfung begann mit der formellen Erklärung — durch den Kammerherrn — des Zweckes der Zusammenkunft. Dann wurde

„die Prüfung zuvörderst von dem Herrn Dr. Adler eröffnet, und damit folgendergestalt verfahren:

Was ist Religion — objectiv — subjectiv — Lehre — Offenbarung — Sitz der Offen-

148) O.S.A., Best. 70, 3012.

barung — Bibel — Stellen welche Menschen vorschreiben, daß sie über das Gegebene, Positive, selbst forschen sollen.
Grundlehren (Glaubens-Artikel) der Mosaischen Religion. Inbegriff der Mosaischen Lehren. Wie viele Grundlehren es gebe? Auf welche die gewöhnlich angenommenen 13 sich reduzieren lassen:
1. Ansichten von der Gottheit — Glaube an Gott. Causalität zur Welt.
2. Zwecksetzung des Menschen. Glaube an die geoffenbarte Lehre.
3. Glaube an Belohnung und Bestrafung. Erziehung des Menschen durch die Gottheit zur Glückseligkeit und Vollkommenheit.
Worin der Glaube an Gott bestehe?
Beweisstellen:
a) Beweise für das Dasein Gottes: der Causalität — den kosmologischen — physiotheologischen — teleologischen — den ontologischen, der Begriff der Vollkommenheit setzt die Existenz voraus.
b) Glaube an die Einheit Gottes. Beweisstellen. Deduction des Beweises. Eigenschaften Gottes — relative — metaphorische Attribute — anthropomorphistische. Wie können die Ansichten über die Gottheit und deren Eigenschaften im Leben dargestellt werden? Nachahmung, Nachstrebung. Beweisstelle für die Verpflichtung der Menschen zu jener Nachahmung. Welche Eigenschaften der Gottheit sich nicht nachahmen lassen.
Was der Mensch tun solle, seine Ausbildung nach der Gottheit zu erreichen? Woraus die Bibel bestehe? So fern sie die Vorschriften Gottes enthält. Ob diese Vorschriften sämtlich auf gleicher Linie stehen? Wodurch sie sich unterscheiden. Wie die Mitteilungen der Propheten sich unterscheiden? Welche von ihnen auf gleichem Standpunkte stehen? Besondere Eigentümlichkeiten des Ezechiel. Worauf die Propheten besonders ihr Augenmerk gerichtet haben. Ob sie gegen das Opfer waren. Ob das Opfer Mittel oder Zweck gewesen. Bedeutung des Opfers.
Was jetzt an die Stelle der Opfer getreten. Gebete. Wie diese beschaffen sein sollen. Genügt das Gebet zur Erfüllung des Willens Gottes?
Welches ist das Ziel, das Gott den Menschen gesetzt hat? Was ist dem Menschen verheißen, wenn er nach diesem Ziel gestrebt hat? Werden den Menschen Lohn und Strafe schon hier zu Teil? und wie fern?
Unsterblichkeit des Geistes. Beweisstellen dafür. Welche Beweise außerhalb der Bibel?
Der Herr Generalsuperintendent Dr. Hollmann fuhr hierauf mit der Prüfung folgendermaßen fort:
Was gehört zur Religions Erkenntnis: a) was muß ich glauben? — moralische Nötigung zum Glauben an Gott. Existenz der Dinge.
b) wie soll ich gegen das durch meinen Glauben mir gegebene höchste Wesen im Leben mich verhalten in Gesinnung und Handlung? — Tröstung in Leiden.
c) was darf ich hoffen im Tode?
Kann man das Sein Gottes erweisen? Argumente, Postulat der praktischen Vernunft, moralischer Beweis.
Wir sollen Gott nicht nachahmen, *sondern ihm* ähnlich zu werden *suchen in welchen Eigenschaften?*

Gebrauch der Bibel. Was ist herauszuheben für die Gemeinde, zur Besserung, Erziehung, Belehrung. Wonach entscheidet man was nützlich ist? Wozu nützen die Genealogien in der Bibel? Haben sie praktischen Nutzen? Deutung einzelner Bibelstellen für die Gemeinde.

Was in der Disciplin der israelitischen Gemeinde geschehen könne. Mittel den Besuch des Gottesdienstes zu bewirken. Copulation. Aufgebot. Disciplinarstrafen. Exposition des 34. Psalms durch den Candidaten.

Nachdem hiermit die Prüfung beendigt und der Candidat abgebeten war, erklärte der Herr Dr. Adler auf desfällige Aufforderung:

Wie er den Candidaten, nach den heute hier abgelegten Proben seiner wissenschaftlichen Kenntnisse, wie so wohl als nach dem, was er aus sonstigen mündlichen Gesprächen mit demselben über seine wissenschaftliche und moralische Bildung überhaupt abgenommen, seiner innigsten Überzeugung nach wohl für tüchtig zur Wahrnehmung des Amtes eines Land Rabbiners halten müßte. Der Candidate habe bereits in der hiesigen Synagoge gepredigt, und sei nun eher am äußeren Vortrage als an dem Gehalt der Predigt etwas auszusetzen gewesen.

Der Herr General Superintendent Dr. Hollmann äußerte sich dahin, wie er jenem Urteile des Herrn Dr. Adler beitrete, so weit er aus der heutigen kurzen Unterredung mit dem Candidaten über dessen Fähigkeiten urteilen könne.

Der Candidate wurde hierauf wieder vorgerufen, und demselben von dem Herrn Kammerherrn Regierungsrat von Lützow eröffnet: daß er für jetzt mit einer schlüssigen Resolution nicht versehen werden könne; über seine Anstellung als Land Rabbiner indeß nunmehr an Seine Königliche Hoheit den Großherzog berichtet werden solle, und Candidat sonach weitere Verfügung zu gewärtigen habe. Womit geschlossen . . .“

Dr. Hollmann und Dr. Adler setzten ihre Unterschriften unter die des Sekretärs.

Die Prüfung gibt uns einen Einblick in *Adlers* Theologie, die in seinen Fragen zum Ausdruck kommt; gleichzeitig läßt sie uns fragen, wieweit Hirschs Theologie in Wirklichkeit Adlers ist. In seinem Grundwerke „Neunzehn Briefe“ erweitert Hirsch lediglich die Gegenstände, die in der Prüfung behandelt wurden. Das wird später gezeigt werden.

Grundlegend ist es von Bedeutung, daß Adler unmittelbar den Grundfehler in Hirschs praktischer Veranlagung verstand: seine Sprache: „am äußeren Vortrage sei auszusetzen gewesen.“ Hirschs Sprache ist eigenwillig und verschroben. Das blieb so. Es dürfte seiner Gemeinde in Oldenburg schwer gewesen sein, ihm zu folgen. Sicherlich hat Adler darüber mit ihm gesprochen, doch nahm Hirsch dessen Ratschläge offenbar nicht an. Seine Sprache war ein Spielen mit Worten und ihrem Sinn, das erlaubte ihm, ihnen oftmals einen neuen Sinn zu geben. Darüber hinaus ist sie so verwickelt, daß sie schwer zu lesen ist. Doch war das nicht ein Fehler in seiner Ausbildung, vielmehr war es das Spiegelbild seiner Eigenwilligkeit, ein Abbild seines Charakters. Das zeigte sich schon in Oldenburg. Wieweit er dabei von Bernays beeinflußt war, können wir nicht wissen, da Bernays nichts Schriftliches hinterlassen hat.

Adlers Prüfungsfragen waren ganz systematisch aufgebaut und so gewählt, daß sie der

christlichen Kommission einen Einblick in Hirschs wissenschaftliche Ausbildung geben konnten.

Er begann mit den Ideen, die die Gegenwart seiner Zeit beschäftigten. Schleiermachers Definition der Religion als absolutem Gefühl der Abhängigkeit kam dabei sicher zur Sprache. Die Notwendigkeit eines Studiums nichtjüdischer Theologie wurde dabei herausgestellt.

Von da aus zeigte er, als Parallele, die jüdische Auffassung, nach der die Liebe zum Nächsten Inbegriff der Religion ist.

In seinen Prüfungsfragen über Gott behandelte er die Grundlagen traditioneller jüdischer Ideen: Gott der Offenbarer, der Mensch ist an die Offenbarung gebunden und muß — als Mitarbeiter Gottes in der Welt — Gottes Gebote erfüllen. Lohn und Strafe sind die Folgen menschlichen Tuns.

Darauf ging Adler wieder zur allgemeinen Theologie über: die Gottesbeweise, wie sie sich durch die Philosophie hindurchziehen: von Anselm von Canterbury zu Thomas von Aquino, zu Descartes usw. Dem folgte in größerem Detail eine Besprechung der Theologie des großen jüdischen Philosophen Maimonides: wir wissen, daß Gott ist, nicht was er ist, eine sogenannte negative Theologie. Dabei mögen die Einflüsse des Griechentums auf Maimonides zur Sprache gekommen sein.

Das Leben als „imitation dei", Nachahmung Gottes, ist eine Aufgabe, die sowohl im katholischen als auch im jüdischen Lehrgut zu finden ist. (Talmud: Wie Gott barmherzig ist, so sei du es, wie er gnädig ist, so sei du es, usw. . . .)

Es folgte eine Auseinandersetzung mit der Reform, die behauptete, daß die Propheten den Opferdienst als unnötig betrachteten, während die Orthodoxie den Standpunkt vertrat, daß Opfer *ohne* Sozialgerechtigkeit nutzlos seien, daß jedoch beide nötig seien. Da die Reform sich auf das Gebet und die Ethik beschränkte, wurde durch Adlers Frage die Unbedingtheit der Gesetzesbefolgung hervorgehoben. Verbunden damit war Ezechiels Nachdruck auf die Seelsorge für den einzelnen, die Möglichkeit der Erneuerung durch Buße (das Tal der toten Gebeine) und die Ablehnung der Erbsünde.

Das Ziel wird sowohl in dem Streben nach einer besseren Gesellschaft wie auch in der Verheißung der künftigen Welt gesehen. Adler behandelt nur die Unsterblichkeit des Geistes, nicht die des Körpers.

Hollmann vertieft sich in Kant: Gott als Postulat der praktischen Vernunft, aus der sich eben auch die Unsterblichkeit der Seele wie auch Lohn und Strafe als *moralische Postulate* ergeben. Nachdem der Mensch, nach Kant, nicht wissen kann, was Gott ist, denn Gott kann nicht vernunftmäßig bewiesen werden, so kann er ihn nicht nach*ahmen*, jedoch im praktischen Leben nach*streben*. Der Rest der Fragen Hollmanns erinnert an das Kolloquium; sie dienen der Klarstellung von Hirschs praktischer Einstellung: Bibel als Lehre des Menschentums, praktische Fragen des Gottesdienstes und der Gemeindeführung.

Hirschs Wahl des 34. Psalms war geschickt. Der Psalm verkündet den Dank an Gott: Gott ist Retter, er antwortet, erquickt, hilft und schützt. Irdische Güter sind nutzlos, Vertrauen auf Gott vertreibt Not und Mangel.

Dem folgt die Verwarnung gegen üble Nachrede, der Ruf, vom Bösen zu lassen, das

Gute zu suchen, die Ankündigung von Lohn und Strafe und — schließlich die Erlösung der Seele des Gerechten durch Gott.
Das Religiöse und Soziale sind hier in Synthese miteinander verbunden. Dazu der Ruf: „. . . laßt uns miteinander seinen Namen erhöhen", eine Aufforderung, die Christen und Juden verbindet.
Hirsch suchte durch gute Auslegung alle vorangegangenen Fragen und Ideen nochmals zusammenzufassen und seine eigene Auffassung von Religion und praktischer Religionsarbeit zu vertiefen.
S. R. Hirsch wurde berufen. Über seine Theologie, die sich auf die Ideen der Prüfung stützt, wird zu sprechen sein. Zuvor jedoch soll von seinem äußeren Schicksal die Rede sein. Es war nicht leicht für ihn, und zwar zum Teil durch den Charakter seiner Persönlichkeit, aber auch, weil er es mit Regierungsbeamten zu tun hatte, die weder ihm — vor allem als dem streng Orthodoxen — noch der Idee des Landesrabbinats mit Wohlwollen gegenüber standen. Dem Herzog blieb die endgültige Entscheidung.
Die Ursache lag in der Armut der jüdischen Landesgemeinde. Hirsch hatte es schwer, sein ihm zukommendes Gehalt zu bekommen, aber er war auch in seinen Gesuchen an die Regierung sehr ungeschickt. Die Administration, die ja auf einen Landesrabbiner gedrungen hatte, war nämlich nicht bereit, das Amt zur damaligen Zeit finanziell zu stützen. Durch diese Diskrepanz entstanden Folgen, die die Geschichte des Landes und das Geschick seiner Juden beeinflussen sollten.

Der Kampf ums Überleben des Rabbinats

Mit der Verordnung von 1827 wurden die Schutzgelder der Juden, die bisher der Landeskasse zugeflossen waren, zur Zahlung des Rabbinergehaltes bereitgestellt. Weitere Zuschüsse von seiten des Landes wurden nicht bewilligt. Bei Adlers Amtsantritt wurde ihm ein jährliches Gehalt von 500 Rt. und ein Wohnungszuschuß von 100 Rt. gewährt. Es war ein bescheidenes Gehalt, dennoch mußte es aufgebracht werden. Wohlhabende Familien gab es unter den Oldenburger Juden nur sehr wenige. Die Gemeinden waren neben der Besoldung des Landesrabbiners mit der Aufrechterhaltung ihrer Synagogen, Friedhöfe, Lehrer und Schulen sehr belastet. Nach wie vor konnte die Regierung in Einzelfällen die Zahlung des Schutzgeldes ganz oder teilweise, dauernd oder zeitweilig erlassen. Der Staatskasse bedeutete das wenig. Aber seit 1827 hing der Unterhalt des Landesrabbiners davon ab. Wie aus den Berichten hervorgeht, hatte Adler keine Schwierigkeiten gehabt. Der Rechnungsführer Schwabe streckte ihm die nötigen Summen aus seiner eigenen Tasche vor. Aber Schwabe lebte nicht mehr; dazu hatte Hirsch wohl nicht die persönliche Anziehungskraft, Sympathien zu wecken. So kam er bald in finanzielle Schwierigkeiten, weil der zur Verfügung stehende Etat der Gemeinde zur Zahlung des Gehalts offenbar nicht reichte. Außerdem mußte er seine Wohnung aus eigenen Mitteln instand setzen. Hier bestand ein wirklicher Notstand.
Jetzt beging Hirsch einen taktischen Fehler, denn es fehlte ihm an persönlichem Geschick. War er nicht Staatsbeamter? Hatte er daher nicht die Rechte, die Staatsbeamten zukamen? Statt sich erst einmal mit seiner Gemeinde zu verständigen, wandte er sich an

die Regierung, und zwar mit der Forderung, daß die Regierung darauf sehe, daß ihm sein Gehalt voll gezahlt würde. Gleichzeitig bestand er darauf, daß dieses Gehalt ihm vierteljährlich praenumerando zugesichert würde. Die Institution des Landesrabbinats hatte sich jedoch noch nicht genügend durchgesetzt, weder bei den Juden noch bei der Regierung. So wäre Diplomatie nötig gewesen, aber diese lag Hirsch nicht. Er drängte immer wieder. Die Regierung wurde unwillig. Nachdem sie versucht hatte, die Eintreibung der Gelder zu beschleunigen, was ihr nicht gelungen war, und nachdem sie versucht hatte, den Herzog für einen Zuschuß zu gewinnen, was derselbe abgelehnt hatte, sah sie keinen Ausweg mehr. Der Unwille richtete sich gegen Hirsch, der ihn nicht verdiente und dennoch insofern doch schuldig daran war, als er eben zu sehr auf seine Rechtsstellung gepocht hatte. Man bedeutete dem Rabbiner, daß er jederzeit gehen könne, wenn es ihm in Oldenburg nicht gefalle. Über die Neubesetzung des Landesrabbinats machte man sich keine Gedanken, im Gegenteil, man fragte sich, ob es ohne einen Landesrabbiner nicht auch gehen würde. Die Krise war da.

Hirsch schrieb direkt an den Großherzog, dem er sein Gesuch persönlich vorlegte. Der Brief gibt einen Einblick in Hirschs Charakter und Stil; es war ein überschwenglich ergebener Brief mit philosophischen Ideen und sprachlich so kompliziert, daß er schwer zu lesen war. Hirsch bestand auf seinem Recht und hoffte, es durch Schmeichelei zu erhalten. Das Ergebnis war nicht gut.

Hirsch schrieb: [149]

„Durchlauchtigster Großherzog! Gnädigster Herr!

Seit neun Monaten ist mir das schätzenswerte Glück zu Teil mich unter die Zahl der Diener Ew. Königlichen Hoheit zählen zu dürfen, und wenn ich es heute zum erstenmale wagen muß mich an Höchstdieselbe zu wenden, so muß mir innigst schmerzlich sein, daß ich da in einer Angelegenheit das Allergnädigste Gehör Ew. Königlichen Hoheit in Anspruch nehmen muß, die nur lediglich mich selbst betrifft. Doch das Vertrauen auf Höchstihre weise Milde und gütige Gerechtigkeit läßt mich hoffen, Höchstdieselben wollen mir die in untertänigster Ehrerbietung gewagte Vorstellung nach Ihrer Güte nicht verargen.

Aus anliegenden Abschriften geruhen Königliche Hoheit zu ersehen, wie auf mein auf ein am 20. d.M. ganz gehorsamst bei Großherzoglicher Regierung eingereichtes Gesuch um geneigte regelmäßige Feststellung meiner Gehalts Erhebung am 21/23 d.M. zurückfügend die Alternative gestellt worden dem mir allerhöchst übertragenen Amte als Landrabbiner auch fernerhin vorzustehen, dabei jedoch in gänzlicher Ungewißheit über die Erhebung der zu meinem Unterhalte angewiesenen Summe zu bleiben, da die Fonds aus denen Großherzogliche Regierung meinen Gehalt bestreite nur spärlich ausreichten; — oder — auf Entlassung von diesem Posten anzutragen. —

So überraschend und unerwartet dieser von Großherzoglicher Regierung erteilte Bescheid mir sein muß, und so sehr er, nach meiner sich gerne bescheidenden Über-

149) O.S.A., Best. 70, 3012.

zeugung, gewiß nicht unbilligen Ansprüchen zu Nahe zu treten scheint; — sehe ich mir keinen anderen Weg offen als so untertänigst als ehrerbietigst mit meiner gehorsamen Vorstellung mich unmittelbar an Königliche Hoheit zu wenden. Bin ich im Irrtume, so habe ich das unverbrüchliche Vertrauen zur weisen Nachsicht Ew. Königlichen Hoheit, daß Höchstdieselben mir meinen Irrtum verzeihen mögen; — irre ich nicht, so habe ich gewiß — in Zuversicht auf höchstderselben weisen Gerechtigkeit nichts weiter hinzuzufügen. —

Ich konnte und kann mich nämlich der Überzeugung nicht entschlagen, daß ich, in Vermittelung Großherzoglicher Regierung durch Allerhöchstes Rescript von Ewr. Königlichen Hoheit nachsichtiger Gnade zum Landrabbiner ernannt, auch derselben Allerhöchsten Autorität das zu meinem Unterhalt allergnädigst bestimmte Gehalt zu verdanken haben solle; das sich demnach auf einen absoluten, persönlichen Anspruch gründe, unabhängig von der Existenz oder Nonexistenz irgend einer Kasse. — „Persönlich" in so fern jede Behörde dem Begeiste nach Persönlichkeit hat, und ihre wirkliche Persönlichkeit in der alles vereinigenden Königlichen Hoheit meines allergnädigsten Landesfürsten findet.[150] *Wenn die Großherzogliche Regierung nun diesen Gehalt aus einer bestimmten Kasse bestreitet, so dürfte dies als eine rein administrative Anordnung, wohl keinen Einfluß auf meine Gehalts Erhebung haben, denn somit wäre mein Anspruch ein sachlicher, kein persönlicher, und mit dem möglich gänzlichen Erlöschen dieser Kasse auch das gänzliche Erlöschen meines Anspruchs bedingt, was doch gewiß das Rechtsgefühl eines Jeden keinen Augenblick zu verneinen Anstand nehmen wird.—*

Was das Antragen auf meine Entlassung betrifft, — so — kann ich's freilich nicht erweisen, in wie weit ich mir etwa schmeicheln dürfte in der kurzen Zeit meiner Amtsführung die Zufriedenheit meiner Oberen nicht verscherzt zu haben, und werde ich, bin ich mir gleich keiner wissentlichen Vernachlässigung einer Pflicht bewußt, jede gütige Zurechtweisung mit dem gebührenden innigen Dank zu schätzen wissen; — doch auf meine Entlassung antragen — kann und darf ich jetzt nicht. Hätte ich jetzt nicht bereits an mein Geschick dasjenige einer anderen Person geknüpft[151]*; — oder ständen mir auch gleich, und wenn auch pekuniär weit vorteilhaftere Wirkungskreise offen; — ich glaube dem Besten der Sache schuldig zu sein, für welche ich die Fürsorge in meinem Eide übernommen; — die Zeit meines Wirkens ist noch so kurz, — die Möglichkeiten dem Ganzen einige Stabilität zu erringen, waren bis jetzt noch prekär: daß mein Streben bis jetzt nur nur größtenteils Streben — Wünschen hat bleiben müssen, wahrhaftes Schaffen nur selten, nur im Einzelnen werden konnte. — Nur wenn der Himmel für das, was nun einmal Streben und Beruf meines Lebens ist, mir einmal einen größeren, umfassenderen Kreis des Wirkens anweisen sollte, nur*

---

150) Hier beruft sich Hirsch auf Hegel, nach dem der Monarch alle Persönlichkeiten des Staates in sich vereinigt. Der Herzog, der Hirsch berufen hat, ist Herr aller Kassen und aller Personen, und Hirsch ist daher rechtlich zum Gehalt aus dem allgemeinen Budget berechtigt, und wird so berechtigt sein, selbst wenn das Schutzgeld einmal abgeschafft wird. Statt an das Gefühl des Herzogs zu appellieren, erhebt Hirsch seinen Fall zu einem Prinzip des Rechts — ein nicht sehr kluges Vorgehen.

151) Hirsch hatte sich verlobt, s. u.

dann könnte ich mich, so lange mir unter der beglückenden Herrschaft meines Königlich Hohen Gebieters, mein nötiges Auskommen gesichert ist, veranlaßt finden um meine Entlassung nachzusuchen. — Ein solcher umfassender Wirkungskreis steht mir diesen Augenblick nicht offen; — und daß mein nötiges Auskommen hier auf eine Weise gesichert werde, daß es meine Existenz möglich mache — darf ich ja wohl — befinde ich mich nicht im Irrtum — von der gnädigen Gerechtigkeit meines Königlich Hohen Gebieters erhoffen.[152]

Ich darf daher wohl wagen auf diese meine ganz untertänigst gehegte Überzeugung gestützt, Königliche Hoheit, so ehrerbietig als untertänig, mit dem bescheidenen Gesuche anzurufen:

> *Königliche Hoheit wolle nach höchster weiser Gerechtigkeit baldigst zu verfügen geruhen, daß der mir von Allerhöchsten Gnade zu meinem Unterhalte bestimmte Gehalt regelmäßig praenumerando quartaliter ausgezahlt werde, da nur auf diese Weise, was ja überhaupt Gehalt bezwecken soll, meine Existenz hier gesichert werden kann.*

Königliche Hoheit wolle gnädigst die Freiheit die ich mir genommen nach Höchstihrer gütigen Milde entschuldigen, und die ungeheuchelte Versicherung meiner unerschütterlichen Treue und verehrenden Ergebenheit anzunehmen geruhen, mit der ich verharre
Durchlauchtigster Großherzog Gnädigster Herr!
untertänigst ergebenster
S.R. Hirsch, Landrabbiner
Oldenburg 1831 März 27."

Gerade durch seine Ergebenheitsbeteuerungen wirkt der Brief irritierend. Hirsch mag recht gehabt haben, dann hätte er aber nicht so unterwürfig zu sein brauchen. Er hätte ruhig sagen können, daß er ordentlich im Amte gearbeitet habe. Hätte er mehr Einfühlungsvermögen gehabt, dann hätte er seine persönliche Not hervorgehoben. Auf Rechtsgrundsätzen bestehend, mußte er als Querulant erscheinen, und das war es ja gerade, was die Regierung an ihm auszusetzen hatte, wie wir sehen werden. Das konnte er jedoch sein ganzes Leben lang nicht erkennen. Daß man sich über eine vom Großherzog eingesetzte Regierung nicht dem Fürsten gegenüber beklagt, hätte ihm ebenfalls klar sein müssen.

Das Gesuch führte daher gerade zum Gegenteil dessen, was Hirsch erhofft hatte. Über seiner Unterschrift „August" verlangte der Herzog am 10. Juni 1831 eine Äußerung der Regierung über vier Rechtspunkte:

1. welche Zusicherung dem Supplikanten bei seiner Anstellung hinsichtlich seines Gehaltes erteilt sind?
2. ob ihm solche praenumerando zugesichert und bisher bezahlt worden?
3. welche Maßregeln zur Beitreibung der Schutzgelder getroffen sind? und

---

152) Was Hirsch wirklich sagt, ist dies: Er hat sich verlobt, er hat keine andere Stelle, er hat noch nicht genügende Beweise seiner Erfolge bringen können; da er keine neue Stelle hat, möchte er gerne in Oldenburg bleiben und die Gemeinden ausbauen. Sollte er aber einen Ruf von einer größeren Gemeinde bekommen, so wird er ihn annehmen. Inzwischen möchte er sein Gehalt regelmäßig haben.

4. ob bei der Anstellung des Landesrabbiners eine Kündigung vorbehalten worden?
Hirsch stützte sich auf das Recht, und der Herzog nahm ihn beim Wort. Es fragt sich, wer den Herzog in seiner Fragestellung beriet? War es nicht ein Mitglied der Regierung? Die vierte Frage war vor allem verhängnisvoll. Bisher hatte die Regierung dem Landesrabbiner nur mitgeteilt, daß sie seinen Rücktritt annehmen würde; nun aber wurde die Frage aufgeworfen, ob man ihn einfach entlassen könne.
Die Antwort der Regierung hätte in der Tat zur Auflösung des Landesrabbinats führen können; die Empfehlung lag vor. Ein gehässiger Ton, den Juden und insbesondere Hirsch gegenüber, liegt darin.
Die Regierung schrieb an den Großherzog: [152a]

Der Höchsten Aufgabe vom 10/11 Juni gemäß ermangelt die Regierung nicht, über die wieder anliegenden Vorstellung des Landrabbiners Hirsch, die Erhebung seines Gehaltes betreffend, Nachfolgendes untertänigst zu berichten:
Der LR. Hirsch ist genau auf dieselbe Weise wie sein Vorgänger, Dr. Adler, von der Regierung engagiert. Diesem wurden jährlich 500 Rt. Gehalt plus 100 Rt. Gold für Wohnung mit Höchster Genehmigung zugesichert, und ist dem jetzigen Landrabbiner bei seiner Beeidigung lediglich bemerklich gemacht worden, daß er in die Verpflichtungen und Berechtigungen seines Vorgängers eintrete. Dieser bezog seinen Gehalt successive, so wie Schutz- und Beitrages Gelder einkamen, von dem damaligen Rechnungsführer Kaufmann Schwabe, welcher mit seiner Kasse aushalf, wenn etwa die Beträge spärlich eingingen. Seitdem derselbe gestorben, und sein Sohn zu solchen Vorschüssen nicht mehr geneigt oder im Stande war, hat die Regierung wegen Auszahlung des Land Rabbiner-Gehalts manche Schwierigkeiten gehabt, und endlich dem Regierungs-Revisor Mierer die Auszahlung und Rechnungsablage aufgetragen. Von diesem würde nun auch vierteljährlich die Zahlung an den Landrabbiner geleistet werden können, wenn die Beträge nicht gar so spärlich — besonders in diesem verflossenen Jahre — eingegangen wären, allein so blieb, besonders da Ew. Königliche Hoheit den untertänigsten Antrag, einen Vorschuß von 200 Rt. aus Herrschafts-Kasse bewilligen zu wollen, zurückwiesen, nichts anderes übrig, als nun immer successive die kleinen eingegangenen Summen dem Landrabbiner auszuzahlen, der dadurch natürlich in Verlegenheit geriet, und diese dem Departements-Rat mit einer, seinen Glaubensgenossen eigentümlichen Beharrlichkeit vorzutragen nicht verfehlte. Dieser konnte ihn jedoch nur mit dem Wunsche, daß die jüdische Gemeinde prompter zahlen möge, vertrösten und tat durch Erinnerung an die Ämter auf andere Weise alles Mögliche um der Not des armen Supplikanten zu begegnen. Allein sofern derselbe wünscht für die Zukunft seinen Gehalt stets quartaliter und praenumerando auf den Tag zu empfangen, er hat dies der Regierung dringend vorgestellt! hat diese ihm, da sie dies zu versprechen nicht im Stande ist, diejenige Resolution zugehen lassen müssen, über welche er sich beschwert, und welche durch das Vorhergehende genugsam gerechtfertigt erscheinen wird.

152a) O.S.A., Best. 70, 3012.

Was die besonderen Punkte betrifft worüber die Höchste Aufgabe einen Bericht fordert, so ist:
ad 1. dem Land Rabbiner Hirsch lediglich bemerklich gemacht, daß er wegen seines Gehaltes ganz so wie sein Vorgänger, welcher 500 Rt. Gold Gehalt und 100 Rt. Gold für Wohnung erhalten habe, gestellt werden solle.
ad 2. ist eine Zahlung praenumerando weder vorgesehen (?) noch je geschehen, sondern eigentlich nur stets so wie die Gelder eingingen, successive die Auszahlung verfügt.
ad 3. die Schutzgelder, sowohl als die übrigen Beiträge der jüdischen Gemeinde zum Gehalt des Land Rabbiners werden von den Amtseinnehmern gehoben, und an den Regierungs-Revisor eingesandt, der dann davon den Gehalt auszahlt und jährlich Rechnung ablegt. (Nb. vom Revisor sind die Summen auszufüllen). Erstere betragen 463 Rt. 5 Gr. Letztere 353 Rt. Allein im vorigen Jahre haben 224 Rt. 12 Gr. erlassen werden müssen, und 37 sind noch ausständig. Sie werden beigetrieben, wie alle anderen Herrschafts Abgaben.
ad 4. Da bei der Anstellung des vorigen LR eine Kündigung nicht vorbehalten war, so ist dies auch bei Beeidigung des Jetzigen nicht geschehen, ob aber diese bei bei einem, mit einer Bestallung nicht versehenen, eigentlich mittelbaren Staatsdiener sich nicht von selbst verstehe, verstellt die Regierung zum Höchsten Ermessen, und erlaubt sich dabei nur die Bemerkung, daß ohne Landrabbiner, besonders, wenn er wie der Jetzige ein strenger Anhänger seines Glaubens ist, der Zweck, die Juden den christl. Untertanen möglichst zu nähern, und sie von ihren eigentümlichen Sitten und Gewohnheiten zurückzubringen, besser erfüllt, und für Jenen zu verwendende Gelder für Verbesserung der jüdischen Schulen überhaupt besser angewendet sein dürften, wie sich wenigstens die jetzigen Mitglieder der Regierung überzeugt halten ... Juni 24, 1831"

Der Großherzog schien dieser Auslegung nicht gefolgt zu sein, Hirsch wurde nicht gekündigt, doch erhielt er auch keine finanzielle Hilfe und mußte schlecht und recht sein Leben fristen. Man mag dem Großherzog danken, daß das Rabbinat weiter bestand. Dennoch erscheint es, daß, auf der Grundlage einer anti-jüdischen Animosität, die Regierung eine tiefe Abneigung gegen Hirsch gefaßt hatte. Er verstand es nicht, mit Menschen umzugehen. Hätten die Juden ihn geliebt, wie sie Adler liebten, so wären die Schwierigkeiten überhaupt nicht entstanden, und mithin keine Krise. Man hätte ihm das Gehalt vorgestreckt. Hirsch war in der Tat in Schwierigkeiten, doch waren dieselben nicht so groß wie es von seinem Gesuche erscheinen mochte. Er konnte seine Bezahlung nicht praenumerando erhalten, darauf hätte er vorläufig verzichten sollen. Die Institution des Rabbinats war neu, sie mußte sich erst einmal bewähren. Das konnte Hirsch nicht sehen. Die Kasse verfügte über 592 Rt. und hatte die Hoffnung, noch 37 Rt. einzuziehen, im ganzen also 629 Rt. Von dieser Summe konnte das Gehalt, die Wohnungszulage und eine Amtsreise, die etwa 25 bis 30 Rt. kostete, bestritten werden. Wäre er diplomatischer gewesen, hätte die Regierung vielleicht nochmals einen herzoglichen Vorschuß befürwortet; aber er hatte die Regierung ja dem Herzog gegenüber angegriffen.

So kam es denn zu der seltsamen Gesetzesauslegung, daß Hirsch vielleicht doch gekündigt werden könne. Der Wunsch wurde zum Vater des Gedankens.
Hirsch blieb, doch er wurde von nun an sehr streng überwacht. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage: Hat ihn die Anklage, Orthodoxe könnten zur Verbesserung der Juden nicht beitragen, vielleicht gerade zum Schreiben seines grundlegenden Werkes, „Neunzehn Briefe über das Judentum" veranlaßt? Denn hier wollte er und sollte er zeigen, daß eine Angleichung und Verwurzelung an den Staat und die Gesellschaft aus der traditionellen jüdischen Religionsauffassung geradezu erwächst. Das Erlebnis und die Krise wurden zum Anstoß für sein Werk und zur Grundlage seiner Bedeutung.

Jahre innerer Ausgleichung

Die Krise mag so zum schöpferischen Anstoß geworden sein, denn Hirschs grundlegende Werke stammen aus Oldenburger Zeit. Die Lebensbedingungen mochten ihn ebenfalls beeinflußt haben, Synthesen zu schaffen, die sich in seinem Werke spiegeln. Er mußte lernen, mit Christen wie mit Juden umzugehen, mit gebildeten wie ungebildeten Menschen, mit fortschrittlichen wie traditionellen und selbst rückständigen Gemeindemitgliedern. Die Regierung erwartete Resultate. So legte Hirsch seiner Tendenz zur Eigenwilligkeit die Zügel an und mäßigte den Überschwang seiner Unterwürfigkeits*erklärungen* gegenüber der Regierung. Ganz überwand er sie nie, der Eigenwille brach immer stark durch.

Hirschs häusliche Affären

Wie er schon in seinem Gesuch an den Großherzog erwähnt hatte, war Hirsch verlobt. Nun wollte er sich verheiraten. Auf Grund der Judenverordnung bedurfte er dazu der Erlaubnis. Sein Schreiben an die Regierung ist immer noch sehr untertänig, mit einem Unterschied: Hirsch sucht um Erlaubnis nach, *nachdem* der Termin der Heirat schon festgesetzt ist, und beruft sich auf die Forderung des Judentums, die verlangt, daß der Rabbiner verheiratet sein sollte.[153]

„In einigen Wochen, so Gott will, wünsche ich mich mit Johanna, Tochter des Herrn Marcus Jüdel in Braunschweig zu verheiraten, und verfehle nicht, indem ich meiner verehrten Regierung hiervon pflichtschuldigst Anzeige mache, um höchstderselben geneigte Zustimmung ganz gehorsamst nachzusuchen, die mich die weise Güte Großherzoglicher Regierung erhoffen läßt, zumal da schon meines Standes als Rabbiner halber Verheiratung von mir gefordert wird.
Wolle Großherzogliche Regierung zugleich die Versicherung der aufrichtigsten Verehrung genehmigen von Höchstderselben gehorsamst ergebenster S.R. Hirsch, Landrabbiner." — 29. August 1831

Die Erlaubnis wurde am 30. August gewährt.
Äußere Schwierigkeiten ließen ihm keine Ruhe. 1834 beschwert er sich mit energischem[154]

153) O.S.A., Best. 70, 3012.
154) O.S.A., Best. 70, 3012.

Takt über seine Wohnungssituation. Die Formalitäten sind auf ein Minimum beschränkt, statt dessen spricht er in verständlichen Worten von seiner wirklichen Not.

„Bei meiner Aufnahme hierselbst wurde mir freie Wohnung zugesagt, und zwar so, daß die Großherz. Regierung der Gemeinde ein Bestimmtes zahle wofür diese mir Wohnung zu halten habe; — ich glaube sehr im Recht des Mieters gegen die Gemeinde zu stehen, da die Regierung gleichsam für mich die Miete entrichtet... Ich habe das Haus nicht in anständig-wohnlichem Zustand erhalten; teils jedoch, weil ich des hiesigen Rechts unkundig, noch mehr aber, weil mir zuwider war, gleich in der ersten Zeit meines Hierseins über Geldverhältnisse zu diskutieren, habe ich anfangs, was mir auf wiederholtes Anfordern nicht geleistet wurde auf meine eigenen Kosten machen lassen, und so wohl an 6 bis 8 L'dor mindestens für Maler, Tapezierer, etc. verausgabt. Nachdem das Haus von der Gemeinde gekauft, und der Gemeindevorsteher Ballin die Leitung bekam, änderte sich dies in etwas, daß mindestens das was die augenblickliche Not erforderte, gemacht wurde; aber jedes andere jedoch, wenn es auch noch so sehr zur anständigen Wohnlichkeit des Hauses gehört, muß erst vielfach gesprochen werden, und auch dann unterbleibt's nicht selten; so wird mir jetzt die anständige Instandsetzung meines Fußbodens verweigert. Ich erkenne gern und mit Achtung das Prinzip der Sparsamkeit an, das den Gemeindevorsteher leitet, wie ich ja auch selbst verbunden bin, ihn darauf zu verpflichten, ich weiß aber zwischen weiser Sparsamkeit und karger Versagung des Nötigen zu unterscheiden, halte mich auch überzeugt, daß er dabei im Sinne seiner Constituenten handele; — wäre dies jedoch auch, so würde ich nichtsdestoweniger es mir und meiner Familie schuldig sein auf Feststellung meines Rechts hinzustreben, damit einerseits mir die peinliche Ungewißheit erspart werde, vielleicht etwas zu fordern wozu ich kein Recht habe, andererseits mir mein gutes Recht nicht durch die Notwendigkeit verkümmert werde, um das immer erst gleichsam betteln zu müssen was nicht mehr fordert als Recht ist: mir müßte es daher überaus wünschenswert sein, wenn Großherzogliche Regierung nach Recht und Billigkeit feststellen wollte, wie weit mein Recht an die Gemeinde gehe; was ich in Bezug auf meine Wohnung zu fordern, und sie zu leisten habe.

Oldenburg, 1834 Juli 4 *Hirsch"*

Statt der Beschwerde haben wir ein Gesuch um „Feststellung", statt Philosophie die nackten Tatsachen, der Gemeindevorsteher Ballin wird in gewisser Hinsicht entschuldigt, gleichzeitig scheint Hirsch doch klugerweise sich hilfsbereite Freunde unter den Gemeindemitgliedern geschaffen zu haben, so daß er der Überzeugung Ausdruck geben konnte, daß der Vorsteher in ihrem Sinne handelte, indem er ihm die Reparaturen bezahle. Hirsch hatte gelernt. Der Brief ging an Herrn von Lützow, der Hirschs Prüfung beigewohnt hatte und der den Auftrag gab, „... den hiesigen Magistrat und den Vorsteher der jüdischen Gemeinde über diese Vorstellung zu vernehmen und möglichst diese Differenz zu beseitigen". Da Hirsch keine Frist gestellt hatte, so war der Kompromiß möglich. Leider wissen wir den Ausgang der Angelegenheit nicht, auch nicht, wo das Gemeindehaus mit der Amtswohnung stand. Ob Hirsch es sich versagte, am Anfang seiner Amtszeit Beschwerde einzulegen, weil er nicht über Geldverhältnisse diskutieren wollte, oder, weil er nach seiner Reklamation des Gehaltes seine Stelle für

zu unsicher hielt, ist schwer zu sagen. Kann man in dem Satz „weil ich des hiesigen Rechts unkundig ..." eine Entschuldigung für sein früheres Vorgehen sehen? Jedenfalls scheint sich sein Verhältnis zur Regierung gebessert zu haben.

Religionsgesetz und Staatsgesetz

Die Amtszeit Adlers war zu kurz gewesen, mit Problemen befaßt zu werden, die Hirsch nun lösen mußte und um deretwegen er das Wohlwollen der Regierung benötigte. Immer wieder tauchten Fragen zu den Religionsgesetzen auf. Die Verordnung von 1827 hatte ja erklärt, daß dem Landesrabbiner keinerlei Gerichtsbarkeit zustehen solle.
So kam am 22. Februar 1836 die Anfrage von der Regierung, ob Hirsch Ausländer vermählt habe. Er hatte in der Tat die Trauung von Jacob Gans aus Holland mit Elise Schwabe aus Oldenburg vollzogen — jedoch mit Erlaubnis des Bürgermeisters. Von tiefgehender Bedeutung war die Frage der Ehescheidung. Jüdisches Religionsgesetz kennt die Scheidung, verlangt jedoch, daß sie nach dem Gesetze der Torah vorgenommen wird. Der Mann hat dabei alle Rechte: „Wenn jemand ein Weib nimmt und ehelicht sie, und sie nicht Gnade findet vor seinen Augen, weil er etwas Schändliches an ihr gefunden hat, so soll er einen Scheidebrief schreiben und ihr in die Hand geben und sie aus dem Hause entlassen (Deut. 24:1)." Der Scheidungsakt besteht daher aus zwei Handlungen, dem Schreiben einer Scheidungsurkunde und dem Aushändigen dieser Urkunde durch den Mann an die Frau. Da jetzt aber der Staat diese Familienangelegenheiten regelte, erhob sich die Frage, wie bei einer Scheidung vorzugehen war. Als bürgerliches Gesetz lag die Ehescheidung in der Hand des Gerichtes, als Religionsgesetz in der Hand des Rabbiners, unter dessen Vorsitz ein Religionsgericht, aus drei Rabbinern bestehend, dieselbe vorzunehmen hatte. Nur nach Vollzug der religiösen Scheidung können traditionsgetreue Juden eine neue Ehe eingehen. Die Reformbewegung hatte es einfacher. Sie erklärte die biblische Verordnung in dem Sinne, daß ein Akt der Scheidung notwendig sei und der Mann nicht einfach — wie es zu biblischer Zeit bei vielen Völkern Brauch war — die Frau verstoßen könne. Hatte ein solcher Akt vor dem christlichen Landesgericht stattgefunden, so war die Ehe auch im Sinne des jüdischen Religionsgesetzes gültig geschieden, und einer Neuverheiratung stand kein Hindernis entgegen. Für Hirsch war dies unannehmbar.
Er sah sich deshalb gezwungen, der Regierung ein Gesuch vorzulegen, um jede gesetzeswidrige Handlung zu vermeiden.
Am 4. November 1839 richtete er an Großherzogliche Oldenburgische Regierung die

„Bitte des Landrabbiners Hirsch um Interpretierung des § 12 der landesherrlichen Verordnung vom 14. Aug. 1827 in Beziehung auf eine in Antrag gebrachte jüdische Ehescheidung.

Ab seiten einer jüdischen Ehefrau in Leer ist, vermittelst deren in Leer wohnenden Vaters, bei dem sie sich gegenwärtig aufhält, Klage gegen ihren Ehemann und Antrag auf Scheidung dem Landrabbiner eingesandt worden.

Da nun einerseits die jüdische Ehescheidung eigenen religionsgesetzlichen Bestimmungen unterliegt und namentlich eine wirkliche Ehescheidung nach jüdischem Religions-

gesetz nur durch eine förmliche, durch jüdische Religionsbehörde geleitete, persönliche Scheidebriefübergabe aus den Händen des Mannes in die Hände der Frau vollzogen *werden kann — anderseits aber der rubricierte § 12 der landesherrlichen Verordnung vom 14. Aug. 1827 bestimmt, daß die Ehesachen der Juden vor den ordentlichen, weltlichen Gerichten zu verhandeln seien, so bittet der Landrabbiner Großherzogliche Regierung gehorsamst um Instruktion, wie er sich in dem vorliegenden Falle zu verhalten habe und event. wann zunächst diese Klage und dieser Antrag zu überweisen wäre. In dem Antrage wurde noch bemerkt, daß mit der Einleitung dieser Angelegenheit nicht gesäumt werden möge, da, wie es heiße, der Mann vorhaben solle, auszuwandern, in welchem Falle denn, bei Entfernung des Mannes, nach jüdischem Rechte die Ehescheidung schwer zu veranstalten sein würde.*[156]

Oldenburg 1829 November 4, — Der Landrabbiner Hirsch." [157]

Die Antwort war kurz und bündig:

„daß die zur Bewirkung der Ehescheidung geeigneten Anträge von der Partei welche solche zu bewirken beabsichtigt, bei dem anerkannten weltlichen Gerichte in Gemäßheit des § 12 des Verordnung Gesetzes vom 14. Aug. 1827 zu machen sind. — 1839, Nov. 8"

An sich mag die Frage als unnötig betrachtet werden, das Gesetz war ja eindeutig. Aber in diesem Falle handelte es sich um eine Ehescheidung außerhalb des Landes, in Leer. Dabei hätte die Regierung die Stellung einnehmen können, daß sie sich um Amtshandlungen außerhalb des Landes nicht kümmere. Jedoch durfte der Landesrabbiner ohne Erlaubnis der Regierung das Land nicht verlassen. Hirsch mußte dafür zweimal die Erlaubnis erhalten, einmal um am 10. Januar 1840 nach Aurich zu fahren um die Eidesbelehrung eines dortigen Juden vor dem Gerichte vorzunehmen, ein zweites Mal am 15. Oktober 1840 für eine Fahrt nach Norden, ebenfalls zu einer Eidesbelehrung. Die Freizügigkeit sowie die Amtierungsberechtigung des Landesrabbiners waren daher außerordentlich eingeschränkt. Ohne Regierungserlaubnis konnte er weder in Oldenburg Amtshandlungen an „Ausländern" vornehmen, noch durfte er das Land verlassen. Der Staat bezahlte ihn, innerhalb des Landes seines Amtes zu walten, und sah darauf, daß er nichts anderes unternahm.

Gleichzeitig scheint sich allerdings durch diese Reisen die Verbindung mit der Gemeinde in Emden angebahnt zu haben. Der dortige Landesrabbiner, Arjeh Löwenstamm, dürfte um diese Zeit gestorben sein.

Jedenfalls erhielt Hirsch am 11. September 1840 ein Angebot, das Amt des Landesrabbiners in Emden zu übernehmen. Gottschalk Ballin, Vorsteher der Oldenburger Gemeinde, ersuchte die Regierung, Hirsch mehr Gehalt zu gewähren, denn es sei nur eine

---

156) Obgleich nur der Mann die Ehescheidung in die Wege leiten kann, so dürfte es hier, wie oftmals, der Frau gelungen sein, den Mann dazu zu bewegen. — Eine Scheidung, bei der Mann und Frau nicht gleichzeitig zugegen sind, ist möglich, aber kompliziert. Ein Vertreter des Mannes wird von einem Religionsgericht mit der Urkunde zu einem anderen Religionsgericht gesandt, in dessen Gegenwart er den Scheidungsbrief der Frau aushändigt. Nach einer Auswanderung des Mannes wäre das damals wohl kaum möglich gewesen.

157) Der Fall ist besonders interessant, weil es um einen ähnlichen zu Hirschs Bruch mit Wechsler kommen sollte, s. u. — O.S.A.- Best. 70, 3002 — 21.

Frage der Besoldung, ob er in Oldenburg bleibe oder den Ruf nach Emden annehme. Hirsch habe sich in Oldenburg sehr verdient gemacht.
Die Regierung antwortete wie immer, sie habe kein Geld.
Hirsch ging nach Emden. Drei Jahre später, im März 1843, übermittelte ihm die Regierung ein „Attest" über seine Wirksamkeit „in der Verbesserung des Zustandes seiner Glaubensgenossen", höchster Moralität usw., und Hirsch antwortete nochmals mit einem überschwenglichen Schreiben, in dem er erklärte [158], er sei

„höchstbeglückt ... durch das nachsichtige Wohlwollen, mit dem Großherzogliche Regierung sich über meine geringen Leistungen und Bestrebungen zu äußern die Güte hatte, und wird es mir stets ein süßes Bewußtsein gewähren, der Zufriedenheit einer so erlauchten Behörde nicht ganz unwürdig geblieben zu sein; so wie ich auch ohnehin ... nicht aufhören werde der Hohen Behörde mit herzlicher Verehrung eingedenk zu bleiben, die meine erste öffentliche Wirksamkeit mit so freundlichem Wohlwollen und nachsichtigem Vertrauen beglückte ... Emden 26. März 1843 ..."

War die Vergangenheit vergessen? Die Regierung hatte sich jederzeit korrekt gezeigt, aber niemals mehr. Hatte Hirsch das Bedürfnis, Staatsbeamter zu werden? Beruhte dieses auf einem Minderwertigkeitsgefühl? Unmöglich ist es nicht. Vielleicht erklärt es auch seine späteren Bemühungen um das Austrittsgesetz in Preußen, das seiner Gemeinde Unabhängigkeit schuf; denn in Frankfurt war er ja zuerst nur Vereinsrabbiner. Durch das Gesetz konnte er sich selbst und der Welt beweisen, daß er noch immer auf den Staat Einfluß habe und daß der Staat gleichzeitig auf seiner Seite sei. Eine psychologische Studie zu Hirschs Charakter wäre von Interesse.
Der letzte Brief kam, wie wir sahen, aus Emden. Während seiner Oldenburger Jahre — nachdem er die Krise überwunden hatte — war Hirsch ausgeglichener. So wurde er zum großen Verteidiger des Judentums und zu einem beispielgebenden Prediger.

Prediger und Verteidiger des Glaubens

Zum Gedächtnistag der Rückkehr des Herzogs Peter

Hirschs Sprache war sehr verschachtelt und wurde mit jedem seiner Werke verschrobener. Er selbst mag es für eine gehobene Sprache gehalten haben, die dem Beispiele Schillers folgte — denn Schiller war sein Ideal. Seine Oldenburger Schriften sind noch verhältnismäßig einfach, er mußte sich ja nach seinem Volke richten. So gehören sie zu seinem Besten.
Adler war der größere Redner, Hirsch für Deutschland die markantere Gestalt. So war sein Einfluß größer. Er stand immer im Mittelpunkte der Konflikte, er schrieb stets sehr ausführlich. Eine ganze Generation nahm seinen Stil zum Vorbild. Die orthodoxen Rabbiner predigten im Geiste und Stile Samson Raphael Hirschs.
Seine Predigt zur 25. Wiederkehr des Herzogs Peter aus russischem Exil gehört zum Besten seiner Werke, und zwar darum, weil sie sich nicht in einem Superpatriotismus

158) O.S.A., Best. 70, 3012.

ergeht, sondern nur den Anlaß zum Vorwand nimmt, eine Botschaft von Bedeutung zu übermitteln. Hier zeigt sich der Landesrabbiner Hirsch, der sich in Oldenburg und in seiner Stellung als dieser geborgen fühlt.

Worte am 27. November 1838, dem Gedächtnistage der Rückkehr des hochseligen Herzogs Peter, in der Synagoge zu Oldenburg gesprochen von S.R. Hirsch, Landesrabbiner[159]

Zuvor: Psalm 11. 20. 60.
„ 46.
„ 61. 67. 94.

Er, der allmächtige, allgütige Gott, Herr und Vater aller Völker, aller Zeiten, Sein ist alle Größe, alle Macht, alle Herrlichkeit, aller Sieg, aller Glanz; denn Alles, was im Himmel und auf Erden, ist Sein. Er bestimmt die Geschicke der Völker. Wen Er hebt, der ist gehoben; wen Er stürzet, der sinkt in Nacht. Die Zeiten, denen Sein Geheiß Frieden und Segen bestimmt, freuen sich des Heils und der Wohlfahrt; die aber, über die er Krieg und Leiden verhängt, beugen sich, in Trauer gehüllt, unter Seinen Prüfungen.

Darum nur zu Ihm, zu Ihm allein, dem alleinigen Gott im Himmel und auf Erden, wendet sich unser Aug und Herz in Freud und Leid. Nur bey ihm finden wir Trost und Kraft die Leiden zu ertragen, die Er sendet; Ihm allein gebührt der Dank für die Freuden, die Er geschenkt.

Auch über unser Vaterland hatte Gott Zeiten schwerer Prüfung herbeigeführt. Die Geißel, die Er den Völkern gesendet, hatte auch unser Land getroffen. Der fremden Hand, die mit keckem Kriegesgriff Völker und Länder erbeutete, ihr war auch unser Land verfallen, und während die Heimath unter dem Druck der fremden Gewalt seufzete, konnte der treue, angestammte, väterliche Fürst unseres Landes, konnte Herzog Peter nur in weiter Ferne das Unglück seiner Kinder betrauern.

Aber Er, der die Leiden gab, Er gab auch Freuden wieder. Die Macht, die Er zu so kecker Höhe steigen ließ, hatte Sein und Seiner Allgerechtigkeit vergessen — ein Hauch aus Seinem Munde, und sie sank wieder in ihr Nichts zurück. Zerbrochen ward das Joch. Gelüftet ward die Fessel. Aufjauchzten die frei gewordenen Völker und Länder. Auch wir *wurden frei, und uns kehrte der treue Landesvater wieder.*

Fünf und zwanzig Jahre sind es nun, daß Gott dem verwais'ten Lande seinen Vater wieder schenkte, und Er begabte ihn mit Weisheit, daß er die Wunden zu heilen verstand, die seinem Lande geschlagen worden waren. Und als Er ihn vor nun bald zehn Jahren, nicht wieder aus der Heimath in die Fremde, sondern aus der irdischen Heimath in die himmlische zu Sich rief, da schenkte Er in seinem hohen Sohne, in Paul Friedrich August einen Fürsten uns, dessen gerechte Milde und milde Gerechtigkeit nur seines Volkes Heil erstrebt, dessen landesväterliches Auge stets offen ist wo es seines Volkes Wohlfahrt gilt, dessen landesväterliches Herz warm schlägt, und menschlich mitfühlt jeden Schmerz und jede Sorge auch des geringsten seiner Unterthanen. So hat Gottes Güte uns durch Vater und Sohn fünf und zwanzig Jahre des Heiles und des Segens, des Friedens und des Glücks wieder verliehen — und wir

159) Landesbibliothek Oldenburg (künftig L.B.O.), Oldenburgica Varia Ge IX A 27a:4.

sollten nicht danken dem Allvater im Himmel, danken für solchen reichen Segen, und für des Segens Fortdauer inbrünstig zu Ihm flehn?!

Sehet Brüder, darum schlägt heute, am Gedächtnißtage solcher Gnade und solchen Segens, freudig hoch das Herz eines jeden Oldenburgers. Darum füllen sich die Gotteshäuser, und Aller Augen und Aller Herzen, sind zum Herrn gewandt, der nach Zeiten schweren Kummers, fünf und zwanzig Jahre solchen Segens verliehen. Darum sind auch wir hier versammelt, unsern heißen, innig gefühlten Dank dem Geber alles Segens auszusprechen, und die Fülle alles Guten unserm Fürstenhause, dem Werkzeuge seines Segens zu erflehen.

Aber das Dankgebet, das wir in's *Gotteshaus bringen, ist das Höchste nicht. Die Beseligung, die Weihe, der Ernst, die Kraft, die wir* aus *dem Gotteshause ins Leben mit hinüber nehmen, die sollen überall und immer Frucht und Ziel unseres Erscheinens vor Gott seyn — und ein solcher Tag, wie der heutige, so wichtig, so inhaltreich, sollte keine Geistes- und Herzensfrüchte fürs Leben uns bieten? Ein ganzes Volk sehen wir jubeln, weil zwei edle Fürsten der Erfüllung ihrer hohen, schweren, umfangs- und sorgenreichen Regentenpflichten so schön und treu gelebt — und dieser erhabene, herzerhebende Anblick sollte nicht auch in uns den Entschluß zur treuen Pflichterfüllung in unserm kleinen Lebenskreise wecken? Der Segen, den wir dem fünfundzwanzigjährigen Wirken unseres edeln Fürstenhauses verdanken, tritt uns heute vor die Seele, und wir sollten uns nicht fragen, was können wir thun, um Gott zu danken, der uns ein solches Fürstenhaus in Seiner Gnade verliehen, um einem Fürstenhause zu danken, das so herrlich seinem erhabenen Segensberufe lebt, zu danken, nicht nur alle fünf und zwanzig Jahre einmal mit einem Dankgebet im Gotteshause, sondern mit unserm Leben zu danken, jeden Tag, jeden Augenblick, mit Gedanken und Gefühl, mit Wort und That, mit unserm ganzen Schaffen und Wirken!*

Und sehet, Brüder, das ist das Schöne eines guten, edlen Fürsten, daß der Dank gegen einen Solchen Hand in Hand gehet mit dem Danke gegen Gott. Einem seine Gewalt misbrauchenden, ungerechten Fürsten kann auch nur mit Gewalt und Unrecht gedankt werden. Aber der gute, seine Macht nur zum Segen gebrauchende, gerechte Fürst siehet seinen schönsten Dank in Gerechtigkeit und Liebe, die seine Unterthanen üben. Sein Volk gut und glücklich zu sehen, das ist des guten Fürsten höchster Wunsch und höchste Sorge, und jeder Beitrag zur Erreichung solchen Wunsches, zur Lösung dieser Sorge ist dem guten Fürsten schönster Dank. Wollen wir unserm edlen Fürstenhause dankbar uns zeigen? Wohlan, so legen wir heute auf Gottes Weihaltar den Entschluß nieder, Jeder in seinem stillen, eigenen, kleinen Kreise Beitrag zum Glücke und Heile unseres Landes zu werden. Das ist unserm Fürsten schönster Dank, und ist zugleich Dank gegen den allgütigen Gott; denn in ihm liegt die Lösung heiliger, göttlicher Pflichten.

Wollt Ihr aber zum Glück des Landes beitragen? seyet gottesfürchtige *Bürger und erziehet eure Kinder zur* Gottesfurcht; *denn nur ein gottesfürchtiges Land segnet Gott. Gottesfurcht ist der Grund alles Volksglückes, Gottesfurcht die Bürgschaft aller Staaten. Wehe dem Staate, dessen Bürger glauben das Glück des Volkes nur durch Zahl- und Gewichtsgüter sichern zu können, und Gott in der Berechnung vergessen.*

Viel vermag die menschliche Berechnung; aber nur Werkzeug, schwaches Werkzeug ist sie, wie jedes Menschenwirken. Des Volksglücks Gründer, Beschützer, Erhalter, Retter und Mehrer — ist Gott. Sehet hin auf die Schreckenszeit, die dem Segenstag voranging, dessen Gedächtniß wir feiern. Es war eine Zeit ihr vorangegangen, in der Fürsten und Völker mehr auf sich, als auf Gott zur Sicherung ihres Glückes zu blicken begannen. Da stellte Gott, der alleinige Weltherrscher, der berechnenden Menschenklugheit ein Räthsel hin, weit hinaus über ihre Berechnung, viel zu schwer für ihre Lösung. Ein unbekannter, unangesehener, inselgeborener Mann wird eine Macht, die die Welt aus ihren Angeln hob, Staaten vernichtete und schuf, Völker berauschte und knechtete, eine Macht, vor der Europa zitterte. Und als Europa vor dem Einen zitterte, da bedurfte es nur Eines gottgesandten Hauches in Rußlands eisigen Gefilden, um die Macht zu vernichten, gegen die vergebens alle übrige Menschenmacht und Klugheit in die Schranken getreten. Da lernten die Völker, daß nur der alleinige Gott sey der Mächtige über den Mächtigen, der hohe Wächter und Lenker der Zeiten, daß dieselbe Hand, die jetzt an unsere Fenster den Frost sendet, auch die Geschicke der Völker und Staaten bestimmt, da tönte der Ruf durch Europa's Länder:

„Gehet hin und schauet die Thaten Gottes,
„Der Verwüstungen gesetzet auf Erden!
„Er störet den Krieg bis ans Ende der Erde,
„Bogen zerbricht Er, und zerstücket den Spieß,
„Kriegeswagen verbrennt Er in Feuer.
„„Lasset ab und erkennt, daß Ich allein Gott,
Hoch unter Völkern, hoch Ich auf Erden!““
(Ps. 46)

Da ward Vertrauen auf Gott Panier der Völker, die, so lange sie nur von ihren Waffen den Sieg erwarteten, nichts gegen die riesige Macht vermochten. „Gott mit uns“ aber prangte auf ihren Fahnen — und da war Gott mit ihnen und verlieh ihnen den Sieg über die riesige Macht. Was aber Gott unter Schrecken und Leiden gelehrt, das wollen wir in Frieden und Freuden nicht vergessen, wollen unseres Dankes erste und schönste Blüthe die Gottesfurcht *seyn lassen. Denn nur wenn wir mit Gott sind, wird Gott mit uns seyn.*

Und zur Gottesfurcht gesellen wir Gesetzesachtung. *Gesetz ist Wall und Mauer des Volkes, gewährt Sicherheit und Frieden. Gesetz ist der Einigungspunkt der Menschen zur Volksvereinigung, giebt allen Kräften eine Richtung und ein Ziel zur Wohlfahrt Aller. Gesetz ist die Stimme des edlen Fürsten an sein Volk, weist jeden Einzelnen hin auf seine Pflichten gegen den Einzelnen und die Gesammtheit, auf den Willen des Landesvaters für seiner Kinder Wohl. Und wie das der wahre Diener, der seines Herrn Gebot gehorcht, und wie das der wahre Sohn, der des Vaters Geheiß erfüllt, so das der wahre Bürger, der seines Fürsten Gesetz befolgt. Schauet hin auf die Schreckenszeit, von der wir vor 25 Jahren erlöset wurden, und in ihrem Schrecken erkennt das Elend der Gesetzlosigkeit. Lauschet den Erzählungen der Alten, und den dunkeln Erinnerungen der Jugend. Da wußte der heutige Tag nicht was der Morgende bringen werde. Da wußtest du nicht, ob morgen noch dein sei, was du heute dein nanntest.*

Da gabs keinen ruhigen Erwerb, keinen ruhigen Genuß. Da weinen Väter über Zertrümmerung ihres Herdes. Da weinen Mütter über fortgerissene Söhne. Da siehst du Eltern ihre eigenen Kinder verstümmeln, um nicht mit fort zu müssen als Waffenknechte in den Eroberungskriegen der fremden Macht. Da waltete nicht das ruhige gleichtheilende, gebende wie nehmende Recht; die Gewalt der Bajonette schrieb in blutigen Zügen die Geschicke der Menschen. Und wenn du dich angefüllt mit den Schrecken jener Zeit, dann blicke freudig in deine Gegenwart, und in ihrem Frieden, ihrer Ruhe, ihrer Sicherheit, ihrem Wohlstande, lerne die Segnungen kennen des Gesetzes. Willst du im Beitrag zu des Landes Glück deinem Fürsten danken? Achte die Gesetze des Landes! Befolge jedes treu, ohne zu mäkeln, selbst mit Aufopferung von Besitz und Gewinnst. Übertrittst oder umgehest du auch nur Eines der Landesgesetze, so schmälerst du, so viel an dir ist, die Achtung vor dem Gesetze und rüttelst somit an dem theuersten Bollwerke deines Landes. Mit jedem Gesetze aber, das du treu beachtest, wirst du nach deinen Kräften beitragen zu des Landes Wohl, indem du das leistest was dein Fürst für deines Landes Wohl fordert, und zugleich die Summe der Gesetzesachtung vergrößerst, ohne die des Volkes Glück nimmer gesichert ist.

Aber karg ist des Gesetzes Forderung wenn die Bürger es nicht in Liebe ergänzen. Zu kurz ist des Gesetzes Arm, wenn Liebe nicht die Bürger frei üben lehrt, was vergebens des Gesetzes Macht erzwänge. Einsetzt das Gesetz jeden Einzelnen in den eignen Kreis, und sichert ihn gegen Eingriffe des Nächsten. Daß aber der vor Eingriffe gesicherte Kreis jedes Einzelnen von selbst *sich dem Bruderbürger öffne, ihm gerne das eigene Gut zur Stütze und Hülfe reiche, und Kreis an Kreis sich füge, und Alles eine Kette des Segens und der Freude werde — das vermag nur die Liebe. Darum gesellt der Gottesfürchtige Bürger zur Gesetzesachtung die* Menschenliebe. *Welchen Werth, welche Kraft diese Liebe habe, wie erst durch diese Liebeseinigung und in ihr der Völker wahre Stärke erstehe, das lehrt nicht minder der Blick auf jene Schreckenszeit. So lange die Völker vereinzelt dem Riesenarm entgegentraten, so lange Jedes das eigene Glück ohne das des Nachbars begründen zu können vermeinte, so lange knickte der riesige Arm Volk nach Volk. Als aber unter Gefahr und Elend es gelernt worden: kein Heil des Einen ohne des Andern, kein Heil des Einzelnen ohne die Gesammtheit, und nicht Volk und Volk, sondern eine Verbrüderung der Völker der feindlichen Macht entgegentrat, da schenkte Gott den Sieg Allen, den Er den Einzelnen versagte. Was aber den Friedenssegen erkämpfen lehrt, das kann auch allein ihn erhalten und mehren. Was uns Gott fünf und zwanzig Jahre gewährt, wird nur stets wachsen und fortblühen, wenn die Liebe seine Pflegerin wird, wenn Liebe die Glieder jedes Hauses verbindet, wenn Liebe die Häuser jeder Stadt vereinet, wenn Liebe die Städte jedes Landes verbrüdert, wenn Liebe Länder mit Ländern verkettet.*

Das sei denn des heutigen Jubeldankes Gott und den Fürsten erfreuende Frucht, daß Jeder, Jeder von uns sich gelobe, durch Gottesfurcht, Gesetzesachtung und Menschenliebe das schöne Werk des Volkesheils nach Kräften zu fördern, dem unser geliebtes Fürstenhaus mit so edlem Eifer alle seine Kräfte weihet. Dann wird Gottes Segen uns auch ferner nicht entstehen, dann wird Er freundlich herabblicken auf unseren Dank

und gnädig erhören alle die Gebete, die heute für des Fürsten Heil und für des Landes Wohl aus jedes Oldenburgers Herz aufsteigen.

Ja, wir danken dir o Gott für die Thränen, die du getrocknet, für die Seufzer, die du gestillt, — danken dir für die Jahre des Leidens, denn du hast sie herrlich in Freuden umgewandelt, — wir danken dir für die Jahre des Segens — und bitten ferner um Segen.

Segne, Gott, unser erhabenes Fürstenhaus! Bleibe es für immer, ungestört und ungetrübt, Heilesquelle und Stütze unseres Landes. Möge noch lange, lange der geliebte Fürst und die geliebte Fürstin, Paul Friedrich August und Cäcilie, Vater und Mutter uns bleiben, und ihre Gerechtigkeit und ihre Milde in jedem ihrer Sprößlinge sich wiederholen.

Segne, Gott, alle die Obrigkeiten und Beamten des Landes! Erleuchte stets ihr Auge, daß sie nur das Rechte erkennen und ihr Herz nur für das Gute schlage, auf daß aus ihrem Wirken Heil und Segen erblühe.

Segne, Gott, alle Städte, alle Dörfer, alle Gemeinden, alle Häuser unseres Landes! Schütte deinen reichsten Segen auf Alle herab und gewähre ihnen deinen allmächtigen Schutz, daß stets nahe sei alles Gute, stets fern bleibe alles Böse, und Ehrfurcht vor dir, und Liebe zu dir, und Vertrauen auf dich, überall, vom Pallaste bis zur Hütte, das Glück Aller begründe, auf daß, wenn wieder wir nach 25 Jahren zurückblicken, nur Gedeihen in allem Wahren und Guten sich zeige. Herr, dazu verleihe deinen allmächtigen Schutz und Beistand. Amen.

Darauf: Psalm 97. 21. 66.
„ 72.
„ 107. 75. 148.
„ 150.

Die Predigt — wie zu erwarten war — gab dem ehrlichen Patriotismus der deutschen Juden Ausdruck. „Freudig hoch (schlägt) das Herz eines jeden Oldenburgers." Dieser Patriotismus war völlig aufrichtig, zutiefst gefühlt und unerschütterlich. Daher sollte Ballin den Herzog darauf hinweisen, daß die Juden ihrem Herzoge treu blieben, obgleich ihnen Napoleon völlige Gleichstellung gegeben hatte.[160] Hirsch spricht von Napoleon als ‚Geißel' und meint das auch so, denn seine Rede ist sonst nicht so überschwenglich wie man es erwarten sollte. Die Ehre gehört Gott. So wird die Völkerschlacht überhaupt nicht erwähnt. Das Eis Rußlands, von Gott gesandt, vernichtete die Macht, „gegen die vergebens alle übrige Menschenmacht und Klugheit in Schranken getreten. Da lernten die Völker, daß nur der alleinige Gott sei der Mächtige über den Mächtigen . . ."

Nun fragt Hirsch, wie kann man einem gottesfürchtigen Fürstenhause dienen? In Beantwortung stellt er seiner Gemeinde ein jüdisches Programm vor. Drei Dinge sind es:

160) s. o. S. 59.

Gottesfurcht, verbunden mit dem Vertrauen auf Gott, der die „Geschicke der Völker und Staaten bestimmt"; *Gesetzesbeachtung*, die Beobachtung der Landesgesetze, dahinter steht jedoch — leserlich für seine Gemeinde — die Beobachtung des Religionsgesetzes; *Menschenliebe*, „... Liebe, die Glieder jedes Hauses verbindet, ... Liebe die Häuser jeder Stadt vereint, ... Liebe die Städte jedes Landes verbrüdert, ... Liebe (die) Länder mit Ländern verkettet". Hier wird nun auf die Völkerschlacht angespielt: was ein einzelnes Volk nicht tun konnte, konnte der Bund erreichen.

Die Worte von der Liebe betrafen seine Gemeindemitglieder ebenso wie die Gesamtheit, denn es gab viel Streit in den Gemeinden. Doch finden wir in Hirsch zur Oldenburger Zeit ein sehr tiefes Verlangen, die Liebe zur Gesamtheit zu stärken. In tragischer Liebe zu Deutschland waren sich die Juden aller Richtungen einig.

Im übrigen kann diese Predigt als gutes Beispiel der Hirschschen *Lebens- und Erziehungsphilosophie* gelten. In seinen *‚Neunzehn Briefen'* erklärt er, wie er den *Unterricht in einer jüdischen Schule* gestaltet sehen möchte. Im 14., 15. und 18. Brief spricht er vom *Ziel der Erziehung, nämlich die Verschmelzung der Menschheit im Dienste Gottes.* Um das den Schülern nahezubringen, ist *Naturgeschichte als Gottesmacht zu lehren; durch sie erreicht Gott sein Ziel in Natur und Menschheit.* In der Predigt spricht Hirsch von der Funktion des Schnees, durch den Gott den Tyrannen Napoleon vernichtete. *Geschichte ist ebenfalls als eine göttliche Aufgabe anzusehen und zu übermitteln, vor allem legt sie die Pflicht auf, gegen Unrecht zu kämpfen, und Menschenliebe und Gerechtigkeit zu fördern.* Dies ist in der Predigt im Vergleich zwischen den deutschen Fürsten und ihren Alliierten und Napoleon herausgearbeitet; Napoleon ist der Mann des Unrechts. Menschenliebe ist Grundprinzip, und alle die, die sie fördern, sind zu ehren und zu achten, in diesem Falle das Oldenburger Fürstenhaus. *Der Jude muß sich dem Staate anschließen,* das ist in der Predigt zum Ausdruck gebracht. *Der junge Jude muß sich sowohl in der deutschen Sprache wie in der hebräischen zurechtfinden,* auch das zeigt die Predigt. *Grundsätzlich sind alle Schul- und Lebensfächer so zu lehren, daß sie von den jüdischen Traditionsideen durchdrungen sind, und aus ihnen ihre Erklärung finden.* Gerade das unternimmt die Predigt. *Hinter jedem Ereignis steht Gott; und Gott hat allen Menschen die gleiche Aufgabe des Dienstes gesetzt. Der Jude muß aber die Welt als Jude verstehen und ihr durch Erfüllung seiner spezifisch-jüdischen Aufgaben dienen, durch die Beachtung des Gesetzes.* Das ist in der Tat der Grundton der Predigt. Sie kann als Beispiel Hirschscher Erziehungslehre gelten und zeigt das Ergebnis seiner Ideen in praktischer Anwendung.

Gleichzeitig zeigt die Predigt den Einfluß Hegels auf Hirsch. Hegel führt ja gerade Napoleon als Beispiel an, um zu erklären, wie der absolute Geist sich der Ambitionen großer Tyrannen bedient, um sie zum Werkzeug der Selbstentfaltung des Absoluten zu gebrauchen. Wenn ihre Aufgabe erfüllt ist, so fallen diese großen, selbstsüchtigen Männer der Vernichtung anheim. Sie dachten, sich selbst zu dienen, doch dienten sie in Wirklichkeit dem höheren Zweck, der Selbstentfaltung des Absoluten.

Hegel sieht ebenfalls im Staat das höchste Ziel dieser Entfaltung. Im Staat leben die Bürger *liebend* zusammen, wie eine Familie, und fügen sich gleichzeitig, aus freiem

Willen, dem *Gesetz*. Im *Monarchen* finden alle Kräfte und Gesetze die gipfelnde Synthese. Hirsch ist Hegelianer.

Jüdische Anmerkungen gegen Mallet

Im Jahre 1841 verzehrte ein gewaltiges Feuer die Stadt Hamburg. Am 8. Mai predigte F. Mallet, Pastor Primarius zu St. Stephani in Bremen, eine Predigt mit dem Titel: „Das hat Gott Getan“ [162], aufgebaut auf Luc. XIII: 1—5.
Das Hamburger Feuer, so sagte er, war ein Urteil Gottes. „Er hat mit feurigen Buchstaben über Hamburgs Tore geschrieben: Man hat dich gewogen und zu leicht gefunden. Hamburg habe Gott verworfen, um die Welt zu genießen, Hochmut, Eitelkeit, Üppigkeit, Schwelgerei, Reichtum, Schiffahrt und Handel habe den Bürgern den Kopf verdreht. Das Feuer sei eine Warnung zur Buße für alle, da sonst Gottes Zorn über sie hereinbräche: „Dieser Tag kommt, eile, eile rette Deine Seele, ... tut Buße!“
Mit dieser Predigt entfachte nun Mallet selbst ein theologisches Feuer.
Adolf Stahr erwiderte in einem Pamphlet: „Richtet nicht — damit ihr nicht gerichtet werdet.“ Mallet habe kein Recht, sich als Richter aufzustellen.[163] Mallet antwortete in einem anderen: Du sollst kein falsches Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.[164] Stahr antwortete mit einer Frage: Ist der jüdische Gott (der Strafe) der Gott der Christen? Ist das Alte Testament für Christen gültig, wie Mallet es getan hatte?
Dies führte zum „Bekenntnis Bremischer Pastoren in Sachen der Wahrheit“.[165] 22 Pastoren unterschrieben es, einschließlich Mallet.
In diesem Bekenntnis beantworten die Pastoren drei Fragen:
1. Was ist und was heißt Gottes Wort — wie viel oder wie wenig gehört zu Gottes Wort? Antwort: Die ungekürzte Bibel des Alten und Neuen Testaments ist ungeteilt Gottes Wort.
2. Wie soll Gottes Wort ausgelegt werden? Antwort: Wenn Leben, göttliches Leben im Menschen erwacht ist, dann kann er mit Hilfe des göttlichen Geistes die Schrift auslegen. Ohne das Licht Gottes gibt es keine Offenbarung.
3. Was und wie soll gepredigt werden? Antwort: Nicht nach dem, was die Leute hören wollen. Vom Rate Gottes darf nichts verschwiegen werden, sei es Segen oder Fluch, Liebe oder Strafe. So seien denn Segen und Fluch von den Bergen Gerizim und Ebal verkündigt worden (Deut 27:11-26; Jos. 8:33-34), so taten es die Apostel und so sei es für die Pastoren in christlichen Gemeinden Pflicht.
Mallet sei daher zu seiner Predigt gerechtfertigt gewesen.
Damit hätte die Sache nun abgeschlossen sein können. Doch folgte nun eine anonyme Schrift: Bemerkungen über die Confession der zwei-und-zwanzig Bremischen Pastoren von einem Protestanten.[166]

---

162) Bremen, Wilhelm Kaiser, 1842 — 2. Auflage.
163) Bremen, Wilhelm Kaiser, 1842.
164) Bremen, Wilhelm Kaiser, 1842.
165) Bremen, Johann Georg Heyse, 1840.
166) Oldenburg 1841, Schulzesche Buchhandlung.

Die Bremer Pastoren wurden angegriffen, weil sie sagten, daß nicht nur das Neue Testament, sondern auch das Alte unverkürzt Gottes Wort sei. — Weil sie sagten, „das Alte Testament sei *eine* in sich zusammenhängende Geschichte der Taten Gottes, die ... Lineamente der künftigen Geschichte darbiete, ja sogar das Grundgesetz, die Rechte und Sitten darstelle".

Dann fuhr der Schreiber fort:

„Aber das Judentum (sei) ja dasselbe wie das Heidentum; warum darum nicht dem Heiden Gebrauche nachfolgen. Ein in Deutschland rühmlich bekannter Gelehrter hat in einer vortrefflichen Schrift (‚Die Verfluchungen im Interesse Denkender Christen, von einem Anonymus, Bremen 1840') die Verfluchungen im Judentum als eine heidnische Institution, die sich durch das gesamte vorchristliche Altertum findet, nachgewiesen, und gezeigt, daß die Lehre Jesu von solcher Barbarei nichts wisse und nichts wissen könne. Die Confessionisten dagegen ... fertigen die Schrift (des Anonymus) ab wie folgt: ‚Opfer und Heiligtum, heilige Gebräuche und Gottesdienst, wie sie in Israel stattfanden, für heidnischen Ursprungs oder doch sich dem Heidnischen innig verwandt zu halten, dazu sind nur diejenigen fähig, die bei anhaltendem Umgang mit dem Heidnischen selbst Heide zu werden Gefahr laufen, und eben darum die Bibel nicht kennen (darum? warum?) oder nicht für Gottes Wort halten ...' Wie, Ihr wagte es im Ernst unserer *Zeit unserem protestantischen Bewußtsein den jüdischen Stammgott, der als solcher seinem Volke den Diebstahl erlaubt (1 Mose 3,21), der sich durch Zauberei seiner Macht erweiset ... (von den neun Plagen sind übrigens Mose nur die Läuse eigentümlich, die anderen konnten die Ägypter auch bewerkstelligen) ... der alle Einwohner eroberter Städte mit des Schwertes Schärfe auszutilgen gebietet, diesen Gott blutiger Menschenopfer ... diesen jüdischen Nationalgott wagt ihr uns als identisch mit dem Gott des Christentums hinzustellen ...?"*

So ging es nun fort, und zum Teil finden wir die weiteren Bemerkungen als Quoten in Hirschs Schrift: Juden als *belohnungs*süchtige *Sklaven* ihres *National*gottes, ohne *Menschheitsliebe*, ohne *Unsterblichkeitsglauben*.

Hier schaltet sich Hirsch mit seinen „Anmerkungen" ein, in der Hoffnung, altem Vorurteile entgegentreten zu können. Leider hatte er keinen Erfolg.

Vom Jüdischen Stammgott macht er klar und beweist aus der Schrift, daß der Gott der Juden der Gott der Gesamtmenschheit ist, der allen seinen göttlichen Hauch einbließ. Sein Gesetz gilt für Eingeborene wie für Fremde. Er gebietet den Fremden zu lieben. *Diebstahl und Völkervertilgung* erklärt er: Der Boden, der Israel zugesagt war, war zuvor durch die Entartung der Bewohner entwüdigt worden; die Kanaaniter konnten als Untertanen im Lande bleiben. *Flüche* des Feindes sind mit Segen zu vergelten, denn Gott ist der Gott der Liebe und der sozialen Gerechtigkeit. *Der jüdische Gottesdiener* dient, wie die ganze Natur Gott dient, und gewiß hat der Jude Gott nicht des Lohns und der Strafe wegen gedient, denn nur Schweres hat er auf Grund seines in freier Liebe gegebenen Glaubens erlitten. Unsterblichkeit und Auferstehung hat der Jude schon vor dem Christentum gelehrt, doch seine Aufgabe hier gesehen. Hirschs Definitionen sind oftmals außerordentlich schlagend und zutreffend: Über Sklavenmoral: „Den Sklaven schreckt die Peitsche, den Sklaven lockt der Lohn; aber an dem sittlichen

Menschen haben Leidenschaften und Triebe ihre Kraft verloren ... (er) übt sie (die Pflicht) *trotz* Peitschendrohung und läßt nicht von ihr *trotz* süßester Lohneslockung. Und der Jude wäre kein sittlich freier Mensch? ... seit nun bald 2000 Jahren gibt es kein irdisches Gut mehr, das mit jüdischer Pflicht erhalten und errungen würde, gibts fast kein irdisches Gut mehr, das nicht geschmälert und geopfert werden müßte für die jüdische Pflicht, ach gibts kaum einen Schmerz, eine Qual, einen Kummer, eine Sorge, ein Elend, eine Not, die nicht in die Lebenshütte des Juden einkehrte ... und der Jude ist doch Jude geblieben, ist seiner Pflicht treu geblieben *trotz* Qualen, die schreckten, *trotz* Güter, die lockten ..."

Von Völkervertilgung: „... wo jüdische Inquisitionsteufeleien ...?"

Von der Unsterblichkeit: „Der Jude weiht sich freudig seinem Gotte, nicht weil er sein wird, sondern weil er ist."

Von Menscheneinheit: „Der Gotteseinheit gegenüber die Lebenseinheit, die Gestaltung und Weihe des ganzen Lebens durch ein Prinzip, durch das Prinzip der Einheit Gottes. Diese Seite des Judentums ... ist es, die noch am wenigsten in nichtjüdischen Kreisen gekannt und am meisten verkannt wird. Denn der bis jetzt ins Völkerleben eingegangene Gotteinheitsgedanke ist nur erst noch ein schöner *Anfang*, und die vollkräftige Anwendung dieses Gedankens im sozialen Leben hat noch kaum begonnen. Denn solange zum Beispiel noch immer aus dem Lande der Freiheit und Gleichheit schwarze Europäer ausgehen, weiße Negermenschen zu jagen, solange in dem so stolz seiner Freiheit sich rühmenden Staatenverein auch schon die leiseste, herausgewitterte Hautschattierung Menschenadel und Menschenachtung raubt, ... solange freie Städte ihre Mauern, Zünfte ihre Rechte, Gesellschaften ihre Zirkel, Menschen ihre Rechtsachtung noch — einem Juden versagen, ... solange mache man noch nicht viel Rühmens von ‚unserer Zeit' und ‚unserem Bewußtsein', solange hat unsere Zeit noch nicht die ersten Elemente jenes Gotteinheitsgedankens ganz zu betätigen gelernt."

In diesen „Anmerkungen" zeigt Hirsch den ganzen Stolz eines selbstsicheren Mannes, der zum Vertreter seines Volkes berufen ist. Berechtigte Entrüstung durchzieht sie, doch wird er nie ausfällig, obgleich das so oft zur damaligen Zeit in Pamphleten zu finden ist. Er ruft die Protestanten auf, mit ihm in der gemeinsamen Schrift des Alten Testaments zu forschen.

Jüdische Anmerkungen zu den Bemerkungen eines Protestanten über die Konfession der 22 bremischen Pastoren — von einem Juden (Samson Raphael Hirsch) [161]

Ein Jude in Sachen der bremischen Confession? Gemach, lieber Leser, kein Wort über sie, kein Wort in Betreff des ganzen dort angeregten Streits, der mir ganz fremd ist, und dessen Schriften ich nur dem Namen nach aus Bücheranzeigen kenne.

Aber eine, unter dem Titel:

Bemerkungen über die Confession der 22 bremischen Pastoren. Von einem Protestanten. Oldenburg 1841. Druck und Verlag der Schulze'schen Buchhandlung.

jüngst erschienene kleine Brochüre hat ihrer Argumentation eine Ansicht über altes

161) Die Schrift hat nichts von ihrer Bedeutung verloren, da das Judentum oftmals auch heute nicht verstanden wird. L.B.O., Oldenburgica Varia, Ge IX B 27a.

Testament und Judenthum zu Grunde gelegt, die, wenn sie mit der Wahrheit bestünde, nichts Geringeres als ein totaler Vernichtungsausspruch wäre über Judenthum, seinen Glauben, seine Lehre von Gott und Menschen, über das ganze sittlichreligiöse Leben des Juden, und da ziemte nicht dem Juden ein offenes freies Wort? da dürfte ein Jude schweigen? da wäre es nicht an der Zeit Protest einzulegen gegen diese Ansicht, mit der man gleichgültig würfelt, ohne zu bedenken mit jedem seiner Worte den geistigsittlichen Tod über ein Heiligthum auszusprechen, dem Millionen Menschenseelen nah und fern mit jeder zarten Faser ihres Wesens anhangen, das Millionen Menschenseelen nah und fern Jahrtausende herab Grund und Stütze ihres ganzen Lebens geworden, für das nah und fern Millionen Menschenseelen jedes andere theure und theuerste der Menschengüter aufgeopfert und noch in jedem Augenblicke aufzuopfern bereit dastehen?

Freilich ist jene Ansicht nicht neu. Denn was wäre so alt als das Vorurtheil und wo das Vorurtheil so grau als da, wo in den Gedanken eines Nichtjuden irgend eine jüdische Beziehung überdacht und besprochen werden soll. Aber eben weil es hier so alt, so sollte doch endlich einmal auch in diesem Gebiete das Vorurtheil zu Grabe getragen werden. Endlich sollte doch einmal auch der nichtjüdische Denker, wo es Beurtheilung jüdischer Begriffe und Zustände gilt, nicht jedes einmal gang und gäbe gewordene Urtheil, weil es dem eigenen System bequem ist, hinnehmen, ohne es zuvor an der Wirklichkeit mit gewissenhafter Sorgfalt zu prüfen. Endlich sollte man doch einmal beginnen zum eigenen Aufbau des Christenthums nicht immer den Weg nur über Zertrümmerung des Judenthums zu finden. Man sollte endlich einmal dem Judenthum gerecht werden.

Das ist das Schöne im Judenthume. Wir *können aufrichtig alles Wahre und Menschen veredelnde in jedem andern Religionssysteme achten, ohne damit auch nur das Geringste dem Eignen zu entziehen. Ja viel mehr. Freudig begrüßen wir alles Lichte, alles Gerechte, alles Menschliche, das uns aus dem Kreise anderer Religionsgenossen entgegenleuchtet; denn es ist uns ein tagkündender Strahl jenes herrlichen Morgens, dem unser Judenthum als Botschaft und Werkzeug vorangegangen — und geht. Wir können dem eignen Glauben gerecht werden ohne Ungerechtigkeit gegen irgend einen andern zu üben.*

Die Bemerkungen des Protestanten lassen sich aber also vernehmen:

„Wie! ihr (die 22 Pastoren in Bremen) wagt es im Ernst, unserer *Zeit,* unserm *protestantischen Bewußtsein den jüdischen Stammgott, den Gott, der als solcher seinem Volke den Diebstahl (2. Mos. 3, 21.) erlaubt, der sich durch Zauberei in seiner Macht erweiset — (von den neun Plagen sind übrigens dem Moses bloß die Läuse eigenthümlich, die andern konnten die Ägyptier auch bewerkstelligen) der alle Einwohner eroberter Städte oder Landschaften mit des Schwertes Schärfe auszutilgen gebietet, diesen Gott blutiger Menschenopfer, der sich von Moses durch Gründe der Klugheit von seinem ausgesprochenen Willen ablenken läßt, (4 Mos. 14, 15.) diesen jüdischen Nationalgott wagt ihr uns als identisch mit dem Gotte des Christenthums hinzustellen?!*

„Ihr wagt es, diese alttestamentalischen Verfluchungen, deren stärkste keine Er-

hebung von dem Falle des Verfluchten gestattet, als in voller Einigkeit und ohne Widerspruch mit der Lehre dessen hinzustellen, der selbst Feindes Fluch mit Segen zu vergelten befiehlt!

„Im alten Testament ist jede auch die geringfügigste Ceremonialbestimmung formell als positives Gebot Gottes ausgesprochen, und damit auf gleiche Linie des Werthes mit den ewigen Gesetzen des Rechts und der Sitte gestellt. Daß dies geschehen mußte liegt im Begriffe Gottes, als des jüdischen Gottes, der Allem Ziel, Gesetz und Maaß gestellt hat.

„Das Verhältniß des Juden zu seinem Gott und dessen Gesetz, ist das des Knechtsdienstes, nicht das sittlich freier Menschen. Das halten der Gebote, der Gehorsam, ist sinnlich, blind, äußerlich, — und äußerlich auch die Strafen des Ungehorsams — die in grausenerregenden Flüchen angedroht werden, wie denn die Juden überhaupt eine ordentliche Meisterschaft im Fluchen erlangt haben. Sie treffen alle nur *das Äußerliche, nicht das Innere, Sittliche, eben so wenig als die verheißenen Belohnungen über jenes hinausgehen.*

„Mögen die 22 Bekenner diesen jüdischen Nationalgott als den ihren bekennen, wir wissen daß der Gott des Christenthums, der Gott der unendlichen Liebe, der unsere ist. Es bleibt der ewige Stolz, die welthistorische Ehre des jüdischen Volks, Gott als den Einen vorgestellt, und an dieser Vorstellung, an diesem Glauben Jahrtausende festgehalten zu haben. Aber diese Vorstellung ist noch nicht die volle, sie ist erst der Anfang der Wahrheit.

„Im Alten Testament ist Gott der ausschließliche Gott Israels, im Neuen Testament ist er der Gott aller Menschen. Dort ist sein Zweck beschränkt, hier unbeschränkt. Der Widerspruch in der Fassung und Vorstellung Gottes als des Einigen, mit seiner Beschränkung auf das eine Volk, dieser harte Widerspruch, der im A. T. selbst hier und da ausgesprochen wird, ist im Christenthum aufgehoben. Das Christenthum hat daher die Aufgabe der Bekehrung, das Judenthum nur den Fanatismus der Hartnäckigkeit im Festhalten der Absonderung und sein Conflict mit den andern Völkern ist der der Vertilgung zur Ehre Gottes.

Ferner: „Die ältesten Urkunden des A. T. wissen nichts von der Unsterblichkeit und Ewigkeit des menschlichen Geistes, der Tod ist das Letzte und für ihn kein Trost. Auch diesen Widerspruch hat das Christenthum gehoben. Der Christ weiß daß er unsterblich ist, weil *er sterblich ist, weil es sein sterblicher Theil ist, das die Bestimmung hat vergänglich zu sein. Nicht der Mensch wird hier zur Erden, sondern nur das von ihm was von der Erde genommen ist. Der Christ hat gegessen von dem ewiges Leben gewährenden Baume des Lebens, vor dem im A. T. der Cherubim mit flammendem Schwerte Wache hält.“*

So weit der gegen altes Testament und Judenthum protestirende Protestant. Was darauf die Herren Pastoren, gegen die eigentlich dies Alles gerichtet ist, erwidern werden, wissen wir nicht und soll ihnen hiemit im Geringsten nicht vorgegriffen sein. Wir jedoch unsrerseits wollen die Bücher des Alten Testamentes und die Jahrtausende des Judenthums ruhig befragen, was Wahres an diesem „protestantischen Bewußtsein unserer Zeit“ sei.

1. Der jüdische Stammgott

Also der Gott der jüdischen Lehre, der Gott des alten Testaments sei nur „der jüdische Stammgott", „der ausschließliche Gott Israels", nur dieses Häuflein Menschen sei Gegenstand seines Erbarmens, seiner Liebe, seiner Gerechtigkeit, seines Waltens, seiner Erziehung, nur sie seine Kinder, und ausgeschlossen, ausgeschlossen alle übrigen Millionen der Menschengeschlechter von seinem Gottes- und König- und Vaterblick! Ihnen, all den übrigen Millionen Menschenwesen, sei er nur „der Gott blutiger Menschenopfer" der ihre „Vertilgung zu seiner Ehre" fordere. Verzeih' es Allgütiger, daß ich diese Gedanken dem Manne nachschreibe, der dich nicht kennt und deine heilige Lehre lästert.

Laß uns zusammen, Protestant, deine und meine Bibel aufschlagen und verfolgen was dieses alte Testament, dieses alte Zeugniß von Gott an Menschen, diese jüdische Lehre, von Gott in seinen Beziehungen zur Menschheit lehrt. Sieh gleich dies erste hohe Wort, mit welchem diese Lehre „des jüdischen Stammgotts" den Menschen in den Kreis der übrigen Schöpfung einführt, wirft nicht gleich dies einzige erste Wort, das höchste, das noch je über Menschen ausgesprochen worden, das Wort, das den Menschen aufrichtet über Erde und Pflanze und Thier, das Wort, das den Menschen zum Bewußtsein seiner göttlichen Würde ruft, das Wort, mit welchem Gott selber den Menschen als sein Ebenbild, als den Erdengott auf Erden dahinstellt, wirft dieses einzige Wort nicht schon Deine ganze Ansicht von dem jüdischen Stammgott in ihr nächtliches Nichts zurücke? Wie? „in Seinem Ebenbilde schuf Gott den Menschen" *nicht nur den Genossen jüdischen Stammes, „dem* Menschen" *nicht nur dem jüdischem Stammesgenossen „blies Er Seinen göttlichen Hauch ein" (1 Mos. 2, 7.), — und dieser Gott wäre nur der Gott des jüdischen Stammes, der jüdischen Nation! Es wehe, nach dieser Lehre, nicht derselbe göttliche Hauch in Dir wie in mir! Du tragest nicht dasselbe göttliche Gepräge als ich, wärst nicht zu gleichem Gott nachstrebenden Wirken geschaffen als ich! Nur mir wäre Gottes Erbarmen und Liebe nah, Du aber wärest ausgeschlossen, schon durch Deine Abstammung ausgeschlossen aus dem Kreise seiner Liebe! Nach dieser den* Menschen *adelnden jüdischen Lehre!!*

Und die jüdische *Lehre, die Lehre des* jüdischen *Stammgottes kennt keinen christlichen Sündenfall und keine Erbsünde, durch welche dieses Gepräge göttlicher Bestimmung, diese Hoheit des Menschenzieles und die Fähigkeit sie zu erreichen schon irgend einem Menschen irgend einer Zeit von Geburt an versagt wäre. Noch in der spätern Zeit, in der Vollfülle jüdischer Nationalität, während ringsum Alles in den Banden asiatischen Götzenwesens gefesselt lag, tönt das Lied des jüdischen Nationalsängers (Ps. 8.) von der Verherrlichung Gottes auf der* ganzen *Erde, von der Begründung seines Reiches durch den Mund der Kinder und Säuglinge der Menschen, von der göttlichen Hoheit und Würde des Menschen selbst in seiner Verirrung und Schwäche, wie ihn „Enosch" gewöhnlich bezeichnet!*

Ist ferner der Inhalt der ersten elf Kapitel der Genesis ein anderer als der, der ganzen Menschheit? Zeigen sie uns nicht den „jüdischen Stammgott" als den Vater, Lehrer, Richter, Erzieher des ganzen *Menschengeschlechts, als den Lenker der Entwickelungen der Menschengeschichte, als den Vertheiler des Menschen über die Erde. Freilich zeigen*

uns die wenigen Züge, die uns in diesen Kap. von den ersten Gängen des Menschengeschlechts aufbewahrt sind, dieses nur in seinem allmähligen Entfernen von seiner heiligen Menschenbestimmung, und von der Verehrung des einen Einzigen Gottes, und wir werden damit eingeführt in die Geschichte eines Stammes, dessen Schicksale und Beziehungen zu diesem einen Einzigen Gott, der vorzugsweise Gegenstand dieser Bücher fortan ist. Aber wirft darum, nach der Lehre dieser Bücher, dieser Gott, der bis dahin als der Gott aller *Wesen, als der Gott* aller *Menschen erschienen, plötzlich alle diese universellen Beziehungen ab und wird — der beschränkte Nationalgott eines* Stammes, *ja, was sage ich, der beschränkte Hausgott* eines einzigen Mannes? *(Jes. 51, 2.) Denn Einer war ja Abraham nur, als Gott ihn aus Chaldäa rief, Ihm zu folgen, wohin Er ihn führen werde! — Wir sehen vielmehr Ihn, „(4 Mos. 27, 16.) den Gott aller Geister allen Fleisches" den Gott* aller *Menschen, den unablässigen Erzieher der Gesammtmenschheit,* nur zum Zweck dieser Gesammt*menschheiterziehung,* Einen *Mann aus der Mitte der damaligen Menschheit herausgreifen und ihn und seinen Stamm zu einem eigenthümlichen, von den Gängen der übrigen Völker verschiedenen Gange durch die Zeiten isoliren. Am* universellsten *gerade erscheint der Gott der jüdischen Lehre, indem Er das Bündniß mit dem Abraham und seinem Stamme knüpft.* Denn das Haus dieses Abrahams und der Kreis seines Stammes sollten in Mitten einer dem Götzenthume hinsinkenden Welt die Lehre von dem alliebenden und allgerechten einzigen Gott aller Menschen und von der Weihe des ganzen Menschenlebens an diesen einzigen Gott in einem Wandel der Heiligkeit und des Rechts und der Liebe für die einstige Rückkehr der gesammten Menschheit zu diesem Einzigen Gotte bewahren. *Diese* universelle *Absicht bei der* besondern *Leitung dieses Stammes wird überall in den bedeutendsten Momenten hervorgehoben. „*Allen *Geschlechtern der Erde soll durch dich Segen werden" ist gleich von vorn herein die ausgesprochene Absicht dieser Erwählung (1 Mos. 12, 3.). Selbst bei der höchsten Bundesvollendung und im Momente der vollendetsten Stammesisolirung ist vielleicht diese Absicht in der Umwandlung des Namens zum „Vater der Fülle der Völker" ausgesprochen (1 Mos. 17, 5.). „Zu einem großen und mächtigen Volke soll Abraham ja werden und dadurch gesegnet werden* alle *Völker der Erde, denn ich habe ihn ja nur darum mir ausgeschieden damit er seinen Kindern und seinem Hause nach sich auftrage, daß sie den Weg des Herrn bewahren Milde und Recht zu üben", spricht der „jüdische Stammgott" (Mos. 18, 18.) und nach der höchsten Prüfung des Stammvaters Abraham, wird wieder dieser durch seinen Stamm* allen *Völkern der Erde werden sollende Segen (Mos. 22, 18.) ausdrücklich genannt. Und dieser Abraham, sah er nur seinen Stammgott in dem Gott, der ihn gerufen? Sah er nicht den Beruf seines ganzen Lebens darin, den Namen des Einzigen Gottes Anderen zu* verkündigen *(Mos. 12, 8. u. ff.)? Erschien ihm nicht sein „Stammgott" als Richter der* ganzen *Erde, der, in welchem Kreise auch immer, auf den Angstruf gequälter* Menschen*seelen herbeieilet, und seine Boten sendet zu prüfen und zu richten? Tritt er zu ihm nicht hin, nicht für sich und sein Haus und seinen einstigen Stamm, sondern für sündige Städte Kanaans zu beten? Ist er ihm nicht fortwährend der Ewige, der Gott des Himmels und der Gott der Erde — und er wäre nur Stammgott der Juden? Nur sein Diener*

Elieser (Mos. 24, 42.) nennt ihn den Gott seines Herrn Abraham, wie ihn der Enkel den Gott Abrahams und Jizchaks (Mos. 32, 10.) nannte, augenscheinlich in Gegensatz zu den Göttern der übrigen polytheistischen Geschlechter. Es ist nicht der Gott, der nur über seinen Herrn Abraham als Gott waltet, sondern der Gott, den nur sein Herr Abraham verehrt, den der Diener nur aus der Verehrung seines Herrn kannte, Gott, wie ihn der Enkel aus der Lehre und dem Leben der Väter kannte, kurz es ist der Gott aller *Seelen,* aller *Geister und Wesen, der einzige einige allhohe und allnahe Gott,* wie *ihn die* Stammväter *des jüdischen Volkes in Mitte der polytheistischen Welt erkannten und Er sich ihnen in Wort und That bekundete. Während die Stämme der übrigen polytheistischen Welt jeder seinen Partikulargott hatte, kannte der jüdische Stamm nur* den einzigen einigen Gott aller Menschen als seinen Gott, *d. h.* als den, dem er alle seine Verhältnisse weihend unterordnete, *und um diese Lehre von Gott von allen übrigen Vorstellungen von einer Gottheit scharf und bestimmt zu scheiden gabs und giebts keine andere Bezeichnung als „Der Ewige", der ewig einzige Gott alles Seyns und Werdens, „der Gott Israels" wie er im Kreise dieses jüdischen Stammes erkannt und verehrt wird. — Nur in diesem Sinne erbaute ihm Jacob den ersten Altar und nannte ihn „Gott, den Gott Israels (Mos. 32, 10.)!" In diesem Sinne trat (2 Mos. 3, 16.) Moses zum Volke in Sendung „des Ewigen" „des Gottes ihrer Väter," und zum Pharaoh im Namen „des Ewigen" „des Gottes Israels." Der 4buchstabige Gottesname, den wir dürftig hier mit „der Ewige" wiedergeben, bezeichnet überall schon an sich die höchste Universalität, und der Zusatz: Gott der Väter, Gott Iisraels, bezeichnet ihn als den, von den Vätern, von Iisrael verehrten.*

Wie aber gleich bei Begründung des jüdischen Stammes die universelle Absicht derselben angedeutet werden, so fehlt auch bei all den fernern Gängen, die der Allheilige diesen Stamm geführt, nicht diese Rücksicht auf diesen universellen Zweck. Als der Allheilige von dem Nilstrom bis zu dem Sonnenlicht alle die Götter Egyptens den Finger seiner Allmacht fühlen ließ — was die Bemerkungen blasphemirend Zauberei nennen — um sich eben als den zu bekunden, der das eigentliche Seyn Aller *Wesen ist, durch den war und ist und wird, alles was wird und ist und war — da bezweckte diese Allmachtsoffenbarung ausdrücklich nicht nur die Erkenntniß des jüdischen Stammes, sondern Egyptens und der ganzen übrigen Erde (2 Mos. 7, 5. Kap. 8. 18, Kap. 9. 14—16.). In Mitte der polytheistischen Welt sollte für alle Folgezeit die Offenbarungsthatsache factisch dastehen, daß es ein Wesen gebe, das, Schöpfer und Beherrscher des Himmels und der Erde mit ihrer ganzen Wesenfülle, in seiner heiligen Erhabenheit über alle Wesen, doch mit seinem erziehenden Walten nahe, mitten im Menschenkreise sei, zu heben den Gebeugten, zu stürzen den Gewaltthätigen — wie diese Rücksicht auf die Erkenntniß im nichtjüdischen Kreise bei der Gestaltung des jüdischen Geschickes auch in Mosis und der spätern Propheten Mund immer wiederkehrt (2 Mos. 32, 12. Jos. 7, 9. Ezech. 20.).*

Welche Stellung giebt aber nunmehr dieser „jüdische Stammgott" diesem Stamme zu den übrigen Stämmen der Menschenfamilie, von welcher Beziehung die „Bemerkun-

gen" nur „Diebstahl" und „blutige Menschenopfer" und Vertilgung zur „Ehre des Stammgottes" kennen.

Blättre weiter in Deiner und meiner Bibel, und erröthe, Protestant.

Wo wird sich wohl mehr die culminirteste Spitze des Nationalbewußtseins und der Stammesabsonderung äußern, als gleich bei dem ersten Israel als Nation gewordenen Gebote des Passahopfers, das im Augenblicke der Volksgeburt als Zeichen der nunmehr gewonnenen Nationalpersönlichkeit begangen und als solches alljährlich wiederholt werden sollte. Und siehe, gerade bei diesem nationalsten *aller Gebote und Opfer, gleich bei diesem* ersten *Gesetze des Stammgottes für den jüdischen Stamm, liesest Du die Worte (2 Mos. 12, 48.): „Und wenn bei euch ein Fremder sich aufhält und wollte das Passahopfer dem Ewigen begehen, so soll u. s. w. und er sei wie der Eingeborene des Landes u. s. w.* Ein Gesetz sei für den Eingeborenen und für den Fremden, der sich in eurer Mitte aufhält!" *So wird gleich bei dem ersten, die jüdische gottgeweihte Nationalgeburt feiernden Opfer der Anschluß des* Fremden *ausdrücklich mit berücksichtigt! Und wenn bei diesem seiner ganzen Bedeutung nach nationalen Opfer der Anschluß mit durch das „dem ganzen Wandel vor dem Ewigen" weihende (1 Mos. 17, 1.) Abrahamszeichen bedingt ist, so war dies nur bei* diesem *Opfer Bedingung. Denn gerade bei den Opfern, diesen höchsten symbolischen Ausdrücken der Weihe an Gott, lesen wir ausdrücklich wiederholt (4 Mos. 15, 14.): Und wenn sich bei euch ein Fremder aufhalten wird, oder wer in eurer Mitte sein wird bei allen euren Geschlechtern und wird ein Opfer zum wohlgefälligen Duft dem Ewigen darbringen; wie ihr thuet, so soll auch er thun. Gemeinde! Ein Gesetz ist für euch und für den sich aufhaltenden Fremden. Ein ewiges Gesetz ists für eure Geschlechter:* „Euch gleich sei der Fremde vor dem Ewigen. Ein Gesetz und Ein Recht sei euch und dem Fremden der sich bei euch aufhält!" *Ward ja darum auch das höchste Nationalheiligthum,* der Tempel zu Jerusalem, *gleich auch nicht für den jüdischen Stamm allein, sondern* für jeden Fremden und Ausländer *mit geweiht, wie uns noch die Einweihungsworte bewahrt sind: und auch für den Ausländer, der nicht von deinem Volke Israel ist, und er kommt vom fernen Lande um deines Namens willen u. s. w. und betet zu diesem Hause, so mögest du erhören in deiner Himmelstätte und thun warum der Fremde dich anruft,* damit alle Völker der Erde deinen Namen kennen lernen, dich zu verehren wie dein Volk Israel *(1 Kön. 8, 41,) — und das wäre „der jüdische Stammgott," „der jüdische Nationalgott," „der ausschließliche Gott Israels?!"*

Und wie ist dieser Gott in Seinem heiligen Gesetze um das Wohl der Fremden besorgt! Wie liebt er den Fremden und fordert Liebe und Schonung, Milde und Fürsorge von dem jüdischen Volk für jeden in seinem Lande weilenden Fremden! Lies Protestant und erröthe! „Und den Fremden sollst du nicht kränken und nicht drükken; denn Fremdlinge seid ihr im Lande Egypten gewesen" *(2 Mos. 22, 20.),* „Den Fremdling sollst du nicht drücken, ihr kennt ja das Gemüth des Fremdlings; denn Fremdlinge waret ihr im Lande Egypten" *(Kap. 23, 9.).* Und wenn bei euch ein Fremder sich aufhält in eurem Lande, sollt ihr ihn nicht kränken. Wie der Einheimische von euch soll auch der sich bei euch aufhaltende Fremde sein. Du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn Fremdlinge seid ihr gewesen im Lande Egypten, Ich, der Ewige,

euer Gott *(3 Mos. 19, 33.)*. „Und wenn dein Bruder verarmt und seine Hand sinkt neben dir, so sollst du ihn unterstützen, so wohl Fremdling als Einwohner, damit er lebe neben dir" *(Kap. 25, 35.)*. *„Beschneidet die Vorhaut eures Herzens und euren Nacken lasset ferner nicht hart sein. Denn der Ewige euer Gott ist Gott der Götter, Herr der Herren, der große, starke und furchtbare Gott, der nicht berücksichtigt das Ansehn und Bestechung nicht nimmt, der Waisen und Wittwen Recht schafft* und den Fremdling liebt ihm Speise und Gewand zu geben. Liebet auch den Fremden denn Fremde waret ihr im Lande Mizrajim *(5 Mos. 10, 16.)*!" *Und diesen Gott der allweiten Liebe wagst Du zu lästern, wagst ihm die unendliche Liebe* Deiner *Lehre als Gegensatz gegenüber zu stellen, und siehst nicht die Tausende gemordeter Judenleichen aus ihren Gräbern steigen, die Tausende gebrochener Judenherzen zucken, die Tausende noch mit Seufzern sich füllender Judengemüther — die sich alle erheben, und auf ihre gequälten Leiber, und ihre gedrückten Geister, und ihre zerrütteten Häuser hinweisen, und mit unendlichem Mitleiden deine „unendliche Liebe" belächeln.*

Blättern wir jedoch noch etwas weiter in unserer Bibel. Siehe da die Propheten des Herrn, diese in den Zeiten des staatlichen Verfalls des jüdischen Volkes vom Gott aller Geister geweckten Männer des Geistes, die, mit der Kraft des göttlichen Wortes abwehrend stehen sollten vor dem Verfall, hebend stehen sollten über den Verfall, und durchleuchten sollten alle die kommenden Jahrtausende der Nacht bis zum für immer dann tagenden Morgen, den sie jauchzend mit dem Seherblick begrüßten — hat sie „der jüdische Stammgott, der jüdische Nationalgott, der ausschließliche Gott Israels" nur für diesen jüdischen Stamm, für diese jüdische Nation geweckt? „Zum Propheten für die Völker habe ich dich bestimmt," spricht der weckende Gott zum Jeremias — und da siehst du sie nun, diese Männer mit dem gottgeweckten Adlerblick und mit dem Menschheit fühlenden Herzen, gerade in der Zeit, in welcher die ersten Fäden zum asiatisch-europäischen Staatengewebe sich zu schlingen begannen, in dem wir noch jetzt uns bewegen, schauen und mitfühlen und verkünden die schmerzlich kreisenden Völkerbewegungen auf der assyrisch-babylonischen, persischen und tyrischen Staatenbühne, und sie gerade enthüllen uns den Blick zu der Erkenntniß, „daß auch an den andern Völkern der Erde Gott sich Zeugniß aufgerichtet hat, daß ihre Geschichte auch *die Geschichte seiner Thaten, daß die Geschichte der ganzen Menschheit die Geschichte des Reichs und der Thaten Gottes ist."*

Und hast Du aus ihrem und früher schon aus der Psalmisten Munde nie die Verkündigung des Völkermorgens vernommen, den sie als das Ziel der ganzen weltgeschichtlichen Entwickelung aller *Völker und des ganzen Ganges* ihres *Volkes durch die Geschichte erschauten, von dem ihr Geist erfüllt ist und ihr Herz entzückt und ihr Mund überströmt in Morgenroth tönenden Worten? Das Ziel der Tage (Jes. 2, 1.), wo fest dann steht der Tempelberg des Herrn an der Spitze der Berge und gehoben über Hügel und zu ihm dann alle Völker strömen und sprechen: „Auf, laßt uns hinauf zum Berge des Herrn, zum Hause des Gottes Jakobs, daß Er uns lehre von Seinen Wegen und auch wir in Seinen Pfaden wandeln, denn von Zion geht die Lehre aus und das Wort des Herrn von Jerusalem. Und er richtet zwischen den Völkern und*

weiset zurecht viele Nationen, und sie zerstücken ihre Schwerdter zu Sensen und ihre Lanzen zu Rebmessern, nicht erhebt Volk gegen Volk mehr Schwerdt und nicht lernen sie mehr Krieg (Jes. 2, 11.). Und es ruht der Wolf neben dem Schaafe und Leopard neben der Ziege und Kalb und Löw' und Stier zusammen und ein kleiner Knabe führet sie. Und es spielt der Säugling an der Otterhöhle, und nach des Basilisken Augengluth streckt der Knabe spielend seine Hand. Sie schaden nicht und verderben nicht auf meinem ganzen heiligen Berge; denn voll ist die Erde von Erkenntniß des Herrn, wie Wasserfluthen des Meeres Bett bedecken —" oder wie sonst immer die Kunde lauten möge von dem Tage, an welchem wie der Herr Einig, also Einig auch seine Verehrung auf Erden sein wird — an welchem alle Menschen mit Israel vereinigt sein werden in Verehrung des einzigen ewigen Gottes und in Weihe ihres ganzen Lebens an diesen einzigen Gott — hast Du sie nie vernommen? Du hast sie gewiß nie vernommen — sonst hättest Du nicht geschrieben, was Du geschrieben.
Aber

2. Der Diebstahl und die Völkervertilgung
Der Diebstahl 2 M. 3, 21.? Ich bitte jeden des Hebräischen Kundigen die Stelle Richter 8, 24. zu vergleichen, wo in ganz gleichem Zusammenhange, Schaal, wie in so vielen andern Stellen, nicht borgen, sondern fordern, erbitten bedeutet, und das ist's auch hier. Sich erbitten sollten sie Geräthe und Gewänder, und das war wahrlich eine geringe Vergütung der langjährigen Sklavenarbeit, und ein unentbehrliches Rüsten auf den langen Zug durch Wüsteneien.
Die Völkervertilgung? Wir haben schon oben die gesetzlichen Beziehungen des jüdischen Volkes zu den fremden kennen gelernt, die alle den Geist der Milde und der Liebe, des Rechts und des Friedens athmen. Und auch für den Fall des Krieges sehen wir (5 M. 20, 10.) die Pflicht auferlegt, überall erst den bedingten Frieden anzubieten, und nur dann feindlich zu verfahren, wenn der Friede verworfen und auf den Krieg bestanden worden, und bei Eroberungen wohl die wehrbare Mannschaft mit des Schwerdtes Schärfe zu erschlagen, doch der wehrlosen Frauen und Kinder zu schonen. Nur einen Völkerstamm sehen wir ausgenommen, den Kanaanitischen, den früheren Bewohner des jüdischen Landes; von ihm soll keines Individuums geschont werden. Nehmen wir dieses einmal in der rigorosesten Auffassung, es sei hier wirklich die unbedingte Vertilgung dieses ganzen Völkerstammes geboten. Auch dafür bliebe uns die heilige Schrift die Motive nicht schuldig, durch welche aber zugleich jede weitere Übertragung dieser Verfahrungsweise auf irgend einen andern Volksstamm aufs schärfste abgeschnitten wird. Sollte die zur Volkszahl herangewachsene Abrahams-Familie ein Volk werden, und mitten im Kreise der Völker ein, nur von dem Gedanken des Einzigen Gottes getragenes und durchdrungenes Volksleben entfalten, so mußte ihr ein diesem entsprechender Boden werden, der, nach der ganzen damaligen Weltlage, nur erobert werden konnte. Aber kein eroberndes Kriegsvolk soll das Gottesvolk werden. Ihm wird ein Boden zugesagt, dessen Bewohner durch ihre gänzliche Entartung bereits nach göttlichem Ausspruch dem Untergange verfallen waren, die also nicht dem jüdischen Eroberungsschwerdte, auch nicht etwa der

jüdischen Vortrefflichkeit, sondern nur der eigenen Schlechtigkeit erliegen. Gleich (1 Mos. 13.) die erste Verkündigung des einstigen Besitzes ist mit einer Hinweisung auf die Entartung der den üppigsten Theil des Landes bewohnenden Sodomiten zusammengestellt, die, bereits reif der vernichtenden Strafgerechtigkeit des Weltrichters, später wirklich vor den Augen des jüdischen Stammvaters untergehen. „Noch aber ist nicht voll die Sünde des Emoriters bis jetzt (1 Mos. 15, 16.)." Bis dahin kann das Land noch von keinem Andern in Besitz genommen werden. Bis dahin muß der Stamm der Abrahamiden in die Prüfungsschule der Leiden. „Nur wegen der Verderbtheit dieser Völker vertrieb sie Gott vor Israel (5 Mos. 9, 4.)." „Der Boden selbst trug die entarteten Bewohner nicht länger, und wird auf gleiche Weise Israel wieder ausspeien, wenn sie in gleiche Entartung versinken (3 Mos. 18, 25, 28.)." Es ist nur die Gottesgerechtigkeit, die wir da walten sehen. *Welcher Art diese Verderbtheit gewesen, lernen wir an der zuletzt citirten Stelle, und wer kennte nicht die Abscheulichkeiten des vorder-asiatischen Götzenthumes, wenn er in seinen culminirtesten Stadien, das in Sinnlichkeit schwelgende Thier im Menschen entfesselt, heiligt, vergöttert, und den Menschen in seiner höchsten Entartung als Ziel der Weihe aufstellt! Wie früh schon, zu Abrahams Zeit, gerade Kanaans Völker den Weg dieser Entartung betreten, sehen wir an Sodom und darum wohl meidet Abraham jede Verschwägerung mit ihnen für seinen Stamm und sucht sich lieber die Gattin seines Sohnes aus den ja ebenfalls polytheistischen Familien Arameas. Und* solche *Völker, mit* so verführerischem, entsittlichendem *Kultus, hätten ruhig zu nachbarlicher Geselligkeit im Lande Israels geduldet werden dürfen, Israels, das, in der Mitte ägyptischer und vorderasiatischer Entartung (3 Mos. 18.), sittlich rein und heilig emporblühen sollte als das heilig reine Priestervolk des Allheiligen, ohne Gefährdung dieses ganzen Zieles der Israelserwählung? „Keine Seele von ihnen dürft ihr bei euch leben lassen, damit sie euch nicht nach allen ihren Abscheulichkeiten zu handeln lehren, die sie ihren Göttern geübt, und ihr dem Ewigen, eurem Gotte sündiget (5 Mos. 20, 18.)!" Und wie hat sich die Vernachlässigung dieser Warnung gerächt! Wie ward nicht Israel durch die Kanaaniter, die es in seinem Lande gegen den Willen seines Gottes geduldet, zu dem ganzen Wuste kanaanitischen Götzenwesens hingerissen, und wie wird nicht in den Büchern seiner Geschichte wiederholt es beklagt, daß diese zur Pflicht gemachte nothwendige Strenge nicht in ihrer ganzen Schärfe ausgeführt worden.*

Hören wir jedoch was glaubwürdige jüdische Tradition berichtet, so war auch die Vertilgung der kanaanitischen Stämme keineswegs unbedingt geboten. Vielmehr wäre es auch ihnen zuvor frei zu stellen gewesen, freiwillig das Land zu verlassen, oder auch als Unterthanen im Lande zu bleiben. Letzteres aber nur wenn sie nur — ohne darum Juden zu werden — *ihrem Götzenkultus entsagen und sich nur noch zu den 6 übrigen* allgemeinmenschlichen *Pflichten (den sogenannten Noachidischen) verstehen wollten, die Keuschheit und Gerechtigkeit u. s. w. von jedem Menschen fordern. Eine Bedingung, die überhaupt auch jedem andern nichtjüdischen Fremdling, zu stellen gewesen wäre, der Einwohner des jüdischen Landes hätte werden wollen. Nur erst wenn diese beiden Anerbietungen verworfen worden, und sie bei ihrem Götzenkultus im Lande verharren wollten, nur dann erst wäre der Kampf bis zur Vernichtung*

geboten gewesen. Der Kürze halber verweise ich auf Nachmanides zur Stelle 5 Mos. 20, 10.

3. Die Flüche

Die „Bemerkungen" weisen auf Moses 3, 26, v. 14 f. hin, auf alttestamentalische Verfluchungen, deren stärkste keine Erhebung von dem Falle des Verfluchten gestatte, im Gegensatz zu der Lehre dessen, der selbst Feindes Fluch mit Segen zu vergelten befehle, und sollen überhaupt die Juden eine ordentliche Meisterschaft im Fluchen erlangt haben.

Wären dieses wirklich erboster Menschen Flüche, und hätten wirklich überhaupt die Juden eine ordentliche Meisterschaft im Fluchen erlangt — ach! eine solche traurige Meisterschaft, wäre noch lange nicht so schauderhaft traurig als die Meisterschaft, in welcher nun seit mehr als tausend Jahren die nichtjüdischen Völker sich bewähren, solche Flüche, „solche grausenerregende Flüche" nun zur Wahrheit, zur Wirklichkeit an den Menschen zu machen, über die sie ausgesprochen worden. Und ein Blick, auch nur ein Blick, in eine im heiligen römischen Reich erfundene Eidesleistung eines Juden, zeigt, daß auch im heiligen römischen Reich eben keine Stümper im Fluchen gewesen — gewesen, möchte ich so gerne sagen, wenn nur diese Eidesleistung schon überall, selbst in unserer Zeit, bei unserm protestantischen Bewußtsein außer Brauch wäre.

Aber haben wir hier wirklich Flüche, Menschenflüche, in denen erboste Ohnmacht die Rache, die Vernichtung die sie auszuführen zu schwach sich fühlt, in Wort wenigstens dem gehaßten Gegenstande anwünschen möchte, daß die Lehre: Feindes Fluch selbst mit Segen zu vergelten einen Gegensatz dazu bilden könnte? — oder kommen in der Lehre Des, der dem Tauben zu fluchen verbietet (3 Mos. 19, 14.), der einen gegen Eltern ausgesprochenen Fluch mit richterlichem Tode bestraft (2 Mos. 21, 17.), der jeden Haß, jede Rache, jeden Groll selbst verbietet (3 Mos. 19, 18.), und somit nicht nur Vergeben, sondern wahrhaft wirkliches Vergessen *erlittenen Unrechts fordert, und nicht nur Wohlthaten, sondern im ganzen Lebenslauf zuvorkommende Gefälligkeit gegen Feinde lehrt (2 Mos. 23, 4.), kommen in dessen Lehre Billigungen von Flüchen vor.*

Und diese Flüche? Siehe, der ewige Gott der Liebe und des Rechts tritt seinem Volke vor seinem ersten wirklichen Eintritte in die Reihe der Völker entgegen und enthüllt ihm seine ganze Zukunft. Zeigt ihm, wie alle die Fülle, alle den Segen, den andere Völker nur von ihrer Kunst, ihrer Macht, von der Gunst ihrer vergötterten Naturkräfte, von einer die Geschicke des Menschen blind würfelnden Schicksalsnothwendigkeit erwarteten, Israel ganz allein aus den Händen des frei waltenden ewigen Gottes der Liebe und des Rechts hinnehmen würde, wenn es sein ganzes Leben in allen seinen Beziehungen, nach der Lehre dieses einzigen Gottes ordnen würde. Zeigt ihm aber auch den ganzen Abgrund, in den es einzig und allein durch Vernachlässigung dieser Lehre sinken würde, und wie ihm keine Macht und keine Gunst helfen könne ohne Treue dem göttlichen Gesetz. Denn eben an diesem Volke und durch dieses Volk will ja der ewige Vater und Erzieher der Menschheit offenbaren, daß Er nicht nur der Himmelhohe sondern auch der Erdennahe Gott sei, *Er allein mit seiner ewigen Liebe*

und seinem ewigen Recht die Geschicke der Völker lenke und die Weihe und Vergöttlichung des ganzen *Menschen- und Völkerlebens in allen seinen Beziehungen durch Seinen Geist, als Höheziel der Menschheitentwickelung stelle, daß Menschen und Völker keine andere Bestimmung auf Erden haben als in allen und mit allen Seiten ihrer Lebensentwickelung Gottesdiener zu sein,* und nur als solche auch die Ruhe und den Frieden und die Glückseligkeit finden werden, die sie vergebens auf jedem andern Wege dauernd suchen. *Zu solcher Menschenoffenbarenden Lehre und solchem Gottoffenbarenden Geschicke rief Gott sein Volk, und mit Nichten ist dort die Nichtwiedererhebung von dem Falle als Spitze gestellt, vielmehr die Gottesnähe selbst dem Gefallenen in seiner Gesunkenheit zugesagt. „Und gleichwohl" schließt die Gottesrede (3 Mos. 26, 44.), „wenn sie auch sind im Lande ihrer Feinde, habe ich sie damit nicht verworfen und verschmäht, sie zu vernichten, mein Bündniß mit ihnen aufzuheben, denn ich der Ewige bin ja ihr Gott. Ich werde ihnen den Bund der Früheren gedenken, die ich aus Mizrajimsland geführt vor den Augen der Völker ihnen Gott zu sein, Ich, der Ewige." „Und nun, so hat der Ewige gesprochen, dein Schöpfer, Jakob, und dein Bildner, Israel, fürchte dich nicht, denn ich habe dich ja erlöst, habe es mit deinem Namen ja verkündet: mein seist du. Gehst du durch Fluthen — mit dir bin Ich, und durch Ströme, — sie verschwemmen dich nicht. Gehst du durch Feuer, du wirst nicht versengt und Flamme lodert dich nicht an. Denn Ich der Ewige bleibe dein Gott, der in Israel Geheiligte dein Helfer!" Jes. 43.*

Wo aber gäbe es eine größere Bewährung, eine größere, mit jedem Jahrhundert sich lebendiger steigernde Dokumentierung der Göttlichkeit des geschmäheten Alten Testamentes, als eben diese seine Worte des Lebens und des Todes, des Segens und des Fluches in der Geburtsstunde eines Volkes, die sich nun seit mehr als dreitausend Jahren, als die Jahrtausende voraus geschaute und voraus verkündete ganze Zukunft eines Volkes bestätigen! Vergleiche mit dieser Verkündigung der Blüthe und Zerstreuung dieses Volkes, der Blüthe und Verödung dieses Landes, die dieser Verkündigung nun durch Jahrtausende herab gefolgte Geschichte dieses Volkes und dieses Landes bis zu der Lage, in welcher du beide, Volk und Land, selbst noch am heutigen Tage erblickst — und frage dich, ob einem Andern diese Verkündigungen entstammt sein können, als dem ewigen Gotte aller Zeiten, aller Welten, dessen Blicken die fernste Zukunft wie der gegenwärtige Augenblick klar vorliegt, und der über Länder und Völker gebietet und es geschieht, verheißt und es erfüllt!

Was soll es endlich überhaupt auch mit diesen Bemerkungen, diesen von ihnen so genannten jüdischen Nationalgott lästernd in Gegensatz zum Gotte der unendlichen Liebe *zu stellen? Wer ist's, der sich als den barmherzigen, gnädigen, langmüthigen Gott verkündet, als den Unendlichen an Liebe und Wahrheit, der tausend Geschlechtern Liebe bewahret, Sünde und Verbrechen und Fehler verzeihet, wenn Er gleich auch ungestraft nicht läßt und oft Sünde der Väter an Kinder und Kindeskinder an Enkeln und Urenkeln heimsucht (2 Mos. 34, 6.). Wer ists, der sein Heiligthum ganz zu einer Stätte der Sühne, der Verzeihung, der Vergebung und des zu erringenden und wieder zu erringenden göttlichen Wohlgefallens gestiftet (3 Mos.)? Wer ist's, dessen Sänger von der nur in Ihm zu findenden Freude und Wonne, Seligkeit und*

Trost, Kraft und Erleuchtung (Ps. 16) überströmen, daß Er ihnen sei, der ihnen ihr Lebensdunkel erleuchte (Ps. 18, 29.), ihr Hirte sei auf duftenden Auen an ruhig murmelnden Quellen, das Gemüth ihnen labe, den Fuß ihnen leite, Stab und Stütze und Trost ihnen reiche wenn sie zu wandeln haben durch todumschattete Thäler (Ps. 23)? Wer ists, von dessen Erbarmen und Liebe, Güte und Geradheit, Liebe und Wahrheit sie singen, der ihr Licht sei und ihr Heil, dessen Zürnen so kurz, dessen Verzeihen so lang, dessen Güte so reich, der Milde und Recht liebe, mit seiner Liebe die Erde fülle und seine Rettungs-Engel um seine Verehrer lagere (Ps. 25, 6 f. 27, 1. 30, 6. 31, 20. 33, 5. 34, 8.)? Wen verkünden ihre Lieder, als Den, dem die Wege zu befehlen seien, der den Kranken auf seinem Siechbett stütze, sein Licht und seine Treue den Verirrten sende, der die feste Burg sei und die immer zu findende Hülfe in der Noth und hinüberführe über den Tod (Ps. 37, 5. 41, 4. 43, 3. 46, 2. 48, 15.)? Wen besingen sie als Den, der das gebeugte Herz nie zurückweise, dessen Lieb und Wahrheit himmelhoch, in dessen Schirm und Schatten Schutz zu finden sei wenn auch Tod und Verderben drohe, dessen Liebe morgens zu verkünden sei und seine Treue in den Nächten, dem mit Freuden sei zu dienen und seine Wohlthaten nie zu vergessen, der der Seele Sünden alle verzeihe und heile alle ihre Schwächen, und erlöse ihr Leben und sie bekränze mit Liebe und Erbarmen, sie beglücke, sie verjünge, nicht nach seinen Fehlern und Sünden mit dem Menschen verfahre, sondern wie ein Vater seines Kindes sich erbarme, weil er die Schwäche des Staubgebornen kenne (Ps. 51, 19. 91, 1. 92, 3. 100, 2. 103.)? Wessen Tempel hallte stets von den Hymnen wieder, daß Er der Allgütige sei und unendlich ewig seine Liebe, daß Er der Himmelhohe und zugleich der Erdennahe sei den Armen aus dem Staub zu heben, die Freudenleeren zu beglücken, als der immerwache Menschenhüter zu beschirmen und zu beschützen und dem Menschen sein stilles häusliches Erdenglück zu bauen (Ps. 107, 1. 113, 6, 121, 4. 128.)? Wer ist in ihren Liedern der Gnaden- und Erbarmungsvolle, langmüthig und liebegroß, der Allen Gütige, der alle Fallenden stütze, alle Gebeugten aufrichte, Recht schaffe den Gedrückten, Brod den Hungernden, Freiheit den Gefesselten, Licht dem Blinden, Erhebung dem Gebeugten (Ps. 130, 4. 145, 8. 146, 7.)? — Wer ists, der seine Boten (Jes. 61, 1.) sendet wunde Herzen zu verbinden, Weggeführten Heimkehr, Gefesselten Erlösung zu verkünden, zu verkünden: wären auch eure Sünden wie carmoisin, wie Schnee sollen sie wieder weiß werden, wären sie auch roth wie Purpur, wie Wolle sollen sie sein. Tröstet, tröstet mein Volk, denn voll ist sein Kampf, gesühnt seine Sünde. Ich bins ja, Ich bins, lösche deine Verbrechen meinetwegen und gedenke deiner Fehler nicht mehr, habe wie Wolke deine Verbrechen getilgt und deine Fehler wie Dunst, kehre zu mir zurück, Ich erlöse dich ja. Denn es tröstet der Ewige Zion, tröstet all ihre Trümmer, macht ihre Wüste Eden gleich, und ihre Öde wie Gottes Garten, Freud' und Wonne wird darin gefunden, Dank und Stimme des Gesangs. Wie schön sind auf den Bergen die Füße dieser Boten, die den Frieden verkünden und das Gute verkünden und das Heil verkünden und zu Zion sprechen dein Gott ist ja König (Jes. 1, 18. 40, 1. 43, 25. 44, 22. 51, 3. 52, 7.)! — Machet Bahn, machet Bahn, räumt den Weg, hebt den Anstoß aus meines Volkes Weg. Denn also spricht Der, den man den Hocherhabenen, in der Unendlichkeit Thronenden und Heiligen nennt, hoch und

heilig throne ich wohl, aber auch beim Gebeugten und Geistgesunkenen, zu beleben den Geist der Gesunkenen und zu beleben das Herz der Gebeugten. Denn nicht ewig streite ich und nicht immer zürne ich. Denn der Geist ging ja von mir aus in seine Hülle und die Seele habe Ich ja gebildet. Als es sündigte zürnte ich und schlug es mich verbergend. Da ging es hin in den Wegen seines Herzens. Seine Wege sehe ich und heile es und leite es und vergüte Tröstung ihm und seinen Trauernden, schaffe die Rede der Lippen: Friede, Friede dem Fernen und dem Nahen, spricht der Ewige, ich habe ihn geheilt (Jes. 57, 14.). — Wessen Boten sind es, die in die Mitte der Menschheit treten und alle *Lechzende zum Quell der Labung und des Heils laden. Wessen Geist hebt ihnen die Zunge wenn sie rufen: Suchet den Ewigen, da Er immer zu finden, rufet ihn an, da Er immer so nah. Es verlasse der Sünder seinen Weg und der Gewaltsame seine Pläne und kehre zum Ewigen wieder, der erbarmt sich sein, zu unserm Gotte hin, der verzeihet gar viel. Denn nicht meine Gedanken sind eure Gedanken und nicht eure Wege sind meine Wege, spricht der Ewige. Denn wie hoch sind die Himmel über die Erde also hoch sind meine Wege über eure Wege und meine Gedanken über eure Gedanken. Bewahret das Recht, übet die Milde; denn nah ist mein Heil zu kommen und meine Milde sich zu offenbaren. Heil* jedem *Menschen, der dieses übt, dem Adamssohn der daran hält. Spreche nur ja nicht der Fremde, der sich anschließen will dem Ewigen, absondern wird mich der Herr von seinem Volke. Ich bringe sie zu meinem heiligen Berg, erfreue sie in meinem Hause des Gebets, ihre Opfer und Gaben zum Wohlgefallen auf meinem Altar, denn mein Haus soll ein Haus des Gebetes genannt werden für* alle *Völker (Jes. 55, 1, 7. 56, 1. f.).*

Wer ist's, dessen Sänger also singen, dessen Boten also verkünden, ist es nicht der Gott des alten Testaments, der Gott der unendlichen Liebe, den Du — Gott verzeihe es Dir — nur als den fluchenden Nationalgott der Juden kennst!!

Wenn aber der Allheilige der Gott der Liebe ist, ist er nicht auch der Gott des Rechts, ist nicht die Gerechtigkeit eben so sein heiliges Attribut? Ja ist es nicht die Gerechtigkeit, auf der das Weltall steht, ist nicht Gerechtigkeit die höchste Liebe zum Ganzen, während eine nie zürnende Liebe Lieblosigkeit wäre? Wenn die Liebe Wesen schafft, so ordnet Gerechtigkeit die Fülle der Wesen zu Welten und erhält Gerechtigkeit der Welten Ordnung. Und sollen da die Gottessänger ihn nicht auch in dieser seiner Welt erhaltenden Gerechtigkeit besingen, wie ihn der Raub des Armen, das Angstgeschrei der Dürftigen aufruft, in seiner Allmacht zu richten, und wie es kein Dunkel und keinen Todesschatten gebe, worin sich der Sünder dem allgerechten Gott entziehen könne u. s. w. Das ist eben die Wahrheit der jüdischen Lehre, daß sie in Gott die Liebe mit dem Recht und das Recht mit der Liebe paaret, und beides als Eins erkennen läßt, beide nur in ihrem Erscheinen verschiedene, in ihrer Wesenheit einige Attribute des Einigen Allheiligen Gottes.

4. Der jüdische Gottesdiener

Das Verhältniß der Juden zu seinem Gott und dessen Gesetz wäre nur das des Knechtdienstes, nicht das sittlich freier Menschen, bemerken die Bemerkungen. Das Halten der Gebote, der Gehorsam, wäre sinnlich, blind, äußerlich, —

Das alte Testament, dieses alte Vermächtniß Gottes an die Menschheit, bezeichnet gerne das höchste Verhältniß, in welchem der Wille Gottes sich den Menschen wünscht, als Ewed, als Diener, und der höchste Name, mit dem der größte Jude, mit dem der große Moses gekrönt wird, ist der — „Diener Gottes". „Mein Diener" nennt ihn liebevoll bevorzugend der allerhöchste Gott vor allen übrigen Propheten Israels — und Diener Gottes, Gottesdiener zu sein, Gottesdiener in jeder Fuge seines Lebens, mit dem frühesten Lächeln und mit dem spätesten Athemzuge, sein ganzes Leben heiligen Gottesdienst sein zu lassen, das ist allerdings das Ideal, das jedem Juden vorschweben soll, in jedem Stande, jedem Alter, jedem Geschlecht und jeder Lebenslage. Denn siehe, das jüdische Bewußtsein sieht sich ja umgeben von Millionen Schaaren heiliger Gottesdiener (Ps. 103), es sieht ja den allheiligen Alleinen allein auf Seinem heiligen Thron, und alle, alle Wesen sonst, von dem Thauestropfen, der die Blüthen tränket, bis zum Gottesengel, der die Geister weckt, alle Diener im Gottes Reiche, Diener der Sturmwind und der Blitz, und der Thau und der Regen, und jegliches Sein und jegliches Werden Gottesdiener um Gottes Thron; alle nur das einzige, Allen gemeinsame Ziel habend, mit jedem Körnchen Kraft, und jedem Fünkchen Leben und jeder Spanne Sein den Willen Des zu erfüllen, der gab und giebt Dasein und Leben und Kraft — und Bestimmung, und der Mensch, der mit Bewußtsein, mit solchem Bewußtsein begabte Mensch sollte nicht freudig eintreten, frei eintreten in die große Schaar der Gottesdiener, sollte Höheres kennen, als mit jedem Körnchen Leib und jedem Fünkchen Geist in jeder Spanne Zeit den heiligen Gotteswillen zu erfüllen, wenn auch nur einigermaßen dem hohen Zutrauen seines Schöpfers zu entsprechen, der von ihm frei *die Achtung seines Willens erwartet, dem alle übrigen Wesen* gebunden *dienen!*

Der hat nie die hohe Seligkeit des Gedankens, die hohe Seligkeit des Gefühls, gedacht und gefühlt, die mit dem Streben gepaart ist Gottesdiener zu sein, der diese Gesinnung also schmähen konnte. „Knechtsdienst?" Wer ist Knecht? *Wer ist Sclav? Den nicht der Zug im Innern, die Liebe und Achtung im lebensvollen Busen, den nur die Gewalt und der Lohn im Dienst des Herrn bannen. Und Du wagst die Gesinnung, Knechtsdienst zu schelten, die, durch die Gedanken der unendlichen Größe und unendlichen Güte ihres Gottes, von Ehrfurcht überwältigt und von Liebe überwältigt, zu Ihm sich hinaufwendet und keine größere Seligkeit kennt, als den letzten Lebenshauch in seinem Dienste, in Erfüllung was Ihm wohlgefällt auszuhauchen. Die wagst Du Knechtsdienst zu schelten? „Nicht sittlich frei!"* Wer ist sittlich frei? *Der nicht durch Leidenschaft und nicht durch Triebe, nicht durch Furcht und nicht durch Begierde, der ganz allein durch sein Pflichtgefühl, durch sein Pflichtbewußtsein in seinen Gedanken und Gefühlen, in seinen Worten und Handlungen sich leiten läßt, der ist sittlich frei. Den Sclaven schreckt die Peitsche, den Sclaven lockt der Lohn; aber an dem sittlich freien Menschen haben Leidenschaften und Triebe, haben Gefahr und Lust ihre Kraft verloren; in freier göttlicher Energie hebt sich sein wahres göttliches Ich, schaut auf seine Pflicht, und übet sie* trotz *Peitschendrohung und läßt nicht von ihr* trotz *süßester Lohnslockung. Und der Jude wäre kein sittlich freier Mensch? Und es hätte irgend eine Einzel- oder Volkspersönlichkeit je ihre hohe sittliche Freiheit also bewährt als der Jude? Weil in seinen Schriften auch sein irdisch Wohl und Weh an die*

Erfüllung seiner Pflichten geknüpft sind? Wir haben schon oben angedeutet was dieses Hinweisen auf Segen und Fluch im Gefolge der Pflichterfüllung uns ist — Dir aber ist es Schrecken *des Sclavenjuden* von der Sünde, Locken *des Sclavenjuden* zu der Pflicht — *Sieh, Protestant, seit nun bald zweitausend Jahren giebts kein irdisch Gut mehr, das mit der jüdischen Pflicht errungen und erhalten würde; giebts fast kein irdisch Gut mehr, das nicht geschmälert und geopfert werden müßte für die jüdische Pflicht; ach, giebts kaum einen Schmerz, eine Qual, einen Kummer, eine Sorge, ein Elend, eine Noth, die nicht in die Lebenshütte des Juden einkehrten nur weil sie die eines Juden; — und der Jude ist doch Jude geblieben, ist seiner Pflicht treu geblieben,* trotz *Qualen, die schreckten,* trotz *Güter die lockten, — hat nicht irdische Freuden und irdische Güter, hat mit seiner Pflichttreue nur Schmerzen und Leiden, nur Verkennung und Hohn eingeärndtet — und der Jude ist doch treu geblieben; seit nun bald zweitausend Jahren* schrecken die Schrecken *nicht von jüdischer Sünde, sondern* von jüdischer Pflicht, locken die Güter *nicht zur jüdischen Pflicht sondern* zur jüdischen Sünde, *und der Jude hat auf sich genommen all die Schrecken und Schmerzen, hat hingeopfert all die Güter und Freuden, die das Leben verschönern und versüßen, hat sich und die Seinigen hingeopfert — um nur treu zu bleiben seiner Pflicht, um nur nicht zu lassen von seiner Pflicht, um nur die hohe Aufgabe zu erfüllen, die sein Gott ihm gesetzt,* „zu lieben den Ewigen seinen Gott mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen" *(5 Mos. 6, 5.) — und Du wagst es im Angesicht solcher sittlich freien Hoheit, zu lästern: „das Verhältniß des Juden zu seinem Gotte ist das des Knechtdienstes, nicht das sittlich freier Menschen!!!" Ist nicht Kreuzestod um Wahrheit christliches Ideal sittlich freier Menschenvollendung? Nun, Tod und lebenslängliche Kreuzigung hat das jüdische Volk Jahrtausende herab um das erduldet, was ihm die Wahrheit ist. „Was* ihm *die Wahrheit ist!" sprichst Du zurechtweisend. Ja wohl, was* ihm *die Wahrheit ist. Der Mensch läßt sich nur dafür kreuzigen, was* ihm *die Wahrheit ist.*

5. Die Unsterblichkeit

Ehe die Bemerkungen ihren Schlußvorwurf gegen das alte Testament vorbringen, den wir in dieser Nummer betrachten wollen, resumiren sie ihre Ansicht über altes und neues Testament in kurzen Antithesen, die alle bereits in den bisherigen Nummern ihre Erledigung gefunden. Auch deren Letzte bedarf — und verdient keine weitere Besprechung. Sie meint das Judenthum habe nur den Fanatismus der Hartnäckigkeit im Festhalten an der Absonderung, und sein Conflict mit den andern Völkern sei der der Vertilgung zur Ehre Gottes! *Das Verhältniß zu den andern Völkern ist bereits besprochen, und die Vertilgung zur Ehre* Gottes? *— Nun doch wahrlich,* jüdische *Donatisten- und Arianerverfolgungen,* jüdische *Inquisitionsteufeleien und Waldensermetzelungen,* jüdische *Dominicanerheldenthaten und Hussitenkriege,* jüdische *Torquemada's Werke und Alba'sche Greuel,* jüdische *Hugenottenvertilgungen und Bartholomäusnächte,* jüdische *Dragonaden und 30jährige Religionskriege,* jüdische *Judenedicte und Judenverfolgungen — suchst Du vergebens auf den Blättern der Geschichte.*

Doch wir wenden uns ab von solchen Greueln zu einem schönern Gegenstande.

„Ferner:" so schließen die Bemerkungen über das Judenthum, die ältesten Urkunden des alten Testaments wissen nichts von der Unsterblichkeit und Ewigkeit des menschlichen Geistes, der Tod ist das letzte und für ihn kein Trost. Auch diesen Widerspruch hat das Christenthum gehoben. Der Christ weiß daß er unsterblich ist u. s. w. Nicht der Mensch wird hier zur Erden, sondern nur das von ihm, was von der Erde genommen ist. Der Christ u. s. w."

Das wäre doch wahrlich seltsam. Der Gedanke von der Unsterblichkeit und ewigen Fortdauer des menschlichen Geistes ist dem menschlichen Bewußtsein ein so natürlicher, und sein Gegensatz, daß der Tod das Letzte und für ihn kein Trost sei, ein so unnatürlicher, dem ganzen menschlichen Denkkreise so fremder, so undenkbarer Gedanke, daß noch kein Volk, und wäre es das roheste, in grellsten Fetischismus versunkene, über die Erde gewandelt ist, das nicht auf seine Weise seinen *Hades und* sein *Elysium gehabt hätte, dem der Tod das Letzte und für ihn kein Trost gewesen wären — und gerade dem geistigsten Volke des Alterthums, dem Juden, sollte, nicht nur irgend eine specielle Art der Vorstellung von der Fortdauer nach dem Tode, sondern diese ganze Vorstellung überhaupt gefehlt haben, sollte der Tod das Letzte und für ihn kein Trost gewesen, sollte nicht auch vielmehr dieser Gedanke auf seine geistigste Weise in ihm lebendig gewesen sein, — das wäre wahrlich seltsam! Zum Glück ist den „Bemerkungen" das Menschliche begegnet,* daß gerade der Satz, in welchem der Verf. seine vermeintlich christliche dem Christenthume als Vorzug zu vindicirende Unsterblichkeitslehre *uns mittheilt: „nicht der Mensch wird hier zur Erden sondern nur das von ihm was von der Erde genommen ist" nichts — als* ein dem jüdischen Munde des alttestamentlichen Predigers, *Kap. 12, V. 7.* entnommener Satz ist:

„Und es kehrt der Staub wieder hin an die Erde wie er war,
Und der Geist kehrt wieder zu Gott hin, der ihn gegeben."

Und dieser Prediger will an dieser Stelle gar nichts Neues, keinen neuen Gedanken etwa mittheilen, will überhaupt hier mit diesem Satze nicht die Unsterblichkeit lehren; *sondern dieser Satz ist nur der letzte Zug in einem Gemälde des Alters und der allmäligen Auflösung. Ein Beweis, daß im Kreise des Volkes, mit dem dieser Prediger sprach, dieser Gedanke ein ganz alltäglicher, heimischer war, ebenso alltäglich und heimisch wie das Verdunkeln des Sehvermögens und das Umwölken der Augen, mit welchen V. 2 die Schilderung des Alterns begonnen. Es steht also schon schlimm, sehr schlimm um diesen vermeintlichen Vorzug des* Christenthums *vor dem alten Testament. Allein der Verf. spricht von den „ältesten" Urkunden des A. T. und meint damit vielleicht noch ältere als das Buch des Predigers. Wir wollen uns einmal vor der Hand noch nicht in diesen* ältesten *Urkunden umsehen, ob sie gar nichts von der Unsterblichkeit und Ewigkeit des menschlichen Geistes wissen und ihnen der Tod das letzte sei. So kann doch das nicht mit zum Vorzug des* Christenthums *gehören, was unläugbar schon lange lange vor seiner Zeit, wie hier aus dem Prediger erhellt, Gemeingut des* jüdischen *Volks gewesen. Der hat ferner sich wahrlich wenig im jüdischen Alter- und Schriftthum umgesehen, der nicht weiß, wie gerade diese Lehre von der Unsterblichkeit des menschlichen Geistes, die Lehre von Olam Habba und Thechijath Hammethim, die Lehre von dem zukünftigen Leben und der Auferstehung*

der Todten während des 2. Tempels, lange vor dem Christenthume als jüdisches Glaubensdogma *ausdrücklich und ausführlich* gelehrt *zu werden* anfing *nachdem — ich bitte diesen Umstand für später zu merken — nachdem zwei Schüler, die Gründer der* sadducäischen *Sekte, im Gegensatz zu dem herrschenden Glauben,* angefangen *hatten diese Lehre zu* bezweifeln. *Wenn daher der Lehrer des Christenthums die Unsterblichkeit und das ewige Leben des menschlichen Geistes gelehrt hat, so hat er damit im jüdischen Kreise nicht nur nichts Neues, vielmehr etwas Längstbekanntes gelehrt, sondern er hat überhaupt damit nur das im herrschenden jüdischen Volksglauben seiner Zeit lebendig Vorhandene wiedergegeben.*

Wir brauchen jedoch auch nur den in den ältesten *Urkunden des A. T. beim Tode eines Menschen ganz gewöhnlichen Ausdruck, Haßéf el Ammáw, „eingesammelt werden zu den Seinigen" zu bedenken um uns zu überzeugen, daß das Bewußtsein: nur die Hülle des Menschen werde begraben, der eigentliche Mensch aber, der Geist im Menschen komme zu den Geistern der Seinigen, von* jeher *im jüdischen Volke ein ganz allgemeines gewesen sei. Denn nichts ist also für eine Volksansicht Bürge, als ein in der Sprache des Volkes ausgeprägter Gedanke. Daß dieses Heaßéf el Ammáw sich aber nicht auf das Einsammeln zu den Gräbern beziehe und etwa nur so viel als „bei den Vätern begraben werden" sei, das liegt in allen Stellen klar. Verscheiden, Sterben, zu den Seinigen gesammelt werden (richtiger eigentlich: in die Versammlung der Seinigen aufgenommen werden) und dann Begraben. Ehe die Hülle der Erde übergeben wird, ist schon der Geist in dem Kreis der Seinigen. Am Schlagendsten beim Jacob (4 Mos. 49, 29. ff.). Er stirbt in Egypten und wünscht in Palästina bei seinen Vätern begraben zu werden. Er spricht daher zu seinen Söhnen: „ich werde eingesammelt zu meinem Volke, begrabet mich bei meinen Vätern." Das zu den Seinigen gesammelt werden hängt nicht von seinem Grabe ab. Wo sie ihn auch begraben würden, würde er zu den Seinigen kommen. Er wünscht jedoch auch bei den Vätern begraben zu werden. Eben so sein Tod: „als Jakob seine Aufträge an seine Kinder vollendet hatte zog er seine Füße ins Bette, verschied und wurde zu den Seinigen eingesammelt." Nun folgt erst sein Begräbniß nach 40 tägigem Einbalsamiren, 70tägider Klage u. s. w. Ja bedenkt man daß Eßof so häufig die Bedeutung des Aufnehmens in einen heimischen, schützenden, zuthunlichen Kreis habe (z. B. Ps. 27, 10. Jes. 58, 8. 4 Mos. 12, 14. 2 Mos. 19. Richter 19, 15.), so giebt es nichts Süßeres, Heiligtrauteres, als diesen jüdischen Gedanken vom Menschentode. Die Heimath des Menschengeistes ist bei Gott, der ihn der Erdenhülle eingehaucht. Gott ruft ihn zu Sich (Hiob 34, 14.) in Seine heimische Nähe, zu den ihm verwandten Geistern, — das heißt Sterben. Das Entgegengesetzte von diesem Sterben wäre die Nichtaufnahme der Seele in den Kreis der Ihrigen, Hikkaréth hannéfesch meammého, Genesis 17, 14 und sonst. „Du überlässest meine Seele dem Grabe nicht, lässest Deinen Frommen nicht Verwesung schauen, lehrest mich den Weg des Lebens, die Freudenfülle vor Deinem Angesichte, die Wonne in Deiner Rechten ewiglich (Ps. 16, 10.)." „O, daß meine Seele stürbe den Tod der Braven und mein Ende sei wie der (4 Mos. 23, 10.)." „Seine Seele weilt im Guten und seine Kinder erben die Erde (Ps. 25, 13.)." „Gott tödtet und belebt, führt ins Grab und aus dem Grabe (1 Sam. 2, 6.)." „Der Braven Wesen ist bestimmt das*

Grab zu überdauern, daß dies ihm keine Stätte sei. Nur Gott erlöset meine Seele von dem Grabe, denn Er nimmt mich zu sich (Ps. 49, 15.).“ „Denn ich weiß es, mit dem Tode lässest Du zurück mich kehren, und es giebt eine Bestimmungsheimath für alles Lebende (Hiob 30, 22.).“ „Denn es hat der Baum ja Hoffnung, wird er gefällt er ersetzt sich wieder, und sein Sprossen hört nicht auf. Und wenn auch in der Erde seine Wurzel altert, und im Staub sein Stamm abstirbt, von Wassers Duft treibt er neue Blüthen, spendet Erndte als wär er frisch gepflanzt — und der Mann stürbe wenn er schwach geworden, wenn der Mensch hingeschieden, da wär er nicht mehr? Wasser ist wohl aus dem Meer geschwunden, und ein Strom versiegt und trocknet — aber der Mensch, der sich niederlegt, der stünde nicht wieder auf, bis keine Himmel mehr sind, erwachten sie nicht, ermunterten sich nicht mehr von ihrem Schlafe?! Wer gäbe daß im Grabe Du mich bergtest, dort mich schütztest bis Dein Zorn sich gekehrt, Du würdest ein Ziel mir setzen und meiner wieder gedenken. „„Wenn der Mensch stirbt da lebe er wieder?““ „Ja, alle Tage meines Kampfes harre ich darauf, bis mein Wechsel kommt. Du rufest dann — ich antworte Dir — nach dem Geschöpfe deiner Hände sehnest Du Dich (Hiob 14, 7.)!“

Das sind Stimmen aus den ältesten Urkunden des alten Testamentes über Leben und Auferstehung nach dem Tode. Und den ältesten Urkunden des alten Testaments wäre der Tod das letzte und für ihn kein Trost?!

Aber warum lehren *denn die Schriften des alten Testaments den Glauben an die Unsterblichkeit nicht ausdrücklich und nachdrücklich, warum reichen sie ihn nicht als Trostbecher und Lebensbalsam den trauernden und wunden Herzen des hieniedigen Lebens und vor allem warum pflanzen sie ihn nicht als vorzüglichen Bewegungsgrund und Sporn zum Streben der Vervollkommnung und Veredlung, kurz zur Tugend hienieden? Warum legen sie nicht den Werth und den Nachdruck auf diese Lehre wie Schriften der christlichen Lehre? — Weil sie dessen nicht bedurften, und weil sie Höheres lehrten.*

Die Schriften des alten Testaments brauchten nicht den Glauben an die Unsterblichkeit ausdrücklich zu lehren, *weil dieser Glaube allgemein verbreitet im Volksbewußtsein schon lebte und noch Keiner daran zweifelte. Das frische lebensvolle Menschengemüth kennt ja überhaupt keinen Tod, keine Vernichtung, kein Nichts. Denn Vernichtung, Nichts sind nur Abstractionen; in dem Reiche der Wirklichkeit stellt sich dem Menschen keine Vernichtung, keine wirkliche absolute Vernichtung, kein wirkliches absolutes Nichts dar. Was Du Vernichtung, Nichts nennst, sind nur relative Vernichtungen, ist nur relativ Nichts. Es hört auf das Eine zu sein, aber es wird ein Anderes. Es ist nicht das Eine, aber ein Anderes ists. Du kennst nur einen Wechsel. Und darum ist auch dem natürlichen Menschen der Tod nur ein Wechsel, ein anderes Sein, das sich jedes Volk nach seinem Ideenkreis gestaltete; aber Sein oder Nichtsein ist ihm* nicht *die Frage. Und nun der Jude, der Jude des alten Testaments, der den Gottes Odem, den Oden des ewigen, unsterblichen Gottes in sich fühlte, der mit so klarem, scharfschneidenden Bewußtsein den Erdenleib, die Staubhülle, von der Gottesseele, dem Gottesgeist in sich schied, wo hätte* der *auf den Gedanken kommen sollen, sein Geist, der Odem des lebendigen ewig unsterblichen Gottes höre auf zu sein, wenn ihm*

die Staubhülle zerfällt, fange nicht vielmehr erst noch kräftiger zu sein an, nachdem ihm die Bande der Staubsinne abgenommen? Sah er den Leib denn aufhören? Nur wechseln sah er ihn, in neuen Staubgebilden Leben gewinnen, und niederes Leben, weil vom Menschengeist nicht gehoben — und der Geist sollte ihm aufhören, sollte nicht nur in neuem Zustand neues Leben gewinnen, und höheres Leben, weil von der Erdenhülle nicht mehr gesenkt? Ferner sah ja der Jude, der Jude des alten Testaments, selbst hienieden schon, in diesem Kreise der Sinnlichkeit, Männer mit sterblichem Leibe unsterbliche Stufen erringen, und das Reich des Himmels einkehren in irdische Hütten, (Henoch und Elias, Moses und die Propheten, Gottes Engel im Kreise der Sterblichen, und Gottes Offenbarungen und Herrlichkeit hienieden) und es hätte ihn noch erst gelehrt zu werden brauchen, was er mit *den irdischen Fesseln errungen werden sah, dürfe er mit gelösten Fesseln mit Zuversicht erhoffen? Er hätte gelächelt ob der überflüssigen Lehre (Kosri 1 B.). Er glaubte nicht die Unsterblichkeit, er sah und wußte sie. Nur erst als eine frivole Doctrin sie zu leugnen begann, war die Nothwendigkeit da sie zu lehren.*

Warum benutzt aber die jüdische Lehre des alten Testaments dies vorhandene Bewußtsein so wenig, auf ihm das Gebäude ihrer Belehrungen und Forderungen aufzuführen? Weil sie Höheres zu thun hatte, und Höheres thut.

Nicht über Gräbern sollte sich das Lebensheiligthum des Juden erheben (3 B. Mos.), nicht erst *an dem Gedanken der Auflösung des irdischen Bandes sich sein geistiger Lebensfunke entzünden; frisch ins helle lichte Leben ward es gebaut, und der frische, helle, lichte Lebensgedanke sollte im Juden pulsiren. Denn die Aufgabe des Judenthumes ist Heiligung, Weihe, Erhebung, Vergöttlichung des* irdischen Lebens, *es ist Offenbarung des göttlichen Willens an den in den Erdenleib gehauchten Gottesodem* für *sein Walten in dieser Hülle und mit dieser Hülle, das aus dem Staube gesprungene Leben zu* sich *zu erheben, und mit sich zu* Gott. *Was sollte da das Grab und die Leiche! Grab und Leiche zeigen den Körper als Spielball der Elemente, dem Zwange der umgebenden Kraftwelt erliegen — denn es fehlt der freie zu seiner Beherrschung gesandt gewesene göttliche Geist. Das Judenthum erbaut sich aber nur auf dem Bewußtsein, daß, so lange dieser göttliche Geist im Menschen weile, so lange der Leib nicht todt ist, auch sein Leib und alle Triebe des Leibes keinem andern Zwange zu gehorchen haben als nur ihm, diesem Göttlichen Geiste; das Judenthum ist auf die freie lebendige Beherrschung des Leibes durch den* Geist *gebaut; Freiheit ist seine Kraft und Heiligung seine Aufgabe. Es muß darum in seinen Bekennern den Gedanken kräftig und ungetrübt erhalten, daß der Tod — erst mit dem Tod beginne, dann sinke der Leib weil der Geist dann steigt; aber so lange das Band des Geistes und Leibes geknüpft sei, sei der Leib vom Geiste zu tragen und Heiligung des Geistes* und *Leibes, der* ganze *Wandel vor Gott, wie es bei der Bundessiegelung des Leibes heißt (1 Mos. 17, 1.), sei das zu erstrebende Ziel. Das Judenthum sucht darum die Todesgedanken nicht auf, sondern sucht sie aus dem Gedankenkreise des Lebendigen zu bannen.*

Ferner: Nicht an irgend einen erst zu erwartenden, zu erhoffenden Zustand der Zukunft knüpft die alttestamentliche jüdische Lehre ihren Trost und ihre Verpflichtun-

gen, wie überhaupt an keinen besondern Zustand des menschlichen Seins. In jedem gegenwärtigen *Augenblick des Seins tritt sie zu dem von der gottvollen Vergangenheit erfüllten Menschenwesen hinan und spricht: siehst du nicht Gott um dich? fühlst du nicht Gott in dir? siehe und fühle und lebe.* Der Jude weihet sich freudig seinem Gott nicht weil er sein wird, sondern weil er ist. *Und die Quelle seines Trostes und seiner Belehrung ist nicht eine zu erhoffende Zukunft, sondern eine erlebte Vergangenheit. Wo also überall die Gegenwart mit Gott verknüpft, was bedarfs da des Gedankens der Zukunft!*

Endlich das Judenthum in seinem Ideale lehrt ja nicht die Vernichtung der Erde um den Himmel zu gewinnen, sondern gerade eine Erhebung der Erde zum Himmel, eine Gestaltung aller irdischen Verhältnisse des Menschen zu einem Heiligthume Gottes, daß die ganze Erde sich zu einem Gottesaltar erhebe und Gottes Herrlichkeit auf Erden niedersteige, kein Gegensatz mehr sei zwischen Erde und Himmel, Himmel und Erde sich küsse, und ein jenseitiges Leben schon auf diesseitiger Erde erblühe. Des Judenthums Stolz ist nicht den Tod nur zu überwinden, — der ja von selbst den Geist zu den Geistern, el Ammaw, ruft, — sondern der noch viel höhere Sieg, das Leben, das irdische Leben zu überwinden, und schon das irdische flüchtige Sein mit himmlischen ewigen Blumen zu schmücken.

*Die ältesten Urkunden des alten Testaments bedurften der Unsterblichkeits*lehre *nicht, weil sie Höheres zu thun hatten und Höheres thaten.*

6.

Die Bemerkungen haben den Satz, es bleibe der ewige Stolz, die welthistorische Ehre des jüdischen Volks, Gott als den Einen vorgestellt zu haben. Aber diese Vorstellung sei noch nicht die volle, sei erst der Anfang *der Wahrheit. Beziehen wir diesen Satz auf Dasjenige, was von dieser jüdischen „Vorstellung" bereits Gemeingut auch nichtjüdischer Kreise geworden, so ist dieser Satz allerdings richtig. Dasjenige, was von der jüdischen Gotteinheitslehre, vorzüglich durch die heilbringende Vermittelung des Christenthums, die Erlösung der Welt vom Polytheismus geworden, ist gleichwohl nur erst ein Splitter, ein* Anfang *des großen vollen Gotteinheitsgedankens des Judenthums. Denn dieser ist nicht nur der* Gedanke, *die Vorstellung, daß Ein und nur Ein Gott sei, sondern es ist dieser Gedanke mit der ganzen Fülle seiner Consequenzen fürs Menschenleben, es ist der Gotteinheitsgedanke als Leitungsprincip, als Seele eines Menschen- und Volkslebens in allen seinen Beziehungen, es ist die Lehre von einem Menschenleben, das diesen großen Gottesgedanken in jede Fuge seines Wesens aufgenommen, und von ihm, von diesem großen Gottesgedanken alle Seiten seiner Entfaltungen, sein ganzes Denk-, Genuß-, Wort- und Thatenleben sich gestalten läßt. Die Lehre von einem gottheiligen Mensch- und Volksleben. Der* Gotte*inheit gegenüber die* Lebens*einheit, die Gestaltung und Weihe des* ganzen *Lebens durch* Ein *Prinzip, durch das Princip der Einheit Gottes. Diese Seite des Judenthums, gerade die Fülle desselben, ist es, die noch am wenigsten im nichtjüdischen Kreise gekannt und am meisten verkannt wird. Der bis jetzt ins Völkerleben eingegangene Gotteinheitsgedanke ist nur erst noch ein schöner* Anfang, *und die vollkräftige Anwendung dieses*

Gedankens im socialen Leben hat noch kaum begonnen. Denn so lange zum Beispiel noch immer aus dem Lande der Freiheit und Gleichheit schwarze Europäer ausgehen, weiße Negermenschen zu jagen, so lange in dem so stolz seiner Freiheit sich rühmenden Staatenverein auch schon die leiseste, herausgewittertste Hautschattirung Menschenadel und Menschenachtung raubt, so lange in dem Freiheitsstolzen Staate Lynchgesetze möglich sind, so lange freie Städte ihre Mauern, Zünfte ihre Rechte, Gesellschaften ihre Zirkel, Menschen ihre Rechtsachtung noch einem — Juden versagen, und was jedem Wurm gestattet ist, sich nähren und sein häusliches Nest bauen, dem Juden noch meistens verkümmert ist, so lange noch Menschen über Menschen seufzen, daß man ihnen *versage, was man* sich *erlaubt, so lange mache man noch nicht viel Rühmens von „unserer Zeit" und „unserm Bewußtsein", so lange hat unsere Zeit noch nicht die ersten Elemente jenes Gotteinheitsgedankens ganz* bethätigen *gelernt.*
Doch es ist Zeit diese flüchtigen Anmerkungen zu schließen, sollen sie anders ihren vorangegangenen Flugbemerkungen leichtgeschürzt nachfliegen können. Sie haben sich begnügt, von den in den Bemerkungen aufgestellten Gegensätzen nur die das A. T. und Judenthum verurtheilenden Glieder zu prüfen, und die entgegengesetzte Erhebung des Neuen gerne auf sich beruhen zu lassen. Denn auch nicht den Schein möchten sie haben, als wollten sie einem Heiligthum zu nahe treten, das so vielen Menschengemüthern Trost und Beseligung gewährt. Aber sie würden sich innig freuen und hätten vollständig ihren Zweck erreicht, wenn sie auch nur hie und da eine gerechtere Würdigung des Judenthums vermittelten, nur hier und da die Möglichkeit eines Zweifels an den gang und gäbe gewordenen Urtheilen über Judenthum brächten, nur hier und da die Ahnung vorbereiteten, daß eine Lehre, die nun Jahrtausende herab ihre Bekenner unter den härtesten Prüfungen mit immer frischem Lebensmuth zu immer frischerer Lebensweihe aufrecht gehalten, doch ein viel zu tiefer Lebensborn sein müssen, als daß man sie nur so mit einem Paar Fingerspitzendistinctionen erschöpfen, beurtheilen und verurtheilen könne.
Am 1. Chanuckahtage 5601.

Hirschs starkes Selbstbewußtsein wird hier zur Größe, seine Worte zu dauernder Ermahnung. Sein Ruf, nicht Verteidigung, prophetisch, das Judentum zum Lehrer der Welt.

Schulen, Gemeinden, Gottesdienst [167]

Zu den Hauptaufgaben des Landesrabbiners gehörten seine Inspektionsreisen zur Überwachung von Gemeinden, Schulen und Gottesdiensten. Darüber mußte der Regierung Bericht erstattet werden. Hirsch war darin sehr gewissenhaft, wodurch er uns ein gutes Bild der Verhältnisse gibt. Von Hirschs Nachfolgern haben wir keine Berichte mehr. Man traute dem so sehr orthodoxen Hirsch wohl nicht so ganz und überwachte ihn streng. Bevor der Rabbiner auf die Reise ging, mußte er ein Gesuch einreichen, um seine

167) O.S.A., Best. 70, 3008. — Das Schulgesetz von 1830 betr. die Juden war unauffindbar; s. S. 188—189.

Spesen zu erhalten. Wir haben ein solches Gesuch, und zwar aus der Zeit der Krise über das Gehalt. Darin finden wir zwei Randbemerkungen der Regierung, die die Situation beleuchten. Herr von Lützow fragte an: „Revisor wolle beurteilen wie viel Geld in der Land Rabbiner-Kasse ist." Vorschüsse gab es ja nicht. Die Antwort war „27 Rt. und einige Groschen." Obgleich Hirsch in einem früheren Bericht die Zahl der jüdischen Schüler genau angegeben hatte, wurde ihm dennoch auferlegt: „In dem demnächst abzulegenden Bericht über die Resultate seiner Inspektionsreise hat der Land Rabbiner die Zahl der an jedem Orte befindlichen schulfähigen Kinder Israelitischen Glaubens genaustens anzugeben; — Juli 22, 1831 — Die Haftungs Order auf 25 Rt. Gold . . ." [168]
Hirsch wußte, daß die Zukunft auf dem Spiele stand, das verleiht seinen Berichten Wert. Wir lernen aus ihnen, wie schwer das Amt des Rabbiners war, wie bescheiden die Fortschritte, die er in den Gemeinden machen konnte.
Ein Vergleich von Hirschs Berichten gibt uns die Entwicklung der Gemeinden. Wir haben Berichte vom 30. November 1831, am Anfang seiner Amtszeit, vom 4. Juli 1834 und 26. September 1837, der Mitte seiner Dienstperiode, und 9. August 1839, wie auch vom 8. Oktober 1840, dem Ende seiner Amtsperiode. Wir haben außerdem einige Resultate der Lehrerprüfungen, die er vornahm, eine Darstellung seiner Hoffnungen und der gemeindlichen Nöte, die er dem ersten Berichte anfügte, und schließlich einen langen Briefwechsel mit der Regierung über die jüdischen Kinder in Ovelgönne, die er in einer jüdischen Volksschule zusammenschließen wollte, und der uns über Hirschs erzieherischen Ziele, wie auch seine Erziehungsphilosophie Aufschluß geben wird und sich mit seiner Gesamttheologie deckt.
Die Gemeinden waren klein, trotzdem hatten sie Lehrer. Allerdings waren sie keine geschulten Männer, lebten kärglich — wie wir aus Hirschs erstem Bericht sehen werden —, aßen jeden Tag in einem anderen Hause, wurden oft gekündigt oder gingen weg.
1814 war Philipp Moses Nathan Lehrer in Oldenburg.
1816 war Leffmann Glückstein Lehrer in Varel und beschwerte sich, er sei beleidigt worden.
1817 hatte Moses Arons Cohen aus Rüstersiel den Cerf Isaac aus Verden als Privatlehrer und Schächter. Der Lehrer ersuchte um weitere Aufenthaltserlaubnis, sein Arbeitgeber stellte ihm ein Zeugnis aus, konnte es jedoch nur mit zwei Kreuzen unterschreiben. Ob er jüdisch-deutsch schreiben konnte, wissen wir nicht.
1817 war Lehmann Sachs aus Breslau Vorsänger und Schulmeister in Cloppenburg.
1818 war Hermann Freund aus Bayern Lehrer in Westerstede.
1819 war Alexander Löwi „Hauslehrer" bei Moses Arons Cohen in Rüstersiel, d. h. Cerf Isaac war weg, Löwi unterrichtete alle Kinder der Juden, aber war eben dem Cohen gegenüber verantwortlich.
1819 war Samson Hannover Lehrer in Berne.

---

168) O.S.A., Best. 134, 754.

1820 war Israel Hirschbein aus Hirschberg in Delmenhorst, Moses Goldschmidt war in Wildeshausen, Michael Bauer aus Posen in Ganderkesee.
1823 war Baruch Guttmann Lehrer in Ovelgönne.
1821 war A. Levy aus Birnbaum Lehrer in Burhave — für ein Jahr war ihm Aufenthaltserlaubnis erteilt.
Im gleichen Jahre war Jacob Levin Gottschalk, 19 Jahre alt, Sohn des Rabbiners von Lobischen, Lehrer in Zwischenahn und Westerstede.
Seit 1827 war es Aufgabe des Landesrabbiners, die Lehrer in Deutsch, Hebräisch, mosaischer Religion und jüdischer Geschichte zu überprüfen.
Am 3. August 1829 hatte Adler 14 Lehrer im Herzogtum geprüft, sowohl auf ihre Fähigkeit als Lehrkräfte wie ihre Befähigung als Vorbeter und Schächter. Das Gehalt für den Lehrer im Lande wurde auf 100 Rt. jährlich festgesetzt.[169] Keinem dieser Lehrer werden wir wieder begegnen — sie kamen und gingen schnell. Ihr Gehalt dürfte wohl kaum je voll ausbezahlt worden sein. Statt dessen mußten sie „Tag essen", wie das auch bei östlichen Juden Brauch war, d. h., sie aßen jeden Tag in einer bestimmten anderen Familie. Das war an sich entwürdigend und Quelle von Streitigkeiten. Im östlichen Judentum wurden die Jeschivahstudenten — die jungen Leute, die den Talmud studierten — in dieser Weise verpflegt, hier waren es nun die Lehrer. Es entsprang der Hauslehrersituation und brachte den Lehrer in völlige Abhängigkeit vom Arbeitgeber.
Im einzelnen werden wir aus Hirschs Berichten die Lage voll verstehen lernen. Wir erhalten ein Bild einer ungebildeten Judengemeinschaft, in der innerer Zwiespalt reif war und die nur durch eine starke Autorität in Ordnung gebracht werden konnte. Dem detaillierten Bericht über seine Eindrücke schließt Hirsch in seinem ersten Inspektionsbericht eine Beschreibung der Lage an:

Der Land Rabbiner ... ist ihm vergönnt, seine Hoffnungen und Wünsche für das mögliche Fortschreiten der Institute auszusprechen, so wird freilich schon der Zustand der einzelnen Gemeinden ... sagen, daß zu einer möglichst kräftigen Erhebung und Förderung der Institute, ihnen irgendwo her eine Unterstützungsquelle eröffnet werden müßte, die anzuweisen sich der Landrabbiner bescheiden muß, der Einsicht Großherzoglicher Regierung zu überlassen, doch sieht sich der Landrabbiner gedrungen dies seiner verehrten Regierung recht warm und dringend ans Herz zu legen.[170]

Doch Geldmittel würden nirgends ausreichen wenn nicht die bestehenden und etwa noch zu treffenden Verfügungen und Anordnungen, mit möglichster Bestimmtheit und Sorgfalt ins Leben gesetzt werden; und durch eine solche Belebung der Institute ließe sich vielleicht selbst bei mäßigen Mitteln, wenn nur nicht gänzlicher Beschränktheit, mancher guter Fortschritt erzielen; namentlich wäre es zu wünschen, daß die Vorsteher in den einzelnen Gemeinden eine ernstere Ansicht der ihnen anvertrauten

169) O.S.A., Best. 70, 3009. Über die Verordnung, die den Landesrabbinern das Recht gab, die Lehrergehälter anzusetzen s. Best. 70, 3007, Fasc. 5. — Allerdings half das nicht viel, wenn kein Geld da war.
170) Das mag Hirschs Gegnern in der Regierung die Idee eingegeben haben, man könne die Gelder der Rabbinatskasse besser für Schulzwecke als für das Rabbinergehalt benutzen.

Pflichten erhielten und sie mit mehr Pünktlichkeit übten; daß, wo möglich, durch festere Anordnung der Kost die Lehrer mehr außer zu naher Beziehung mit den einzelnen Gliedern gesetzt würden; daß in den Gemeinden, die es besten können, eine Sonderung der Lehrer von Schächter und Vorsängervorrichtung nach und nach eintrete[171]*; — und vor allem, daß durch die Tüchtigkeit der Subjekte und Vervollständigung der leitenden Büchervorräte, und wegweisender Anleitung eine lebendigere, mehr Geist und Gemüt belebende Methode das Innere des Unterrichts hebe. — Es wird das Streben des Landrabbiners sein, hierzu das Aufgebot aller seiner Kräfte anzuwenden, und hofft er von seiner verehrten Regierung nach Möglichkeit heilsame Unterstützung, ihrer väterlichen Sorgfalt und Einsicht entsprechend zu erhalten; — Oldenburg 1830, November 29. S.R. Hirsch, L.R.*

In seinen Berichten gibt Hirsch Aufschluß über Unterricht, Gottesdienst, Gemeinde. Wir folgen ihrer Entwicklung:

Cloppenburg *(Judenfamilien 1869: 8*[172]*, 1816: 5) 1830:*

Unterricht: *Diese Gemeinde zählt jetzt 4 unterrichtsfähige Knaben von 7—10 Jahren und ein 12-jähriges Mädchen, das aber krankheitshalber wenig Teil an dem Unterricht nehmen kann. Mit den Knaben, welche schon den Kursus der 2. Klasse begonnen, ist ein recht erfreulicher Anfang gemacht, besonders verspricht der jüngste Heiersberg 7 Jahre alt recht viel. Der jetzige Lehrer Brandt übet mit Lust und Umsicht seine Lehrpflichten; der Unterricht ist nicht mechanisch, Geist weckend und Gemüt belebend; — leider sind nur die äußeren Einrichtungen, die Dürftigkeit des Schullokals, der Mangel an Büchervorrat usw. zu entmutigend für den Lehrer: sodaß zu meinem besonderen Bedauern (er) wohl nicht länger als bis zum nächsten Frühjahr dort bleiben will, wozu noch mit beiträgt, daß er sich unfähig fühlt die Schächter- und Vorsängerfunktion mitzuübernehmen, und die Gemeinde zu dürftig 2 Subjekte zu nähren, einen Lehrer haben muß, der auch diese Verrichtungen zu übernehmen im Stande ist.*

Synagoge: *An einem würdigen Lokal fehlt es gänzlich, daher entbehrt auch wohl noch dort der Gottesdienst die Weihe und Innigkeit, die wir ihm wünschen müssen. Vorsänger- und Schächter-Amt versieht jetzt vorläufig ein dortiges Gemeindemitglied.*

Gemeinde: *Von den 5 Familien nur einer, Rosenthal recht begütert zu nennen, dazu mit Tilgung alter Münsterscher Schulden belastet*[173]*, ist sie nicht wohl vermögend aus eigenen Mitteln, was ihr vorzüglich mangelt, ein anständiges Synagogen- und Schul-Local zu erbauen. Ein Vorschuß von etwa 200 Rt. mit nicht drückenden Bedingungen dürfte vielleicht eine erleichternde Aushilfe sein; — trübe wär's, wenn das im Jugend-*

171) Die Lehrer konnten wohl kaum Disziplin erwarten, wenn ihr nächstes Mahl vom Wohlwollen der Eltern abhing. Die Trennung der Funktionen wurde in den Landgemeinden nie durchgeführt, aber gut ausgebildete Lehrer konnten sie ohne weiteres erfüllen.

172) O.S.A. Best. 134, 755: Die Zahl der Juden änderte sich kaum, so daß die Aufstellung von 1869 im großen und ganzen ein Bild der Gemeinde gibt.

173) s. S. 171.

unterricht lobenswert Begonnene durch Beschränktheit der Mittel an erfreulichem Erfolg scheitern würde.

1834: (29. Juni)
Schule: *2 hatten die Schule verlassen, 1 ist zugekommen, gegenwärtig 4 Schüler; 1 Knabe ist Anfänger, die übrigen 3 genießen den Unterricht der 1. Klasse.* Schulbesuch: *gut;* — Fleiß: *gut;* — Fähigkeiten: *besonders die beiden Heiersberg Kinder;* — Leistungen: *brav; die beiden Heiersberg zeichnen sich aus; wenn man diese beiden zu Lehrern bilden könnte!* — Schullokal: *schön;* Schulbücher: *Das Nötigste;* Interesse *der Eltern an der Schule: gut;* — Lehrer: *pflichttreu.*
Synagoge: *Local unwürdig eingerichtet;* — Gottesdienst: *nicht pünktlich und manche Ungebühr; der Landrabbiner hat auch hier durch Festsetzung der Zeit und Brücheansatz auf Ausbleiben und Ungebühr für die Zukunft abzuhelfen zu haben; — zur sofortigen Beschaffung des Allernötigsten für eine würdigere Einrichtung haben sich die Gemeindemitglieder verpflichtet.*
Gemeinde: Friede: *leider nicht;* Finanzen: *Die Beiträge zur Lehrererhaltung sind noch bis auf zwei Jahre geordnet; — zur Unterhaltung der Synagoge und sonstigen Gemeindeausgaben war schon seit 15 Monaten nichts beigetragen worden; auch dies ist nunmehr durch freie Vereinbarung geordnet, und soll das erst zusammenkommende Geld auf eine würdigere Ausstattung des Gotteshauses mit dem Allernötigsten verwendet werden; — es drücken die Gemeinde vorzüglich verjährte Münster'sche Landesschulden.*
Im Abschiedswort: Gott nachahmende Liebe, Versöhnlichkeit und Milde anempfohlen.

1837: *(12. September)*
In der Gemeinde ist zur Zeit nur 1 unterrichtsbedürftiger Knabe von 9 Jahren; aber sie entbehrt schon lange, aus bekannter Veranlassung eines Lehrers. Es war bis jetzt nicht möglich, wieder einen zu engagieren, teils weil überhaupt die Ermittelung von Subjekten fürs jüdische Gemeindelehramt jetzt überaus schwer fällt, teils auch mancher durch die in letzten Jahren stattgefundenen mißlichen Verhältnisse daselbst abgeschreckt worden. Doch hat der Vorsteher jetzt einen ermittelt, über den, sobald er sich zur Prüfung gestellt haben wird, der Landrabbiner ordnungsmäßig berichten wird. Vorläufig war die Gemeinde veranlaßt, sich schriftlich gegenseitig zu verpflichten, daß wenn je wieder ein Lehrer dort über ungebührliche Behandlung abseiten Eines von ihnen sich zu beklagen haben sollte, dieser gehalten sein soll ihm nach wie vor Kost und Lohn zu geben, und zwar die Kost in Geld vergüten oder sie bei einem Anderen ausverdingen. — Die Synagoge ist noch das frühere unwürdige Lokal. — Dem Gottesdienst ist noch immer Ordnung und Anstand zu wünschen und mußten dort die bei voriger Inspektion in dieser Hinsicht getroffenen Vereinbarungen und Verfügungen erneut werden. — Die Erhebung der Beiträge ist zurück. — Münster'sche Landschulden aus früherer Zeit weiter ganz unverhältnismäßig. Der Vorsteher, der bis jetzt die Zinsen davon zu erheben hat, hegt den Wunsch, daß dies doch künftig durch den Amtseinnehmer geschehen möge, worüber separater Bericht anliegt.
Hirsch scheint den Mut verloren und die Hoffnung aufgegeben zu haben. Unter ande-

rem teilt er den Bericht nicht mehr in Paragraphen ein, deren jeder über ein Teilgebiet berichtet und mit Überschrift versehen ist. Den Bericht über die Münster'schen Schulden haben wir nicht. Die Situation war tragisch, und der Staat hätte dabei Hilfe gewähren können. Im früheren Hochstift Münster, welches 1803 aufgelöst wurde, waren alle Juden gemeinschaftlich dem Staate gegenüber für die Schulden jedes einzelnen verantwortlich. Diese Gesamtschuld wurde auf die einzelnen Gemeindemitglieder verteilt. Da das Gebiet von Münster an Preußen und Oldenburg aufgeteilt wurde, berief man 1803 einen „Landtag" ein, zu dem der Herzog am 11. Juni 1803 eine Deputation ernannte. Von einem Erlaß dieser alten Schulden war allerdings keine Rede, nur von ihrer proportionellen Verteilung an die beiden Staaten. Dadurch wurden die Nachkommen für Jahrzehnte mit den Schulden anonymer Vorfahren aus unbekannter Vergangenheit belastet.[174] Daß Not und finanzieller Druck die kleine Gemeinde nicht vereinigten, ist tragisch, dennoch trägt der Staat eine große Verantwortung. Man half in keiner Weise. Der Landesrabbiner wurde aus Schutzgeldern bezahlt, die Schulden mußten getilgt werden, der Lehrer war nun eine neue Belastung. Wurden Lehrer früher von einzelnen schlecht und recht erhalten, so war ihnen jetzt ein festes Gehalt zugebilligt worden. Die Belastung war für Cloppenburg zu groß. Man half sich, indem man den Lehrer in Kost nahm. So wuchsen die Konflikte. Die Bemühungen des Vorstehers, einen Lehrer zu finden, brachten kurzen Erfolg. Nach Hirschs Bericht vom 17. November 1837 stellte sich Marcus Isaac Sardiner zur Prüfung als Vorsänger, Lehrer und Schächter. In dem Examen zeigte sich, daß er zwar ein guter Vorsänger und Schächter war, jedoch war sein Deutsch mangelhaft, denn er kam von Machawa in der Nähe von Warschau. Dennoch ersuchte Hirsch die Regierung um seine Anstellung für ein Jahr, da einerseits Cloppenburg so lange ohne jeglichen Kultusbeamten gewesen war, jedoch andererseits nur ein Kind in der Schule war.[175]

Sardiner scheint ein Jahr dort gewesen zu sein, dann ging er. In seinem letzten Bericht vom 7. Juli 1839 schreibt Hirsch nur ganz kurz über Cloppenburg: „Dort waren Differenzen zu beseitigen, die im letzten Semester die Anstellung eines Lehrers verhindert; und wird hoffentlich wieder ein Lehrer angestellt werden können." Dennoch waren Hirschs Bemühungen nicht vergebens. Cloppenburg entwickelte sich zu einer würdigen Gemeinde, die eine schöne Synagoge hatte (gebaut 1867, s. u.). Es war übrigens die einzige, die mit einem jüdischen Friedhof verbunden war, was an sich jüdischer Tradition zuwiderläuft, doch dürfte dabei der Einfluß der katholischen Bevölkerung maßgebend gewesen sein, und Wechsler, der Landesrabbiner zur damaligen Zeit, war liberal und hatte keine Bedenken. Die Synagoge wurde von den Nationalsozialisten zerstört; der kleine Friedhof befindet sich innerhalb des Komplexes des katholischen Krankenhauses und wird ehrfürchtig gepflegt. Unter den Gräbern finden sich die der Heiersberg-„Kinder", die bis ins Alter hinein in Cloppenburg lebten und zu führenden Gemeindemitgliedern wurden. Allerdings hatte Cloppenburg keinen eigenen Lehrer, das Amt wurde von dem nahe liegenden, preußischen Quakenbrück aus wahrgenommen.

---

174) O.S.A., Best. 31,6-16-20.
175) O.S.A., Best. 70, 3010.

Cloppenburg verursachte Hirsch Kummer; an anderen Gemeinden hatte er mehr Freude.

Vechta

1830 (1816: 6 Familien; 1869: 9 Familien)
Schule: *hat 9 Unterricht genießende Kinder von 6—14 Jahren, 4 Knaben und 5 Mädchen, wovon 1 Knabe und 1 Mädchen aus Lohne; 4 sind noch im 1. Kursus, 5 bereits im 2. — Hier fand ich die Leistungen leider nur mittelmäßig, mehr mechanische Gedächtnisübung als Verstand und Gemüt bildend. Bei Erfüllung seiner Lehrerpflichten wäre dem Lehrer Fränkel mehr Gewissenhaftigkeit, Lust und Liebe zu wünschen; das Äußere ist ermunternd; Schullokal befriedigend.*
Synagoge: *Lokal schön; über Störungen der Ordnung und Ruhe keine Klage.*
Gemeinde: *Größtenteils begütert, und läßt sich in Hinsicht der Mittel hier für die Zukunft mancher erfreuliche Fortschritt erwarten.*

1834 *(30.—31. (sic.) Juni)*
Schule: *zählt jetzt 9 Schüler wovon 3 aus Münster. — 2 Knaben und 1 Mädchen zur 1. Klasse, 2 Knaben und 2 Mädchen zur 2. Klasse, und 2 Knaben als die Vorgeschrittenen bilden eine 3. Klasse.* Schulbesuch: *bei einigen mußte Ermahnung ausgesprochen werden;* — Fleiß: *ebenfalls;* Sittlichkeit: *ziemlich gut;* — Fähigkeiten: *gut;* — Leistungen: *im ganzen zufrieden;* — Schulbesuch: *gut;* — Schulbücher: *das Erforderliche;* — Interesse der Eltern an die Schule: *gut;* — Lehrer: *pflichttreu; er hat um ein Heimatsattest*[176] *geschrieben; — er ist übrigens kein Preuße sondern Russischer Untertan aus Dubranitz in Kujawien in Russisch Polen; nachdem er einmal gekündigt worden, wünscht die Gemeinde einen andern, der als Vorsänger besser qualifiziert ist; er wird daher nun wohl die Gemeinde verlassen; — der Landrabbiner möchte sich jedoch die Frage erlauben, ob er ihn vorkommendenfalls, nicht in anderer Gemeinde anstellen könne, da sich die Maaßnahme Großherzoglicher Regierung nur auf preußische Untertanen namentlich erstreckt.* Synagoge: Local: *würdig;* — dem Gottesdienste *fehlte zum Teil an Pünktlichkeit und würdige Anstandsbeachtung, beiden ward durch Bestimmungen und Vereinbarungen zu begegnen gesucht.* Gemeinde: Friede: *ungestört;* — Finanzen: *Reichlich fürs Bedürfnis; — doch war durchaus keine regelmäßige Erhebung nach irgend einer Weise, von Rechnungsführung vorhanden; und auf keine Weise auf die endliche Tilgung einer zum Behuf des Synagogenbaus aufgenommenen Schuld von 1300 Rt. Bedacht genommen; — Die Gemeinde ward deshalb veranlaßt, sich zu einem regelmäßigen Beitrag dergestalt zu vereinigen, daß Zinsen und alle Gemeindebedürfnisse bestritten und jährlich 50 Rt. vom Kapital abgetragen werden können; und den Jacob Rosenberg daselbst zu ihrem Gemeindekassierer und Rechnungsführer zu erwählen.*

176) Ob es sich hier um Maßnahmen bzgl. Religionsbeamter im ehem. münsterschen Gebiete handelte, das zur Hälfte an Oldenburg und zur Hälfte an Preußen ging, sollte nachgeprüft werden. Jedenfalls sollte der katholische Offizial in Vechta (seit 1831) möglichst Oldenburger sein; (zur Schaffung eines Oldenburger Bistums war auch kein Geld da!) s. Lübbing: Oldenburgische Landesgeschichte; S. 161/2.

Im Abschiedswort gemahnt: die den Geist zu weiten bestimmten gottesdienstlichen Pflichten nicht zu bloß äußerlichen Übungen herabsinken zu lassen.

1837 *(13. September)*
Schule: *Jetziger Bestand: 4 Knaben und 6 Mädchen. Seit 1834 haben 5 die Schule verlassen und 6 sind neu hinzugekommen. 3 Knaben und 1 Mädchen genießen den Unterricht der 2. Klasse, 1 Knabe und 5 Mädchen den der 1. Klasse; 1 Knabe und 1 Mädchen sind aus Lohne, kommen nur Sommers ein paar Mal die Woche und waren bei der Prüfung nicht anwesend.* — Schulbesuch: *regelmäßig;* — Fleiß: *ziemlich;* — Sittlichkeit: *ohne Klage.* — Fähigkeiten: *ziemlich.* — Leistungen: *nicht schlecht.* — *Der Lehrer A. Levy übt sein Amt pflichttreu. Differenzen mit den dortigen Schächtern veranlassen mit Ende dieses Semesters seinen Abgang. Ihn zu ersetzen hat der Landrabbiner den früher einmal in Jever gewesenen, jetzt in Dannenberg fungierenden Lehrer J. Marcus aus Hamburg in Vorschlag, worüber er s.Z. Großherzoglicher Regierung besonders zu berichten die Ehre haben wird.* Interesse der Eltern an der Schule: *ziemlich;* — Schullokal: *gut.*
Synagoge: *Das* Lokal *ist angemessen. Für die gottesdienstliche* Ordnung *bleibt eine genaue Beachtung der dafür bestehenden Anordnungen zu wünschen.*
Gemeinde: *Finanzen, hinreichend, werden auch jetzt gehörig verwaltet, und ist auch bereits durch die bei voriger Inspektion getretene Einrichtung ein Bedeutendes von der auf der Synagoge haftenden Schuld abgetragen worden.*

1839 *(5.—6. Juli)*
Schule: *Seit 1837 sind 2 Schüler ausgetreten und 3 wieder hinzugekommen. Jetzt zählt die Schule 10, 3 Knaben und 7 Mädchen, wovon 3 Anfänger, 2 1. Klasse, 5 2. Klasse.*
Schulbesuch: *bis auf einige gut.* Sittlichkeit: *gut;* Fleiß: *ziemlich.* Anlagen: *im Ganzen mittelmäßig.* Leistungen: *erfreulich. Der 10jährige Isaac Falkenstein zeichnet sich aus.* Schullokal *gut.* Interesse der Eltern: *geht. Der Lehrer Marcus übt seine Pflichten zur Zufriedenheit, wird aber wohl Kränklichkeit halber zum Herbst die Stelle verlassen.*
Synagoge: Lokal: *gut; Ordnung:* läßt noch manches zu wünschen.
Gemeinde: Friede *und* Finanzen: *gut.*

Wildeshausen *(1816: 4 Familien; 1869: 8 Familien)*

1830
Schule: *Unterricht jetzt 2 Knaben und 2 Mädchen, wovon 3, von 6 bis 7 Jahren der 1. Klasse gehören, und 1, 13 Jahre alt, die Gegenstände des Unterrichts der 2. Klasse zu erlernen hat. Treu und fleißig sucht der Lehrer Rosenthal das Seinige nach Kräften zu leisten, und dadurch einigermaßen zu ersetzen was es ihm an Bildung fehlt, — doch können seine Leistungen sich nicht über das Mittelmäßige erheben. — Das neue Schullokal ist recht heiter und freundlich.*
Synagoge: *ein neues, dem Zwecke würdig entsprechendes Gebäude, wo auch der Gottesdienst durch keine Störung getrübt wird.*

Gemeinde: *Mittelstand, doch genügend, einigermaßen die zur Aufrechthaltung der Gemeindeinstitute nötigen Kosten zu erschwingen.*
1834: *Wildeshausen wurde nicht besucht.*
1837: *(14. September)*
Schule: *Seit voriger Inspektion waren ausgetreten 2, hinzugekommen 4; jetziger Bestand: 6; 4 Knaben und 1 Mädchen, 1 Knabe ist aus Nenndorf, 2 Knaben genießen den Unterricht der 2. Klasse, die übrigen gehören der 1. Klasse an.* — Schulbesuch: *bis auf 2 regelmäßig; 1 Mädchen versäumt aus Schwächlichkeit.* — Fleiß: *ziemlich.* — Sittlichkeit: *keine Klage.* — *Leistungen: mittelmäßig.*[177]
Synagoge: Local: *angemessen.* — Ordnung, *ziemlich.*
Gemeinde: Friede, *keine Klage.* — Finanzen, *ausreichend Gemeindeschulden werden allmählich getilgt.*

1839
Schule: *Seit 1837 wurde die Schule durch 1 Schülerin aus der Gemeinde und 1 Schüler aus dem benachbarten Goldenstedt vermehrt, sodaß dort jetzt 5 Knaben und 3 Mädchen die Schule besuchen.* Schulbesuch: *gut.* Sittlichkeit und Fleiß: *gut.* Anlagen: *ziemlich.* Leistungen: *recht gut.* Schullokal: *gut.* Interesse der Eltern für die Schule: *gut. Der Lehrer Nachmann übt seine Pflichten mit lobenswerter Treue.*
Synagoge: Lokal: *gut.* Ordnung: *geht.*
Gemeinde: Friede *und* Finanzen: *gut.*

Delmenhorst *(Judenfamilien: 1816: 4 — 1869: 22)*

1830
Schule: *Der Lehrer Landsberg daselbst hat gegenwärtig 9 Schüler wovon 2 Knaben und 2 Mädchen, von 8—11 Jahren die 1. Klasse bilden, und 4 Knaben und 1 Mädchen, von 9—13 Jahren zur 2. Klasse gehören. — Bis auf die etwas vernachlässigste Aussprache der Kinder, und der etwas zu formellen im Unterricht, ist dieser hier im lobenswerten Zustande. Treu und mit Liebe übt der Lehrer seine Pflicht; nur bleibt auch hier eine Verbesserung des Äußern zu wünschen. Das Schullokal und Lehrerwohnung nicht angemessen. Von den Schülern zeichnen sich besonders Simon Moses und die Geschwister Heidemann aus.*
Synagoge: *mittelmäßig; ebenso die Aufrechthaltung der gehörigen Ordnung.*
Gemeinde: *größtenteils nicht unbegütert, und ließe sich wohl größere Leistung zur Aufrechthaltung des Gemeinwesens erwarten.*

1834 *(26. Juni)*
Schule: *7 Schüler hatten die Schule verlassen und 4 waren zugekommen. Die Schule zählt jetzt 7 Schüler; 1 Knabe und 1 Mädchen sind Anfänger; 1 Knabe und 1 Mäd-*

177) Am 23. 4. 38 prüfte Hirsch den Lehrer Aronson aus Scharmbeck und ersuchte um seine Anstellung in Wildeshausen, wo er Lehrer, Vorbeter und Schächter sein sollte. Dann hört man nichts mehr davon. Die Prüfung ergab: Kenntnis der hebräischen Sprache: ziemlich gut; Kenntnis der deutschen Sprache: gut; Religionskenntnis: ziemlich; Sonstige Qualifikationen: gut; Attestierter bisheriger Lebenswandel: genügend. Sehr viel konnte man anscheinend von den Lehrern nicht erwarten.

chen Unterricht der 1. Klasse; 1 Knabe den der 2. Klasse; und 2 Knaben, als die vorgeschrittenen bilden die 3. Klasse. Schulbesuch: *bis auf 1 regelmäßig;* — Fleiß: *im ganzen ziemlich;* — Fähigkeiten: *gut; ein neu der Gemeinde dort erhaltener Knabe, Meyer Alexander aus Ganderkesee verspricht viel;* — Leistungen: *recht zufrieden;* — Schullokal: *gut;* — Interesse *der Eltern an die Schule: ziemlich;* — Lehrer: *wacker.* — Synagoge: Local: *klein;* — Gottesdienst: *ungestört.*
Gemeinde: Frieden: *ungestört;* — Finanzen: *in gutem Stande, vom Vorsteher lobenswert geleitet.*
Im Abschiedswort Die Wege zum Leben im Umgang mit Menschen und in Erziehung der Kinder gezeigt.

1837 *(23. Juni)*
Schule: *Ausgetreten sind seit 1834 2, neu hinzugekommen 4 Schüler, sodaß der jetzige Bestand der Schule 5 Knaben und 4 Mädchen, zusammen 9 Schüler ist. 2 Knaben sind aus Ganderkesee, 1 Mädchen aus Sulingen. 2 Knaben und 2 Mädchen gehören der 2. Klasse, 2 Knaben und 1 Mädchen der 1. Klasse an, und 1 Knabe und 1 Mädchen sind Anfänger.* — Schulbesuch: *ganz regelmäßig.* — *Obgleich der* Fleiß *noch besser sein könnte und die* Fähigkeiten *im ganzen nur mittelmäßig sind, so sind doch die Leistungen sehr befriedigend. Meyer Alexander aus Ganderkesee zeichnet sich aus, aus dem Knaben (er ist jetzt 12½ Jahre) ließe sich ein guter Lehrer bilden.* — Sittlichkeit: *Das Betragen könnte nach Ausspruch des Lehrers noch besser sein.* — Interesse der Eltern an der Schule: *geht.* — Schullokal: *gut.* — *Der* Lehrer *Landsberg wird mit Ende des Semesters zu meinem und der Gemeinde Bedauern von der Schule abgehen. Es ist dies wirklich ein Verlust, denn er war immer unser bester Lehrer und seine Schüler waren bei jeder, und auch bei diesjähriger Inspektion immer die am weitesten geförderten im Lande. Ihn zu ersetzen erlaube ich mir den bis jetzt in Vechta fungierenden A Levy aus Lübeck vorzuschlagen, worüber ein separater Bericht anliegt.*[178]
Synagoge: *Das* Lokal *ist nicht ausreichend, weshalb die Einrichtung eines neuen von der Gemeinde veranstaltet werden soll. Bei Gelegenheit des Ankaufs eines Neuen ist der Umstand zur Sprache gekommen, daß bis jetzt jüdischen Gemeinden hiesigen Landes noch nicht ausdrücklich vom Gesetz das Gemeinderecht zugesprochen sei*[179]*, ein Umstand, der in vielfacher Hinsicht sehr hemmend wirkt und dessen Beseitigung*

178) Es ist seltsam, daß Hirsch nicht erwähnt, daß Landsberg nach Oldenburg ging, wo er Vorbeter und Schächter wurde. Geboren 1804 in Lübeck, heiratete er 1846 Caroline Reyersbach aus Oldenburg und gründete dann die Firma S. (Simon) Landsberg, Buch- und Kunsthandlung und Antiquitäten, die bis zur „Arisierung" in den Händen der Familie war. (S. Harald Schieckel: Die Jüdischen Wehrpflichtigen in Oldenburg, — „Genealogie", Jg. 20, 1971, S. 430 und 497.)

179) Hirsch bahnt hier die Entwicklung an ‚die zum Gesetz von 1845 führte, das der Landesgemeinde und den Gemeinden Gemeinderecht gab (s. u.). Inzwischen entstanden Probleme. Am 22. Juli 1839 schrieb Hirsch an die Regierung, daß sich in Ovelgönne Konflikte zwischen der Gemeinde und einem Landbesitzer im Zusammenhang mit dem Kauf eines Grundstücks für die Synagoge entwickelt hätten und zur Gerichtsverhandlung führen würden. Er ersuchte um Erlaß der Gerichtskosten für die Gemeinde. Ihm wurde mitgeteilt, das hänge von der Gnade des Herzogs ab und führte zum Gesetz vom 15. 10. 42, wonach Gemeinden ohne Regierungserlaubnis keine gerichtlichen Schritte vornehmen durften — bis auf Einziehung der Steuern von Mitgliedern. O.S.A., Best. 70, 3010.

sehr ersprießlich für die ganze Entwicklung der jüdischen Gemeindeangelegenheiten sein würde. In Betracht der Synagogenordnung *keine Klage.*
Gemeinde: Friede *ungestört.* — Finanzen *für gewöhnliche Bedürfnisse ausreichend und gut geordnet.*

1839 *(27. Juli)*
Schule: *Seit 1837 hatten 2 die Schule verlassen, 2 waren wieder hinzugekommen, sodaß jetzt 6 Knaben und 3 Mädchen dort unterrichtet werden, wovon 1 Anfänger, 2 erster, 3 zweiter und 2 dritter Klasse angehören. 1 ist erst jetzt in die Schule gekommen.* Schulbesuch: *bis auf Einen gut.* Fleiß: *ziemlich;* Sittlichkeit: *gut.* Fähigkeiten: *ziemlich;* Leistungen: *gut. Der früher hier unterrichtete Meier Alexander aus Ganderkesee ist jetzt bei den Eltern zu Hause und unterrichtet in Mußestunden seine jüngeren Geschwister auf erfreuliche Weise.*[180] Schullokal: *gut.* Interesse der Eltern: *gut. Der Lehrer Levy übt seine Pflichten gewissenhaft.*
Synagoge: Lokal: *sehr hübsch.*[181] Ordnung: *gut.*
Gemeinde: Friede und Finanzen: *gut.*

Varel *(1816: 14 Judenfamilien; 1869: 28)*

1830
Schule: *14 unterrichtsfähige Kinder; 5 Knaben und 2 Mädchen haben den Elementarunterricht der 1. Klasse, und ebensoviel bilden die 2. Klasse. Die Leistungen im Ganzen nur mittelmäßig. An Fleiß mags der Lehrer Wolf wohl nicht fehlen lassen, doch sein Unterricht zu mechanisch und nicht befriedigend. Er wird zum Frühjahr die Stelle verlassen. Das Schullokal ist auch nur mittelmäßig.*
Synagoge: *Das Lokal ordentlich, nur müssen die bestehenden Anordnungen mit mehr Pünktlichkeit aufrecht gehalten werden.*
Gemeinde: *In mittelmäßigen Vermögensumständen, doch zur Bestreitung der Gemeindekosten genügend.*

1834 *(20. Juni)*
Schule: *Seit der Inspektion 1830 haben 8 die Schule verlassen, 5 sind neu eingetreten, sodaß jetzt die Schule 11 Schüler zählt, wovon 6 Mädchen und 1 Knabe den Elementarunterricht der 1. Klasse, und 4 Knaben den der 2. Klasse genießen;* — Schulbesuch: *regelmäßig;* — Fleiß: *fehlt besonders drinnen;* Leistungen: *im Ganzen nicht schlecht;* — Fähigkeit: *im Ganzen ziemliche; — es zeichnen sich die Geschwister Sternberg aus;* — Sittlichkeit: *gut;* — mehr Geistesbelebung *und Entwicklung des Denkvermögens bleibt zu wünschen übrig. Der Lehrer klagt über den Kampf den er mit dem Geist zu bestehen habe*[182]*, der den Kindern in der von ihnen besuchten dortigen Privat-*

180) Da dieser begabte Junge erst etwa 15 Jahre alt war und nur die Schule in Delmenhorst besucht hatte, dürften die Anforderungen an die Lehrer sehr minimal gewesen sein.
181) Anscheinend wurde zwischen 1837 und 1839 eine neue Synagoge (Haus?) gekauft.
182) Seit 1814 bestand in Varel eine jüdische Schule. Anscheinend gingen einige Kinder in diese Schule und nahmen nur am obligatorischen Religionsunterricht teil. Es mag sich jedoch auch um eine nicht-jüdische Privatschule gehandelt haben; die Bedeutung der Bemerkung ist heute nicht mehr zu klären.

schule umwehe, wo dem zartesten religiösen Gemütsinteresse mehr Abbruch als Vorschub zu geschehen scheine. Schullokal: *mittelmäßig;* — Schulbücher: *es fehlt an einigen Hilfsbüchern;* — Interesse der Eltern *an das religionssittliche Wohl der Kinder und an die Schule: könnte stärker sein;* — der Lehrer *übt seine Pflicht gewissenhaft; wird sich um ein Heimatsattest bemühen, und glaubt es zu erhalten.*
Synagoge: Das Lokal *ist angemessen;* — dem Gottesdienst *noch immer mehr sinniger Ernst und bescheidene, seinem Zweck entsprechende Würdighaltung zu wünschen.* — Gemeinde: Gemeindefriede: *läßt manches zu wünschen übrig;* — Finanzen: *fürs Bedürfnis ausreichend;* — vom Gemeindevorsteher *muß künftig ordentliche Rechnung geführt werden.*
Im Abschiedswort ward Heiligung des Lebens als Zweck alles Gottesdienstes ausgesprochen.

1837 *(18. Juni)*

Schule: *Seit der Inspektion 1834 haben 3 Schüler die Schule verlassen und 5 sind eingetreten, sodaß jetzt die Schule 13 Schüler zählt, wovon 7 den Elementarunterricht der 1. Klasse und 6 den Unterricht der 2. Klasse genießen.* — Schulbesuch *ist leider nicht regelmäßig; nur die Hälfte der Schüler tun darin ihre Pflicht, die übrigen werden dadurch abgehalten, daß sie den größten Teil des Tages, Morgens, Nachmittags und Abends Ortsschulen verschiedener Art besuchen, welches, da sich da, namentlich Abends und Morgens die Unterrichtsgegenstände wiederholen, wohl ohne Nachteil für die Bildung der Kinder beschränkt werden könnte. Es ist aber zu meinem Bedauern nicht gelungen, darin eine Änderung zu veranlassen.*

An dieser Stelle bricht nun eine Meinungsverschiedenheit zwischen Hirsch und der Regierung durch. Die Worte „Ortsschulen verschiedener Art besuchen" wurden vom Regierungsbeamten unterstrichen, dahinter war ein Stern, der sich auf eine Randbemerkung der Regierung bezog, nämlich „sehr gut!". Der Regierung lag mehr daran, die Assimilierung der Kinder zu fördern als den Religionsunterricht zu stützen. Es handelt sich hier bei einer Anzahl von Kindern lediglich um Teilnahme am Religionsunterricht. Hirsch suchte den Wert des Unterrichts zu betonen, indem er von religiös-*sittlicher* Ausbildung spricht. Allerdings dürften seine Klagen auf taube Ohren gefallen sein; was ihm Kummer machte, sah die Regierung positiv. Man war nicht an der Förderung des Judentums interessiert, sondern an der Anpassung der Juden an die Gesellschaft. Dieses brachte Hirsch wohl die Schwierigkeiten, die anfänglich zur Krise und ihn schließlich zu seiner Theologie führten. Er wollte ja zeigen, daß orthodoxes Judentum gerade die Einbürgerung fördern würde. Hirsch fährt nun in seinem Bericht fort:

Sittlichkeit: *nicht schlecht.* — Fähigkeiten: *mittelmäßig.* — Leistungen: *werden durch die bemerkte Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs gehemmt.* Schullokal: *mittelmäßig.* Interesse der Eltern *an der religiös-sittlichen Ausbildung ihrer Kinder könnte größer sein. Der Lehrer hat zum Mai dieses Jahres gekündigt, um in seine Heimat zurückzukehren. Tut übrigens seine Pflicht.*
Synagoge: Lokal *noch das alte. Die Umgebung desselben zumal sind unwürdig. Es hat sich jedoch jetzt in der Gemeinde eine Kollekte wöchentlicher Beiträge gebildet, um*

mit der Zeit ein eigenes, würdiges Lokal erbauen zu können. — Ordnung *beim Gottesdienst läßt noch manches zu wünschen übrig.*
Gemeinde: Friede, *keine besonderen Klagen.* — Finanzen *dem Bedürfnis angemessen. Der Gemeindevorsteher führt jetzt ordentliche Rechnung.*

1839 *(14.—15. Juni)*
Schule: *Seit 1837 sind 5 Schüler aus- und 1 eingetreten. Jetzt besteht die Schule aus 9, 2 Knaben und 7 Mädchen, wovon 3 dem Unterricht der 1. Klasse, 4 den der 2. Klasse genießen und 2 erst Anfänger sind. Leider sind die in Bezug auf diese Schule schon bei voriger Inspektion ausgesprochenen Klagen zu wiederholen, indem noch immer die Unregelmäßigkeit des* Schulbesuchs *aus denselben Gründen fortdauert. Ich habe daher das Amt zur Mitwirkung aufgefordert, daß mindestens 3 Stunden täglich Schule gehalten werde und erwarte Erfolg des Versuchs. Sollte dies erfolglos bleiben, so werde ich mir erlauben Großherzoglicher Regierung ferner darüber zu berichten.*
Sittlichkeit: *keine Klage.* Fähigkeiten: *ziemlich.* Leistungen: *Bei der Unzulänglichkeit des Schulbesuchs konnten diese nicht besonders sein.* Schullokal: *gut.* Interesse der Eltern *an der religiösen Bildung der Kinder: nicht hinreichend, sonst würde auch der Schulbesuch regelmäßiger und ausreichender sein. Der* Lehrer *Levisohn läßt es übrigens an Fleiß nicht fehlen.*
Synagoge: *Der Fonds zur Erbauung einer eigenen Synagoge ist seit voriger Inspektion noch nicht weit fortgeschritten. Ordnung des Gottesdienstes läßt manches zu wünschen übrig.*
Gemeinde: *Friede könnte besser sein.* Finanzen: *ausreichend.*

Jever: *(Judenfamilien: 23 (Stadt und Amt); — 1869: 36 dazu 11 in Eckwarden)*

1830
Schule: *Die Schule zählt 22 Schüler; 8 Knaben und 5 Mädchen von 5—10 Jahren genießen den für die 1. Klasse bestimmten Unterricht; 6 Knaben und 3 Mädchen den für die 2. Ein befriedigender Anfang ward dort unter der Leitung des Lehrer Marcus, erfreulich zumal bei der kurzen Zeit seines Wirkens, und dem früheren ganz verwahrlosten Zustand des Unterrichts*[188], *und wenn dieser sich auch nun dort dem etwas mechanisch Steifen entwindet, so läßt sich auch dort für die Zukunft manches Erfreuliche erwarten, vorzüglich versprechen die 3 Geschwister Levie, Kinder des Gotz Levie recht viel; nur leider ist dieser Gotz Levie fast in gänzlicher Dürftigkeit, sodaß die Kinder zu gediegenem Fortschritt zu ungünstige Lebensverhältnisse haben. — Dies Institut ist das jüngste, und ist ihm zumal in seiner äußeren Begründung, bal-*

---

183) Die jeverschen Juden waren lange den härtesten Ausnahmegesetzen unterworfen, entwickelten ihr Gemeindewesen aber sehr schnell, der verwahrloste Zustand mag damit zu erklären sein (s. o. S. 37). Sie wurden allerdings von der Regierung besonders begünstigt.

184) Die Gemeinde baute am Anfang des 19. Jahrhunderts ihre erste Synagoge, für die eine Hypothek bestand. Hirsch sah anscheinend die Synagoge während seines ersten Besuches nicht. Aus seiner Spesenabrechnung am Ende des Berichts geht hervor, daß er am 24. November dort war und „von Jever d. 24. für einen Vorspann des Weges halber . . . —.20 Rt." zahlen mußte. Er mag wohl des Wetters wegen früher abgefahren sein, um rechtzeitig in Oldenburg zu sein (s. O.S.A., Best. 134, 792).

digst festere Stabilität zu wünschen; das Schullokal ist noch nicht angemessen, an Büchern fehlt es fast gänzlich.
Synagoge: *soll ein schönes angemessenes Gebäude sein*[184]*; Ordnung befriedigend.*
Gemeinde: *Erhebt sich im Ganzen nicht über den Mittelstand, und ist bei Abtragung einer hypothekarischen Schuld, die jetzt gekündigt, schwer belastet*[185]*, da sie 2 Subjekte, einen Schlachter und Vorsänger — und einen Lehrer zu erhalten hat; eine Scheidung der Funktionen, die, wo es nur die Gemeindekräfte tragen können, überall zu wünschen wäre; hier ist's noch mit vielen Schwierigkeiten verknüpft, doch wenn sie nur den ausständigen Betrag fürs vergangene Semester des Lehrers erst billigen können, so hoffe ich, daß mit der von der Großherzoglichen Regierung gütigst gestatteten Beihilfe es für die Zukunft möglich gemacht werde, ich habe dieserhalb den Vorstehern die nötigen Anweisungen zur Reportition zurückgelassen mit dem Auftrag es in den ersten Tagen mit den Gemeindemitgliedern zu ordnen und mir zu berichten.*

1834 *(23. Juni)*
Schule: Zählt *jetzt 23 Schüler, wovon 7 Mädchen und 2 Knaben den Elementarunterricht der 1. Klasse; — 8 Knaben und 1 Mädchen den der 2. Klasse; — und 5 Knaben, als die Vorgeschrittenen eine 3. Klasse bilden;* — Schulbesuch: *Bis auf wenige, deren Eltern die Schuld trugen und zu künftig größerer Regelmäßigkeit ermahnt werden mußten, gut;* — Fleiß: *bis auf 2. teils zur Zufriedenheit, teils ziemlich;* — Sittlichkeit: *bis auf 2 lobenswert;* — Fähigkeiten: *im Ganzen ziemlich, die Söhne des Götz Levie zeichnen sich aus;* — Leistungen: *im Ganzen gut, doch auch hier mehr Wirkung auf Geist und Herz zu wünschen,* — Schullokal: *gut,* — Schulbücher: *das Nötige;* — Interesse der Eltern *an der Schule: lobenswert; — der* Lehrer *übt seine Pflicht mit Liebe und genießt die Anerkennung abseiten der Gemeinde.*
Synagoge: Lokal: *würdig;* — der Gottesdienst: *bis auf weniges ordentlich.* — Gemeinde: *Gemeindefriede: ungestört; — Finanzen: Die Bedürfnisse werden, wenngleich mit Anstrengung, doch erschwungen; — die beiden Vorsteher Mendelssohn*[186] *und Wolff stehen ihren Ämtern lobenswert vor; — von der* auf die Synagoge früherhin lastend gewesene Schuld *ist sie besonders durch die Liberalität des Gemeindemitglieds Koopmann befreit worden, der 500 Rt. der Gemeinde zu diesem Zwecke schenkte.*
Im Abschiedswort: Lehre, Gottesdienst und Bruderliebe als die Stützen jeder Israelsgemeinde ans Herz geredet.

1837 *(19.—20. Juni)*
Schule: *Seit der Inspektion 1834 haben 10 Schüler die Schule verlassen, 2 sind hinzu-*

185) Zum Kauf und Erweiterung des Friedhofs gewährte der Herzog eine Anleihe von 600 Rt. (1816) (O.S.A., Best. 70, 3007); ebenfalls zur Schule (s. S. 187).
186) Moses Mendelssohn — kein Verwandter des Philosophen — wurde 1781 in Horb in Franken geboren, lebte seit 1809 in Jever, obgleich er der Erziehung seiner Kinder wegen von 1823—26 in Hamburg lebte. Er war der Vater von Salomon und Joseph, von denen wir hören werden. (Die Horber Synagoge, jetzt in Jerusalem, gibt Zeugnis einer Gemeinschaft mit ästhetischem Bewußtsein; s. Schieckel: Die Jüd. Wehrpfl., S. 430.)

gekommen, sodaß jetzt die Schule von 15 Schülern, 5 Knaben und 10 Mädchen, besucht wird, wovon 4 Knaben und 1 Mädchen den Unterricht der 2. Klasse genießen und die übrigen der 1. Elementarklasse angehören. Schulbesuch: *im Ganzen regelmäßig; nur 2 geben darin zur Klage Anlaß.* Fleiß: *bis auf 3 befriedigend;* — Sittlichkeit: *gut.* — Fähigkeiten: *im Ganzen mittelmäßig;* — Leistungen: *im Ganzen befriedigend; etwas mehr Leben und Geist wäre dem Unterricht zu wünschen. Wolff, David, Sophie Holstein und Sophie Israels zeichnen sich aus.* — Schullokal: *gut;* — Interesse *der Eltern an der Schule: lobenswert;* — *Der* Lehrer *fährt fort seine Pflichten als Gemeindelehrer mit Treue und Liebe zu üben und erhält sich ungeschmälert die Achtung der Gemeinde.*

Synagoge: Lokal *unverändert.* Ordnung *beim Gottesdienst, bis auf einiges gut.*

Gemeinde: Friede, *gut.* — Finanzen, *in guter Ordnung.*

1839 *(21. und 22. Juni)*

Schule: *Seit voriger Inspektion 1837 sind 7 ausgetreten, 6 hinzugekommen, sodaß jetzt die Schule 14 Schüler (6 Knaben und 8 Mädchen) zählt, wovon 2 Anfänger, 5 Schüler der 1. Klasse, 5 der 2. und 2 der 3. Klasse sind.* Schulbesuch: *regelmäßig;* — Sittlichkeit: *ohne Klage;* Fleiß: *im Ganzen gut.* Anlagen: *im Ganzen ziemlich;* — Leistungen: *recht gut. Vorzüglich zeichnet sich der 13jährige Wolf David Josephs aus. Auch der 7jährige Joseph Feilmann verspricht viel.* Schullokal: *gut.* Interesse der Eltern: *lebhaft.* Pflichterfüllung des Lehrers: *lobenswert.*

Synagoge: Das Lokal *bedarf Reparaturen.* Ordnung: *größtenteils gut.*

Gemeinde: *Über Friede und Finanzen keine Klage.*

Die Gemeinde in Jever war ohne Zweifel die beste der Landgemeinden. Sie besaß bewußte Führer, opferbereite Mitglieder und einen Lehrer, der in der Gemeinde verwurzelt war und der Schule Stabilität gab. Daneben besaß sie einen Schlachter und Vorbeter. Es mag daher angemessen sein, die Erziehungsinteressen der Landjuden in Deutschland an dieser Gemeinde darzustellen.

Im Jahre 1830 waren 13 Kinder im Alter von 5—10 Jahren in der 1. Klasse und 9 in der 2.; im Jahre 1834 waren 9 Kinder in der 1. Klasse, 9 Kinder in der 2. Klasse und 5 in der 3. Klasse. Anscheinend traten keine aus. Wir können daher annehmen, daß zwischen 1830 und 1834 ein Kind hinzukam, 5 Kinder von der 1. zur 2. Klasse gingen, und 5 zur dritten. 1837 waren 7 Kinder ausgetreten, d. h. die 5 der 3. Klasse, denen die Schule nichts mehr zu bieten hatte, und 2 der 2. Klasse. Daher hatte die Schule 2 Anfänger (neu), 5 Schüler der 1. Klasse, von denen 4 neu waren, 5 Schüler der 2. Klasse, d. h. 6, waren aufgerückt, ein Kind war geblieben, während gleichzeitig 2 von der 2. zur 3. Klasse aufrückten. Ein Kind hatte daher etwa 7 bis 8 Jahre Schulung, und, falls es die 3. Klasse besuchte, noch 1 bis 2 Jahre mehr. Das Beispiel von Alexander aus Delmenhorst (s. o. S. 176) gibt uns ein Abschlußalter von etwa 15 Jahren als obere Grenze. Unter einem tüchtigen Lehrer konnten diese Kinder eine gute Grundlage erhalten, vor allem, da die öffentliche Volksschule eine viel größere Kinderzahl hatte, die von einem Lehrer betreut werden mußten. (Wir werden später sehen, daß es in der öffentlichen Volksschule von Ovelgönne nur einen Lehrer und einen Hilfslehrer für hundert Kinder gab.) Andererseits scheint das Interesse an einer über die Volksschule

hinausgehenden Bildung nicht groß gewesen zu sein, denn wären Kinder aus der jüdischen Volksschule ausgetreten, um die höhere Schule zu besuchen, so hätten sie den Religionsunterricht besuchen müssen, was in den Berichten des Landesrabbiners zum Ausdruck gekommen wäre. (Hirsch erwähnt ja ebenfalls die Kinder, die die Privatschule in Varel besuchten, und diejenigen, die in die öffentlichen Schulen gingen, da beide Gruppen zum Religionsunterricht kommen mußten.) Die Intelligenz der Majorität wird von Hirsch als durchschnittlich bewertet. Die Situation blieb typisch für die ländlichen Juden Deutschlands. Von einem großen Bildungsdrang war bei dieser jüdischen Bevölkerungsschicht nicht die Rede.

Berne *(1816: 3 Familien; 1869: 10 Familien)*

1830: *kein Besuch, doch besuchte Hirsch die Gemeinde 1831*
1834 *(25. Juni)*
Schule: *Seit voriger Inspektion hatten 3 Schüler die Schule verlassen und 5 waren dafür eingetreten. 10 Schüler zählt die Schule gegenwärtig; — 3 Knaben und 2 Mädchen sind Anfänger; — 2 Knaben und 1 Mädchen erhalten den Unterricht der 1. Klasse; 2 Knaben der 2. Klasse.* Schulbesuch: *gut;* — Fleiß: *ziemlich;* Sittlichkeit: *kein Tadel;* — Fähigkeiten: *mittelmäßig;* — Leistungen: *im Ganzen zufrieden;* Schullokal: *schön;* — Schulbücher: *fast das Nötigste;* — Interesse *der Eltern an die Schule: ziemlich;* der Lehrer: *pflichttreu.*
Synagoge: *beschränkt und bald zu klein, sodaß auf ein größeres Lokal Bedacht zu nehmen ist;* — Der Gottesdienst: *war besonders durch Unfriede in Verfall, nicht regelmäßig, nicht pünktlich, nicht würdig. Durch eine dem Inhalt der §§ 2 und 3 der Synagogenordnung gemäße Bestimmung, so wohl der Zeit für den Gottesdienstanfang, als auch einer Buße von 3-6-12 grote für die durch Ausbleiben verursachte Störung; ferner durch eine, in freier Vereinbarung festgesetzte gleiche Buße für jede der Würde des Gottesdienstes zuwiderlaufende Ungebührlichkeit hofft der Landrabbiner, nach hergestelltem Frieden, dem Verfall für die Zukunft vorgebeugt zu haben.*
Gemeinde: Gemeindefrieden: *wiederhergestellt;* — Finanzen: *dem Bedürfnis angemessen.*
Im Abschiedswort: Segen des Friedens und Erhaltung des eben wiedergewonnenen ans Herz gelegt.
1837 *(22. Juni)*
Schule: *3 Schüler haben seit jüngster Inspektion die Schule verlassen, und 3 sind dafür wieder eingetreten. Die Schule besteht gegenwärtig aus 11 Schülern, 9 Knaben und 2 Mädchen. 1 Knabe ist aus Fedderwarden und 2 Knaben und 1 Mädchen aus Warfleth. 2 Knaben und 1 Mädchen bilden die 2. Klasse; 5 Knaben und 1 Mädchen die 1.; 1 Knabe ist Anfänger.* — Schulbesuch: *regelmäßig.* — Fleiß: *im Ganzen gut;* Fähigkeiten: *mittelmäßig. Bernhard Meyer zeichnet sich aus.* — Leistungen: *nicht schlecht. Der jetzige* Lehrer *ist noch erst kurze Zeit dort, doch scheint er seinen Lehrerpflichten gut nachzukommen.* — Interesse der Eltern an der Schule, *ziemlich;* — Schullokal, *gut.*

Synagoge: *Das jetzige* Lokal *ist zu beschränkt, weshalb auch die Gemeinde sich genötigt sieht, eine angemessenere Synagoge zu bauen. — In Betreff der gottesdienstlichen* Ordnung *keine besondere Klage.*

Seinem Berichte über die Gemeindebesuche fügte Hirsch das Folgende an:

1839

Bis auf die Schule zu Varel fand der Landrabbiner die inspizierten Schulen alle Gottlob in erfreulichem Fortschritt und gereicht es ihm zu wahrer Freude von den Lehrern der Gemeinden nur Lobenswertes zu berichten zu haben. Wenn sich doch nur die Verhältnisse dieser Männer so consolidieren ließen, daß dieser Fortschritt zum Besten auch für die Zukunft gesichert wäre!

Es bleibt nur noch Berne zu inspizieren. Diese Inspektion, zu der auch ohnehin die Kasse nicht mehr ganz ausreicht, hat der Landrabbiner bis zum Herbst verschoben, wo er diese Gemeinde Behufs Einweihung der Synagoge doch wird besuchen müssen.

1840 *(20. September)* — Berne

In gehorsamster Beziehung auf seinen vorjährigen Inspektionsbericht, (von 1839, s. o.) (der übrigens nicht gefunden werden konnte, weshalb ein Regierungsbeamter auf diese Akte schrieb: wahrscheinlich bei den Akten wegen des Landrabbiners, muß vorliegen) *hat der Landrabbiner nunmehr die Ehre über seine Inspektion der Schule in Berne am 20. v.M. zu berichten. Die bereits im vergangenen Jahre beabsichtigte Synagogeneinweihung hatte sich bis zum 18/19. v.M. verzögert.*

Seit 1837 haben 3 Knaben und 1 Mädchen die Schule verlassen, 2 Mädchen und ein Knabe sind wieder eingetreten. Gegenwärtig besteht die Schule aus 7 Knaben und 3 Mädchen, wovon 2 Knaben und 2 Mädchen den Unterricht der 1. Klasse und 5 Knaben und 1 Mädchen den der 2. Klasse genießen. Über Schulbesuch, Fleiß und Betragen der Schüler keine Klagen. Doch fanden sich die Leistungen nur mittelmäßig. Das jetzige, mit dem Synagogengebäude vereinigte Schullokal ist dem Bedürfnis entsprechend.

Synagoge: *Die neue Synagoge ist ein dem Zwecke recht würdig entsprechendes Gebäude. Die Gemeinde hat versprochen, fortan auch dem Gottesdienste nunmehr pflichtgemäßere Würde und Ordnung zuzuwenden.*

Gemeinde: *In Betracht des Gemeindefriedens keine Klage. Die Finanzen sind natürlich durch den Synagogenbau erschöpft und wäre darauf Bedacht zu nehmen, daß die contrahierte Schuld nach und nach abgetragen würde, was aber vor der Hand nur sehr allmählig möglich sein dürfte. —*

Oldenburg 1840, Oktober 4, — der Landrabbiner Hirsch.

Dies war Hirschs letzte Inspektionsreise vor seinem Abschied. Er konnte stolz darauf sein. In wenigen Jahren hatte er eine zerrüttete Gemeinde zusammengeschmiedet und zum Bau einer neuen Synagoge bewogen, deren Vollendung er feiern durfte. Diese Synagoge, die im 20. Jahrhundert aufgegeben werden mußte, wurde im normalen Lauf des Geschehens verkauft, da die Gemeinde sich auflöste. Die anderen Synagogen fielen dem Terror zum Opfer.

Im Laufe seiner Amtszeit besuchte Hirsch auch einige ganz kleine Gemeinden, wenigstens ein Mal.

Am 18. Juni 1837 war er in *Zwischenahn*, obgleich er auf der Durchreise dort schon 1834 kurz gewesen sein mag.

Er schrieb:

Schule: *Im Hause des Benjamin Wahrburg genießen jetzt 1 Knabe und 1 Mädchen den Elementarunterricht der 1. Klasse;* Fähigkeiten *sind nur mittelmäßig;* Leistungen *befriedigend.*

Am 21. Juni 1837 war er in *Buttel* und schrieb:

Schule: *Im Hause des Rosenberg werden ein Knabe und 2 Mädchen in den für die 1. Klasse bestimmten Elementargegenständen unterrichtet.* — Leistungen, *zufrieden.*

Am 14. September 1837 war er in *Goldenstedt* und berichtete:

2 Knaben und 1 Mädchen im Hause des Simon Eichholz werden vom Lehrer Nachmann unterrichtet. Fleiß und Betragen: *gut.* — Leistungen, *befriedigend.*

Nachmann war Lehrer in Wildeshausen, unterrichtete diese Kinder wohl nebenamtlich. Größte Befriedigung dürfte Hirsch jedoch aus seinen Erfolgen in Ovelgönne gezogen haben, denn dort gelang es ihm, eine verfallende Gemeinde wieder aufzubauen und eine jüdische Volksschule nach langen Verhandlungen mit der Regierung wieder anzubahnen. Aus diesen Verhandlungen und Hirschs Vorschlägen tritt Hirschs Erziehungsphilosophie und Praxis deutlich ans Licht.

Ovelgönne: Erneuerung einer Gemeinde

Am 24. Juni 1834 besuchte Hirsch die Gemeinde Ovelgönne. Seine Eindrücke füllten ihn mit Trauer — und Energie. Über seine Inspektion berichtete er wie folgt:

Schule: *Es sind 8 schulfähige Kinder in der Gemeinde, wovon 4 Knaben und 1 Mädchen den Unterricht der 1. Klasse und 1 Knabe und 2 Mädchen den der 2. Klasse beim Lehrer Posner bis Ostern dieses Jahres genossen, und, wie die Prüfung ergab, einen recht wackeren Anfang gemacht haben; — um so mehr ist es zu bedauern, daß um Ostern der Lehrer Posner die Gemeinde verlassen, weil ihm einige das Allernötigste betreffende Wünsche nicht gewährt wurden, oder werden konnten. — Der Landrabbiner hatte bereits einen anderen zum Vorschlag, hielt aber zuvor eine Regulierung der dortigen Verhältnisse für nötig, hatte dazu das Amt Rodenkirchen wiederholt um schleuniges Vornehmen ersucht, es ist ihm aber bis Dato noch nichts darüber zugekommen. Der Lehrer ist indessen ein anderes Engagement eingegangen. — Der Landrabbiner ist nun zu der Einsicht gekommen, daß es kaum zweckdienlich ist unter den jetzigen Verhältnissen einen Lehrer dorthin zu schicken, wenn nicht zuvor Aussicht da ist, daß er mehrere Jahre dort bleiben werde, da mit dem häufigen Lehrerwechsel wirklich gedeihlicher Fortschritt unmöglich ist; — diese Aussicht wird sich nur bieten, wenn ihm dort seine Existenz in etwas gebessert würde, unumgänglich wäre dazu, daß er die Kost nur bei einem dort genösse, denn das Drückendste ist, noch den Tisch derer teilen zu müssen, die kaum für sich selbst Brot haben; — dazu fehlen jedoch die Mittel; die Kasse aus der der Landrabbiner zum Gehalt beisteuert, reicht nicht aus zur Kostgewährung. Sollte nicht Großherzogliche Regierung, die ja einmal zur Erhaltung der Jeverschen Gemeindeschule eine Beisteuer bewilligte, für die unglückliche Gemeinde Ovelgönne etwas zu tun sich im Stande fühlen? Es ist gewiß*

nirgends mehr Bedürfnis den Menschen durch religionssittliche Lehre zu heben, als da wo ihn so leicht Not und Elend herabziehe; — Schullokal: *gut.* —
Synagoge: Lokal: *würdig,* — Gottesdienst: *sinkt, weil kein Gemeindevorsänger da ist.* — *Was der Landrabbiner über die Besitzhörigkeit der Synagoge an Erkundigungen eingezogen, hat ihm die persönliche Überzeugung verschafft, daß sie zweifelsohne Gemeindegut sei. Der zur Zeit des Baus Vorsteher gewesene Nordheimer hat ausgesagt, daß ihm als Vorsteher die Sorge um den Bau übertragen gewesen, daß das Geld zum Bau, bis auf die angeliehenen Summen, durch sogenannte Nedaboth, die freiwilligen Geldgelobungen beim Aufrufen zur Torah zusammengebracht worden*[187]*; und wenn augenblickliche Ausgaben zu bestreiten waren er durch Sammlung in der Gemeinde das Erforderliche zusammen brachte. Dieses und der gewöhnliche Charakter solcher Nedaboth lassen dem Landrabbiner kaum einen Zweifel noch über diese Frage übrig.* —
Gemeinde: *Leider der unglückliche Zustand fortdauernd.*
Im Abschiedswort gezeigt: wie wir auch Leiden zu unserem Heil benutzen sollen.
1837 *(21. Juni)*
Schule: *Über die Verhältnisse dieser Gemeinde läßt sich leider noch immer nichts Erfreuliches berichten. Obgleich die letzteren Jahre vielleicht einigen Fortschritt in den Vermögensumständen gebracht haben mögen, so sind sie doch bis jetzt noch nicht im Stande für sich allein einen Lehrer zu halten, und die Nachbargemeinden, obgleich sie zum Teil die dortigen Institute benutzen, leisten bis jetzt auch keinen Beitrag zur Erhaltung derselben.*[188] *8 bis 10 unterrichtsbedürftige Kinder wachsen dadurch jetzt dort ohne alle religiöse Anleitung auf und es ist ohne Hilfe von außen für die nächste Zukunft noch keine Besserung zu erwarten.*
Synagoge *und* Gemeinde. *Durch dasselbe Unvermögen verfällt das schöne Synagogenlokal, und der Gottesdienst geht zu Grunde aus Mangel eines Gemeinde-Lehrers und -Vorsängers.* — *Der Zustand der Finanzen ergibt sich aus Obigem; die Abtragung einiger rückständigen Zinsen ist noch schwebend.*

In den folgenden Jahren gelang es nun Hirsch, die Gemeinde wieder auf die Füße zu bringen, ohne selbst dort zu sein. Daher haben wir auch keine Berichte, wie er es vollbrachte. In der Zwischenzeit mußten die Kinder in die allgemeine Volksschule gehen, was an sich der Regierung wohl nicht unangenehm war. Man hatte das ja im Falle Varels als gut befunden. Hirsch wollte allerdings die Kinder wieder in einer jüdischen Elementarschule erzogen wissen. Um das zu erreichen, mußte er seine Überredungskunst der Regierung gegenüber bewähren und gleichzeitig seine erzieherischen Ideen zum Ausdruck bringen. Diesen Grundideen, die sich auch in seinem theologischen Werke, *Neunzehn Briefe,* finden, sind dann die Juden in Deutschland prinzipiell gefolgt. Oldenburg wurde zur Werkstatt, Ovelgönne zum Prüfstein in der Praxis.
Am 25. September 1840 schrieb Hirsch an die Regierung:

---

188) Im Amt Rodenkirchen gab es 1816 sieben Judenfamilien, dazu kam wohl Brake mit zwei Familien und Burhave mit einer Familie, die nach Ovelgönne gingen; 1869 gab es sechs Familien in Ovelgönne, eine in Burhave, zwei in Eckwarden.

Bei der nunmehrigen Organisierung der Gemeindeschule in Ovelgönne hat sich der Umstand gezeigt, daß die Kinder täglich von 8 bis 11 und Nachmittags bis 4 Uhr die Ortsschule besuchen. Sollten nun die Kinder noch die zu dem vorschriftsmäßigen Unterricht erforderlichen Stunden in die Gemeindeschule gehen, so würden sich die Unterrichtsstunden übermäßig häufen, zur Nachübung und Vorbereitung des in beiden Schulen Erlernten durch häuslichen Fleiß keine Zeit übrig bleiben und so beide Unterrichtskreise zu großem Nachteile beeinträchtigt werden. Der Lehrer ist jedoch im Stande den Kindern den fürs bürgerliche Leben erforderlichen Unterricht gleichfalls vollständig zu erteilen. Würde nun auch dieser ihm übertragen, so wären einmal jene Übelstände beseitigt und zugleich wäre auch für die bürgerliche Ausbildung der Kinder ein Bedeutendes zu gewinnen. Denn während sie in der Ortsschule unter mehr als Hundert zu unterrichten sind, wären sie in der Gemeindeschule nur fünfe, denen der Lehrer seine Bemühungen ungeteilt zuwenden könnte.

Aus diesem Grunde bin ich ersucht worden der weisen fürsorgenden Einsicht Großherzoglicher Regierung die gehorsame Bitte vorzulegen:

die schulpflichtigen Kinder der ovelgönner Gemeindemitglieder vom Besuche der Ortsschule zu dispensieren und sie auch für den bürgerlichen Unterricht der zu organisierenden Gemeindeschule zu überweisen.

Ich erlaube mir noch gehorsamst hinzuzufügen, daß dadurch vielleicht auch den Eltern einige pekuniäre Erleichterung erwachsen dürfte, eine Rücksicht, die bei den so prekären Vermögensverhältnissen derselben wohl nicht ganz unberücksichtigt bleiben möchte. —

Oldenburg 25 Sept. 1840 — Der Landrabbiner Hirsch

Die Regierung machte es nun Hirsch zur Aufgabe, einen Plan auszuarbeiten, wonach die *Kinder in der Ortsschule verbleiben sollten,* ohne jedoch durch den zusätzlichen jüdischen Religionsunterricht zu sehr überlastet zu werden. Den christlichen Kindern wurde ja der Religionsunterricht im Laufe des regulären Tagesplanes gegeben, etwas Ähnliches sollte nun auch für die jüdischen Kinder erzielt werden. Hirsch legte einen interessanten Plan vor — wiederholte jedoch gleichzeitig sein Ersuchen, die jüdischen Kinder ganz der jüdischen Schule anzuvertrauen.

Am 21. November 1840 schrieb er:

In Folge verehrlichen Reskripts vom 29. September d. J. in Betreffs der Organisation der ovelgönner Schule hat der Landrabbiner sich eine Übersicht der Unterrichtsstunden der dortigen Ortsschule verschafft und beehrt sich dieselbe umstehen mitzuteilen. Wenn Großherzogliche Regierung nicht für ratsam erachtet den Gesamtunterricht dem jüdischen Gemeindelehrer zu übertragen, so wäre es mein unmaßgeblicher Vorschlag die Schüler der 1. Klasse Vormittags die Gemeindeschule und nur Nachmittags die Ortsschule, die Schüler der 2. Klasse hingegen, Vormittags die Ortsschule und Nachmittags die Gemeindeschule besuchen zu lassen und den Unterricht in deutscher Sprache, Geographie und Geschichte, den dann die 1. Klasse einbüßen würde, sowie auch den in Rechnen für die 2. Klasse dem Gemeindelehrer zu übertragen. Der Unterricht in Religion und biblischer Geschichte von 8—9 fällt ohnehin für die jüdische Jugend aus.

Ich erlaube mir jedoch ehrerbietigst nochmals darauf zurückzukommen ob verehrte Regierung nicht eine Übertragung des Gesamtunterrichts an den Gemeindelehrer für tunlich erachten möchte, wenn dies, wie bereits im Bericht vom 25. Sept. bemerkt, auch für den Unterricht in den bürgerlichen Kenntnissen von nicht unbedeutendem Vorteil sein dürfte. Hat nämlich den § 19 der landesherrlichen Verordnung vom 14. August 1827 die nicht genug zu verehrende landesväterliche Absicht diktiert, auch die jüdische Jugend in bürgerlicher Ausbildung den übrigen Landeskindern nicht nachstehen zu lassen, so dürfte ja vielleicht Alles, was dieser Ausbildung förderlich wäre, wenn auch nicht dem Buchstaben, doch wohl gewiß dem Geiste jener Bestimmung gemäß sein. Sollte es ferner — was mir jedoch nicht gewiß ist — jeden Eltern gestattet sein, die Ausbildung ihrer Kinder einem Hauslehrer anzuvertrauen, ohne daß diese die Ortsschule besuchen, sollte da nicht vielleicht ein fähiger jüdischer Gemeindelehrer in dieser Beziehung mindestens einem solchen Hauslehrer gleich zu stellen sein? Und endlich erlaube ich mir noch schließlich ehrerbietigst zu bemerken, wie ich gehört zu haben glaube, daß in Örtern, wo die, einer anderen christlichen Confession angehörende Minderzahl für ihren confessionellen Religionsunterricht einen eigenen Lehrer halten müssen, diesem auch nicht selten den Gesamtunterricht übertragen wurde und die Jugend von dem Besuche der Ortsschule dispensiert sei. Wäre dies begründet, so möchte vielleicht eine Übertragung des Gesamtunterrichts an einen fähigen jüdischen Gemeindelehrer auch selbst dem Buchstaben des bemerkten § nicht zuwider laufen, da dort der Besuch der Ortsschule den jüdischen Kindern nur in dem Maaße zur Pflicht gemacht sein dürfte als dies auch den christlichen Glaubensgenossen obliegt.

Großherzogliche Regierung findet es vielleicht tunlich den beregten Gegenstand aus den ehrerbietigst angedeuteten Gesichtspunkten nochmals der Beurteilung ihrer weiseren Einsicht geneigtest zu unterziehen.

Oldenburg 1840 Nov. 2 — Der Landrabbiner Hirsch

Unterricht in der Ortsschule zu Ovelgönne
In der 1. Klasse durch den Schullehrer

Montags und Donnerstags	*Morgens*	*8—9*	*Religion*	*a.*
		9—10	*Schönschreiben*	*a.*
		10—11	*Geographie*	*a.*
	Nachmittags	*1—2*	*Gesang*	*b.*
		2—3	*Rechnen*	*b.*
		3—4	*Lesen*	*b.*
Dienstags und Freitags	*Morgens*	*8—9*	*Religion*	*a.*
		9—10	*deutsche Sprache*	*a.*
		10—11	*Weltgeschichte*	*a.*
	Nachmittags	*1—2*	*Schreiben*	*b.*
		2—3	*Rechnen*	*b.*
		3—4	*Lesen*	*b.*

Mittwochen und Sonnabends	*Morgens*	*8—9*	*Religion*	*a.*
		9—10	*Diktieren*	*a.*
		10—11	*Kopfrechnen*	*a.*
In der 2. Klasse durch einen Gehilfen				
Täglich	*Morgens*	*8—9*	*biblische Geschichte*	*c.*
		9—10	*Schreiben*	*c.*
		10—11	*Lesen*	*c.*
	Nachmittags	*1—2*	*Diktieren und Aufsätze*	*d.*
		2—3	*Rechnen*	*d.*
		3—4	*Lesen*	*d.*

Der besseren Übersicht halber, in Erklärung von Hirschs Vorschlag, mögen die folgenden Anmerkungen verfolgt werden:

a.) Klassen, die die 1. Klasse in der Gemeindeschule erhält;
b.) Klassen, die die 1. Klasse in der Volksschule des Ortes erhält;
c.) Klassen, die die 2. Klasse in der Volksschule des Ortes erhält;
d.) Klassen, die die 2. Klasse in der Gemeindeschule erhält.

Außer Religion, die alle jüdischen Kinder in der Gemeindeschule erhalten würden, erfolgte der Unterricht wie folgt:

1. Klasse: in der Gemeindeschule: Schönschreiben, Geographie, Deutsch, Weltgeschichte
in der Volksschule: Gesang, Rechnen, Lesen, Schreiben

Die Unmöglichkeit des Vorschlages zeigt sich sofort und muß auch der Regierung offenbar gewesen sein. Die Kinder hatten Schönschreiben in der Gemeindeschule, Schreiben in der Volksschule zu lernen, deutsche Sprache in der Gemeindeschule, Lesen in der Ortsschule. Sie sollten also die gleichen Gegenstände von zwei Lehrern nehmen, was sie verwirren mußte. Gleichzeitig war zu erwarten, daß die jüdischen Kinder, die gewissermaßen Privatunterricht hatten — 5 Kinder und ein Lehrer —, den Kindern in der Ortsschule so schnell voraus sein würden, daß sich daraus Schwierigkeiten sowohl für die Kinder wie auch für den Ortsschullehrer ergeben würden.

Die nun weiter fortgeschrittenen Kinder sollten nun in der 2. Klasse wie folgt unterrichtet werden:

2. Klasse: in der Volksschule: Schreiben, Lesen
in Gemeindeschule: Diktieren und Aufsätze, Rechnen, Lesen

Unter anderem hätten sie dann sowohl in der Ortsschule durch den Gehilfen und in der Gemeindeschule durch den Lehrer ihren Leseunterricht erhalten. Außerdem hätten sie Schreiben in der Ortsschule gehabt und Diktieren in der Gemeindeschule. Man darf nun nicht vergessen, daß die Kinder mehrere Jahre in jeder Klasse blieben. Entweder hätte das in den Klassen Verwirrung hervorgerufen, da die jüdischen Kinder den anderen voraus waren, oder man hätte die Kinder der 1. Klasse schon frühzeitig in die 2. versetzen müssen, dann wäre das gleiche Problem in der 2. Klasse entstanden, oder man hätte diese Kinder frühzeitiger entlassen müssen — aber wohin? Zum jüdischen Gemeindelehrer für eine Fortgeschrittenenklasse. Es war daher einfacher, Hirsch seinen Willen zu geben und die jüdischen Kinder in ihrer eigenen Gemeindeschule erziehen zu lassen. Durch Reskript vom 7. Januar 1841 wurden die jüdischen Kinder ganz der

Gemeindeschule übergeben, wobei Hirsch jedoch zuvor einen Lehrplan auszuarbeiten und zu übermitteln hatte. Hier zeigen sich nun seine theoretischen und praktischen Erziehungsideen.
Am 11. Mai 1841 berichtete Hirsch wie folgt:

In Gemäßheit verehrlichen Rescripts Großherzoglicher Regierung vom 7. Jan. a.c. ist nunmehr der jüdischen Gemeindeschule in Ovelgönne die Aufgabe gesetzt, die Gesamtbildung der dortigen jüdischen Jugend zu vermitteln, dieselbe gleichzeitig fürs bürgerliche und fürs jüdischreligiöse Leben auszurüsten, beides natürlich nach dem Maaßstabe der an einer Volksschule zu machenden Anforderungen. Die Elemente ihres Unterrichts sind daher die jüdischreligiösen und die allgemein bürgerlichen, und hat sie dieselbe auf eine solche Weise zu combinieren, daß diese, keineswegs einander fremdartigen Leistungsstoffe sich gegenseitig heben und stützen, und eine Lehreinheit bilden, wie sie später in dem, dem Leben übergebenen Zögling der Schule als lebendige Einheit in Geist und Gemüt dastehen sollen.

Wie einer jeden Volksschule hat auch ihre Aufgabe die zweifache Richtung: a.) die Fähigkeiten zur Bildungsaneignung in ihren Schülern zu entwickeln, sie fähig zu machen, sich diejenigen Kenntnisse und Lehren anzueignen, die von dem Kreise in Anspruch genommen werden, für welche die Schule erziehen soll; und b.) die Elemente dieser Kenntnisse und Lehren selbst mitzuteilen, deren vollständigere Aneignung jedoch, über die Bildungszeit einer Volksschule hinausgehend, dem späteren Beruf und dem Leben verbleibt, und in höheren Bürger- und Gelehrtenschulen vermittelt wird.

Die Tendenz a.) erzeugt der Denk- Sprach- Sing- Lese- Schreib- und Rechenunterricht. Die Tendenz b.) findet ihre Lösung in Mitteilung des Wissenswürdigsten aus der Naturgeschichte, Naturlehre, Geographie und Weltgeschichte, wodurch der junge Mensch in die Kenntnis der ihn umgebenden Natur- und Menschenwelt und seiner selbst als Natur- und Menschenwesen eingeführt wird, und in dem Religionsunterrichte, der über Natur- und Menschenwelt Gott und sein Walten lehrt, und den Menschen zum Bewußtsein seiner Stellung in der Gotteswelt und seiner Pflichten gegen Gott und Welt bringt. Die jüdischreligiöse Seite der Ovelgönner Schule gesellt nun unter a.) beim Sprach- Lese- und Schreibunterricht zur Muttersprache auch die Hebräische und spezialisiert unter b.) den Religionsunterricht als den der jüdischen Religionslehre, wie beides bereits durch die bestehenden Bestimmungen wegen des jüdischen Schulwesens vom 3. April 1830 geordnet ist.

33 wöchentliche Lehrstunden sind nun in der ovelgönner Gemeindeschule folgendermaaßen auf die verschiedenen Lehrgegenstände verteilt:

Deutsch Lesen	*3 St.*	*Lehrmittel: Zukanner*
Hebräisch Lesen	*5 St.*	*wegen augenblicklicher Bedürfnisse 2 St. mehr*
Deutsche Grammatik	*2 St.*	*nach Diesterweg und Baumgarten, verb. mit Denk- und Stilübungen*

Hebräische Grammatik	*2 St.*	*nach Marcus und Johlson*
Hebräische Übersetzungen	*4 St.*	*der Gebete und der Bibel*
Schreiben und Diktieren	*4 St.*	*nach Diesterwegs Methode*
Rechnen	*2 St.*	*Tafelrechnen nach Ranke, später nach Kranke, Kopfrechnen nach pestalozzischen Grundsätzen*
Bibl. Geschichte	*3 St.*	*nach Büdinger*
Religionslehre	*3 St.*	*nach Homburg*
Naturgeschichte	*1 St.*	*nach Fischer*
Geographie	*1 St.*	*nach Volzer*
Weltgeschichte	*1 St.*	*nach Fischer*

Außerdem noch Gesangsunterricht mit Rücksicht auf den zu verbessernden Synagogalgesang.

Die Schule besteht gegenwärtig nur aus 6 Schülern, 2 von 12 Jahren und 4 von 9—11 Jahren, die eigentlich doch 2 Klassen bilden. Es wird jedoch bei der geringen Schülerzahl in den meisten Fällen eine gleichzeitige, den verschiedenen Fähigkeiten der Schüler entsprechende Beschäftigung mit dem jedesmaligen Gegenstande zu erzielen sein. Im übrigen sind die Schulverhältnisse durch die Bestimmungen vom 11. April 1830 reguliert. In Betreff des Schulbesuchs, durch dessen Regelmäßigkeit der gedeihliche Fortgang der Schule wesentlich bedingt ist, wäre es wünschenswert, in Übereinstimmung mit der Ordnung in der Ortsschule, für jede versäumte Schulstunde die Eltern in eine Buße von 3 Groten zu nehmen, die in eine zu bildende Schulklasse fließen könnten, und erlaube ich mir hierfür die Genehmigung Großherzoglicher Regierung ganz gehorsamst nachzusuchen, da § 11 der Bestimmungen für die jüdischen Gemeindeschulen die in der christlichen Ortsschule eingeführten Gesetze wegen der Schuldisziplin vorschreibt. Indem ich noch schließlich die Stundentabelle der Ovelgönner Gemeindeschule anfüge beehre ich mich das Ganze der weise Beurteilung Großherzoglicher Regierung pflichtschuldigst und gehorsamst zu unterlegen.

Oldenburg 1841 Mai 11 — Der Landrabbiner Hirsch

	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8—9	Religionslehre	Biblische Geschichte	Rel. Lehre	Bibl. Gesch.	Rel. Lehre	Bibl. Gesch.
9—10	Hebr. Lesen	Deutsch Lesen	Heb. Lesen	Dtsch. Les.	Hebr. Les.	Hebr. Les.
10—11	Heb. Übersetzung	Heb. Üb.	Weltgeschichte	Geographie	Hebr. Übers.	Hebr. Übers.
1—2	Rechnen	Rechnen	Kopfrech.	Rechnen	Naturgesch.	
2—3	Heb. Grammatik	Deutsche Grammatik	Deutsche Grammatik	Heb. Gram.	Deutsche Grammatik	
3—4	Schreiben	Schreiben	Diktieren	Lesen	Schreiben	

„. . . nach Pestalozzischen Grundsätzen." Diese Bemerkung wird für uns bedeutungsvoll. Nicht nur für den Unterricht im Kopfrechnen folgte Hirsch Pestalozzi, sondern seine gesamte Erziehungstheorie war von dessen Ideen durchdrungen.[189]

Für Pestalozzi ging es um die Gesamtpersönlichkeit des Kindes. Erziehung hatte die Aufgabe, das organische, elementare Prinzip zu finden, durch welches das in jeder Person liegende Talent entwickelt werden konnte und dadurch jeder einzelne zur vollen Entfaltung seines ihm innewohnenden Talentes gebracht werden konnte. Von frühester Kindheit an muß das Kind Liebe empfangen; den Eltern obliegt die große Aufgabe, durch Liebe und Beispiel das Kind zu leiten. Die Vorbereitung für das Leben ist und bleibt weitgehend eine Aufgabe des Elternhauses: die Erziehung des Herzens, der Hand und des Geistes mit dem Ziel, das Kind für *das* Leben vorzubereiten, welches es in seinem Kreise und Lebensumständen führen muß. Der Unterricht muß sich dem Empfangsvermögen und der Begabung der einzelnen Kinder anpassen, mit anderen Worten, individuell sein. Aus den elementaren Grundgegenständen bildet sich das Gesamtbild im Kinde. Jeder Gegenstand muß ihm wirklich zu eigen werden, bevor der nächste Schritt unternommen werden kann. So wächst das Kind, lernt durch Anschauung. Worte und Ideen werden verbunden und müssen im Unterricht verbunden werden. Klares Denken wächst durch Anschauung der wirklichen Gegenstände, durch das Konkrete. Das Kind lernt daher aus eigenem Willen, mechanisches Lernen wird abgelehnt. Aus dem Kinde wird eine Person, eine Persönlichkeit, aus dem Gelernten wird das Verpflichtende. Dieses führt zum Nebenmenschen und von ihm zur Natur und zu Gott.

Pestalozzi verbindet eine tiefe Religiosität mit einem romantischen Naturgefühl. Zugleich ist seine Erziehungsphilosophie sozial gedacht, den Kindern der Armen zugewandt. Unter den Unterrichtsgegenständen sieht er Schreiben, Singen, Zeichnen als bedeutungsvoll an. Wanderungen, Modelle, Sammlungen bringen die Kinder der konkreten Natur näher. Singen, wie auch Gruppenrezitation, bilden das Gemeinschaftsgefühl. Körperliche Übungen stärken die Gesamtpersönlichkeit.

Pestalozzis Ideen wurden vor allem auch in Preußen vom Staate warm empfangen. Man sah in ihnen einen Weg zur Erziehung des Staatsbürgers. Vergleichen wir diese Ideen mit denen Hirschs, so finden wir als unmittelbaren Ausgangspunkt eine grundsätzlich gleiche Ausrichtung: Gott und Natur, Religion und Romantik verbinden beide. Gleichzeitig erlaubt Pestalozzis Erziehungslehre Hirsch eine Bindung an den Staat, der diese Lehre ja als wertvoll ansah. Religion, Romantik und Staatsverbundenheit schlossen sich daher zusammen.

---

189) Obgleich Hirsch den Erziehungsphilosophen Herbart nicht erwähnt, liegt es doch nahe, daß er durch ihn auf Pestalozzi stieß. Herbart war gebürtiger Oldenburger, daher in seiner Vaterstadt geschätzt, und Hirsch mag ihn schon deshalb gelesen haben. Herbart knüpft an Pestalozzi an. Auch der seit 1820 in Oldenburg als Prinzenerzieher und Lehrer lebende Johannes Ramsauer war Pestalozzischüler.

Selbst eine kurze Überprüfung des Berichtes vom 11. Mai 1841 zeigt, wie sehr Hirsch mit der Erziehungslehre Pestalozzis im Einklang stand. Seine Erziehung ist Lebensausrüstung, und die jüdischen und bürgerlichen Elemente sind als Einheit anzusehen, das Kind in seinem Gesamtwesen wird zu bilden sein, und zwar für *sein* künftiges Leben in der Gemeinschaft. So soll das Kind diejenigen Lehren erhalten, die „von dem Kreise in Anspruch genommen werden, für die die Schule erziehen soll". Die Fähigkeiten und Anlagen des Kindes sind zu entwickeln. Diese Fähigkeiten werden durch Gegenstände erzeugt, unter denen die Denkfähigkeit den ersten Platz einnimmt. Die Naturlehre soll den jungen Menschen sich selbst im Rahmen der Gesamtheit bewußt werden lassen. Naturwelt und Menschenwelt als Erfahrungsgegenstände führen zu Gott. Daher kann man das jüdische Element ohne weiteres in den Gesamtunterricht einbauen, es hilft, die Gesamtpersönlichkeit bilden. Wenn Hirsch eine größere Stundenzahl für das hebräische Lesen verlangt, so steht er der Regierung gegenüber auch da auf festem Boden, denn hier handelt es sich um Konkretes für die jüdischen Kinder; sie können es im Gottesdienst gebrauchen, und diese Erfahrung spiegelt sich dann im Deutschen wider. Das gleiche gilt für den Gesangsunterricht, der sich ebenfalls auf den Kultus bezieht

Zu allem kann Hirsch aber darauf hinweisen, daß die kleine Zahl der Kinder in den kleinen jüdischen Klassen eine dem pestalozzischen Prinzip viel angemessenere Erziehung auf individueller Basis erlaubt. Seltsamerweise baut Hirsch keine Körpererziehung in sein System ein, auch scheint die Regierung nicht darauf bestanden zu haben. Die jüdischen wie die christlichen Kinder hatten wohl genug Landarbeit zur Körperbildung.

Das Grundprinzip der jüdischen Elementarschule wurde durch Pestalozzis Ideen gefördert. Das Kind wurde jetzt in der Atmosphäre erzogen, in der es sein Leben zu verbringen hatte. Allerdings bedeutete das, daß die Schule sich der früheren gegenüber zu ändern hatte. Die traditionelle Schule zu Hirschs Zeit, wie auch die orthodoxe Kinderschule im östlichen Judentum bis zu unserer Zeit, selbst noch in Amerika, pflegte die Routine. Hier pflügt Hirsch für das gesamte orthodoxe Schulsystem neuen Grund.

Verfolgen wir Hirschs Berichte, so sehen wir, wie die Ideen Pestalozzis durchaus die Grundlage seiner Erziehungstheorie sind. Im Schreiben vom 30. November 1830 spricht er davon, daß selbst mit beschränkten Mitteln Erfolg erwartet werden kann, ganz wie es Pestalozzi von einer, dem Elternhause nahen, Schule erwartet, selbst einer sehr einfachen. Daher finden wir auch schon in seinem ersten Bericht ein Lob des Lehrers von Cloppenburg, daß er seine Pflichten mit Lust ausübe, daß der Unterricht nicht mechanisch sei, sondern Geist weckend und Gemüt belebend — ganz im Sinne und selbst im Ausdruck pestalozzischer Ideen. In seinen Berichten von 1834 legt er dann Wert darauf, vom Interesse der Eltern an der Schule Mitteilung zu machen. Nach Pestalozzi müssen ja Eltern und Schule eng zusammenarbeiten. Im Abschiedswort zu Delmenhorst zeigt er „die Wege zum Leben im Umgang mit Menschen und in Erziehung der Kinder". Das bezog sich wohl auf die Eltern wie den Lehrer Landsberg, dessen Unterricht er zwar für gut, doch für zu mechanisch hielt (1830), während er das Interesse der Eltern nur mit „ziemlich" und „geht" bewertete. 1839 findet er es durchaus lobenswert, daß der 15jährige Meier Alexander aus Ganderkesee seine Geschwister zu Hause in seinen Mußestunden

unterrichte. Das entsprach völlig den Ideen Pestalozzis. Wiederum rügt er, daß der Lehrer Wolf in Varel zwar fleißig, daß jedoch sein Unterricht zu mechanisch sei und daher nicht befriedigend, wozu er 1834 hinzufügt, daß „mehr Geistesbelebung und Entwicklung des Denkvermögens" notwendig sei. So dürfte er in seiner Klage, daß einige der Kinder in Varel die Ortsschule besuchten (1837), auf Verständnis der Regierung gehofft haben, da durch den Besuch der Ortsschule statt der jüdischen die Einheit des Unterrichts als (jüdisch-)religiös-sittliche Erziehung auseinanderfiel. Doch sah es die Regierung anders; diese wollte im *preußischen Sinne* des pestalozzischen Erziehungsideales die Erziehung zum Staatsbürger.

Hirsch sah Elternhaus, Schule, Synagoge, Bürgertum als eine Einheit. Menschentum verband sich mit Naturverbundenheit, Natur offenbarte die Gegenwart Gottes, Gottes*dienst* im eigentlichen Sinne des Wortes war das höchste Ziel. Wie das Geschehen der Jahre zeigt, dachte er im Grunde realistisch in seinem Grundprinzip, daß deutsche Juden eben immer nur als Juden durchs Leben gehen würden und nicht einfach als Menschen jüdischen Glaubens. Dahin wollte er sie erziehen. Im Gegensatz zu ihm waren die Vertreter des Reformjudentums nicht so nüchtern in der Beurteilung der Möglichkeiten.

Die Ideen Pestalozzis verbanden sich mit Hirschs religiös-orthodoxer Grundauffassung und wirkten durch ihn auf das gesamte orthodoxe deutsche Judentum ein. Er wollte für *die* Lebensbedingungen erziehen, die den Juden auferlegt waren und die sie freiwillig akzeptieren sollten; im Gegensatz dazu sahen die Vertreter der Reform eine völlige Verschmelzung des Juden mit der nicht-jüdischen Welt für möglich an und erzogen demgemäß. In seiner *Theologie* kommt Hirsch dem ebenfalls nahe, in seinem *Erziehungsprogramm* ist er viel realistischer.

Reisespesen und Reisen

Vor jeder Reise mußte Hirsch mit genauer Angabe seines Zieles um die nötigen Vorschüsse bitten, über deren Verwendung er dann nach seiner Rückkehr der Regierung genau Abrechnung geben mußte. Wir gewinnen dadurch ein Bild der Verhältnisse im Oldenburger Land.

1830: Er unternahm die Reise im späten Herbst, vom 31. Oktober bis 4. November, und dann vom 21. bis 24. November. Der Fuhrmann kostete 21 Rt. Am 24. November scheinen die Wege in Jever so schlecht gewesen zu sein, daß ein Vorspann benötigt wurde, für das Hirsch 20 Groschen zahlte. Die anderen Kosten beliefen sich auf 9,66 Courant, wozu noch 1,— Trinkgeld kam; im ganzen 10,66 Courant oder 9,30 Rt. Jever war am teuersten: 2,66 — Vechta am billigsten: 1,—. Dabei muß man nicht vergessen, daß es sich dabei lediglich um Übernachtungskosten handelte, da Hirsch ja in den Wirtshäusern nicht essen konnte, sondern wohl bei Familien als Gast bewirtet wurde.

1834 erhielt er ebenfalls 30 Fl. Vorschuß in Gold. Er besuchte Varel am 22. Juni (Kosten: 1,62); Jever am 23. Juni (1,48); Ovelgönne am 24. Juni (71 Gr.); Berne am 25. Juni (37½ Gr.); Cloppenburg am 29. Juni (1,38); Vechta am 30. Juni und 1. Juli (3,10); zurück nach Oldenburg am 2. Juli (1 Gr.). Der Fuhrmann kostete 23,66 Courant

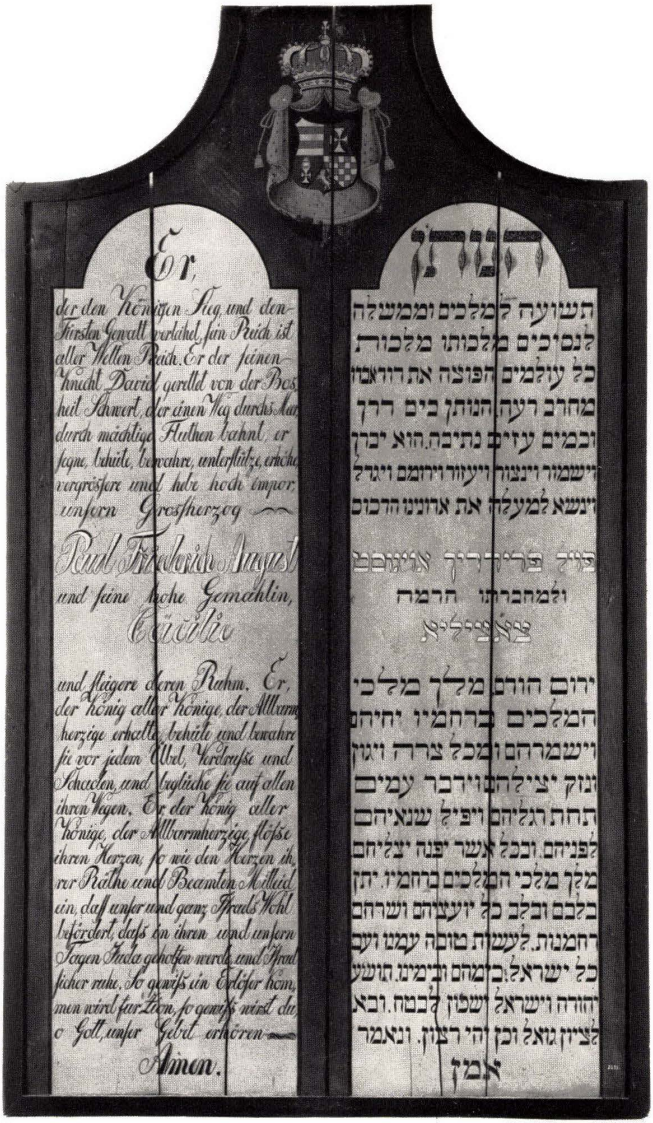


Abb. 13: Schmucktafel, Gebet für den Landesherrn aus den Jahren zwischen 1831—1844, deutsch und hebräisch, ehemalige Synagoge Ovelgönne, jetzt Landesmuseum Oldenburg

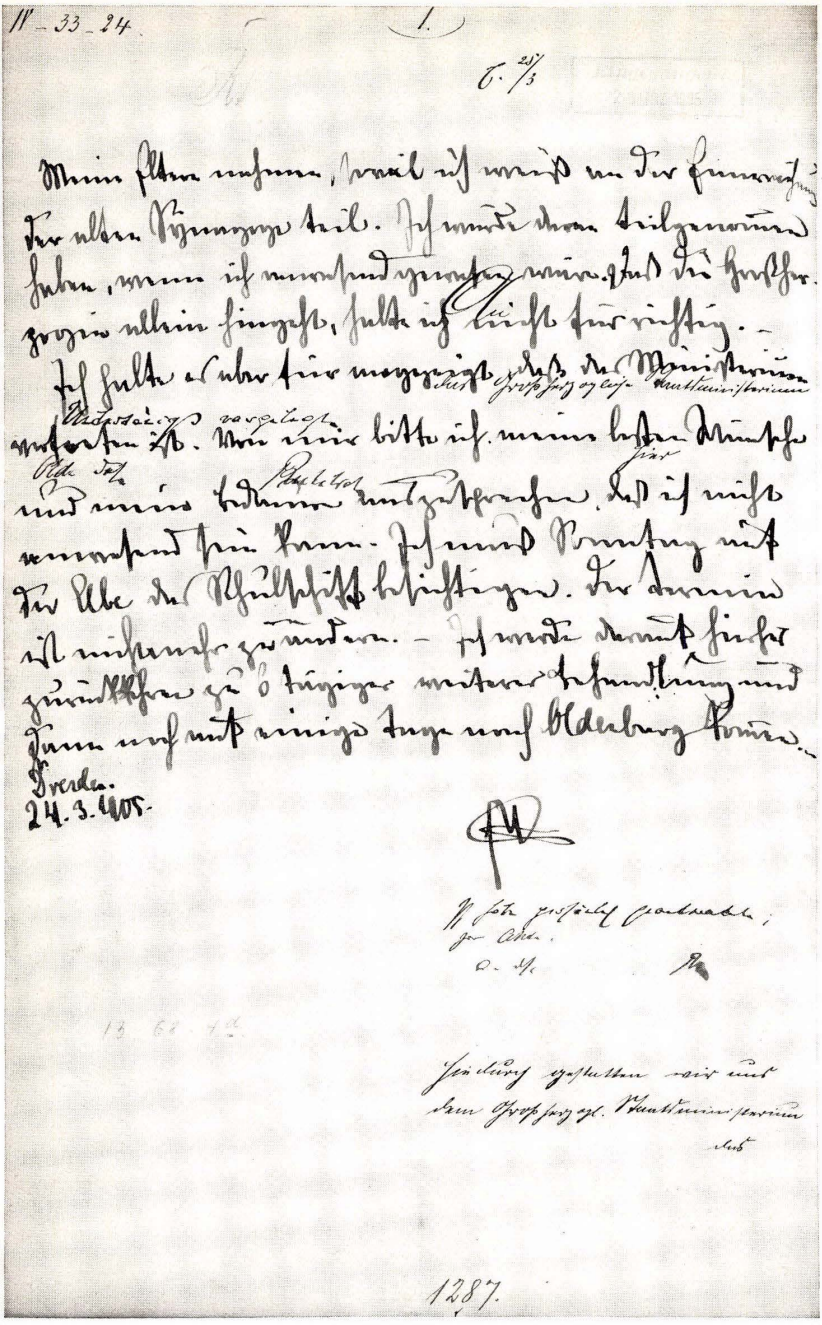


Abb. 14: Handschreiben des Großherzogs Friedrich August zur Einweihung der Synagoge Oldenburg, geschrieben auf dem 1. Blatt der Einladung, mit Vorlagevermerk, *s. S. 292*

und erhielt außerdem 54 Gr. Trinkgeld. Die 30 Fl. in Gold kamen zu 34,12 Courant, von den Ausgaben trug Vechta 3,3 Courant, da die Gemeinde Hirsch um den Besuch ersucht hatte (wohl der Lehrerfrage wegen), so daß die Rabbinatskasse mit 33,63½ belastet wurde und Hirsch 20½ Gr. zurückerstattete.
1837: Er erhielt 50 Rt. in Gold. Davon nutzte er 27,58 in Courant für die Reise nach den nördlichen Gemeinden, die er vom 18. bis 23. Juni unternahm. Er fuhr nach Varel, von dort nach Jever, zurück nach Varel, von da nach Ovelgönne unter Benutzung der Fähre (21 Groschen), nach Brake und Elsfleth, via Fähre nach Berne (18 Groschen); von Berne nach Delmenhorst. Der Fuhrmann kostete 17,6 für 6 Tage, Trinkgeld: 41 Groschen. Dieses Mal zahlte er für Fourage, wodurch sich die Kosten für den Fuhrmann verminderten.
Vom 12. bis 15. September war er im Süden: Cloppenburg, Vechta, Wildeshausen. Der Fuhrmann kostete ihn 11,28. Die Preise waren gestiegen: Vechta (1834): 2,62 für 2 Tage; 1837: 1,41 für 1 Tag; Wildeshausen (1834): 1,63, und (1837): 2,9 etc.
Die Gesamtkosten für die südlichen Gemeinden beliefen sich auf 39,65.
1839: Er erhielt von der Regierung wieder 50 fl. in Gold oder 56,68 Courant vorgestreckt. Die Beträge kamen aus der Rabbinatskasse.
In Varel: 14.—16. Juni: Fuhrmann: 6,56 — Logis 3,55.
In Jever: 21.—23. Juni: Fuhrmann: 8,57 — Logis 4,68.
In Vechta und Cloppenburg: 5.—7. Juni: Fuhrmann: 8,57; — Logis: 2,62.
In Wildeshausen: 12.—14. Juli: Fuhrmann: 7,12 — Logis: 1,63.
In Delmenhorst: 26.—28. Juli: Fuhrmann: 5,54 — Logis: 2,44.
Insgesamt 53,24 Courant. Davon gingen ab „für Einen der den Wagen zur Mitreise benutzte: 1,—", so blieben: 52,24. Von den 56,68, die er erhalten hatte, brachte er also 4,44 zurück, „die der Landrabbiner noch für die Reise nach Berne in Händen hat". Diese Reise unternahm er dann zu Beginn des Jahres 1840.

Hirschs Theologie

1836 erschien Hirschs grundlegendes Werk, *„Neunzehn Briefe über Judentum"*. Es dürfte wohl in den Jahren zwischen seinen Besuchen in den Landgemeinden geschrieben worden sein, d. h., es reifte wohl zwischen dem 2. Besuch im Jahr 1834 und dem dritten im Jahr 1837, während wir die Ergebnisse seines abgeschlossenen Denkens in der Ovelgönner Schulordnung erkennen können. Im Grunde behandelt Hirsch die Fragen, die ihm in seiner Prüfung vorgelegt wurden, so daß wir einen Einblick in seine Theologie bekommen, die ihm von Anfang an im Denken und Wirken leitete.
Das Problem, mit dem er sich auseinanderzusetzen hatte, mag durch die Krise des Rabbinats in Oldenburg zur Klarstellung gedrängt worden sein. Man sah ihn als zu orthodox an und betrachtete das als ein Hindernis im Fortschritt der Judenheit auf dem Wege bürgerlicher Angleichung. Er mußte beweisen, daß es nicht so sei. Tiefer jedoch lag sein Streben, den Juden selbst klar zu machen, daß Fortschritt, seelische wie bürgerliche Angleichung durch die Befolgung jüdischer Tradition gefördert würden, daß diese Tradition sie zur bürgerlichen Angleichung verpflichte.

Dabei stieß er jedoch auf zwei große Hindernisse innerhalb der Judenheit selbst. Auf der einen Seite fand er das alt-orthodoxe Judentum, das jeder Neuerung feindlich gegenüber stand, sich im Talmudstudium verlor und in der Befolgung der jeden Augenblick ausfüllenden Gebote sein Wesen erblickte. Auf der anderen Seite fand er die auf die Wissenschaft gegründete Reform, die eine Erneuerung durch eine radikale Änderung der Theorie des Gesetzes, der Funktion des Judentums und der Lebenspraxis der Juden erstrebte. Hirsch war sich seiner Sonderstellung voll bewußt. In seinem letzten Brief erklärte er, daß er seinen Weg zum Neuaufbau des Judentums ganz allein gefunden habe. Ein Freund habe ihn für kurze Zeit begleitet; vielleicht war es Adler, vielleicht Frensdorf, mit dem er in Bonn studierte. Auch habe ihn ein Stern anfangs geleitet, der wohl der Chacham Bernays gewesen sein dürfte. In seinem zweiten Briefe erklärte er, daß es der Einfluß des Elternhauses gewesen sei, der erleuchtet religiös gewesen sei und ihn schon in früher Jugend auf die Bahn des Rabbiners gebracht habe: aus Überzeugung, nicht des Brotes wegen. Auch macht er klar, daß er durch die Eltern auf einer sonst nicht üblichen Weise in das Kernstück des Judentums, die Schrift, eingeführt worden sei. Denn in der Regel wurde damals der Talmud als Kern des Judentums angesehen und das Kind früh mit ihm konfrontiert, während die Bibel vernachlässigt wurde. In Hirschs Leben war es umgekehrt, die Schrift führte ihn zum Talmud, und in diesem grundlegenden Unterschied der Einführung liegt die Wurzel seiner neuzeitlichen Auffassung. Diese Methode der jüdischen Erziehung beruhte auf Mendelssohn, der selbst eine Bibelübersetzung geschrieben hatte, um durch die Sprache der Bibel die Juden ins Deutsche einzuführen. Mit Mendelssohn war man also im Elternhause z. T. einverstanden, was der alten Form gegenüber als Reform angesehen werden konnte. Gleichzeitig waren die Eltern, wie wir sahen, kämpferische Gegner der neuzeitlichen Reformbewegung und übertrugen diese Einstellung auf ihren Sohn. Nur durfte Hirsch dieser absoluten Feindseligkeit gegenüber der Reform in Oldenburg keinen Ausdruck geben, es hätte ihn in Zwiespalt mit der Regierung gebracht und möglicherweise auch mit den Führern der Gemeinde, was sich aus dem Gleichberechtigungsgesuche des Oldenburger Gemeindevorstehers Ballin ergibt (s. o.). So mußte Hirsch auch hier einen Weg finden, auf dem er allein war. Der Einfluß Hegels ist in seiner Theologie grundlegend, wie wir sehen werden, dazu kommt der romantische Gedankengang Bernays und, vielleicht, der Einfluß Pestalozzis, vor allem in der Bewertung der Natur und im Nachdruck auf die Gesamtpersönlichkeit des zu schaffenden Juden.

Das System

In seinem ersten Briefe wendet sich Hirsch den oft begegneten kritischen Fragen zu, die gegen das traditionelle Judentum zum Ausdruck kamen und die er eben als wertlose und sogar gefahrvolle Argumente zu beweisen sucht. Unter dieser Kritik finden wir: daß das Judentum veraltet sei, daß es durch seine Gesetze den Juden von der Gemeinschaft abschließe, daß es kulturell nichts geschaffen habe, daß es Lebensfreude zerstöre, das Herz verschrumpfe und sich in Kleinlichkeiten der Gebote ergehe.
In seiner Antwort darauf entwickelt er ein System.

Er geht aus von der Frage: Was ist Menschenbestimmung? Ist es einfach Glückseligkeit? Und er antwortet: Es ist nicht Glückseligkeit, sondern Lebens- und Menschheitsaufgabe, und über jede Tat muß Rechenschaft abgelegt werden; in diesem Falle vor Gott. Er hat also schon vom Anbeginn das Judentum in die Menschheit einbezogen. Dennoch steht das Judentum der Glückseligkeit nicht entgegen; auch ist das Judentum nicht weniger geeignet, ebenfalls zur Glückseligkeit zu führen wie andere Kulturen und Religionen. Denn führten diese wirklich alle ihre Anhänger zur Glückseligkeit, so dürfte es doch unter ihnen keine Unglücklichen geben, was aber ja nicht der Fall ist.

Die Aufgabe wird dem Juden in der Torah gesetzt, die als Lehre wie auch als Geschichtsquelle verstanden werden muß. Der Jude muß sich von ihr belehren lassen, wie er als Mensch-Jisroel zu leben habe, denn eine doppelte Funktion ist ihm gegeben: Judentum der Menschheit wegen.

Die Torah beginnt mit dem Schöpfungsbericht. Die Natur wird als Gottesschöpfung und daher als Weg zu Gott anzusehen sein; ihre Ordnung und Schönheit weisen auf Gott hin, der sich in der Torah ausdrücklich als ihr Schöpfer offenbarte und den Menschen zu ihrem Diener, zum Gottesdiener innerhalb der Natur bestimmte. Wie die Natur sich freiwillig dem Gesetze Gottes unterordnet, so muß der Mensch sich ebenfalls als Gottesdiener diesem Gesetze willig fügen und in seiner Zeit den Willen Gottes tun. Gott spricht zum Menschen, wir müssen Gottes Stimme hören und zum Bruder der Schöpfung werden, nicht zu ihrem Beherrscher. Da der Mensch die Freiheit hat, Gott oder sich selbst zu dienen, so wurde schon Adam durch das erste Verbot belehrt, daß der Mensch nur dann seine Aufgabe erfüllen kann, wenn er seinen Trieb zur Genußsucht und Weltbeherrschung einzuschränken vermag. Doch sündigte bereits Adam, und seine Nachkommen setzten die Sünde fort, sie folgten der Herrschsucht und der Genußsucht und mußten daher in der Flut zerstört werden. Mit Noah wurde dann ein neuer Bund geschlossen. Aber auch hier dauerte es nicht lange, bis die Menschheit, wiederum nach Macht suchend, das Gottesgebot übertrat und zum Ausbeuter der Welt, statt zu ihrem Diener, wurde. Daher mußte die Menschheit zerstreut werden, was nach dem Turmbau von Babel stattfand. Diese Zerstreuung — die die Zerstreuung Israels vorwegnimmt — hat einen tiefen Sinn. Von nun an setzten Boden, Klima usw. ihre verschiedenartigen Anforderungen an den Menschen; er ist ihnen untergeben. Verschiedene Sprachen entwickeln sich und, vor allem durch sie, ein verschiedener Geist und verschiedene Kulturformen unter den Völkern. Dadurch wird jedem Volk eine ganz bestimmte Aufgabe gesetzt: aus seiner Eigenart muß es an die Gesamtmenschheit einen Beitrag leisten. Sollte es diesem Auftrag göttlichen Dienstes an der Menschheit untreu werden, sollte es sich in Macht ergehen, so wird das Volk zerstört, jedoch bleiben die guten Ergebnisse seiner Existenz der Menschheit erhalten. Gleichzeitig wird durch den Verfall eines Volkes die Genußsucht der Menschheit als zerstörend vor Augen gehalten, und ein neues Volk ersteht auf dem Boden des alten, mit neuen Aufgaben und mit dem Ruf zu neuen Errungenschaften, durch die die Welt im göttlichen Sinne gebildet werden soll. Die Völker sind daher nicht nur Schachfiguren im Plane Gottes, wie Hegel es von Menschen und Naturen sagte, sie kommen, schaffen und vergehen, gemäß ihrer Bereitschaft, Gott zu dienen. Hier folgt Hirsch der Hegelschen Philosophie, wobei er

jedoch Freiheit der Gottesgefolgschaft zum Entscheidenden macht. Von der Zerstreuung der Völker nach dem Turmbau von Babel ausgehend, sieht Hirsch in der Zersprengung sowohl Strafe wie auch Aufgabe. Das gleiche wird er von der Zerstreuung des jüdischen Volkes sagen.

Die Völker der Welt lernten aber sehr wenig von dem Schicksal ihrer Vorfahren, sie blieben in der Genußsucht hängen, sahen in eigener Glückseligkeit das Ziel ihres Seins, hörten auf, Gottesdiener zu sein. Daher mußte ein Volk geschaffen werden, dessen Aufgabe es alleinig war, Lehrer und Führer der Menschheit zu sein: das jüdische. Es wurde geschaffen, um der Welt ein Beispiel zu setzen, um eine Volksgemeinschaft zu sein, die sich lediglich im Dienste Gottes erfüllt und damit der *Gesamtmenschheit* dient.

Das Volksschicksal wurde erst in Einzelmenschen dargestellt. Abraham mußte daher sein Land verlassen, in der Mitte der Menschheit wandeln, ein Beispiel setzen. In ihm zeigten sich *Liebe, Vertrauen auf Gott (Emunah)* und *Gottesfurcht,* die jeden Augenblick bereit ist, alles für Gott zu opfern.

Was in Abraham als einzelnem vorgebildet war, wurde nun in Israel als einem Volke zur Verwirklichung. Israel wurde als Beispiel der Menschheit in die Welt gesetzt; nur darin darf das jüdische Volk sein Wesen und seine Lebensberechtigung sehen. Damit es eine Richtschnur habe, die es sowohl leite wie auch zusammenhalte, wurde ihm Torah, die Lehre, gegeben. Nur Torah erschafft und erhält das jüdische Volk, nichts anderes. Die Torah gibt ihm den Beruf und damit das Lebensrecht. Die Torah vereinigt es. Wer daher der Torah abtrünnig wird, gehört wirklich nicht zur lebendigen Volksgemeinschaft, d. h., der Reformjude ist im Grunde kein vollwertiger Genosse, wird es nur dann wieder, wenn er alle Torahgebote befolgt. Andererseits behält das Volk seinen Charakter in der Zerstreuung. In der Tat wurde ihm das Land nur darum gegeben, damit es in ihm eine Gesellschaft erbaue, die nur dem Dienste Gottes ergeben war. Darin versagte das jüdische Volk in der Vergangenheit und wurde aus diesem Grunde in aller Welt zerstreut. Das war, wie einst nach dem Turmbau von Babel, Strafe und Aufgabe. Die Aufgabe lag darin, daß die Juden nun inmitten der Welt der Gesamtmenschheit ein Beispiel setzten. Das taten sie auch, indem sie alles, ihr Gut und Leben, für ihre Aufgabe als Juden zu opfern bereit waren und jede Verfolgung willig auf sich nahmen, um der Menschheit zu zeigen, daß sie nur im Dienste Gottes in völliger Unbedingtheit lebten — wie alle Menschen es sollten.

„Hat ja gerade Jisroel keine andere Bestimmung, als den alle *Menschen zu seinem Dienste berufenden und erziehenden Alleinen als seinen Gott anzuerkennen, Ihn also solchen durch Geschick und Leben zu verkünden! ... Findet Jisroel nicht sein Ziel in der Allverbrüderung der Menschheit? ... An einem großen Bau arbeiten wir alle, alle Völker, die waren und sind, in Ost und West, in Süd und Nord ... Alles Beitrag zu einem Bau der Menschheit; alle hinauferzogen zu Einem Gott! Dafür werden alle Guten unter allen Völkern gelebt haben, die das Beispiel gaben uneigennütziger Gerechtigkeit und wahrer Menschenwürde; dafür werden gewirkt haben die Erleuchteten aller Völker, die mit Wort und Tat ihre Brüder hinaufhoben zu dem Alleinen und zur Achtung des Rechts und zur Erhebung des Menschen über das Tier; dazu wird*

auch der Griechen Kunst, wenn rein, die Gemüter veredeln; ... dazu der Römer Schwert alle Völker vereinigt; friedlicher der Europäer Handel alle Völker verbrüdert haben; — und dazu wird auch Jisroel seinen Teil auf seine *Weise lösen.*" *(15. Brief)*

So bildet der Jude innerhalb des Staates ein wertvolles Glied und hat daher die Pflicht, sich dem Staate völlig anzuschließen. Daher ließ Hirsch den Brief, den Jeremias an die Exilierten in Babylonien sandte (Jer. 29: 5-7) als Gebot für alle Generationen: „*Bauet Häuser und lasset Euch nieder ... Und strebet für das Wohl der Stadt, dahin ich euch vertrieben, und betet für sie zum Herrn, denn in ihrem Heile wird euch Heil.*" — „*Sich dem Staate anzubürgern, der uns aufgenommen; des Staates Zwecke zu fördern und das eigene Wohl nicht getrennt von des Staates Wohl zu achten.*" Denn der Boden war ja nicht das Einigungsband, nur die Torah war es, und die blieb. So mußte denn Hirsch auch die Hoffnung auf eine messianische Rückkehr zum Lande Israel in eine unbestimmte Zukunft verschieben, „*eine Zukunft, die Hand in Hand geht mit der Erhebung der* All*menschheit zur* All*verbrüderung unter Gott, dem Alleinen. Bis dahin ist jüdische Volksgemeinschaft nur eine geistige, und eben dieser rein* geistigen *Natur der Volkstümlichkeit Jisroels halber, ist es darum auch überall zum innigen Anschluß an Staaten fähig ... Und denken Sie sich einmal das Bild eines solchen unter Völkern freiwohnenden, sein Ideal erstrebenden Jisroels! Jeder Jisroelssohn geachteter, weitwirkender Beispielpriester der Gerechtigkeit und Liebe ... reines Menschentum unter den Völkern verbreitend ...*" (16. Brief.) So wird es nun des Juden Aufgabe, sich auch kulturell völlig mit seinem Vaterlande zu verschmelzen. Hirsch zitiert einen Satz des Talmuds in diesem Sinne: „Gut ist Torah verbunden mit ‚Derech Eretz' (Abot 2:2)." Im Zusammenhange bedeutet der hebräische Ausdruck „Torahstudium ist gut mit einer weltlichen Beschäftigung", doch Hirsch übersetzt „mit weltlicher Kultur". Da das Gute, das von jeder Kultur geschaffen worden ist, der Menschheitsveredlung dient und mithin Gottesdienst ist, so ist Beschäftigung mit ihm Pflicht und Aufgabe des Juden. Er muß in Zeit und Gesellschaft stehen. Nur muß er sich bewußt bleiben, daß die Torah nicht auf die Gegebenheiten einer jeglichen Zeit heruntergeholt werden darf, sondern die Zeit gerade zum Ideal der Torah hinaufgeführt werden muß.

Die Emanzipation hat dem Juden die Möglichkeit gegeben, an seiner Menschheitsaufgabe als freier Mitbürger innerhalb der Gesellschaft zu arbeiten. Daher sagt Hirsch im 16. Brief: „*Ich segne die Emanzipation, — wenn ich sehe, wie ihr heutigen Tages kein geistiges Prinzip ... entgegensteht, sondern nur den Menschen erniedrigende Besitzsucht und selbstsüchtige Engherzigkeit ...*" Die Emanzipation ist also gerade durch *die* Elemente in Frage gestellt, die Juden durch ihr Beispiel im gesamten Menschentum zu überwinden helfen sollen. Dann fährt Hirsch fort: „*Aber — für Jisroel segne ich sie nur, wenn in Jisroel gleichzeitig der wahre Geist erwacht ist, der, unabhängig von Emanzipation oder Nichtemanzipation auf Erreichung des Jisroelberufes hinarbeitet ... wenn Jisroel die Emanzipation nicht als Ende seines Berufs, sondern als eine neue Seite seiner Aufgabe, als eine neue Prüfung, und als eine viel schwerere als die des Drucks, entgegennimmt; — aber ich trauerte, wenn so wenig Jisroel sich selbst begriff, daß es die Eman-*

zipation als Ende seines Golus (Exils) begrüßte, als höchstes Ziel seines geschichtlichen Berufs . . ."

So muß der Jude der Torah treu bleiben, d. h. nicht nur ihren Prinzipien, sondern den aus ihr durch den Talmud ausgearbeiteten 613 Geboten und Verboten. Denn diese sind *Symbolhandlungen.* Nur durch die Symboltat verwirklicht sich die Aufgabe und wird zum täglich führenden Prinzip. Hirsch geht daran, die Gebote in ihrer symbolischen Bedeutung als Erziehungsinstrumente zu erklären, ein Versuch, den er in seinem, ebenfalls in Oldenburg erschienenen Werke, *„Choreb, Versuche über Jisroels Pflichten"*, erweitert. Da er nun aber nicht in der Lage ist, selbst das kleinste Gebot als unwesentlich zu erklären, verläuft er sich hier in phantastischen, weit hergeholten, zum Teil romantischen, zum Teil einfach selbstwilligen Deutungen, die dem Sinne selbst Gewalt antun.

Dennoch sieht Hirsch seine Ideen als Wissenschaft an. Allerdings geht es ihm nicht darum, das Judentum modern-wissenschaftlich zu erforschen, noch anzugleichen. Im Gegenteil, wie er im 19. Brief schreibt, *„(das) wozu man unmittelbar im Leben aufgerufen, wäre dann für die Männer der Wissenschaft in der Wissenschaft und als Wissenschaft zu begründen. Das ist der Weg, den ich zu betreten gedenke."* Das heißt allerdings existentiell. Es ist daher keineswegs überraschend, daß der jüdische Existentialismus der Neuzeit in vieler Weise an Hirsch erinnert und daß z. B. Franz Rosenzweig von der Hirschschen Gruppe eingeladen wurde, sich zu ihnen zu bekennen — was er ablehnte, denn Hirsch sieht die Lehren der Torah als wahr an, der Existentialismus sieht sie nur existentiell als wahr an, und erlaubt die Wahl unter den Geboten.

Seiner Auffassung gemäß mußte Hirsch im Widerspruch stehen, sowohl mit Maimonides, den er anschuldigt, das Judentum von außen her mit griechischer Ideologie gesehen und bewertet zu haben, wie auch mit Mendelssohn, der erklärte, man könne Jude „und dennoch" Philosoph sein. Für Hirsch gab es nun eben nur das Judensein, daher sein immerwährendes, nachdrückliches Bemühen, die Kinder aus der Ortsschule in eine jüdische zu überführen, in der es nicht nur Religionsunterricht gab, sondern der Gesamtunterricht vom Judentum durchdrungen war.

Dennoch stand er der Reform zu dieser Zeit mit Verständnis gegenüber. Er warnte gegen das zu voreilige Abreißen alten Gutes, doch sieht er in den „buntscheckigen" Reformbestrebungen einzelner dennoch etwas Gutes, wie er im 18. Brief schreibt. Er ist nämlich überzeugt, daß sich eventuell die Schalen der Geschichtswaage zugunsten des traditionellen Judentums senken würden. Allerdings fragt es sich hier, ob Hirsch das geschrieben hat, um sich in Oldenburg halten zu können. Die Frage der Reform konnte nicht umgangen werden, Regierung und Stadtgemeinde waren ihr zugeneigt. Hätte Hirsch sie völlig abgelehnt, so wäre er und das Rabbinat vielleicht wieder gefährdet gewesen. Seine totale Ablehnung der Reform in späteren Jahren mag uns einen solchen Schluß nahelegen. Im Augenblick umgeht er das Problem sehr geschickt: die einzelnen mögen wohl reformieren, aber die Gründung einer Zentralautorität bringt Gefahr, denn durch sie kann die organische Entwicklung untergraben werden, entweder durch Männer der Extreme, die ihre radikalen Ideen der Gesamtheit aufzwingen, oder durch Männer des Kompromisses durch die Mittelmäßigkeit verewigt würde. Da es allerdings zur Zeit

um Rabbinersynoden ging, so hatte Hirsch die Grundlagen der neuen Schule als falsch verurteilt.

Und dennoch war er, wie er selbst erkannte, ein Reformer. Nicht nur wandte er sich mit Widerwillen gegen den alten Stil des Lebens in einer Judenheit, die eben die Gesetze befolgte, weil es immer so gewesen war, ohne ihren Sinn zu erkennen oder erkennen zu wollen, er verurteilte die Lehr- und Lernmethode, die im scharfen Diskutieren das *Ziel* des Studiums sah, statt im Gesamtlernen einen *Weg* zur Lebensführung zu sehen.

Außerdem fühlte er deutsch, schrieb deutsch für deutsche Juden, wie er im letzten Briefe erklärt, und selbst die Aussprache des Hebräischen folgt bewußt der deutschen Aussprache statt der sephardischen, die von der Wissenschaft vorgezogen wurde. Vor allem aber war er Humanist. Streben nach Rückkehr ins Land Israel ist verboten. Die nur durchs *Wunder* zur Wirklichkeit werdende Erlösung bringt eine Rückkehr nach dem Lande Israel und wird von ihm in eine weder zu errechnende noch zu erarbeitende Zukunft gelegt. Für ihn ist, praktisch gesehen, der Zustand des deutschen Judentums ein Dauerzustand, und darin unterscheidet er sich in keiner Weise von den Reformierten. *„Sei Jude, sei es wahrhaft, daß man dich achte* weil *du Jude bist, nicht* obgleich *du Jude bist ... übe Gerechtigkeit und Liebe, wie deine Tauroh dich lehrt; sei gerecht in Tat, sei wahr in Wort, trage Liebe im Herzen gegen deinen nichtjüdischen Bruder, wie es deine Tauroh dich lehrt; — speise seine Hungrigen, kleide seine Nackten, erquicke seine Kranken, tröste seine Leidenden, berate seine Unberatenen, spring ihm bei mit Rat und Tat in Not und Fährnis, entfalte die ganze edle Fülle deines Jisroeltums; — und er wird dich nicht achten? ...“*, so schreibt er im 15. Briefe, um dann im 16. die Verschmelzung mit dem Staate als religionsgesetzlich geboten zu erklären.

Bedeutungsvoll ist es, daß er den Glauben an die künftige Welt in seine Ausführungen nicht einbaut. In seiner Verteidigungsschrift gegen die 22 Pastoren spricht er davon, da das Judentum angeklagt wurde, nicht daran zu glauben. Hier aber umgeht er es bewußt. Im 15. Brief spricht er davon, daß alle guten Menschen zum Bau einer Menschheit unter Gott berufen sind, auch das Ziel erreicht werden kann — für alle und von allen. In einer Fußnote quotiert er dann ein Wort des Talmuds: *„Die Frommen der Völker der Welt haben Anteil an der kommenden Welt“* — und erklärt: *„(dies) ist Ausspruch unserer Weisen, und Olam haba, wie häufig, als das geschichtliche Ziel aller Menschheitsentwicklung begriffen, würde es heißen: Die Guten aller Völker haben Anteil an der Erreichung dieses Zieles.“* Doch ist das Hirschs *eigene* Interpretation; er ist im Grunde ein orthodoxer, deutscher, humanistischer Jude. Das ist ja eine Reform.

Hirsch übergeht auch vollständig die Frage von Lohn und Strafe. Traditionsgemäß ist Olam haba Belohnung für die, die Gottes Gebote treu befolgen. Kant sah die künftige Welt als notwendig an, und zwar als ein Prinzip der praktischen Moralität, Hirsch hätte dem folgen können. Aus praktischen politischen Gründen wäre dieses sogar nützlich gewesen, eben um die Kritik der protestantischen Fundamentalisten dem Judentum gegenüber zum Schweigen zu bringen. Das sahen wir in der Kontroverse über das Judentum im Rahmen der 22-Pastoren-Affäre. Daß Hirsch es nicht tut, ist daher um so bemerkenswerter. Er übergeht völlig ein Grundprinzip des orthodoxen Judentums.

Auch das ist Reform. Im übrigen baut Hirsch seine gesamte Geschichtsphilosophie auf der biblischen Geschichte auf, ohne dem Judentum eine Volksfunktion in nachbiblischer Zeit zu geben, es sei denn als passiv Leidende, die durch ihre Treue zu Gott im Leiden der Welt ein Ideal vermitteln. Zerstreuung ist Aufgabe, der Jude hat eine Mission. Diese Missionsidee verbindet Hirsch mit der Reform, die das gleiche lehrte. Dabei hält jedoch Hirsch an den nachbiblischen, talmudischen Gesetzen der Rabbinen als gottgegeben fest. Darin liegt eine Unlogik, die sich nur gefühlsmäßig erklären läßt. Warum wird den Weisen des Altertums die Macht zugesprochen, mit göttlicher Autorität Verordnungen zu treffen und gleichzeitig den Weisen der Gegenwart diese Zuständigkeit abgesprochen? Wo ist der Endpunkt dieser Autorität? Mit anderen Worten: Hirsch ist, wie er selbst erklärt, reformiert, jedoch in einem viel tiefren Sinne als es ihm selbst bewußt ist. Die Befolgung der rabbinischen Gebote wird ihm eben nur auf Grund seiner Erziehung und emotioneller Verbundenheit zur Pflicht, denn das Beispiel, das Juden setzen sollten, konnte ja auch ohne die Befolgung so vieler Einzelgebote erfüllt werden. Das gerade behauptete die Reform.

Das Judentum wurde nun zu einer „geschichtslosen" Funktion. Das Volk bestand in Wirklichkeit aus einzelnen Juden, von denen jeder als *einzelner* Gottespriester zu sein hatte. Kollektiv bestand keine Augabe, bis auf die, die Gesamtheit eben in einer geschichtslosen Einheit zu erhalten.

Da nun der einzelne völlig der Kultur der Gegenwart eingegliedert ist, so wird bei all dem, das die Torah nicht ausdrücklich sich selbst als Regulativ vorbehalten hat, der Maßstab der Umwelt anzulegen sein. Das gilt vor allem für die ästhetische Form und Ordnung im Gottesdienste. Das ästhetische Empfinden entspricht Hirschs deutscher Erziehung und wurde ihm zum Gebot, da die Regierung Würde und Ordnung in jüdischen Gottesdiensten verlangte. Da kein Religionsgesetz gegen eine solche Neuordnung bestand, verfolgte Hirsch hier mit ganz besonderem Nachdruck die Verdeutschung des Judentums. Auch hier unterscheidet er sich nicht von den Reformern. Hier tritt er an das Judentum „von außen heran", und dadurch wird seine Kritik des Maimonides unberechtigt. Daß sich seine Stellung einerseits durch die Wünsche und Bedürfnisse der Oldenburger Regierung entwickelte, vor allem, da diese in dem kleinen Lande auch die Möglichkeit hatte, die Befolgung ihrer Regeln und Gesetze wirksam zu überwachen, darf wohl angenommen werden. Andererseits war diese Entwicklung durch Hirschs eigene Erziehung begründet. Modernisierung des Gottesdienstes nach deutsch-protestantischem Vorbild war ja erlaubt.

Aus diesen Prinzipien ergibt sich nun Hirschs Erziehungstheorie.

„... zwei Offenbarungen liegen vor dir: Natur und Tauroh. Für beide gibt es nur eine Methode der Forschung. Wie in der Natur die Erscheinungen dir als Fakta dastehen, und du nur rückwärts Gesetz jeder einzelnen ... zu erspähen strebst ... ganz so die Forschung der Tauroh. Faktum ist sie uns wie Himmel und Erde ..." „Nur einen Weg gibt's zum Heile ... nehmen die Quellen des Judentums, Tenach, Midrasch, Schass (Bibel und Talmud), sie fürs Leben gelesen, studiert, begriffen; daraus die Ansicht des Judentums geschöpft über Gott, Menschheit, Jisroel ... Mit Tenach (Bibel)

begonnen, mit Sprachkenntnis zuerst ... mit Davidischem Sinne Natur angeschaut, mit Jesaitischem Ohr Geschichte vernommen ... Ein Geist! in allem! vom Bau der Sprache bis zum Tatenbau des Lebens — ein Geist — angeweht vom Geiste des Alleinen. Schulen für Juden ... die Sprache des Tenachs wie die Sprache ihres Landes ihnen eigen, in beiden *sie* denken *gelehrt; ihr Herz dem Fühlen, ihr Geist dem Denken zuerzogen ... ihr Ohr der Geschichte geöffnet als der Erziehung aller* Menschen *zu solchem Gottesdienst ... nicht die Forderungen ihres Berufs den Anforderungen der Sinnlichkeit und Gemächlichkeit untergeordnet, sondern umgekehrt ...*"

Die Ovelgönner Schule hatte daher Deutsch-Lesen und Hebräisch-Lesen abwechselnd zur gleichen Stunde, das gleiche galt für hebräische und deutsche Grammatik. Hebräische Übersetzung an den zwei ersten Tagen der Woche wurde dann am 3. Tage durch Weltgeschichte — im jesaitischen Sinne — abgelöst.

In der Gedenkpredigt zur 25. Jahresfeier des Herzogs Peter sprach daher Hirsch vom Eise am Fenster, das Gott zur Vernichtung des Tyrannen benutzte, wenn alle menschlichen Kräfte fehlten. Was uns als rhetorische Phrase erschien, wird nun als Naturgeschichte im Hirschschen Sinne erkennbar. Ein solches System der Wissenschaft und Erziehung konnte mit Recht der Regierung Gedanken machen. Trotz allem schöpfte Hirsch seine Ideen aus nichtjüdischen Quellen. Seine Geschichtsauffassung war auf Hegel gegründet, seine Erziehungsmethode auf Pestalozzi. Im Grunde fühlte er, wie dieser, daß das Kind zu seiner Stellung im Leben erzogen werden mußte, und diese Stellung war nun einmal, Jude zu sein. Weder die inneren Kräfte noch die der Gesellschaft entließen den Juden je aus dieser Situation, daher war eine organische Gesamtbildung im Judentum und für dieses notwendig. Dem Einbruch der Wissenschaft war allerdings damit kein Vorschub getan, obgleich Hirsch, in romantischem Gefühl empfindend, dies glauben mochte.

Das Programm, welches Hirsch auf Grund seiner Philosophie vorlegte, hatte noch mehrere Fehler. Es war arrogant, anzunehmen, daß die Oldenburger Landsjuden zu Menschheitspriestern heranwachsen würden. In Wirklichkeit folgten die deutschen Juden nur eben den Lebensformen ihrer Umgebung. Daher entstand aus der Hirschschen Theologie ein Judentum, das ganz im Deutschtum aufging *und dennoch* die Gebote befolgte. Was nicht verboten war, blieb erlaubt, und man brauchte sich keine Gedanken zu machen, daß man durch Teilnahme an der Kultur der Welt dem Judentum Abbruch tue. Es war in Wirklichkeit so wie bei Mendelssohn, obgleich ihn Hirsch wegen seines „und dennoch" verurteilt hatte. Das religiöse wie das erzieherische Programm war außerdem so angelegt, daß es nur von Hirschs eigen dazu erzogenen Lehrern in die Praxis umgewandelt werden konnte. Denn was heißt denn „jesaitisches Ohr"? Der alten Orthodoxie bedeutet das etwas anderes als Hirsch. Der reformierten Gruppe war es unzulänglich, und den Orthodoxen, die sich mit Religionsunterricht begnügten und die Kinder in die öffentliche Schule schickten, war es unerreichbar. Hirsch konnte auf keine Zustimmung rechnen, außer bei denen, die sich ihm rückhaltlos anschlossen. Er mußte allein bleiben, und seine Organisation mußte allein bleiben, ihm allein folgsam. So lag hier schon der Urgrund seiner späteren Unduldsamkeit zu anderen Ideologien. Sein eigenes Ich war Mittelpunkt seiner Ideen.

Dennoch darf man seinen Einfluß nicht unterschätzen. Er erlaubte orthodoxen Juden, deutsch zu sein, machte es ihnen zur Pflicht. Er beeinflußte das jüdische Erziehungswesen Deutschlands, indem er einen Ausgleich schuf zwischen seinen eigenen Ideen und den Extremen, denen es sonst vielleicht gefolgt wäre. Und mit dem Erziehungswesen beeinflußte er die Formen des gesamtreligiösen Ausdrucks: das deutsche Judentum war zwar in seiner Mehrheit nicht orthodox, doch war es auch nicht radikal reformiert. Die beiden großen Antagonisten, Hirsch und Geiger, hielten sich gegenseitig die Waage, und das konservative Judentum als Mittelbewegung gewann den führenden Einfluß.
Das Oldenburger Erlebnis dürfte für Hirsch grundlegend gewesen und geblieben sein. Er wäre ja gerne geblieben, hätten es die Finanzen der Rabbinatskasse erlaubt, ihm ein besseres Gehalt zu geben. Er fand in Oldenburg eine Regierung, die ihm, trotz aller Bedenken, freie Hand ließ; er war gezwungen, sich mit Erziehungsfragen eingehend auseinanderzusetzen. Er war in einer weitgehend nichtjüdischen Umgebung, denn seine Gemeinde war ja sehr klein; er war ein Teilnehmer am Gesamtleben eines Staates, dessen Fürsten und Bevölkerung im großen und ganzen nicht antagonistisch waren. Sie hielten nur ihren Abstand, und das war Hirsch sicher nicht unlieb. Nur hier konnte jene Synthese geschaffen werden, die in Hirschs Philosophie zum Ausdruck kommt. Das ist das Bedeutsame für Oldenburg als Laboratorium neuzeitlicher Theologie.

Ein Grabstein

Auf dem alten Friedhof in Wildeshausen steht ein Grabstein, der bemerkenswert ist. Er hat eine lange, poetische Inschrift. Ganz besonders bedeutungsvoll ist es, daß es meines Wissens der einzige Grabstein ist, der einem Verschiedenen nachruft, daß er sich der Christen Wohl angenommen habe. Das zeichnet diesen Stein wirklich aus.
Der Verstorbene war ein Mann aus Delmenhorst, der am Sabbat, den 10. Iyar 5591 starb. Sein hebräischer Name war Baruch, Sohn des Moses, ein Levitte. Er gehörte zur Familie Schwabe. Das Jahr 5591 entspricht dem Kalenderjahr 1831. Schwabe starb während Hirschs Amtszeit. Es ist sicher, daß die Inschrift auf dem Stein von Hirsch verfaßt wurde. Dafür sprechen mehrere Punkte, einmal die elegante, etwas blumenreiche Sprache, dazu kommt der Nachdruck auf das Wirken des Verschiedenen in seinem Lebensumkreise. Vor allem aber deutet die Erwähnung der Christen auf Hirsch als Verfasser hin. Der Stein enthüllt Hirschs Stil, Theologie und Lebensauffassung. Hatte er doch seine Juden aufgerufen, ihre nichtjüdischen Brüder zu lieben, ihnen in jeder Weise beizustehen, ihre Hungrigen zu speisen, ihre Nackten zu kleiden, ihre Ratsuchenden zu beraten, um damit als Juden ihr Judentum zu bezeugen, die Liebe der Umwelt zu erringen und Gottes Wille in der Welt zur Anerkennung zu bringen. Sie sollten Beispiele setzen, daß Menschentum, nicht Genuß, die Berufung des Menschen sei. All dies finden wir in der Inschrift des Grabsteines, der dadurch zu einem Zeugnis Hirschschen Denkens wird. Im Folgenden gebe ich den hebräischen Text nebst einer freien Übersetzung, die erstrebt, den Reim soweit wie möglich nachzuschaffen.

Dies ist der hebräische Text in deutscher Transliteration und der Aussprache, die Hirsch ihm gegeben hätte:

Pau Nikovër
Isch holach tomid bedarkë El,
dorasch tauf leechov benë jisroël,
wegam lenochri dibër scholaum,
wehikdisch shëm jauschew moraum,
reëwim umezukim hëwi bësau,
wehischkit roowom mijegia kapau,
laaniim weevjaunim posach jodau,
jad chasikëm beazosau ubim'audau,
ochsau al mausau halailoh, — ischtau
uvonow weauhawov olov jiwku,
ach saus nekomosom ki aud bigulëhem
tihejenu nischmausëhem zeruraus bizraur hachajim,
Hachower Rabbi Boruch Bar Rabbi Mauscheh Segal,
holach leaulomau Schabbas kaudesch J' Ijar TKZ'A
L'PHK.
Hier ruhet er
Mit Gott stets wandelnd, war er ein Mann,
dem Wohle seiner Brüder, der Kinder Israel, nahm er sich an,
für Christen auch hat Friede-Wohlfahrt er gewirkt,
somit geheiligt Gottes Namen, dem Höchsten sich verbürgt,
die Hungrigen und Notbedrängten an sein Haus er band,
stillt' ihren Hunger vom Müh-Erlös eigener Hand,
den Armen und Dürftigen die Hand er ausstreckte,
durch Rat und Vermögen ihrer Hände Kraft er erweckte,
in der Nacht, plötzlich der Tod ihn entriß, und die Seinen,
Frau, Söhne und liebende Freunde um ihn weinen,
doch dies sei ihr Trost, daß einst Erlösung wird einen
ihre Seelen mit ihm, auf daß alle verbunden
im Bund ew'gen Lebens, wenn auch sie es gefunden.
(folgen Namen und Jahreszahl).

Hirsch und Graetz

Am 16. Dezember 1836 schrieb ein junger Mann einen Brief an Hirsch über dessen „Neunzehn Briefe"; der Schreiber war Heinrich Graetz, 19 Jahre alt. In diesem Briefe führt er unter anderem aus:

„Euer Hochwürden! E.H.W. ahnen es wohl nicht, daß Ihre göttliche Epistel auf hundert Meilen ein Herz gefesselt, das, wie von magischer Kraft angezogen, unwiderstehlich zu dem Verfasser derselben hinflattered. Wenn nun diese (19 Briefe), dieses vom Schmutz falscher Ansichten gereinigte Judentum, der erstaunten Welt ein

wunderbares nie gesehenes Meteor erscheinen, so sind sie mir, feurigem, nach Wahrheit strebenden Jüngling ein helles Sonnenlicht, das mir die Dunkelheit erleuchtet, und mir den Abgrund zeigt, in den er unwiederbringlich gestürzt wäre. Ew H.W., der Sie die Motive des zeitigen Strebens unserer Glaubensbrüder und die Ursachen des grellen Abstands der Denkart unseres Saeculums von der Vergangenheit so sonnenklar dargetan, werden den Kampf, der in einem Herzen zwischen der geerbten und durch eine schiefe und schillernde Talmudhermeneutik gebildeten Religions- und Weltansicht, und einem ... jener schnurstracks zuwiderlaufenden Zeitgeisteransicht ... erklärlich finden. Ein solcher dauernder und verwundender Kampf hätte bei mir bald der Irreligiosität das Übergewicht gegeben; schon schwebte ich an dem höllischen Rande, ach, unwiderruflich verloren; — da erschienen Ew. H.W. Briefe, wonach ich sofort hastig griff, jede Zeile mir ein rettender Engel, gierig verschlang, und welche das Eis des starren, schrecklichen Skeptizismus von meinem Herzen schmelzte, und meine Gefühle und Gesinnungen in reine, und echtjüdische verwandelte." [190]

Wer war Graetz?

Heinrich Graetz wurde am 31. Oktober 1817 in Xions in der Provinz Posen geboren, hatte keinerlei systematische weltliche Ausbildung, genoß jedoch eine ausgezeichnete jüdisch-traditionelle und studierte auf eigene Faust. Das brachte ihn zu einer Krise; das jüdische Studium, in dem die Diskussion Selbstzweck war und die sich in Spitzfindigkeiten verlor, konnte in ihm nur Zweifel erwecken, sobald er sich westlicher Wissenschaft ausgesetzt hatte. Zudem war er ein äußerst ichbewußter Mensch, der das eigene Urteil in den Mittelpunkt seiner Entscheidungen stellte. So konnte er z. B. vom Chacham Bernays erklären, er sei das Brot nicht wert, das er äße. In Hirsch begegnete er nun nicht nur einem orthodoxen Rabbiner, der das Judentum mit der Neuzeit verband, sondern auch einem Menschen, der sich völlig aufs eigene Urteil stützte, was beide jungen Männer zunächst zusammenbrachte und später auseinanderführte.
Hirsch lud Graetz ein, sein Hausgast zu sein, und Graetz blieb von 1837 bis 1840 in Oldenburg. Die beiden Männer unterzogen sich nun einem konzentrierten Kurs jüdischen Lernens; jeden Tag studierten sie morgens Talmud und nachmittags Bibel, Philosophie und englische Literatur; Graetz durfte auch an rabbinischen Funktionen teilnehmen. Er sah den „Choreb" durch die Presse, begleitete Hirsch auf Inspektionsreisen. Hirsch, der Lehrer, und Graetz, der Schüler, wurden beide zu Lernenden. Dabei darf man dankbar sein, daß die Aufgaben des Rabbinats solches Studium zeitlich erlaubten, wie auch die friedlichen Lebensbedingungen Oldenburgs dem Lehrer vor allem die Muße gaben, nochmals lehrend zum Lernenden zu werden. Im Laufe der Zeit vollzog sich jedoch das zu Erwartende: Graetz war zu sehr seinem Ich verpflichtet, und Hirsch nicht

190) Graetz' Tagebücher wurden in der Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums veröffentlicht (1918, S. 241 ff.); s. auch Graetz: Die Konstruktion der Jüdischen Geschichte, Schocken 1936 — Anhang, Seiten 97 ff. (Brief an Hirsch).

weniger. Die beiden mußten sich einander entfremden. Wir erkennen den Anfang dieser Entwicklung schon in der Oldenburger Zeit. Hirsch sah sie erst später. *„Die Predigt war gut"*, so schrieb Graetz von Hirsch, *„... das Judentum hat solch eine Fülle von Ideen und Poesie in sich, daß selbst die ungeschickteste Hand die Gemüter führen kann."* [191] Im Jahre 1837 schreibt er in sein Tagebuch über seine Stimmung an den hohen Feiertagen: *„Die Tefllas Mussaf mit den großartigen Bestandteilen öffnete meinen Tränenquell, und er floß reichlich, und mit inniger Hingebung an Gott schluchzte ich diese Gebete her."* Drei Jahre später bemerkt er über die gleichen Tage: *„Ich weiß nicht, was mich so stumpf gemacht. Der* uvechen ten pachdecho *elektrisiert mich wohl noch immer, aber er bringt keine Perle mehr. Es ist kein Fortschritt, kein höherer Grad der Aufklärung, nein wohl der Entsittung, ich will es zu meiner Schande hinschreiben."* Es ist bedeutungsvoll, daß gerade das Gebet „uvechen ten pachdecho" mit seinen universellen Ausblicken ihn rührt. Das letzte, was ihn in dieser Zeit seines Lebens noch ergreifen konnte, war das Gebet um weltenweite Anerkennung Gottes: „Lege die Furcht vor Dir auf alle Deine Werke ... auf daß alle Deine Werke Dich ehrfürchten, und alle Deine Geschöpfe sich Dir beugen mögen, alle *einen Bund* zu formen, um Deinen Willen zu tun mit ganzem Herzen ..." Die Idee des Menschheitsbundes verließ ihn nie, wie sie nie von Hirsch aufgegeben wurde. Daß sie sich als zukunftsnahe Möglichkeit eröffnete, lag wohl an der Lage der Juden in Oldenburg, die eine solche Aussicht vorahnen ließ.

Das Scheiden der beiden Männer hat wohl nichts mit dem inneren Gesinnungswandel Graetz' zu tun. Graetz wußte, daß er schwankend geworden war; seine Tagebucheintragungen von 1840 geben davon Zeugnis. Doch bekunden sie ebenfalls, daß er mit aller Macht gegen die innere Änderung kämpfte. Er sah sie als „Entsittung" an. Geistig bekannte er sich noch zur Orthodoxie Hirschscher Prägung; das Gefühl führte ihn davon weg, und er suchte es zu überwinden.

Wie die weitere Entwicklung zeigt, wollte Hisch seinen jungen Freund gern in seiner Nähe als Mitarbeiter haben. Wir dürfen daher annehmen, daß Hirsch zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung aufgegeben hatte, seine Jüdische Bürgerschule zu gründen, der einst der Erlös aus dem Verkauf seiner gedruckten Gedächtnisrede auf Herzog Peter im Jahre 1838 zugutekommen sollte. So bestanden für Graetz keine Anstellungsmöglichkeiten in Oldenburg. Hirsch selbst sah sich genötigt, Verbindungen mit den Gemeinden des Emdener Rabbinats anzuknüpfen. Er sah wohl keine Hoffnung, in Bälde die nötige Gehaltserhöhung zu erhalten. So schieden die beiden Männer als Freunde.

Im Jahre 1842 ging Graetz zum Studium nach Breslau, wurde dort zum Verteidiger des orthodoxen Rabbiners Tiktin gegenüber den Reformbestrebungen Geigers, der als Gegensatz zu Tiktin von den Liberalen an die Gemeinde berufen worden war, und wurde 1845 Lehrer an der orthodoxen Schule in Breslau. Hirsch, damals Landesrabbiner in Nikolsburg, berief ihn und schlug ihn als Dozent für ein zu gründendes Rabbiner-

---

191) a. a. O.; s. auch Leo Trepp: Samson Raphael Hirsch und Heinrich Graetz in Oldenburg; Jahrbuch der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, 1937/8.

192) Monatsschrift, 1904, S. 161 ff.

seminar vor. Graetz wurde aber als zu liberal denunziert und abgelehnt. Das Seminar kam nie zustande.[192] 1850 wurde er auf Empfehlung Hirschs nach Lundenburg als Leiter einer jüdischen Schule berufen, 1853 wurde er Dozent am konservativen Rabbinerseminar in Breslau, wo er bis zu seinem Lebensende verblieb. Er starb am 7. September 1891.

Hirschs Einfluß

Obgleich Graetz viel geschrieben hat, sowohl in jüdischer Geschichte wie an Bibelkommentaren, so liegt sein Hauptruhm in seinem großen Werk, der *Jüdischen Geschichte*, das er in den Jahren 1853—1876 verfaßte, und dem er 1888 ein dreibändiges Werk, „Volkstümliche Geschichte", folgen ließ. Die Werke wurden in alle Sprachen übersetzt und noch heute wieder aufgelegt und gelesen.
Seine grundsätzlichen Ideen sind in einem kleinen Büchlein festgelegt, das 1846 erschien und seine Denkweise voll zum Ausdruck bringt: „Die Konstruktion der Jüdischen Geschichte."
Seit er Hirsch verlassen hatte, hatte er in Breslau Hegel eingehend studiert. So kam er zu dem Ergebnis, daß innerhalb des Judentums weder die These „Orthodoxie" noch die Antithese „Reform" das letzte Wort seien, sondern daß aus ihnen beiden eine Synthese geschaffen werden müsse: das konservative Judentum. Dies war für Hirsch unannehmbar. Aber hatte nicht Hirsch selbst von der Schale der Waage gesprochen, die sich zum Rechten senken würde? Hirsch hatte erklärt, daß Gott ein besonderes Volk in die Welt gesetzt habe, das eben nur der gottgewollten Menschheitsidee dienen sollte und nicht der Sucht nach Genuß und Macht. Graetz nahm das auf, aber er legte den Kernpunkt nicht in Gott, sondern in das Volk, in dem sich *Idee* entfaltet. Das jüdische Volk erstand im Gegensatz zur Vergötterung der Natur bei den Völkern der Antike, der es den *Geist* gegenübersetzte. Zwischen diesem Volke und denen, die die Natur vergöttern, mußte eine ewige Scheidewand aufgebaut werden. Statt Genußsucht spricht Graetz daher von Natur, die von Hirsch geprägte Idee des speziellen jüdischen Auftrages in der Welt ist geblieben; ebenfalls blieb der „Missionsgedanke". Während Hirsch jedoch das Gepräge des Volkes als vollendet mit Sinai ansieht, vertritt Graetz den Grundsatz eines langsamen Wachsens. Im ersten Reiche, vor dem babylonischen Exil, herrschte das politische Element vor, dann kam das religiöse zum Vorrang. Gleich Hirsch glaubt Graetz, daß das Volk erst gebrochen werden mußte, um die religiöse Idee als *die* Idee seines Lebens und Handelns zu erkennen und zu verwirklichen. Die Diaspora nach Verlust des zweiten Tempels wurde für Graetz eine Zeit der Selbstreflektion, des In-sich-gehens. Das Ziel ist jedoch eine neue Staatsverfassung, in der das religiöse und das politische Element zur Einheit verbunden werden; und mit dieser Synthese wird dann auch die Verbindung und Verbrüderung mit der Welt zustande kommen. Das ist das messianische Zeitalter, einen persönlichen Messias lehnt Graetz ab. Bis auf diese Ablehnung kommt Graetz' Zukunftsbild dem von Hirsch nahe.
Graetz zog sich mit dieser Konstruktion, die seine Geschichtsschreibung durchzieht, viele Gegner zu. Man kritisierte ihn mit Recht, daß er die Quellensuche vernachlässige; aber

das hatte er ja auch von Hirsch übernommen, der sich von der objektiven Wissenschaft abwandte und dennoch für seine Theorien die Anerkennung als Wissenschaft forderte. Hirsch sagte ebenfalls von Graetz' Werk, es sei „das Phantasiestück einer oberflächlichen Kombinationsmanier" (Jeschurun 1855/6), obwohl man das gleiche von Hirsch selbst sagen könnte. Geiger meinte, Graetz schreibe Geschichten, aber keine Geschichte. Hermann Cohen verurteilte ihn wegen seiner Einseitigkeit: er übergehe das Naturhafte im Judentum. So konnte es Graetz, als Mann der Mitte und als Mann des eigenen Ichs, keiner Seite recht machen. Aber als Mann der Mitte wurde er zum Bahnbrecher des konservativen Judentums, und ohne Hirsch wäre das nicht möglich gewesen. Das Oldenburger Erlebnis war grundlegend.

Der Einfluß Hirschs läßt sich ganz weitgehend verfolgen: in Graetz' Ablehnung der Glückseligkeit als Ziel des Strebens und der Religion, in der nachdrücklichen Betonung, daß im Judentum die Einheit von Religion und sozialem Momente geschaffen werden müsse, in der Sonderstellung des Judentums, die dennoch Menschenaufgabe ist. Geschichte für Graetz, wie für Hirsch, ist Reflex der Idee. Selbst in wenigen wichtigen Dingen, wie der Ablehnung des Mystizismus, den Hirsch als Amulettenkram verurteilte, und der Ablehnung des Jiddisch finden wir Graetz den Spuren des Lehrers folgend. Hirsch war allerdings bereit, der Natur einen größeren Einfluß zu gewähren, was wohl auf seine Beschäftigung mit Pestalozzi zurückgehen mag. Graetz brauchte keine Schulen inspizieren und keine Schulpläne ausarbeiten; daher erfuhr er Pestalozzis Einfluß nicht. Während Hirsch den Brennpunkt des jüdischen Lebens in Gott verlegt, legt ihn Graetz ins Volk. Die Folge davon war, daß nach Hirsch der Jude nichts für eine Rückkehr ins Land Israel tun durfte, nach Graetz jedoch ja, wodurch Graetz zu einem Wegbereiter des Zionismus wurde.

Ohne Hirsch und seine Oldenburger Zeit wäre Graetz wahrscheinlich dem Judentum verlorengegangen. In Oldenburg trafen sich das Ich des Hirsch und das Ich Graetz'. Für einige Zeit konnte Graetz sein Ich dem des Meisters unterwerfen, dann brach es bei ihm selbst durch. Das Ergebnis war eine eigenwillige Geschichtsbeschreibung, die im Judentum der Diaspora eine Gelehrten- und Leidensgemeinschaft sah, wie eben auch Hirsch diese Jahrhunderte als Zeiten des exemplarischen Leidens ansieht. Aber Graetz erlaubte dem Judentum auch theoretisch die eigene Weiterbildung, und da er von Millionen Juden gelesen wurde, förderte er diese Entwicklung.

Das moderne konservative Judentum sieht im jüdischen Volke den Schöpfer einer sich entfaltenden Religion. Es ist weitgehend von Graetz beeinflußt. Im Hintergrunde steht Graetz' Oldenburger Erlebnis. Ohne dieses hätte die jüdische Geschichtsschreibung eine andere Richtung genommen, und damit das neuzeitliche Judentum überhaupt.

Wie für das neu-orthodoxe ist Oldenburg gleichzeitig für das konservative Judentum grundlegend gewesen.

VI. Die Wechsler-Ära

Die Kandidaten

Im Jahre 1841 wurde das Landesrabbinat frei; Hirsch nahm die Stelle in Emden an, die ihm einen besseren Lebensunterhalt verbürgte. Das Gesuch des Oldenburger Gemeindevorstehers Ballin, Hirsch eine Gehaltsaufbesserung zu bewilligen, war mit dem Hinweis auf die prekäre finanzielle Lage der Rabbinatskasse abgelehnt worden; der Staat war nicht bereit, Zuschüsse zu gewähren. Zum Teil dürfte das mit der religiösen Grundrichtung Hirschs zu tun gehabt haben, denn, wie wir sehen werden, sollte sein Nachfolger überhaupt keine Schwierigkeiten haben, vom Staat sowohl wiederholte Gehaltserhöhung wie auch Gemeindezuschüsse zu erhalten.

Unter den Kandidaten befanden sich der Rabbinatskandidat Gabriel Hirsch Lippmann aus Trier, Dr. Joseph Klein aus Mamelsdorf in Bayern, gegenwärtig Rabbiner in Strelitz, Salomon Zadik Frensdorf aus Hamburg, gegenwärtig Oberlehrer und Leiter der neugegründeten Religionsschule zu Hannover, und Bernhard Wechsler aus Schwabach in Bayern, gegenwärtig Oldenburger Landesrabbiner im Landesteil Birkenfeld.

Hirsch und Adler empfahlen Frensdorf mit höchstem Nachdruck. Adler kannte ihn ja aus seiner hannoverschen Tätigkeit. Hirsch hatte ihn als Jugendfreund gekannt, vielleicht war er sogar der Freund, den er in seinen *Neunzehn Briefen* erwähnte; außerdem hatten die beiden zusammen an der Universität Bonn studiert. Die Regierung entschied sich für Wechsler. Vielleicht waren dabei gerade die hohen Empfehlungen, die Frensdorf von den beiden orthodoxen Landesrabbinern erhalten hatte, positiv entscheidend für Wechsler. Man wollte nun eben einen liberaleren Rabbiner haben. Frensdorf blieb in Hannover und wurde 1848 Leiter der Bildungsanstalt für jüdische Lehrer, ein Amt, in dem er bis zu seinem Lebensende wirkte. Diese Bildungsanstalt, die hervorragende jüdische Elementarlehrer ausbildete, war ein jüdisches Lehrerseminar, in dem die vom Staate vorgeschriebene Ausbildung von Volksschullehrern mit jüdischen Fächern so verschmolzen wurde, daß die Absolventen an jeder öffentlichen Volksschule amtieren konnten und außerdem als Vorbeter und Schächter, falls nötig, ihre Gemeinden religiös betreuen konnten. Da in vielen Gemeinden die Zahl der jüdischen Kinder groß genug war, sie in einer öffentlichen, jüdischen Volksschule zusammenzuschließen, so hatte die Hannoversche Bildungsanstalt eine über ganz Deutschland sich erstreckende, große Funktion. Es gab noch einige dieser Seminare. Neben Hannover bestand ein gutes in Würzburg. Frensdorf, der in Frankfurt sein Rabbinerdiplom erhalten hatte, war außerdem wissenschaftlich tätig, und es ist durchaus möglich, daß er eine jüdische Pädagogische Hochschule in Oldenburg gegründet hätte, wäre er berufen worden. Die Notwendigkeit, einen wirklich gebildeten Lehrerstand zu schaffen, war ja in Oldenburg ganz besonders offensichtlich. So wäre Oldenburg zum Versorger deutscher Schulen für jüdische Kinder geworden.

Die Regierung zog die Kandidatur Frensdorfs ernsthaft in Erwägung. Er sei höchst empfohlen, so hieß es, und außerdem sei er als gebürtiger Hamburger mit der Landschaft und ihrer Bevölkerung wohlvertraut. Die Wahl der Regierung fiel jedoch auf Bernhard Wechsler, den bisherigen oldenburgischen Landesrabbiner in Birkenfeld. Man

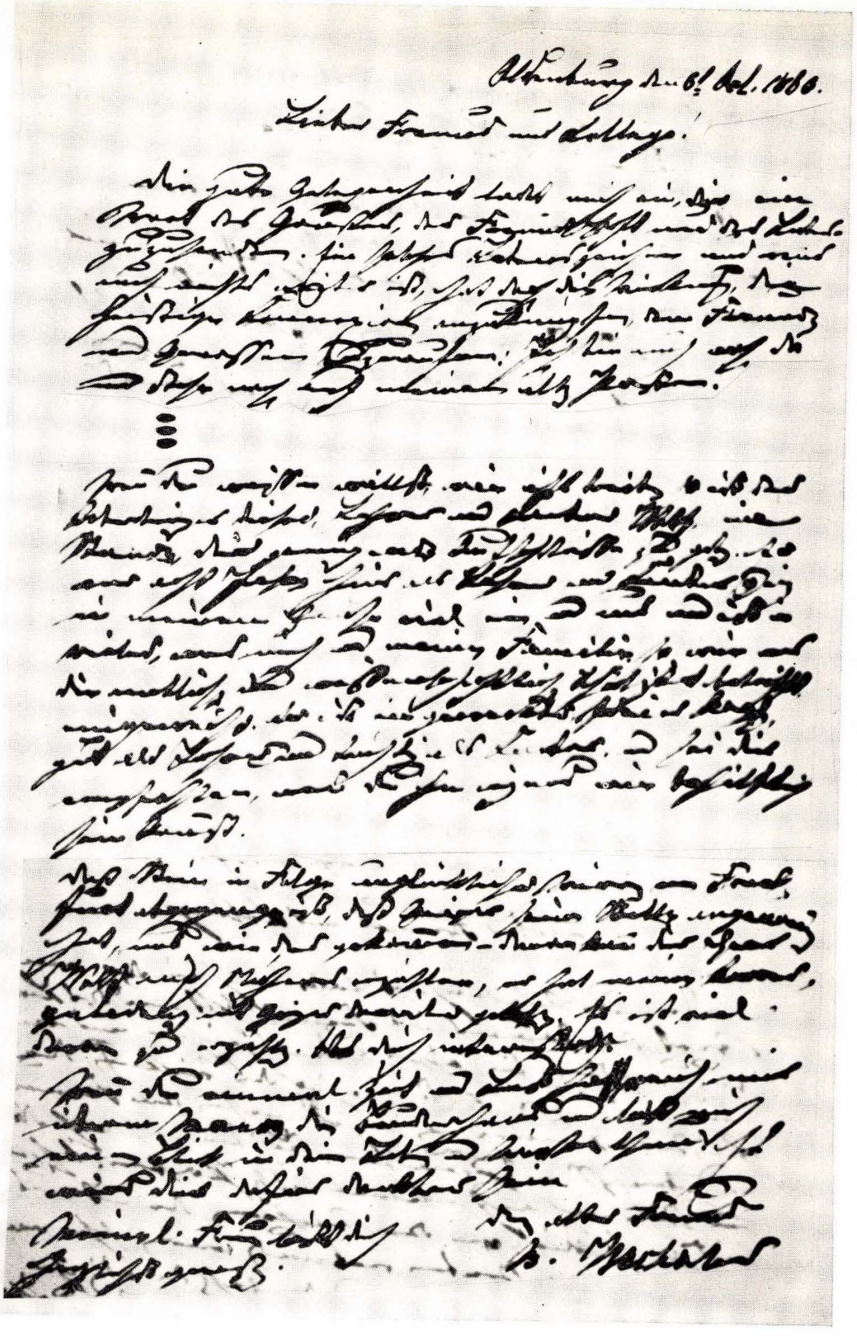


Abb. 15: Schriftprobe: Brief des Landesrabbiners Wechsler in die Vereinigten Staaten, jetzt in American Jewish Archives, s. S. 211, 220, Anhang



Abb. 16:

Landesrabbiner Dr. David Mannheimer: Predigt vor russischen, kriegsgefangenen Juden, mit ihm Lehrer Maiberg aus Oldenburg und Dr. med. Rosenthal (in Uniform), s. S. 277

war ernsthaft bemüht, den richtigen Mann für Oldenburg zu finden und entschloß sich für ihn, denn „er sei im oldenburgischen Dienste, verstehe daher die Landesgesetze und Gepflogenheiten, außerdem sei er ein friedfertiger Mann und käme mit den Orthodoxen aus".[193] Der Wortlaut der Begründung ist aufschlußreich. Man wollte keinen Mann, der, in der *Tradition* wurzelnd, der Neuzeit Konzessionen zu machen gewillt war — wie Adler, Hirsch oder Frensdorf —, man wollte einen Landesrabbiner der neuen Richtung, d. h. der Reform; doch sollte er genug Verständnis für die Orthodoxen haben, um den Frieden der Gemeinschaft zu wahren. Wechsler war also der richtige Mann.

Wechsler als Mann und geistlicher Führer

Bernhard Wechsler wurde 1807 in Schwabach, Bayern, geboren. Die dortige Gemeinde war und blieb bis zu ihrem Ende streng orthodox. Man konnte daher ein Verständnis für die orthodoxe Denkungsart bei ihm voraussetzen. Er hatte sich jedoch dem reformierten Flügel des Judentumes angeschlossen. Da es zur damaligen Zeit noch keine Rabbinerseminare gab, konnte ein Rabbinatskandidat entweder in einer orthodoxen Talmudschule (Jeschivah) studieren und dort sein Diplom erhalten, oder er konnte unter amtierenden Rabbinern studieren und von ihnen ordiniert werden, was dem Religionsgesetze nach vollkommen zulässig ist. Wechsler erhielt seine rabbinische Autorisation von einem Gremium, dessen Zusammensetzung schon auf seine ideologische Ausrichtung schließen läßt. Seine drei Meister waren Abraham Geiger, damals Rabbiner in Wiesbaden, und der Wegbereiter des reformierten Judentums, Hirsch Aub, Rabbiner in München, dessen lebenslanges Streben es war, als Liberaler ein harmonisches Verhältnis zu den Orthodoxen zu schaffen, und schließlich Dr. Löwy (in den Akten Levi genannt), Rabbiner in Fürth, ein Mann, der zwar neuzeitlich gesinnt war, aber einer streng orthodoxen, wenn auch immer weltverbundenen, Gemeinde vorstand.
Ideologisch war Wechsler bewußt ein Mann ausgesprochener Reform, doch war er ein Menschenkenner und wußte, daß man mit Neuerungen vorsichtig sein mußte.
Geiger bezeichnete ihn als einen „ebenso einsichtsvollen wie gesinnungstüchtigen Collegen . . . wenn ich auch nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimme".[194]
Mit Aub stand er in enger Verbindung, da er dessen Schwester Adelheid geheiratet hatte.
In einem Artikel *Die Aufgabe der Synode* schrieb Wechsler: *„Das Bedürfnis einer Reform, d. h. einer Umgestaltung des Judentums in Haupt und Gliedern, in seiner inneren Auffassung und noch mehr in seinem äußeren Zusammenhange mit dem Leben, mit den gewaltigen Wandlungen desselben in der Neuzeit — es ist unstreitig die Wurzel . . . beider Arten von Versammlungen."* Er spricht hierbei von zwei Arten von Versammlungen, Rabbinerkonferenzen, die nur von Rabbinern besucht wurden, und Synoden,

193) O.S.A., Best. 70, 3012, auch für das Folgende.
194) Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben, herausgegeben von Abraham Geiger, 8. Jahrgang, Breslau, Schlettersche Buchhandlung, 1870; S. 28. — auch für die folgenden Quoten, S. 28—35, Wechsler: Die Aufgabe der Synode.

zu denen sowohl Rabbiner wie Laien delegiert waren. Dann fährt er fort: *„Es ist meines Erachtens keine Verdächtigung, keine Anklage dieser Versammlungen, wenn man ihnen nachsagt, sie wollen reformieren, sie wollten alte, hergebrachte, stabil gewordene Sitten und Gebräuche, ja sogar Glaubensformen und Normen einem geistigen Prozeß unterziehen ... inwieweit dieselben noch Geltung haben ... Wir würden der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wollten wir ... mit dem Konservatismus liebäugeln, wie es häufig geschehen ist und geschieht.“*

Die Punkte, die der Behandlung und Entscheidung bedürfen, schließen Wechslers Ansicht nach die folgenden ein: *„... theoretische wie praktische Punkte, Messiaslehre, Wert des Opferkultus, ... Sabbatfeier, Feier und Dauer der Festtage, Geltung der Speisegesetze, überhaupt der Ritualgesetze, und nicht minder die Gesetze und Ritualien des ehelichen Lebens, Ehescheidung ...“*

Theoretisch war er somit absolut radikal. So schrieb er einen Aufsatz in der gleichen Zeitschrift.[195] „Zur Geschichte der Versöhnungsfeier“, um nachzuweisen, *„daß auch die religiösen Institute und Gesetze einem geschichtlichen Prozeß unterworfen waren, daß sie nicht als Einheit und unabänderlich sogleich bei der ersten Gründung der Religion festgestellt, normiert worden sind, wie es nach einer blind-buchstäblichen Auffassung des Bibelwortes den Anschein hat, sondern erst nach und nach sich hindurchgearbeitet haben, eine Arbeit, die oft viele, viele Jahrhunderte gedauert hat. Daß ich zum Beleg für diese Wahrheit gerade die Versöhnungsfeier wähle, hat seinen guten Grund. Gelingt es ... zu demonstrieren, daß diese Feier, später ein Hauptnerv, eine Pulsader aller jüdisch-religiösen Gemeinschaft, einst diese Rolle nicht gespielt hat, wahrscheinlich gar nicht gefeiert worden ist, ... so bleibt ein solcher Nachweis ein Beitrag ... zu der Überzeugung, die sich immer mehr aufbauen und befestigen muß, daß wir Gesetze und Lehren der Religion weniger wegen ihres Alters als wegen ihres inneren Wertes und nach ihrem geistigen Gehalt schätzen und beurteilen sollen.“*

In der Praxis war es jedoch anders. Auch das geht aus Wechslers Artikel über „die Aufgabe der Synode“ hervor. Geiger sowohl wie Wechsler schrieben über eine gerade gehaltene Synode in Leipzig. Beide waren mit dem Erfolg unzufrieden. Geiger glaubte, der Grund des Versagens sei darin zu sehen, daß „wir *haben alte Gemeinden, in denen Jahrhunderte lang gepflegte Institutionen fest wurzeln ... unsere Gemeinden bilden eine räumliche Einheit; alle jüdischen Bewohner eines Ortes bilden eine in sich geschlossene Gemeinde ... dieses räumliche Band umschließt aber Mitglieder noch so abweichender Gesinnung, von denen ein jeder Teil den Anspruch macht, daß seine Anforderungen für die ganze Gemeinde maßgebend sein sollen ... Dieses Band zu lösen bliebe ... unter unseren Verhältnissen immerhin sehr bedenklich. Sollen aber die Gemeindeverbände in ihrer Einheit verbleiben, so stößt bei deren verschiedenartigen Bestandteilen, ein jeder Versuch zur fortschreitenden Entwicklung ... auf die schwersten Hindernisse. Rabbiner und Gemeindeverwaltungen werden in ihrem Verfahren ängstlich schwankend.*“ Geiger vergleicht diese Situation mit der in den Vereinigten

---

195) Geiger, Jüdische Zeitschrift, 2. Jahrgang, 1863. — Gleiche Grundüberzeugungen sprechen aus Wechslers Artikel: Die Levirats-Ehe, ihre Entstehung und Entwicklung; Zeitschrift, 1. Jg., 1862, S. 253—263.

Staaten. *„Amerikas Gemeinden sind erst in der Entstehung begriffen und werden von vornherein vom Geiste unserer Zeit durchweht, auf deren Anschauungen neu begründet ... Amerika hat eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden, welche nur gleichgesinnte Glieder umschließen, die daher ungehindert von ungleichartigen Elementen ihren Gesinnungen und Bestrebungen vollen Ausdruck geben können, und deren Rabbiner um so entschiedener die Aufforderung haben, diese Anschauungen als das Charakteristische ihrer Gemeinden zu erfassen, zu befestigen, zu verkünden und in allen Institutionen klarer hervortreten zu lassen.“* So konnte man mehr Erfolg von Amerika aus erwarten als aus einer deutschen Synode.[196]

196) Geiger verfolgte die Entwicklung in Amerika mit größtem Interesse, zumal er von den Männern der Reformkonferenzen sagen kann: „Wir begegnen hier durchgehend Fleisch von unserem Fleische, Geist von unserem Geiste; es sind Deutsche, die übers Meer gewandert, ihr Wissen und ihre theologische Richtung aus dem ursprünglichen Vaterlande mitgebracht, und die an dessen Geistesquellen sich noch weiter laben, die aber unter den freieren Verhältnissen Amerikas zu einem energischeren und consequenteren Wirken befähigt und angetrieben sind. Da sind Namen von gutem Klange noch aus ihrer Wirksamkeit her im ehemaligen Heimatland, gar liebe wackere alte Freunde. Da ist der würdige, besonnene S. Adler, der seine aus den Rabbinerversammlungen der vierziger Jahre bekannte Neigung zum apologetischen Conservatismus später wohl schon in Deutschland aufgegeben, ... da treffen wir den allzeit von jugendlichem Eifer erglühenden Einhorn, ... da finden wir den geraden, offenen Hirsch, Namen wie Deutsch, Felsenthal, Kohler ...“ (Zeitschrift, 1870, S. 5—7). So schreibt Geiger bereits im 2. Jahrgang über „Nordamerikanische Zeitschriften“ (S. 66/67): „... deutscher Geist, wie er sich im freien, aber auch tumultarischen Amerika entwickelt, weht aus ihnen wie aus der ganzen Zeitschrift uns entgegen ...

Auch von dem englischen Wochenblatte: The Israelite von Hrn. Rabb. Wise in Cincinnati, der, soviel ich weiß, einer mehr gemäßigten, vermittelnden Richtung angehört, kommen mir von Zeit zu Zeit einzelne Nummern zu ... Von der Orgelfrage sagt Herr W., sie sei für Amerika nicht mehr der Erörterung unterliegend, ... sie sei nun Minhag Jisrael (Gebrauch in Israel).“ (Die Orgel wurde und wird von den Orthodoxen als christliche Einrichtung und aus anderen Gründen, wie z. B. dem Arbeitsverbot am Sabbat, das sich auf Musikinstrumente erstreckt, abgelehnt. Die Frage ist noch immer nicht einstimmig gelöst. Geigers Fehler in seiner Prognose lag darin, daß er die Masseneinwanderung der streng orthodoxen Juden aus Osteuropa gar nicht voraussehen konnte, und durch sie änderte sich das Bild in den Staaten grundlegend.)

Wise war in der Tat konservativ. Am 17. März 1862 veröffentlichte Geiger ein Ansuchen Wises aus Cincinnati, das an die europäischen Rabbiner gerichtet war. Eine Frau war von ihrem Manne verlassen worden, und derselbe von Amerika wieder nach Europa zurückgekehrt. Das Gericht hatte die Scheidung der Frau ausgesprochen. Dennoch wollte Wise sie nur dann mit einem anderen Mann religiös trauen, wenn alle Möglichkeiten einer jüdisch-religiösen Ehescheidung erschöpft waren. Er richtete daher „an die hochw. Rabbiner, etc. in Europa“ einen Aufruf, nach Möglichkeit den Mann zu finden, und zu einem Scheidebrief zu bewegen, der dann auf religionsgesetzlich gültige Weise nach Amerika gesandt werden solle. Falls das unmöglich sei, dann werde Wise die Frau ohne Scheidebrief trauen. Geiger schloß sich diesen Grundsätzen an. (Jahresschrift 1. Jg., 1862, S. 163—164.)

Obwohl Geiger radikaler war als Wise, und erklärte, daß die gesetzliche Ehescheidung völlig die Ehe löse, so erklärte er dennoch: „Doch ist es zweckmäßig, daß ein an das bisher übliche sich anlehnende Verfahren von Seiten eines Rabbiner-Kollegiums beibehalten werde, wenn auch dasselbe als notwendig nicht zu erachten ist“, vor allem um der Frau Schwierigkeiten zu vermeiden, sollte sie sich wieder verheiraten wollen. (Zeitschrift, 8. Jg., 1870, S. 90—91.)

Im Laufe der Zeit wurde dann Wise radikaler, und das amerikanische Reformjudentum schaffte die religionsgesetzliche Scheidung ab. Wieweit Geiger und Wise sich gegenseitig beeinflußt haben mögen, wäre interessant zu verfolgen, geht aber über unseren Rahmen hinaus. Andererseits werden wir sehen, daß Wechsler in einer Scheidungssache ganz wie Wise vorging (s. u.), mit einem Unterschiede: Wise zitierte in vielen Einzelheiten religionsgesetzliche Bestimmungen, die ihm, seiner Auslegung nach, das Recht erteilten, die Frau auch ohne Scheidebrief wieder zu trauen, Wechsler stützte sich lediglich auf Humanität — ein ganz typischer Charakterzug von ihm.

Wie ein Brief Wechslers, den er an einen Rabbinerfreund in New York schrieb, zeigt (Faks.), war auch Wechsler an der Entwicklung des amerikanischen Reformjudentums außerordentlich interessiert und dürfte durch sie beeinflußt worden sein. Der Brief wurde vom Oldenburger Kantor und Lehrer Wolf übermittelt, der nach Amerika auswanderte. Über Wolfs Karriere in Amerika ist nichts ausfindig zu machen; es wäre schön, nachweisen zu können, daß auch hier von Oldenburg Einflüsse ausgingen. Über den vermutlichen Empfänger s. Anhang I.

Wechsler war diesen Ideen nicht abgeneigt, kam jedoch zu Ergebnissen, die in gewisser Weise radikaler sind, in anderer Hinsicht jedoch von Wichtigkeit, da sie uns seine Lebens- und Wirkensprinzipien erklären. Er erklärte, es bestehe ein grundlegender Unterschied zwischen Synoden und Rabbinerversammlungen. In den letzteren seien die Rabbiner frei, ihre theologischen Grundideen und Theorien ihren Kollegen gegenüber unverhüllt zum Ausdruck zu bringen. In den ersteren, den Synoden, müsse der Delegierte den Wunsch und Willen seiner Gemeinde vertreten und für dessen Annahme kämpfen. Dies müsse er auch dann tun, wenn er selbst, in seinem persönlichen Leben, an die von ihm vertretenen Standpunkte gar nicht glaube.

„Und wenn ich mir vollends den Fall denke, daß Männer in diesem Falle oder in ähnlichen Fragen über Speisegesetze, usw. orthodox reden und stimmen, während sie im Leben notorisch ungebunden handeln, so halte ich das für einen Skandal, geeignet die ganze Synode zu diskreditieren.

Wie kann aber die Synode aus diesem Dilemma herauskommen? Meines Dafürhaltens nur durch Selbstbeschränkung, durch richtige Einengung und Begrenzung ihres Gebietes. Sie muß sich bewußt werden, daß sie auf einem anderen Standpunkt steht, daß wir überhaupt auf einem anderen Standpunkte angelangt sind im jüdisch-religiösen Leben. Der freie Geist hat sich nun einmal seiner bemächtigt und das Joch vieler Gesetze abgeworfen, der Gedanke, daß alles, was von den Rabbinern, oder was selbst von der Bibel ge- und verboten ist, bindende Kraft auch jetzt noch habe für den Einzelnen — der Gedanke hat sich gelockert, diese Tatsache ist nicht mehr zu leugnen, und die Synode soll daher nicht über Punkte zu Gerichte sitzen, welche dem Privatleben angehören und darin sich so mannigfaltig gestaltet haben, in welchen sichs keiner mehr nehmen läßt, seiner Richtung und Überzeugung zu folgen, die Synode möge beschließen was sie wolle ... Es drängen sich doch Punkte heran, wie ... Unterlassung der Beschneidung, wie die Ehegesetze, Ehescheidung ... und dergleichen, wo große Differenz sich zeigen kann. Aber hier kann die Synode nun einmal nicht aus dem Wege gehen, sie ragen herein ins Leben und sind nicht der Art, daß man sie ganz der Freiheit des Individuums überlassen kann ... Das Judentum kann Verschiedenheit der Ansichten ertragen; aufgezwungene Einheit, aufgenötigten Zwang im Glauben oder im Leben kann es nicht ertragen. Sobald die Synode nur einen leisen Anlauf nimmt, solchen Zwang zu üben, gräbt sie ihr Grab." [197]

Wir müssen nun das Wort „Selbstbeschränkung" verstehen. Es bedeutet für Wechsler nicht, alles beim alten zu lassen, denn das wäre ein „Liebäugeln mit dem Konservatismus". Die Synode muß sich bewußt sein, daß der ‚neue Geist' die Lebensform des reformierten Juden bestimmt. Dieser Jude nimmt ihn als Richtschnur und folgt seinem eigenen Gewissen in der Befolgung der Gebote. Die Synode darf daher die traditionsbegründeten Gebote *nicht* als weiterhin bindend erklären, denn der moderne Jude wird sich ohnehin über sie hinwegsetzen und sein Privatleben dem eigenen Gewissensurteile

197) a. a. O., S. 34—35.

nach gestalten. Die dadurch entstehende Diskrepanz zwischen synodaler Verordnung und der jüdischen Lebensführung bringt die Synode in Verachtung, macht sie wirkungslos. Dadurch ‚gräbt sie ihr Grab'. Hier kann die Synode eben nur schweigen und dem einzelnen Juden erlauben, sein eigenes Leben aus eigenen Prinzipien zu gestalten. Sie darf ihn nicht davon zurückhalten. Im Hinblick auf die drängenden Probleme des Gemeinschaftslebens soll die Synode Neuerungen *erlauben*, um den Juden die Anpassung an den neuen Geist und die neue Gesellschaft zu ermöglichen. Solche erleichternde Erlasse sind, z. B. im Gesetz der Ehescheidung notwendig. Dann werden gerichtlich geschiedene Juden keine Gewissensbisse haben, sich auch ohne religionsgesetzliche Scheidung wieder zu verheiraten. Hier hat dann die Synode einen wertvollen, anerkannten Dienst geleistet. Den Orthodoxen war kein Hindernis in den Weg gelegt, weiterhin traditionell zu leben. Im Grunde genommen erwartet Wechsler von der Synode lediglich, dasjenige autoritativ zu erlauben, was ohnehin vielfach Lebensform zu werden versprach. Durch diese Erlaubnisse konnten sich dann auch reformierte Juden als treue Mitglieder der Gemeinschaft betrachten.

Hier erklärt sich nun Wechslers Amtsführung in Oldenburg. Er war kein Eiferer, wie Hirsch es gewesen war, wie es auch Geiger für Reforminstitutionen war. Er war vielmehr darauf bedacht, zu erlauben und erleichtern. Er hatte Verständnis für die Freisinnigen und die Orthodoxen, konnte, wie wir sehen werden, diejenigen verstehen, die nur einen Tag der Feiertage feiern wollten, wie auch diejenigen, die zwei Tage begehen wollten — und sprach sich daher in der Rabbinerkonferenz für lokale Wahl der Gemeinden aus. Fand z. B. sein Gottesdienst am Samstagmorgen nur einen kleinen Teilnehmerkreis, so verstand er, daß seine Menschen arbeiten mußten, um ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Die Entscheidung wurde dem Gewissen des einzelnen anvertraut. Wechsler war kein Revolutionär im Sinne erzwungener Neuerungen. So erklärte er, die Behandlung der Frage von Eheschließungen zwischen Christen und Juden, die auf der Synode aufgerollt worden war, sei ein *„Mißgriff gewesen, weil es eine Verfrühung war und nicht aus der Versammlung herausgekommen und durch den Gang der Entwicklung herbeigeführt . . .".*[198] War eine Situation jedoch „spruchreif", so hatte er den Mut zur Tat.

Er war kein großer Gelehrter — Geiger verbesserte ihn in einem seiner Artikel[199] —, aber er wußte es selbst und war bescheiden genug, es anzuerkennen: *„Zur Geschichte (der Versöhnungsfeier) — ich beabsichtige nicht, eine erschöpfende Geschichte zu schreiben, dieser Aufgabe fühle ich mich nicht gewachsen."* [200]

Dafür war er ein Mann, der immer beide Seiten einer Frage sehen konnte, und es immer tat. Und er war ehrlich. Sah er in dem Abstimmungsverfahren der Synoden Heuchelei, so verurteilte er es als „Skandal". Er handelte als Mensch, wie sich in der Ehescheidungsfrage zeigen soll. Er hätte dort Religionsgesetze anführen und durch diese seine liberale

198) a. a. O., S. 30.
199) Zur Geschichte der Versöhnungsfeier (Zeitschrift, 2. Jg., 1863), S. 115.
200) a. a. O., S. 113.

Handlung rechtfertigen können. Er erklärte sein Verhalten lediglich aus menschlichen Gründen.[201] Er war ein kluger Mann, menschlich und ein Menschenkenner.
Dadurch paßte er sehr gut in die Atmosphäre Oldenburgs. Die Gesellschaft war freisinnig und tolerant, und so war Wechsler. Es ist zu verstehen, daß er sich viele zu Freunden machte und das Gesamtleben der Gesellschaft beeinflußte. Gleichzeitig wurde er, wie alle anderen Rabbiner Oldenburgs, vom Geiste der Gemeinschaft beeinflußt und gebildet.
Hätten andere Reformrabbiner — sowohl in Deutschland, wie, in ihrer deutschen Jugend, die amerikanischen Rabbiner — in einer solchen Umgebung gelebt, wären vielleicht die krassen Zwiespälte im Judentum vermieden worden.
Nach Adler, dem Aristokraten, und Hirsch, dem eigenwillig-kämpferischen Genie, hatte Oldenburg nun den Mann des Ausgleichs. Aber Wechsler war kein Mann des Kompromisses, wenn es notwendig war, mutig zu handeln. Das zeigte sich in innerjüdischen Angelegenheiten und in seiner Verteidigung des Judentums den Angriffen von außen gegenüber.[202]
Wechslers Richtung kommt schon in seiner Oldenburger Antrittsrede vom 27. November 1841 zum Ausdruck.[203] Verständigung ist sein Losungswort.

„... Denn nicht verschweigen dürfen wir uns ... daß jene gewaltige Macht des Geistes, der Prüfung und der Forschung, welcher die Gegenwart in allen Richtungen durchzieht und beherrscht, auch an unserem Religionsleben nicht ohne Spuren ist vorüber gegangen, auch an dem heiligen Gebäude unseres Glaubens hat gerüttelt und geschüttelt und manchen alten, morschen Stein ausgebrochen und dadurch uns hat zum neuen Aufbau aufgefordert, ... daß jener Sturm auch die Wächter und Hüter an diesem Baue hat ergriffen und geführt zur Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen, zur verschiedenen Auffassung dessen, was in der Lehre und in dem Leben Israels der Unwandelbarkeit angehöre und was dem Wechsel der Umstände und der Erkenntnis, was, als in der Religion selbst begründet, fortbestehen müßte, und was als nicht begründet preisgegeben werden könne, ja solle der Gewalt der Forschung und der Einsicht. Tritt nun in dieser Zeit ein anderer Lehrer und Führer an die Stelle dessen, den Euch der Herr bis jetzt hat gegeben, vor Euch hin — was Anderes darf er tun als aussprechen, wie er sein Lehr- und Führeramt hat aufgefaßt, was nach seiner Überzeugung wahr ist, und fest und gut und haltbar? ... Was ist hauptsächlich zu erhalten? ... Die Lehre Mosis in ihrer Reinheit, das ist das Eine; das Gesetz Mosis, so weit es für alle Zeiten gegeben ist, als ein Gesetz des Lebens, *das ist das Andere ... Es ist schon oft gesagt worden, die Lehre, die sei nicht das Erste, ... sondern die pünktliche, genaue Befolgung aller Religionsvorschriften und Gebräuche, wie sie die Zeit und Überlieferung auf uns gebracht, die mache den Israeliten zum*

---

201) s. u. „Der Streit mit Hirsch".
202) s. u. „Wiederum Mallet".
203) Oldenburgische Landesbibliothek: Oldenburgica Varia; Bernhard Wechsler: Drei Reden, Oldenburg, 1842, Schulzesche Buchhandlung.

Israeliten ... schon das Wort Torah *allein ... widerlegt diese Behauptung ...* Torah, Lehre, Belehrung *will sie (die jüdische Religion) bieten ... Waren es nicht die Spaltungen in Glaubensparteien, die spitzfindigen Auslegungen und Mißdeutungen der* einen *Lehre, welche, nach Geständnis der Rabbinen selbst, zur Zeit des zweiten Tempels den Geist erdrückten? ... der klare Quell der reinen Lehre ist uns oft getrübt worden durch Klügelei des Menschenwitzes, Mißverständnisse haben uns an manchen Punkten das rechte Verständnis erschwert ... Da gilt's denn zu sichten, zu prüfen, zu ordnen ... zu forschen, was den Stempel der Göttlichkeit an sich trägt und was nicht ... das zweite, ... das Gesetz Mosis, so weit es für alle Zeiten gegeben ist, als ein Gesetz des Lebens ... Eine Religion des Lebens, des ganzen, vollen menschlichen Lebens will sie sein ... von der Wiege bis zum Grabe ... Darum die vielen Denkmale und Erinnerungsmittel, die vielen Zeichen und Formen, so manche Gebräuche und Satzungen — im Leben sollen sie ihre Bedeutung haben und finden. ... Dazu hat Moses Gesetze gegeben ... und daher unsere Treue, ... aber nicht blinde, gedankenlose Treue des Sklaven, der schon sich genug tut, wenn er die Befehle seines Herrschers pünktlich, wenn auch ohne weiteren, selbständigen Anteil ausführt ...*

Aber wie wirken wir? ... 1.) eine vernünftige, wahrhaft religiöse Belehrung und Erziehung unserer Kinder; 2.) eine würdige Gestaltung unseres Gottesdienstes und fleißige Teilnahme an denselben; 3.) ein enges, brüderliches Anschließen aller Glaubensgenossen aneinander zur Förderung der religiösen Interessen, des Gemeinsamen, Nützlichen und Guten ... Und nicht auf die engen Mauern dieses Hauses beschränke ich unsere Vereinigung ... Nicht jene Vereinigung verlange ich von Euch im Namen der Religion, die da absondert und ausschließt und dem Vaterlande und der Gesellschaft uns entfremdet. Das sei fern! Wir gehören dem Lande an, das uns liebend aufgenommen, wir gehören der Gesellschaft an, die das Band der Einigung um uns geschlungen, wir sind mit allen Fasern unseres Daseins festgewurzelt in dem Staate, zu dessen Mitgliedern der Wille des Herrn uns bestimmt hat ... Die Religion ... nur das Eine will sie, ... daß wir immer bleiben sollen und uns nicht schämen sollen zu sein Israeliten ... *Wenn wir einander dazu die Hände bieten, ... dann haben wir uns nicht abgesondert, dann haben wir vielmehr einen heiligen Dienst geübt im Dienste der Menschheit, im Dienste der Gottheit ...*"

Wechslers Ausführungen, liest man sie, ohne den Mann zu kennen, unterscheiden sich kaum von Hirschs Ideen. Wechsler hatte sicherlich die *Neunzehn Briefe* gelesen. Hielt er sich bewußt daran, so mag man darin ein Zeichen seiner Diplomatie sehen. Möglicherweise tat er das aber gar nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß Hirsch sich ebenfalls, und mit Recht, der alten Schule gegenüber als Reformer ansah. Auch Hirsch war gegen die Spitzfindigkeiten, nur bezogen sie sich aufs *spätere* Talmudstudium, nicht auf die Interpretation des Talmuds selbst, die zu den Gesetzen führte. Auch Hirsch äußerte sich gegen das geistlose Befolgen von Gesetzen, doch lag für ihn der Fehler nicht im sinnlosen Gesetz, das lange von der Zeit überwunden war, sondern in einer sinnlosen Befolgung des unwandelbaren Gesetzes. Darum konnte Wechsler an Abschaffung der Gesetze denken, während Hirsch sich um eine Erklärung und Verbreitung ihrer symbolischen Bedeutung bemühte. Doch war Wechslers Rede sehr diplomatisch. Er spricht

von der einschneidenden Bedeutung der Forschung und Wissenschaft, ebenso tut es Hirsch — aber für Hirsch bedeutet Wissenschaft das Forschen aus dem Lehrgute des Judentums heraus, während es für Wechsler Forschen mit den Werkzeugen und den Erkenntnissen zeitgenössischer, objektiver Wissenschaft ist. Beide fordern die Verschmelzung mit dem Staat und der Gesellschaft, nur daß Hirsch dabei keine Konzessionen dem Gesetz der Torah gegenüber erlaubt, während Wechsler an Reformen des Gesetzes denkt, wenn Religionsgesetz der gesellschaftlichen Verschmelzung Schranken aufrichtet. Beide Männer sehen das Judentum als eine Religion des Lebens an und nicht als eine Fülle von Geboten, nur stehen dabei Leben und Gebotenfülle für Wechsler zueinander im Gegensatz, und für Hirsch erbaut sich das Leben aus der Totalität der Gebote. Ihre Beachtung erhebt den Juden in eine Sphäre des Menschentums, auf der er zum Beispiel der Menschenaufgabe wird. All das wird jedoch von Wechsler so vorsichtig ausgedrückt, daß der Oldenburger Jude, der dieser Antrittsrede beiwohnte, herauslesen konnte, was immer er wollte; Wechsler war eben ein vorsichtiger, friedfertiger Mann. Im übrigen ist sein Stil weitschweifig, heute veraltet, und geht nicht über den eines guten Durchschnittsredners hinaus; Wechsler war weder ein Adler noch ein Hirsch, daher war er froh, sein Leben in Oldenburg verbringen zu dürfen, suchte nie einen größeren Wirkungskreis, lebte ruhig, ohne wirkliche Konflikte hervorzurufen, und war allseitig beliebt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Hirsch finden wir nichts, was auf Spannungen mit der Regierung hinweist; im Gegensatz zu seinen Nachfolgern Glück und Mannheimer liegen uns keinerlei Berichte von Konflikten mit Gemeinden oder Lehrern oder Gemeindemitgliedern vor.

Im Jahre 1862 veranstaltete die Gemeinde eine Jubiläumsfeier, da Wechsler 25 Jahre als Landesrabbiner in Birkenfeld und Oldenburg amtiert hatte. In seltsamer Zurückhaltung erwähnte Wechsler so gut wie nichts über seine persönlichen Gefühle und Errungenschaften. Auf der Kanzel wirkt er förmlich, sogar autoritär. So sagt er hier nur: „*Der Dank für alle diese Beweise Eurer Achtung würde jetzt vergebens nach einem geeigneten Worte ringen, ihm hier weiteren Ausdruck zu geben, erlasset mir. Wir stehen ja an geheiligter, gottgeweihter Stätte, wo für solche persönlichen Anliegen und Herzensergüsse kaum Raum sein darf, wo den Gedanken und Gefühlen ein anderes, höheres Ziel gesteckt ist.*“ [204] Er beschreibt seine Funktion als die des *Zofe*, des Propheten, Sehers, Wächters, Lehrers, Mahners, eine, an sich etwas übersteigerte Bewertung seiner Funktion, obgleich er seinen Anspruch, als Prophet anerkannt zu werden, sofort begrenzt:

> „... *ich bin kein Prophet und kein Sohn eines Propheten (Amos 7,14), ich bin nur ein schwaches Erdenkind und kann irren, und habe, wie ich gerne gestehe, im Laufe der Jahre manchen Irrtum ablegen müssen. Ich kann daher nicht verlangen, und verlange auch nicht, daß Jeder meiner Überzeugung unbedingt folge, sondern nur, daß er sie überlege und das Beste behalte. Eines nur bitte ich Euch, verlange Niemand, daß ich*

204) Wechsler: Beruf des Rabbiners, Predigt, Oldenburg 1862, Oldenburgische Landesbibliothek; Oldenburgica Varia Ge IX, B 485.

meine Meinung, meine Überzeugung ... verschweige oder verhülle, weil's nach irgend einer Seite hin verstoßen, mißfallen könnte. Das verlanget nicht, das habe ich bis jetzt nicht gekonnt, das werde ich auch in Zukunft nicht vermögen. Und nein, das verlangt Ihr auch nicht, davon gibt mir die heutige Feier den Beweis... Das Wächteramt ist geblieben so wie ja das Haus Israel auch im Laufe der Zeiten noch geblieben ist eine Zielscheibe feindlicher Angriffe ... Wie viel bei uns darin zu tun war, wie weit es gelungen ist, die feindlichen Elemente zu beseitigen, uns Anerkennung und freie Bewegung zu erringen, wie weit die Gesetze einer alten, vorurteilsvollen Zeit, die berüchtigten Ausnahmsgesetze gewichen sind der Humanität und der Gerechtigkeit, wie weit es ferner gelungen ist, Einheit, Ordnung, Gemeinsamkeit in unsere religiösen Verhältnisse ... zu bringen, ... und so mit der Zeit fortzuschreiten, ... das mag in der Stille der Erinnerung ... uns heute noch mehr als sonst beschäftigen, und Ihr werdet es gewiß natürlich und gerechtfertigt finden, wenn ich ... mit gar frohem Herzen spreche: Ja es ist vieles, recht vieles bei uns besser geworden ... Doch darum ist noch lange nicht die Zeit, die Hände müßig in den Schoß zu legen ... Und endlich noch ein Drittes umfasset dieses Amt ... das Mahnen und Warnen, das Strafen mit der Zuchtrute des Wortes ... Und daß, wie es sich zeigt, das alte Prophetenwort auf uns anwendbar ist, bald neue Gebrechen und Erscheinungen dazu neuen Stoff geben — davon soll nicht weiter die Rede sein. Nur bitten will ich Euch, es nicht übel zu nehmen, es zu entschuldigen, wenn Euch manchmal das Mahnwort von dieser Stätte zugesendet worden ist, und auch noch ferner zugesendet werden wird, wenn es manchmal hart klingt ..."

Die Orthodoxen mögen von Zeit zu Zeit an seinen Reformideen Anstoß genommen haben. Er beruhigt sie. Sein „Seheramt" verpflichtet ihn zwar zum Worte der Wahrheit, wie er sie sieht, doch wird er seinen Gemeinden auch künftig keine Reformen aufzwingen. Die Predigt enthüllt das ganz klar.

Was hier durchbricht, ist eine ehrliche liebenswürdige Persönlichkeit, ein Mann, der nach Möglichkeit überzeugen will, aber sich auch abfinden kann, wenn es ihm nicht gelingt, zu überzeugen. Die Härte des Propheten fehlt ihm ganz, und gerade darum mag er von der Kanzel sich autoritär gegeben haben. Er gab den Gemeinden das Gefühl, einen strengen geistlichen Führer zu haben, der sich kein Blatt vor den Mund nimmt — doch wußten sie, er würde ihnen nicht böse sein, sollten sie seine Ermahnungen vernachlässigen. Er war ein „zivilisierter" Mann.

Das zeigt sich in seinen Worten auf den Rabbinerkonferenzen und erklärt wohl auch seinen Erfolg.

Denn Erfolg hatte er. Während Hirsch stets um Vorschüsse für seine Inspektionsreisen bitten mußte, erhielt Wechsler vom Großherzog 1850 die grundsätzliche Erlaubnis, ohne weiteren Antrag bis zu 30 Reichstalern in Gold zur späteren Verrechnung aus der Rabbinatskasse abzuheben.[205] Während die Regierung es abgelehnt hatte, aus der Staats-

205) O.S.A., Best. 70, 3008.

kasse zu Hirschs Gehalt beizutragen, erhielt Wechsler 1075 Reichstaler von der Rabbinatskasse (175 mehr als Hirsch) und einen eventuellen Zuschuß von 300 Reichstalern aus der Staatskasse. Nicht nur wurden seine Gesuche um Urlaub zum Besuch der Rabbinerkonferenzen anstandslos bewilligt [206], er erhielt sogar Zuschüsse zu den Kosten — von der Regierung. Am 26. März 1844 wurden ihm 80 Reichstaler bewilligt, und diese Beihilfe wurde ihm in den Jahre 1867 und 1869 erneut gegeben.[207] Vor allem wurden seine Gesuche um Gleichberechtigung der Juden ernstgenommen und führten, wie wir sehen werden, zu Erfolg. Ballin und Wechsler wirkten dabei Hand in Hand. 1845 wandte sich Ballin an den Herzog, wie wir sahen. Dabei erwähnte er Wechsler als Beispiel der ernsthaften Bemühungen der Juden, sich dem Fortschritt anzupassen. 1847 sprachen beide um Gleichberechtigung vor, 1848 kam eine Beschwerde der Gemeinde Jever, 1849 kam die Vorstellung, daß auswärtige Juden noch immer nicht in Oldenburg verkaufen dürften und daß die Einwanderung fremder Juden noch immer verboten sei.[208] Im Jahre 1848 wurde dann eine Reihe von Ausnahmebestimmungen aufgehoben, dem folgte 1851 die Anerkennung der jüdischen Gemeinden.

1852 verfaßte dann Wechsler ein Dankgebet zur Vermählung des Erbgroßherzogs (Kosten der acht handschriftlichen Kopien 30 Gr. currant, aus der Rabbinatskasse). 1859 konnte er dem Herzog eine Adresse übermitteln, in der die Judenschaft durch ihn ihren Dank für die Neuordnung ihrer Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten zum Ausdruck brachte. Im gleichen Jahre konnte Wechsler das ihm gewährte Amtssiegel anfertigen lassen (Kosten 1 Rt. 15 Gr.).[209] Es zeigte im Zentrum das großherzogliche Wappen und hatte die Inschrift: Großherzogliches Oldenburgisches Landrabbinat.[210] Verfolgen wir die Daten, so finden wir, daß Wechsler in der Regel jede günstige Verfügung mit einer öffentlichen Dankes- und Huldigungsbezeugung beantwortete.

Wechsler stand sich gut mit dem Fürsten, der Regierung und der Bevölkerung. Er nutzte seinen Einfluß zur Stärkung seiner Gemeinschaft, sowohl äußerlich wie innerlich. Daher erhielt er auch wachsenden Zuschuß zu seinem Gehalt. 1855 gewährte die Regierung jährlich 375 M., von 1867 an 600 M., von 1873 an 900 M. Diese Staatszuschüsse wurden später *nie* mehr erhöht.[211] Am 2. August 1850 sprach er sich in seiner vorsichtigen Art über Staat und Kirche aus.[212] Die Trennung beider sei gut, so erklärte er, doch dürfe sie keine völlige sein. Die Kirche brauche des Staates Schutz zur Existenz, sie brauche des Staates Oberaufsicht, sonst könnte sie zu einflußreich und sogar staatsfeindlich werden. Ohne den Staat und seine Hilfe könnten sich Kleingemeinden überhaupt nicht halten.

---

206) O.S.A., Best. 134, 753.
207) O.S.A., Best. 70, 3008.
208) O.S.A., Best. 70, 3008.
209) O.S.A., Best. 134—754.
210) Eine Nachfertigung des Siegels in Stempelform kam in den Besitz des Autors, der es dem Museum des jüdisch-theologischen Seminars in New York als Leihgabe gab, wo es in einem Feuer verbrannte.
211) Verbalnote der Oldenburger Regierung an die Preußische Gesandschaft vom 23. April 1912.
212) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 7.

Außerdem bestehe die Gefahr, daß ohne des Staates Zwang viele aus der Kirche austräten, der Staat solle daher durch Gesetz Austritte erschweren. Eine Erklärung des Austretenden sei auf alle Fälle zu verlangen. In dieser Weise werde der Überzeugung kein Zwang angetan. Den Schlechten, die sich jeder Religion entziehen wollten, sei dadurch jedoch Warnung erteilt. Was bewog Wechsler zu dieser Rede? 1849 war die Trennung der evangelischen Kirche vom Staate zum Gesetz geworden (widerrufen 1853). Der Herzog war nicht mehr oberster Kirchenherr. Ein von einer Synode gewählter Oberkirchenrat wurde mit der Leitung der Kirche betreut. Die Juden standen jedoch immer noch unter der Oberleitung des Staates; Wechsler erstrebte gleiche Bestimmungsfreiheit für die Judenschaft. Aber ein anderes Gesetz war ebenfalls in Vorbereitung und wurde auch 1850 verkündet. Durch dieses wurde der Parochialzwang aufgehoben und die verschiedenen Sekten legitimisiert. Wechsler konnte jetzt befürchten, daß den Gemeinden unter dem Gesetz der Trennung die Staatszuschüsse entzogen würden; damit wäre das Weiterbestehen der jüdischen Kleingemeinden in Frage gestellt gewesen. Zahlenmäßig sehr klein, mußten sie sowohl Lehrer unterhalten wie zur Rabbinatskasse beitragen. Würde man eventuell das Landesrabbinat abschaffen, wie es zu Hirschs Zeit erwogen wurde? Selbst mit Staatszuschuß waren die Lasten der Juden groß. Sollte das Aufheben des Parochialzwanges den Austritt ganz erleichtern, so konnte man mit dem Verlassen der Gemeinde vor allem begüterter Juden rechnen, was wiederum die Gemeinden selbst gefährdet hätte. Seine Rede verfolgte daher ein doppeltes Ziel: Aufrechterhaltung der Zuschüsse und Erschwerung des Austritts. Das Leben seiner Gemeinschaft hing davon ab. Aber der kluge Wechsler sprach gar nicht über die Juden. Das Austrittsproblem dürfte wohl auch den christlichen Geistlichen Gedanken gemacht haben. Gleichzeitig stützte er die Regierung. Er plädierte für seine Gemeinden, ihre Rechte und Zukunft, dennoch sprach er als patriotischer Staatsbeamter — und hatte Erfolg. Das Gesetz vom 14. Januar 1851 sprach erneut die Anerkennung der jüdischen Gemeinden aus. 1853 gewährte die Regierung einen Zuschuß von jährlich 600 Mark (= 200 Rt.) für bedürftige Synagogengemeinden (Verbalnote).

Die Stellung, die Wechsler sich erworben hatte, ermöglichte ihm, auch die inneren Verhältnisse zu straffen. Er hatte das Verfügungsrecht über den Staatszuschuß und seine Verteilung. So ersuchte er die Regierung um ein Gesetz, das den Lehrern in den Landgemeinden das Recht, Trauungen zu vollziehen, entzog und dieses Recht ausschließlich dem Landesrabbiner zuerkannte. Das Ersuchen wurde ihm ohne weiteres gewährt, obgleich in den hannoverschen Bezirken, die Oldenburg benachbart waren, den Lehrern dieses Trauungsrecht zuerkannt war und blieb.[213] Von Widerständen der Lehrer hören wir nichts, denn Wechsler hatte wohl das Selbstbewußtsein und Gefühl der Würde unter den Lehrern so gestärkt, daß sie sich nicht beengt fühlten. So hatte er in seiner Jubi-

213) O.S.A., Best. 70, 3010. Dieses Gesetz hatte die seltsame Folge, daß im preußischen Wilhelmshaven die Lehrer trauen durften, im oldenburgischen Rüstringen nur der Landesrabbiner. Diese Regelung bestand bis zur Einverleibung Wilhelmshavens. Das Staatsgesetz vom 17. Januar 1851 besagte: Die Trauung darf nur eine vom Staate als dazu berechtigt anerkannte Person vornehmen. Es gehören dahin bis weiter nur die ordinierten Geistlichen der anerkannten christlichen Religionsgemeinschaften und der Landesrabbiner (Mannheimer Gesetzessammlung S. 41; Staatsgesetz vom 17. 1. 1851, § 7).

läumsrede erklärt, „Dieses Wächteramt ... wir sollen es teilen mit allen denen, welche einen Dienst übernommen haben in diesem Hause, in unseren Gemeinden, welche als Vorsteher, Lehrer oder sonstwie mitzuwirken berufen sind ..." Wechsler machte sich keine Feinde und erreichte doch immer sein Ziel. Der Oldenburger Lehrer und Cantor Wolf, der etwa 1863 nach Amerika auswanderte, nachdem er acht Jahre in Oldenburg amtiert hatte, „ging in meinem Hause viel ein und aus und ist in vieles, was mich und meine Familie ... wie die amtliche und wissenschaftliche Tätigkeit betrifft ... eingeweiht".[213a]

Im Jahre 1866 wurde ihm dann auch das Recht zugesprochen, Geburts- und Trauscheine auszustellen, auch in solchen Fällen, in denen Nachforschungen über Unterlagen erfolglos blieben.

Am Ende seiner Laufbahn hatte Wechsler die Amtsrechte des Landesrabbinats so gefestigt, daß der Landesrabbiner wirkliche unbestrittene absolute Führung hatte. Hirsch mußte z. B. die Namen der von ihm geprüften Lehrer noch der Regierung zur Bestätigung vorlegen. Wechsler hatte das nicht mehr nötig. Als der Oldenburger Lehrer Pinkowski auf Grund seiner Prüfung durch Wechsler von der Regierung ein Staatszeugnis als Elementar- und Religionslehrer verlangte, wurde ihm dasselbe sofort erteilt, da „derselbe (Wechsler) zur Vornahme der Prüfungen der israelitischen Elementar- und Religionslehrer und zur Ausstellung von Prüfungszeugnissen befugt ist".[214]

Der unglückliche Pinkowski verlor allerdings sein Zeugnis, und Wechsler starb in der Zwischenzeit. Daraufhin gab ihm die Regierung zwar kein Zeugnis, denn dafür lagen keine Unterlagen vor, aber eine Abschrift der Bestätigung, die Pinkowski als Zeugnis zum Militärdienst benötigte.

Eine neue Synagoge

Eine der seltsamsten Lücken in den sonst so vollständigen Beständen des Oldenburgischen Staatsarchivs ist das Fehlen jeglicher Dokumentation von Synagogeneinweihungen. Wir finden Gesuche um Staatsbeihilfe, wie zum Beispiel in Jever, wir finden Bemerkungen, wie die von Samson Raphael Hirsch, daß er zur Einweihung der Synagoge nach Berne fahren müsse. Wir haben jedoch keinerlei Berichte über die Feierlichkeiten selbst. Die einzige Ausnahme ist ein persönliches Schreiben des Großherzogs Friedrich August an die Regierung, in Beantwortung des Erbittens der Gemeinde, daß er der Einweihung der 1905 geweihten und 1938 zerstörten Synagoge beiwohnen möge. Diese Antwort soll späterhin noch gewürdigt werden, sie ist im Faksimile reproduziert. Das Schreiben beginnt: „Meine Eltern nahmen, soviel ich weiß, an der Einweihung der alten Synagoge teil ..." Nun hätte man sicher in den Akten ein Dankesschreiben des Landesrabbiners und Gemeindevorstehers finden müssen, denn eine solche landesfürstliche Teilnahme war in der Tat eine Ehre. Wir finden nichts.

Es erscheint mir daher möglich, daß diese Akten, die über die anerkannte Stellung der

---

213a) Brief vom 6. 10. 63 — American Jew. Archives. — Anhang I.
214) O.S.A., Best. 134, 786.

Juden Zeugnis gaben, während der nationalsozialistischen Zeit vernichtet wurden. Die Gesamtakten der Juden wurden ja der Benutzung entzogen und im Archiv aufbewahrt, wahrscheinlich mit dem Gedanken, später einmal eine Geschichte über die „lasterhaften Juden" zu schreiben, ein Gedanke, der ja weitgehend von den Nationalsozialisten gehegt wurde und zur Aufbewahrung der jüdischen Dokumente beitrug. Das Schreiben des Großherzogs wollte man wohl als handschriftliches Dokument nicht vernichten. Auch war es eine „Absage". Waren nun des Großherzogs Eltern bei der Einweihung der alten Synagoge, so muß es sich dabei um Nikolaus Friedrich Peter und seine Gemahlin handeln. Der Großherzog vermählte sich 1852, wozu Wechsler ein Dankgebet verfaßte, handschriftlich kopieren ließ, um es dem Paare zu übermitteln. Von den acht Abschriften finden sich ebenfalls keine in den Archiven. Die Dankesadresse von 1859 ist ebenfalls verschwunden. All das bestärkt das Gefühl, daß man alles, was an eine persönliche, sogar herzliche Verbundenheit der Juden mit dem Herzog erinnern konnte, ausmerzen wollte.

Am 1. April 1912 fragte die Preußische Gesandschaft in Oldenburg bei der Regierung an, ob Oldenburg dem jüdischen Kultus Staatszuschüsse gewähre und in welchem Maße.[215] In ihrer Antwort teilte die Regierung mit, daß von 1855 bis 1866 jährlich 375 Mark zum Gehalt des Landesrabbiners gewährt worden seien, von da an bis 1872 je 600 Mark und seit 1872 jährlich 900 Mark. Außerdem sei der Gemeinde Oldenburg 1853 die Summe von 3000 Mark zum Bau der Synagoge gewährt worden. Der Einweihung dieser „alten Synagoge" wohnte das Großherzogspaar bei.

Die Zahl der Juden war in den vorhergehenden Jahren gewachsen, ein neues Gotteshaus war notwendig geworden. 1816 befanden sich in Oldenburg 16 Schutzjuden[216], 1866 waren es 39 Familien, wozu noch 4 Familien in Osternburg-Wardenburg-Hatten kamen und 2 in Rastede.[217] Die Synagoge dürfte daher, wenigstens an den hohen Feiertagen, von etwa 45 Familien besucht worden sein. Wechslers Amtszeit war die Periode des größten Wachstums. Eine Synagoge mit über 100 Sitzen war daher notwendig.

---

215) Verbalnote der Preußischen Gesandtschaft und Antwort der Regierung.

216) O.S.A., Best. 70, 3006.

217) O.S.A., Best. 134, 755.
Joseph Mendelssohn in seinem Buch *„Eine Ecke Deutschlands"*, Oldenburg 1845, S. 94, erwähnt eine kleinere Zahl, „. . . ich glaube nur 14 Familien", er ist also nicht sicher. Harald Schieckel in seinem ausgezeichneten Artikel *„Die jüdischen Wehrpflichtigen in Oldenburg von 1867 bis 1918 und ihre Vorfahren;* — Genealogie, Jahrgang 20, 1971, schließt sich dem an. Das hieße, daß zwischen 1845 und 1869 die Zahl der Familien von 14 auf 39 gewachsen wäre, ein bedeutender Zuwachs während Wechslers Amtszeit. Die von Schieckel erwähnte Zahl von 104 Juden in der *Stadt*gemeinde Oldenburg, ohne Vororte, dürfte stimmen. S. auch „Gesetz der Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Juden im Herzogtum Oldenburg; Motive des Landtages zum Gesetz, zu Artikel 3: „Nur zwei Judengemeinden zählen etwas über 100 Seelen, eine hat nur 14 Seelen, die übrigen 25 bis 90 Seelen (1859). Rüthning, Oldenburgische Geschichte II, S. 615, gibt den Bestand der Gesamtjudenschaft Oldenburgs 1855 mit 1494 Seelen, oder 0,52 % der Bevölkerung; im Jahre 1900 waren es nur 1359 Seelen, oder 0,34 % der Bevölkerung. In Wechslers Amtszeit hätte demgemäß auch die Zahl der Juden ihren dauernden Höhepunkt erreicht. Die Angaben Rüthnings schließen vielleicht Birkenfeld ein.
Uns beschäftigt nur der Teil Oldenburg: Der offizielle Bericht über „Beihilfe zur Erteilung des Jüdischen Religionsunterrichts" von 1911 (O.S.A., Best. 134, 752) gibt folgende Zahlen: 1890: 947; 1895: 968; 1900: 809; 1905: 956 Juden. — Zahlenangaben über die Juden im Herzogtum Oldenburg von 1822—1895 s. jetzt auch bei H. Schieckel, Die oldenburgischen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, Anhang 1—3, 1973.

Oldenburg dürfte daher mindestens drei Synagogen gehabt haben: die ganz alte, in der Adler, Hirsch und der junge Wechsler fungierten, die alte, bei deren Weihe Großherzog Nikolaus Friedrich Peter und die Großherzogin anwesend waren, und die letzte, die 1905 geweiht und 1938 von den Nationalsozialisten zerstört wurde.
Aus dem gleichen Bericht an die preußische Gesandtschaft geht ebenfalls hervor, daß die Synagogengemeinde Cloppenburg ihre Synagoge im Jahre 1867 erbaute und einen Zuschuß von 600 Mark von der Regierung erhielt. Sonst wissen wir auch davon nichts. Hier dürfte Wechsler ebenfalls die Weihe vollzogen haben.
In beiden Fällen mag Wechslers Einfluß den Staatszuschuß erwirkt haben.

Die Residenzstadt Oldenburg, ihre Gesellschaft, ihre Juden und Wechsler

Wechsler paßte nach Oldenburg. Er war der rechte Mann zur rechten Zeit, ruhig, besonnen, kulturliebend, gesellig.
Etwas hinter der Zeit zurück, war Oldenburg noch immer der Aufklärung ergeben, während andere Städte und Länder schon romantisiert waren. Darin lag für Oldenburg ein Vorteil. Joseph Mendelssohn [218] beschreibt die Bevölkerung als ruhig und voll besonnener Biederkeit. Hier war ein ruhig denkender Menschenschlag, der die Ruhe und Besonnenheit des Nordens mit der Wärme, dem Herz und Gefühl des Südens verband. Wechsler, der Bayer, konnte sich dort ganz zu Hause fühlen. Herzog Paul Friedrich August (1829—1853) war an Kunst und Kultur interessiert. Schöne Bauten im klassizistischen Stil waren entstanden, und das Peter Friedrich Ludwigs Hospital (erbaut 1838 bis 1841) gehört noch heute zu Oldenburgs wertvollsten Bauten. Der Schloßgarten ist ebenfalls noch immer ein Denkmal großzügigen Denkens: Er entstand 1806. 1833 wurde das Theater gegründet. Das Schloß stand im Mittelpunkt des Komplexes stilistisch einheitlicher Regierungsgebäude. Allerdings waren die Landstraßen des Landes dafür um so schlechter; Hirsch mußte ein Extragespann haben, um aus Jever herauszukommen, als er es im November besuchte.
Da der Herzog offen und zugänglich war, so scharte sich um ihn ein Kreis gebildeter Bürger und Regierungsbeamter. Die meisten der letzteren waren Juristen, und die Bürgerschaft war den Tagesfragen kritisch offen.
Mendelssohn erwähnt eine Rede des Rektors des Gymnasiums, in der er seinen Schülern empfahl, die Vernunft als Richtschnur und Leitstern im Leben zu nehmen; die Schule sei „eine Tochter der Vernunft".[219]
Wie in jeder Residenzstadt bestand in Oldenburg viel Kastengeist, doch gab es, nach Mendelssohn, so gut wie keinen Judenhaß.[220] Die Juden selbst waren zwar nicht besonders gebildet, doch *„fehlt zum Glück die Rohheit den unteren jüdischen Volksklassen, wie sie sich z. B. in Hamburg und Frankfurt findet . . ."*. Die Juden waren eben zum großen Teile schon lange ansässig, und Zuwanderer lebten sich sehr schnell ein.

218) Joseph Mendelssohn, Eine Ecke Deutschlands; Oldenburg 1845.
219) a. a. O., S. 87.
220) a. a. O., S. 93 ff.; Kapitel X: Die Juden — auch fürs Folgende.

Selbst während der napoleonischen Zeit scheinen nur verhältnismäßig wenige eingewandert zu sein, von denen einige wieder ausgewiesen wurden. „Die zween, welche sich während der französischen Occupation eingeschlichen hatten und mit dem Viehschlachten beschäftigten, sind beyde durch oberliche Verordnung im vorigen Jahre aus dem Lande verwiesen", so schrieb das Amt Bockhorn am 1. April 1816.[221] Dadurch hatte sich auch ein geselliges Verhältnis zwischen Juden und Christen entwickelt. *„Den herzlichen Umgang zwischen Christen und Juden hindern in Oldenburg* nicht *jene gehässigen, mit der Muttermilch eingesogenen Vorurteile, die sich an anderen Orten als unübersteigliche Schranken zwischen beiden Confessionen auftürmen"*, erklärte Mendelssohn und fuhr fort: *„der Großherzog ist den Juden sehr freundlich gesinnt; er äußert oft sein Vergnügen an jedem intellektuellen und äußerlichen Fortschritt, den sie machen."* Allerdings hatte sich auch unter den Juden eine Elite gebildet, auf die sich Mendelssohn wohl beziehen mag: die 14 Familien. Verfolgen wir Harald Schieckels Arbeit über die jüdischen Wehrpflichtigen mit Sorgfalt, so finden wir, daß die führenden Familien sich beinahe alle im Laufe dieser Jahrzehnte miteinander verschwägerten.[222] So muß auch vorher schon ein enges Verhältnis zwischen den Mitgliedern dieser Gruppe bestanden haben.

Ohne Zweifel war die Familie Ballin die führende und angesehenste. In seiner Eingabe um Gleichberechtigung der Juden erwähnt Gottschalk Joseph Ballin, der Gemeindevorsteher, daß er als Vormund von christlichen Adligen herangezogen worden sei. Ballin war mit einer Tochter der Familie Goldschmidt verheiratet, den ältesten Schutzjuden in Oldenburg. Andere Mitglieder der Familie Ballin waren mit der Familie Hahlo verschwägert, die Hahlos mit den Gersons und Löwensteins; die Goldschmidts mit den Reyersbachs, die Reyersbachs mit den Landbergs und den Wallheimers, die Wallheimers mit den Hattendorfs und der Familie Plant; die Familie Hattendorf war mit der Familie Leffmann verschwägert. Die Wallheimers heirateten in die Familie Schwabe, diese in die Familien Gutentag und Mendelssohn aus Jever. Außerdem waren die Ballins mit den Löwenthals und Levis verschwägert, wie auch mit der Familie Weinberg, und die Weinbergs mit den Israels. Falls das sehr verwirrend ist, so geht doch daraus hervor, daß eine eng geschlossene Gruppe den Kern der Stadtgemeinde formte und darüber hinaus mit den führenden Juden, vor allem in Jever, verbunden war. Die Oldenburger Juden hatten eben auch ihren Kastengeist — und Mendelssohn gehörte zu dieser Gruppe. Ihre Stellung brachte sie in Kontakt mit Christen, wie wir im Falle Ballins sahen. Dr. Goldschmidt, ein Oldenburger Arzt, ließ sich zwar taufen, Salomon Mendelssohn[223], Joseph Mendelssohns Bruder, von dem noch zu sprechen sein wird, hatte jedoch eine ganz eigenartige Karriere durchlaufen, ohne je sein Judentum zu verleugnen. Er wurde Oldenburgs Turnvater. Gleichzeitig finden wir eine Reihe von Mischehen, wodurch das Band zwischen den freisinnigen Juden und den freisinnigen Christen noch verstärkt wurde. Wechsler paßte in diese Gruppe. Mendelssohn berichtet, daß der Landesrabbiner ihn in den Casino-Club eingeführt habe, einer literarisch-geselligen Ver-

221) O.S.A., Best. 70, 3006, Fasc. 1 (4).
222) Schieckel: Die jüdischen Wehrpflichtigen . . ., S. 428 ff.
223) Er konvertierte allerdings schon 1832 (Schieckel, Die oldenburgischen Juden . . .).

einigung, der Wechsler demnach angehört haben mußte. Auch Dr. Goldschmidt war Mitglied, neben christlichen hohen Regierungsbeamten, Generälen und führenden Männern der Geistlichkeit und des Bürgertums. Es spricht für den Geist des Clubs, wie auch für Wechslers Freisinnigkeit, daß man Wechsler zum Mitglied machte.

Vor allem war man in Oldenburg religiös aufgeklärt. Wie man das außerhalb Oldenburgs beurteilte, geht aus einer Bremer Satyre hervor:

„Die Oldenburger in Bremen — Eine Dankschrift von Jocus Bremanus." [224] *„Die Oldenburger reden von sich als das neue Weimar", schreibt der Herr, „man schickt Oel für Bremer Lampen; sie rühmen sich ihres Theaters, mischen sich in Bremens religiöse Wirren; in Religion sind sie zu Hause, denn ihre Kirchen haben keinen Turm, und ihr Turm keine Kirche. Sie teilen eine Fülle von Licht aus, und eine ganze große Menge von Toleranz und Freiheit und Liebe, samt einem ansehnlichen Vorrat von Schimpf und Schande, ... daß es eine Art hat, und man wieder fröhlich singen kann: noch ist Bremen nicht verloren. — Sonst waren es drei Zionswächter, die uns regelmäßig in unseren Nöten zu Hilfe kamen, ein schönes, grünes, duftendes Kleeblatt. Diesmal ist einer, ein jüdischer Rabbi, ausgeblieben; vielleicht hat er gerade anderswo unter den Christen aufzuklären; vielleicht kommt er auch noch nach; aber die beiden anderen sind glücklich auf ihrem hohen Roß wieder angekommen und in voller Arbeit ... (Oldenburg) wo der Christus Gottes, der Gekreuzigte sich vor Lessings Nathan dem Weisen bückt, wo eben die größte Freude und Herrlichkeit darin besteht, recht viel zu tolerieren, Heiden, Türken, Juden, Fetisch-Anbeter, Feuer-Anbeter, Selbst-Anbeter, gar keine Anbeter, je schlechter Gesindel je besser, je gräulicher Unsinn, je herrlicher ..."*

Im Rückblick dürfen die Oldenburger auf dieses Urteil stolz sein. Sie hatten den Geist der Ökumene, und Wechsler war mitten drin. Eine enge Verbindung zu den christlichen Geistlichen liberaler Richtung mag bestanden haben, die später nie wieder in gleichem Maße hergestellt wurde. Hier, in Wechsler, war es nicht Theologie, die vom Menschheitspriester sprach, wie Hirsch die Juden bezeichnet hatte, hier war es enge, lebendige Verbundenheit. So beschreibt Mendelssohn Wechsler mit Recht als einen

„der freisinnigsten und liebenswürdigsten Geistlichen, die ich je kennen lernte, der ... in allgemeiner Achtung steht. Er verbindet mit gründlicher philosophischer Durchbildung einen scharfen, vorurteilsfreien Verstand, der nicht einmal mit der für einen Geistlichen sicher (nicht) charakteristischen Äußerung gegen mich zurückhielt — daß es keine positive Religion gebe, welche den geistig freien Menschen ganz zu befriedigen vermöge! — Weder im äußerlichen Wesen noch in den Worten dieses Herrn liegt irgend etwas Pedantisches, zwanghaft Förmliches, obgleich ich ihn trotz seiner weltmännischen Art für einen nicht minder gelehrten Theologen halten darf, wie so Manchen, der wie eine zweibeinige Kanzel, ganz Salbung und Augenverdrehen, unter uns umherwandelt."

---

224) Bremen, 1845; Wm. Wulff Verlag; Obg. Landesbibl. Ge IX B 27:a:4. Bremanus war das Pseudonym des Bremer Pastors Moritz Rothe. Die Schrift eine Attacke gegen Oldenburger, die Glaubensfreiheit für Bremen zu erkämpfen suchten. Neben Wechsler waren Adolf Stahr und Leopold von Kobbe freisinnige Literaten, Ziel des Bremer Angriffes. s. Lübbing: „Oldenburg" 1971, S. 151—153.

Allerdings war auch dafür ein Preis zu zahlen. Der freisinnige Rabbiner der Gemeinschaft einer liberalen Stadt konnte nicht mit einer sehr großen, regelmäßigen und andächtigen Gemeinde im Gottesdienste rechnen. So schreibt Mendelssohn: *„Bedauert habe ich, ihn nicht als Redner schätzen zu können. Die Mitglieder seiner Oldenburger Gemeinde ... finden sich höchst selten in genügender Zahl in ihrer Synagoge ein, um einen Vortrag des Landesrabbiners zu veranlassen.“*

Der Kampf um die Gleichberechtigung und die Gemeindeordnung

Unter diesen Umständen gegenseitigen Verstehens war es um so schmerzhafter für die Juden, noch immer als Schutzjuden angesehen zu werden und nachteiligen Sonderrechten ausgesetzt zu sein. Wie verletzend dieselben waren, sahen wir aus dem Schreiben Ballins an den Großherzog. Seit Adlers Zeiten hatte sich nichts geändert. Die „Entschuldigung“ war, daß unter den Bestimmungen des Wiener Kongresses die Judenfrage einer Gesamtregelung unterworfen sei und Einzelstaaten nicht selbständig handeln könnten. Ballin trat dem entgegen. Mendelssohn erwähnt ebenfalls eine Reihe dieser Bestimmungen: *„Sie dürfen Gewerbe und Handwerk ungehindert treiben, sogar Meister in den Zünften werden. Der Landesrabbiner ist Staatsbeamter. Doch unter dem Gesetz sind sie nicht Staatsbürger, sondern stehen als Schutzjuden im Verhältnis als Schutzverwandte. Diejenigen, die nicht Kaufleute sind, bleiben vom Gesetz unberührt. Aber die Handel treibenden Juden sind schlimm daran. Nur* ein *Mitglied der Familie darf im Schutzverhältnis Handel treiben. Die Kinder tun es oft ‚illegitim‘; manches Mal wartet der Sohn sogar auf den Tod des Vaters.“* In Jever war es noch schlimmer; dort wurde ihnen das Stimmrecht in der Stadtratswahl verweigert, gleichzeitig wurden ihre Beiträge und Ansprüche hinsichtlich der städtischen Armenkasse zurückgewiesen. Doch war es das gleiche in Oldenburg, wie Ballin zeigte. Ohne Wahlrecht war man kein Bürger, darum mußte man kämpfen.

Salomon Mendelssohn: Ausnahmefall oder Repräsentant des Zeitgeistes?

Man hat Salomon Mendelssohn den Turnvater Oldenburgs genannt. Seine Karriere wirft ein Licht auf die Lage der oldenburgischen Juden. Doch fragt es sich, war er ein Ausnahmefall, oder sah man in ihm den Vorläufer einer Zukunft, die den Juden volle Gleichberechtigung geben sollte? [225]

Salomon war der Sohn des Moses Mendelssohn aus Jever, dessen Werk als Gemeindevorsteher von Hirsch hoch anerkannt wurde. Seine Mutter war Gohla — Golde — eine geborene Schwabe. Er war der Bruder des Joseph Mendelssohn, dessen Werk wir bereits erwähnt haben und von dem wir die Beschreibung der Lage der Oldenburger Juden haben. Salomon wurde am 4. Juni 1813 in Jever geboren, und zwar zu einer Zeit, während der die jeverschen Juden ganz besonders harten Ausnahmebestimmungen unterworfen waren. An eine angemessene Schulung war daher nicht zu denken, und der

225) Karl Peters, Salomon Mendelssohn — Ein Beitrag zur Geschichte des Turnwesens; Oldenburger Jahrbuch, 58. Band, 1958; S. 79—111. Joseph Mendelssohn: Eine Ecke Deutschlands; S. 90 ff.

Vater Mendelssohn zog nach Hamburg, wo seine Söhne, wahrscheinlich in der jüdischen Freischule des liberalen Dr. E. Kley, ihre Erziehung erhielten. Dann kam er wieder mit seiner Familie nach Jever zurück. Der Sohn Salomon sollte Kaufmann werden, doch lag ihm das nicht. Daher wurde er 1832, im Alter von 19 Jahren, freiwilliger Soldat und diente 8 Jahre lang. Obwohl er es als Jude nur zum Feldwebel hätte bringen sollen, wurde er doch zum Sergeanten befördert, die erste der Ausnahmen, die ihm zuteil wurden. 1840 war er des Dienens müde und suchte einen Ersatzmann, damit er ins Zivilleben zurückkehren konnte. Gleichzeitig verheiratete er sich mit Johanne Philippsohn. Vielleicht veranlaßte die Liebe seinen Austritt aus dem Militär. 1839 wurde er zum Aufseher der Festungsstrafanstalt in Jever bestellt, fand jedoch in diesem Beruf nicht genug Befriedigung. Daher wurde er Turnlehrer im Nebenberuf. Bald wurde dieser zweite nicht nur zum Hauptberuf, sondern darüber hinaus zu einer Lebensaufgabe. In Jever fand er den Turngeist, den er suchte. Er erfand und entwickelte Turngeräte, Kletterstangen (6 m hoch), Recke, Barren, Pferde, Leitern, übte seine Schüler im Weit- und Hochsprung. In kurzer Zeit hatte er eine private Turnschule in Jever, die von 70—80 Knaben und 26 Mädchen besucht wurde.

Er war der erste, der den Geist und die Praxis des Turnens im Oldenburger Land entwickelte, und da er weit reiste, um seine Ideen zu verbreiten, so wurde sein Name bekannt. Auch nahm er seine Turnschüler auf Reisen, um seine Erfolge zu demonstrieren und andere Gemeinden zu der Idee zu gewinnen. Schulen sollten Turnhallen haben, jeder Kreis mindestens einen Turnlehrer.

1843 kamen sein Name und seine Ideen zur Kenntnis des Großherzogs Paul Friedrich August, und der Großherzog war begeistert. Hier war ein Mann, der sowohl das Turnwesen Oldenburgs ausbauen wie auch die Errungenschaften des Landes in ganz Deutschland demonstrieren konnte. 1843 wurde Mendelssohn als Turnlehrer nach Oldenburg berufen, etwas ganz Unerhörtes für einen Juden der damaligen Zeit. Er unterrichtete am Seminar, dem Gymnasium, der höheren Bürgerschule, der Armenschule, und erhielt ein Gehalt von 300 Reichstalern. (Was übrigens zeigt, daß der Landesrabbiner verhältnismäßig gut besoldet war.)

Gleichzeitig sandte ihn der Großherzog auf Staatskosten durch ganz Deutschland hindurch. Vom Mai bis Juli 1843 besuchte Mendelssohn Berlin, Göttingen, Eisleben, Dessau, Dresden usw. Überall verbreitete er seine Ideen — und den Ruhm Oldenburgs. 1861 wurde er abermals auf die Reise geschickt.

1844 organisierte er ein großes Turnfest in Oldenburg. Auch blieb er im Oldenburger Turnverein viele Jahre hindurch aktiv. Obgleich im Laufe der Zeit seine Methode mit ihrem Nachdruck auf Turngeräte als veraltet galt, so hatte er doch neue Wege geebnet und den Leibesübungen Eintritt ins Erziehungsprogramm verschafft.

1881 trat er in den Ruhestand, zog nach Braunschweig, wo er 1892 starb.

Am jüdischen Leben nahm er nicht teil, doch verleugnete er sein Judentum nie, und das zu einer Zeit, in der viele Juden ihren Glauben aufgaben, um Beförderung oder gesellschaftliches Fortkommen zu verbessern.

Daß Mendelssohn dies nicht tat, spricht für ihn, daß er dennoch völlige Anerkennung, Beförderung und generöse Unterstützung vom Großherzog und der Gesellschaft erhielt,

spricht für Oldenburg. Man darf nie vergessen, daß die führenden Christen Jevers und Oldenburgs ihre Kinder diesem Juden zur körperlichen Ausbildung anvertrauten.
Nun fragt sich, war Mendelssohn ein Ausnahmefall oder war seine Karriere und Stellung ein Spiegelbild des Oldenburger Geistes? Wir dürfen das letztere annehmen, vor allem, wenn wir die hochgeachtete Stellung Wechslers in der Gesellschaft zum Vergleich ziehen. Der Jude, der etwas leistete, wurde anerkannt, das bedeutete: der Jude hatte eine Zukunft. Warum dauerte es aber dann so lange, bis den Juden wirkliche bürgerliche Gleichberechtigung auch durch das Gesetz gewährt wurde? Hier sprechen die speziellen dynastischen Verhältnisse mit: Oldenburg wurde zwar durch den liberal gesinnten Großherzog Paul Friedrich August regiert, der Chef des Hauses Holstein-Gottorp (Romanow) war jedoch der Zar Nikolaus I. von Rußland, ein autoritäres Familienoberhaupt des Gesamthauses.

Die Einwirkung der russischen Zaren

In seltsamster Weise waren die Juden Oldenburgs Spiegel des gesamtjüdischen Schicksals und ihre geistlichen Führer Wegbereiter der gesamtjüdischen Entwicklung. Selbst der Despotismus der russischen Zaren schlug noch Wellen in Oldenburg, obgleich dieser Einfluß verhältnismäßig milde war. So verband sich doch ihr Schicksal, ihnen selbst wohl unbewußt, mit dem ihrer ostjüdischen Brüder.
Die Juden standen in Oldenburg länger in dem Schutzverhältnis als in anderen deutschen Ländern. Eine Gemeindeordnung, die ihnen Selbstbestimmung gab, wurde ihnen erst 1858 zuteil. Im Grunde teilten sie die Lage der gesamten Oldenburger Bevölkerung. Denn Oldenburg war das letzte der Bundesländer, das erst nach 1848 eine Verfassung erhielt.
Hermann Lübbing weist darauf hin, daß der Großherzog seinen Gemeinden einen Ersatz für eine Verfassung durch die Verordnung über Verfassung und Verwaltung der Landesgemeinden vom 31. Dezember 1831 gewährte. Er konnte sich jedoch zu einer Verfassung nicht entschließen, und zwar mit Rücksicht auf den Zaren, der eben der Chef des fürstlichen Hauses war.[226] Der Zar scheint einen bedeutenden Einfluß auf den Großherzog gehabt zu haben. Nikolaus I. regierte als absoluter Despot, der danach strebte, Nation und Kirche in Rußland völlig seinem Willen zu unterwerfen. Das Volk hatte kein Recht, am Staatswesen teilzunehmen.[227] Der Einfluß des Zaren auf den Großherzog zeigt sich in verschiedener Weise. 1849 war es wohl nicht mehr möglich, den Oldenburgern ihre Verfassung zu verweigern. Dennoch wurde die Trennung der evangelischen Kirche, die 1849 gewährt worden war, vom Landesherrn 1853 wieder aufgehoben. Gleich dem Zaren, übernahm der Großherzog seine kirchliche Machtstellung wieder zurück. Der Einfluß des Zaren auf Paul Friedrich August zeigt sich auch darin,

226) s. *Lübbing, Oldenburg*, s. Seiten 24—25 und 45—46 für das Folgende.
227) Für die Geschichte der Russen, und vor allem der Juden unter den Zaren, s. *Leo Trepp, Das Judentum*, 1970, Hamburg, Rowohlt, S. 63; *James Parkes, A History of the Jewish People*, 1969, Penguin Books, Baltimore Md, S. 148 ff., beides Taschenbücher. Im übrigen findet sich die Geschichte in allgemeinen Werken.

daß er 1850 auf seinen Sohn Nikolaus Friedrich Peter großen Druck ausübte, den Thron Dänemarks anzunehmen, was dem Wunsche und Vorschlag des Zaren entsprach. Der Sohn, der 1853 den Thron bestieg, scheint jedoch unabhängiger gewesen zu sein und lehnte den Vorschlag ab, er blieb Großherzog von Oldenburg und wollte keine weitere Krone. Später, 1872, erließ Peter ein eigenes Hausgesetz, um seine Unabhängigkeit von dem Zarenhause zu bekräftigen.

Nikolaus I. war den Juden gegenüber außerordentlich hart; sein Sohn, Alexander II., war sowohl der Gesamtbevölkerung wie auch den Juden gegenüber um einiges milder. Großherzog August starb 1853, Zar Nikolaus I. 1855. Im Jahre 1858 erhielten die Oldenburger Juden ihr Selbstverwaltungsrecht in kirchlichen Angelegenheiten. Bedenken wir, daß ein solches Gesetz mehrere Jahre der Vorbereitung benötigt, so stimmen die Daten genau. Obgleich man die Sonderbestimmungen der Regierung den Juden gegenüber nicht ganz und einseitig dem russischen Einfluß zuschreiben darf — andere Staaten taten dasselbe — so bestehen dennoch interessante Parallelen. Nikolaus I. versuchte alles, die Juden zur Bekehrung zu zwingen. Jüdische Rekruten mußten 25 Jahre lang ohne Hoffnung auf Beförderung dienen und waren Grausamkeiten ausgesetzt. Das gab es allerdings in Oldenburg nicht. Großherzog Peter erklärte zwar — zur Zeit Alexanders I. —, daß den Juden aus dem Militärdienst keine Ansprüche auf Schutz zuständen, gewährte ihn jedoch dennoch im Einzelfalle, dem Falle Insel aus Wildeshausen. Auch konnten Juden wenigstens zum Feldwebel befördert werden. Zar Nikolaus berief einen deutschen Rabbiner, Max Lilienthal, zum Zwecke der Einrichtung jüdischer Elementarschulen. Allerdings mußte Lilienthal bald erkennen, daß es das Ziel dieser Schulen war, die Judenkinder zum Übertritt zu bewegen, worauf er so schnell wie möglich Rußland verließ. Auch in Oldenburg wurden Adler und seine Nachfolger berufen, um die Juden anzugleichen, die inneren Glaubensverhältnisse waren erst in zweiter Linie maßgebend. Der Besuch der christlichen Schulen stand Juden auch in Rußland offen, und in gleicher Weise drückte die Regierung ihre Genugtuung aus, daß mehrere Kinder in Varel die Ortsschule besuchten, was Hirsch Kummer bereitet hatte. Während die Masse der Juden ihren Wohnbezirk in Rußland nicht verlassen durfte, gab es doch einige privilegierte Juden, die selbst in der Hauptstadt sein durften. Solange die Juden in Oldenburg unter Schutz standen, war es ihnen zwar möglich, Reisen zu unternehmen, doch konnten sie sich außerhalb des Bezirkes, in dem ihnen Schutz gewährt wurde, nicht niederlassen. Andererseits berief und verpflichtete man privilegierte Juden, wie Ballin, in der Stadt Oldenburg Vormundschaften über Christen anzunehmen. Wie in Rußland wurde Juden Stimmrecht in den Ortsgemeinden gegeben, bis auf Vechta und Jever, worüber man von jüdischer Seite besondere Beschwerden einlegte.

Es würde nun zu weit gehen, alle diese Verordnungen dem Beispiele Rußlands zuzuschreiben. Andere Bundesländer taten das gleiche. Aber die Hinausschiebung der Gleichberechtigung, und damit die Beibehaltung der Ausnahmestellung, die sich unter dem Schutzverhältnis ergab, dürfte wohl mit auf dem Einfluß Rußlands beruhen.

Andererseits sah man in Oldenburg, im Gegensatz zu Rußland und anderen deutschen Ländern, den Übertritt der Juden zum Christentum weder als Bedingung noch als eventuelles Ziel an. In ihrer aufgeklärten Denkweise waren Großherzog und Regierung

damit zufrieden, daß das Judentum zu einer den Christen entsprechenden Konfession wurde und seinen Gottesdienst und seine Schulen mit Würde und nach modernen Grundregeln ausstattete.
Wir haben daher einen ganz seltsamen Gegensatz in Oldenburg: eine liberale, den Juden gewogene Regierung — und ein sehr lange bestehendes Ausnahmegesetz. Das eine entsprach dem Denken der Oldenburger, das andere der bedingten Abhängigkeit von Rußland. Oldenburg wurde zum Symbol und Ausdruck des gesamtjüdischen Schicksals. Einerseits wurden die Juden zu neuzeitlichen Bürgern und Teilnehmern an der Kultur herangebildet, andererseits blieb ihr Schicksal mit dem ihrer ostjüdischen Brüder verbunden. Zu dieser Zeit, und für ein Jahrhundert lang, wurde dieser Zustand jedoch von den deutschen Juden nicht erkannt. Sie glaubten, durch ein Abrücken vom Ostjudentum ihre eigene Lage verbessern zu können. In der Hitlerzeit wurde ihnen ihr Fehler in grausamster Weise zum Bewußtsein gebracht. Eine Erkenntnis und Auswertung der besonderen Oldenburger Situation hätte zur Vermeidung einer tiefen Spaltung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft führen können. Immer wieder stand Oldenburg in einer Schlüsselstellung des neuzeitlichen jüdischen Geschichtserlebnisses — obgleich, wie in diesem Falle, das nicht erkannt wurde.
In Rußland hatte die Regierung einen solchen Einfluß, daß selbst hebräische Bücher von ihr zensiert wurden. In Oldenburg behielt die Regierung die Oberleitung des gesamten jüdischen Kultus bis 1858. Dann änderte es sich. Ein neues Gesetz wurde verkündigt.

Das Gesetz, betreffend die Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Juden im Herzogtum Oldenburg [228]

Das Gesetz, welches am 3. Juli 1858 verkündigt wurde, blieb die Verfassung der jüdischen Landesgemeinde bis 1927 und wurde dann von einem neuen ersetzt. Es gab den Juden des Landes ihre Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, brachte Klärung und Straffung der Organisation, gab den Gemeinden eine Landesvertretung, doch war es im Grunde die Organisation, die Adler geschaffen und erbaut hatte.
Die Voraussetzungen des neuen Gesetzes hatten sich im Laufe der Jahrzehnte entwickelt, und die „Motive des Landtages zum Gesetz" faßten sie zusammen. Verfolgen wir die Entwicklung in ihren Hauptschritten, so finden wir die folgenden Entwicklungsstufen:
Das Gesetz vom 14. August 1827 (Gesetzessammlung Band 5, S. 470—80) bildete die Grundlage, durch dieses wurde das Landesrabbinat geschaffen und Adler berufen.
Das Gesetz vom 4. Februar 1848 (Gesetzessammlung Band 11, S. 537 ff.) war in gewissem Sinne eine Antwort auf Ballins Eingabe und Wechslers Bemühungen. Nebst der Regulierung der Anstellung des Landesrabbiners richtete es die Rabbinatskasse ein. Da-

228) Gesetz, Regulativ (vom 2. Februar 1859) und Motive des Landtags; s. Mannheimer, Gesetzessammlung betreffend die Juden im Herzogtum Oldenburg, 1918, Oldenburg, Landsberg; S. 6—32 ebenfalls O.S.A., Best. 134, 782.

bei wurde das Wort „Schutzgeld" abgeschafft.[229] Bisher schon waren diese Gelder für die Aufrechterhaltung des Rabbinats verwandt worden, nun wurde auch das Wort, an dem Ballin mit Recht Anstoß genommen hatte, entfernt. Die Verordnung vom 14. Februar 1851 hatte verkündigt: *„Den als Korporation anerkannten Einzelgemeinden der verschiedenen Religionsgenossenschaften wird gleichberechtigte Selbständigkeit und gegenseitige Unabhängigkeit voneinander gewährleistet ... Dasselbe gilt auch von den bereits vorhandenen, unter Aufsicht des Landrabbiners stehenden jüdischen Kirchengemeinden."* [230] Hier sehen wir allerdings, daß bisher keine Gesamtvertretung dieser Gemeinden bestand, obgleich sie in der Person des Landesrabbiners ihre Einheit fanden. (Gesetzessammlung Band 12, Seite 543.) Das Korporationsrecht bestand daher für die Einzelgemeinden und gewissermaßen durch die Rabbinatskasse und den Landesrabbiner für die Gesamtgemeinde, doch war die Lage nicht ausdrücklich festgelegt. Durch das Gesetz vom 3. April 1855 war die Möglichkeit eines jüdischen Elementarschulwesens zwar in Aussicht genommen, doch waren die jüdischen Verhältnisse dazu nicht günstig. Die Gemeinden waren so klein, daß sie sich wohl kaum eigene Schulen erlauben konnten. Die Kinder hatten daher in die christlichen zu gehen, woraus späterhin Probleme entstehen sollten.

Vor allem war das Staatsgrundgesetz von bestimmender Bedeutung und wurde demgemäß in den „Motiven" erwähnt. Artikel 31, Paragraph 1 bestimmte: *Vor dem Gesetze sind alle gleich. Geburts- und Standesvorrechte finden nicht statt.* Paragraph 2 erklärte: *Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigte, unter Erfüllung der von dem Gesetze festgestellten Bedingungen, gleich zugänglich.*

Für die jüdischen Menschen waren Artikel 33, Paragraphen 1 und 2, und Artikel 78, Paragraph 1, ausschlaggebend.

Darin finden wir:

33;1: Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen, sowie der staats- und gemeindebürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt.

33;2: In den staats- und gemeindebürgerlichen Pflichten begründet dasselbe keinen Unterschied und darf es solchen Pflichten keinen Abbruch tun.

Die bürgerliche Gleichberechtigung war mit einem Schlag vollkommen erreicht worden. Hierin lag der vollkommene Sieg der Bemühungen Ballins und Wechslers.[231]

78;1: Jede Religionsgenossenschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, unbeschadet der Rechte des Staates.

Das war genau das, was Wechsler vorgeschlagen hatte. Hierauf beruhte das Jüdische Gemeindegesetz. Die „Motive" erklären daher:

„So sehr man nun auch beflissen sein mag, den Art. 78, Paragraph 1, des Staatsgrund-

---

229) s. Mannheimer, a. a. O., S. 52: Wir, Paul ... tun kund ..., daß wir beschlossen haben, die von Staatsangehörigen jüdischen Glaubens bisher unter dem Namen Schutzgeld ... zum Gehalt des Landrabbiners entrichteten Abgaben aufzuheben und in eine Vermögens- und Einkommen-Steuer eintreten zu lassen.

230) Mannheimer, a. a. O., S. 4.

231) Mannheimer, a. a. O., S. 1.

gesetzes auf die Juden zur Wahrheit werden zu lassen, so scheint doch zur Zeit mit Recht von den Juden erwartet werden zu können — und wird dies auch wirklich erwartet —, daß der Staat, welcher die Judenschaft im Ganzen und in den einzelnen Gemeinden als Genossenschaft anerkennt, ihren Korporationen aber dabei durchaus keine Organisation gegeben hat, ihnen zunächst auf dem allein zulässigen und auch nur zweckmäßigen Wege der Gesetzgebung durch eine geeignete Organisation die Möglichkeit gebe, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten."

So ganz selbstverständlich, wie das hier klingt, war das allerdings gar nicht. Der Staat hätte nämlich auch sagen können: „Bisher waren die Juden unter Schutz, sie waren keine Vollbürger, daher mußte der Staat ihre Institutionen überwachen, da dieselben ja das Instrument der Angleichung waren und die Juden zum Bürger formen sollten. Jetzt, wo das geschehen ist, hat der Staat in dem jüdischen Kultus kein Interesse mehr, zumal mit der weiteren Oberaufsicht des Staates auch staatliche Beiträge zum Kultus verbunden sind." Damit wäre die Organisation der Juden zerbrochen, das Landesrabbinat hätte sich bei der geringen Zahl der Juden ohne Steuerrecht nicht erhalten können. Dürfen wir in dieser Gesetzgebung den Einfluß Wechslers sehen? Das Gesetz macht klar, daß der Rat des Landesrabbiners gesucht und gegeben worden war. Wechsler war also der Mann, der die Staatsbeteiligung „auch wirklich erwartete". Damit garantierte dieser das Überleben der Landesgemeinde. Allerdings gab es in anderen Staaten gleiche Gesetze, doch hätte das freisinnige Oldenburg, gerade im Sinne der Freiheit, sich vollkommen zurückziehen können. Aber Wechsler setzte sich durch.

Das Gesetz (Art. 1) bestimmte die Grenzen der einzelnen Gemeinden, so daß jeder Jude seinem Wohnsitz nach einer bestimmten Gemeinde zugehörig war. Neun Synagogengemeinden wurden errichtet: 1. Oldenburg, für den Kreis Oldenburg; 2. Varel für den Kreis Neuenburg; 3. Ovelgönne für den Kreis Ovelgönne; 4. Jever für den Kreis Jever; 5. Vechta für den Kreis Vechta; 6. Cloppenburg für den Kreis Cloppenburg; 7. Delmenhorst für die Ämter Delmenhorst und Ganderkesee; 8. Berne für das Amt Berne; 9. Wildeshausen für das Amt Wildeshausen. Eventuell kam dann noch eine zehnte Gemeinde hinzu: Rüstringen für das Amt Rüstringen.

Der Wohnsitz innerhalb des Bezirkes bestimmte die Synagogenzugehörigkeit. Neue Gemeinden konnten mit Zustimmung des Landesgemeinderats und der Regierung gebildet werden. Die Gesamtheit dieser Synagogengemeinden bildete die *Jüdische Landesgemeinde,* wie im Artikel 2 festgelegt wurde.

Artikel 3 und 4 bestimmen, daß jede Synagogengemeinde einen Synagogengemeinderat erwählen mußte. Dieser Rat war so klein wie möglich zu halten. Er bestand aus einem Vorsteher und zwei Beisitzern, die in der gleichen Weise gewählt wurden, wie die Gemeindevertreter der bürgerlichen Gemeinden. Auch die Wahlberechtigung folgte diesen Gesetzen.

Der Synagogengemeinderat hatte für „Zucht und Ordnung beim Gottesdienste und in der jüdischen Schule" zu sorgen, das Gemeindevermögen zu wahren und zu verwalten, durfte aber Anleihen oder Angriffe an Kapitalvermögen nur mit Zustimmung der Regierung unternehmen. Ferner oblag dem Synagogengemeinderat die Anstellung des Vorsängers, der auch Religionslehrer war; allerdings bedurfte es dazu der Zustimmung des

Landesrabbiners, „da dieser der Geistliche der Judenschaft ist, und sonst Subjekte angestellt werden könnten, die für den Gottesdienst und den Religionsunterricht, welche eben der Landesrabbiner zu überwachen hat, nicht qualifiziert wären."

Artikel 5 brachte etwas Neues, eine Straffung der Landesgemeinde durch Schaffung eines Landesgemeinderats. Dieser bestand aus dem Landesrabbiner als Vorsitzendem und den sämtlichen Vorstehern der Gemeinden. Sein Wirkungskreis bestand erstens in der Wahl und Präsentation des vom Großherzog zu ernennenden Landesrabbiners. Falls der Großherzog den vorgeschlagenen Kandidaten ablehnte, mußte ein anderer gewählt und vorgeschlagen werden. Ferner oblagen ihm die allgemeinen Anordnungen über den jüdischen Kultus und die Festsetzung des Normaletats für den Landesrabbiner und die Synagogengemeindediener, vor allem ihre feste Anstellung. Der Landesgemeinderat war die Berufungsinstanz für Beschwerden gegen Synagogengemeinderäte. Allerdings wurde beschlossen, daß das Gehalt des Rabbiners der Zustimmung der Regierung bedürfe und bis zu einer Sicherstellung dieses Gehaltes das Kassenwesen bei der Regierung bliebe.

Zur Beschlußfassung des Landesgemeinderats waren alle Mitglieder einzuladen, zwei Drittel mußten anwesend sein. Es entschied die einfache Mehrheit.

Durch diesen Beschluß war nun dem Landesrabbiner absolute Unabhängigkeit zugesichert. Er war der Vorsitzende der Landesgemeinde und war nur der Regierung zur Rechenschaft verpflichtet. Die Landesgemeinde konnte ihm weder eine Gehaltsaufbesserung verweigern noch sein Gehalt reduzieren — selbst, wenn man mit seiner Amtsführung nicht zufrieden war.

Artikel 6 bestärkte diese Prinzipien. Der Landesrabbiner, der vom Großherzog ernannt wurde, mußte dann von der Regierung „als seiner vorgesetzten Dienstbehörde" verpflichtet werden. *„Hinsichtlich der ihm zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten kommen die Bestimmungen des Zivilstaatsdienergesetzes zur Anwendung."* In Vakanzfällen übernahm der Vorsteher der Gemeinde Oldenburg den Vorsitz, soweit es sich nicht um religiöse Funktionen handelte. In den Motiven wurde dann noch ausgeführt: *„Der Rabbiner muß einen öffentlichen Charakter haben, ist Zivilstandesbeamter für die Juden, Schulbeamter des Staats (für die) Juden und muß daher in einer Staatsbehörde seine vorgesetzte Dienstbehörde haben; er muß vom Großherzog ernannt und überhaupt nach dem Staatsdienergesetz beurteilt werden, wenn er auch daneben Priester an der Synagoge zu Oldenburg und der Vorstand der jüdischen Landesvertretung ist . . ."* Wechsler hatte es erreicht, dem Landesrabbiner eine beinahe absolute Machtstellung zu erwirken, was sich im Laufe der Jahre als ein Segen auswirken sollte. Dennoch hatte er nur die Organisation Adlers — bis auf den neugeschaffenen Landesgemeinderat — zur gesetzlich begründeten Institution gemacht.

Artikel 7 erklärte, daß „der Regierung zur Wahrung der Rechte des Staats die Oberaufsicht über das gesamte jüdische Kultuswesen" zustehe, um die Rechte des Staates zu wahren. Hier wird die Motivierung von großer Bedeutung: *„Die Regierung soll nicht wie bisher eine eigentliche* Oberleitung *der jüdischen Angelegenheiten haben, denn ihre Angelegenheiten sollen die Juden selbst verwalten, sondern nur eine* Oberaufsicht,

damit die Rechte des Staates, welche auch der Artikel 78, Paragraph 1, des Staatsgrundgesetzes vorbehält, gewahrt werden."

Gerade das hatte ja Wechsler schon in seiner Rede vom Jahre 1850 erstrebt. Der Staat sah nun darauf, daß die Nichtreligiösen doch zu Gemeindelasten verpflichtet wurden, darüber hinaus erklärte er sein Interesse an der jüdischen Landesgemeinde.

Artikel 8 bestimmte die Aufbringung der Gelder, die durch Steuern erhoben werden sollten; auch hier behielt die Regierung ihre bisherigen Befugnisse im Zusammenhang mit dem Gehalt und der Pension des Landesrabbiners bis auf weiteres, so daß dessen Einkünfte gesichert blieben. Die Erhebung der Beiträge erfolgte durch die Ämter.

Die Artikel 9 bis 12 befaßten sich mit dem jüdischen Schulwesen. Eine jüdische Schulacht konnte wohl auf Antrag vom Staatsministerium gebildet werden, doch glaubte man, daß die geringe Zahl der Kinder dies wohl in der Regel nicht ermöglichen würde. In den meisten Fällen wären daher die Kinder in die christliche Ortsschule zu schicken und die Eltern zu allen Schullasten verpflichtet. Die Kinder der Juden würden dann den christlichen Religionsunterricht nicht zu besuchen haben, jedoch war es Aufgabe der Synagogengemeinderäte und des Landesrabbiners, für einen jüdischen Religionsunterricht zu sorgen.

Im Falle einer öffentlichen Schule für Juden unterlag die Leitung und die Anstellung der Lehrer dem Evangelischen Oberschulkollegium mit Hinzuziehung des Landesrabbiners. Doch konnten jüdische Gemeinden auch private jüdische Schulen errichten, wobei diese dann unter der Aufsicht des Landesrabbiners standen. Der Vorsänger konnte dann vom Synagogengemeinderat bei seiner Anstellung zur Erteilung des Elementarunterrichts verpflichtet werden, jedoch mußten die zuzüglichen Kosten dieses Unterrichts, der über die normale Funktion des Lehrers und Vorsängers hinausging, von den Eltern getragen werden.

In späteren Jahren erkannten die Juden, daß sie in den Orten, in denen keine Schulacht bestand und sie keine Privatschule hatten, doppelt zum Religionsunterricht beitrugen. Indem sie zur Gesamtschule in vollem Maße beizutragen hatten, waren sie durch den Staat verpflichtet, auch für den christlichen Religionsunterricht ihren Teil beizutragen, da derselbe ja ein Teil des Lehrplans war. Gleichzeitig waren sie verpflichtet, durch ihre jüdischen Gemeindesteuern für die Erhaltung des jüdischen Religionsunterrichts zu sorgen. Hatten sie Privatschulen, so waren sie gezwungen, die öffentliche Schule dennoch mit zu unterhalten, da nur diejenigen Gemeinden vom Schulbeitrag entbunden waren, die eine öffentliche Schulacht hatten. Eine Eingabe des jüdischen Landesgemeinderats um Erlassung der Doppelbesteuerung führte 1910 zu einer hitzigen Debatte im Landtag, über die noch zu reden sein wird.

Das Regulativ zum Gesetze von 1859 bedarf keiner eingehenden Schilderung, da es sich lediglich mit den praktischen Fragen beschäftigte und dem allgemeinen Gesetze folgte. Es behandelte die Wahlberechtigung und die Prozedur der Wahl durch Stimmzettel, erklärte die Annahme eines Amtes zur Pflicht und legte denjenigen Strafen auf, die die Wahl ablehnten. Es bestimmte die Geschäftsordnung der Synagogengemeinderäte im einzelnen und erklärte jeden Synagogengemeinderat berufen, im Interesse der Gesamtgemeinde zu handeln. Doch wurde in Fällen, die keine Verzögerung erlaubten,

dem Vorsteher das Recht zu Entscheidung und Verfügung zuerkannt. Rechnungsführer und Gemeindediener waren vom Synagogengemeinderat anzustellen. Der Etat war dem Landesrabbiner vorzulegen, und zwar vor dem 1. Mai jeden Jahres, dem Beginn des Rechnungsjahres. Im ganzen wurden vor allem die Kassen einer genauen Überwachung und Prüfung unterstellt, was auch den Bestimmungen aller anderen öffentlichen Institutionen entsprach. Beschwerden konnten an den Landesgemeinderat gerichtet werden. Der Landesgemeinderat mußte mindestens einmal im Jahre tagen. Die Einberufung geschah durch den Landesrabbiner als Vorsitzendem. Drei Mitglieder oder der Vorsitzende konnten eine Sondersitzung fordern. Der Landesgemeinderat sollte in der Regel in Oldenburg tagen. Dreiviertel der Mitglieder mußten anwesend sein, unentschuldigte Abwesenheit zog Strafen nach sich. Die Verhandlungen waren öffentlich. Es war ein Protokoll zu führen, wie übrigens auch in den Sitzungen der Synagogengemeinderäte. Diese Protokolle geben uns vielfach wertvolle Auskunft über die Probleme der Gemeinden.

Die Judengemeinschaft war zu einer straffen, wohlorganisierten Körperschaft geworden. Im großen und ganzen war sie unabhängig, konnte jedoch vom Staate Stütze erwarten. Die Stellung des Landesrabbiners entsprach der des evangelischen Generalsuperintendenten. Er wurde hoffähig, und man hat erzählt, daß der jeweilige Großherzog mit einigen eng persönlich befreundet war. Das war nur in einem Kleinstaate wie Oldenburg möglich, aber auch nur dort, weil man in Oldenburg liberal dachte. Es war aber auch darum möglich, weil Oldenburg Männer als Landesrabbiner hatte, mit denen man „Staat machen konnte", und unter ihnen war wohl Wechsler vom Standpunkte gesellschaftlicher Gewandtheit der führende. Auch hatte man in Oldenburg jüdische Bürger, auf die man stolz sein konnte. Die ganze Konstellation war ausnahmsweise günstig.

Die exponierte Stellung verlangte jedoch ebenfalls, daß der Landesrabbiner „fehlerfrei" war. Und dennoch waren es auch nur Menschen, die, wie alle, mit Fehlern behaftet waren. Daraus sollten dann Schwierigkeiten entstehen — nicht für Wechsler, aber für einige seiner Nachfolger.

Wie fortschrittlich war Oldenburg?

In den Jahren 1827 bis 1859 wurde Oldenburgs Judenschaft völlig gleichberechtigt, sowohl im bürgerlichen Recht wie auch der Synagogenverfassung. Es hatte Kämpfe gekostet, es hatte lange gedauert. Im Vergleich zu anderen Staaten ging es jedoch ziemlich reibungslos. Im Jahre 1823 erließ Preußen ein Gesetz, wonach keinerlei Neuerung im Gottesdienste der Juden unternommen werden durfte. Leopold Zunz mußte nachweisen, daß die Predigt jüdischen Ursprungs war, sonst hätte man sie als Nachahmung der Protestanten nicht erlaubt. Man wollte die andersartige Stellung der Juden damit sichtbarmachen — sie waren Außenseiter. Ballins Bemerkungen, daß andere deutsche Staaten den Juden Gleichberechtigung gegeben hätten, stimmte zwar dem Prinzip nach, doch entsprach sie nicht der Wirklichkeit. Die Hamburger Bürgerschaft erhielt erst 1859 ihr erstes, gewähltes Parlament.[232] Während wir auf den erhaltenen Bildern der Rabbiner

232) Erich Lüth, Gabriel Riesser, 1963, Hamburg, S. 47.

Adler und Hirsch dieselben in ein Ornat gekleidet sehen, hatte Abraham Geiger noch in den Jahren nach 1838 in Breslau mit der Regierung zu kämpfen, die ihm diese Amtstracht verbieten wollte, und er mußte sehr aufpassen, daß sein Ornat im Schnitt von dem der christlichen Geistlichen verschieden war. Geiger hätte seine Probepredigt in Breslau nicht halten können, wäre das Verbot der Regierung zur rechten Zeit im Jahr 1838 eingetroffen.[233] In Preußen, Bayern und anderen Ländern waren die Juden schweren Ausnahmegesetzen unterworfen. In diesen Staaten nahmen die Landesherren wohl keine Rücksicht auf den Einfluß der Zaren, sie waren selbst Gegner der Judenemanzipation. Beklagen wir die Verzögerung des Fortschritts in Oldenburg, so geschieht es, weil hier sonst besonders fortschrittliche Verhältnisse gegeben waren. Denn man bemühte sich ernsthaft, die Juden so schnell wie möglich der Neuzeit anzupassen. Adler und Hirsch wären für Preußen zur Zeit ihres Oldenburger Wirkens zu modern gewesen, selbst Hirsch; und gerade er war der Regierung zu orthodox. Die Diskrepanz, die wir bemerkten und die wir auf russischen Einfluß zurückführten, bestand eben nur in Oldenburg. Man war freisinnig, vom Großherzog an, Juden und Christen standen vielfach in engem Verhältnis — darum erscheint uns die langsame Entwicklung als rückständig. Gewiß gab es Staaten in Deutschland, in denen den Juden schon früher volle Gleichberechtigung gegeben war. Doch gerade in den größten, wie Preußen und Bayern, wären die Juden dankbar gewesen, wenn ihre Verhältnisse 1859 denen Oldenburgs 1827 entsprochen hätten.

Der grundlegende Unterschied lag im Prinzip. In Preußen erhoffte man, daß die Ausnahmestellung der Juden eventuell zu einem weitgehenden Übertritt zum Christentum führen möge, daher sollte auch der Gottesdienst so fremdartig wie möglich bleiben. In anderen Staaten hoffte man, daß die Reform die Juden allmählich vielleicht des Judentums entwöhnen und damit als Zwischenstufe ebenfalls zum Christentum führen könnte. In Oldenburg war man ehrlich. Man war zu liberal, zu verlangen, daß alle unter einen Hut gebracht werden müßten. Geschichtliche Entwicklung hatte zudem die religiöse Einheit der Christen im Lande gespalten. Der Norden war protestantisch, der Süden katholisch; beiden wurde man gerecht, und so wurde man auch den Juden gerecht. Sie sollten und mußten modernisiert werden — aber man erwartete keinen Übertritt.

Was uns als zu langsamer Fortschritt erscheint, galt nur für Oldenburg; im Grunde war man den übrigen deutschen Staaten voraus. Darauf kann Oldenburg stolz sein.

Wechsler als Theologe

Im Vergleich zu Adlers und Hirschs wissenschaftlichen Werken, und zu des letzteren theologischen Ideen, verblaßt Wechsler vollkommen. Ihm fehlte nicht nur Ausbildung, sondern auch das Temperament zu konzentrierter wissenschaftlicher Forschung, er fand größere Befriedigung im Umgang mit Menschen allen Glaubens. Doch war er zweifellos belesen. Sein Leben hindurch blieb er ein enger Freund und Berater Abraham Geigers.[234] Seine eigenen Ideen spiegeln die des drei Jahre jüngeren Geigers, der dennoch sein

233) Max Wiener, Abraham Geiger, 1962, Philadelphia, Jewish Publication Society of America; S. 18 ff.
234) Wiener a. a. O., S. 303 (Note).

Lehrer war und ihm auch die rabbinische Amtsautorität erteilt hatte. Geiger wurde nun durch die Opposition, die er vor allem in Breslau als Rabbiner fand, immer mehr zu Neuerungen gedrängt; Wechsler hatte keine Opposition in Oldenburg und wußte auch, daß es dem Anliegen der Regierung entsprach, den Liberalen wie den Orthodoxen gerecht zu werden. Seine Antrittsrede stand daher unter dem Motto *Verständigung*. So war er in der Lage, auch auf den Rabbinerkonferenzen als Mann der radikalen Theorie, aber in der Praxis der Vertreter der Mitte, zwischen den von Natur aus Radikalen, dem durch Erlebnisse radikaler gewordenen Geiger und der Tradition zu stehen. In dieser Position wurde er oft auf den Rabbinerkonferenzen gehört.
Es ist nicht nötig, daß wir alle seine Äußerungen behandeln. Einige Beispiele dürften genügen, um sein Wesen und den Einfluß des Oldenburger Erlebnisses zu erklären.

In Verteidigung wissenschaftlicher Forschung und Geigers [235]

Als Geiger 1838 von einem fortschrittlichen Element der Gemeinde zum Rabbiner in Breslau gewählt wurde, um mit dem fungierenden orthodoxen Rabbiner Tiktin gemeinsam das Rabinat zu verwalten, stieß er auf heftige Opposition. Erst 1840 wurde Geiger bestätigt. Die deutsche Predigt als solche wurde angegriffen. Außerdem wurde Geiger bekämpft, da er die Tradition auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse zu ändern suche und damit das Gesamtgebäude des Judentums zum Abbruch bringe. Andere Rabbiner auf beiden Seiten schalteten sich in den Konflikt ein, darunter auch Wechsler, der als Landesrabbiner von Oldenburg im ersten Jahre seiner Amtsführung in der Residenzstadt ganz den Geist der oldenburgischen Verhältnisse vermittelte. Er erklärte, daß jüdische Theologie nicht nur mit der Wissenschaft *vereinbar* sei, sondern darüber hinaus akademische Untersuchungen geradezu *verlange*. Wie käme man sonst aus dem Wirrwarr angehäufter Ideen überhaupt heraus? Theologie kann sich nicht hermetisch von Forschung abschließen und dem Denker, statt mit vernünftigen Argumenten, nur mit Exkommunikation antworten. Dann würde das Judentum ja gerade aus dem Lande des Geistes in die Wüste eines gedankenlosen Formalismus vertrieben. Gerade der Ruf zu einer geistlichen und intellektuellen Erfassung des Judentums lag ja dem Werke Moses und der Propheten zugrunde. Es sei daher im Interesse des Judentums, daß auch heute begabte Theologen die wissenschaftlichen Grundlagen des Glaubens zu erforschen suchten, selbst wenn das zur Erkenntnis führte, daß sich im Talmud sowohl Lücken wie Fehler finden.
Und was sind denn die Ergebnisse solcher Forschung bis jetzt? Nicht ein einziges Grundprinzip des Judentums ist bisher in Frage gestellt worden. Nicht die Tradition, sondern Einzelpunkte des Talmuds wurden angegriffen.
Jeder, der etwas von Geschichte und dem Laufe der menschlichen Entwicklung verstehe, müßte doch zustimmen, daß Korruption unumgänglich sei und sollte daher der Religionswissenschaft für Klarstellung dankbar sein. Auch dabei könnten nun auch Irrtümer

235) W. Gunther Plaut, The Rise of Reform Judaism, 1963, The World Union for Progressive Judaism, New York; S. 64—65.

vorkommen, aber dieselben könnten ja dann im Gegenargument und in Debatte aufgezeigt werden.
Wechsler vertritt hier die gleichen Ideen, die er in seiner Antrittspredigt zum Ausdruck brachte und die Joseph Mendelssohn in ihm als so wertvoll schilderte. Verständnis auf allen Seiten war notwendig. Die wissenschaftliche Erforschung des Judentums war unumgänglich, doch hielt Wechsler die Grundlehren des Judentums für unvergänglich. Das entsprach der ausgeglichenen Oldenburger Art. Das Judentum mußte zwar modernisiert werden, doch hieß es dabei, leben und leben lassen. Wechsler war in der Praxis übrigens gar nicht so weit von Hirsch entfernt, jedenfalls dem Hirsch der Oldenburger Zeit. Obgleich Hirsch „Wissenschaft" anders definierte, so glaubte auch er an das Leben-und-leben-lassen während seiner Oldenburger Zeit, denn damals sagte er, er habe keine Widerstände gegen die Reformierungsversuche *einzelner* Rabbiner, setzte sich nur einer Versteinerung des Glaubens und der Praxis durch Synodalentschlüsse entgegen. War das der Geist, der Oldenburg durchzog? Es ist das durchaus möglich; in Breslau fanden die *Orthodoxen* die Unterstützung der Regierung, in Oldenburg der *Fortschritt* im Rahmen einer der Gesamtheit annehmbaren Entwicklung. Hirsch selbst wurde starr und antagonistisch jeden nicht-orthodoxen Bestrebungen gegenüber, aber das war nach seiner Oldenburger Zeit. Hirsch weigerte sich daher, an den Rabbinerkonferenzen teilzunehmen. Wechsler stand im Mittelpunkt der Beratungen. Diese Konferenzen verzettelten sich allerdings sehr bald. Man debattierte über Kleinigkeiten im Gebot und Kultus. Aber indirekt, in der Begründung der Änderungsvorschläge, zeigt sich dennoch Wechslers Theologie.

Von der Sabbatfeier und vom Werkverbot [236]

Gleich den Orthodoxen waren die Liberalen zutiefst überzeugt, daß der Sabbat eine grundlegende Institution des Judentums ist und daß seine Bewahrung zum Überleben des Judentums unumgänglich ist. Die Frage, die sich ihnen aufdrängte, bezog sich auf das Werkverbot. Nach dem Traditionsgesetze ist jegliche Arbeit, selbst das Zünden von Feuer und Licht, am Sabbat verboten. Für Juden, die im Gewerbe oder Staatsdienst tätig waren, ergaben sich daraus schwere Probleme. Die Orthodoxie hielt und hält daran fest, daß ein Jude ein Gewerbe oder einen Beruf, der Arbeit am Sabbat fordert, einfach nicht suchen darf. Die Reformierten hielten das schon aus praktischer Lebenserfahrung für untragbar. Sie wußten, daß die Mehrzahl ihrer Gemeindemitglieder am Sabbat arbeiteten; sie waren außerdem daran interessiert, daß Juden sowohl in den höheren Berufen wie im Staatsdienst vertreten sein sollten. Nur so konnte man eine Normalisierung der jüdischen Gemeinschaft erwarten. Man mußte daher Wege finden, Arbeit am Sabbat zu sanktionieren, ohne die Einrichtung des Sabbats selbst zu zerstören.
Die radikalste Meinung wurde von Samuel Holdheim geäußert, der erklärte, daß der Sabbat lediglich zur Heiligung des Lebens diene und daß das Arbeitsverbot nur ein

---

236) Plaut a. a. O., S. 185—188.

Mittel zum Zweck gewesen sei. Daraus ergab sich, daß alle Verbote aufzuheben seien oder ihre Befolgung dem Gewissen des einzelnen anheimgestellt werden solle. Die Konsequenz, die Holdheim davon zog, war die, daß es vielleicht gar nicht nötig sei, den Sabbat als Tag der Lebensheiligung am Samstag weiterhin zu begehen, falls dies Schwierigkeiten mache. Es sei ja gleich, wann ein solcher Tag gefeiert werde. Daher war Holdheim mit einer Verlegung der Feier auf den Sonntag völlig einverstanden, wurde Rabbiner einer kleinen, aber wohlhabenden Gemeinde in Berlin, die als einzige die Sabbatfeier auf den Sonntag verlegte. Diese Einrichtung fand dann in Amerika mehr Nachfolge, wurde aber im Laufe der Zeit wieder abgeschafft, da sich die Majorität der Juden, selbst der Liberalen, gegen diese Verschiebung energisch sträubte.[236a]

Wechsler nahm eine pragmatische Mittelstellung ein, was charakteristisch für ihn ist. Seine Ausführungen auf der Breslauer Rabbinerkonferenz von 1846 geben uns gleichzeitig ein Bild der Denkweise der Oldenburger Juden.

Er weist erstens einmal darauf hin, daß seine Ausführungen nicht theoretisch seien, sondern auf dem Gegenwartsleben und seinen Problemen beruhten. Diese Fragen der Zeit verlangten kühnes und unabhängiges Antworten, zumal die Schrift uns nur ganz wenig Hilfe gäbe. Die Probleme, die sich dem Kaufmann böten, der seinen Lebensunterhalt in Frage gestellt sieht, die des Staatsbeamten usw., bestanden in biblischer und talmudischer Zeit überhaupt nicht.

Man muß daher einen Unterschied machen zwischen einem Berufe, der nicht von uns gewählt worden ist, sondern aus den Bedingungen des zeitgenössischen Lebens uns aufgedrängt worden ist, und einem von uns freiwillig gewählten Berufe. Zum ersteren gehören Militärdienst, Berufung zum Staatsdienst usw. In diesem Falle gäbe es keinen

---

236a) Die Frage der Verlegung der Sabbatfeier auf den Sonntag ist für Geiger von grundlegender Bedeutung.
Geiger vertritt das Prinzip, daß das messianische Ideal des Judentums nicht in der Wiederherstellung des jüdischen Staates unter einem Nachkommen Davids verwirklicht werde. Es ist nicht „Absonderung von den Völkern, sondern die Vereinigung aller Menschen als Gotteskinder im Bekenntnis zur Einig-Einzigkeit Gottes, zur Einheit aller Vernunftwesen und deren Berufung zur sittlichen Heiligung". Daher sieht er den Untergang des jüdischen Staates nicht als Strafe für Israels Sündhaftigkeit an, „sondern als eine Folge, der sich in der Verheißung an Abraham und immermehr im Laufe der Weltgeschichte kundgebenden göttlichen Absicht, die Mitglieder des jüdischen Stammes zur Lösung ihrer hohen Priesteraufgabe, die Nationen zur wahren Erkenntnis und Verehrung Gottes zu leiten, nach allen Teilen der Erde zu senden".
„Die Auserwähltheit Israels zum Religionsvolke, zum Träger der höchsten Idee der Menschheit, ist nach wie vor scharf zu betonen und eben darum unter gleich scharfer Betonung seiner weltumschließenden Mission und der gleichen Liebe Gottes gegen alle seine Kinder zu erwähnen . . ."
Die Frage, ob Samstag oder Sonntag (als Sabbatfeier), ist die Frage, ob dem Christentume die Beherrschung aller Lebensverhältnisse als eine berechtigte zuerkannt werden soll. Wohl mögen wir erklären, daß alle jene kleinlichen Bestimmungen, welche dem Sabbat das starre, puritanische Gepräge aufdrücken, an ihm jeden notwendigen Lebensverkehr unterbrechen wollen, für uns ungültig sind. . . . Allein eine Verlegung des Sabbats auf den Sonntag ist die Unterwerfung unter das Christentum, die Anerkennung von der Berechtigung seiner allgemeinen Herrschaft. Und diese Anerkennung muß das Judentum um so mehr versagen, je mehr es seiner umfassenden Mission inne wird, . . . und je mehr es seinem messianischen Ziele sich anzunähern selbständig arbeitet . . . Der Konflikt, ob Samstag, ob Sonntag, ist daher die Frage: darf das Christentum allen Bewohnern seine Feiertage auferlegen, oder hat das Judentum das Recht, die seinigen gleichmäßig zur Geltung zu bringen? Und hier kann, hier darf es keine Nachgiebigkeit geben."
(Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben; 8. Jahrgang, Breslau 1870; S. 7—8 und S. 23.)
Dies entspricht ganz der Auffassung Wechslers. Im übrigen läßt sich aus den ersten Äußerungen Geigers, vor allem die Idee der Priesteraufgabe, ersehen, wie gleichartig die Ideen Geigers und Hirschs in vielen Punkten waren.

Zweifel, daß die Aufgaben des Berufes und des Amtes in jeder Weise zu erfüllen seien, selbst wenn das Sabbatarbeit erfordere.

Schwieriger ist eine Entscheidung in den Fällen, in denen der einzelne seinen Beruf frei erwählt. Sollte er solche wie die des Arztes und des Beamten ausschlagen? Hieße das aber nicht, daß der Jude die Möglichkeit besserer Erziehung und gesellschaftlichen Fortkommens aufzugeben habe und damit die Gemeinschaft ihr Niveau nie erhöhe? Das könne die Religion zweifellos nicht fordern. Außerdem finden wir ja auch in jüdischer Geschichte, vor allem zur Zeit Spaniens unter den Mauren, daß Juden — sogar Rabbis — Ärzte und Staatsbeamte waren, was sicherlich zur Arbeit am Samstag, dem Sabbat, führte. So kann man daher sagen, daß auch im zweiten Fall, dem freiwillig gewählten Berufe, der Jude einem höheren Anspruch gerecht werden müsse, dem der Zeit und der Gesellschaft.

Was den Kaufmann oder Handwerker anbetrifft, so erklärte der Schulchan Aruch[237] selbst, daß man, wenn nötig, in besonderen Fällen einen Nichtjuden mit der Ausführung der Geschäfte beauftragen dürfe. (Wechslers Auslegung ist liberal.)

Man solle daher erklären, der Jude solle soweit wie möglich sich jeder Arbeit am Sabbat entziehen, doch dürfe er, falls nötig, einen Nichtjuden mit der Arbeit und dem Geschäfte betreuen. Der Sinn des Sabbats sei doch, daß der Jude an ihm sowohl körperliche wie auch seelische Ruhe finde, aber das könne er nicht, wenn er sich dauernd während dieses Tages Sorgen um seinen Lebensunterhalt machen müsse, der eben durch die völlige Arbeitsenthaltung gefährdet sei. Deswegen dürfte man ebenfalls erklären, daß dann, wenn der gesamte Lebensunterhalt gefährdet sei, falls der Jude nicht auch *selbst* am Sabbat arbeite, eine solche Arbeit erlaubt sei.

Den Einwand, daß eine Versuchung für den Juden bestehe, auch ohne absolute Notwendigkeit selbst am Sabbat zu arbeiten, könne man zurückweisen. Diese Versuchung bestehe, selbst wenn er am Sabbat gar nicht arbeiten dürfe, und bestände nicht mehr, wenn er einen nichtjüdischen Teilhaber mit den Geschäften betraute. Um seinen Ausführungen eine Traditions- und Gesetzesgrundlage zu geben, erwähnt Wechsler, daß die Schrift und Tradition Arbeit am Sabbat sogar fordere, und zwar im Falle von „pikuach nefesch", Lebensgefahr. Allerdings spricht der Talmud dabei nur von dem unmittelbar notwendigen Werk, das der Lebensrettung dient. Wechsler erweitert das, indem er Lebensgefahr als Gefahr des Lebenserhaltes interpretiert, so daß er dann schließen kann:

Völliges Werkverbot am Sabbat ist im Prinzip anzuerkennen; höhere Verpflichtungen, Staatsdienst, Militärdienst, ärztliche Aufgaben, die nicht verschoben werden können, nehmen jedoch den Vorrang ein; jedoch soll der Jude den Sabbat halten, soweit er kann.

Die Pflicht, sich bei einer Lebens(unterhalts-)*gefahr jeglicher Arbeit zu unterziehen, macht es dem Juden zur Aufgabe, seinen Lebensunterhalt auch dann zu suchen, wenn es ohne Sabbatarbeit nicht geht.*

In solchen Beschäftigungen, in denen Arbeitseinstellung am Sabbat nicht möglich ist, soll

---

237) Die Autorative Gesetzessammlung, die für die Orthodoxie bindend ist.

versucht werden, diese Tätigkeit durch Nichtjuden vollziehen zu lassen. Ist es eine Frage des Lebensunterhaltes, ist die gesamte Existenz des Juden auch dann in Gefahr, wenn er die Arbeit einem anderen überträgt, so ist es ihm erlaubt, selbst zu arbeiten.
Wechslers Vorschläge, deren Verbindung mit dem Traditionsgesetz nur ganz oberflächlich ist und die sich mehr auf die praktische Lage stützen, spiegeln die Oldenburger Verhältnisse.
Joseph Mendelssohn berichtete, daß nur ganz wenige Wechslers Sabbatgottesdienst in der Regel besuchten. Sie waren eben geschäftlich tätig, wobei dahingestellt werden kann, ob ihre ganze Existenz dabei auf dem Spiele stand. Juden wurden zum Militärdienst eingezogen, und im freisinnigen Oldenburg konnte man hoffen, daß sie auch bald im Staatsdienst tätig sein dürften, war doch z. B. Salomon Mendelssohn schon jetzt Turnlehrer an den öffentlichen Schulen geworden.
In seinen Vorschlägen über Arbeit durch Nichtjuden spiegelt sich einmal die Manufaktur, denn Oldenburg hatte Bürstenfabriken, Lichtfabrikanten, in Jever war eine Fabrik, die Seile machte. Den nichtjüdischen Arbeitern konnte ihr Gehalt ja nicht entzogen werden, denn sie hätten ja zwei Tage aussetzen müssen. Gleichzeitig waren diese Geschäfte wohl kaum groß genug, um während einer fünftägigen Woche genug zu produzieren, so daß die Inhaber selbst in Schwierigkeiten gekommen wären. Doch hoffte wohl Wechsler, diese Inhaber am Sabbat in seinem Gottesdienste zu sehen. Man konnte ihnen nun sagen, „ihr dürft euer Geschäft offenhalten, solange ihr selbst euch dem Sabbat widmet".
Zum anderen spiegelt sich darin aber ebenfalls das Leben der noch mehr traditionell eingestellten Juden auf dem Lande. Hatten sie einen nichtjüdischen Knecht, so konnte der das Vieh versehen oder auch mit einem erscheinenden Käufer verhandeln; falls das nicht möglich war, konnte der Jude selbst eintreten. Da die Landjudenschaft keinen Wohlstand kannte, war das wichtig. Der Jude brauchte keine Gewissensbisse zu haben. Wechslers Grundideen zeigen ihn erstens als einen Pragmatiker und weiterhin als einen Reformer. Völlige Arbeitserlaubnis, wie sie Wechsler gegebenenfalls gestattete, fiel vollständig aus dem Rahmen des traditionellen Judentums. Dennoch war Wechsler im Prinzip, wie in einer etwaigen Beratung seiner Gemeindemitglieder, vermittelnd eingestellt. Im Grunde sanktionierte er, was die Juden zu ihrer Lebensform gemacht hatten, jedenfalls in Oldenburg.

Die zweiten Tage der Feste [238]

Dieselbe Konferenz (in Breslau) hatte sich mit der Beobachtung der zweiten Tage des Passah-, Wochen-, Neujahrs- und Hüttenfestes zu beschäftigen. Dieser zweite Tag zeigt eine seltsame Entwicklung. Die Bibel kennt nur einen Tag für alle diese Feste. Nun wurde der neue Mond, und Anfang jeden Monats in alter Zeit vom Sanhedrin, dem Obersten Gerichtshofe, festgesetzt, und zwar auf Grund von Zeugenaussagen, daß der neue Mond erschienen sei. Daher konnte sich der Beginn eines neuen Monats um einen

238) Plaut, a. a. O., S. 198—199.

Tag verschieben. Sobald der Monatsbeginn verkündet worden war, gingen Boten aus, um die Nachricht an alle Gemeinden zu bringen, so daß sie genau wußten, wann die Feste zu feiern waren, z. B. das Passahfest am 15. Tage des Monats Nissan. Diese Boten konnten zwar alle Gemeinden im Lande Israel erreichen, nicht aber in der Diaspora. Um nun sicherzugehen, daß sie jedes Fest am richtigen Tage feierten, beobachteten die Diasporagemeinden zwei Tage als Festtage; einer davon war sicher der richtige. Mit der Schaffung eines festen Kalenders war die Frage gelöst. Man wußte nun überall genau, wie die Feste fielen, dennoch wurden weiterhin in der Diaspora zwei Festtage gefeiert, obgleich kein Grund dafür bestand. Im Lande Israel wurde — und wird — immer nur ein Tag der Feste gefeiert. (Das Neujahrsfest ist überall zweitägig, da es auf den Neumond fällt, dessen Verkündung einst im Laufe des Tages den ganzen Tag weihte, auch konnten keine Boten ausgehen.)

Zur Regelung der Frage, ob ein zweiter Tag geboten sei, ernannte die Konferenz eine Kommission, die 1846 in Breslau berichtete. Der Vorsitzende der Kommission war Wechsler.

Wechsler berichtete, daß in der Tat kein Grund für eine weitere Feier der zweiten Festtage bestehe. Doch seien dieselben vielen Juden sehr ans Herz gewachsen, dem solle man keinen Abbruch tun. Wo immer Gemeinden oder einzelne die zweiten Tage feiern wollten, da sollten sie mit der Weihe eines Festes umgeben sein, und die nötigen Gottesdienste sollten eingerichtet werden. Falls aber Gemeinden oder einzelne keine Bedeutung in diesen zweiten Tagen sähen oder falls ihre Beobachtung Schwierigkeiten im Lebensunterhalt schaffe, sollten sie abgeschafft werden. Selbst dann, wenn Gottesdienste stattfänden, brauche ein Arbeitsverbot nicht eingehalten zu werden, auch dürfe man Brot am letzten Passahtage essen.[239] Obgleich es nun den Gemeinden anheimgestellt war, wie sie sich entscheiden wollten, ermahnte Wechsler doch zu besonderer Vorsicht. Selbst wenn eine kleine Minorität die Feier dieser Tage wünsche, so sei sie beizubehalten. Wechslers Bericht wurde einstimmig angenommen.

Auch hier sehen wir wieder die besonderen Oldenburger Verhältnisse. Alteingesessene liberale Männer, wie etwa Ballin, mochten den zweiten Tag in Frage stellen, die neu zugezogenen Orthodoxen wollten ihn beibehalten. Beiden wurde Wechsler gerecht. In den Landgemeinden war es noch wichtiger, zwei Tage zu haben. Diese Feste waren und sind in der Regel Familienfeste. Die Kinder kommen heim. Die Landstraßen in Oldenburg waren sehr schlecht. Kam man schon, so wollte man so lange wie möglich im Sinne religiöser Pflichterfüllung feiern. So behielten die Feste ihre traditionelle Form. Gerade hier zeigt es sich, daß Wechsler kein Prinzipienreiter war, denn hier war die Lage ganz klar: für die zweiten Tage bestand keine Berechtigung mehr. Bei Wechsler ging es um gesunden Menschenverstand und um die Bedürfnisse seiner Menschen. Das war aber gerade die Atmosphäre Oldenburgs.

---

239) Der Genuß von Brot und Gesäuertem ist am Pessach verboten, d. h. also für acht Tage, falls der letzte Tag doppelt begangen wird. S. Trepp, Das Judentum, S. 191—195 über Kalender, 212—217 über das Pessachfest (Passahfest).

Die Frage der zweiten Tage wurde in Amerika so gelöst, daß die Reformgemeinden dieselben abschafften. In den letzten Jahren hat es sich jedoch gezeigt, daß auch die Konservativen Schwierigkeiten hatten. Vor ganz wenigen Jahren wurde daher im konservativen Judentum Amerikas die Idee Wechslers zur Regel: die Gemeinden können innerhalb des konservativen Judentums selbst entscheiden, ob sie die zweiten Tage der Feste feiern wollen, sind aber gehalten, auch auf kleine Minoritäten Rücksicht zu nehmen.

Menschliche Not versus Gesetz: Der Streit mit Hirsch [240]

Eines der grundlegenden Prinzipien, in dem sich Orthodoxie und Reform unterscheiden, ist ein tief menschliches: Kann sich eine Frau wieder verheiraten, wenn sie zwar gerichtlich von ihrem ersten Mann geschieden ist, aber keine jüdisch-religiöse Ehescheidung erhalten hat?
Um diese Frage zu verstehen, müssen wir erst auf einige religionsgesetzliche Bestimmungen hinweisen.
Die Bibel erklärt: „Wenn jemand ein Weib nimmt und ehelicht sie und sie nicht Gnade findet vor seinen Augen, weil er etwas Schändliches an ihr gefunden hat, so soll er einen Scheidebrief schreiben und in ihre Hand geben und sie aus seinem Haus entlassen. Wenn sie dann aus seinem Hause gegangen ist und hingeht und wird eines anderen Weib und der andere Mann ihr auch gram wird und einen Scheidebrief schreibt und ihr in die Hand gibt und sie aus seinem Hause entläßt, oder so der andere Mann stirbt, der sie sich zum Weibe genommen hatte: so kann sie ihr erster Mann, der sie entließ, nicht wiederum nehmen . . .“ (Deut. 24: 1—4.)
Hieraus ergibt sich eine Reihe von Grundsätzen: Eine Ehe kann sowohl durch den Tod wie auch durch eine Scheidung gelöst werden. Da eine solche Scheidung vom Religionsgesetz nicht nur gebilligt, sondern auch verlangt wird, so muß dieselbe durch einen religionsgesetzlichen Akt vollzogen werden, der Aushändigung eines Scheidebriefes, den der Mann schreiben muß, und den er in die Hände der Frau legen muß. Daraus entstand nun die Prozedur der Scheidung, die im Talmud eingehend behandelt wird: der Mann und die Frau müssen vor einem von drei Rabbinern bestehenden Religionsgericht erscheinen, dort muß der Mann den Wunsch der Scheidung ausdrücken, er muß dann das Schreiben eines Scheidebriefes beantragen. Der Scheidebrief wird dann, in seiner Gegenwart, von einem Experten in einer genau vorgeschriebenen Form geschrieben und dann, in Gegenwart des rabbinischen Gerichts, von ihm der Frau in die Hände gelegt. Die Prozedur ist kompliziert, das Schreiben des Briefes, das nicht vor der Verhandlung stattfinden darf, dauert lange, und all das wurde angeordnet, um den Parteien Schwierigkeiten in den Weg zu legen, die sie veranlassen könnten, statt der Scheidung ein weiteres Zusammenleben zu erwählen. Die ganze detaillierte Form wurde von den Talmudgelehrten und späteren Dezisoren ausgearbeitet. Die Schrift selbst spricht davon nicht. Hingegen spricht die Schrift nur vom Manne: der Mann kann der Frau einen

240) s. o. — Fußnoten 156, 157.

Scheidebrief geben. Wenn aber die Frau mit ihrem Manne unzufrieden ist, was kann sie dann tun? Der Schrift nach gar nichts; doch finden wir, daß im alten Israel, zur Zeit, wo die Juden auch staatliche Macht im Lande hatten, der Mann eventuell durch Gefängnisstrafe gezwungen wurde, der Frau die Scheidung zu gewähren. Das gleiche Verfahren wird auch im gegenwärtigen Staate Israel angewandt, da dessen Ehegesetze der Schrift folgen und in den Bereich des orthodoxen Rabbinats fallen. Ist aber der Mann verschwunden, oder weigert er sich in einem westlichen Land der Frau eine religiöse Scheidung zu gewähren, so bleibt der Frau nichts anderes übrig, als unverheiratet durchs Leben zu gehen, selbst dann, wenn sie eine gerichtliche Scheidung erhalten hat. Selbst eine Todeserklärung, im gegebenen Falle, hilft nichts, falls nicht Zeugen den Tod bestätigen, daher können Frauen von vermißten Männern nicht wieder heiraten. Andererseits ist die Lage des Mannes viel einfacher. An sich sollte er keine neue Ehe eingehen, bevor er die alte auch religionsgesetzlich gelöst hat, hat er es dennoch getan, z. B. auf Grund staatsgerichtlicher Scheidung allein, so bedeutet dies, daß er sich eine zweite Frau angeschafft hat, da er mit der ersten nach der religiösen Auffassung noch immer verheiratet ist. Die Polygamie ist zwar untersagt, doch von der Schrift nicht verboten. Durch diese Gesetzgebung sind vor allem die Kinder, die aus einer zweiten Ehe entspringen, betroffen. Bestand keine religiöse Ehescheidung, so sind die Kinder der Frau aus der zweiten Ehe, der Schrift nach, als Bastarde anzusehen und dürfen auch selbst nicht heiraten (es soll kein Hurenkind in die Gemeinde des Herrn kommen, auch nach dem zehnten Glied, sondern soll allewege nicht in die Gemeinde des Herrn kommen [Deut. 23:2, was als Heirat ausgelegt wurde]). So blieb nun einfach nichts übrig, als Kinder aus einer solchen Verbindung nicht als vollrechtliche Juden aufzunehmen, um damit eine Eheschließung auch ihrer eventuellen Kinder zu unterbinden. Hatte sich ein Mann jedoch ohne eine religiöse Scheidung zum zweiten Male verheiratet, so bestand für dessen Kinder kein Problem, sie waren eben Kinder aus einer von der Schrift gebilligten — obgleich jetzt verpönten — Mehrehe.

Wir müssen nun ein anderes Prinzip des Talmuds behandeln: *Dina deMalchuta Dina*, die Landesgesetze gelten als Gesetz (für die Juden [Talmud Baba Kamma 113a]). Dieses grundlegende Prinzip wurde ebenfalls von den Orthodoxen und Reformierten verschiedenartig ausgelegt. Die Liberalen verstanden darunter, daß das Staatsgesetz dem jüdischen Gesetze ebenfalls Genüge tue. In unserem Falle, daß eine gerichtliche Scheidung die Ehe löse und damit seitens der Frau wie des Mannes eine neue Ehe auch religionsmäßig erlaubt sei. Denn an sich wollte die Schrift ja nur dafür sorgen, daß eine Scheidung auf rechtmäßigem Wege erfolge, d. h., daß der Mann, wie oft im Altertum üblich, seine Frau nicht einfach aus dem Hause hinauswerfe. Die Orthodoxen waren dagegen der Ansicht, daß man sich an das Staatsgesetz zwar halten müsse, jedoch von ihm keine Konsequenz ableiten könne. In unserem Falle verlangte das Landesgesetz, daß ein Ehepaar gerichtlich geschieden werden müsse. Daher darf eine religiöse Ehescheidung nicht stattfinden, bevor dem Staatsgesetz Genüge getan wurde. Von da an ist das Staatsgesetz jedoch neutral; es verbietet weder, daß eine religionsgesetzliche Scheidung stattfindet, noch verlangt es, daß die nur gerichtlich Geschiedenen sich wieder verheiraten. Sobald dem Staatsgesetz Genüge getan ist, tritt daher das Religionsgesetz

in Kraft. Um dem Religionsgesetz zu entsprechen, bedarf es daher für Juden in der Welt außerhalb des Landes Israel zweier Schritte: da das Landesgesetz bindend ist, muß eine gerichtliche Scheidung stattfinden. Dem folgend, muß dann auch eine religionsgesetzliche Scheidung vorgenommen werden, bevor eine Neuverheiratung nach jüdischem Gesetz erlaubt ist. In dem Konflikt, den wir beschreiben werden, vertrat nun Hirsch, wie zu erwarten, den absolut orthodoxen Standpunkt, aber Wechsler ging sogar über die rein rechtliche Frage hinaus: Die Minderwertigkeit der Frau sei ethisch unannehmbar, daher könne sie dem ethischen Geiste der Schrift nicht entsprechen.

Um die Haltung Hirschs zu verstehen, müssen wir etwas über die Organisation der jüdischen Gemeinde Hamburgs wissen.[241]

Auf Grund der Organisation der Gemeinde unter Napoleon I. vom 5. April 1812, die der Senat der Freien und Hansestadt mit einigen Veränderungen übernahm (8. Juli 1815), standen an der Spitze der Judenschaft neun Bürger, die vom Senat ernannt und vereidigt wurden. Dazu wurden seit 1821 einundzwanzig Mitglieder ernannt, die einen Beirat bildeten. Die Gemeinde bestand bis 1817 nur aus Orthodoxen. Aber dann wurde der Tempelverband gegründet, der reformiert war und über dessen neues Gebetbuch ein großer Streit entstand. Den Orthodoxen wurde von ihren Rabbinern verboten, aus dem Gebetbuch des Tempelverbandes zu beten. Dennoch kam es zu keinem Bruch zwischen Orthodoxie und Reform. Die Gemeinde gründete Tempelverbände, einen orthodoxen und einen liberalen, die jederseits ihre Angelgenheiten selbst regelten. Der Gesamtvorstand diente als Dachorganisation und vertrat die Gesamtgemeinde der Regierung gegenüber. Die religiösen Angelegenheiten der Gesamtgemeinde, einschließlich Ehefragen und Entscheidungen, lagen jedoch in den Händen des orthodoxen Oberrabbiners. Damit war eine seltsame Situation gegeben. Die Führung der Gemeinde bestand aus Männern, die ihrerseits dem Senat der Stadt verantwortlich waren, während sie der Gemeinde keine Rechenschaft schuldeten. Sie brauchten daher auch nicht zum orthodoxen Flügel der Gemeinde zu gehören. Die religiösen Fragen wurden vom orthodoxen Rabbinat behandelt, selbst wenn es sich um Probleme nichtorthodoxer Gemeindemitglieder handelte. Hieraus entstanden Verwicklung und Verwirrung.

Folgen wir nun Hirschs Schilderung der Situation [242], die sich in Hamburg entwickelte.

Louise Cohen geborene Bacher, hatte sich von ihrem Mann gerichtlich scheiden lassen, konnte aber keine religionsgesetzliche jüdische Ehescheidung erhalten, da ihr Mann kurz nach der Verheiratung nach Amerika ausgewandert war. Es war eine Flucht, denn Cohen hatte nicht nur die beträchtliche Mitgift seiner Frau verschleudert, sondern auch weitgehend Schulden gemacht, und seine Gläubiger verfolgten ihn. Die Ehe bestand nur eine ganz kurze Zeit, und hier war eine ganz junge Frau, deren Mann ihr die Freiheit geraubt hatte. Allerdings behaupteten andere, daß auch sie sich ihm gegenüber nicht

241) Oskar Wolfsberg-Aviad u. a., Die Dreigemeinde — Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden Altona, Hamburg, Wandsbek; 1960, Ner Tamid Verlag, Frankfurt, S. 28—32, 72.

242) Das Hamburger Attentat; in Hirsch, Gesammelte Schriften IV, 1922, Sänger und Friedberg, Frankfurt a. M.; S. 474—528; ursprünglich veröffentlicht in der orthodoxen Zeitschrift „Jeschurun" 1860—1861. Da Hirsch in seiner Polemik auch Wechsler weitgehend und zusammenhängend zitiert, kann sein Artikel als Quelle für beide Seiten dienen.

immer richtig verhalten habe. Das Gericht sprach daher die Scheidung in Abwesenheit des Mannes aus.

Im September 1851 suchte nun Louis Heilbutt bei dem Hamburger Gemeindevorstand um Erlaubnis nach, seine geplante Eheschließung mit der Louise Cohen in der Synagoge proklamieren zu lassen, um dadurch zu einer religiösen Trauung durch einen Rabbiner berechtigt zu sein. Der Kultusvorsteher widersetzte sich diesem Antrag, da die Frau nicht religionsgesetzlich geschieden sei. Der Gesamtvorstand der Gemeinde, der ja aus Orthodoxen und Liberalen bestand, wußte nicht, was tun und tat daher gar nichts. Heilbutt erhielt einfach keine Erlaubnis, aber auch keinen Bericht, daß sein Gesuch abgeschlagen worden sei. Daher wandte er sich an den Senat der Freien Stadt, der ja die Oberleitung hatte. Der Senat richtete an den Vorstand das wiederholte Ersuchen um Entscheidung in der Sache und erklärte, daß er sich dessen Entscheidung fügen werde. Der Vorstand schwieg. Schließlich erklärte der Senat am 19. November 1851, daß ihm bei fortgesetzter Weigerung des Vorstandes nichts anderes übrig bleibe, als „die Sache selbst, und zwar dann lediglich nach den Staatsgesetzen und ohne alle Rücksicht auf jüdische Religionsvorschrift zu entscheiden". Das geschah auch, und Heilbutt erhielt vom Senat die Erlaubnis, sich ohne vorherige Proklamation mit Louise Cohen jüdisch-religiös trauen zu lassen. In Hamburg fand sich jedoch kein Rabbiner, der bereit war, das Paar, dessen Fall nun notorisch geworden war, zu trauen. Die jungen Leute gingen daher nach Oldenburg, wo Wechsler die Trauung vollzog.

Der Hamburger Gemeindevorstand nahm von diesem Vorgang keinerlei offizielle Kenntnis und wies die von Heilbutt angebotenen, nach einer Verheiratung üblichen, Gebühren und Abgaben zurück. Als der Ehe 1853 ein Kind entsprang, weigerte sich der Vorstand, dieses in das jüdische Gemeinderegister einzutragen. Heilbutt mußte sich wiederum an den Senat wenden, der den Vorstehern der Gemeinde am 20. April 1853 ausdrücklich befahl, das Kind einzutragen, da es „in der vom Senat gestatteten und von dem Großherzoglich Oldenburgischen Landrabbiner eingesegneten Ehe erzeugt worden" sei. Bald darauf starb Heilbutt, und seine Witwe wollte darauf einen dritten Mann, Moses Sußmann Israel, heiraten. Sie wandte sich wieder an den Vorstand, der die Erlaubnis am 29. Januar 1860 erteilte. Diese Erlaubnis wurde damit begründet, daß Louise nun die Witwe eines Mannes sei, mit dem sie den religiösen Gesetzen gemäß verheiratet war und dessen Kind, nach Senatsbeschluß, als legitim ins Gemeinderegister eingetragen worden sei.

Eine Gruppe von orthodoxen Gemeindemitgliedern wandte sich sofort an den Senat mit der Erklärung, daß diese Frau ja noch immer mit ihrem ersten Manne, Cohen, nach jüdischem Gesetz verheiratet wäre und daher keine Ehe eingehen dürfe. Der Senat wies den Einspruch dieser Gemeindemitglieder ab, und zwar mit der Erklärung, daß der Vorstand bei der Erteilung der Erlaubnis nicht nur administrative, sondern auch religiöse Fragen zu entscheiden habe und auch tatsächlich geurteilt habe. Das Vorsteherkollegium, an das die Opponenten nun appellierten, erklärte, daß ihm gar keine Wahl gegeben war. Die Heilbutt-Ehe sei von einem in voller amtlichen Wirksamkeit stehenden Geistlichen, dem oldenburgischen Landesrabbiner Wechsler, eingesegnet worden, das Kind, das ihr entsprang, auf Senatsanordnung als jüdisch-legitim anerkannt. Daher

handle es sich hier gar nicht um eine religiöse Frage. Der Vorstand sei nicht befugt gewesen, das Gesuch abzuschlagen. Ein Grund zu weiterer Erörterung der Angelegenheit bestehe nicht. Nach vorhergegangener Proklamation wurden dann Louise und Moses Sußmann Israel von dem Prediger des Hamburger Tempels, Dr. Frankfurter, getraut.

Im Sinne des traditionellen Religionsgesetzes hatte nun ein doppelter Ehebruch stattgefunden. Dies war, nach Hirsch, ein Verbrechen, das der Schrift nach die Todesstrafe nach sich zog (Lev. 20:10). Ob sich der Vers wirklich auch auf den Fall einer Scheidung in Anwendung bringen läßt, die von einem staatlichen Gericht ausgesprochen wurde, ist schwer zu entscheiden. „Wer ehebricht mit dem Weibe eines Mannes, wer ehebricht mit dem Weibe seines Nächsten, getötet werde der Ehebrecher und die Ehebrecherin", mag allerdings dann gelten, wenn ein solcher Verstoß gegen das Gesetz stattfand zu einer Zeit, in der die Frau mit ihrem Manne voll verehelicht auch zu ihm wieder ins Bett zurückzukehren beabsichtigte. Der Talmud sieht es allerdings nicht in dieser Weise. Hirsch ging daher zum Angriff über.

Was hatte aber Hirsch mit der Sache zu tun? Er war ja in Frankfurt. Die Antwort ergibt sich zum Teil aus den Prinzipienfragen, und andererseits beruht sie auf der jeweiligen Einstellung von Persönlichkeiten. Hier war eine Entscheidung in der Frage der Wiederverheiratung getroffen worden, die nur darum möglich war, weil Orthodoxe und Liberale in einer Gemeinde verbunden waren. Das Ergebnis war Lästerung der Orthodoxen oder, nach Hirsch, der Tradition und des Gottesgesetzes, ein Beweis für Hirschs These, daß Orthodoxe in keinerlei Verbindung mit Reformierten stehen dürften. Es war ja sein Ziel, eine völlige Trennung beider zu erzielen, so daß sie auch dann einer Einheitsgemeinde nicht angehörten, wenn ihre orthodoxen Rechte völlig gewährleistet waren. Dieses Ziel erreichte er auch für seine Frankfurter Gemeinde.

Gleichzeitig hatte Hirsch auch persönliche Interessen. Er war ja selbst Hamburger. Von Kindheit an hatte er den Kampf der Orthodoxen gegen den Tempelverband verfolgt und dann später auch aufgenommen. Nun war es gerade in Hamburg, seiner Vaterstadt, mit einem orthodoxen Oberrabbinat zum Sieg der Reform gekommen. Im Mittelpunkt des Geschehens stand Wechsler, Hirschs Nachfolger in „seinem" Oldenburg, der Mann, der gegen Hirschs und Adlers Vorschlag vom Großherzog berufen worden war. Und seltsamerweise war der Oberrabbiner von Hamburg, der in der Sache gar nicht befragt wurde, kein anderer als Nathan Adlers Schwiegersohn, Anselm Stern. Ein grundlegendes Prinzip der Orthodoxie war verletzt worden. Hirsch sah sich als deren Vorkämpfer an. Er fühlte sich persönlich verletzt.

Wer waren nun die „Schuldigen"?

Hirsch verteilt die Schuld auf eine Reihe von Instanzen, den Staat, die Vorsteher, die Gemeinde und vor allem auf Wechsler. Der Staat habe kein Recht, sich in religiöse Angelegenheiten zu mischen. Hier hat Hirsch recht. Der Staat konnte Heilbutt erlauben, sich zivilrechtlich trauen zu lassen, konnte ihm aber keine Erlaubnis erteilen, die Ehe religiös legitimieren zu lassen. Aus der Erlaubnis entstanden dann die anderen Einmischungen des Staates, die Verordnung, das Kind sei als legitim ins Gemeinderegister einzutragen, wie auch die Abweisung der Opposition gegen die dritte Heirat der Frau. Dieser prinzipielle Standpunkt Hirschs ist durchaus gerechtfertigt. Auch das Schweigen

des Vorstandes war keine Entschuldigung. Wäre der Vorstand die Vertretung der Gemeinde gewesen, so hätte der Staat vielleicht das Recht gehabt, zu erklären, „die Gemeinde schweigt, daher müssen wir jetzt handeln". Aber der Vorstand war ja vom Senat ernannt. Der Staat hatte daher keinerlei Stellungnahme der Gemeinde, und diese hätte er einholen müssen, indem er sich an das Rabbinat wandte. Die Anerkennung des Vorstands als die auch religionsgesetzlich zuständige Behörde war nicht gerechtfertigt und wäre im Falle einer anderen Konfession wohl auch nicht gewährt worden. In diesem Fall mischte sich der Staat in Dinge ein, die ihn nichts angingen, und maßte sich Rechte zu, die ihm nicht zustanden. Allerdings weiß man nicht, wieweit der Vorstand hinter den Kulissen den Staat um Entscheidung ersucht haben mag. Es handelte sich um eine unglückliche junge Frau; dem Vorstand waren die Hände gebunden, doch der Staat konnte handeln. Die Vorstandsentscheidung bei der dritten Ehe legt das nahe: man konnte sich jetzt auf das Staatsgesetz berufen, und tat es auch; so wurde die dritte Einsegnung der Ehe erlaubt.

In dieser Weise können wir auch das Schweigen des Vorstandes zur Zeit der zweiten Ehe verstehen. Nach Hirsch wurde der Vorstand seiner Aufgabe untreu, denn diese bestand darin, das Religionsgesetz zu wahren und zu verteidigen. In der Heilbutt-Angelegenheit schwieg der Vorstand, im Falle des Israel stützte er sich auf den Senatsbeschluß. Auch der Vorstand hätte ein rabbinisches Gutachten einziehen sollen, und können. Hirsch erklärt mit Recht, daß der Vorstand das nicht tat, da er wußte, die Entscheidung des Hamburger Oberrabbinats, das für diese Fälle zuständig war, würde negativ ausfallen. Der Vorstand drückte sich von jeglicher Entscheidung, wies die Zahlung der Gebühren des Heilbutt zurück und überließ es dem Senat, die Legitimation des Kindes und die Rechtmäßigkeit der dritten Ehe zu verordnen. Darin spiegelt sich der Zwiespalt zwischen Orthodoxen und Liberalen, keine Seite konnte die andere überwinden. Jedenfalls hätte eine Entscheidung des Vorstandes im Falle Heilbutt zu einem Bruch innerhalb der Gemeinde geführt. Die einen beriefen sich auf das Gesetz, die anderen hatten wohl Mitleid mit der armen, jungen Frau. Die einen sahen die zweite und dritte Ehe als Ehebruch an, die anderen glaubten wohl, daß man, jedenfalls in diesem Notfalle, eine staatsgerichtliche Scheidung als dem Sinne des Gesetzes entsprechend ansehen dürfte. Schließlich stellte sich noch die Frage, wie der Senat einer starren Stellungnahme des Vorstandes gegenüber gehandelt haben würde. Man hätte sogar einen neuen Vorstand ernennen können, um eine Erlaubnis zu erzwingen. Die Lage war also auch im Hinblick auf eine orthodoxe Führung der Gesamtgemeinde gar nicht so einfach; ein neu ernannter Vorstand wäre sicherlich radikal gewesen. All dies konnte Hirsch nicht sehen. So konnte er auch z. B. den Einfluß Gabriel Rießers nicht kennen, den dieser auf Senat und Gemeinde haben konnte. Rießer stand auf der Höhe seines Einflusses, war Vorkämpfer der Emanzipation, Mitglied des Frankfurter Parlamentes gewesen und bekannte sich dankbar zu Wechslers Haltung. Er schrieb an diesen: „Nochmals meinen Dank für Ihr braves Verfahren, durch das Sie dem Rechte zum Siege verhalfen und eine unglückliche Frau vor Erpressung unter dem Deckmantel der Religion geschützt haben." Woraus übrigens offenbar hervorgeht, daß der erste Mann der Frau von Amerika aus die Erteilung eines Scheidebriefes von einer Geldzahlung abhängig gemacht haben mag.

Im Mittelpunkt des Geschehens stand jedoch Wechsler, gegen den sich dann auch Hirschs vollste Entrüstung richtete.

Was hatte Wechsler zu seinem Eingreifen veranlaßt? Er hatte keinerlei Verpflichtung dem Hamburger Paar gegenüber, andererseits konnte er damit rechnen, daß er stark angegriffen würde, was dann auch tatsächlich der Fall war. Wechsler wurde zum Ziel einer von vielen Seiten kommenden Attacke. Aus Hirschs eigenen Worten geht hervor, daß Wechsler nur ein Motiv hatte: Ethik und Gerechtigkeit. Daher fragte er sich, ob im gegebenen Falle, nachdem der Mann sich geweigert hatte, der Frau einen Scheidebrief zu geben, wodurch diese für den Rest ihres Lebens vereinsamt dagesessen hätte, im ehemaligen Land Israel ein jüdisches Gericht ihn wohl *gezwungen* hätte, ihr einen Scheidebrief zu geben. Diese Frage war zu bejahen. Nachdem nun ein solcher Zwang in Hamburg nicht möglich war, konnte man dann erklären, daß die gerichtliche Scheidung auch religiöse Gültigkeit habe? Das bejahte er ebenfalls. Doch war ja ein Scheidebrief nicht vorhanden. Darum entschied Wechsler:

„Der Scheidebrief hat einerseits Bedeutung als freiwilliger Akt. Wie daher diese Freiwilligkeit aufhört und aufhören muß, da hört auch diese Bedeutung des Get (Get = Scheidebrief) auf, wird eine leere Form, oder gar ein Erpressungsmittel für den böswilligen Mann, wie es denn nach den mir erteilten Aufschlüssen auch im vorliegenden Falle auf eine Erpressung abgesehen war. Andererseits hat gerade dieses strenge, weitläufige Ritual des Get, wie es Rabbinisch angeordnet ist, eine gewisse Bedeutung. Es sollten, so habe ich mich in meinem an Dr. Rießer erteilten Gutachten über diesen Punkt ausgesprochen, — durch diese Vorschriften unstreitig die Ehescheidungen, zu welchen es nach den mosaischen Bestimmungen keiner gerichtlichen Verhandlung bedurfte, in etwas erschwert, an Formen gebunden werden, deren Beobachtung nicht so leicht war und die Vermittlung Dritter nötig machte. Daß dieser Grund bei uns, wo jede Ehescheidung erst in Folge längerer gründlicher Verhandlungen bei den Gerichten eintreten kann, nicht mehr vorhanden ist, liegt auf der Hand. Dazu enthält nun aber dieses Rituale einen solchen Anachronismus der Sprache und des Inhalts — (ich hebe nur den einen Punkt hervor, daß der Scheidebrief ein einseitiger Akt ist, in der Voraussetzung, daß die Frau dem Manne die Freiheit nicht wieder zu geben braucht, da der Mann auch ohnedies sich wieder verehelichen kann, weil der Scheidebrief aus der Zeit her datiert, wo die Bygamie noch nicht gesetzlich verboten ist,) — erinnert so sehr noch an eine Auffassung des Eherechts und der Lebensverhältnisse, die in unserer Zeit antiquiert ist, daß von der strikten Beobachtung dieses Rituals, dieser Form abzugehen nicht nur kein Eingriff in die Religion ist, sondern auch Pflicht und Notwendigkeit ... *Nach meiner festen Überzeugung, nach meinen Begriffen von Recht, Sittlichkeit und Religion konnte, mußte sie (die Trauung) vollzogen werden, nicht ... weil das Staatsgesetz auch für Juden verbindlich ist, sondern weil unsere Religion hier mit der Entscheidung des Staatsgesetzes völlig übereinstimmt.“*

Die Argumente, die Wechsler anführt, sind von Bedeutung:

Der Get diente der Erschwerung der Scheidung, dieses Ziel war durch das Gerichtsverfahren erreicht worden. Der Get entzog der Frau ihre Ebenbürtigkeit vor dem

Gesetz. Das war nicht länger tragbar, das sittliche Bewußtsein der Gegenwart wehrte sich dagegen, gleichwie das sittliche Bewußtsein der Vergangenheit sich gegen eine Scheidung ohne Gerichtsverfahren gewehrt hatte, obgleich die Bibel das Gerichtsverfahren nicht verlangt. Dem Sinne einer sich entwickelnden jüdischen Religion entsprechend, mußte daher der Frau in der Neuzeit gleiches Recht zuerkannt werden. Die *strikte* Beobachtung der Form war nicht angebracht, denn an sich war ja die Form eines, wenn auch gerichtlichen, Scheidebriefes gewahrt worden.

Das Prinzip, Dina deMalchuta Dina, lehnt Wechsler in diesem Falle ab. Hier handelt es sich nicht um ein Unterwerfen des Judentums unter das Staatsrecht, sondern um eine Übereinstimmung beider. Gerade dieser letzte Punkt gibt Zeugnis von Wechslers Mut oder Verwegenheit, je nach dem Standpunkt des Beschauers. Hätte er das Prinzip angeführt und — nach Hirsch — „wenigstens einen Scheinversuch zur Rechtfertigung seines Verfahrens" unter dem jüdischen Gesetz gemacht, so hätte er sich wenigstens theoretisch unter den Wortlaut des Gesetzes gestellt. Indem Wechsler das ausdrücklich ablehnte, stellte er sich einzig und vollkommen auf den *Geist* der Ethik, der das Judentum durchzieht. Hier war ein klarer Bruch mit der Orthodoxie, nicht nur in der Tat, sondern auch im Prinzip. Hier wurde Wechsler zum Exponenten der Reform.

Die anderen Reformen, über die wir sprachen, Sabbat, Festtage, ruhten auf Gesetzauslegung oder konnten aus den Pflichten der Juden zur Umwelt verstanden werden (Militärdienst am Sabbat). Hier aber waren diese Voraussetzungen nicht gegeben. Wechsler erklärte ganz einfach: Judentum ist Ethik, und das Gesetz unterliegt dieser, und wenn es mit der Ethik in Konflikt gerät, dann verliert das Gesetz seinen Wert und seine Gültigkeit.

Die Orthodoxie stand und steht auf dem Prinzip, das Hirsch darstellt: „... das eine Faktum: ... Wortlaut der Bibel, ... Überlieferung des Talmuds, ... Praxis der gesamten Judenheit ..." Den Entscheidungen des Talmuds, obgleich sie Neuerungen waren, wird die göttliche Autorität zuerkannt, späteren Entscheidungen, soweit sie Neuerungen sind, jedoch nicht.

Wie weit nun berührt diese Angelegenheit die Oldenburger Gemeinde? Oldenburg war von größter Bedeutung. Dadurch, daß Wechsler Rabbiner einer Gesamtgemeinschaft von Juden war, die sowohl Orthodoxe wie Liberale in sich einschloß, wurde seine Stellungnahme so bedeutungsvoll. Hätte er lediglich einer Reformgemeinde vorgestanden, so hätte man erklären können, „dies ist eben eine Gemeinde von ‚Krankgewordenen' ... Der Abfall und die Krankheit hatten keine Gefahr, mit ihrem Scheiden waren sie überwunden (Hirsch)."

Aber Wechsler war „nicht der geistliche Beamte einer prononcierten Reformgenossenschaft, vielmehr der Rabbiner einer zwar kleinen, aber doch innerhalb des Connexes der allgemeinen jüdischen Gemeinschaft stehenden Judenschaft ..." (Hirsch, S. 512/3). Mit anderen Worten, Hirsch wußte, und Wechsler war sich wohl ebenfalls klar, daß das *Amt*, das Großherzoglich-Oldenburgische Landrabbinat, den Prinzipien und Entscheidungen des Landesrabbiners Bedeutung und Nachdruck gab, die von weitestem Einfluß sein konnten. Gleichzeitig erkannte Hirsch, daß ein reformierter Rabbiner dennoch einer Gesamtgemeinschaft Genugtuung geben konnte. Darin sah er aber eine Gefahr. „Wie ist

es möglich, daß Erklärungen und Handlungen des Herrn Dr. Wechsler als normale Ausflüsse eines Gesetzes gelten müssen, das er, wie wir gesehen, kurz und bündig als Norm völlig verwirft?" (Hirsch, S. 545.) Wechsler wurde zur Gefahr, weil man ihn nicht als einen bedeutungslosen Winkelrabbiner zur Seite schieben konnte; er war vollständig legitim. Als legitimer Rabbiner macht sein „Chorrock den Schinken koscher", wie Hirsch es ausdrückte. Wechsler wußte das ohne Zweifel ebenfalls. Er machte seine Stellung in Oldenburg zum Resonanzboden seiner Ideen. Oldenburg gehört daher zum Mittelpunkt der Reformtheologie.

Mit seiner Entscheidung löste Wechsler auch die radikal-orthodoxe Reaktion Hirschs aus. Für diesen lag das Problem und die Gefahr im Bestehen der Gemeinschaftsorganisation, die in Hamburg wie in Oldenburg alle Juden zusammenfaßte. Die Orthodoxie mußte entweder die Führung behalten oder sich völlig trennen. Denn

„... beide gehören nicht einem *Bekenntnisse an, sie verhalten sich zueinander wie ja und nein, und es ist zwischen ihnen eine weit tiefere prinzipielle Kluft als zwischen Katholiken und Protestanten, ... fast eine so große Kluft wie zwischen Christ und Jude ... Denn Trinitätslehre und Erbsünde abgerechnet, was steht zwischen Christ und Jude anders als das Gesetz? Und dieses Nichtobligatorische des jüdischen Gesetzes bildet zwischen Jude und Nichtjude nur eine Verschiedenheit, keinen Gegensatz. Denn der Jude selbst erkennt das Gesetz für alle Nichtjuden nicht als obligatorisch an. Allein zwischen Jude und Jude bildet die Gesetzesverehrung und Gesetzverleugnung den entschiedensten, sich einander völlig verneinenden Gegensatz." (Hirsch, S. 517.)*

Wie so oft, vereinfacht Hirsch und reduziert Erbsünde und Trinitätslehre beinahe zu Kleinigkeiten des Unterschieds. Was er aber anstrebt, ist die völlige Trennung von Orthodoxie und Reform. Sie dürfen nicht gleichzeitig in einer Gesamtgemeinde vertreten sein, und kein Pfennig jüdischer Synagogensteuer darf, jüdischem Gesetze nach, einem Reformkultus zufließen. Sind allerdings die Orthodoxen in der Führung, so ist das in Ordnung. Er selbst hatte ja in Oldenburg die Hilfe des Staates in Anspruch genommen, um seine Ideen durchzusetzen. Denn

„in der orthodoxesten Gemeinde wird der extremste Neologe kaum irgendwie in seinem Gewissen sich verletzt finden. Er wird vielem begegnen, was er belächelt, kaum aber etwas, was er in seinem Gewissen als Sünde und Verbrechen verurteilen ... könnte. Er müßte denn einmal in den Fall kommen, eine Ehe eingehen zu wollen, die er nach Überzeugung seines Gewissens für erlaubt hielte, die aber das orthodox-religiöse Gemeinwesen nach den Diktaten des religiösen Gesetzes für Ehebruch erkennen müßte. Fälle, die doch zu den seltenen gehören ..." (Hirsch, S. 518—19.)

Aber darum handelte es sich ja gerade in diesem Falle. Der Reformjude leidet daher, in Hirschs Ansicht, keinen prinzipiellen Abbruch seines Glaubens und Gewissens oder seiner menschlichen Rechte, wenn ihm eine solche Ehe versagt wird. Der orthodoxe Jude in einer Einheitsgemeinde sieht jedoch sein Gewissen vergewaltigt, wenn er eine Verletzung des Gottesgesetzes innerhalb des eigenen Gemeindebundes vorfindet. Er begeht eine Sünde, wenn er durch seine Steuern die Gesetzesverächter unterstützt. In einer Einheitsgemeinde muß daher die Orthodoxie das alleinige Wort haben. Ist ihr das ver-

sagt, so muß die orthodoxe Gruppe aus der Gemeinde austreten. Hirsch verurteilte die Hamburger Juden daher, weil sie ohne Proteste ihre Steuern zahlten und dem Vorgehen ihrer Führer im Vorstand keinen Widerstand leisteten. Auch die Gemeinde war schuldig, sie war, nach Hirsch, keine Gemeinde. In Frankfurt setzte Hirsch die Spaltung durch. Allerdings folgten ihm nur ganz wenige Gemeinden. Ein Gutachten des Würzburger Rabbiners Seligmann Baer Bamberger erklärte, daß orthodoxe Juden in einer Einheitsgemeinde verbleiben dürften, solange ihnen ihr Eigenrecht und ihre eigenen Institutionen unter Selbstverwaltung sichergestellt seien. In den meisten Großgemeinden gab es daher Einheitsgemeinden mit orthodoxen und liberalen Synagogen und Einrichtungen, die von der Gesamtgemeinde betreut wurden. Den Orthodoxen wurde die religionsgesetzliche Überwachung ihrer eigenen Einrichtungen zuerkannt.

Das Hamburger Attentat (auf das Gesetz), wie es Hirsch nannte, wurde daher grundlegend für die Gesamtentwicklung des Judentums. Im Mittelpunkt stand Wechsler, nicht nur, weil er ein reformierter Rabbiner war, sondern weil er ebenfalls Landesrabbiner in Oldenburg war. Die Schlüsselstellung Oldenburgs zeigt sich wieder. Das Problem, welches durch die Hamburger Ereignisse ins Licht gerückt wurde, besteht noch immer. Die Reform hat es im Sinne Wechslers gelöst, und zwar grundsätzlich; die gerichtliche Scheidung ist in allen Fällen und regulär als einzige Voraussetzung einer religiösen Trauung anzuerkennen. Die Konservativen bemühen sich um eine Lösung, z. B. durch einen Paragraphen in der Heiratsurkunde, in der eine religiöse Scheidung durch den Mann autorisiert wird, selbst wenn der Mann in der Zukunft dazu nicht gewillt sein sollte oder verschwunden ist. Diese Regelung wird jedoch von den Orthodoxen nicht anerkannt oder gebilligt. Da die Reformrabbiner wie die konservativen der Gesetzesverletzung angeklagt werden, dürfen sie im neuzeitlichen Israel keine Amtsfunktionen ausüben (obgleich es einige Ausnahmen gibt). Der Staat Israel stützt die Orthodoxie aus Gründen, die Hirschs völlig entsprechen. Seine Überzeugung, daß daraus den Neologen keine Gewissens- und Lebensprobleme entstehen würden, hat sich nicht erfüllt. Die Probleme im Zusammenhang mit Ehe, Scheidung und Familie sind schwierig und tiefgehend. Dennoch muß man Hirsch verstehen. Nach seiner Überzeugung, und der der Orthodoxie, werden durch die Vernachlässigung dieser Gesetze auch künftige Generationen erfaßt. Es ist anders als bei einer Nichtbefolgung etwa der Speisegesetze, die nur den einzelnen betreffen, während Ehegesetze die Gemeinschaft und ihre Zukunft beinflussen. Hirschs Werke werden in der Orthodoxie weitgehend gelesen, Wechsler ist unbekannt; und niemand weiß, daß alles in Oldenburg seinen Ursprung hatte. Die dortige Gemeinde war die Werkstatt des neuen Judentums.

Wiederum Mallet

Im Jahre 1842, zur Zeit des großen Brandes in Hamburg, hatte Mallet, Pastor Primarius zu St. Stephan in Bremen den Hamburgern verkündet, daß ihre Heimsuchung eine Strafe Gottes für ihr weltliches Leben gewesen sei. Dafür wurde er kritisiert. Man beschuldigte ihn, er habe den Gott des Alten Testaments angerufen, und dieser Gott sei ein jüdischer Rachegott und habe mit dem Gott der Liebe, den das Neue Testament

verkünde, nichts zu tun. Dabei wurden die Juden und die jüdische Religion so verleumdet, daß Hirsch den Handschuh aufnehmen mußte.
Hamburg war wieder groß geworden und Mallet zu einer Abendpredigt eingeladen. Dieses Mal sprach er gegen die Juden. Wechsler erwiderte. Er brauchte es eigentlich nicht, denn der Hamburger Rabbiner Dr. Frankfurter hatte schon gesprochen und geschrieben. Doch sah es Wechsler als seine Pflicht an, da Bremen keinen Rabbiner hatte und er somit die Juden im Bremer Gebiet unter seiner Obhut stehen sah.
Hier ergibt sich ein seltsames Bild: Der christliche Pastor ist von Wut und Rache gegen die Juden erfüllt, der Rabbiner ist ein Mann der Liebe. Gleich zu Beginn bemerken wir auch einen Unterschied Hirsch gegenüber. Dieser sprach als Jude, nur als solcher. Wechsler sprach als Jude und Oldenburger. Er beginnt mit dem Lob der Stadt. „Ich verlebte den ersten Frühling in unserem freundlichen, humanen, regsamen Oldenburg." Er schildert dann, wie bei der Kunde des Brandes „die Herzen bebten, ... die Liebe, die Teilnahme scheuchte den Schlaf, und einer rief dem anderen zu, man müsse den Bedrängten zu Hilfe kommen, jeder müsse sein möglichstes tun, das entsetzliche Unglück zu hindern".
Hier sprach ein Mann, der in Oldenburg zu Hause war, und zum Glied der Gesellschaft geworden war.
Wechslers Ausführungen verdienen eine Gesamtwiedergabe. Denn er weist auf Punkte hin, die im Laufe der nächsten Jahrzehnte immer wieder von christlicher Seite aufgenommen wurden und zum Unglück der deutschen Juden nach 1933 beitrugen.

„Mallet und die Juden"

Einige Noten zum Texte einer Predigt von B. Wechsler, Landesrabbiner in Oldenburg
Hamburg, J. F. Richter, 1858
Mallet! Es war eine schauerliche Gelegenheit, bei welcher mir zuerst der Name und Charakter dieses Mannes in seiner ganzen Schneide und Schärfe bekannt wurde und einen Eindruck hinterließ, der sich gar tief einprägte und nicht wieder verwischt. Ich verlebte den ersten Frühling in unserm freundlichen, humanen, regsamen Oldenburg. Da kam, es war im Mai 1842, wie ein Blitz aus heiterm Himmel die Schreckenskunde, Hamburg, die große, herrliche Nachbarstadt, brenne, drohe ein Raub des entfesselten Elements zu werden. Die Herzen bebten, die Ohren lauschten auf bessere beruhigende Nachrichten, die Liebe, die Theilnahme scheuchte den Schlaf, und Einer rief dem Andern zu, man müsse der bedrängten zu Hilfe kommen. Jeder müsse sein Möglichstes thun, das entsetzliche Unglück zu lindern. Und während wir also löbliche Vorsätze faßten, und während man nun überfroh aufathmete bei der Kunde, daß zwar die Menschenkraft noch mit den Flammen ringe, daß es aber doch unter Gottes Beistand gelungen sei, dem Brande endlich seine Schranke zu ziehen, bis hierher und nicht weiter! — erscholl aus der nächsten Nachbarstadt eine andere tief verletzende Nachricht zu uns herüber. Der Pastor Primarius zu St. Stephan in Bremen hatte, während noch die Flammen aufschlugen, die Kanzel betreten, um Gericht zu halten über die heimgesuchte, daniedergeschmetterte Stadt, hatte über das Thema: Das hat Gott gethan! *in einem Ton, in einer Sprache und Weise gepredigt, daß man sich er-*

staunt, empört fragte: wie ist das möglich? Denn der Mann Gottes, der Prediger der Religion der Liebe, hatte von Hamburg gesprochen als von einer Stadt, „wo bisher der Überfluß, die Sicherheit, der Übermuth und alle Lust und Herrlichkeit der Welt gewohnt", ihm waren die Flammen die Zornstrahlen Gottes, um das überhand genommene Verderben zu strafen. „Es ist seine Züchtigung, es ist sein Gericht!" Von einer Aufforderung zum Beistande, von einer dringenden Mahnung, den Brüdern zu helfen, Thränen zu trocknen, Barmherzigkeit zu üben — davon kein Wort, desto mehr aber vom Gerichte, das unfehlbar über uns Alle hereinbrechen werde, wenn wir, gleich jener Stadt, in der Sünde verharren. Wenn ihr euch nicht bekehret, werdet ihr Alle umkommen!" — Das Bild dieses Mannes, wie es damals sich mir eingeprägt, es ist mir wieder mit all dem Unwillen, den jene Rede bei uns allgemein damals hervorgerufen und zu vielen Controversen Anlaß gegeben, vor die Seele getreten, indem ich die Feder ergreife, um auch meinerseits, weil ich mich dazu berufen glaube als derjenige jüdische Geistliche, der Mallet am nächsten wohnt und die Aufgabe hat, in seiner und meiner Nähe die Interessen des Judenthums zu vertreten, mit ihm über eine Predigt ähnlichen Inhalts aber neuestens Datums zu rechten, diese Predigt in der Kürze, aber mit aller Entschiedenheit und Energie zu beleuchten, und ihm und der Welt es klar zu machen, daß er nicht hat an sich in Erfüllung gehen lassen, was dort geschrieben steht (Hiob 32, 7) „laß die Jahre reden und die Menge des Alters laß Weisheit beweisen", daß er vielmehr heute noch ist, was ehedem: — ein Mann der Härte, ein Mann des Zornes, ein Prediger der Strafe und des Fluches!

Sonderbare Verkettung der Dinge! Es sind wieder dieselben Namen und, fast möchte ich sagen, dieselben Staffagen. Hamburg, das damals von Mallet geächtete, ist seitdem wieder erstanden, ein Phönix aus der Asche, ein Gnadenkind Gottes. Die göttliche Liebe hatte doch auch andere Menschen mit ganz anderen Gesinnungen erweckt, die da halfen, die Gebeugten aufzurichten, und unter diesen zeichnete sich ein hochherziger — Jude besonders aus, der in Gott entschlafene Salomon Heine, *und es ist gewiß noch jedem Hamburger im Gedächtniß, welche Verdienste dieser Mann sich damals um seine Vaterstadt erwarb, während die Gerichtspredigt von der Weser längst verschollen ist. Und weil Hamburg eine so große und herrliche und — wie Fama wissen will — noch immer keine fromme Stadt im Sinne der Zionswächter und Glaubensrichter, darum tagte in diesem Herbste der Kirchentag daselbst. Was dieser dort getrieben, und wie er ist aufgenommen worden, und welche Resultate er erzielt hat, und welche Begegnisse und Versuchungen eines und das andere seiner Mitglieder daselbst gehabt, — das geht mich nichts an, das gehört der Geschichte an. Mich geht nur Mallet an und seine dort schon zum Stichworte gewordene Predigt. Sie geht mich an als Juden, der ein Herz dafür hat, wenn seinen Brüdern, wenn seinem Glauben zu nahe getreten, ihm Schimpf und Schmach angethan wird, und der im Namen der Humanität, der göttlichen und menschlichen Liebe Protest dagegen einzulegen getrieben ist von dem heiligsten Triebe. Sie geht mich aber auch an als Menschen, als einen Mann der Jetztzeit, der da wohl weiß, daß auch viele, viele seiner christlichen Mitbürger und Zeitgenossen solches unbändige Gebahren und Treiben auf's schmerzlichste mißbilligen, weiß, daß das Unheil, welches aus solchem Predigen und Lehren*

entsteht, ein Unkraut ist und eine Drachensaat, die weithin um sich frißt und den Acker des Lebens vergiftet.
Wie verhält sich's denn aber mit dieser Predigt? War sie denn wirklich so schlimm und so bös gemeint? Sie liegt mir nicht vor, ist meines Wissens noch nicht gedruckt. (Einen Auszug derselben hat M. selbst in seiner „Bremer Post" seitdem veröffentlicht. [Anmerk. des Correctors.]) *Mir liegt eine Skizze derselben vor, entworfen von einem Ohrenzeugen und zwar von einem Manne, der eine Predigt wohl zu würdigen und ihre Hauptgedanken und Schlagsätze herauszufinden weiß. Die Skizze giebt zugleich Aufschluß über Anlaß und Bedeutung der Predigt. Mein Berichterstatter schreibt:*

„Es war am Donnerstag Abend den 16. Septbr., die Kirche war gedrängt voll, Kopf an Kopf bis außerhalb in die Vorhalle. Mallet fing also an: Hamburg ist eine Weltstadt, die in das Gebiet dreier Welten schaut: in die christliche, heidnische und jüdische Welt. An einem dieser Tage sei er mit seinem Begleiter in einen Stadttheil gerathen (Elbstraße, neuer Steinweg war nicht zu verkennen, obgleich er sie ausdrücklich nicht genannt), und über das dortige Treiben erstaunt, habe er seinen Begleiter befragt, was dies zu bedeuten? Dieser habe geantwortet: dies sei die hiesige jüdische Welt. Da sei ihm ein Schmerz durch die Seele gefahren, wie er ihn noch nie empfunden; dies wäre also das Volk, das Gott einst so geliebt, dem er sein Höchstes und Heiligstes, was er hat im Himmel und auf Erden, anvertraut, das den berühmten Tempel, das Zion einst besessen, von dem die Lehre ausgehen sollte in alle Welt, und dergleichen Elogen mehr. Da sei der Entschluß ihm gekommen, über dieses Thema vor seinen Zuhörern zu reden. Soweit die Einleitung, mit welcher er den Kreuzzug gegen die Juden eröffnete. Es folgte der Text: Evangelium Mathäus 27, 11—26, wie Jesus von dem hohen Rathe verklagt vor Pilatus geführt wurde. Hier zeigte er den Gegensatz zwischen Juden und Heiden, nachdem er erst den Unterschied zwischen Barnabas und Jesus auseinander gesetzt; erster, ein ganz verworfenes Subject, sei frei gegeben, Jesus aber, dieses Licht der Welt, ans Kreuz geschlagen worden. Die Heiden, durch Pilatus repräsentirt, hätten sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Jesum zu retten und frei zu sprechen, die Juden aber seien hartnäckig auf dessen Tod bestanden durch den fortwährenden Ruf: „Kreuziget ihn!" Als Pilatus alle seine Bemühungen vergeblich sah, habe er gesprochen: ich will nicht Theil haben an dem Blute des Unschuldigen! Die Juden aber sprachen: „sein Blut komme über uns und unsere Kinder!" So sei es erfüllt worden, das Blut ist über sie und ihre Kinder gekommen, sie seien der Fluch Gottes geworden, zerstreut in alle vier Winde, der Spott, der Hohn und die Verachtung aller Nationen, sie seien die lebendige Passionsgeschichte bis auf den heutigen Tag, Jerusalem sei bis auf den letzten Stein zerstört, sein Gericht schrecklicher als das über Sodom und Gomorrha, das jetzige Jerusalem führe blos den Namen noch, um die Stätte zu bezeichnen, an welcher der Zorn Gottes solch Gericht gehalten. So sei es bis auf den heutigen Tag geblieben. Es könnten vielleicht Einige entgegnen, daß es doch in unseren Tagen besser geworden sei; allerdings scheine es so durch die Schuld *einiger Regierungen herbeigeführt; doch man täusche sich nicht; sehr leicht könnte der Zorn wieder erwachen und den Haß erwecken und aufs Neue das*

Gericht verhängen u. s. w. So werde es bleiben, der Fluch, den sie über sich und ihre Kinder genommen, werde ihnen folgen bis ans Ende der Welt und das Ende der Tage, es sei denn, daß sie als einziges Heil und Sühne den Heiland umfassen, dann werde das Blut, das bis jetzt ihnen zum Fluche geworden, als Versöhnung für sie geflossen sein.“ — So weit die Skizze.

Fragt man nun vor Allem: was war denn die Tendenz dieser Predigt? in welcher Absicht und Voraussicht wurde sie gehalten? so rollt sich da schon ein gar düsterer Vorhang auf, und drängen sich böse Gedanken unwillkührlich heran. Wär's die Absicht gewesen, eine sogenannte Missionspredigt zu halten, Propaganda zu machen für's Christenthum, ihm aus dem jüdischen, gerade in Hamburg zahlreichen Lager Bekenner zuzuführen, — ich könnte auch da die Absicht, und wie *sie sich zu verwirklichen trachtete, nicht gut heißen, denn ich halte dafür und gewiß gar Viele mit mir, daß das die beste, die einzig richtige Art ist, für eine Religion Propaganda zu machen, wenn man sie darstellt und empfiehlt als Segensspenderin, als eine unversiegliche Quelle der Milde und Vergebung, des Trostes und der Hoffnung, nicht aber, wenn man sie mit Furcht und Grauen und Schrecknissen umgiebt und diese ihren Gegnern als ein Medusenhaupt vorhält, wie Mallet, nicht aber, wenn man in ihrem Namen die Faust ballt und die Augen zornig rollt und den Fluch hinschleudert auf den, der sich nicht zu ihr bekennt. Diese* Art, *Seelen zu haschen, verfehlt überall ihren Zweck. Indessen — es wäre doch eine in gewissem Sinne zu entschuldigende Absicht, es wäre ein falsches, aber doch kein verwerfliches Motiv. Wollte Mallet das? Es ist kaum anzunehmen. Sein sehr zahlreiches Auditorium bestand aus sehr, sehr wenigen Juden, aber vielleicht aus tausenden von Christen. Und vor diesen ein solches Thema mit solcher Ausführung? Und welcher Funke sollte aus dieser Asche erglimmen und zünden? Wenn es nicht der Funke des Hasses und der Verachtung und Verwerfung und Entzweiung war, wenn die Hörer nicht mit einem Herzen voll Bitterkeit und mit einer Seele voll Eifer und Wuth gegen ihre jüdischen Mitbürger nach Hause gingen, wenn keine Excesse und Angriffe auf die, so Christum gekreutzigt, gefolgt sind, wenn vielmehr, wie man hört, der Unwillen und die Mißbilligung vielfach laut geworden sind ob solcher Predigt — so hat wahrlich Mallet keine Schuld. Ich kann bei dem besten Willen und bei der ruhigsten Überlegung keinen andern Stimulus zu dieser Predigt finden, als den der Redner nach meiner Skizze selbst angiebt, nämlich sein entbrannter Zorn und Eifer, daß es noch ein so zahlreiches Geschlecht in Hamburg und überall giebt, das sein Bekenntniß nicht theilt, an den Heiland nicht glauben will, ein Geschlecht, das er noch dazu in einem Stadttheile und vielleicht bei Beschäftigungen gesehen, wo es sich nicht von der vortheilhaftesten Seite repräsentirt. Und wo der Zorn und der blinde Eifer anfängt, da hört die Überlegung, da hört alle Berechnung der Folgen, alle menschliche Rücksichtsnahme auf. Aber Theil haben möchte ich wahrlich nicht an dem Vorwurfe und an der Verantwortlichkeit, wenn die gewaltige Beredsamkeit Mallets weniger kühle Herzen, mehr zum Fanatismus geneigte Hörer gefunden, und sie wären dahin gebraust im ersten Sturme der Aufregung, und sie hätten unter dem Schutze der Nacht Werke der Nacht vollbracht, und sie hätten demolirt, gesengt und gebrennt in majorem dei gloriam, und es wäre*

über die 10,000 Juden Hamburgs ein Loos hereingebrochen, wie es schon manchmal über Juden hereingebrochen kam. Doch — es ist ja nicht dazu gekommen, und es sei um des guten Genius willen angenommen, daß Mallet es wohl gewußt, es würde, es könnte in Hamburg nicht dazu kommen.

Und nun zum Inhalte, zur Ausführung und ganzen Tragweite der Rede. Und da komme ich freilich in Verlegenheit, wo ich anfangen, an welchem Punkte und Ende ich die scharfe Zunge angreifen soll. Daß es eine scharfe, schneidende Zange werden sollte, bewies die Wahl des Textes. Die Wahl war gut und doch auch schlecht. Wer ein tüchtiges Feuer anschüren will und wirft gleich lichterlohe Gluth in den Stoff, der thut gut, in so fern er seinen Zweck sogleich erreicht. Die Wahl war gut. Da standen sie ja, die blutgierigen Juden, die das Kreutzige! Kreutzige! gerufen über den Heiland, die da selbst haben wollten, daß sein Blut komme über sie und ihre Kinder, und gegen die der Heide Pilatus ein wahrer Tugendspiegel war. Da standen sie, der regen Phantasie im Abenddunkel vorgezaubert, vorgeführt mit dem Worte der Schrift: — hatte dann nicht nach solchem Vorspiel der Redner leichtes Spiel, wenn er dieses Geschlecht und Alles, Alles, was von ihm abstammt, und wohin es sich verzweigt, als mit dem unvertilgbaren Fluche Gottes beladen schilderte? Hatte der Maler seinen Pinsel nicht in die rechten, treffenden Farben getaucht? Die Wahl war gut, aber sie war doch in gewissem Sinne und Betrachte schlecht, sehr schlecht. Hätte es sich nur um den augenblicklichen Effect gehandelt, hätte es in der Macht des Redners gestanden, wie es in der Macht eines Magiers steht, plötzlich den Hintergrund zu wechseln, ihn der nähern Besichtigung und Prüfung zu entziehen, dann könnte an der Trefflichkeit der Wahl kein Zweifel sein. Aber — aber — da kommt die kühle Reflexion mit ihrer zersetzenden und ätzenden Hand, da kommt die böse Kritik mit ihrem vernichtenden Schwerte und wirft bald das ganze Kartengebäude mit einem Hauche zusammen. Ja, hätte die Geschichte keine andere Zunge als die Kirchenzunge, und redete diese Zunge gar nichts anders, als was Mallet und Consorten sie reden lassen, dann läge vielleicht in dem „Kreutzige" des Matthäus ein Widerhall, der zu bis uns herübertönte und ewig forttönte, dann läge in ihm vielleicht eine Rechtfertigung des Fluches, der seitdem über das ganze Geschlecht Israels gekommen sein und an ihm vorgeblich haften soll bis an's Ende der Tage, — so es sich nicht bekehrt. Aber die unpartheiische Geschichte redet eben mit anderer Zunge und zeigt uns im Hintergrunde der Zeiten ganz andere Bilder und Vorgänge. Sie zeigt uns das Judenthum mit seinem lichten, aber strengen Gottesglauben, mit seiner harten, beharrlichen Lehre von der Einigkeit und Einzigkeit Gottes, das Judenthum, das sich erst kurz vorher der Zudringlichkeit und Verlockung des Heidenthums in einem Kampfe auf Leben und Tod mit Erfolg erwehrt, und dem dadurch diese Lehre noch theurer geworden war. Sie zeigt uns dann die alte Welt, angelangt an einer Gränzscheide, an einer Krisis, wo wilde, dämonische Mächte überall und auch in Judäa walteten und die Menschen spalteten. In dieser Zeit taucht Christus auf, eine hehre Gestalt, ein Sendbote Gottes an das Menschengeschlecht, um den Verirrten neue Bahnen anzubahnen — gewiß. Ein Sohn Gottes? Ein Sohn Gottes und ein Heiland mit der ganzen Fülle, in der ganzen Ausdehnung, welche die Kirche ihm eingeräumt? Dazu gehörte

ein Etwas, eine Glaubensfähigkeit, welche mit dem ganzen Gottesbegriff der Juden in Widerspruch, im schneidensten Widerspruch stand; und wenn nun jene Kinder einer wilden verworrenen Zeit wildes Gericht geübt und den Mann zum Tode geführt haben, der eine neue, dem Judenthum fremde Lehre auszubreiten, geltend zu machen gesucht, anstatt Gamaliels weisen und milden Rath zu befolgen: — was will solches Thun rechtfertigen? Aber an Erklärung und Entschuldigung dafür läßt es die Geschichte nicht fehlen, und an hundert ähnlichen Beispielen auch nicht, wo man nicht Einen, wo man Tausende und Tausende gemartert, gefoltert, verbrannt, oder aus Gnade verbannt und in's Elend getrieben hat um ihres Glaubens und Nichtglaubens willen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich dieses Thema hier weiter ausspinnen. Nur das Eine anzuführen darf ich doch nicht unterlassen, daß die Kritik die Darstellung dieses Vorfalls in Matthäus lange nicht auf Treu und Glauben dahinnimmt, sondern die Vermuthung gar sehr zuläßt, daß wir hier eine spätere, dramatisirende Ausschmückung vor uns haben. Eine Vermuthung, die an Stärke gewinnt, wenn man die Darstellung des Lieblingsapostels — Johannes 18, 28 ff. — damit vergleicht, der unserm Abendredner den fatalen Streich gespielt hat, weder von dem: „Kreutzige! Kreutzige!" noch von dem: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!" etwas zu vermelden. Und damals soll nach der Meinung der Kirchentagsmänner der Fluchhammer geschmiedet worden sein über alle, alle Juden? Und von damals soll sich der Gottesfluch herschreiben, der nach ihrem Vorgehen auf ihnen lastet bis an's Ende der Tage? Schande über euch, wenn ihr euren Glauben nicht edler und tiefer begreifet! Schmach und Schande über euch, wenn ihr der Sonne der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit Gottes solche Nebelflecken anklecket und dabei vergesset, daß geschrieben steht: „Kinder sollen nicht um der Sünde ihrer Eltern willen leiden." Nein, die Geschichte hat andere Zungen, und die Besseren, Einsichtigen in eurer Mitte — und deren sind gottlob gar Viele — sie wissens auch und kehren euch den Rücken und bemitleiden eure Engherzigkeit und sind gerechter, liebevoller gegen uns, weil sie auch das wissen, daß wir Juden den Glauben an den Heiland zwar nie erfassen konnten und können, daß wir aber doch mit ihnen auf gleichem Boden stehen, auf dem Boden einer heiligen Lehre, einer strengen Sittlichkeit, auf dem Boden Eines Gesetzes der Liebe und der Menschlichkeit, daß wir gleich ihnen kämpfen und ringen nach einer Zeit der Erlösung von Irrthümern mancher Art, von Auswüchsen mancher Art, die eine finstere Zeit unter uns wie unter euch herbeigeführt hat; unter uns Juden vielleicht noch mehr, — mag wahr sein. Aber woher dieses Mehr gekommen, und wer uns das Bleigewicht an die Füße gehängt hat, das uns so lange und so tief, tief herabgezogen, und was wir zu dulden, zu tragen gehabt wegen unseres Nichtglaubens an den Heiland, und von wem uns ist das Joch auferlegt worden ist — ich sage nochmals, die unpartheiische Geschichte hat Zungen und Gericht; ich aber will hier nicht Geschichte schreiben, will noch viel weniger anklagen, alte Wunden aufreißen, sondern nur andeuten, in welchem Lichte sie den sogenannten Fluch erscheinen läßt, von dem Mallet schön und schauerlich zu reden gewußt im Abenddunkel.

Folgen wir der Abendpredigt noch etwas weiter auf ihren Gängen. Da steht in meiner Skizze die Wendung: Es könnten vielleicht Einige entgegnen, daß es doch in

unseren Tagen besser geworden sei u. s. w. Zur Ehre Hamburgs, zur Ehre der Menschen wünsche und hoffe ich, daß mein Ohrenzeuge hier nicht ganz richtig gehört, daß er, erschüttert und betäubt von dem Donner des Fluchverkünders, sich in etwas getäuscht habe. Denn wenn wirklich solche Worte sind von der Kanzel herab gehört worden, gehört worden von einem Lehrer des Gotteswortes, so hat sich damit ein Abgrund des Entsetzlichen offenbart, in den hinabzublicken jedem besonnenen, ruhigen Mann schwindeln muß. Wie? Ein Mann unserer Tage hielte es wirklich für möglich, daß der alte Zorn wieder losbrechen könnte über die Juden, daß der alte, gottlob beschwichtigte Haß wieder könnte entzügelt werden und seinen Umgang halten wie zu weiland der Kreutzzüge Zeiten? Ein Verbreiter des Evangeliums der Liebe hätte wirklich den Mund aufgethan zu solcher Unbesonnenheit, hätte sich nicht entblödet, diesen Teufel an die Wand zu malen, noch mehr, hätte gesagt, daß eben dann kein Teufel wäre, sondern ein Strafgericht Gottes, ein neues Zeichen des alten Fluches? Hätte sogar zu verstehen gegeben, daß die mildere Behandlung der Juden, daß die Aufnahme derselben in den Menschenbund, daß die Befreiung derselben aus den Fesseln der Knechtung, daß die Zulassung derselben zur Theilnahme an Allem, was den Geist weckt und die Seele hebt und die Liebe zu Heimat und Vaterland begründet und steigert — daß das Alles eine Unterbrechung nur der Kette sei, die nach Gottes Rathschluß geschmiedet worden? Und das wäre in Hamburg geschehen, jener alten Metropole des Weltverkehrs, jener Stadt, die gerühmt ist wegen ihrer Duldsamkeit, die nach allen Himmelsgegenden ihre Segel aussendet und daher gar wohl weiß, daß die Erde gar vielerlei Menschenkinder trägt, die sich vertragen, einander dulden, einander Raum und Freiheit geben müssen zur ungehemmten Thätigkeit? Wie gesagt, meine Skizze mag, darf hier nicht genau sein, oder vielmehr der Zusammenhang wird wohl die Aussprüche gemildert haben, und Mallet wird daher der Nothwendigkeit Gehör geben und die Predigt in ihrer vollen Gestalt, treu, genau, der Welt zeigen. Und doch, bei aller zugegebenen Milderung — fügt sich denn eigentlich nicht der Gedanke in das ganze Gefüge der Rede? führt sie denn nicht von selbst mit eiserner Consequenz auf solche Bahnen und Schlüsse? Und wissen wir denn nicht, daß Mallet der Mann zu solcher Consequenz ist? Und — in gewissem Betrachte muß man diese Consequenz loben, muß man dem Manne Dank wissen, der nicht gescheut hat, sie zu ziehen. Nun ist's uns Juden ja offen gesagt, ohne Scheu, was wir allenfalls zu gewärtigen haben von jener theologischen Richtung, die seit geraumer Zeit die kleine und rührige und in manchen Ländern mächtige Parthei bildet, wenn sie ganz und völlig das Heft in die Hand bekommt. Was die Wagner, die Stahl, die Hengstenberg u. s. w. uns und die Welt nur ahnen ließen, das drücket der offene Mallet ungenirt aus. Immer besser ein offener Gegner, als ein verkappter mit süßlicher Miene und Honigworten im Munde. Für uns doppelt um so besser, weil sich dadurch eine Anschauungsweise, eine Beurtheilung der Menschenentwickelung zur Schau stellt, die eben nichts braucht als diese Schaustellung, um ihr Correctiv zu finden, um über sich selbst den Stab zu brechen. Denn bange wird uns wahrlich nicht bei dieser Prophezeihung einer Möglichkeit der Umkehr zu alten verknöcherten Zuständen. Bange machen gilt nicht, ist auch das schlechteste Mittel zur Bekehrung. Wir gehen hier Hand in Hand mit

Jenen allen, die nicht bange wurden und werden, als das Feldgeschrei aus dem Lager derselben Richtung erscholl, die Wissenschaft müsse umkehren, die ganze Zeit müsse umkehren, das Wogen der Menschenbewegung müsse wieder zurückgeschoben werden in die alten Geleise, bald hätte ich gesagt, in den alten Schmutz. Bange machen gilt nicht, und es wird Niemandem bange werden bei dem Treiben und Bestreben dieser Herren.

Solche Riesen und Herren des Rückwärts sind sie doch nicht, die Männer dieser Parthei, daß sie sollten zu Nichte machen können mit Einem Rucke oder mit langsamen, allmäligem Rücken, was die Menschenwelt sich im harten Kampfe erkämpft, errungen hat an Fortschritt und Entwickelung, an Duldsamkeit und Freiheit des geistigen Bewegens. Der Geist Gottes weht doch, trotz dem Anscheine des Sieges der Reaction da und dort, nach wie vor über den Gewässern des Erdenseins und lichtet immer mehr das Chaos und lichtet immer mehr das Dunkel und läßt uns Menschenkinder nicht wieder ein Raub werden der schäumenden verschlingenden Wogen. Es sind doch nur eitel Lügenpropheten, die, umgekehrt wie die der alten Zeit, welche riefen: „Friede! Friede! und es war doch kein Friede", heut zu Tage prophezeien, es sei lauter Unfriede in der Welt, es sei Alles nur Sündenpfuhl und Grabesmoder und Abfall von Gott, es laure der Fluch und die Strafe und die Züchtigung an allen Ecken und Enden. Und, wohl gemerkt, hier kommt wieder ein Trost für uns Juden, wenn auch ein leidiger. Wir sinds nicht allein, die mit Fluch und Strafe bedroht werden ob unserm Nichtglauben; was Mallet von den Juden gesagt hat, von dem verhältnißmäßig kleinen Häuflein, es gilt auch dem großen, großen Haufen von Nichtjuden, es gilt auch jenen Millionen, die nicht glauben im Sinne Mallet's und Compagnie, die nicht bekennen, was er und seine Genossen bekennen. Gebet ihnen die volle Macht, gebet ihnen die Schergen und Büttel, und ihr werdet es bald erfahren, wozu ihr Eifer, ihre Gottseligkeit sie forttreibt, und sie werden euch das Evangelium auslegen, wie sie es uns ausgelegt, mit der Zuchtruthe in der Hand. Ich sprach von der wahren Tragweite dieser Predigt —: das ist ihre rechte Tragweite, ihre, wenn auch nicht ausgesprochene Sphäre. Dasselbe Richteramt, das sich an uns Juden übt, weil wir nicht glauben an den Heiland, nicht in ihrem Sinne, wenn auch sonst ihn hochstellend und ehrend, es hat nicht zweierlei Elle, es übt sich im Stillen an allen Ungläubigen und Unbußfertigen. Man braucht nur nochmals jene Eingangs citirte Predigt zu lesen, zu lesen, was damals gesagt war von ganz Hamburg, als von einer Stadt, „in der das gottlose Wesen in Augenlust, Fleischeslust und hoffärtigem Wesen zu einem großen, Alles dahin reißenden Strome angewachsen sei", man braucht nur dann weiter zu lesen, daß der Abfall von dem heiligen Wort Gottes und die Feindschaft wider ihn und seinen Gesalbten groß sei, und daß sich auch in unserer Stadt — Bremen — die schrecklichste und schändlichste aller Sünden breit macht: und man thut einen vollen Blick in die Seele des Abendpredigers; denn seine Anschauung, seine Welt ist jetzt wie damals noch dieselbe. Wir Juden sind diesmal die Sündenböcke gewesen, weil man mit uns leichter fertig zu werden hofft, weil man aus alten Tagen — und Männer wie Mallet leben ja in den alten Tagen und könnens kaum fassen, daß so Vieles anders geworden ist, daß ein anderer Wind weht — gewohnt ist, daß man uns wie den

Wurm im Staube ungestraft tritt. Aber wir sind doch eigentlich nur der Sack, den man schlägt, während man noch etwas ganz Anderes meint. Uns zeigt man die schreckliche Perspektive eines Gottesfluches, der uns nicht verlassen wird auch in aller Zukunft. Aber eine ähnliche Perspektive ist doch auch für alle Andere aufgestellt. „Wenn ihr euch nicht bekehret, werdet ihr Alle umkommen!" — dies ist, wie damals, so jetzt der Refrain der großen Strafpredigt, die man überall halten möchte, wenn's nur anginge, wenn's nur nicht gar zu anstößig und gefährlich wäre.

Und damit bin ich mit meiner Beleuchtung der Abendpredigt zu Ende. Soll ich noch weiter fortfahren und zur Rechtfertigung eine Gegenpredigt auch meinerseits schreiben, nachdem mein wackerer College, Herr Dr. Frankfurter, seine Stimme bereits mit aller Kraft erhoben hat? Sollte es nöthig sein, immer und immer wieder zu beweisen und zu erhärten, daß wir Juden doch nicht so sehr vom Fluche Gottes beladen sind, beladen zu sein verdienen? Ach, wohl wär's in manchem Betrachte nicht ganz überflüssig, den Sisyphus-Stein zu wälzen. Denn wie der Wein, so erfindet auch der Zorn nicht, er plaudert nur aus, er verräth nur das Geheimniß der Seele. Es steckt allerdings so Etwas in der Luft von jenem lieblosen, engherzigen Confessionalismus und exclusiven Dogmatismus, der alles Schöne und Große, der selbst das allgemeinste Terrain bis zur Mathematik und Technik ein christliches *Eigenthum zu nennen und als solches zu beanspruchen beliebt. Es sind manche Zeichen da, daß man das alte Gespenst aus seinem Grabe wecken und zur grausigen Wanderung zwingen möchte. Hat Mallet zwar sein Publikum am unrechten Orte gesucht und mit ungeschickten Händen haranguirt, so hat er doch vielleicht das Bewußtsein gehabt, daß solche Predigt ein Publikum findet, ihre Hülfstruppen findet in dem Neide, in der Mißgunst, die die bessere Stellung der Juden gar häufig erweckt. Es ist das gewiß nicht ohne allen Grund. Und doch würde ich es für unwürdig halten, würde mich in der Seele schämen, zur Widerlegung, zur Beschwichtigung solchen Neides, solcher Mißgunst, viele Worte zu machen, lange Beweise zu führen und Citate anzuführen, daß wir Juden nicht Fluch und nicht Anfeindung verdienen. Ein Volk — man beliebt ja, uns noch immer ein Volk zu nennen, obgleich wir auf die Ehre der Benennung verzichten — ein Volk, das so viele Proben seines Muthes, seines Ausdauerns in dem, was es für wahr erkannt, bewiesen hat; ein Volk, das schon so vielfach ist verlästert und verdammt worden, und das dennoch nicht aufgegeben, sondern immer wieder seine Hoffnungshütte aufgeschlagen hat, bis sie endlich ihm wieder eine wohnliche, freundliche geworden ist, ein Volk, das das Weltenbuch, die heilige Schrift, sein Erbe nennt, und dieses Erbe umklammert und unter keinerlei Bedingung davon läßt und dieses Buch der Menschheit zugebracht hat: — ein solches Volk ist nicht von der Vorsehung ausersehen, um zum Schreckbilde, zum Warnbeispiel zu dienen, wie Mallet es darstellt. Ihr könnet diesem Volke viel Böses nachsagen, erdichtetes und wirkliches, und wir werden schweigen und denken, es ist die alte Geschichte, daß man den Splitter in dem Auge des Andern sieht und den Balken im eignen Auge nicht. Ihr könnet mit Fingern auf Jerusalem hindeuten, das endlich der Wucht der römischen Herrschaft ist erlegen, könnet sagen, es liege im Staube ob der Sünden der Väter, — und wir werden auch dazu schweigen und denken, daß überall Jerusalem ist, wo dem Herrn wird*

in Ehrfurcht gedient, wo man in Wahrheit seinen Namen lehrt und nennt, daß er da überall segnend zu uns zu kommen verheißen hat. Ihr könnet uns aus Mißtrauen und alter Gewohnheit noch ein und das andere wichtige, heilige Menschenrecht vorenthalten und vorgeben, wir seien noch nicht reif, wir hätten unsere Probezeit noch nicht genug bestanden — und wir müssen uns auch dieses Mißtrauen, auch diese Schranke gefallen lassen und werden und sollen nichts Anderes dagegen thun, als durch unser Leben und Streben beweisen, daß wir solches Mißtrauen nicht verdienen. Aber vom Fluche sollt ihr, dürft ihr nicht reden, das ist keines Mannes Rede, das ist kein Wort unter gebildeten, gesitteten Menschen, das überlasset der Rohheit, der Unkultur. Gesetzt, wir Juden seien die Schlimmeren, die Niedrigeren, die weit hinter euch Zurückgebliebenen. Nun wohl, gehet in unsere Tempel und Gotteshäuser, da lehren und predigen auch Männer alter und neuer Richtung, von orthodoxer und minder orthodoxer Färbung, Freunde und Gegner einer vernünftigen Auffassung des Religiösen, Lehrer, die mit Stabilität jeden alten Gebrauch, und sei er auch noch so zeitwidrig, sanctioniren, und Lehrer, die gar rasch mit Sturmeseile weiter streben. Höret, ob einer von diesen Allen den Fluch und den Zorn zum Gegenstand seiner Predigt macht, ob ihm nicht sofort, wenn er's wagen wollte, mit aller Energie entgegen getreten würde. Und wir sind doch die Kinder des alten Bundes, der von der Liebe nicht so viel wissen soll, als der neue. Freilich ist auch dies nur ein Gerede, ein leeres, und weiter Nichts. Gott über Alles lieben, und den Nebenmenschen wie sich selbst: — dies und das ganze Capitel von der Liebe wie von der Gerechtigkeit, wie von der Zucht und Sittlichkeit — die Mallet und Consorten sollen sagen, woher sie es haben, sollen eine andere Quelle nennen als unsere, als die alte von Moses und den Propheten geöffnete. Und ob wir auch darnach thun? Es ist allerlei Volk, das Judenvolk, es giebt darunter brave und minder brave, ja schlechte Menschen — wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind, wahrlich nicht, wir machen keinen Anspruch darauf, für Muster der Vollkommenheit zu gelten. Ja, es sei noch mehr zugegeben, wir bedürfen noch einer tüchtigen Läuterung, um ganz in die Höhe zu gelangen, um ganz den Rost los zu werden, der sich in den bösen, finsteren Zeiten, die hinter uns liegen, hat angesetzt. Was ist denn ein halbes Jahrhundert, — so lange, und kaum so lange ist's her, daß man uns hat die Thore der Bildung aufgethan, — wenn sich's um die Regeneration eines Volkes handelt? Und doch, fraget nochmals, ob wir darnach thun, und ich führe euch in unsere Häuser und Familien, wo die aufopferndste Hingebung und Anhänglichkeit, wo Wohlwollen, Mäßigung und häusliche Tugend fast überall zu treffen sind, ich führe euch in unsere Gemeinden mit ihren zahlreichen Liebesanstalten, mit ihren Associationen zur Unterstützung Armer und Bedürftiger, zur Erziehung der Waisen und Verlassenen, und ich sage mit frohem Bewußtsein: Ja, wir thun in vielen Stücken darnach, wir wissen, was segnen heißt, segnen nicht in leeren Worten, sondern durch That und Opfer, und darum nochmals, zum letztenmale: Weg mit Fluch, dem unwürdigen Worte!

Doch — da werde ich plötzlich, indem ich schließen will, eines Andern belehrt, nämlich durch eine so eben mir zugekommene Flugschrift, betitelt: „Hat Mallet die Juden wirklich verflucht? Ein offenes Sendschreiben an Herrn Dr. Frankfurter, von Dr. Georg

Röpe.“ Die Flugschrift hat einen versöhnlichen Zweck, will den Stachel herausziehen, den der von Mallet abgedrückte Pfeil hat sitzen lassen, will die Pille, die wir haben schlucken müssen, nachträglich versüßen. Sie will! Der Wille ist gut, aber nicht bloß das Fleisch, auch der Geist ist oft schwach. Wie fängt sie das Beschwichtigungswerk an? Erstens damit, daß sie wiederholt versichert, Mallet habe ja nie und nimmer gesagt: ich verfluche die Juden. Eine höchst überflüssige Versicherung, wie mir scheint. Wer zweifelt daran, wer weiß nicht, daß Mallet ein gottesfürchtiger Mann ist und einer solchen gotteslästerlichen Handlung, zumal auf der Kanzel, nicht fähig? Er, der damals gesagt: das hat Gott gethan! wird und kann auch von den Juden nichts Anderes gesagt haben, als: Gott hat den Fluch über sie verhängt, sein Wille und Werk ist es. Zum Andern aber wird des Breiten und Weiten deducirt, daß das gar nicht so schlimm gemeint sei, wenn man in der Sprache der Bibel und der Kanzel vom Fluche redet, und hier — wäre wahrlich schweigen besser gewesen als reden. Da dehnt und reckt und dreht und quält der gute Mann die Kernsprache der Schrift zu Gunsten seines von ihm hochverehrten Mannes, bis schier das Wort sich unter der Hand und wie mit einem Zauberschlage in sein Gegentheil umwandelt, bis Einer aus purer Liebe — vom Fluche den Mund voll haben kann. Mit solchen Kunststückchen besticht man nicht den gesunden Menschenverstand und noch weniger den Bibelkundigen. Dieser weiß, daß allerdings die Schrift das Wort, das herbe, oft gebraucht; gegen wen? gegen die Schlechtigkeit und Niedrigkeit, gegen den Abfall von Gott und Tugend. Die Priester auf dem Berge Ebal sollten, nach der Anordnung des göttlichen Führers in Israel, solchen schauerlichen Fluch aussprechen über das geheime Verbrechen, über das Laster, das im Finstern schleicht, über die Unzucht, die sich mit dem Mantel der Nacht bedeckt, über die Gottlosigkeit, die in den stillen Räumen des Hauses ihr Unwesen treibt (5. B. Mss., 27, 15 ff.), und da fragt unser naiver Herr Doctor: „wollen Sie die frommen Israeliten, die nach Mosis Befehl den Fluch auf dem Berge Ebal aussprachen, für Gotteslästerer halten?“ (S. 8). Gewiß nicht, Herr Doctor, und wenn der fromme und eifrige Abendprediger in diesen Gränzen geblieben und noch so viele kräftige Flüche gedonnert hätte gegen dergleichen Dinge — was wäre das uns angegangen? Wir hätten uns höchstens im Stillen darob gewundert, daß der Mann in unseren Tagen solche Derbheit und Herbheit nicht meidet, da sich nun einmal unsere Ohren an mildere Sprache gewöhnt haben. Aber darin liegt ja eben der nervus rerum, daß man diese derbe und herbe Sprache auf uns hat angewendet, daß, wenn die Schrift die Übertreter und Übeltäter dem Fluche Preis giebt als Folge ihrer Heillosigkeit, wir als Übertreter und Übelthäter da standen vor dem Publicum, vor einem Publicum, das freilich nicht immer das ABC des Malletschen Christenthums kennt, und nicht die Terminologie desselben, aber darum doch recht wohl weiß, was Fluch in unserer deutschen Sprache heißt. Hat ja schon einer jener alten, so oft geschmähten Rabbiner in den Sprüchen der Väter gelehrt: Lehrer, seid vorsichtig in euren Reden! Vorsichtig, bedächtig war die Malletsche Rede gewiß nicht, das muß selbst sein Vertheidiger (S. 13) einräumen. — Das Künstlichste aber, ein wahres Musterstück der Sachwalterei und des Radschlagens und des — Umdrehens wird uns S. 12 aufgetischt. „Mallet“, behauptet die Flugschrift, „drücke sein Mitleid *aus mit Israel, welches seit-*

dem die Niobe der Nationen genannt werden kann. Alle die Leiden, alle die Knechtschaft, alle die im Ganzen wenigstens (sobald man vom Standpunkte menschlicher Gerechtigkeit urtheilt) gewiß unverdiente Schmach, die von Seiten der Heiden sowie unchristlicher *(sic!) Christen ihrem Volke nun schon seit fast zwei Jahrtausenden angethan worden, müssen wir, so sehr sie uns auch zum Vorwurf gereicht, so sehr wir sie beklagen, als Christen können wir nicht anders — nichtsdestoweniger als eine* von Gott verhängte Folge *der Verwerfung Christi anerkennen.* Denn wären sie Christen gewesen, würde man die Juden nicht verfolgt haben." *Wenn das kein Unsinn ist, wenn das nicht an Blasphemie und Gotteslästerung hart anstreift, so giebt es keine. Protestanten in Italien, Spanien und sonst — was beklaget ihr euch über schlechte Behandlung, über Bedrückung um eures Glaubens willen? Eure Bedrückung ist eine von Gott verhängte Folge eures Protestantismus. Wäret ihr Katholiken, so würde man euch nicht verfolgen. — Der eine Schluß ist gerade so richtig wie der andere. Wir bedanken uns auf's Schönste, Herr Doctor, für den gewiß wohlgemeinten, aber eben so gewiß übel gerathenen Versuch, auf diesem Wege das Krumme der Sache zurecht zu biegen und auszugleichen. Und es bedarf auch keiner weitern Ausgleichung. Herr Dr. Röpe gesteht es ja selbst, welche Aufnahme die Abendpredigt gefunden, welche Indignation sie hervorgerufen hat. Mit dieser Ehrenerklärung sind wir befriedigt und übergeben somit gern der Vergessenheit, was vergessen zu werden verdient, und sprechen gern nach wie vor: „Laß nicht Streit sein zwischen mir und dir, zwischen meinen Hirten und deinen Hirten, denn wir sind ja Brüder." (1. B. M. 13, 8.)*

Mallets Predigt ist ein Stück deutscher Zeitgeschichte, die Wechslers darüber hinaus ein Stück oldenburgischer Geschichte.

Man ist sich heute wohl bewußt, daß der Rassenantisemitismus durch den theologischen Antisemitismus der Kirche im wesentlichen mit begründet ist. Das Volk war durch die Jahrhunderte hindurch so beeinflußt worden, daß ein Antisemitismus, d. h. ein Judenhaß fast verständlich ist. Der Umschwung vom religiösen zum rassischen Haß war daher leicht zu bewirken. Die Vorurteile waren gegeben und gleich geblieben, nur die Begründung änderte sich. Vor allem war man vielfach dem fortschrittlichen Judentum feindlich gesinnt, wie es Geiger erklärte: „Der alte Jude schien geistig und gesellig verkommen, man konnte ihn verspotten, ihn mit einem verächtlichen Fußtritte beseitigen. Wenn er weiter so geblieben wäre, würde man sich seiner weiter zur Kurzweil bedienen können; darum möchten sich ihn auch die gnädigen und die geistlichen Herren — und in ihrem Auftrage die Lohnschreiber — ‚conservieren', sie hätscheln ihn zuweilen, weil sie ihm den anderen Augenblick auch ihre vornehme, priesterliche Verachtung beweisen können. Der Jude der Gegenwart hingegen, der an den inneren geistigen Kämpfen sich beteiligt, aus seiner Geschichte heraus einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung der Menschheit, der Anschauungen und Zustände leistet, hört auf, Gegenstand der Verachtung zu sein, er wird gehaßt." [243] Geiger fährt dann fort, sich mit den Anschauungen

243) Zeitschrift, 2. Jg., 1863, S. 81—84. Die protestantische Kirchenzeitung und der Fortschritt im Judentum II.

christlicher Theologen auseinanderzusetzen, die den Juden zwar die Erkenntnis eines *einzigen* Gottes zugestehen gewillt waren, doch erklärten, daß die Juden von einem *einigen* Gotte noch nichts gewußt hätten, dieser Begriff sei erst in der christlichen *Dreieinigkeit* erfaßt worden. Damit sollte nicht nur die religiöse Erkenntnis des Judentums herabgedrückt werden, sondern „die Berechtigung eines inmitten der modernen europäischen Gesellschaft fortbestehenden Judentums" in Frage gestellt werden. „Die Eingliederung dieser ‚janus-artigen, modern-antiken, religiös-politischen, orientalisch-europäischen Nationalität' in ein modernes europäsches Volk (sei daher) unmöglich".
Gegen diese wissenschaftlich unsinnige Idee mit ihren bürgerlichen Konsequenzen hatte sich Geiger zu wenden.
Man wußte einerseits, daß es noch viel zu kämpfen gab, und war andererseits vom Vertrauen erfüllt, daß es sich dabei um Rückzugsgefechte einer hartnäckigen Opposition handelte und daß der Sieg der jüdischen Menschenrechte bestimmt zu erwarten war. Daher konnte Wechsler sagen: „Bange machen gilt nicht." Man sah Deutschland als ewige Heimat an. Daher gab die Reform jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr nach dem Lande Israels auf, wollte die Juden nicht als *Volk*, sondern lediglich als Konfession erkennen und von der Umwelt erkannt wissen, und sah den Messias als *Symbol* einer geeinigten Menschheit. Um völliger Einbürgerung würdig zu sein, mußten die Juden, der Reformideologie nach, rückständige Lebensformen und Religionsgebräuche ablegen und sich als Vollbürger ‚bewähren'. Wechsler baut alle diese Programmpunkte der Reform in seine Schrift ein: „man beliebt ja uns noch immer ein Volk zu nennen, obgleich wir auf die Ehre der Benennung verzichten"; „Jerusalem ist (überall), wo dem Herrn wird in Ehrfurcht gedient"; „wir bedürfen noch einer tüchtigen Läuterung, um ganz in die Höhe zu gelangen"; usw. Das gibt seinen Ausführungen zusätzliche Bedeutung. Die Voraussetzungen und Hoffnungen der Reform, wie auch aller deutschen Juden, erwiesen sich als ein tragischer Irrtum.
Nun dürfen wir nicht vergessen, daß erst das vatikanische Konzil von 1965 mit der Idee der verfluchten Juden, die Christus zum Kreuzestod brachten, aufgeräumt hat, und daß sich noch heute viel theologisches Vorurteil gegen Juden nachweisen läßt — neben anderen Vorurteilen. Hier hieb nun Mallet ein — falls Wechsler recht hat —, um die Juden Hamburgs aus der Gesamtgemeinschaft auszutreiben und zumindest auf alle Fälle die Juden in ihr gesellschaftliches Ghetto zurückzuweisen und, wenn möglich, ihre weitere Einbürgerung zu verhindern oder zu verzögern. Diese Stellungnahme den Juden gegenüber ist ein trauriges Kapitel. Es ist nicht nötig, auf die Einzelheiten der Antwort Wechslers einzugehen. Sie sprechen für sich selbst und klingen sehr modern. Doch erfahren wir hier Gutes über Oldenburg. Es war gar nicht selbstverständlich, daß Großherzog und Regierung fortschrittliche Rabbiner beriefen. Man hätte ebensogut die Juden in ihrer alten Form zu leben zwingen oder zumindest sich selbst überlassen können. Aber Oldenburg wollte seine Juden in die Neuzeit hineinführen.
Die Stellung Wechslers wird dadurch klar, daß er von einem Freunde eine Skizze der Predigt Mallets erhielt. Ein Jude wird es wohl kaum gewesen sein, es ist vielmehr anzunehmen, daß ein christlicher Freund Wechsler vom Geschehen benachrichtigt hat, was bedeutet, daß der Freund entrüstet war.

Damit erhalten sowohl der Bericht Mendelssohns über Oldenburg wie die Auslassungen des Bremarius größere Bedeutung. Oldenburg hatte eine freisinnige Gesellschaft, in der die Juden teilnehmen durften, und Bremen war in der Tat so engstirnig, daß ihnen die Oldenburger ideologisch ein Dorn im Auge sein mußten.

Wechsler fühlte sich geborgen in Oldenburg, so konnte er wohl erklären: „Es ist allerlei Volk, das Judenvolk — es gibt darunter brave und minder brave, ja schlechte Menschen —, wir wollen uns nicht besser machen als wir sind . . ." (S. 14.) Wäre er weniger sicher gewesen, so hätte er nur von den „guten Juden" gesprochen und sich von den schlechten abgesondert. Er tat es nicht, weil man in Oldenburg die Juden eben als Menschen wie alle anderen nahm. Nur eines übersah Wechsler, wenn er sagte, „bange machen gilt nicht . . ." (S. 10—11). Hatte ihn Oldenburg zu hoffnungsfreudig gestimmt? Das „Treiben und Bestreben dieser Herren" hatte den von ihnen gesuchten Erfolg, falls sie ihn suchten — und einen häßlichen „Erfolg", falls sie nur den Status quo aufrechterhalten wollten. „Mit einem Rucke" wurde die Freiheit zunichte.

Von Wechslers Seite war die Antwort ein mutiges und stolzes Bekenntnis zum Judentum, seinem Werte, seiner Lebenskraft und seiner Lebensberechtigung, die niemand ihm zu bestreiten das Recht hatte. Für die Geschichte des Judentums sind zwei Dinge von Wichtigkeit, ein äußeres und ein inneres. Für diejenigen, die die Juden haßten, war es ganz gleich, ob ein Jude „modern" und ehrenhaft und beitraggebend in der Gemeinschaft lebte. „Tut nichts, der Jude wird verbrannt", sagte Lessing richtig im *Nathan*. Die Juden selbst wollten das oft nicht sehen und hofften, daß „gutes Benehmen" ihnen das Wohlwollen aller versichere. Die wohlwollenden Mitbürger sahen die Juden eben als Menschen an, den anderen waren sie alle gleich verhaßt. Von innen her gesehen, zeigt sich, daß das Reformjudentum nicht, wie oft von orthodoxer Seite gesagt wurde, eine Auflösung seiner Eigenart erstrebte. Im Gegenteil, gerade die Reform sah die Juden vor eine weltumfassende Aufgabe gestellt, nämlich ethischer Lehrer des Gotteswillens zu sein; man fühlte daher, daß das Judentum überleben müsse, seine Kraft erneuern und im Leben der Zeit stehend sich ihr gemäß verjüngen solle.

Die Kontroverse mit Mallet wirft ein helles Licht auf die Oldenburger Verhältnisse und durch sie auf die Gesamtlage der Juden im Westen Europas.

Übergang: Juden in Oldenburg

Am 20. November 1874 benachrichtigte der Landesgemeinderat die Regierung offiziell, daß Wechsler gestorben sei. Mit ihm verschied der dritte der großen Wegbereiter, durch deren Wirken Oldenburg in den Mittelpunkt jüdischer Theologie rückte. Von nun an war die Landesgemeinde der Juden mehr Spiegelbild als Vorbild. Aber auch als Spiegelbild wird sie bedeutungsvoll.

Wechsler kann sich mit seinen Vorgängern kaum messen. Wir haben keine grundlegenden Werke von ihm. Obgleich ihn Joseph Mendelssohn als Redner und Theologen rühmte, geben seine Predigten nicht den Eindruck eines überragenden Intellekts. Wir haben z. B. „Das Bild des edlen Weibes — zum Gedächtnis der Großherzogin" und „Zum Frieden der Konfessionen", eine Rede, die 1845 in der Schulzeschen Buchhand-

lung erschien. Wechsler war ein Reformer, der seine Ideen sowohl mutig vertrat wie auch den Bedürfnissen seiner Menschen anpaßte; er war menschlich.
Er verstand sich gut sowohl mit seinen Gemeinden wie mit der Regierung, daher hatte er den Erfolg, ein Gesetz, die Organisation der Gemeinden betreffend, zu erreichen; gleichzeitig wurde man auch seinen persönlichen Wünschen gerecht. Nicht länger brauchte er der Regierung Rechenschaft über die Verhältnisse in den Landgemeinden abzulegen, darum haben wir auch keine Berichte von ihm. Er berichtete lediglich an den Landesgemeinderat. Die Rabbinatskasse wurde angehalten, seine Versorgungsprämien zu zahlen, er selbst war der einzige, der Trauungen im Lande vollziehen durfte, und seine Reisen zu solchen Trauungen galten als Amtsreisen. Gleichzeitig wurde ihm gesetzlich eine Miniumgebühr von 20,— M. für eine Traurede, 10,— M. für eine Leichenrede, 1,— M. für Ausfertigung eines Geburtsscheines gewährt; für die damalige Zeit hohe Beträge. Außerdem wurde ihm ein Tagegeld in Höhe von 6,— M. für jede Amtsreise pro Tag zuerkannt.[244]
In den Jahren seiner Amtszeit hatte sich viel in Oldenburg geändert. Das zur Zeit seiner Amtsübernahme abgelegene Land war durch Eisenbahnverbindungen sowohl im Innern wie auch nach außen hin aufgeschlossen worden. Die Gewerbefreiheit, die 1861 gewährt worden war, brachte Industrie ins Land. Im Krieg Preußens gegen Österreich von 1866 hatte Oldenburg sich Preußen angeschlossen und damit seine Unabhängigkeit bewahrt. Hannover, das sich mit Österreich verbunden hatte, wurde nach dem Sieg Preußens von diesem annektiert. Die Selbständigkeit Oldenburgs war auch für das Landesrabbinat von großer Bedeutung, denn es ist ja kaum anzunehmen, daß dieses Rabbinat weiter bestanden hätte, wenn Oldenburg zu einer preußischen Provinz geworden wäre; die Zahl der Juden war zu klein. Doch machte sich der Einfluß Preußens in Oldenburg fühlbar, aber gleichzeitig erlaubte die Schaffung des Deutschen Reiches eine Freizügigkeit, die eine Zuwanderung — wenn auch einer kleinen Zahl — von Juden, sowohl vom früheren „Ausland", nämlich anderen Bundesstaaten, wie auch aus dem russischen Polen erlaubte. Die Landesgemeinde wuchs.
1816 gab es in Oldenburg 100 jüdische Familien; 1822 wurden 746 Juden im Lande gezählt. Nach Rüthning wohnten im Jahre 1855 insgesamt 1494 Juden in Oldenburg, die 0,52 % der Gesamtbevölkerung bildeten.[245] Das bedeutet, daß sich zu Wechslers Amtszeit die Zahl der Juden etwa verdoppelt hätte. Sie hätte dabei ungefähr ihr Maximum erreicht, Schwankungen in den folgenden Jahren waren gering. (Rüthning gibt die Zahl der Juden für 1900 als 1359 oder 0,34 % an.) Allerdings dürften die Angaben für 1855 etwas in Zweifel zu ziehen sein. Die „Motive des Landtages zum Gesetz von 1859" erklären zu Artikel 5,6, daß die Landesgemeinde ungefähr 740 Seelen umfaßte.[246] Zu Artikel 3 erklären die „Motive": „... nur zwei (Gemeinden) zählen etwas über 100 Seelen, eine hat nur 14 Seelen, die übrigen 25 bis 90 Seelen. Die Zählung von 1869 zur Veranlagung der Juden gibt die Gesamtzahl mit 252 Familien an. Nähmen wir an,

244) Gesetz vom 17. Januar 1851; s. Mannheimer a. a. O., S. 41—42.
245) Rüthning, Oldenburgische Geschichte, Bd. II, S. 615; einschließlich Birkenfeld, aber von R. nicht erwähnt; s. Fußnote 217.
246) Mannheimer, a. a. O., S. 25.

daß jede Familie drei Kinder hatte, so kämen wir allerdings auf eine Zahl von etwa 1500 (250 Männer als Familienoberhaupt, 250 Frauen und 750 Kinder). Fassen wir allerdings die Zahl der Kinder, die zu Hirschs Zeit durch die jüdischen Schulen gingen, zusammen, so erfahren wir von nur etwa 150 Kindern. Aus allem können wir schließen, daß Rüthning die Zahl der Juden überschätzt hat. Die jüdische Bevölkerung in Wechslers Amtszeit mag *nach* 1861 und 1866 gestiegen sein.

Beruflich änderte sich manches, da wir jetzt auch den Apotheker (Ballin), den Bankier (Ballin), Studenten, Produktenhändler, selbst Komiker (Eichwald, 1876), Kunstreiter (Goldkette, 1877), Goldarbeiter (Joseph, 1887), Barbier (Kochmann, 1883), Porzellandreher (Jakobowsky, 1873), Kürschner (Philip Leichentritt, 1905), Buchbinder (Silberberg, 1885, und Hermann Leichentritt, 1905), Bäcker (Cohen, 1908), Polsterer (Flatow, 1906), Goldarbeiter (Friedheim, vor 1888), Bürstenmacher (Hartogsohn, 1869), Schiffer (Hattendorf, 1914), Fotografen (Hinzelmann, 1909), Tapezierer (Siegfried Meyer, 1893), Uhrmacher (Müller, 1868), Schauspieler (Nothmann, 1868, ebenfalls Salomon, 1874), Sattler (Schönfeld, 1885), Zigarrenmacher (Stern, 1884), Tischler (de Vries, 1889), nebst Kaufleuten verschiedener Branchen, Viehhändlern, Schlachtern, einigen Fabrikanten usw. vertreten finden.[247] Ich bin bewußt etwas über die Wechsler-Jahre hinausgegangen, um zu zeigen, daß, im Verhältnis zu der kleinen Anzahl der Juden, dieselben über ein viel weiteres Spektrum verbreitet waren als die Allgemeinheit. Dabei sehen wir ebenfalls, daß es sich, außer bei der Elite, um Durchschnittsberufe mit mittlerer Begabung und Interessen handelte. Oldenburg war „normal". Durch die weitgehende Verteilung der Berufe, außer dem Kern von Viehhändlern und Schlachtern, deren Profession den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung entgegenkam, dürfte sich auch in den unteren Klassen ein engeres Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden entwickelt haben. Die Judenschaft war eingegliedert. Dies wäre jedoch nicht möglich gewesen, hätte die christliche Bevölkerung ihr ablehnend gegenübergestanden.

Großen Wohlstand gab es nicht, die Mehrzahl der Juden gehörte dem Mittelstand, sogar im unteren Bereich, an. Im Jahre 1869 mußten die Juden eine Steuer von 40 bis 41 % zuzüglich ihrer Einkommensteuer zahlen, um die Kosten für die Rabbinatskasse aufzubringen. Diese betrugen 900 Rt., Wechsler erhielt Gehaltsaufbesserung und außerdem noch einen Staatszuschuß.[248] Die insgesamt aufgebrachte Einkommensteuer der Juden betrug 2237'5 Rt. Einige Gemeinden waren wohlhabender als die anderen. Elsfleth hatte nur vier jüdische Familien mit 398'5 Rt. an Einkommensteuer, wovon Joseph Schiff allein 340 Rt. zahlte; der Beitrag zur Rabbinatskasse betrug 160'15'5 Rt. Varel, mit 28 Familien, zahlte 110'10'1 Rt., Jever, mit 36 Familien, 101'23'8 Rt. Berne, mit zehn Familien, zahlte 42'13'11 Rt., denn dort gab es Schlachter, Geschäftsleute, Färber; Vechta, mit neun Familien, die gleichen Berufen nachgingen, zahlte 29'4'10 Rt. Während Westerstede, mit vier Familien, 18'8'4 Rt. zahlte und Brake, mit fünf Familien, 14'25'6 Rt., konnte Cloppenburg, mit acht Familien, nur 16'22 Rt. aufbringen, und

247) s. Schieckel, a. a. O., Liste der Wehrpflichtigen; ders., Die oldenburgischen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 284 f., 298.

248) Verzeichnis der Juden und Aussetzung zur Rabbinatskasse, O.S.A., Best. 134, 755.

Ovelgönne, die ärmste Gemeinde mit sechs Familien, nur 5'1'3. Delmenhorst, mit 22 Familien, zahlte 70'26'9 Rt., Oldenburg, das unter seinen Mitgliedern auch Fabrikunternehmer hatte (Wallheimer: Zigarren; Gerson: Bürsten, usw.) wie auch einen Arzt, Apotheker und Bankier, zahlte 259'18'9 Rt. und hatte 39 Familien im Stadtbezirk.
Die Besteuerung fand auf Grund der Vermögens- und Einkommensschätzung durch die Armentaxatoren jedes Kirchspiels statt, die Ansetzung der Steuer durch die Regierung, „... wonach wenn 1000 Reichstaler des geschätzten Vermögens 3 Reichstaler zahlen, 100 Reichstaler des geschätzten Einkommens 4 Reichstaler entrichten".[249]

Auf der Suche nach einem neuen Landesrabbiner

Wechslers Gehalt betrug 1075 Reichstaler aus der Rabbinatskasse zuzüglich 300 Reichstalern (900,— M.) aus der Staatskasse, für damalige Zeiten ein sehr gutes Gehalt. Daher bewarb sich eine ganze Reihe von Rabbinern. Die Staatskasse gewährte einen Vorschuß von 300 Mark für die Reisekosten der Kandidaten, daher kamen auch mehrere zur Probepredigt, in Antwort auf eine Anzeige im orthodoxen Wochenblatt, dem „Israelit" (Mainz, Kosten der Annonce 11,30 M.). Es kamen Dr. van Geldern aus Halberstadt, Rabbiner Falkenheim aus Posen, Dr. Hanover aus Wandsbek, Dr. Glück aus Samter, Dr. Feilchenfeld aus Culm und Dr. Rippner aus Groß-Glogau.[250] Der letztere wurde einstimmig vom Landesgemeinderat gewählt und der Regierung vorgeschlagen. Die Regierung, die es nicht für notwendig angesehen hatte, der Einladung zu den Probepredigten Folge zu leisten, wollte jedoch die Zeugnisse des vorgeschlagenen Rabbiners sehen, worauf sie erklärte, daß die Zeugnisse des Dr. Rippner, die ihm vom Jüdisch-Theologischen Seminar ausgestellt worden waren, gut und zum Zweck der Berufung genügend seien. Rippner wurde am 30. Juni 1875 durch großherzogliche Ernennungsurkunde zum Landesrabbiner ernannt und sollte am 19. Juli verpflichtet werden. Aber Rippner trat ganz unerwartet zurück, und Dr. J. Glück erhielt die Wahl und Bestallung mit einem Gehalt von 3225,— Mark.[251]
Sein Amtseid, wie der der anderen Landesrabbiner, lautete:
„Ich ... schwöre Treue und Gehorsam Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg ..., meinem Gnädigen Landesherren und Hochdessen erblichen Nachfolgern in der Regierung des Großherzogtums Oldenburg, und gelobe die Pflichten des mir aufgetragenen Amtes gewissenhaft zu erfüllen, auch bei dessen Ausübung die Gesetze und die Staatsverfassung des Großherzogtums genau zu beobachten. So wahr mir Gott helfe!" [252]
Oldenburg hatte einen neuen Landesrabbiner.

---

249) Mannheimer, a. a. O., S. 52—53.
250) O.S.A., Best. 134, 754.
251) Die Reisespesen waren 334,74 M. — O.S.A., Best. 134, 753.
252) O.S.A., Best. 134, 753 (enthält auch die offizielle Benachrichtigung der Regierung von Wechslers Tod).

VII. Tragisches Zwischenspiel: Glück

Die Zeit der Glückschen Amtsführung ist in keiner Weise bedeutungsvoll. Glück scheint kein sehr energischer Mann gewesen zu sein.

Seine Predigt am Sedanstag 1876 folgt dem damals üblichen Patriotismus; die Tücke des Feindes wurde überwunden, so sagte er, die große Tat der Fürsten, die sich zum Bunde zusammenschlossen, sei zu rühmen. Gleichzeitig erklärte er, der Feind habe das Gebot der Liebe zum Fremden verletzt, daher gehöre die Erinnerung an den Sieg in die Synagoge, da das Judentum Liebe zum Fremden forderte.[253] Überzeugend hört sich das nicht an.

Im gleichen Jahr entwickelte sich ein Problem, das erst unter Mannheimer seine Lösung fand. In allen Orten, in denen keine jüdischen Privatschulen bestanden, mußten die Juden in vollem Maße, wie die Christen, steuerlich zur Erhaltung der öffentlichen Schule beitragen. In diesen öffentlichen Schulen wurde nun mindestens eine Religionsstunde pro Tag erteilt, in den katholischen Teilen des Landes sogar mehr. Das heißt, ein Fünftel oder sogar ein Drittel des Unterrichts war der christlichen Religion gewidmet, und die Juden mußten dazu beitragen, ohne daran teilzunehmen. Gleichzeitig wurden sie durch den Staat gezwungen, sowohl den Kindern in Volksschulen als auch denen in den höheren Schulen Religionsunterricht geben zu lassen. So mußten sie denn auf ihre Kosten einen jüdischen Religionslehrer erhalten. In Berne, wo eine jüdische Privatschule bis 1878 bestand, in Wildeshausen, wo es eine solche bis 1876 gab, in Varel und Delmenhorst, wo ebenfalls jüdische Privatschulen existierten, waren sie von der Steuer befreit. In Oldenburg, wo die Schule der Juden aufgelöst worden war, hatten diese einen Vertrag mit der Stadt, die auf Grund desselben einen Teil der Steuern zurückerstattete. In den anderen Orten wurden sie doppelt besteuert. Glück tat nichts gegen diese ungerechtfertigte Behandlung.[254] Gleichzeitig bemerken wir, daß die Zahl der jüdischen Lehrer zurückgegangen war. Vechta, Berne, Ovelgönne und Cloppenburg hatten keine Lehrer.

Andererseits hatte Glück einen ausgedehnten Streit, über den bei der Regierung endlose Akten vorliegen. Der Lehrer Löbenstein in Oldenburg widersetzte sich Glücks Anordnung, regelmäßige Schlachtstunden abzuhalten, so daß die Gemeindemitglieder wußten, wann sie ihr Geflügel geschlachtet bekommen konnten. Ein energischer Landesrabbiner, dessen Autorität anerkannt war, hätte diese Angelegenheit ohne lange Verhandlungen regeln können. Schließlich erreichte es Glück dann doch, daß sich Löbenstein von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 4 bis 5 Uhr nachmittags zum Schlachten bereitfand. Der amtierende Rabbiner scheint kein starker Mann gewesen zu sein.

Der Streit zwischen Glück und dem Lehrer gewährt uns auch einen Einblick in die Stellung desselben. Löbenstein erhielt ein Gehalt von 1050,— M., freie Wohnung, nochmals

253) O.L.B., Ge IX, B.
254) O.S.A., Best. 134, 788, und für 1911, O.S.A., Best. 134, 752.

150,— fürs Schlachten und mußte wöchentlich sieben Stunden Religionsunterricht erteilen. Dazu fungierte er als Vorbeter in der Synagoge, gewiß kein schweres Amt.[255]
Im gleichen Jahre, 1878, wurde von der Regierung das Besteuerungsgesetz der Juden dahingehend geändert, daß die Steuer auf die Einkommensteuer bezogen wurde und auch Auswärtige zur Zahlung verpflichtet wurden, falls sie ihren Wohnsitz in Oldenburg hatten. Eine Einwanderung hatte stattgefunden. Synagogenbeamte waren von der Steuer befreit, das Alter von 55 Jahren entband allerdings nicht von dieser Verpflichtung.[256] Bei der Novelle handelte es sich um eine Korrektur des bisherigen Gesetzes, eine große Neuerung ergab sich nicht.
1880 fand der Neubau der Synagoge in Jever statt, da die alte aus dem Anfang des Jahrhunderts zu ersetzen war. Die Einweihung fand am 25. November 1880 statt. Wiederum haben wir kein Programm der Weihegottesdienste.
Staatszuschüsse wie in Wechslers Zeit gab es nicht. 1880 wurde die Aufnahme einer Anleihe zum Neubau der Synagoge gewährt. Diese wurde in Höhe von 9000,— M. gewährt und sollte in 70 Jahren abgezahlt werden. Der Neubau sollte 12 000,— bis 14 000,— M. kosten. 1881 wurde Jever die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 6000,— M. zugestanden, die zur Erweiterung der Synagoge verwandt werden sollte. Die Abzahlung sollte jährlich mit 300,— M. erfolgen. Die Gesamtkosten der neuen Synagoge, die wie die alte in der Wasserpfortstraße gelegen war, beliefen sich auf 28 000,— M., von denen im Jahre 1910 noch 13 100,— als Schuld verblieben. In diesem Jahre wurde der Gemeinde eine neue Anleihe erlaubt, um die Synagoge zu erweitern und Grundbesitz zur Erweiterung zu erwerben. Die Abzahlungsraten wurden mit 400,— M. jährlich festgesetzt. Die Schuld war 1938 gelöscht, dem Jahre, in dem die Synagoge verbrannt wurde.[257] Sie war eine außerordentlich stilvolle Synagoge, in der jedoch während der letzten Jahre kein Gottesdienst mehr gehalten werden konnte, da die Nationalsozialisten alle Fenster zerbrachen und die Juden kein Geld hatten, die Fenster dauernd zu ersetzen.
Die Initiative für den Neubau dürfte von der Gemeinde und nicht von dem Landesrabbiner ausgegangen sein, daher gab es keine Staatshilfe. 1882 vermittelte Glück die Überreichung des Ehrenzeichens 2. Klasse an den Lehrer und Kantor Neumark in Varel, der sein 25jähriges Amtsjubiläum feierte und gleichzeitig eine Gehaltserhöhung erhielt.[258] All das war mehr oder weniger Routine. 1871 erhielt Glück eine Gehaltserhöhung von 300,— M., aber keine Verbesserung des *Staats*beitrags zum Rabbinergehalt. Sein Gesamtgehalt wurde im Minimum auf 3740,— M. angesetzt.[259] Der Staatszuschuß für bedürftige Synagogengemeinden wurde bei 900,— M. gehalten.[260]

---

255) O.S.A., Best. 134, 782.
256) Mannheimer, a. a. O., S. 54.
257) O.S.A., Best. 134, 792.
258) O.S.A., Best. 134, 791.
259) O.S.A., Best. 134, 753, auch für das Folgende.
260) Bericht: Beihilfe zum jüdischen Religionsunterricht scheint fehlerhaft zu sein, da 1884 als das Jahr der Erhöhung angegeben wird.

1890 war Glück in tiefsten Schwierigkeiten. Am 14. August wurde er schwerer Verfehlung im persönlichen Lebenswandel angeklagt. Sechs Tage später wurde ihm von der Regierung erklärt, er müsse sich einem Disziplinarverfahren unterziehen, er würde sonst suspendiert. Glück schlug vor, freiwillig von seinem Amt zurückzutreten, doch möge ihm eine disziplinarische Suspension erspart bleiben. Am 22. August traten die führenden Mitglieder Oldenburgs für ihn ein. Doch half dieses nichts. Das Ministerium verfügte, daß Glück sich entweder einem Disziplinargerichte unterziehen müsse oder sich zum Rücktritt zu entscheiden habe. Glück konnte oder wollte seine Sache nicht ausfechten; er entsagte am 2. September 1890. Gleichzeitig richtete der unglückliche Mann ein Gnadengesuch an den Großherzog: man möchte ihm die Stelle weiterhin anvertrauen oder doch wenigstens eine Pension bewilligen. Die Antwort, die vom 23. September 1890 datiert war, enthielt eine völlige Ablehnung: Glück habe sich keinem Dienstgericht unterzogen, um sich zu rechtfertigen, daher könne ihm keine Gnade gewährt werden. Wäre er ein Kämpfer gewesen, wie nach ihm Mannheimer in einer etwas anderen, doch ähnlichen Situation, hätte man ihm wohl eine Gnade erwiesen, selbst wenn er schuldig gewesen wäre. Aber er war keine kämpferische Persönlichkeit, und so verschwindet er aus der Geschichte Oldenburgs und der Oldenburger Juden. Glück war eine tragische Person.

Der Antisemitismus regt sich

Am 8. Juli 1887 erhielt die Regierung einen Brief, der am 4. von einem C. Radenhauer in Hamburg abgesandt worden war: [261]

Ew Exellenz (sic) hat sich der ergebenst Unterzeichnete erlaubt, zur geneigten Kenntnis ein Exemplar seines Werkes: Esther, Die semitische Unmoral im Kampfe wider Staat und Kirche, *zu übersenden, in dem Pflichtbewußtsein, die Aufmerksamkeit der höchsten Behörde darauf zu lenken, daß es gilt, mit aller Kraft einen versteckten Reichsfeind schlimmster Art zu bekämpfen, dessen verderbliches Walten schon jetzt in bedrohlicher Weise gewachsen ist.*

Da nicht vorausgesetzt werden kann, daß Ew. Exellenz Muße finden werden das Werk zu durchlesen, so möge es gestattet sein, die geneigte Aufmerksamkeit zu lenken auf die, Seite 12 wörtlich angeführten 43 Lehrsätze aus dem, in Rabbinatsschulen und jüdischen Lehrerseminaren zum Unterricht verwendeten Lehrbuch der Ethik und Moral Schulchan Aruch (gedeckter Tisch), welches im 16. Jahrhundert vom Rabbiner Isserles in Krakau verfaßt, die für das rituelle und bürgerliche Leben geltenden Vorschriften zweckmäßig angeordnet enthält. Die im Judentum dem Talmud beigelegte Geltung als Richtschnur für alle Lebensbezüge, erstreckt sich auch auf dieses Lehrbuch und stellt dessen Vorschriften in der Meinung aller gläubigen Juden, weit über die Staatsgesetze und die allgemein gültigen Gesetze der Moral. Das im Werke voran-

261) O.S.A., Best. 134, 795.

gesetzte Inhaltsverzeichnis bietet beim Durchlesen vielleicht einige Absätze, welche die besondere Aufmerksamkeit Ew. Exellenz auf sich zu lenken vermöchten, und erlaube ich mir, für solchen Fall den letzten Abschnitt, „Aussöhnung mit Israel" hervor zu heben. Derselbe sucht die Notwendigkeit des staatlichen Einschreitens zu erweisen, damit nicht länger die jüdische Unmoral die Geltung der Staatsgesetze untergrabe, die geltende Justizeinrichtung mißbrauche zur listigen Ausbeutung der Christen und der gesetzlichen Formen, und durch Zusammenraffen des Geldbesitzes durch Mittel verwerflichster Art, den Wohlstand, die Moral und das Vertrauen auf die übermächtige Weisheit der Staatsregierung steigend erschüttern (sic). Zum Schluß erlaube ich mir das competenteste Urteil über die jüdische Unmoral anzuführen, welches in dem Talmud gegeben wird, wie folgt (Dibre David Par. 37). Einem Nichtjuden etwas aus unseren Religionslehren mitteilen, ist so viel als alle Juden töten. Denn wüßten die Nichtjuden was wir gegen sie lehren, würden sie uns alle totschlagen? (sic). Ein Kommentar dazu wäre überflüssig.

In der Hoffnung, daß Ew. Exellenz mein Vorgehen nicht als eine unliebsame Belästigung betrachten werde, sondern als eine mir, wie jedem andern Reichsbürger obliegende Pflichterfüllung verharre mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Exellenz ganz ergebenster . . .

Nun ist der Schulchan Aruch in der Tat der religiöse Gesetzeskodex der orthodoxen Juden, doch wurde er erstens einmal nicht von Rabbi Isserles in Krakau, sondern von Joseph Karo in Safed, Israel, verfaßt. Dibre David gibt es überhaupt nicht, und der Talmud besteht aus vielen Traktaten und ist außerdem in Seiten, nicht in Paragraphen, eingeteilt. Der antisemitische Autor schrieb eben einfach etwas hin, um sich Authentizität zu geben. Den Satz und die antichristlichen Lehrsätze, die er quotiert, gibt es nicht. Das Ganze ist ein Lügenprodukt.

Der Beamte, der diesen Brief las, konnte das nicht wissen, aber er kannte die Oldenburger Juden, ihren „Reichtum" und ihre „Pläne". Die Erledigung war kurz und bündig: ad acta. Das Buch selbst ist nicht mehr da, es wurde wohl dem Verfasser zurückgesandt. Doch das sollte anders werden, wie wir später sehen werden.

Den Oldenburger wie den Deutschen Juden war der Kampf angesagt. Von diesem Schreiben wußten sie wohl nichts, von anderen sollten sie eventuell traurige Kunde erhalten. Die Saat ging auf, die Lüge fand Gläubige.

Wir werden im Laufe der Jahre sehen, wie sich das Unrecht weiter und weiter verbreitete. Gegenwärtig dürfen wir jedoch dem Oldenburger, der das Giftschreiben einfach ad acta legte, Anerkennung aussprechen. Man war eben in Oldenburg, und da war man ehrlich und gerecht. Wieviel Unheil das Buch anderweitig angerichtet haben mag, kann man nicht wissen.

VIII. Der neue Landesrabbiner: Mannheimer

David Mannheimer aus Lauenburg in Pommern hielt seine Probepredigt am 4. März 1891; er war 27 Jahre alt, orthodox und der Erfolgreiche unter 32 Bewerbern (u. a. Dr. Weingarten aus Bad Ems, Dr. Cohen aus Burgkundstadt, die in engerer Wahl standen). Trotz der kleinen jüdischen Bevölkerung war Oldenburg anscheinend außerordentlich anziehend. Das dürfte mit dem Geiste zu tun gehabt haben, der die Gesellschaft erfüllte.

Am 21. Juli des gleichen Jahres wurde Mannheimer vereidigt, sein Gehalt wurde mit 4000,— M. angesetzt und im folgenden Jahre um 900,— M. erhöht.

Mannheimer war ein hartnäckiger Mann; die Eleganz des Wesens, die Wechsler charakterisierte, fehlte ihm ganz. Diplomatie lag ihm nicht. Gleichzeitig war Mannheimer eitel und ehrsüchtig, was ihn zu einer tragikomischen Figur machte. Er war geneigt, Gehorsam zu erzwingen. Er war streng orthodox. So kam er mit der ebenfalls hartnäckigen, liberalen Elitegruppe in Konflikt. Diese Juden waren von der nichtjüdischen Umwelt angezogen, ihre Bindung zum Judentum war schwach. Wechsler hatte sie geschickt betreut, so hielten sie ihm die Treue, und damit der Gemeinschaft. Unter Mannheimer kam es zu Zusammenstößen. Das Ergebnis waren Austritte.

Mannheimer war derb, in Sprache wie im Handeln, so war er denn dauernd in Kämpfe verwickelt, um seine eigene Stellung, innerhalb der Gemeinde, mit der Welt.[262]

Dies war „die gute, alte Zeit", und man verzettelte sich in Kleinigkeiten, hinter denen jedoch tiefere Probleme verborgen lagen. Georg Reyersbach, lange eines der bedeutendsten Mitglieder der Gemeinde, gab beim Jom-Kippur-Gottesdienst des Jahres 1893 dem Landesrabbiner Ursache zu einer öffentlichen Rüge: Er habe während der Predigt im Gebetbuch geblättert und laut gebetet. Mannheimer ersuchte generell um Ruhe, doch sah sich Reyersbach betroffen und beschwerte sich beim Ministerium, Mannheimer habe ihn öffentlich beleidigt. Er sei in der Tat gemeint gewesen, war Mannheimers Antwort auf Anfrage des Ministeriums, und könnte an sich zur Anzeige gebracht werden.[263] Die Angelegenheit war trivial. Reyersbach hätte wohl kaum Schritte unternommen, wäre er im ganzen mit Mannheimer im Einklang gewesen. Er hätte auch wohl keine Unruhe im Gottesdienst geschaffen; denn die Handlung sieht wie eine Provokation aus. Spannungen mußten sich frühzeitig entwickelt haben, an denen Mannheimer allerdings nur eine teilweise Schuld zuzuschreiben war. Beide Männer waren wohl Starrköpfe, aber hinter Reyersbachs Handlung standen nun auch andere Motive. Der Einfluß der Zeit machte sich geltend, man stand dem Judentum gerade noch unwillig tolerierend gegenüber. War es den „Fortgeschrittenen" zu veraltet, vor allem in seiner jetzt in Oldenburg neu erweckten ganz streng orthodoxen Form? Jedenfalls war die Zugehörigkeit zur Gemeinde mit großen Ausgaben verbunden, der Austritt, und damit die Annäherung an die christliche Gemeinschaft, wurde verlockend — obgleich die christliche Behörde es in Olden-

262) Für dieses und das Folgende: O.S.A., Best. 134, 753.
263) O.S.A., Best. 134, 799.

burg gar nicht so sah. Reyersbach häufte Kohlen auf Mannheimers Haupt; zumindest hatte er wohl die Idee, daß seine steuerliche „Unterstützung" des Judentums, dem er sich entwachsen ansah, ihn zu Vorrechten eigener Art berechtige. Er durfte ohne Rüge während der Predigt Geräusche machen. Mannheimer war gereizt. Das ist am Jom Kippur verständlich; an einem Tage 24stündigen Fastens stand er auf der Kanzel. Doch war das Geschehen nur Symptom eines ganz tiefliegenden Problems: das Problem des Austritts, über das zu sprechen sein wird.

Mannheimer setzte nun einen Beschluß des Landesgemeinderats durch, daß in Zukunft Mitglieder, welche wiederholt beim Gottesdienst durch unangemessenes Betragen Ärgernis erregten, auf Beschluß des Synagogengemeinderates zeitweilig vom Gottesdienst ausgeschlossen werden konnten. Eine Strafanzeige sollte jedoch nicht erstattet werden, da eine solche dem jüdischen Ansehen schaden könnte.[264] Die tiefliegenden Ursachen hatte er nicht erkannt. Sein Selbstbewußtsein als Landesrabbiner sträubte sich wohl gegen den Versuch eines nachgebenden Kompromisses, durch den solche Zwischenfälle hätten vermieden werden können.

Die „gute alte Zeit" brachte Verlockungen, sowohl für Mannheimer wie für seine Gegner. Man fühlte sich sicher; so wurde die schmutzige Wäsche in aller Öffentlichkeit gewaschen.

Ein Mann wie Mannheimer brauchte Verbündete. In Herrn Schulmann fand er den „Freund und Berater", ihm enthüllte er seine Familiengeheimnisse einschließlich seiner Eheprobleme.[265] Doch verfeindeten sich die beiden, und Schulmann war nun darauf aus, Mannheimer zu stürzen. Sein Helfer war ein Religionslehrer, Herzberg. Mannheimer beschuldigte nun diesen, er habe sich im Dienste Schulmanns als Beauftragter des Landesgemeinderats ausgegeben, sei im Lande herumgereist, habe die Mitglieder des Landesgemeinderats besucht, um von ihnen Berichte über die nicht öffentlichen Beratungen zu erhalten, habe sie auch bekommen. Zur Strafe wurde Herzberg von Mannheimer seiner Position als erster Religionslehrer enthoben und, als zweiter Lehrer, zum Wanderlehrer für die Kleingemeinden bestimmt. Damit gewann sich Herzberg die Sympathie der Lehrervereinigungen, die von den Gründen nichts wußten und in öffentlicher Erklärung die Wiedereinsetzung Herzbergs in sein Amt forderten.[266] Darüber hinaus fand Herzberg einen zweiten sehr einflußreichen Verbündeten: Hermann Wallheimer. Dieser hatte verlangt, daß seine Kinder vom jüdischen Religionsunterricht befreit würden. Hier ging es wieder um eine Bewegung aus dem Judentum hinaus, genau wie bei Reyersbach. Mannheimer hatte das Ansuchen zurückgewiesen und sich dabei auf das Gesetz zum Schulbesuch der jüdischen Kinder gestützt. Damit war er im Recht, und dazu war er als das religiöse Oberhaupt der Judenschaft verpflichtet. Doch hatte Wallheimer wohl damit gerechnet, daß man ihm als einflußreichem Mann und bedeutendem Steuerzahler nachgeben würde, um ihn in der Gemeinde zu behalten. Die Absage seines Gesuches machte ihn zu Mannheimers Feind.

---

264) O.S.A., 134, 783; Bestimmung vom 19. 4. 1894.
265) O.S.A., 134, 753; Geheimakte: Disziplinarverfahren gegen M, 1901—1902.
266) Israelitisches Familienblatt, Hamburg, 11. November 1901 und später.

Schulmann, Wallheimer und Herzberg wurden nun zu Verbündeten. Ihr gemeinsames Ziel war, Mannheimer zu stürzen. Schulmann verriet die vertraulichen Bekenntnisse, die Mannheimer ihm einst über sein Familienleben gemacht hatte, Herzberg reichte Klage bei der Regierung ein und forderte ein Disziplinarverfahren gegen den Landesrabbiner. Mannheimer wurde angeschuldigt, Ehebruch begangen zu haben, unzüchtige Witze in öffentlichen Reden erzählt zu haben: „seid gut zu Eueren Männern, liebe Frauen, kommen sie auch müde nach Hause, so bringen sie doch zwei frische Eier zu Euerem Genusse mit." Er habe den Kläger, Herzberg, auch zutiefst gekränkt, habe außerdem sieben gerichtliche Klagen gegen seine eigenen Gemeindemitglieder angestrengt und hätte ehrenrührige Beleidigungen über andere geäußert; außerdem habe er Subskriptionslisten gefälscht, wobei er die Gelder selbst behalten habe.

Ungleich seinem Vorgänger Glück in ähnlicher Lage, kämpfte Mannheimer den Konflikt aus, und gewann. Er erklärte sich nicht für schuldlos, erwähnte unter Beibringung ärztlicher Atteste, daß seine Frau krank und zum ehelichen Verkehr nicht imstande sei, was ihn in große Spannungen versetzt und sogar den Arzt veranlaßt habe, ihm den Besuch einer Prostituierten in Bremen vorzuschlagen. Jedoch habe er sich dazu nicht entschließen können. Die Ehebruch-Anklage sei unwahr, die Klage eines Dienstmädchens im Mannheimerschen Hause, daß er es unzüchtig berührt habe, wurde von demselben, Emma Weinberg, mit der Begründung zurückgenommen, daß sie gegen Mannheimer nur aus Rache über ihre Entlassung vorgegangen sei. Im Hintergrund stand mehr: Mannheimer hatte sich Feinde gemacht. Er suchte zu herrschen, wo er lenken sollte, doch half ihm sein harter Wille, den Kampf bis zum Sieg durchzukämpfen. Der Landesgemeinderat stand ihm zur Seite und nahm ihn in Schutz.[267] Wir haben in den Akten fast nur Mannheimers Erklärungen; ob sie ganz stimmen, ist schwer zu sagen, doch dürfte die Regierung ihm getraut haben. Er wurde freigesprochen.

Mannheimer wurde zum Ziel der Angriffe einer vor allem in der Stadt Oldenburg wohnenden Gruppe, der das Judentum zu veraltet erschien und der die Verlockungen der Umwelt zur Versuchung wurde, den Glauben der Väter zu verlassen. Seine Persönlichkeit war besonders geeignet, zu einem solchen Brennpunkt des Angriffs zu werden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß er im Jahre 1900, als der Kampf im Inneren der Oldenburger Gemeinde schon im Gange war, daran dachte, das Landesrabbinat nach Jever zu verlegen und sich in dieser Hinsicht der Regierung gegenüber äußerte. Jever hatte damals die schönste Synagoge im Lande, die Mitglieder waren religiös, einfacher im Wesen, der Gottesdienst wohl besser besucht. Hier konnte Mannheimer sich wohler fühlen. Die Regierung, der diese Idee völlig zuwiderlief, denn der Landesrabbiner mußte in der Hauptstadt seinen Sitz haben, antwortete nicht schriftlich, doch verstand Mannheimer ihre Motive und ließ vom Vorhaben ab.

Obgleich der Landesgemeinderat hinter ihm gestanden hatte und die Regierung ihn für unschuldig erklärt hatte, blieb dennoch etwas hängen. Nach Erledigung des Verfahrens zu Mannheimers Gunsten setzte Herzberg eine Annonce in die Oldenburger Zeitung,

---

267) O.S.A., a. a. O., 28. 11. 1901.

mit der Erklärung, daß er nach wie vor bei seiner Behauptung bliebe. Der ganze Skandal war ohne Zweifel ein pikanter Unterhaltungsstoff in der kleinen Residenz. Man sagt, Mannheimer habe seine Frau gebeten, Arm in Arm mit ihm die Lange Straße hinunter zu gehen, um weiteren Spekulationen und Gerüchten eines Familienzusammenbruchs vorzubeugen. Um sein Prestige wiederherzustellen, bedurfte es einer öffentlichen Anerkennung. Im Jahre 1909 ersuchte der Landesgemeinderat die Regierung um die Erteilung des Professortitels an Mannheimer. Das Gesuch wurde von Moritz Landsberg, dem Vorsteher der Oldenburger Gemeinde, unterschrieben, wir dürfen jedoch sicher sein, daß Mannheimer dahinter stand. Die Regierung lehnte die Eingabe ab, Mannheimer sei noch zu jung für diesen Titel; er war 46 Jahre alt. Doch dürfte das nicht der wahre Grund gewesen sein, denn im Jahre 1916 ersuchte die Gemeinde die Regierung von Hessen-Darmstadt um die Verleihung des Titels an Mannheimer als Ehrung zu seinem 25jährigen Amtsjubiläum. Wäre Mannheimers Alter der einzige Grund gewesen, ihm 1906 den Titel zu versagen, so hätte sich die Landesgemeinde sieben Jahre später wieder an die oldenburgische Regierung wenden können, denn da war Mannheimer alt genug und die Gelegenheit günstig. Man scheint daher gewußt zu haben, daß Oldenburg den Titel nie an Mannheimer erteilen würde, wohl wegen der Notorität, die das Verfahren gegen ihn erzeugt hatte. Tatsächlich untersagte die Regierung die Annahme des Titels mit der offiziellen Begründung, er sei von einem auswärtigen Staate gesucht worden, d. h., die Regierung wollte sich nicht überspielen lassen. Dabei blieb es, und Mannheimer mußte sich mit einer jährlichen Gehaltsaufbesserung von 1000,— M. als Jubiläumsgabe „begnügen". Hier erkennen wir etwas von der Psychologie der deutschen Juden. Ein Staatstitel, selbst wenn er erbettelt oder erkauft war, bedeutete alles; es gab viele Kommerzienräte und Sanitätsräte und Justizräte. Durch angemessene Spenden konnten diese wohl erworben werden — dafür gab es kaum Amtsgerichtsräte, denn diese Ämter waren den Juden verschlossen. Der Drang zur Gleichberechtigung, die, wie wir sehen werden, letzten Endes immer vorenthalten blieb, drückte sich bei den Juden in der Sucht nach Ehrentiteln aus. Je abweisender der Staat war, wenn es zu wirklicher Gleichberechtigung kommen sollte, desto mehr wurden seine „Ehrungen" zum Maßstab des Erfolges. Suchten die wohlhabenden, sich anpassenden Juden sich durch Austritt aus der Gemeinde dem Staat anzugleichen, so suchte der Landesrabbiner durch den Titel diesen entgegenzutreten. Er sah im Titel das offizielle Zeugnis seiner Anerkennung und seines Erfolges. So sehr verschieden war sein Verhalten von jenen gar nicht. Das Oldenburger Ereignis spiegelte das Wesen der deutschen Juden.

Die „gute alte Zeit" ging zu Ende. Wilhelmshaven wurde zum Hafen der Kriegsflotte des Reiches. 1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Die Juden in der Kriegsmarine bedurften eines jüdischen Seelsorgers. Am 13. Januar 1916 wurde Mannheimer durch den kaiserlichen Marineintendanten und mit Erlaubnis des Großherzogs zum Militärrabbiner der Flotte ernannt. Es hatte 1½ Kriegsjahre gedauert, bis man ein solches Amt für Juden schuf.

Von seinen drei Söhnen, die alle als Einjährige in Oldenburg dienten, fiel einer in Frankreich. Mannheimer besuchte das Grab und ließ sich stolz fotografieren. Im Jahre 1915 beschloß der Landesgemeinderat, eine Ehrentafel für die jüdischen Gefallenen in

der Oldenburger Synagoge zu errichten.[268] Am 21. April 1917 erhielt Mannheimer eine Kriegsauszeichnung, am 4. Januar 1918 eine Kriegszulage von 1332,— M.
Eine große Gewissensfrage stellte sich ihm in diesen Jahren. Im Schwaneburger Moor bei Friesoythe war ein russisches Gefangenenlager, in dem sich eine Reihe jüdischer Gefangener befand. Die Frau des im Felde stehenden Friedrich Willner in Friesoythe trat nun an Mannheimer mit dem Ersuchen heran, diese Juden sowohl mit koscherer Speisung zu versorgen wie auch Gottesdienste für sie abzuhalten.[269] Mannheimer war über Gottesdienst nicht begeistert: hier war der Feind, sollte man ihn betreuen? Welchen Eindruck würde das auf die christliche Bevölkerung machen? Aber hier handelte es sich ebenfalls um Juden, die geistlicher Versorgung bedurften. Schließlich siegte das Pflichtbewußtsein. Mannheimer leitete Gottesdienste für die russischen gefangenen Juden.
Mannheimer starb am 22. August 1919 im Alter von nur 55 Jahren. Er hatte sich im Kampfe verzehrt. Die Landesgemeinde stiftete seinen Grabstein.[270] Das Leben und Schicksal der Juden in Oldenburg, dem wir uns nun zuwenden, gibt uns ein klares Bild der allgemeinen Lebensbedingungen der deutschen Juden und wird daher bedeutungsvoll.

Die nicht-so-gute alte Zeit

Warum Austritt? Zum Verständnis dieser Frage müssen wir uns erst mit der Gesamtlage der Juden Deutschlands beschäftigen, um dann auf die Oldenburger Situation Bezug zu nehmen, sowohl objektiv gesehen wie im Lichte der jüdischen Reaktion zum Zeitgeschehen.
Im Januar 1906 richtete der Ausschuß des Verbandes der deutschen Juden ein Schreiben an „ein Großherzogliches Staatsministerium, Departement der Justiz, Oldenburg".[271] In dem Schreiben wurde erklärt, die deutsche Judenschaft habe eine Zahl von über einer halben Million erreicht, entbehre aber einer Gesamtorganisation, die ihre Interessen vertrete und auch imstande wäre, Gutachten, Anliegen und Beschwerden den Regierungen verantwortlich vorzutragen. Daher sei 1904 der Verband der deutschen Juden gegründet worden. Gleichzeitig wurden der Regierung die Beschlüsse der ersten Hauptversammlung vom 30. Oktober 1905 übermittelt.
Die Hauptversammlung sah es als ihr Ziel an, „das Judentum selbst zu kräftigen und die Gleichberechtigung zur Wahrheit zu machen". Daraus entstanden die Aufgaben:

1. Alle Deutschen jüdischen Glaubens im Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit, zur

---

268) Sitzung vom 9. Mai 1915; O.S.A., Best. 134, 783.
269) Aus einem persönlichen Berichte der Frau Frieda Meiners in Oldenburg, Tochter des Friedrich Willner. Ihre Mutter nahm sich der Gefangenen außerordentlich an. In Frau Meiners Besitz befindet sich auch ein Bild Mannheimers während eines Feldgottesdienstes für die russischen Gefangenen; neben ihm steht ein Dolmetscher zur Übersetzung seiner Predigt. Ebenfalls im Besitze der Frau Meiners ist ein Gedenkalbum, in dem die einzelnen Männer ihren Dank zum Ausdruck brachten, z. T. in Deutsch, z. T. in Russisch, Jiddisch oder Hebräisch.
270) O.S.A., Best. 134, 783.
271) O.S.A., Best. 134, 795.

Abwehr unbegründeter Angriffe und zur gemeinsamen Verteidigung der ihren staatsbürgerlichen Pflichten entsprechenden staatsbürgerlichen Rechte zu vereinen.

2. Als berufenes Organ an zuständiger Stelle die berechtigten Wünsche und Beschwerden der Deutschen jüdischen Glaubens vorzutragen und zur Anerkennung zu bringen.

3. Alle Angriffe gegen die religiöse Ehre des Judentums und gegen die Freiheit der Religionsübung abzuwehren, namentlich auch der Agitation gegen das rituelle Schlachtverfahren entgegenzutreten und auf Beseitigung der durch staatliche oder kommunale Anordnungen erlassenen Verbote hinzuarbeiten ...

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Juden weist aus tiefster Überzeugung die gegen die Lauterkeit der jüdischen Religion gerichteten Angriffe zurück und wiederholt die längst bekannte Wahrheit, daß das Judentum, die Mutter der monotheistischen Religionen, auf der Grundlage eines reinen Gottesglaubens die alle Menschen umfassende Nächstenliebe lehrt, volle Hingebung an das Vaterland gebietet und die Betätigung sozialer Pflichten als religiöses Ideal auffaßt.

Verfassung und Gesetz gewährleisten die Gleichberechtigung aller Deutschen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses. Gleichwohl findet bei der Besetzung öffentlicher Ämter fast überall eine Zurücksetzung oder Ausschließung von Personen jüdischen Glaubens statt. Die Zurücksetzung entfällt in der Regel, sobald der Übertritt zum Christentum vollzogen ist.

Dieses Verfahren enthält eine Verletzung des bestehenden Rechtes. Es verstößt gegen die Gerechtigkeit, denn es schafft Ungleichheit der Rechte bei gleichen Pflichten. Es bedeutet eine sittliche Gefahr, weil von Staats wegen der aus äußerlichen Gründen vorgenommene Religionswechsel gefördert wird. Es widerstreitet dem Staatsinteresse, weil Kräfte ausgeschaltet werden, die dem Staate Ersprießliches zu leisten gewillt und befähigt sind.

Der Verband der Deutschen Juden legt gegen die fortgesetzte Rechtsverkümmerung Verwahrung ein und beauftragt den Ausschuß, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Beseitigung dieses Zustandes geeignet sein können. Die deutschen Juden hegen zu ihren rechtlich denkenden christlichen Mitbürgern das Vertrauen, daß sie ihnen im Kampf für ihr Recht die Unterstützung nicht versagen werden."

Diese Versammlung bestand aus 300 Delegierten, insbesondere der führenden Juden Deutschlands. Die Resolutionen bezeugen, daß Bücher wie „Esther" ihren Einfluß nicht verfehlt hatten, weil sie „begründeten", was viele hören wollten. Die deutschen Juden waren einfach nicht gleichberechtigt, was immer das Gesetz auch sagen mochte. Noch bedeutsamer war es, daß diese Lage sich nicht hätte verewigen können, wäre dieser Ungeist nicht weitgehend von Regierungen wie vom Volk getragen worden.

Am 13. Oktober 1907 fand die zweite Hauptversammlung des Verbandes in Frankfurt statt. 400 Delegierte nahmen an ihr teil; auch Mannheimer war gekommen.[272]

---

272) O.S.A., Best. 134, 799. Stenographischer Bericht zur 2. Hauptversammlung; Verband deutscher Juden, Berlin 1907. Mannheimer nahm auch an der Hauptversammlung in Hamburg, 1913, teil.

Die Versammlung wurde mit einem Huldigungstelegramm an den Kaiser eröffnet. Dennoch war es ja gerade Wilhelm II., der diesem untergründigen Antisemitismus Vorschub gewährte. Doch waren die „alleruntertänigste Huldigung und das Gelöbnis unwandelbarer Treue" keine politische Geste; sie entsprangen dem Patriotismus der deutschen Juden und ihrer Hoffnung, daß sich alles letzten Endes noch zum Rechten wenden würde.

Dennoch fand sich die Versammlung gezwungen, in energischster Weise die Wahrheit auszusprechen:

„Die durch Reichsgesetz und Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens wird sowohl im Heer wie bei der Besetzung öffentlicher Ämter fortdauernd verletzt. Der Verband wiederholt seine Forderung endlicher Durchführung der Gleichberechtigung im Reich und in den Einzelstaaten ... Der Verband erhebt Widerspruch dagegen, daß durch Gewährung staatlicher Vorteile eine Belohnung des Glaubenswechsels erfolgt.

Der Verband erblickt eine Kränkung auch der deutschen *Juden in der Ausweisung von Ausländern nur wegen ihres Bekenntnisses zum Judentum und in der fast ausnahmslosen Nichtgewährung der inländischen Staatsangehörigkeit an Ausländer jüdischen Glaubens.*

Der Verband fordert, daß entsprechend den Grundsätzen des modernen Staatsrechts, der Staat, soweit er den Religionsgemeinschaften Berücksichtigung und Förderung gewährt, diese der jüdischen Religionsgemeinschaft in gleichem Maße wie den christlichen zu Teil werden lasse."

Diese Zitate dürften genügen, um die Lage der deutschen Juden zu illustrieren. Sie geben einen besseren Einblick als eine Reihe von aktuellen Fällen es geben könnte. Dennoch sollen zwei Fälle hier angeführt werden.

Mein Vater war einjährig Freiwilliger bei „den Dritten", der schweren Artillerie in Mainz. Gegen Ende seiner Dienstzeit rief ihn sein Hauptmann zu sich und sagte ihm, er habe die Offiziersprüfungen auf einen jüdischen Feiertag angesetzt und erwarte, daß er ihm einen Brief schreiben und um eine Dispensierung von der Teilnahme an der Prüfung, des Feiertages wegen, ersuchen werde. „Denn Sie wissen, daß Sie die Prüfung bestehen werden, und dann vom Offizierskorps abgelehnt werden. Durch den Brief ersparen Sie mir und sich selbst eine große Verlegenheit." Der Brief wurde geschrieben, und im Militärpaß meines Vaters stand der Vermerk „hat an der Offiziersprüfung nicht teilgenommen".

Albert Ballin aus Hamburg, Gründer der HAPAG, war Freund und Vertrauter Kaiser Wilhelms II. Man sagt, der Kaiser habe ihm das Kanzleramt angeboten, falls Ballin sich taufen ließe. Obwohl er kein frommer Mann war, hatte Ballin die Charaktergröße, das Ersuchen und das Amt abzuweisen. Sein Vaterlandsgefühl war jedoch so tief, daß er die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg nicht überwinden konnte und sich in Verzweiflung über den Zusammenbruch seines Vaterlandes das Leben nahm.

Nicht alle Juden hatten Ballins Größe. Für viele überwog das Streben nach beruflichem und gesellschaftlichem Fortkommen die Treue zum Glauben, von dem sie vielfach so gut wie gar nichts wußten. Brachten sie es nicht über sich, den Glauben abzulegen, so konn-

ten sie, als Zwischenschritt, aus der jüdischen Gemeinde austreten oder zumindest ihre Kinder aus dem Religionsunterricht nehmen, um für diese so die Bindung zu lösen.
Die fünfte Hauptversammlung vom 9. November 1913 zu Hamburg wiederholte die gleichen Beschwerden und fügte noch einige neue hinzu:

„*Wir bekämpfen Heranziehung von Vermögen der Juden zu Gunsten der christlichen Kirchen durch Beitragleistung aus den auch von Juden aufgebrachten Staatssteuern* allein *für* christliche *Kultzwecke. Wir erstreben gleichmäßige Zuweisung von Staatsmitteln zu kirchlichen Zwecken an* alle *Religionsgemeinschaften, solange der Staat an* einzelne *von ihnen Zuschüsse leistet.*

Wir erstreben tatkräftige Stellungnahme der deutschen Behörden gegen die Zurücksetzung deutscher Juden bei Reisen nach Rußland und grundsätzliche Ablehnung jeder Mitwirkung an Religionsunterscheidungen bei Paßerteilung."

Dieser letztere Paragraph bezog sich auf die Sonderbehandlung, der ausländische Juden in Rußland ausgesetzt waren, selbst als Besucher des Landes. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika war diese Situation akut geworden, da ebenfalls Bürger jüdischen Glaubens mit amerikanischen Pässen in Rußland Einreiseschwierigkeiten hatten. Daher erließ das Haus der Repräsentanten eine Resolution, die den Präsidenten aufforderte, den Gegenseitigkeitsvertrag mit Rußland, der aus dem Jahre 1832 stammte, zu widerrufen. Am 1. Januar 1913 wurde der Vertrag tatsächlich vom Präsidenten Taft widerrufen, da amerikanischen Bürgern auf Grund ihres Glaubens Sonderbestimmungen auferlegt waren und Einreiseerlaubnis nicht allen Amerikanern gleichmäßig gewährt worden sei. Was Amerika als Recht ansah, wurde von den deutschen Juden in ihrer Resolution erstrebt. Allerdings hatten sie keinen Erfolg, zumal 1914 der Weltkrieg ausbrach, in dem Deutschland und Rußland sich als Feinde bekämpften.

Wie sah es in Oldenburg aus?

In der Gleichberechtigung der Juden war Oldenburg anderen Staaten weit voraus.
Bereits am 23. Januar 1891 erließ die Regierung einen Beschluß, daß jüdische Gemeindemitglieder nicht-deutscher Staatsbürgerschaft in den jüdischen Gemeinden wahlberechtigt seien. Lediglich der Wohnsitz dieser Mitglieder war von Belang, nicht aber ihre Staatsangehörigkeit.[273] Oldenburg hatte durch Herstellung der Gleichberechtigung eine Einwanderung von Ostjuden erfahren und war bereit, die Rechte dieser Zuwanderer zu erweitern.
Im Jahre 1908 wurde der jüdische Landgerichtsrat Weinberg in die Stadt Oldenburg versetzt.[274] Er war einer der ganz wenigen jüdischen Richter in Deutschland und wurde ordnungsgemäß befördert.
Am 1. April 1912 fragte die preußische Gesandtschaft in Oldenburg nach, welche Staatszuschüsse für die jüdische Religion erteilt würden. „Der Verband deutscher Juden hat den königlichen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten um Bereit-

273) O.S.A., Best. 134, 782.
274) Protokoll des Landesgemeinderats vom 10. Mai 1908, O.S.A., Best. 134, 783.

stellung von Staatsmitteln für jüdische Kultuszwecke gebeten. Das Gesuch ist u a. damit begründet worden, daß auch andere Bundesstaaten, darunter Oldenburg (Birkenfeld), solche Zuschüsse gewähren." [275] Oldenburg war seit langem in der Beihilfe zum jüdischen Kultus bahnbrechend gewesen.

Die klarste Darstellung des Verhältnisses von Landtag und Regierung zu den Juden ergibt sich aus den Verhandlungen und Berichten im Zusammenhang mit dem Ersuchen der Landesgemeinde um Ersatz der Steuern, die einem neuen Schulgesetz entsprangen.[276] Im Jahre 1910 erließ die Regierung ein neues Schulgesetz. Jeder Steuerzahler mußte nun in vollem Maße zur Erhaltung der Schulen beitragen. Da nun ein Fünftel oder, in katholischen Gegenden, ein Drittel des Gesamtunterrichts der Religion gewidmet war, waren die religiösen Minoritäten gezwungen, diesen Unterricht, an dem sie nicht teilnehmen konnten, steuerlich zu unterstützen. Das betraf vor allem die Juden. Bisher hatten sie in Orten, in denen jüdische Privatschulen bestanden, wie in Delmenhorst und Varel, keine Steuern gezahlt, es sei denn, daß jüdische Eltern ihre Kinder in die Ortsschule sandten, dann mußten sie zahlen. In der Stadt Oldenburg bestand ein Vertrag mit der Gemeinde; nach diesem wurde der Anteil der Juden am christlichen Religionsunterricht wieder zurückerstattet. Gleichzeitig waren die Juden gesetzlich gezwungen, jüdischen Religionsunterricht zu erteilen. Unter dem neuen Gesetz wurde nun niemand mehr von der Gesamtschulsteuer befreit, und der Vertrag der Gemeinde mit der Stadt Oldenburg war aufgehoben. Der jüdische Gemeinderat richtete daher an den Landtag eine Petition um Beihilfe zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts. Die Verhandlung am 15. Dezember 1910 legt Zeugnis für den Gerechtigkeitssinn der Abgeordneten ab.[277] Der Berichterstatter, Abg. Schmidt, machte ganz klar, *„daß die Juden jetzt voll und ganz herangezogen werden zu den Lasten der politischen Gemeinde, also auch zu den Schullasten; außerdem müssen sie Lehrer besolden, die ihren Kindern den vorgeschriebenen Religionsunterricht erteilen. Das ist ... eine Doppelbesteuerung, die nicht zu verteidigen ist."* Die Frage war nur, welche Form dieser Zuschuß nehmen sollte. Am einfachsten wäre die Erhöhung der Pauschalsumme gewesen, die der Landesgemeinde gewährt wurde, was aber 1908 abgelehnt worden war. Ein solcher Antrag lag dem Landtag erneut zur Abstimmung vor. Dagegen war einzuwenden (Abg. Habben), daß dann die evangelische und katholische Kirche ebenfalls um eine Erhöhung des Zuschusses bitten und sie dann wohl auch erhalten würden. Dann wären allerdings die Juden in der gleichen Lage wie zuvor.

Die Frage wurde dann vom Abgeordneten Dr. Driver II aufgenommen. Er wies darauf hin, daß beim Vorhandensein von 25 Kindern eine jüdische Volksschule staatlich gegründet werden könne und bei 12 Kindern ein Religionsunterricht. Damit sei allerdings den Oldenburger Juden nicht geholfen, da es in den meisten Gemeinden gar nicht so

275) Verbalnote der Preußischen Gesandtschaft, O.S.A., Best. 134, 799.
276) Auszug über die Verhandlungen 15.12.10 und Berichte, O.S.A., Best. 134, 752.
277) Auszug aus dem stenographischen Bericht, 15. Dezember 1910, O.S.A., Best. 134, 752.

viele jüdischen Kinder gebe. Driver nahm nun die Gelegenheit wahr, gegen die Sozialisten vorzugehen:

„Ich meine, die Regierung, die doch Thron und Altar stützen soll, müßte ihrer Verantwortlichkeit auch in diesem Punkte bewußt sein, da gerade die Religion der beste Damm gegen die Sozialdemokratie ist. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) M.H.! Die rote Flutwelle rückt bedenklich heran, und ich möchte das dringende Ersuchen an die Regierung richten, hier doch voll und ganz auf dem Posten zu sein und darauf bedacht zu sein, daß allen Kindern des jüdischen sowohl wie denen christlichen Glaubens, auch wenn es in einer Gemeinde unter 25 sind, ein Religionsunterricht zuteil wird. Die Sozialdemokratie will das selbstverständlich nicht, sie will überhaupt die Religion aus der Schule bannen, weil sie dann die heranwachsende Jugend um so leichter für ihre Ziele und Bestrebungen gewinnen kann. Aber wir andern sollten deshalb den Petenten und der Minderheitskonfession so weit irgend angängig zu helfen suchen."

Driver schlug daher ein Sondergesetz zur Unterstützung der Juden vor.

Die Abg. Tappenbeck und Müller erklärten sich in ihren Ausführungen für eine höhere Pauschalsumme.

Tappenbeck sagte:

„Im Hause scheint ja im ganzen Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß tatsächlich durch die Folgen des Schulgesetzes die jüdischen Gemeinden großen Nachteil erlitten haben ... Ich kann das aus eigener Wahrnehmung bestätigen, daß die jüdische Gemeinde in der Stadt Oldenburg tatsächlich in Folge des Schulgesetzes sehr erheblichen Schaden erlitten hat, geradezu in Bedrängnis geraten ist ... (und) habe Grund zu der Annahme, daß auch bei anderen Gemeinden große Nachteile eingetreten sind. Erkennt man das an, so soll man auch die Hand bieten, den Schädigungen baldmöglichst abzuhelfen."

Abg. Müller führte aus,

„daß es nötig sei, das positive Judentum zu stützen, weil besonders von dem ungläubigen irreligiösen Teil des Judentums große Verderbnis in unser Volk hineingetragen wird. Ich stehe daher dem positiven Judentum bedeutend sympathischer gegenüber, weil seine Anhänger durch die Aufrechterhaltung ihrer Religion dazu beitragen, das jüdische Volk auf dem staatserhaltenden Boden zu erhalten ..."

Schließlich kam der Sozialdemokrat zum Wort, Abg. Hug:

„... Abg. Driver II konnte es heute wieder nicht unterlassen, gegen uns einen Vorstoß zu unternehmen, wo er doch wissen muß, daß wir uns das einfach nicht gefallen lassen und besonders, wo es ganz ohne Ursache geschehen ist. Da heißt es eben für mich: Haust du meinen Juden, so haue ich deinen Juden ... Herr Abg. Driver hat heute den roten Lappen geschwungen und die Staatsregierung aufgefordert, hier einzugreifen, um der Sozialdemokratie, die Thron und Altar stürzen wolle, den Boden zu entziehen. Wenn das auf Grund dieser Vorlage geschehen soll, so haben wir nichts dagegen. Dieser Appell ist ein schlechtes Zeugnis für die Regierung in Erfüllung ihrer Pflicht ... Sind wir etwa schuld daran, daß in jüngster Zeit eine ganze Anzahl Israeliten aus der Synagogengemeinde ausgetreten sind? Nein, m. H., soweit ich sie

kenne, sind das die allerbesten Staatsbürger in ihrem Sinne, die es nur gibt. Also können wir nichts dazu tun, wenn diese Gemeinde in eine Notlage kommt.

Herr Abg. Driver sagt immer, wir wollten die Religion aus der Schule verbannen, um Thron und Altar stürzen zu können. Das ist einfach eine Unwahrheit, eine objektive Unwahrheit. Sie beweisen damit, daß Sie von dem Wesen weder der Demokratie noch des Sozialismus eine Ahnung haben. Ich will hiermit feststellen, daß ... die katholische Kirche, daß die Orden ... sich allezeit auch mit der republikanischen Staatsform abgefunden haben. Wenn das richtig ist, dann liegt kein Anlaß vor, uns einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir Republikaner sind. Haben wir hier, so lange wir hier sind, irgend etwas getan um die Staatsform gewaltsam zu stürzen? ... Die bürgerlichen Politiker sind nach und nach so weit gekommen, daß sie sich entsetzen, wenn sie das Wort Republik nennen hören ... Herr Abg. v. Levetzow ist neulich so weit gegangen, das Bekenntnis zum Republikanismus als Landesverrat und Bruch des Treueids hinzustellen ... Das ist, das kann kein ehrliches Empfinden sein. Ich meine nun, die Schule ist eine ganz weltliche Sache, die Kirche eine übernatürliche, und Herr Abg. Driver wird wissen, es gibt mehrere große Länder, wo die Schule nicht konfessionell ist, ... Österreich ... Werfen Sie einen Blick nach Amerika. Hat nicht einer Ihrer ersten Kirchenfürsten hingewiesen auf die großartige Stellung der katholischen Kirche in Amerika? Amerika ist Republik. Da wollen Sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Popanz unseres angeblichen Religionshasses an die Wand malen? Reden davon, daß wir Thron und Altar gewaltsam stürzen wollten? Wir achten jedes religiöse Empfinden. Ihre Religion sind Herrschaftsgelüste über die Schule, das freie Denken und Lehren. Sie vom Zentrum haben für Ihre Überzeugung, Ihren Glauben noch nicht gelitten! Ich habe dafür gelitten, wie ich Katholik war, ich habe dafür gelitten, als ich Sozialdemokrat wurde. Sie gehören der Kirche an, die sich kämpfende nennt, auch die triumphierende. Triumphieren will sie über die Schule, triumphieren über jeden freien Gedanken, und bis zu einem gewissen Grade tut sie es auch."

Präsident: „Wollen Sie nicht zum Gegenstande zurückkehren? ..."

Die Juden waren zum Katalisator geworden; „haust du meinen Juden, so hau ich deinen". Der Kampf zwischen den Parteien geriet in Hitze, aber niemand sprach irgendwie abwegig über die Juden oder verneinte ihr Recht zur Unterstützung, solange die anderen Konfessionen Staatszuschüsse erhielten. Die Beihilfe sollte gleichmäßig, gerecht und der Lage der Juden angemessen sein. Die Sozialdemokraten wollten keinem Beihilfe geben, die Zentrumspartei sah in der Religion die Stütze des Thrones und wollte diesen Thron auch durch Juden gestützt wissen. Die Konservativen sahen im „positiven Judentum" der Orthodoxie eine Gewährleistung, daß die Mitglieder des jüdischen Volkes — d. h. dennoch im deutschen Volke Außenstehende — zur Gesetzesbefolgung erzogen würden. Alle Gruppen standen den Austrittlern aus der Gemeinde antagonistisch gegenüber. Für die Sozialdemokraten wurde der Austritt sogar zum Beweis eines Versagens der Regierung.

Die einzigen, die nicht sehen konnten, daß sie sich in Oldenburg das durch den Austritt gesuchte Ansehen geradezu verscherzten, waren diejenigen Juden selbst, die ihre Bande

mit der Gemeinde zerrissen. Sie mögen von der allgemeinen Stimmung in Deutschland beeinflußt gewesen sein und wußten nicht, daß Oldenburg eben fortschrittlicher war — obgleich sie das doch im Verhandlungsbericht hätten lesen können.

Es ist daher verständlich, daß das Gesetz vom 29. Mai 1911 anordnete, jüdische Kinder hätten den Religionsunterricht der Juden auch dann zu besuchen, wenn sie am christlichen Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule teilnähmen. Ein Gesuch zur Befreiung vom jüdischen Religionsunterricht seitens Weinberg für seine Kinder wurde abgelehnt.[278] Den Austritt konnte man nicht verwehren, aber solange sie Juden waren, mußten sie ihre Kinder jüdisch erziehen.

In der Debatte hatte Oberregierungsrat v. Finkh als Sprecher der Regierung eine nochmalige Prüfung vor der Beschlußfassung empfohlen und die Möglichkeit einer öffentlichen jüdischen Schule durch Sondergesetz für jüdische Kinder erwähnt, falls es derer 25 in einer Gemeinde gebe. Auch Mannheimer hatte sich für eine nochmalige Prüfung ausgesprochen. Dem schloß sich nun der Landtag an, und die Regierung ersuchte Mannheimer um Beantwortung einer Reihe von Fragen, durch die wir ein Bild von den Oldenburger Verhältnissen erhalten.[279] Varel und Delmenhorst hatten jüdische Privatschulen, Varel mit 3 Kindern, Delmenhorst mit 10. Religionsschulen bestanden in Oldenburg (31 Kinder, einschließlich derer aus Osternburg und Bürgerfelde), Jever (21 Kinder), Bant (12 Kinder), Varel (3 Kinder), Delmenhorst (17 Kinder, einschließlich derer aus Ganderkesee), Wildeshausen (3 Kinder), Cloppenburg (5 Kinder), Berne (2 Kinder). Brake und Eidewarden planten die Einrichtung des Religionsunterrichts.

Die Kosten dafür, die in Jever durch Steuer und Schulgeld erhoben wurden, in anderen Gemeinden nur durch Steuer, beliefen sich in Oldenburg auf 3530,— M., in Jever auf 2000,— M., in Varel auf 2050,— M., in Delmenhorst auf 1200,— M., in Cloppenburg auf 200,— M. und in Wildeshausen auf 150,— M. Berne hatte z. Z. keinen Lehrer.

Außer in Delmenhorst und Varel, wo Juden keine Ortsschulsteuer zahlten, und in Oldenburg, wo die gezahlten 38 % z. T. zurückerstattet wurden, waren die Lasten zur Erhaltung der öffentlichen Volksschule 1909 wie folgt: In Jever 90 % der Gesamtsteuer, in Cloppenburg 98 % der Einkommensteuer, in Berne 75 % der Einkommensteuer und 11 % der Grund- und Gebäudesteuer, in Brake 82 % der Einkommensteuer und 37 % der Grund- und Gebäudesteuer; für Bant und Wildeshausen war nichts zu ermitteln.

Dieser Bericht des Landesrabbiners vom 13. August 1911 zeigt, daß die Juden im Oldenburger Land keineswegs wohlhabend waren. In Oldenburg waren sie am besten dran. Weder die Bevölkerung noch die Juden auf dem Lande waren reich. Das zeigen die Steuersätze.

Es dürfte dem Verständnis dienen, wenn wir diese Steuersätze kurz erklären. Der Staat stellte seinen Etat auf und schlug die Kosten auf die Gesamtbevölkerung um. Die Gelder wurden durch Einkommen- und Grundsteuer erhoben. Die Ortsgemeinde beschloß dann ihren Schuletat und verteilte die Lasten auf die Ortsbevölkerung. Die armen

278) Mannheimer, a. a. O., S. 35.
279) O.S.A., Best. 134, 752.

Gemeinden waren dabei im Nachteil. Christlicher Religionsunterricht an den Ortsschulen war im Etat einbegriffen. Die Steuer der Juden war sehr hoch, denn sie mußten außerdem die Steuern für Synagogengemeinde, Lehrer und Rabbinatskasse zahlen.
Die Nachforschungen der Regierung ergaben dann, daß die Juden an jüdischen Kultussteuern außerdem noch zwischen 111 % (in Oldenburg) und 186 % (in Jever) zu zahlen hatten. Ein Jude in Jever hatte demnach die folgenden Steuerlasten: Einkommensteuer für den Staat 100 % der ihm zukommenden Steuer, Steuer für die öffentliche Schule, nochmals 90 %, Kultussteuer: nochmals 186 %.[280] Unter dem Gesetz von 1910 hatten die Juden, dem Regierungsberichte nach, 6689,60 M. für christlichen Religionsunterricht zu zahlen. *„Es erscheint daher erforderlich, den Juden zu helfen." „Die Liste nach den ... Angaben der Rabbinatskassenführer ... zeigt die schwere Belastung der Juden in den Synagogengemeinden, die eigene Lehrer hatten. Es wurde an jüdischen Kultussteuern 111—186 % nach der Einkommensteuer erhoben. Es besteht die Gefahr, daß die Steuern noch weiter steigen, weil steuerkräftige Juden aus dem Judentum austreten."*
Der Berichterstatter gibt kein Urteil über diese Austritte ab, doch scheint er einfach angenommen zu haben, daß die Juden der finanziellen Belastung wegen ihre Gemeinschaft verließen. Das war gerade das Gegenteil von dem, was die Austretenden erstrebten: sie wollten als die Fortgeschrittenen, als Mitglieder der Gesamtgesellschaft gelten und wurden nun als geizig hingestellt, als Menschen, die ihr Vermögen über ihre Religion stellten.
Im Zusammenhang mit der Frage der Zuschüsse zum Religionsunterricht wurde nun auch angefragt, ob denn die ganzen Gehälter der Lehrer wirklich für den Unterricht benötigt würden oder ob darin eben auch das Vorbeteramt und Schächteramt mit inbegriffen sei; und für die letzteren war die Regierung nicht zuständig. Mannheimer antwortete darauf, daß das Vorbeteramt und Schächteramt auch von Privatleuten ausgeübt werden könne, falls sie geprüft seien und falls sie Hebräisch lesen könnten. Aber zum Unterricht brauche man Lehrer. Von Birkenfeld kam dagegen die Antwort, daß das Vorbeteramt von einem Lehrer ausgeübt werden müsse. Dabei vergaß Mannheimer allerdings die Adlersche Gemeindeordnung, die ja noch Gesetz war. Aber wir erkennen aus dieser Antwort etwas über den Charakter der Oldenburger Gemeinden. Birkenfeld war reformiert; nach Wechsler kam Rabbiner Einhorn, der später nach Amerika auswanderte und zum radikalsten Element der Reform zählte; dort konnte ein Laie wohl kaum gefunden werden, der den Gottesdienst leiten konnte, auch legte man wohl mehr Wert auf den ästhetischen Charakter des Gottesdienstes. Oldenburg war wieder ganz orthodox geworden, hatte sich dem Orthodoxen Gemeindeverband auf Mannheimers Vorschlag angeschlossen.[281] Dort gab es daher noch eine Reihe von Laien, die sowohl das Vorbeten wie das Schlachten ausüben konnten. Dazu waren ja auch Juden von Osteuropa eingewandert, die völlig dazu in der Lage waren, da sie meistens eine gute, aber ganz orthodox-traditionelle Erziehung hatten.

---

280) O.S.A., Best. 134, 752.
281) O.S.A., Best. 134, 783. Protokoll, Jüd. L.G.R., 1908.

Damit dürfte sich der Charakter des Gottesdienstes geändert haben; die straffe Form und westliche Ästhetik wich der osteuropäischen. Daß dies den Alteingesessenen ein Dorn im Auge war, ist zu verstehen. Sie waren an Wechsler gewöhnt. War es eine Demonstration gegen das unruhige Verhalten der Zugewanderten, die an einen ganz informellen Gottesdienst gewöhnt waren, daß Reyersbach während der Predigt laut betete und blätterte; denn so fromm, daß ihn die Ekstase ergriffen hätte, war er ja doch wohl nicht? Zwei Gruppen waren somit unter ein Dach gebracht, von denen die einen ihre alten Formen wahrten, während die anderen sich sowohl der ostjüdischen Menschen wie der Formen geschämt haben mögen. So kam es zum Austritt.
Der Landtag beschloß schließlich, den Juden zusätzlich des Beitrages von 900,— M. zur Rabbinatskasse, einen weiteren, erhöhten jährlichen Beitrag von 3100,— M. zu gewähren, der vom Landesgemeinderat zu verteilen war.
Der Unterschied zeigt sich, wenn wir die Zuschüsse des Jahres 1910 (vor dem Gesetz und erhöhtem Zuschuß) mit denen von 1912 (nach dem Gesetz und neuem Zuschuß) vergleichen.[282]
Jever: 1910: 155,— und 1912: 550,—; Varel: 70,— und 600,—; Delmenhorst: 125,— und 600,— plus 125,— für Unterricht in Kleingemeinden; Berne: — und — (kein Lehrer); Wildeshausen: 110,— und 120,— (Wanderlehrer); Brake: — und 120,— mit Unterricht in Eidewarden; Cloppenburg: 120,— und 120,— (Wanderlehrer); Westerstede: — und 50,— (Wanderlehrer); Rüstringen: 125,— und 340,— (den anderen Teil zahlte Preußen); Oldenburg: 105,— und 550,—.
Die Gesamtzahl der Steuerzahler 1906 war 525 Familien.
Dennoch darf man nicht vergessen, daß die Landesgemeinde an Pauschalzuschuß immer nur einen Teil der Steuern zurückerhielt, den die Juden zum christlichen Religionsunterricht beisteuerten. Der Zuschuß war keine Gabe.

Entfremdung und Austritt

Äußerer Druck der Gesellschaft kann zu einer inneren Vereinigung der bedrückten Gruppe führen; sehr oft bewirkt er jedoch das Gegenteil, vor allem dann, wenn ein Ausweg für die Bedrückten gegeben ist. Die minderbewertigte Gruppe nimmt dann das Urteil der Außenwelt an und sieht sich selbst gemäß der Bewertung ihrer Gegner. Hirsch hatte das erkannt und hatte gehofft, der Druck würde weichen: „man wird dich ehren, nicht *obgleich* du Jude bist, sondern *weil* du es bist, wenn du deiner Aufgabe lebst, Menschheitspriester zu sein." Nun war es einmal zuviel verlangt, von den Juden zu erwarten, daß sie ihr ganzes Sein solchem Priestertum widmeten. Sie waren Durchschnittsmenschen und wollten nichts als solche sein. Die Jahrzehnte hatten kaum eine gesellschaftlich höhere Wertung des Judentums gebracht. Für viele Juden wurde das Urteil der Umwelt zum Maßstab ihres Lebens, wobei noch hinzuzufügen ist, daß sie nach Ämtern und gesellschaftlichen Positionen strebten, die ihnen verschlossen waren,

282) O.S.A., Best. 134, 752.

solange sie bei ihrem Glauben verharrten. Immer und immer wieder begegneten sie dem Anti-Semitismus. Innerhalb der Judenschaft bildeten sich Kasten, wobei die Assimilierten auf die Traditionstreuen herunterblickten. Dabei machten die Assimilanten immer weniger Anstrengungen, ihren Glauben und ihr Glaubensgut überhaupt zu verstehen. Aus der Schutzjudenzeit bestand noch die Furcht, daß Identifizierung mit den ausländischen Juden zur Ablehnung bei der Gesamtgemeinschaft führen würde, wie einst die Aufnahme solcher Juden den Schutzjuden selbst in die Gefahr der Ausweisung gebracht hatte — jetzt war es soziale Ausweisung und, vielleicht — so sprach die Furcht — weitere Rechtsbeschränkung.

Oldenburg war eine Einheitsgemeinde, orthodox, mit einem Zuwachs östlicher Juden. Die Neueinwanderer hatten innerhalb der Gemeinde das Stimmrecht erhalten, die „Elitegruppe" sah sich verdrängt. Doch war sie durch den Staat an die Einheitsgemeinde gebunden, solange diese Gruppe im Judentum verblieb. Die Ankömmlinge waren arm, das hatte zur Folge, daß die Alteingesessenen mit höheren Steuern belastet wurden. Die Steuern waren hoch. Kastengeist, Entfremdung, Streben nach beruflicher und gesellschaftlicher Beförderung, drohender Verlust des Einflusses innerhalb der Gemeinde und hohe Steuern verbanden sich zu großer Belastung. Mit einem Schlage konnte man das alles loswerden. Die Taufe bewirkte die völlige Lösung für diejenigen, denen Religion überhaupt wenig bedeutete, und das Judentum noch weniger; Austritt aus der Gemeinde führte zur Entlastung: nicht länger wurde man mit den kleinen, altmodischen Ostjuden in einen Topf geworfen — so dachte man. Nicht länger war man mit hohen Steuern belastet. Gleichzeitig konnte man erklären, freisinnig-liberal geworden zu sein und den Dogmen und Gesetzen alter Zeiten nicht länger anzuhängen: man erklärte sich zum Weltbürger. Die Nazizeit zeigte den Irrtum dieser Auffassung. Allerdings schritten nicht alle zur letzten Entscheidung, der Taufe. Es gab Stufen: dem Gottesdienste wohnte man schon zu Wechslers Zeiten kaum mehr bei, wie Joseph Mendelssohn berichtete. Außerdem konnte man die Kinder aus dem Religionsunterricht nehmen. Der Bericht der Regierung von 1910 erklärte, daß die Privatschulen in Varel und Delmenhorst nur von Kindern ärmerer Leute besucht würden, da die wohlhabenderen ihre Kinder zum Gymnasium sandten. Aber der Lehrer der jüdischen Privatschule war auch der Religionslehrer für alle. Er wurde zum Arme-Leute-Lehrer. Wie sah es denn aus, Kinder zur Religionsschule der Unbemittelten zu schicken? Wie sah es aus, sie von ihren Klassenkameraden während des Religionsunterrichts in der Ortsschule zu trennen? Hieß das, Schranken errichten? Hieß das, die Kinder in einer „veralteten" Religion verwurzeln, von der man sich selbst zwar noch nicht trennen wollte oder konnte, mit der man jedoch die Kinder nicht „belasten" wollte, um ihnen eine etwaige Entscheidung zu erleichtern? Der dritte Schritt war der Austritt, der letzte die Taufe.

Hinsichtlich der Religionsschule standen die Eltern unter dem Druck ihrer Kinder. Warum sollen die Kinder zum Unterricht gehen, wenn ihre Freunde spielen konnten? Das war ganz natürlich, und die Oldenburger Kinder hatten in der Regel drei „Entschuldigungen": Die Schranke (Eisenbahn) war herunter, die Brücke war auf, die Fahrradkette war weg. Teilnahme am jüdischen Religionsunterricht war Vorschrift, nur Krankheit oder, auf dem Lande, schlechtes Wetter und besondere Ausnahmefälle galten

als Entschuldigung.[283] Selbst diejenigen Kinder, die am christlichen Unterricht in der Volksschule oder der Höheren Schule teilnahmen, waren zum jüdischen Unterricht verpflichtet.[284] Die Zensurnoten des jüdischen Religionsunterrichtes wurden in die Schulzeugnisse der Ortsschulen eingetragen.[285] Jugendgottesdienst am Sabbatnachmittag galt als Religionsunterricht, war also verpflichtend und raubte den Kindern den freien Tag.[286] Gegen jede unentschuldigte Abwesenheit erlaubte das Gesetz Strafen.[287] Und dennoch, was konnte man tun? Gerade die Strenge des Gesetzes, die einerseits unumgänglich war, legte die Versuchung den Eltern nahe, auszutreten, um die Schwierigkeiten zu vermeiden.

Das Protokoll der Sitzung des jüdischen Landesgemeinderats vom 10. Mai 1908 legt Zeugnis davon ab [288], wie es zu diesen Verordnungen kam.

„... Ferner wird der Vorsitzende (Mannheimer) bei den freien Besprechungen von Vorsteher Schwabe (Varel) interpelliert, was er zu tun gedenke, um zu verhindern, daß das Verfahren des nach Oldenburg versetzten Landgerichtsrat Weinberg, die Kinder nicht in die Religionsschule zu schicken, resp. überhaupt nicht in der Jüd. Religion unterrichten zu lassen, Nachahmungen finde. Denn in Varel habe Herr Max Schwabe unter Berufung auf obigen Fall bereits dasselbe getan mit seinem Sohne. Der Vorsitzende erklärt, daß dies der erste Fall sei, der auch in Oldenburg sehr ungünstig wirke, aber jeder Vater könne sein Kind in der Religion erziehen lassen, in der er wollte. Er müsse nur für jedes neue Semester ein Zeugnis des Schulleiters einreichen, daß die betreffenden jüdischen Kinder am christlichen Religionsunterricht teilnehmen. Eine event. höhere Entscheidung herbeizuführen, ob Kinder, die Juden sind, nicht trotzdem auch am jüdischen Religionsunterrichte teilnehmen müssen, hält der Vorsitzende nicht für tunlich, da ein solches Vorgehen solchen Eltern nur eine willkommene Gelegenheit zur Taufe ihrer Kinder geben würde."

Zur Zeit dieses Geschehens bestand das Verpflichtungsgesetz zur Teilnahme jüdischer Kinder am jüdischen Religionsunterricht — selbst bei Teilnahme am christlichen — noch nicht. Die Regierung versah jedoch diesen Paragraphen des Sitzungsberichtes mit einem Randstrich, was darauf hinweist, daß sie sich darüber Gedanken machte. Am 29. Mai 1911 kam es dann zu der oben erwähnten Verordnung. Ob die Regierung die Initiative übernahm, oder ob Mannheimer selbst seine Bedenken überwand oder durch weitere Entwicklung dazu gezwungen war, wissen wir nicht.

Der nächste Schritt war der Austritt. Weinberg unternahm ihn nie, vielleicht, weil er mit Therese Ballin verheiratet war. Dennoch wurde Weinberg später zum Landgerichtspräsidenten befördert.[289] Andere Gemeindemitglieder unternahmen den Schritt, zum

283) Mannheimer, a. a. O., S. 34—35.
284) Mannheimer, a. a. O., S. 35.
285) Mannheimer, a. a. O., S. 36.
286) Mannheimer, a. a. O., S. 34.
287) Mannheimer, a. a. O., S. 36.
288) O.S.A., Best. 134, 783.
289) Schieckel, a. a. O., S. 570.

Bedauern der Regierung und des Landtages, wie wir sahen. Regierung und Gerichte standen daher der Landesgemeinde zur Seite.

Am 12. September 1910 traten Paul und Franz Reyersbach aus dem Judentum aus. Gleichzeitig verlangten sie, daß ihnen derjenige Teil ihrer Steuern zurückerstattet werde, der nach ihrem Austritt proportionell der Gemeinde zufließen würde. Im Falle von Paul Reyersbach, der 35,70 M. gezahlt hatte, belief sich die Forderung auf 20,83 M., im Falle des Franz Reyersbach, der 31,50 M. gezahlt hatte, belief sich die Forderung auf 20,83 M. Am 10. Oktober 1910 trat Bankier Wallheimer aus Varel aus dem Judentum aus. Seine Steuern zur Rabbinatskasse hatten 226,01 M. betragen, von denen er 131,84 M. zurückforderte.[290] Das waren die Juden, von denen der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete erklärte, sie gehörten zu den Stützen der bürgerlichen Parteien.

Für die Landesgemeinde war das auch finanziell ein Schlag. Der Gesamtetat der Rabbinatskasse für 1910 betrug 5811,21 M. Die Rückforderung der drei Ausgetretenen bezog sich daher auf etwa 3 % des Gesamtetats, die in dem nächsten Jahr ausfallende Steuer der drei auf über 5 % des Gesamtetats.

Als ersten Schritt richtete nun Mannheimer ein Gesuch an die Regierung, Wallheimer die Steuer für Oktober nicht zurückzuerstatten, da er an den Hohen Feiertagen, dem 3., 4. und 13. Oktober, Synagogenplätze beanspruchte und sein Sohn und Schwager tatsächlich dem Gottesdienst beigewohnt hatten und sechs Predigten gehört hatten.[290]

Als grundsätzlichen Schritt gegen den Austritt erließ der jüdische Landesgemeinderat am 5. März 1911 ein Gesetz.[291]

Dieses Gesetz erklärte, daß der Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft, ohne Übertritt zu einer anderen, wirksam werde durch mündliche Erklärung des Austretenden vor dem Landesrabbiner, der darüber ein Protokoll aufzunehmen hatte, welches der Austretende zu unterschreiben hatte. Die Ehefrau konnte in der Gemeinschaft bleiben und mußte dann 60 % der Steuern zahlen.

Nach Austritt verlor der Ausgetretene alle Rechte in der Gemeinde, jedoch mußte er zu den Lasten für die ordentlichen Ausgaben der Gemeinde bis zum Ende des folgenden Rechnungsjahres weiterhin beitragen. Zu schon bereits erklärten Kosten eines Baues mußte er bis zum Ablauf des zweiten Rechnungsjahres beitragen und zu ganz besonderen Verpflichtungen der Gemeinde dritten Personen gegenüber (Hypotheken), falls nötig, bis zum Ablauf des 5. Rechnungsjahres nach dem Rechnungsjahre seines Austritts. Das Recht, auf dem jüdischen Friedhof beerdigt zu werden, ging auch denjenigen verloren, die eine Erbstätte hatten. Bestattungen konnten jedoch bei Zahlung der ausgefallenen Steuer wieder erlaubt werden oder, falls der Austritt erst kürzlich war, bei Zahlung von mindestens 200,— M. Für Teilnahme an Gottesdiensten war jedem ausgetretenen Mitglied jedesmal 30,— M. zu berechnen, für Beteiligung der Kinder am Religionsunterricht war ein jährliches Schulgeld von 100,— M. bis 250,— M., dem Vermögen der Familie nach, zu zahlen. Privatunterricht zu erteilen war den jüdischen Lehrern verboten. Rückkehr in das Judentum und die Gemeinde war mit Nachzahlung

290) O.S.A., Best. 134, 774 (60^2, 59^3, 61^2).
291) Mannheimer, a. a. O., S. 45—50, auch für das Folgende.

aller Steuern verbunden, Rückkehr der Kinder des Ausgetretenen nach dessen Tod mit einer Nachzahlung für die letzten zwei Jahre, doch konnte in diesen Fällen der Landesgemeinderat auf Vorschlag des betreffenden Synagogengemeinderats eine Ermäßigung gewähren.
Finanzielle Probleme waren daher anscheinend für manche der Grund zum Austritt, für andere, denen nur am Religionsunterricht gelegen war, mag die Hoffnung bestanden haben, durch Privatunterricht nicht nur billiger zu fahren, sondern auch die Gesellschaft der anderen Kinder zu vermeiden. All das war nun untersagt und dem Austritt zur Zeit besonderer Belastung einzelner Gemeinden ein Riegel vorgeschoben.
Dieser Beschluß, der der Regierung vorgelegt und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes von 1858 zum Gesetz geworden war, wurde nun einer Prüfung unterworfen. Einige Ausgetretene klagten um Rückerstattung der Steuern, die nach ihrem Austritt erhoben worden waren. Dabei erklärten sie, es handle sich bei dieser Rückerstattungsklage nicht um eine öffentlich-rechtliche, sondern eine privatrechtliche Klage um Erstattung von Geldern. Sie führten an, das Gesetz sei ungültig, da der Landesgemeinderat kein Erlassungsrecht habe, und schließlich, daß solche Zahlungen den Klägern die Freiheit der Religionswahl versagten.
Die Klage wurde vom Amtsgericht am 31. Dezember 1913 abgewiesen und die Kläger zu den Kosten verurteilt. Daraufhin ging die Berufung durch die Instanzen zum Landgericht. Wiederum wurden die Kläger kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht erklärte, daß die Kläger versucht hätten, auf privatrechtliche Weise, nämlich durch Privatklage, eine öffentlich-rechtliche Bestimmung zu umgehen und umzuwerfen. In einem solchen Falle könne ja ein jeder öffentlich-rechtliche Bestimmungen umgehen. Die Auferlegung der Steuern sei öffentlich-rechtlich geschehen, daher könne eine Rückforderung nicht durch eine Privatklage versucht werden. Das Gesetz des Landesgemeinderats sei von der Regierung im ordnungsgemäßen Verlauf der Prüfung der Protokolle gesehen worden, die Regierung habe keinen Einspruch erhoben, daher sei die Verordnung nach dem Selbstbestimmungsrecht von 1858 nun Gesetz. Schließlich sei der Austritt aus dem Judentum nicht mit Erschwerung verbunden; die lediglich Ausdehnung der Steuerpflicht könne nicht als eine Einengung der Glaubensfreiheit angesehen werden. Die unterzeichneten Richter waren: Erk, Popken und Dr. Christians. Doch man kann sich des Sieges der Landesgemeinde nicht freuen. Die Tragik des Geschehens lag ja in der Notwendigkeit einer gerichtlichen Entscheidung, sie lag im Austritt selbst.
Die Ausgetretenen wie auch die Getauften, die allerdings und bedeutungsvoll als getaufte Juden erwähnt werden, hatten jetzt Ruhe vom Judentum — für etwa 25 Jahre. Dann wurden sie oder ihre Kinder als Rassejuden von den Nationalsozialisten erfaßt, ohne in vielen Fällen zu wissen warum und ohne die innere Stärke zu besitzen, die ein bewußtes Glaubensbekenntnis in der Lebensnot verleiht.

Was geschah in den jüdischen Gemeinden?

Das innere Leben der Landesgemeinde zeigte sowohl Fortschritt wie Rückschritte.
Schon 1876 wurde in Oldenburg ein Verband Gemilus Chesed gegründet, dessen Auf-

gabe es war, den Toten die letzte Waschung und Einkleidung in die traditionellen Sterbekleider zu erweisen und für die Hausgottesdienste im Trauerhaus während der Trauerwoche zu sorgen.[292] Im Jahre 1898 wurde vom Landesgemeinderat ein Pensionsgesetz für jüdische Lehrer erlassen. Nach fester, lebenslänglicher Anstellung und fünfjährigem Dienste waren sie zu einem Ruhegehalt von 20 % ihres Gehaltes berechtigt, das dann mit jedem weiteren Jahr um 1 % anstieg, bis 60 % ihres Gehaltes erreicht wurden. Der Gemeindebeitrag zur Pensionskasse betrug jährlich 3 % der Gemeindeausgaben plus 4 % der Summe, die der Lehrer als Gehalt bezog; der Beitrag des Lehrers war 2 % seines jährlichen Gehaltes.[293]

Im April 1905 wurde die Gemeinde Rüstringen als Eigengemeinde anerkannt und in die Landesgemeinde aufgenommen. Sie entstand aus der früheren Gemeinde Bant, hatte 27 Familien, einen Lehrer und einen von Bant übernommenen Friedhof. Somit entsprach sie allen Regierungsbestimmungen.[294] Zehn Jahre später, 1915, weihte sie ihr neues Gotteshaus ein. Es war ein großzügiger, moderner Bau, an dessen Errichtung auch die Juden Wilhelmshavens teilhatten. Die zwei Städte formten ja eine Gemeinde, die allerdings von zwei Landesrabbinern betreut wurde, dem von Oldenburg und dem von Emden. Die Synagoge war im oldenburgischen Teil, und der ganze Landesgemeinderat war bei der Weihe anwesend.[295] Wiederum haben wir in den Akten des Staatsarchivs kein Programm der Weihegottesdienste.[296]

Im folgenden Jahr, am 28. Oktober 1906, wurde die Synagoge in Ovelgönne verkauft. Sie war so baufällig geworden, daß sich die Kosten der vom Staat der Sicherheit wegen geforderten Reparaturen zu hoch beliefen. Der Erlös wurde mit Erlaubnis des Landesgemeinderats und des Ministeriums zur Abtragung der noch bestehenden Hypothek benutzt[297]; die Gemeinde, auf deren Schule Hirsch so viel Hoffnung gesetzt hatte, war nicht mehr.

Allerdings begann Nordenham sich zu entwickeln, und selbst in den nationalsozialistischen Jahren trug man sich anfänglich noch mit der Hoffnung, daß sich diese Judenschaft zu einer vollen Gemeinde mit einem Gotteshaus entwickeln würde.[298]

Im Jahre 1905 wurde die neue Synagoge in Oldenburg eingeweiht und 1909 ein neues Schulhaus erbaut, da das alte baufällig geworden war. Der Architekt war der Geh. Baurat Klingenberg, die Kosten betrugen 20 000,— M.[299] Da es unwahrscheinlich ist,

---

292) Mannheimer, a. a. O., S. 60—63. Die Statuten traten am 1. Oktober 1910 in Kraft. Glück, in dessen Amtszeit die Gründung des Vereins fällt, hatte anscheinend nichts getan, ihm Statuten zu geben.

293) Mannheimer, a. a. O., S. 33—40.

294) O.S.A., Best. 134, 801; s. auch Protokoll des L.G.R. 1906, O.S.A., 134, 783.

295) Protokoll des L.G.R., 1915; O.S.A., Best. 134, 783.

296) Im Jahre 1906 behandelte der Landesgemeinderat ein Ersuchen von Berlin, alle alten Akten nach dort ins Gesamtarchiv zu senden. Der Landesgemeinderat sprach sich im Prinzip dagegen aus, obgleich er dem Landesrabbiner erlaubte, einige zur Abschrift nach dort zu senden. Somit können wir nicht sagen, die Akten seien anderweitig aufgehoben. Keinesfalls ist anzunehmen, daß das Ministerium keine Programme der Weihgottesdienste erhalten habe. — Protokoll, 1906; O.L.A., Best. 134, 783.

297) O.S.A., Best. 134, 787.

298) Persönliche Gespräche mit dem Verfasser.

299) O.S.A., Best. 134, 787.

daß Synagoge und Schulhaus nicht nebeneinander standen, so dürfte die alte Synagoge vielleicht auf der gleichen Stelle gestanden haben wie die neue.
Zur Weihe der Synagoge am 26. März 1905, um 4 Uhr nachmittags, wurde das Ministerium ersucht, den Großherzog einzuladen, wie auch selbst vertreten zu sein. Das Datum der Einladung, 23. März 1905, ist entweder ein Fehler oder es gab dem Großherzog nur ganz geringe Zeit zur Antwort. Auf der ersten Seite der Einladung finden wir: Untertänigst vorgelegt, Ruhstrat. In Beantwortung schrieb der Großherzog:

Meine Eltern nahmen, soviel ich weiß, an der Einweihung der alten Synagoge teil. Ich würde daran teilgenommen haben, wenn ich anwesend gewesen wäre. Daß die Großherzogin allein hingeht, halte ich nicht für richtig. Ich halte es aber für angezeigt, daß das Ministerium vertreten ist. Von mir bitte ich meine besten Wünsche und mein Bedauern auszusprechen, daß ich nicht anwesend sein kann. Ich muß Sonntag auf der Elbe das Schulschiff besichtigen. Der Termin ist nicht mehr zu ändern. — Ich werde darauf hierher zurückkehren zu 6tägiger weiterer Behandlung und dann auf einige Tage nach Oldenburg kommen. — Dresden, 24. 3. 1905 — F. A.

(Friedrich August)

Darunter: Ich habe persönlich geantwortet, zu Akten — Ru.[300]

Das Schreiben, das gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, gibt uns einen besseren Einblick in die Lage der Juden als ein öffentliches Schreiben, selbst eine großherzogliche Teilnahme am Gottesdienst, hätte geben können.
Ein Besuch hätte widerwillige Pflicht sein können, ein formeller Glückwunschbrief auch nur Formalität. Das private Schreiben des Großherzogs an das Ministerium enthüllt seine Gefühle. Er war in Dresden zur Behandlung. Er wollte kommen, wie es auch seine Eltern taten. Er beauftragte das Ministerium, zu kommen. Er hätte dem Ministerium gegenüber gar keine Gründe angeben brauchen, er war eben einfach verhindert; dennoch geht er in die Einzelheiten. Man möchte sogar annehmen, daß er lieber in Oldenburg zur Einweihung der Synagoge gegangen wäre. Aber die Seefahrt war nicht nur des Großherzogs große Liebe, sie ermöglichte es ihm gleichzeitig, die Entwicklung der Weserhäfen zu fördern. Einen Termin in so kurzer Zeit zu ändern, war wirklich unmöglich. Daß er es nicht für richtig hielt, daß die Großherzogin allein gehe, ist auch interessant. Sie war eine preußische Prinzessin, und im Hause Hohenzollern war die Neigung für die Juden nicht sehr groß. Des Großherzogs Bedauern, den Juden Oldenburgs nicht die Ehre seiner Gegenwart geben zu können, war aufrichtig und ehrlich. Der Fehler lag bei der Gemeinde, die die Einladung hätte früher senden sollen. Die sehr späte und indirekte Einladung des Herzogs, die durch das Ministerium ging, läßt es möglich erscheinen, daß die Juden gar nicht ernsthaft damit rechneten, daß er seine Teilnahme in Erwägung ziehen würde. Es war eben Pflicht, den Landesherren zur Weihe der Hauptsynagoge des Landes einzuladen. Daß Friedrich August sich ernsthaft damit abgab, und auch gekommen wäre, hätten seine unumgänglichen Pflichten es nicht un-

300) O.S.A., Best. 134, 800. — Faksimile.

möglich gemacht, spricht vom Wohlwollen des Fürsten seinen jüdischen Bürgern gegenüber. Gleichzeitig bezeugt es, daß Großherzog und Regierung dem jüdischen Glauben und seinen bewußten Anhängern gegenüber mit viel größerem Respekt gegenüberstand, als es die jüdischen Assimilanten glaubten, die im Austritt aus dem Judentum oder zumindest seiner Vernachlässigung den Weg zur sozialen Gleichberechtigung sahen. Die gleiche Richtung zeigt sich auch in den Verhandlungen des Landtages, die wir geschildert haben.

Vergleichen wir nun die Mißhelligkeiten, die der Verband der deutschen Juden zu beklagen hatte und zu bekämpfen versuchte, so finden wir, daß Oldenburg den anderen Bundesstaaten weit voraus war.[301] Angriffe gegen die religiöse Ehre des Judentums gab es weder im Landtag noch von seiten des Großherzogs. Die Lauterkeit der jüdischen Religion war schon damit anerkannt, daß man in ihr, wie in allen anderen Religionen, eine Stütze des Thrones sah.

Agitation gegen das Schächtverfahren fand kein offizielles Gehör. Entgegen den physiologischen Tatsachen wurde der Halsschnitt, der ganz schnell vonstatten gehen mußte, oft verleumdet. Und dennoch war der Schnitt so scharf, die Entleerung des Gehirns so schnell, daß die Zentren der Nerven im Gehirn blutlos wurden, bevor ein Schmerzgefühl im Tier entstehen konnte. Die Stadt Oldenburg verlangte lediglich das geschickte Niederlegen des Tieres in Gegenwart des Schächters und erprobte Inhaber dieses Amtes.[302]

Die Gleichberechtigung der Juden bei Besetzung öffentlicher Ämter war, zumindest teilweise, in Oldenburg schon seit Mendelssohns Zeiten Wirklichkeit geworden und war in der Beförderung Weinbergs erkennbar.

Der Religionswechsel wurde vom Staat keineswegs befürwortet. Man war nicht an der Auflösung der Judengemeinschaft interessiert. Den Ausländern war wenigstens Stimmrecht in den Synagogengemeinden zuerkannt, was bedeutete, daß man mit ihrem Daueraufenthalt rechnete. Die Zuschüsse zum jüdischen Kultus wurden gewissenhaft erteilt, wenngleich sie hätten höher sein können. Oldenburg wurde sogar von Preußen gebeten, aus den eigenen praktischen Gepflogenheiten dem großen Staat Erfahrungen weiterzugeben. Die Abschaffung der Ausnahmegesetze für Juden, die Rußland besuchten, lag nicht in den Händen der Länder, sondern des Reiches.

Im Vergleich zu anderen Staaten konnten sich die Juden nicht beklagen.

1917 hielt Mannheimer einen Vortrag im „Vortrupp" zu Oldenburg.[303] Er philosophierte soviel darin, daß man erkennen kann, er wollte seine Hörer beeindrucken. Im Grunde aber sprach er Ideen aus, die sich auf Oldenburg wohl anwenden ließen: Gebildet ist derjenige Mensch, der seine Gaben zur höchsten Ausbildung bringt und sie mit edler Gesinnung verbindet. Charakter ist nicht angeboren, sondern eingeprägt. Der Staat bildet Charaktere, er muß sie zum Frommen und Nutzen der Allgemeinheit

---

301) s. o.
302) Mannheimer, a. a. O., S. 50—51.
303) Littmann Verlag, 1917. — O.L.B. 56—1421.

dienstbar machen. Der einzelne Mensch wird zum Miterbauer des Staates. Wer die Menschen wirklich kennenlernen will, muß die Menschen zuerst lieben.
In dem kleinen Oldenburg, wo so viele einander kannten und die Distanz von der Regierung so gering war, konnte man wirklich von dem einzelnen als Baustein der Gesamtheit reden und von dem Staat als einem Erzieher guten Charakters.
In einer Predigt zu Ehren des 100jährigen Jubiläums des Oldenburgischen Infanterieregiments 91 drückte sich Mannheimer sehr geschickt aus: „Jeder sei am Platze zu seiner Fahne" (Numeri 2:4), auch die Juden seien es, sie seien an ihrem Platz im Staat, selbst wenn es der Juden nur wenige gäbe.[304]
In einem guten Staat waren die Juden gute Staatsbürger, vielleicht hätten sie manchmal bessere Juden sein können.
Sie sorgten für ihre Armen, hatten Institutionen für Waisenfürsorge und Armenunterstützung[305], sie trugen die schwere Bürde zur Erhaltung des Glaubens mit Opferbereitschaft. Aber es gab dennoch die Austrittler — und das hätte gerade in Oldenburg nicht sein sollen. Untergrub der Staat gerade durch sein Wohlwollen die Religion unter den Gebildeten ihrer Verächter? Dann allerdings liegt die Schuld bei den Juden. Waren sie bedrückt, so konnte man es noch verstehen, daß sie sich abwandten, obgleich es nicht zu billigen ist. In Oldenburg wird es unverständlich.
Auch die Glaubensjuden waren lässig geworden.
So mußte der Landesgemeinderat im Jahre 1915 verordnen, daß auf einem jüdischen Grabstein mindestens oben die hebräischen Buchstaben: (P.N.) (hier ruhet) anzubringen seien und unten die fünf Buchstaben (T.N.Z.B.H.) in Abkürzung des Satzes: Möge die Seele aufgenommen sein in den Bund des ewigen Lebens. Man war also schon weit dem Judentum entfremdet.[306]
War diese Emanzipation wohl Ursache zur Klage, so gab Oldenburg auch Ursache zum Lob. Vor allem zeigen die Beschlüsse des Landesgemeinderats einen positiven Willen zur Erhaltung des Erbgutes und der Religionsgemeinschaft. Man verließ sich dabei vielleicht etwas zu sehr auf das Gesetz, was mit der Führung durch Mannheimer zu tun gehabt haben mag, denn dieser war kein Mann diplomatischen Verhandelns. Aber man folgte ihm in seinem Streben, das Wesensgut der Judenschaft zu erhalten. Die Abgelegenheit Oldenburgs von den Mittelpunkten jüdischen Lebens, wo die Lage in Bezug auf die Austritte auch nicht besser war, gab der Gemeinschaft trotz allen Streitigkeiten größere Einheit und ein größeres Gefühl der Zusammengehörigkeit als es in anderen Gemeinden bestand. Man hing voneinander ab.
In einer Ansprache zur Eröffnung der Sitzung des Landesgemeinderats vom 10. Mai 1908 gab Mannheimer eine Übersicht über das jüdische Leben, eine Rede, die uns einen Einblick in die Oldenburger Judenheit erlaubt, uns vom deutschen Judentum erzählt, Mannheimers eigene Ideologie zum Ausdruck bringt und prophetische Zukunftsschau enthüllt.

---

304) O.L.B. Ge. IX D — 27: a: 4.
305) Mannheimer, a. a. O., S. 55—56.
306) Protokoll, 1915, O.S.A., Best. 134, 783; Mannheimer, a. a. O., S. 60.

„Hierauf (nach der Begrüßung) hält der Vorsitzende eine längere Rede über allgemeine jüdische Angelegenheiten und betont die schöne Entwicklung der jüdischen Gemeinden des Herzogtums und die harmonische, gemeinsame Arbeit des Landesgemeinderats mit dem Vorsitzenden, im Gegensatz zu der in anderen Teilen Deutschlands neu eingetretenen Zerklüftung zwischen Orthodoxie und Liberalismus. Es sei geradezu ein Jammer, daß die Juden von ihrer Geschichte noch nicht gelernt hätten, daß eine solche Uneinigkeit innerhalb des Judentums dem ganzen Glaubensorganismus den Todesstoß versetzen müsse. Nur eine gemeinsame Arbeit, die auf das Wohl des Ganzen gerichtet ist, mit Hintansetzung der verschiedenen Richtungen, könne zu einer Erstarkung des Judentums führen. Die Gründung der liberalen Vereinigung sei ein Unglück, man gründe überall Vereine zur Erhaltung der Denkmäler, zur Erhaltung historischer Werke vergangener Zeiten, doch keiner habe je gehört, daß man Vereine zur Zerstörung gegründet hat, der Zahn der Zeit besorgt die Zerstörung von selbst, wir aber müssen erhalten. Die neugegründete liberale Vereinigung sei ein Verein zur Zerstörung, der einreißen solle, was die seit zwei Jahrzehnten bestehende Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, die von dem früheren oldenburgischen Landrabbiner Samson Raphael Hirsch s.A. ins Leben gerufen sei, mit unermüdlichem Eifer zum großen Segen des Judentums mühsam erhalten und wiederbelebt habe. Freilich bedauere er auch lebhaft anderseits, daß sich auch Glieder der Orthodoxie heute noch ausschließen von der gemeinsamen Mitarbeit auf jüdisch-sozialem Gebiete, wo eine gemeinsame Arbeit unbeschadet der verschiedenen religiösen Richtungen nicht nur möglich, sondern auch notwendig sei. Hoffentlich wird nicht wieder erst der gemeinsame Feind von außen kommen müssen, um die Zersplitterung im Inneren mit ihrer ganzen traurigen Consequenz uns als das vor die Augen zu führen, was sie ist — ein großes nationales Unglück." [307]

Der Ansprache hätte Hirsch wohl kaum zugestimmt. Gewiß hätte auch er die Organisierung des liberalen Judentums als ein Unglück angesehen, doch wäre für ihn das orthodoxe kein Denkmal alter Zeiten gewesen, das einfach zu erhalten war, sondern eine lebendige Form, die zu verstehen und zu erfüllen war. Seit Hirsch, der sich selbst ja einen Reformer nennen konnte, blieb das orthodoxe Judentum stehen, und Mannheimers Rede legt davon Zeugnis für seine Zeit ab. Ebensowenig ist es berechtigt, das liberale Judentum einfach als eine zerstörende Kraft anzusehen. Es bestand zum großen Teil aus bewußten Juden, die an einer Weiterentwicklung des Lebensgebäudes des Judentums eben darum interessiert waren, weil sie in ihm nicht ein Denkmal der Vergangenheit sahen. Die Leistungen dieses liberalen Flügels, aus dem Männer, wie der Philosoph Hermann Cohen, und Franz Rosenzweig, ein grundlegender Theologe des modernen Judentums, kamen, blieben dem orthodoxen Flügel unklar. In Oldenburg gab es nur Orthodoxie in der äußeren Form Hirschscher Prägung; die anderen Formen fanden keinen Ausdruck. Ob allerdings ein liberales Judentum die „Flüchtlinge" im jüdischen Lager hätte halten können, ist schwer zu sagen und zweifelhaft, denn die Flucht

---

307) Protokoll der Sitzung des L.G.R. von 1908, O.S.A., Best. 134, 783.

der Austrittler war nicht durch theologische Überlegungen motiviert. Aus der Entfernung sah jedoch Mannheimer das Verderbliche des Bruderzwists klar und deutlich, und seine Worte enthalten eine dunkle Zunkunftsahnung.

Der Feind von außen

Oldenburg hatte eine gute Menschengemeinschaft. Doch war den Juden auch dort der Anti-Semitismus nicht unbekannt. Daß es die Abneigung gegen sie im kleinen gab, den Schmähruf und kleinliche Stichelei, kann man als sicher annehmen. Das war überall so. Das Zusammenwirken der Geistlichen wie einst in Wechslers Zeit war verschwunden. Aber leider fanden sich auch starke ausgesprochene Manifestationen eines virulenten Judenhasses im Oldenburger Land, so daß wir auch hier in Oldenburg das Bild gesamtjüdischen Schicksals früh erkennen, wie es sich im ganzen Reiche bald entwickeln sollte. Die Versammlung, die Mannheimers Ansprache hörte, vernahm auch einen Antrag des Vorstehers Weinberg aus Brake: [308]

„Welche Schritte gedenkt der Landesgemeinderat zu unternehmen, um der Absicht der Kurverwaltung in Wangerooge zu begegnen, aus dem Oldenb. Seebade Wangerooge ein judenreines Bad zu machen?

Der Referent, Vorsteher Weinberg, Brake, berichtet, daß ein in Nr. 7 der Zeitschrift „Im deutschen Reich" vom Jahre 1907 abgedruckter Brief des Großherzogl. Bademeisters Wittenberg in Wangerooge einem Juden mitteilte, nicht nach dorten zu kommen, „da die dortigen Kurgäste Juden nicht zu sehen wünschten und der Charakter ihres Seebades antisemitisch sei". Sowohl von ihm als auch vom Vorsitzenden Dr. Mannheimer sei sofort die Sache in die Hand genommen worden. Letzterer habe sich direkt an die Badekommission gewandt, und wie er erfahren habe, sei auch in einer Commission des Landtages mit Entrüstung davon gesprochen worden, sodaß die Oldenb. Regierung dem Bademeister in Wangerooge ein Schreiben zugesandt habe. Vier Fälle sind dem Referenten bekannt, wo auf Grund des Briefes Juden ihre beabsichtigte Badereise nach Wangerooge aufgegeben hätten, einer von diesen sei von weiter Ferne sogar im Herzogtum Oldenburg wieder umgekehrt. Außerdem sei in diesem Jahre Wangerooge auf der Liste der antisemitischen Badeorte aufgeführt.

Der Landesgemeinderat beschließt vorläufig von einem öffentlichen Proteste im Interesse des Badeortes Wangerooge abzusehen, jedoch wird der Vorsitzende beauftragt über diese Angelegenheit mit dem Großherzoglichen Staatsministerium Rücksprache zu nehmen."

Auf der Regierung wurde dann der Vermerk hinzugefügt:

„Reg. II anzulegen, die für erwachsene Verhandlungen — 17. 5. 08."

„Angelegt."

Die Gefahr lag nicht bei der Regierung, sondern in einer Machtübernahme von „unten". Während die Regierung Akten anlegte, schlug der Antisemitismus immer weitere Wellen, erfaßte weitere Kreise, und schließlich wurden dann Regierung und Recht von die-

308) O.S.A., Best. 134, 783.

ser Flut hinweggeschwemmt. In Wangerooge sehen wir den Beginn einer aus dem „Volksbewußtsein" stammenden Entwicklung.

Gleichzeitig erfahren wir, wie diese Ideologie verbreitet wurde. Das Protokoll vom 9. Mai 1915 [309] enthält u. a. einen interessanten und tieftraurigen Kontrast.

„Es wird beschlossen für die im Kriege gefallenen Helden aus den Synagogengemeinden des Herzogtums in der Synagoge zu Oldenburg eine Ehrentafel zu errichten und zu diesem Zwecke werden 300 Mk. aus der Rabbinatskasse bewilligt.[310]

Daneben gab Mannheimer einen Bericht

„über die seitherige Tätigkeit der jüdischen Gemeinden des Herzogtums während des Krieges. Aus diesem Berichte geht hervor, daß sich die Juden unserer Gemeinden an der allgemeinen Kriegshilfe in hervorragender Weise beteiligt haben, daß sie aber auch außerdem große Summen für die jüdischen Soldaten Verwundete und galizische Flüchtlinge geopfert haben. Auch für die Seelsorge und rituelle Speisung wurde von dem Vorsitzenden in hohem Maße gewirkt, — "

und nun der Kontrast:

„ — und selbst antisemitische Strömungen, die sogar in dieser Kriegszeit sich bemerkbar machten, mußten in energischer Weise bekämpft werden, wie aus einer zur Vorlesung gelangten Korrespondenz des Vorsitzenden mit Herrn Major v. Waldheim hervorgeht, welcher in zwei Kriegsreden vor versammelter Mannschaft große antisemitische Entgleisungen sich zuschulden kommen ließ."

Auch dieser Satz wurde von der Regierung angestrichen, obgleich die preußische Garnison nicht unter Oldenburger Kompetenz stand. Die „Entgleisungen" waren leider Absicht. Selbst das Reich hatte, mitten im Kriege, eine Judenzählung angeordnet, um zu beweisen, daß die Juden sich drückten. Das Ergebnis zeigte einen *höheren* Prozentsatz jüdischer Frontsoldaten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung; 12 000 Juden fielen an der Front. Doch der Stachel des Mißtrauens saß. Die Gedenktafel in der Synagoge, mit etwa 12 Namen, wurde von den Nationalsozialisten 1938 verbrannt.

Ein Überlebender

In den Jahren 1830 und 1834 hatte Hirsch berichtet, daß die Kinder der Familie Heiersberg aus Cloppenburg vielversprechend seien. Es war immer seine Hoffnung, die besten dieser Kinder zu Lehrern zu erziehen. Im Protokoll von 1908 finden wir nochmals eines dieser „Kinder". Es war ein Lehrer geworden, hatte Hirschs Hoffnung erfüllt. Nun lebte er in Delmenhorst, war 86 Jahre alt, lange pensioniert. Doch unternahm er für seine Freunde heimlich Schächtungen, wozu er gar nicht mehr imstande war, denn bei einem solchen Alter ist die Hand gar nicht mehr fest und ruhig genug, den scharfen, glatten Schnitt, den das Gesetz verlangt, zu vollziehen. So war Heyersberg verwarnt worden und wurde jetzt offiziell gerügt. Seine Pension würde ihm entzogen werden, sollte er nochmals das Schächten vornehmen, denn es könnte leicht zu einer Schlachtung kommen, die das Fleisch unerlaubt mache.

---

309) O.S.A., Best. 134, 783.

310) Protokolle von 1915; O.S.A., Best. 134, 783.

IX. Phillip de Haas:
Das Ringen um Werte in einer Zeit der Entwertung

Am 10. November 1918 floh der feige Wilhelm II. nach Holland; großspurig nach außen, besaß er nicht den Mut, sich persönlich für seine Fehler der Verantwortung zu stellen. Ein Kaiser, der das Leben von Millionen geopfert hatte, exilierte, um sein eigenes Leben zu bewahren. Die folgenden Jahre waren eine Zeit bitterer Not für Deutschland, doch hätte die Prüfung zu einer besseren Gemeinschaft führen können, wäre das Volk bereit gewesen, dem Schicksal einig und mutig ins Auge zu sehen. Doch gleich ihrem ehemaligen Kaiser, nahm die Mehrheit der Masse Zuflucht in die Rettung persönlicher Güter auf Kosten der Gesamtheit. Das Ende war Chaos, politisch, ökonomisch und vor allem moralisch. Aus den chaotischen Wirren eines sich selbst bekämpfenden Volkes erstieg der satanische Anti-Mensch der Geschichte, Hitler, vom Volk als Erlöser begrüßt. Durch Eigeninteressen zerklüftet, konnten die einzelnen nicht erkennen, daß die Versprechen, die Hitler den verschiedenen Gruppen machte, sich gegenseitig widersprachen. Hitler einigte sein Volk nicht durch das große, positive Ziel einer Rechtsgemeinschaft, sondern durch den Negativismus des Hasses: aus diesem sollte der Kampf erstehen, aus dem Kampf ein Sieg über die Welt, aus dem Sieg ein Jahrtausend deutscher Macht — denn dem Mächtigen, so sagte er, gehöre die Welt, und die Natur selbst hatte in ihrer Auslese als Gipfel ihrer Schöpfung die arische Rasse geschaffen, und in ihr, als Gipfel der Vollendung, den Deutschen. Der Deutsche, als rassischer Übermensch, schuldete den Untermenschen keine Rechenschaft. Die Ethik des Christentums mußte der Ethik der Natur weichen, und diese war auf Rassenauslese begründet. Die Niedersten der Niederen waren die Juden, unmenschlich, menschheit-zerstörend: „die Juden sind unser Unglück." Ihre Vernichtung allein konnte, nach Hitler, zur Erneuerung Deutschlands führen und damit zum Wohlstand des einzelnen und zur Macht, die der Krieg Deutschland geraubt hatte und nach der sich der Deutsche mit ganzem Herzen sehnte. Der Kampf gegen den Juden war der erste Schritt zur Einigung des Volkes, denn den Juden hatte man auf Grund jahrtausendlanger theologischer Belehrung immer als den verstockten Gegner angesehen. Das verruchte Volk, theologisch gesehen, dem ein Jude allerdings durch die Taufe entfliehen konnte, wurde nun zur verruchten Rasse, biologisch gesehen, und hier war selbst der längst getaufte Jude gefangen. Das antijüdische Gefühl war immer in Deutschland wach gewesen; es war für Hitler ein gutes Sprungbrett.

Die Deutschen folgten ihm, teils aus Überzeugung, teils — am Anfang — versuchsweise, dann aus Selbstinteresse persönlicher Art, aus Feigheit und fehlender „Zivilcourage", schließlich aus Angst. Der Machtruf zum Gott-gegebenen Gebot des Rechtes und der Menschenliebe hätte von Anfang an von der Kirche ausgehen müssen; wir vernehmen ihn nicht. Um so größer ist das Verdienst des kleinen Häufleins derer, die in dieser Zeit wirklich Christen blieben. Unter ihnen gab es Geistliche und einfache Menschen. Sie gaben ihr Gut, ihre Freiheit und oft ihr Leben. Ihr Andenken wird zum Segen bleiben.

Oldenburg war in der Avantgarde der Entwicklung. Die Unabhängigkeit des Denkens

wurde zur Selbstsucht entwertet, Menschen dachten nur an sich. Die Bodenständigkeit und ehrenvolle Verwurzelung im Land und der Geschichte wurde zum Kult von Blut und Boden. Die Wirren, die Deutschland erfüllten, fanden besondere Ausprägung im Oldenburger Land; nicht im Kampf der Parteien, sondern in der Zersplitterung der Gemeinschaft. Schließlich wurde Oldenburg der erste Staat, der die Nationalsozialisten zur Herrschaft erhob.

Damit wurde das Judenschicksal in Oldenburg vorausverkündet und doch, durch die Überbleibsel einstiger Freisinnigkeit, zum Teil etwas gemildert. Doch ist es gerade in Oldenburg schwer zu verstehen. Es gab nicht viele Juden, und sie waren der Bevölkerung eng eingegliedert. Vor allem auf dem Lande gab es wenig Wohlstand unter ihnen. Sie erwarben ihr Brot in ehrlicher Arbeit. Hätte das den Oldenburger Bauern nicht klarmachen müssen, daß Hitlers große Erklärungen über die Machtpläne der Juden und über ihren übel gewonnenen Reichtum nur eben Propagandalügen waren? Aber die Oldenburger Bauern, die selbst in großer Notlage waren, wollten eben glauben, daß Hitler ihr Heiland sei, und bei solchem Glauben muß man das ganze Dogma wohl verschlucken, damit der Glaube selig mache.

Am 11. November 1918 legte der Großherzog seine Regierung nieder, aber er blieb im Lande. Oldenburg wurde eine Republik. In der provisorischen Regierung finden wir Männer wie Dr. Driver und Paul Hug, die uns aus den Debatten über die Zuschüsse an die Judengemeinde vom Jahre 1910 bekannt sind. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung fanden am 23. Februar 1919 statt. Kaum 67 % der Bevölkerung nahmen daran teil. Die 48 Abgeordneten gehörten 5 Parteien an, die Zersplitterung zeigte sich sofort. Im Jahre 1923 wurde der Geh. Oberregierungsrat v. Finkh Ministerpräsident; auch er ist uns schon 1910 in der Debatte über die Zuschüsse an die Juden begegnet. 1925 wurde Dr. Driver Mitglied der dreiköpfigen Regierung. Bei den Wahlen des Jahres 1928 wurden neun Parteien in den Landtag berufen. Die Demokratie wurde durch eine noch stärkere Zersplitterung gekennzeichnet.

Inzwischen hatte die Inflation die Lebensersparnisse der Bevölkerung vernichtet. Der Mittelstand war verarmt. Damit war eine Stütze des traditionellen Staates gefallen. Der Mittelstand ist in der Regel allen Experimenten abgeneigt und auf Erhaltung der mühsam erworbenen Werte bedacht. Aber dieser Rückhalt war nun verschwunden. Was konnte man schon verlieren, wenn man den Nationalsozialisten eine Chance gab? Man glaubte ohnehin, alles verloren zu haben.

Die ersten Jahre des neuen Landesrabbiners de Haas fielen in die Zeit der galoppierenden Inflation, der die Judengemeinschaft ebensowenig wie der Staat gewachsen war.
Mannheimer war am 22. August 1919 gestorben. Unter den Kandidaten, die sich bewarben, war Rabbiner Apt aus Filehne und Phillip de Haas. Sein Lebensbild ergibt sich aus dem Bericht der Regierung. Ihm war durch den Ausgang des Krieges eine Karriere in einer Großgemeinde versperrt worden. Nach seiner Ordination kam er als zweiter Rabbiner nach Posen, dann als Rabbiner nach Kattowitz. Als dieses polnisch wurde, wollte er, als guter deutscher Patriot, dort nicht weiterhin bleiben. So bewarb er sich nach Oldenburg und erhielt die Berufung.

Am 18. April 1920 schrieb der stellvertretende Vorsitzende des jüdischen Landesgemeinderats, M. Landsberg, an die Regierung. Da das Amt des Landesrabbiners vakant war, übernahm der Vorsteher der Gemeinde Oldenburg den stellvertretenden Vorsitz des Landesgemeinderats. Rabbiner Dr. Phillip de Haas, Kattowitz, sei am 12. 4. 1920 zum Landesrabbiner gewählt worden; das Oldenburgische Staatsministerium, so wurde beantragt, solle ihn daher gemäß des Gesetzes vom 3. Juli 1858 zum Landesrabbiner ernennen.[311]

Das Regierungsprotokoll erklärte daraufhin:

„Nach Art. 5, Par. 3a des old. Gesetzes vom 3. Juli 1858, betr. die Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Juden, ist der Landrabbiner vom jüdischen Landesgemeinderat zu wählen und zu präsentieren, und sodann vom Großherzog zu ernennen; wenn der Großherzog Bedenken findet, ist eine andere Person zu wählen und zu präsentieren. Das vorstehende Landesgesetz wird noch in Gültigkeit sein, solange nicht gemäß Art. 137 Abs. 4 R.V. im Wege der Landesgesetzgebung eine Regelung im Sinne des Art. 137 erfolgt ist. Das Ernennungsrecht des Großherzogs steht nach Par. 96 L.V. nunmehr dem Staatsministerium zu.

Was die Wahl selbst anlangt, so werden in formeller Beziehung keine Bedenken vorliegen.

Über die Persönlichkeit des Gewählten sind von Herrn M. Landsberg die anliegenden Zeugnisse eingereicht.

Aus ihnen geht hervor, daß de Haas am 6. März 1884 zu Pyrmont geboren ist, das Gymnasium in Halberstadt besucht und dort die Reifeprüfung bestanden hat.
Vom Mai 1902 bis April 1909 hat er das jüdisch-theologische Seminar in Breslau besucht und die Rabbinatsprüfung am 16. Januar 1910 mit Lob bestanden. Gleichzeitig hat er 1902—05 die Universität in Breslau, ferner 1905—06 diejenige in Straßburg besucht, und ist dort 1906 zum Doktor der Philosophie promoviert.

Über seine Tätigkeit als Rabbiner liegt nur ein Zeugnis der Synagogengemeinde zu Posen aus dem Jahre 1912 vor, das ihn als Rabbiner besonders empfiehlt.

M.E. wird hiernach die beantragte Ernennung auszusprechen sein. Mit der Beeidigung vor Amtsantritt wird Herr Präsident von Finkh beauftragt werden können. — O., d. 22. 4. 20 — folgen 4 Unterschriften.[312]

Abgesehen von den biographischen Daten liegt die Bedeutung dieser Bestallung durch den Staat darin, daß sie klarmacht, daß der Staat bei dem Gesetz von 1858 verblieb, welches sich seinerseits auf das Gesetz von 1827 stützte. Der Staat bestand darauf, daß Oldenburg einen Landesrabbiner hatte, der Staat verlangte jüdischen Religionsunterricht. Dem Staat oblag es daher, die von ihm geforderte Institution zu erhalten. Die Verminderung der Werte in der folgenden Zeit zeigt sich gerade in der Verneinung der

311) O.S.A., Best. 134, 753.

Verpflichtungen, die der Staat sich selbst aus eigenem Interesse auferlegt hatte. Die Juden wurden zum Barometer des ethischen Verhaltens seitens der Regierenden.
De Haas amtierte als Landesrabbiner von 1920 bis 1935. Er war mit Anny Markhof verheiratet, die aus Dortmund stammte und 1972 noch rüstig in hohem Alter in Rhodesien lebte. Sie hatten drei Kinder, von denen zwei, Joe und Suzanne, nach 1933 nach Rhodesien auswanderten und dann ihre Mutter kommen ließen. Die Tochter Miriam ist mit dem Verfasser dieses Werkes verheiratet und lebt in Kalifornien.
Ein Erlebnis des Verfassers wirft Licht auf das frühe intellektuelle Versprechen, das de Haas' Begabung enthielt. Im Jahre 1971 suchte ich in Pyrmont nach dem Grabe des Vaters Markus de Haas, der auf dem jetzt zu einem Ehrenhaine gewordenen Friedhof in der Nähe des Kurparks beerdigt ist. Eine Pyrmonter Dame fragte mich: „Hatte er nicht einen Sohn Phillip?" Auf meine Bejahung sagte sie mir: „Ich hatte einen ganz alten Chef in meinem Büro, der über 80 Jahre alt ist. Der hat mir erzählt, er sei mit dem Phillip de Haas in die Volksschule gegangen, und schon damals habe der Lehrer gesagt: ‚Kinder, auf den Phillip gebt mal acht, der wird mal was Besonderes, der ist sehr gescheit.'"
In der Tat zeigen die Aufzeichnungen zu seinen Predigten, wie seine hebräisch geschriebenen Bemerkungen zum Schulchan Aruch, einen hoch intelligenten Mann. Veröffentlichungen brachte er nicht heraus. De Haas starb ganz plötzlich und unerwartet am 16. April 1935, einen Tag vor dem ersten Abend des Pessachfestes, im Alter von 51 Jahren. Ein kleiner Abszeß hinter seinem Ohr sollte lanziert werden. Er ging zur Operation ins Krankenhaus und starb unter der Anästhesie. War sein Herz in den Kämpfen aufgerieben worden, oder konnte man ihm zur Zeit der Nationalsozialisten keine Vorbehandlung geben? Wir werden es nicht erfahren.

Inflation

Gleich zu Anfang seiner Amtszeit kam die Geldentwertung durch die Inflation. Das Gehalt des Landesrabbiners zur Zeit der Ausschreibung der Stelle wurde auf 5400,— Mk. plus 6600,— Mk. Teuerungszuschlag festgelegt, mit der Bestimmung, daß es alle drei Jahre um 500,— Mk. zu erhöhen sei, bis es 8000,— Mk. erreiche. Diese Vereinbarung vom 11. Februar 1920 wurde schon am 12. April 1920 dahin geändert, daß das Gehalt auf 12 000,— Mk. plus 6000,— Mk. Teuerungszuschuß gesetzt wurde. Gleichzeitig ersuchte de Haas um einen Wohnungszuschuß. Im Prinzip wurde nun der Landesrabbiner den evangelischen Geistlichen gehaltsmäßig gleichgesetzt, so daß nicht nur Gehaltsveränderungen auf Grund der Inflation dem Maßstab derer Gehälter folgen konnten, sondern auch für die Zukunft eine Richtlinie gegeben war. Am 7. November 1920 hielt

312) O.S.A., Best. 134, 753.

der neue Landesrabbiner seine Antrittsrede. Er hatte zu dieser Zeit schon alle seine Gemeinden besucht, man kannte ihn, so daß man ihm zur Antrittspredigt schon als Freund begegnete. Daher wurde die Feier des Antritts auch an einem Sonntag gehalten, um den Mitgliedern der Landgemeinden den Besuch des Gottesdienstes zu ermöglichen, was an einem Sabbat, auf Grund des jüdischen Fahrverbotes nicht möglich gewesen wäre. Am 9. Dezember 1920 mußte das Gehalt auf 22 200,— Mk. erhöht werden, am 25. Mai 1921 auf 24 180,— Mk.[313] Die galoppierende Inflation machte es trotz aller Versuche unmöglich, die Gehälter der Beamten den Lebenskosten rechtzeitig anzugleichen; sie blieben zurück und verursachten Not.

Im Jahre 1921 gewährte der Landtag einen zusätzlichen Zuschuß von 2000,— Mk., der sich bald als unzureichend herausstellte.[314] Nun begann der ernsthafte Kampf um Staatshilfe, in dem die Juden schließlich völlig unterlagen.

Die Gesamtsteuer der oldenburgischen Juden in der Etatperiode vom 5. Januar 1922 bis 31. März 1923 war 64 578,— Mk. für die Rabbinatskasse oder 30 % der Reichssteuer von 215 260,— Mk.[315], denn jetzt erhob das Reich die Steuern und gewährte den Staaten einen gewissen Anteil daran. Die Juden Oldenburgs mußten daher einen Zuschlag von 30 % zur Erhaltung der religiösen Landesführung zahlen.

Am 23. April 1922 gewährte der Landesgemeinderat der Witwe Mannheimer einen einmaligen Zuschuß von 6000,— Mk. aus der Zentralunterstützungskasse, um ihr eine Badereise zu ermöglichen. Aber „da der Bestand der genannten Kasse nur 803,81 Mk. beträgt, so soll der bewilligte Beitrag vorläufig angeliehen und im Laufe des Rechnungsjahres zurückgezahlt werden".[316] Es fehlte an Mitteln. Die Steuerbeträge, Beiträge zur Waisenkasse und Zentralunterstützungskasse konnten nur noch prozentual festgelegt werden. Diese Beiträge waren den Gemeinden auferlegt, und ihr Prozentsatz sollte nun jährlich vom Landesgemeinderat bestimmt werden. Die Zahlungen der Lehrer zur Pensionskasse wurden auf 2 % des jährlichen Gehaltes angesetzt. Damit war allerdings auch nicht viel geholfen, da diese Beiträge durch die Inflation verschlungen wurden.

Der Landesrabbiner war künftig nach Gehaltsgruppe 11 der oldenburgischen Staatsbeamten zu besolden. Aber auch das ließ sich nicht durchhalten. Vergleichen wir die Voranlage des Etats, die am 3. März 1923 stattfand, mit den aktuellen Entwicklungen, so ergibt sich ein trauriges Bild. Der Etat war 8 718 000,— Mk., davon sollte der Landesrabbiner ein Gehalt von 4 Millionen, die Witwe Mannheimer eine Pension von 1,4 Millionen erhalten. Am 23. Juli 1923 mußte das Gehalt des Landesrabbiners schon erhöht werden, und zwar auf 6 Millionen, die Pension der Frau Mannheimer wurde auf 2 Millionen erhöht. Wie unzulänglich das war, ergibt sich aus der Erhöhung der Reise-

313) O.S.A., Best. 134, 753.
314) O.S.A., Best. 134, 776.
315) O.S.A., Best. 134, 776.
316) O.S.A., Best. 134, 787.

kosten für die Amtsreisen des Landesrabbiners. Diese stiegen im gleichen Zeitraum von 40 000,— Mk. auf 3 Millionen. Für die Reisespesen mußte man ein realistisches Budget haben, denn Fahrkarten und Übernachtungen mußten laufend und voll beglichen werden. Das Gehalt des Landesrabbiners stieg um 50 %, während die aktuellen Kosten der Amtsreisen um 750 % stiegen. Am 8. November 1923 ersuchte der Landesrabbiner den Staat um einen Vorschuß von 200 000,— Mk., da die Rabbinatskasse völlig erschöpft sei. Das war allerdings ein völlig unzulänglicher Betrag.

Der Landesgemeinderat bestimmte den Steuersatz, und die Steuern wurden dann eingezogen. Falls nun die Steuern frühzeitig gezahlt wurden, so verlief sich das gesamte Einkommen schnellstens im Sande. Gegen Mitte der Inflationsperiode, zwischen 1922 und 1924, betrug die Einkommensteuer der Juden 197 215 064,— Mk., das Einkommen der Rabbinatskasse 23 665 830,— oder 12 % der gezahlten Einkommensteuer. Das kann nur damit erklärt werden, daß eben die Steuer der Juden auf Grund des Vorjahres festgesetzt und früher in die Rabbinatskasse floß als in die Staatskasse. Das Einkommen der letzteren glich sich der Inflation zum Teil an, das der ersteren war festgelegt. Die Rabbinatskasse war in Not, die Einkünfte konnten der Inflation nicht standhalten. Die Zahl der besteuerten Familien 1922 betrug 292, 1924 lautete sie 312; Oldenburg, Varel, und vor allem Delmenhorst, waren etwas gewachsen, Jever und Rüstringen waren zurückgegangen.[317]

Die Verarmung der Gemeinden zeigt sich in den Steuersätzen des Jahres 1930, nach der Inflation. Sie finden sich in einem Gesuch um Zuschuß, das wir eingehender behandeln werden.

Zuvor muß hervorgehoben werden, daß auf Grund der Verarmung Deutschlands und der schweren Reparationszahlungen, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlegt hatte, die Steuern sehr hoch waren, und diese Steuern lagen der Kultussteuer zugrunde. Am 21. März 1930 schrieb der Landesrabbiner zwei gleichlautende Briefe, einen an das Ministerium, den anderen an den Landtag; wir erhalten daraus ein gutes Bild der Lage in den jüdischen Gemeinden. Die Randbemerkungen der Regierung geben uns ebenfalls ein Bild der neuen Ausrichtung den Juden gegenüber.

Der Landesrabbiner schrieb:

Im Auftrage des jüdischen Landesausschusses[318] *gestattet sich ergebenst Unterfertigter die Aufmerksamkeit des Ministeriums und des Landtages auf die katastrophale Notlage der jüdischen Landesgemeinde im Landesteil Oldenburg, und der zu ihr gehörigen Synagogengemeinden, namentlich der größeren, zu richten und ebenso ergebenst wie dringend um Rat und Hilfe zu bitten. Während die anderen Religionsgesellschaften ihre Bedürfnisse mit einer jährlichen Umlage von etwa 11—12 v. H. der Reichseinkommensteuer decken können, wurden in den vier größeren Synagogengemeinden für das Rechnungsjahr 1929/30 erhoben für:*

317) O.S.A., Best. 734, 777.

318) O.S.A., Best. 134, 752. Der Landesausschuß war ein auf Grund der Judenverfassung von 1927 geschaffenes neues Gremium, s. u.

Oldenburg 33 v. H. der Reichseinkommen- und der Reichsvermögenssteuer,
Delmenhorst 50 v. H. der Reichseinkommensteuer und eine Platzgebühr von RM 20,— für jeden Synagogensitz,
Varel 60 v. H. der Reichseinkommensteuer,
Jever ca. 52 v. H. der Reichseinkommensteuer.
Dazu kommen noch an jüdischer Landessteuer für alle Gemeinden für 1929/30 14 v. H. der Reichseinkommen und Vermögenssteuer 1928.
Die Gesamtbelastung der Gemeinden beträgt also
für Oldenburg 47 v. H. der Einkommen- und Vermögenssteuer
für Delmenhorst 64 v. H.
für Varel 74 v. H.
für Jever 66 v. H. der Einkommensteuer
Diese außerordentlich hohe Belastung findet ihren Grund einmal in der geringen Anzahl der Steuerpflichtigen, sodann in der noch erheblich kleineren Anzahl der wirklich leistungsfähigen Mitglieder. Eine große Anzahl von Juden leistet wegen der wirtschaftlichen Leistungsschwäche nichts oder nur Unwesentliches, und die Zahl der Steuerkräftigen ist von Jahr zu Jahr erschreckend zurückgegangen. Andererseits sind die Anforderungen an die Gemeinden außerordentlich groß im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl. Den wichtigsten Posten im Gemeindehaushalt stellt das Gehalt des Religionslehrers dar, der nach denselben Grundsätzen wie die oldenburgischen Volksschullehrer besoldet wird. Gemeindehaushalt, Lehrergehalt und Anzahl der Pflichtigen betrugen im Rechnungsjahr 1928/29:

Gemeinde	*Gesamthaushalt*	*Lehrergehalt*	*Zahlungspflichtige*
Oldenburg	*12 870 RM*	*6 092 RM*	*90*
Delmenhorst	*9 130 RM*	*4 084 RM*	*50*
Varel	*7 130 RM*	*5 716 RM*	*17*
Jever	*13 674 RM*	*6 147 RM*	*36*

Die außerordentliche Belastung der Zahlungspflichtigen, die unter den jüdischen Religionsgesellschaften in Deutschland nahezu einzig dasteht, hat in den letzten Jahren zu zahlreichen Austritten aus der jüdischen Religionsgemeinschaft geführt. Immer waren es die Höchstbesteuerten, die ausgetreten sind, mit der Wirkung, daß die Belastung der Verbliebenen jedesmal sich erhöhte. Gegenwärtig drohen mehrere hochbesteuerte Mitglieder der Synagogengemeinde Oldenburg mit dem Austritt, und sollte diese Drohung zur Tat werden, so ist leider mit Sicherheit noch mit weiteren Austritten zu rechnen. Ohnedies werden nach den niederschmetternden geschäftlichen Erfahrungen der letzten Monate des Kalenderjahres 1929 die Einkommensteuern einen ganz bedeutenden Rückgang erfahren. So ist vorauszusehen, daß die Belastung der erwähnten Gemeinden bis auf 100 % der Einkommensteuer und darüber steigen wird. Das aber wäre gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Synagogengemeinden und der Landesgemeinde und würde zur Folge haben, daß diese Körperschaften ihre Verpflichtungen gegen ihre Beamten, die sämtlich fest angestellt sind, nicht mehr erfüllen können.
Unter diesen Umständen sehen wir uns gezwungen, das Ministerium und den Land-



Abb. 17: Landesrabbiner Dr. Phillip de Haas zur Zeit seiner Amtsführung in Oldenburg

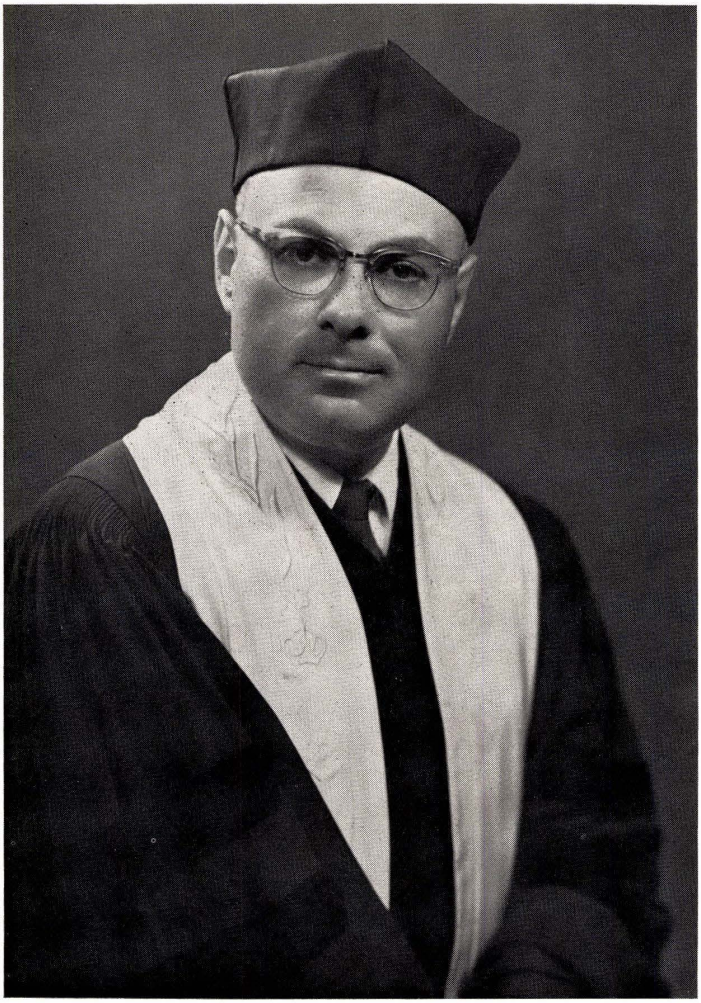


Abb. 18: Landesrabbiner Dr. Leo Trepp zur Zeit seines ersten Besuches in Oldenburg nach dem Zweiten Weltkrieg (etwa 1954)

tag um schnelle und ausreichende Hilfe zu bitten. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß das Land die Gehälter der Religionslehrer übernehmen möge. Diese Forderung wäre an sich durchaus nicht unbillig, da der Religionsunterricht der evangelischen und katholischen Kirchen überall auf Kosten des Staates oder der politischen Gemeinden erteilt wird, während die Synagogengemeinden, abgesehen von dem geringen Zuschuß aus der Landeskasse, für den jüdischen Religionsunterricht allein aufkommen müssen. Bei der Erwägung unserer Bitte muß berücksichtigt werden, daß es sich nur darum handeln kann, uns über die allernächsten, schweren Notjahre hinwegzuhelfen, um den drohenden Zusammenbruch zu vermeiden. Die jüdische Religionsgesellschaft beansprucht weder einen Vorzug noch will sie sich dauernd ihren Verpflichtungen entziehen. Für die Behebung der augenblicklichen Notlage ist unseres Erachtens eine Summe von 18 000,— erforderlich.

Wir zweifeln jedenfalls nicht daran, daß Regierung und Landtag des Freistaates Oldenburg in voller Würdigung des Vorgetragenen, nichts unterlassen werden, was in ihren Kräften steht, um die Jüdische Religionsgesellschaft und die Synagogengemeinden vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Eine Hilfeleistung durch den Staat würde für uns nicht nur eine materielle, sondern auch eine erhebliche moralische Unterstützung bedeuten. Sie würde die uns Verbliebenen in ihrem opferwilligen Ausharren bestärken, und dem Ausgetretenen Veranlassung werden, sich zu uns zurückzufinden.

Mit weiteren Angaben stehen wir gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvollst und ergebenst

Für den Jüdischen Landesgemeinderat und den Landesausschuß

Landesrabbiner Dr. de Haas, Vorsitzender."

Die Vorstellungen des Landesrabbiners waren berechtigt. Der Staat hatte die Landesgemeinde geschaffen, und seit 1827 hatte der Staat darauf gedrungen, daß Oldenburg sowohl einen Landesrabbiner habe wie auch, daß die jüdischen Kinder Religionsunterricht erhalten müßten. Doch hatte der Staat immer den Juden eine höhere Last auferlegt als den anderen Religionsgemeinschaften, deren Religionslehrer vom Staat bezahlt waren. Man darf nie vergessen, daß die Juden durch ihren Anteil an den Schulsteuern den christlichen Religionsunterricht mit unterhielten; die Zuschüsse, die sie zur Erhaltung ihres eigenen Religionsunterrichtes erhielten, waren daher keine Gabe des Staates, wie das bei den anderen Religionsgemeinschaften der Fall war, sondern eine Rückerstattung von Steuern. Die Juden erhielten ihren steuerlichen Beitrag nie voll zurück. Diese Errechnung hätte vom Landesrabbiner vorgelegt werden können; allerdings ist zu bezweifeln, daß dabei etwas herausgekommen wäre. Im Jahre 1910 wurde der jüdischen Landesgemeinde ein Zuschuß von 4000,— Mk. für den Landesrabbiner und die Gemeinden erteilt, in diesem Jahr war das Gesamtgehalt der Lehrer etwas über 9000,— Mk.; der Zuschuß kam daher auf etwa 44 % der Lehrergehälter, obgleich die Lehrer, wie der Landesrabbiner, staatlich auferlegte Pflichten erfüllten. 1930 kam das Gesamtgehalt der Lehrer auf etwas über 22 000,— RM, dazu war der Landesrabbiner gesetzlich in die Beamtenordnung eingestuft worden. Die Forderung von 18 000,— RM kam auf etwa 82 % der Lehrergehälter, mehr, als 1910 gewährt worden war. Allerdings wurde das

mit dem Notstand der Gemeinden begründet und wurde nur als vorübergehende Staatshilfe gefordert.

Der Austritt der Juden, der hier erwähnt wird, ist bedauernswert, doch vielleicht aus der Lage verständlich. Selbst die Wohlhabenden waren durch die Inflation verarmt und konnten die Lasten nicht tragen. Gleichzeitig gerieten nun Juden und Judentum in eine immer größere Verachtung; der Nationalsozialismus war in Oldenburg im Aufsteigen begriffen, und manche Juden mögen geglaubt haben, daß ein Austritt ihre Lage verbessere.

Wie sehr man mit der sich ändernden politischen Lage im Ministerium und Landtag rechnete, geht aus den Randbemerkungen zum Antrag hervor. Sie zeigen eine völlige Lähmung der Regierung wie des Landtages gegenüber der sich erhebenden Macht der Nationalsozialisten. Wir werden wiederholt im Laufe dieser Geschichte sehen, wie sehr es an Zivilcourage fehlte, die vielleicht dem Anstieg der Diktatur einen wirksamen Widerstand hätte entgegensetzen können. Stattdessen finden wir kleine Menschen, denen ihre Stelle wichtiger war als ihre Freiheit und die Freiheit des Volkes, dem sie Betreuer sein sollten.

Die Lage und Behandlung der Juden wurden zum Barometer der moralischen Situation. Vor allem unternahm die Regierung keine Schritte, dem Landtag die Lage der Juden vorzutragen. Man saß und wartete auf die Entscheidung des Landtages, ohne ihm einen Rat zu erteilen — und man ließ die Juden warten.

Das Eingangsdatum war der 22. März 1930. Darunter, mit Bleistift, steht das Gesamtergebnis der unternommenen Koordinierung von Landtag und Ministerium: „Durch mündliche Rücksprache erledigt — Chr(istian) Dr. Th."; ein Datum ist nicht dabei, doch dürfen wir annehmen, daß dies die endgültige Erledigung war. Dazwischen kam nun die folgende Entwicklung, die am Rande angemerkt ist:

1. *Mit der Mitteilung des Ldtges nach 1/6 vorlegen, Chr. 24/4*
2. *Vorgelegt 2/6/30, die Mitteilung des Landtags ist noch nicht eingegangen — 15/6*
3. *Die Mitteilung des Landtags ist noch nicht eingegangen — 16. 6. 30*
4. *1/7 Reg. I; Ist die Mitteilung des Landtags eingegangen?*
5. *Die Mitteilung des Landtags ist noch nicht eingegangen — 3. 7. 30*
6. *Nach mündlicher Auskunft der Registratur des Landtags gibt der Landtag dem Ministerium keine Mitteilung. — 7. 7. 30.*

Auf den letzten Seiten finden wir:

Der Landesrabbiner hat einen gleichen Antrag wie den vorstehenden beim Landtag eingereicht. Nach mündlicher Auskunft der Registratur ist der Antrag gemäß dem vom Ausschuß III in seinem Bericht zum Voranschlag für den Landesteil Oldenburg (S. 415) gestellten Antrag (Nr. 62) für erledigt erklärt worden. Demnach wird eine Maßnahme finanzieller Art nicht mehr in Frage kommen können. Der Landtag wird auf die Eingabe einen Bescheid erteilt haben. Aus formellen Gründen wird auch das Ministerium dem Landesgemeinderat und Landesausschuß eine Antwort erteilen wollen . . . M. E. ist zu erwidern: Nachdem der Landtag eine Eingabe gleichen Inhalts für erledigt erklärt hat, sieht das Ministerium die Eingabe als gegenstandslos an. O. 9. Juli 1930 v. Döllen.

Daneben steht nun die Anfrage: „Welche Mittel sind vom Landtag jetzt bewilligt?" — und die Antwort: „Ergänzung des Gehalts des Landesrabbiners 900 RM, Unterstützung einzelner jüdischer Gemeinden 3100 RM, insgesamt 4000 RM. O. 9. 7. 30."
Daneben steht noch eine andere Fassung der Antwort, die den Juden zu senden war: „Da der Landtag die beantragten erhöhten Mittel in den Haushalt nicht eingestellt (habe, werde, hat, wird) der Antrag als erledigt angesehen. — 10. 7. 30."
Diese letztere Fassung wurde dann auch abgesandt, wie der Hinweis auf dem Rande anzeigt, nämlich:

„An den Jüdischen Landesgemeinderat, z. H. des Herrn Landesrabbiner Dr. de Haas, Oldenburg, Moltkestraße 6. Staatsministerium, O. den 12. Juli 1930
Auf Ihre Eingabe vom 21. März dieses Jahres (siehe vorstehend) n.d."

Schließlich: „Abgesandt, 14. Juli 1930, Minist. Expedition"
Die Landesgemeinde mußte in ihrer Not daher beinahe vier Monate auf eine negative Antwort warten. Dann schob das Ministerium die Schuld auf den Landtag. Es erscheint beinahe, als wollte man zum Ausdruck bringen, daß der Landtags-Ausschuß in seiner Beratung von der Eingabe gar nichts wußte. Das stimmte auch, aber es war nicht der Fehler des Landesrabbinats. Die gleichzeitige Eingabe an den Landtag, die am 21. März 1930 datiert war, liegt auch vor. Sie hat zwei Eingangsvermerke, vom 22. März und vom 26. März 1930, und wurde vom gleichen Chr. gesehen. Weiterhin hat die Eingabe keinerlei Vermerke, d. h., sie wurde nicht weitergegeben. Der Landtagsausschuß sah sie gar nicht, das Ministerium verhinderte es. Um künftigem Einspruch zu entgehen, wurde dann die Sache „durch mündliche Rücksprache erledigt". Man einigte sich beiderseits, wie man sich am besten herausreden könne.
Die Landesgemeinde erhielt die 4000 RM, die ihr seit 1910, mit Ausnahme eines Sonderzuschusses während der Inflation zugekommen waren. Der Unterschied war allerdings, daß diese 4000,— Mk. 1910 44 % der Lehrergehälter deckten und 1930 nur 18 %. Dazu kam das erhöhte Gehalt des Landesrabbiners und die anderen Ausgaben, die weitgehend gestiegen waren.
Doch war auch das nur der Anfang. Es sollte schlimmer werden.

Indizien

Im Jahre 1887 hatte das Ministerium ein Buch erhalten, das den Titel Esther trug und die Unmoral der Juden zu illustrieren bestimmt war. Der Brief des Verfassers liegt in den Akten, wie wir bereits sahen, das Buch wurde wohl wieder zurückgesandt.
Im Jahre 1927 wurde beim Ministerium unter Judensachen ein Pamphlet des berüchtigten Generals Ludendorff zu den Akten gelegt.[319] Dem Buche liegt kein Begleitschreiben bei, d. h., es mußte wohl von einem der Ministerialbeamten eingelegt worden sein. Der

319) O.S.A., Best. 134, 799.

Titel ist: „Die Vollendung des künstlichen Juden." In diesem Buch spricht Ludendorff von der Entartung der jüdischen Rasse, behauptet, daß dem Judentum nach der Nichtjude, Goi, außerhalb des Gesetzes stehe, was alles natürlich Unwahrheiten sind. Seine weiteren Ausführungen grenzen dann ans Wahnsinnige: Die Juden hätten die Absicht, alle zu beschneiden, und zwar heimlich. So habe Prinz Max von Baden (der letzte Kanzler unter Wilhelm II.) Ludendorff gesagt, er habe im Auftrag der Juden am 3. 9. 1918 Kaiser Wilhelm beschnitten. Außerdem würden die liberalen Juden in Zimmer 41 des deutschen Reichstages beschnitten.
Damit sollte wohl der Einfluß der Juden gezeigt werden: Der Kaiser sei eben erst geflohen, als er von seinem Kanzler zum Juden gemacht worden war; die Juden selbst verbänden Politik auf Reichsebene mit ihrem Glauben.
Die Darstellungen charakterisieren den Verfasser als wahnsinnig. Aber darum geht es nicht. Warum wurde so ein Blatt in die Judenakten gelegt? Wer besorgte das? Warum wurde eine solche Schrift zum offiziellen Dokument? Die Saat des Antisemitismus ging auf — im Ministerium!
1932 kamen die Nationalsozialisten durch Wahl in Oldenburg zur Macht. Die Juden sollten es sehr bald spüren.

Die Entwertung der Gerechtigkeit

Die Zeit der Nationalsozialisten begann in Oldenburg im Jahre 1932. Hier erlebte man das Vorspiel. Wichtig ist diese Zeit für das Verständnis der Geschichte im ganzen, weil zwei Kräfte ins Zusammenspiel kamen: die Nationalsozialisten und die bürgerlichen Gruppen, vor allem die Beamtenschaft. Man war ziemlich sicher, daß die Nationalsozialisten im ganzen Land zur Macht kommen würden — doch ganz gewiß war es nicht. So drehte man sich, hing den Mantel in den Wind, um sich jeder Eventualität anschließen zu können. Das Gewissen wurde zur Ruhe gelegt, es kam nur darauf an, daß man sein Pöstchen unter allen Umständen behalten würde. Man hat mir erzählt, daß selbst Juden, die ausgetreten waren und daher das „Praktische" dem Prinzip vorgezogen hatten, ihren christlichen Freunden geraten hätten, die Welle mitzureiten — in Vorsicht und mit Bedacht und in pragmatischer Errechnung der Zukunftsmöglichkeiten. Im Jahre 1971 erzählte mir Oldenburgs damaliger Oberstadtdirektor Heinz Rathert, der in der Zeit des Wiederaufbaus an der Spitze der Verwaltung stand, daß auch ihm von jüdischer Seite solcher Rat gegeben worden sei; doch lehnte er ihn ab. Das war riskant, denn als junger Rechtsanwalt, der den Zivildienst in der Stadtverwaltung als Karriere gewählt hatte, setzte er viel dabei aufs Spiel. Es gab Menschen von Charakter, das sei nicht vergessen, doch waren es derer nicht genug. Die Führung von Staat und Gesellschaft wurde vom Volk den Verbrechern in die Hände gelegt, und das Beamtentum war folgsam, selbst dann, wenn ein Beamter das Unrecht sah und sogar innerlich verurteilte. Man drehte sich langsam, dann, nach der Machtübernahme, fiel man um. Gerade das wird in dem Geschehen in Oldenburg erkenntlich; es gibt einen tiefen Einblick in den Charakter der Gesellschaft, der die Machtübernahme der Nationalsozialisten möglich machte. Sie brauchten nicht zu fürchten, daß der Verwaltungsapparat je zusammenbrechen würde, denn die Beamten waren gehorsam und konnten ruhig im Amt belassen

werden, bis sich eben ein Parteigenosse für ein Amt fand. Die Entscheidungen des Ministerpräsidenten und Gauleiters Röver sind daher zwar interessant, aber wesentlicher ist das Verhalten von Männern wie Minister Pauly, Spangemacher und anderer, die sich „einfühlten". Das Charakterbild des bürgerlichen Deutschlands spiegelt sich im Oldenburger Geschehen.

Es handelte sich wiederum um den Staatszuschuß. Die Landesgemeinde konnte bestenfalls auf eine Erneuerung des Zuschusses rechnen, der seit 1910 gewährt worden war, eine Gesamtsumme von 4000,— RM. Im Januar 1932 wurde das auch von der Regierung ins Auge gefaßt. Der Staatshaushalt für 1932 gibt davon Kunde.[320]

Ein Arbeitsblatt vom 22. Januar 1932 führt die Zuschüsse der vergangenen Jahre an, die jedesmal 4000,— RM waren. Daraufhin erklärte man: „Die Beihilfe zu den Kosten des jüdischen Kultus wird in dem bisherigen Umfange in den Haushalt von 1932 einzustellen sein, und zwar: Ergänzung des Gehalts des Landesrabbiners: 900 RM; Unterstützung einzelner jüdischer Gemeinden: 3100,— RM; zusammen: 4000,— RM. Erläuterungen: Wie bisher." Dies wurde von sechs Referenten unterschrieben, einschließlich Grell, Dr. Christians. Es wurde mit einem Randbemerk versehen: Haushalt!

Nun waren sich einige der Referenten, einschließlich Christians, bewußt, daß die Landesgemeinde in Not war. Die christlichen Religionsgesellschaften hatten ein Abkommen mit dem Staat, das von Zeit zu Zeit ablief und entweder gekündigt werden oder neu festgesetzt werden konnte. Innerhalb der Abkommensperiode waren Änderungen nicht möglich. Das Abkommen mit den christlichen Religionsgesellschaften lief am 1. Januar 1933 ab. In der Annahme, daß ein gleiches Abkommen mit der jüdischen Landesgemeinde bestand, ersuchte die Randbemerkung um Aufschluß: „Oldenburg, d. 6. Mai 1932. Ich bitte festzustellen, ob nicht auch hier das Abkommen zum 1. Januar 1933 abläuft. Ist dann rechtlich eine günstigere Beordnung möglich?" Die Initialen eines wohlwollenden Menschen, der den Vorschlag machte, sind nicht leserlich, doch zeichneten Grell und Dr. Christians ebenfalls am Rande.

Die Judenschaft hatte allerdings kein solches Abkommen. Im Gegensatz zu den christlichen Kirchen, die seit je bestanden hatten und mit denen daher ein Abkommen des bestehenden Staates mit der bestehenden Kirche notwendig war, war die Judengemeinde ja ein Geschöpf des Staates. Die Gesamtlage war anders. Im Grunde war die Judengemeinschaft enger an den Staat angeschlossen als die Kirchen, sie war ein Gebilde des Staates. Das wurde ihr nun zum Verhängnis.

In der Zeit zwischen der Aufstellung des Haushaltes und der Anfrage waren die Nationalsozialisten zur Macht gekommen. Die Antwort ist daher bedeutungsvoll: daß die Landesgemeinde vom Staate geschaffen war, wurde nicht erwähnt, lediglich, daß man in der Vergangenheit „gefühlsmäßig" einen Staatszuschuß bewilligt habe. Es wurde daher als eine Gnadenhandlung hingestellt; es wurde weder erwähnt, daß der Zuschuß ja aus jüdischen Steuern kam, die für christlich-religiöse Institutionen gezahlt

320) O.S.A., Best. 134, 752.

wurden, einschließlich des Religionsunterrichts, noch wurde erwähnt, daß der Staat den Landesrabbiner eingesetzt hatte und das Amt, wie auch den jüdischen Religionsunterricht, von den Juden forderte.

Die Antwort lautete:

„Mit der jüdischen Religionsgesellschaft besteht überhaupt kein Abkommen, sondern ihr ist nur wegen gefühlsmäßiger Parität ein der Bauschsumme der evang. und der kath. Kirche angepaßter Zuschuß gelegentlich des letzten Perioden-Beginns des L.T. Abkommens mit der evangelischen Kirche und seither alljährlich etatsmäßig bewilligt. Ein Vertrag besteht nur mit der evang. Kirche, der alle 9 Jahre seit 1888 gekündigt werden kann, zuerst wieder Januar 1933, aber ohne Kündigung von selbst 9 Jahre weiter läuft. Hört dieser Vertrag wegen Kündigung oder aus einem sonstigen Grunde auf, so erlischt damit automatisch die Bewilligung auch an die kath. Kirche und folgenweise auch die an die jüd. Religionsgesellschaft. Der alsdann entstehende Rechtszustand ist der vertragsmäßige, der tatsächlich nicht wiederherzustellen sein wird, sodaß neues Abkommen unabweislich sein würde. 1923/4 hat der Landtag eine von der Regierung beantragte Kündigung auf vom OKR inspiriertes Betreiben des damaligen Abgeordneten Lohse *abgelehnt. — O. 11/5/32 — Gramberg."*

Die Information über den Zuschuß an die jüdische Landesgemeinde ist, wie wir wissen, falsch. Der Zuschuß wurde ihr seit Wechslers Zeit gewährt. Der Widerspruch, darin bestehend, daß mit der jüdischen Gemeinde kein Abkommen bestehe, daß andererseits ein solches jedoch durch Kündigung des Vertrages mit der evangelischen Kirche automatisch beendet sei, bezeugt, daß der Referent sich seines Standpunktes gar nicht sicher war, rechtens aber bewirken wollte, daß unter allen Umständen den Juden der Zuschuß entzogen würde. Aber die Juden lagen ihm gar nicht so sehr im Sinn. Hier war ein direkter Angriff auf die christliche Kirche, die eben nur auf „Betreiben" des Abgeordneten ihr Abkommen besaß. Gramberg wollte ganz eindeutig eine Aktion gegen die Kirche einleiten, zumal deren Abkommen mit dem Staat 1933 ablief, doch wies er darauf hin, daß der Vertrag nicht nur durch Kündigung, sondern auch „aus einem sonstigen Grunde" aufhören könne. Die Judengemeinschaft war eben nur die erste, die zerstört werden sollte; die Kirche kam sofort ebenfalls dran. Es war alles geplant und die Strategie frühzeitig ausgearbeitet. Was konnte solch ein anderer Grund sein — Staatsfeindlichkeit oder undeutsche Ideologie? Die Zerstörung der Kirche war jedenfalls schon 1932 geplant. Das Schicksal der Juden war Gradmesser — aber sah es die Kirche, oder hoffte sie, unbehelligt zu bleiben, selbst in der Zeit der Judenverfolgung? Die ganze Entwicklung der Nationalsozialistenzeit gegenüber der Religion ist hier in wenigen Sätzen erhellt.

Dem Bericht des Herrn Gramberg folgt nun eine Klarstellung durch Dr. Christians und einiger seiner Kollegen:

„Die jüdische Religionsgenossenschaft *kann nur mit größten finanziellen Opfern der Religionsgenossen aufrecht erhalten werden. Von einer Kürzung der staatlichen Zuschüsse, die im Vergleich zu den finanziellen Lasten der Genossenschaft gering sind, muß deshalb abgeraten werden. — Von einer Kündigung des* Bauschsummenabkommens *seitens des Staates muß dringend abgeraten werden, da das neu zu schließende*

Abkommen aller Voraussicht nach den Staat sehr viel stärker belasten würde, was sich ohne weiteres daraus ergibt, daß der Betrag des Abkommens seit einem halben Jahrhundert — abgesehen von der Inflationszeit — unverändert geblieben ist. Es ist aber, wie ich gesprächsweise von Herrn O.K.R. Ahlhorn gehört habe, mit einer Kündigung des Abkommens durch die Kirche zu rechnen. O. 12. 5. Dr. Christians und andere."

Christians beschäftigte sich in Wirklichkeit mit zwei Bereichen, wie es auch Gramberg getan hatte, nämlich mit der Judenschaft und mit der Kirche. Anscheinend sah er, was Gramberg im Sinn hatte: die Entscheidung zur Ablehnung der Zuschüsse an die Juden sollte als Auftakt der Aktion gegen die Kirche dienen. Das Übereinkommen konnte 1933 gekündigt und auf Grund der Kündigung eine Neuordnung der Kirche erzwungen werden. Dem wollte Christians wohl vorbeugen. Deshalb mußte von einer Kürzung der Zuschüsse an die Juden *abgeraten* und von einer Kündigung des Bauschsummenabkommens mit der Kirche *dringend* abgeraten werden. Die ganze Kirchenangelegenheit hatte an sich mit der Anfrage, der Juden wegen, gar nichts zu tun. Sie wurde bewußt aufgerollt und so behandelt, als ob sie schon im Augenblick akut sei. Daß die Kündigung des Abkommens mit der Kirche dem Staat größere Unkosten bereiten würde, war wohl das einzige Argument, das den Nationalsozialisten imponieren konnte. Daß O.K.R. Ahlhorn mit einer Kündigung seitens der Kirche rechnete, bezeugt, wie weit in der Vergangenheit einige der Kirchenführer lebten. Nicht länger war ja der Altar als Stütze des Thrones angesehen; im Gegenteil, er mußte gleichgeschaltet werden. Heinrich Tilemann, Vater der Kirchenverfassung nach der Abdankung des Großherzogs, und Oberkirchenrat Heinrich Iben wurden dann auch schon 1933 von ihren Posten verdrängt, und die „Deutschen Christen" übernahmen die Landeskirche. Doch hatte der oldenburgische Pfarrernotbund die Tapferkeit, unter Heinz Kloppenburg eine „Bekenntnissynode" zu schaffen.[321] Die Juden waren in der Tat nur der Anfang.

Soweit die Juden in Frage kamen, hieß es dann ganz kurz, am Rand der Akte: *„... Beihilfe zu den Kosten des jüdischen Kultus ist m. E. zu streichen, da eine rechtliche Verpflichtung nicht besteht. 5. 7. — Pauly, Röver, Spangemacher*"

Nun machte sich Spangemacher allerdings noch Gedanken. Es war unhaltbar, die Ansicht zu vertreten, die Juden hätten keinen Rechtsanspruch auf Zuschuß, zumindest in Höhe der von ihnen zur Erhaltung christlicher Organisationen gezahlten Steuern. So konnte man die Haltung der Regierung kaum verteidigen, sollte es zu einem Umschwung kommen. Daher kam er auf einen ganz teuflischen Plan, der es ihm möglich machte, als der gute Mann der Gerechtigkeit aufzutreten und dennoch den Juden ihr Recht zu entziehen.

Wir finden daher die folgende Aufnahme in der Akte:

„Nach fernmündlicher Rücksprache möchte Herr Staatsminister Spangemacher aus Gründen der Gerechtigkeit, wie im Ldtl. Birkenfeld, so auch im Ldtl. Oldenburg, der

321) Lübbing, Oldenburg, Historische Konturen, S. 47—48.

jüdischen Religionsgesellschaft einen kleinen Zuschuß erwirken. Der Zuschuß soll nach der Köpfezahl der Juden im Verhältnis zu der Köpfezahl der Christen und dem Zuschuß für die evangelische und katholische Kirche im Ldtl. Oldenburg zusammengenommen berechnet werden. Rev. zur Berechnung des Zuschusses. O. 12. 7. 32. Chr(istians)."

Daneben mit Bleistift: Haushalt, Sofort

Beim ersten Blick erscheint das zumindest nicht ungerecht. Man hätte es auch annehmen können, hätte die Regierung die Gehälter der Religionslehrer genauso bezahlt wie bei den Christen. Davon war jedoch keine Rede. Man gab sich den Anschein der Gerechtigkeit, um danach das Recht zu brechen.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 (eine neuere Grundlage gibt es nicht):

Evang. Landeskirche	*323 006 Einwohner*
Römisch-Katholische	*111 261 Einwohner*
	434 267 Einwohner
Juden	*1 015 Einwohner*

Bauschsumme als Zuschuß für die	
evangelische Kirche	*48 600,—*
katholische Kirche	*22 700,—*
im Landesteil Oldenburg	*71 300,—*

Der Zuschuß für die jüdische Religionsgesellschaft müßte verhältnismäßig betragen:

$$\frac{71\,300 \cdot 1\,015}{434\,267} = 166{,}65 \text{ RM.}$$

O., 13. 7. 32 — Unterschrift
Hiernach würde ein Zuschuß von rd. 170 RM einzusetzen sein
Pauly, Christians."

Danach kommt der Vermerk:

„*Über die neue Berechnung der Bauschsumme wird dem Landesrabbiner Dr. de Haas Mitteilung zu machen sein, weil dieser sonst noch mit einem Zuschuß in bisheriger Höhe rechnen wird ... 10. 8. 32. Grell*"

Daraufhin wurde am 11. August folgender Brief ausgefertigt, der am 12. August an den Landesrabbiner ging:

„*Der Berechnung des Staatszuschusses für den jüdischen Kultus werden die Kopfzahl und die Zuschüsse für die evangelische und katholische Kirche zugrunde gelegt. Für das Rechnungsjahr 1932 ergibt sich demnach der Betrag von rund 170 RM.*
I.A. Chr(istians)/A."

Vier Tage später antwortete der Landesrabbiner:

„*Der Jüdische Landesausschuß hat von dem Schreiben betr. die Herabsetzung des Staatszuschusses für die Jüdische Landesgemeinde für das Rechnungsjahr 1932 Kenntnis genommen.*
Der Jüd. Landesausschuß vermag den bewilligten Betrag nicht als einen Staats-

zuschuß anzuerkennen, vielmehr betrachtet er ihn lediglich als einen Ausgleich dafür, daß die Steuerkraft der Mitglieder der Jüd. Landesgemeinde zur Aufbringung der Zuschüsse für die beiden anderen Religionsgesellschaften mit herangezogen wird.
Andererseits steht der Jüd. Landesausschuß auf dem Standpunkt, daß die vom Ministerium zu Grunde gelegte Berechnungsweise zu unerträglichen Härten für die Jüd. Landesgemeinde führt.

Entscheidend für die Bemessung der zu gewährenden Zuschüsse muß nach diesseitiger Auffassung allein die Leistungsfähigkeit der in Frage stehenden Religionsgesellschaft sein. Das führt zum Ergebnis, daß gerade die Organisation mit einer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl in erster Linie Anspruch auf Zuschußgewährung hat, da sie die leistungsschwächste ist. Sonst würde vollständig übersehen werden, daß die Jüd. Landesgemeinde unter unvergleichlich größeren Opfern ihre religiösen und unterrichtlichen Anstalten erhalten muß. Während die Seelenzahl der beiden christlichen Kirchen in die Hunderttausende geht, müssen die etwa nur 1000 Seelen der Jüd. Landesgemeinde einen Rabbiner und mindestens 3 Religionslehrer erhalten, ganz abgesehen von den erheblichen Aufwendungen für die Erhaltung ihrer Baulichkeiten und Friedhöfe. Und das in einer Zeit, in der nach Ausweis der Steuerlisten die jüdische Bevölkerung unter dem Druck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahezu völlig verarmt ist.

Die früheren Landesregierungen haben den Anspruch der Jüdischen Landesgemeinde auf den Staatszuschuß in der Höhe der Vorkriegszeit ausnahmslos dadurch anerkannt, daß sie denselben stets in unveränderter Höhe belassen haben.
Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Anstellung eines Landesrabbiners nicht aus dem freien Willen der Oldenburgischen Judenheit erfolgt ist, sondern auf Grund einer Landesherrlichen Verordnung vom 21. August 1827. Die gegenwärtige Oldenburgische Regierung ist als Rechtsnachfolgerin der früheren Großherzoglichen Regierung mithin moralisch verpflichtet, die Zuschüsse aufrecht zu erhalten, die von ihrer Vorgängerin für eine von ihr geschaffene Einrichtung stets gewährt worden sind. In einer Eingabe vom 21. März 1930 an das Staatsministerium und den Landtag des Freistaates Oldenburg ist von uns seinerzeit die Notlage der Jüdischen Landesgemeinde und ihrer Synagogengemeinden eingehend dargelegt worden. Wir verweisen hierauf mit dem Bemerken, daß sich natürlich unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage die Verhältnisse noch ganz außerordentlich verschärft haben. Der Jüdische Landesausschuß beantragt, das Staatsministerium wolle unter Würdigung der vorstehenden Gründe in eine erneute Prüfung der Frage eintreten und den bisher bewilligten Zuschuß auch für das Rechnungsjahr 1932 wieder bewilligen.
Jüdischer Landesausschuß — Dr. de Haas, Vorsitzender."

Am Rande des letzten Satzes, „Der Jüdische Landesausschuß beantragt . . .", steht groß mit Bleistift: NEIN! Röver

Unter diesen Brief schrieb nun wieder Christians:

„Dem Staatsministerium mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Die Eingabe entspricht dem Standpunkt der früheren Regierungen und Landtage. Das jetzige

Staatsministerium wird seine andere Entscheidung aufrecht erhalten wollen; O. 17. 8. 32."

Jeder Widerstand war dahin.

Die Antwort in der Handschrift Rövers lautete:

„Die Angelegenheit ist genug beraten. Der Beschluß des Staatsministeriums muß bestehen bleiben. Heute noch bekommt die Jüd. Gemeinde viel zu viel. Röver, Pauly, Spangemacher."

Dem Landesrabbiner als Vorsitzendem des Landesausschusses wurde daher unter dem 23. August 1932 mitgeteilt:

„Dem Antrag des . . ., den bisher bewilligten Staatszuschuß auch für das RJ. 1932/33 in den Voranschlag einzustellen, hat das Staatsministerium nicht entsprechen können. Spangemacher."

Im folgenden Jahr waren die Nationalsozialisten in Deutschland zur Macht gekommen. Jetzt ersuchten die Juden lediglich um den Zuschuß von 170,— RM. Es war eine Prinzipienfrage geworden. Pauly war damit einverstanden. Aber dann ging die Angelegenheit an Röver, der ebenfalls das Prinzip erkannte — um es abzulehnen: „Die Nazis im Lande würden mich ja für verrückt halten . . .", war seine Randbemerkung, wenn er den Juden überhaupt noch etwas zukommen ließe.

Das Dokument ging dann an Pauly zurück, und hier zeigt sich die Heuchelei des Mannes. Er sei damit einverstanden, daß der Zuschuß in Höhe des gegebenen Betrages *gekürzt* werde.[322] Als ob es sich dabei um eine Kürzung handelte, wo es doch in Wirklichkeit die Entziehung des letzten Überbleibsels des Rechts war, das den Juden hier zustand.

Gewiß, im Rückblick erscheint diese Entziehung von kleiner Bedeutung zu sein im Vergleich mit dem Entzug des Rechtes zum Leben. Aber das Prinzip war da: die Juden hatten eben kein Recht, und die nichtjüdischen Mitbürger „wußten nicht", worum es ging. Pauly konnte wohl sagen, er habe doch nur einer Zuschußkürzung zugestimmt, von der Vergewaltigung des Rechtes habe er nichts gewußt!

Der Weg war jetzt sichtbar.

Die Judenschaft war verarmt. Der Landesrabbiner unternahm zwei Schritte: er setzte sofort sein Gehalt herunter und trat in Verhandlungen mit dem Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden ein — wodurch die finanzielle Kraft der größeren Gemeinden den verarmten jüdischen Gemeinschaften zu Hilfe kommen konnte. Es gelang dem Landesrabbiner de Haas, den preußischen Landesverband zu bewegen, die oldenburgische Landesgemeinde aufzunehmen, sie finanziell beinahe völlig zu unterhalten — ohne sie jedoch ihrer Selbstbestimmung in irgendeiner Weise zu berauben. Es war ein diplomatisches Meisterstück. Ganz kurze Zeit nach Erreichung seines Zieles starb Phillip de Haas ganz plötzlich. Die Landesgemeinde blieb am Leben und wurde durch ihr Bestehen zur Lebensretterin vieler Juden.

---

322) O.S.A., Best. 134—752.

Die Verfassung der Jüdischen Landesgemeinde von 1927

Im Laufe seiner Amtszeit hatte sich de Haas noch einer anderen Aufgabe mit Erfolg gewidmet. Die Verfassung der Landesgemeinde war veraltet, vor allem war die Berufung des Landesgemeinderats eine schwerfällige Prozedur, besonders in Zeiten dauernder Krisen. Der Landesrabbiner konnte vielfach die Verantwortung allein nicht tragen, er benötigte Rat und offizielle Hilfe.

Nachdem 1920 die evangelische Landeskirche eine neue Verfassung erhalten hatte[323], unternahm es de Haas mit Hilfe und Zustimmung der Regierung, eine neue Verfassung für die Judenschaft auszuarbeiten, die im Jahre 1927 zum Gesetz erhoben wurde.

Es war klug, eine neue Verfassung zu entwerfen, statt die alte zu verbessern. In der Tat gab diese Verfassung der Landesgemeinde organisatorische Flexibilität und Stärke zu notwendigem Handeln. Vor allem erhielt sie gesetzlich das Recht, „sich mit anderen jüdischen Religionsgesellschaften innerhalb des deutschen Reiches zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben zusammen(zu)schließen" (Par. 3). Durch diese weise Voraussicht wurde der Anschluß an den preußischen Landesverband möglich, was das Leben der Gemeinschaft rettete. De Haas war ein kluger und umsichtiger Mann.

Während des Jahres 1927 wurde eine neue Verfassung vom Landesrabbiner ausgearbeitet und in mehreren Stücken im Gesetzblatt veröffentlicht, wodurch sie zum Gesetz wurde.[324] Dabei stand der Ministerpräsident v. Finkh dem Landesrabbiner hilfsbereit zur Seite und zeichnete für das Ministerium der Kirchen und Schulen. Diese Hilfe war besonders wichtig, da sich v. Finkh mit den Angelegenheiten der Kirche seit Jahrzehnten befaßt hatte und die neue Verfassung der Juden an die Vorschriften des Gesetzes der evangelischen Landeskirche von 1920 anlehnen konnte.[325] v. Finkh war ebenfalls mit den Angelegenheiten der Juden seit vielen Jahren vertraut und hatte darüber im Landtag von 1910 für die Regierung referiert. Unter den staatlichen Gegenzeichnern, die wohl als Sachreferenten an der Neufassung ebenfalls mitgearbeitet hatten, finden wir wiederholt Herrn Gramberg, den gleichen Mann, der dann 1932 die hinterhältige Attacke gegen die Kirche und die Juden unternahm, im Geheimbericht inneramtlicher Information, wie wir sahen. Er wollte wohl den „Flecken" früherer demokratischer Arbeit damit auslöschen — auch das war vielfach typisch für die Beamtenschaft, die von den Nationalsozialisten übernommen wurde und sich nun mit ganz besonderem Eifer ideologisch „zu bewähren" suchte.[326]

Die *Organisation* der Gemeinden blieb unverändert in der neuen Verfassung, so blieben

---

323) Lübbing, a. a. O., S. 47.

324) Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, Landesteil Oldenburg; XLV. Band.
19. Stück, Nr. 26: Berechtigung zur Erhebung von Steuern, 28. März 27;
21. Stück, Nr. 28: Inkraftreten des obigen Gesetzes; 11. April 1927
Nr. 29: Gemeindeordnung f. d. Synagogengemeinden und Landesgemeinde; 2. April 1927 mit Anlage: Wahlordnung

325) s. Paragraph 95 der Gemeindeordnung.

326) Gramberg gegenzeichnete Nr. 28 und 29, wodurch diese Gesetz wurden; v. Finkh zeichnete alle Stücke; Nr. 26 wurde von Dr. Willers nebst v. Finkh gezeichnet und von Graepel gegengezeichnet.

ihre Funktionen, obgleich sie in größerem Detail dargelegt wurden. Von größter Bedeutung war der bereits oben angeführte Paragraph 3 der Gemeindeordnung, der einen Anschluß an andere jüdische Religionsgesellschaften erlaubte. Das Wahlrecht verblieb ebenfalls grundlegend wie bisher, doch wurden Religionsverachtung und unsittlicher Lebenswandel, der öffentliches Ärgernis gab, zu Gründen der Entziehung dieses Rechtes, nebst denen, wie Verlust der öffentlichen Ehrenrechte, die schon immer bestanden hatten.

Der *Synagogengemeinderat*, der bisher immer aus einem Vorsteher und zwei Beisitzern bestanden hatte, wurde in Gemeinden mit mehr als 100 Mitgliedern auf 4 Beisitzer erhöht. Steuerrecht und Steuerpflichten verblieben, wie auch das Recht, von Ausgetretenen weiterhin eine Zeitlang Steuern zu erheben.

Der *Landesgemeinderat* wurde ebenfalls dadurch erweitert, daß außer dem Vorsteher jeder Gemeinde eine solche mit 100—200 Angehörigen einen weiteren Abgeordneten, und für jedes weitere angefangene Hundert nochmals einen, erwählte, wodurch der Landesgemeinderat eine mehr demokratische Körperschaft wurde. Die Abgeordneten wurden bei erstmaliger Versammlung feierlich verpflichtet.

Eine neue Einrichtung war der *Landesausschuß*. Er bestand aus dem Landesrabbiner als Vorsitzendem und vier von dem Landesgemeinderat erwählten Mitgliedern. Seine Aufgabe war es, die laufenden Geschäfte der Landesgemeinde zu führen, Steuern umzulegen, Beschwerden zu entscheiden, die Wahl des Landesrabbiners vorzubereiten und in dringenden Fällen sofort zu handeln.

Damit waren die Funktionen, die bisher dem Landesrabbiner allein oblagen, auf ein Gremium verteilt, durch welches der Landesrabbiner sowohl Rat wie Entlastung erhalten konnte. Diese neue Landesorganisation sollte sich von großem Wert erweisen.

Der Landesrabbiner behielt alle religiösen Funktionen und die Überwachung der Gemeinden und ihrer religiösen Institutionen. Er wurde vom Landesgemeinderat gewählt und in einer außerordentlichen Versammlung verpflichtet. Seine dienstlichen Rechte und Verpflichtungen, wie seine Gehaltseinstufung, ruhte auf den Bestimmungen des oldenburgischen Zivilstaatsdienergesetzes wie der Besoldungsgruppen der oldenburgischen Staatsbeamten. Dabei wurde er dem Generalsuperintendenten der protestantischen Kirche gleichgestellt (heute Landesbischof).

Neu war ebenfalls das *Disziplinarverfahren*, das dem der Kirchenbeamten angepaßt war. In der Vergangenheit, sowohl unter Glück wie unter Mannheimer, mußten diese Verfahren vom Ministerium durchgeführt werden. Dies wurde nun geändert. An die Stelle des Oberkirchenrats trat der Landesausschuß; das Disziplinargericht bestand aus einem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen mußte, zwei Rabbinern, einem Mitglied des Landesausschusses und drei Mitgliedern des Landesgemeinderats. Dieses Gericht hatte nie Ursache zum Zusammentritt, da keinerlei Disziplinarverfahren notwendig waren. Doch gibt uns diese Verfügung ein Bild der Position des Landesausschusses und des Landesrabbiners. Der Landesausschuß hatte die gleiche Funktion und den Rang des Oberkirchenrates, der Landesrabbiner die des Landesbischofs.

Die *Religionslehrer*, die vom Landesgemeinderat berufen wurden und auch als Vorbeter und Schächter zu fungieren hatten, hielten die Positionen der Landpfarrer; ihre Dienst-

bezüge und anderen Rechte folgten den Vorschriften für die oldenburgischen Volksschullehrer.
Ein *Beschwerdeweg*, der über Landesausschuß und Landesgemeinderat zum Ministerium der Kirchen und Schulen und von dort, wenn nötig, zum Oberverwaltungsgericht führen konnte, war ebenfalls vorgesehen.
Amtsverschwiegenheit wurde zur Pflicht.
Die öffentlichen Bekanntmachungen des Landesgemeinderats, Landesausschusses und Landesrabbiners waren in den „Oldenburgischen Anzeigen" der Öffentlichkeit zugängig zu machen.
Mit dieser Neufassung des Gesetzes waren Landesgemeinde und Synagogengemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechtes staatliche Institutionen. Dabei waren jedoch alle Überreste einer staatlichen Oberaufsicht ausgemerzt worden. Der Staat beschirmte die Landesgemeinde, ohne sie zu regulieren. Änderungen in der Gemeindeordnung oder der Wahlordnung bedurften der Genehmigung des Ministeriums. Vergehen gegen die Gesetze der Landesgemeinde, die ja Staatsgesetz waren, wurden vom Staat bestraft, die Steuern vom Staat eingezogen. Außerdem war für das Amt des Landesrabbiners, nebst entsprechender Vorbildung, körperlicher Gesundheit und Unbescholtenheit, der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit Vorbedingung. Im übrigen jedoch war die Landesgemeinde frei. Im Gegensatz zu der früheren Eidesformel des Landesrabbiners lautete die neue: „Ich gelobe hierdurch vor Gott, als Landesrabbiner die Verfassung und Ordnung der Jüdischen Landesgemeinde genau zu beachten und mit meinen besten Kräften für die Förderung der jüdischen Religion und ihrer Bekenner einzutreten." Ohne diese Neufassung des Gesetzes wäre es möglich gewesen, daß mit dem Tod des Landesrabbiners de Haas 1935 das Landesrabbinat erloschen wäre, denn kein „Nazibeamter" hätte wohl einen neuen Landesrabbiner beeidigt. So aber war und blieb der Landesrabbiner im Vollbesitz seines Rechts — solange es noch Recht für die Juden unter den Nationalsozialisten gab. Mit seiner Verpflichtung durch den jüdischen Landesgemeinderat konnte er weiter als der legitime Vertreter der Judenschaft und, von Staats wegen, als das religiöse Oberhaupt der jüdischen Religionsgesellschaft handeln. Die Juden hatten ihren offiziellen Sprecher in der Zeit bitterster Not.

Lebensformen

Die Amtszeit des Landesrabbiners de Haas war eine Periode des Umschwungs, der Entwertung aller bestehenden Werte. Die Juden, die niemals sehr wohlhabend waren, litten doppelt, unter der Inflation, der „Nazi"-Agitation, die das Leben unsicher machte, und schließlich unter der Macht der Nationalsozialisten, die das Leben physisch und geistig zerstörte. Das religiöse Bewußtsein vertiefte sich. Die Juden fanden in ihrer eigenen Mitte die Geselligkeit, die ihnen anderweitig entzogen wurde. Oldenburg hatte den Jüdischen Zentralverein, der einst Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hieß, und deutscher Kultur wie der Abwehr des Antisemitismus diente. Der Israelitische Frauenverein diente dem erzieherischen wie charitativen Werk. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wollte durch sein Bestehen auf die Kriegsopferbereitschaft der deutschen Juden — auch in Oldenburg, wie wir sehen werden —, hinweisen. Doch be-

zeugte er außerdem eine traurige Tatsache im deutschen Leben: die großen Kriegerverbände, wie der Stahlhelm, nahmen keine Juden auf; sie waren rassisch und rechtspolitisch orientiert, das Kriegsopfer zählte nicht. Eine kleine Gruppe von Zionisten bestand im Lande, doch waren die Alteingesessenen zu „patriotisch" dafür. Daher spaltete sich auch die jüdische Sportsvereinigung in einen zionistischen Bund, Makkabi, und einen nicht-zionistischen, Schild. Allerdings waren die Gegensätze im Oldenburger Land nicht so groß wie etwa in den größeren Zentren jüdischen Lebens. Ein Abstand bestand zwischen alteingesessenen, deutschen Juden und neu eingewanderten Juden aus dem Osten, doch lebte man zusammen, und es war mehr der Unterschied auf kultureller Ebene als der des Ursprungs, welcher die Gruppen schied. Selbst die neu Zugezogenen fühlten sich in Oldenburg zuhause; sie wurden integriert, sie atmeten die an sich gesunde Luft der Oldenburger Gesellschaft. Sie waren alle auch dadurch miteinander verbunden, daß es wirtschaftlich keine großen Unterschiede gab. Einige waren in bescheidenem Maße wohlhabend, die anderen mußten sich quälen. Die verhältnismäßig wenigen jüdischen Kinder fühlten sich in der Schule wohl und gewannen Freunde — um sie jedoch oftmals nach der „Machtübernahme" plötzlich zu verlieren. Großes Rückgrat konnte man wohl kaum von Kindern verlangen, deren Eltern so schnell umfielen. Unter diesen Schülern befand sich unter anderen Manfred Bukofzer, der später als Professor der Musik an der Universität von Kalifornien zur führenden Kapazität, vor allem im Gebiete der Barockmusik, werden sollte, jedoch früh starb.
Wie rege die Hoffnung auf eine Weiterentwicklung blieb, zeigt sich daraus, daß die Synagogengemeinde Delmenhorst nach der Inflation den Neubau einer schönen Synagoge unternahm, die gerade vor der „Nazizeit" vollendet wurde. Da die Gemeinde zur Zeit ihres Anstieges nach dem Krieg eine Hypothek zu verkraften in der Lage war, nahm sie Schulden auf, die sich schließlich als Überlastung herausstellen sollten. Die „Nazizeit" untergrub das Verdienstvermögen der Gemeindemitglieder, und die Last der Schulden wurde erdrückend.

Die ersten Jahre im „Dritten Reich": Fortgang der Entrechtung

Im Januar 1933 kamen die Nationalsozialisten zur Macht im Reich. Zum Erreichen ihres Zieles hatten sie sich der Lüge bedient und Unruhe geschaffen. Doch erreichten sie ihr Ziel auf legalem Wege, durch die Wahlen der Bevölkerung und die Betreuung Hitlers mit dem Amt des Reichskanzlers durch den verfassungsmäßigen Reichspräsidenten Hindenburg. Die Propaganda gegen die Juden, die für die ganzen Nöte der Nachkriegsjahre verantwortlich gemacht wurden, spielte dabei eine große Rolle, doch trat man von christlicher Seite diesem Lügengewebe niemals energisch entgegen; vor allem schwieg die Kirche. Hermann Lübbing führt aus: „Dem Großherzog war die Ernennung des Landrabbiners vorbehalten (unter dem Gesetz von 1858), der den Charakter eines Zivilstaatsdieners hatte. Trotzdem hatte er kaum Kontakte zu den christlichen Geistlichen." [327]

327) Lübbing, a. a. O., S. 46.

Obgleich das für die Zeit Wechslers kaum zutraf, stimmte es für die Jahre vor Hitler. Der Landesrabbiner kannte wohl einige Geistliche und traf sie gelegentlich, eine Verbindung bestand jedoch nicht, auch nicht die der moralischen Verpflichtung, im Sinne Christi der Lüge und Menschenentrechtung entgegenzutreten. Hätte sie bestanden, so wäre man der Propaganda entgegengetreten, als es noch Zeit war. Die Kirchenführer dachten jedoch nur an ihre eigene Stellung und die Position der Landeskirche, wie aus der oben angeführten Äußerung des Oberkirchenrates Ahlhorn zu entnehmen ist, der in der Tat glaubte, der Staat der Nationalsozialisten würde die Kirche finanziell besser stellen als es unter früheren Regierungen der Fall war. Es gab Menschen, die den Juden halfen, aber im großen und ganzen mußten sie ihr Schicksal allein tragen.

Nach der Machtübernahme wurden die Bücher jüdischer Autoren wie auch nichtjüdischer Schriftsteller, die objektiv waren und sich daher dem Judenhaß entgegensetzen mußten, aus den Bibliotheken entfernt und verbrannt. Die Judenakten wurden jedoch in Geheimarchiven aufbewahrt, denn es war die Hoffnung der Nationalsozialisten, einstmals eine Geschichte der Juden in ihrem Sinne des Hasses zu schreiben und dann diesen Veröffentlichungen einen „wissenschaftlichen" Charakter zu geben. Dies wurde bereits von den „Rassenforschern" unternommen; zu einer „Bearbeitung" der jüdischen Geschichte war allerdings keine Zeit. Dieses Vorhaben der Nationalsozialisten machte es jedoch möglich, nach der Zerstörung dieser unheilvollen Macht die Akten wieder ausfindig zu machen, wodurch auch unser Werk ermöglicht wurde.

Wertvolle Bücher konnte man nicht schreiben, aber Pamphlete gab es genug, und keines war unheilvoller als „Die Protokolle der Weisen von Zion", eine der übelsten Fälschungen der Geschichte. Während der Regierung Napoleons III. von Frankreich hatte ein Satiriker, Maurice Joly, eine Satire geschrieben, « Dialogue aux Enfers ». In ihr überzeugte Machiavelli den Philosophen Montesquieu, daß die Ideen der Demokratie ohne große Schwierigkeiten untergraben werden konnten, und führte Napoleon als Beispiel an. Der Kaiser verbot das Buch und seine Verbreitung. Das Buch wurde von einem Dr. de Cyon gefunden, der es in eine Satire auf den russischen Finanzminister Graf de Witte umarbeitete. Zur Zeit der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus II. von Rußland fürchteten die judenfeindlichen Räte des Zaren, daß der weiche und auch schwache Mann die Lage der Juden verbessern würde. Man brauchte ein Dokument, um den Zaren von der Weltverschwörung der Juden allen Regierungen gegenüber zu überzeugen. Das Buch wurde auf Anregung der russischen Regierung durch Personen der russischen Gesandtschaft in Paris aus der Villa des Dr. Cyon gestohlen, nach Rußland gebracht, von einem gewissen Nilus überarbeitet, und der Name „Graf Witte" wurde ersetzt; es hieß jetzt „die Weisen von Zion", eine Gruppe, die sich heimlich zusammengefunden habe, um eine jüdische Weltverschwörung vorzubereiten. Das Buch in dieser Fälschung wurde dann dem Zaren in die Hände gelegt.[328] Das Unheil, das diese Fälschung angerichtet hat, ist unbeschreiblich.

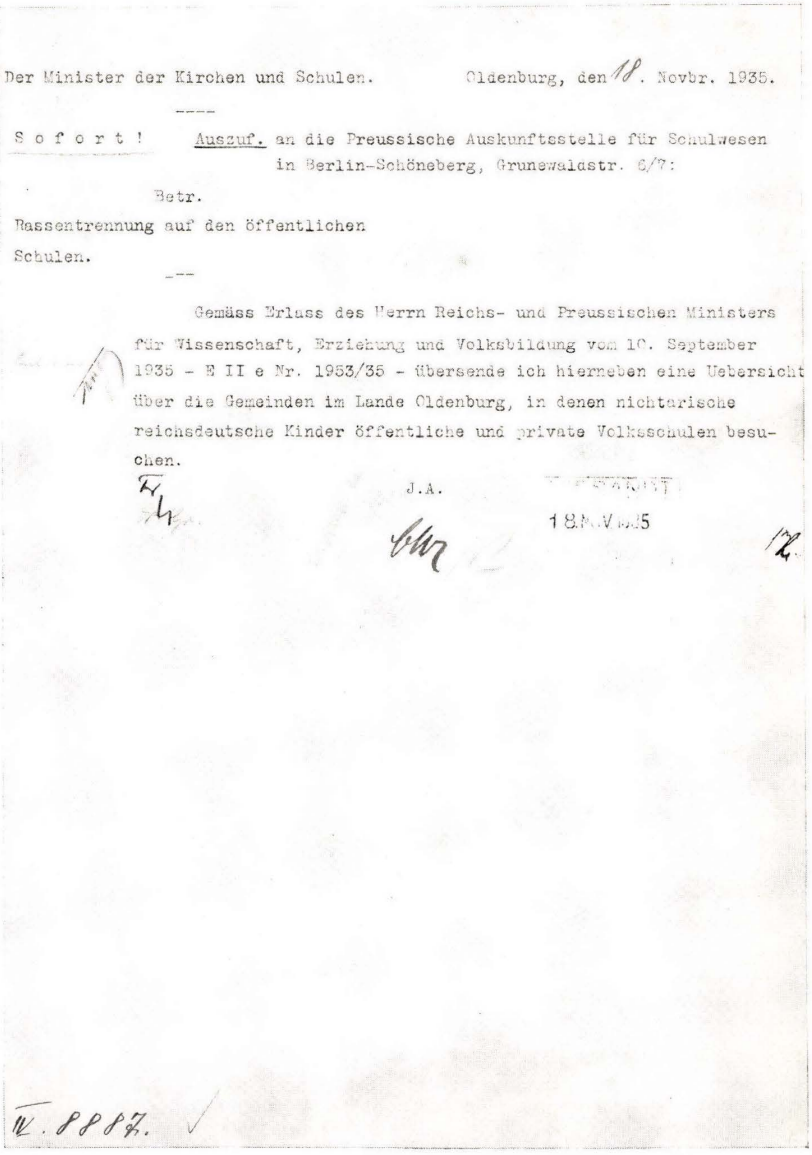
---

328) James Parkes, A History of the Jewish People, Baltimore, Penguin Books, 1969; S. 192—193. Dieses Geschichtswerk bei einem Geistlichen der anglikanischen Kirche ist ausgezeichnet. Parkes erwähnt, daß das Exemplar, das dem Zaren gegeben wurde, jetzt in der „Library of Congress" in Washington zu finden ist.

Für die Nationalsozialisten war dieses Buch natürlich eine gefundene „Quelle". Immer und immer wieder wurde es ausgebeutet. So wurde nun auch der Regierung in Oldenburg ein „Original" des Buches angeboten, und die Umstände sind von Bedeutung. Am 11. Februar 1933 ging der folgende Brief ein: [329]

„An das hohe Oldenburgische Staatsministerium in Oldenburg.
Dr. jur. Stefan Krawczuk in Luck (Polen, Wolhynien) über Glucha 1 bietet die russische Originalausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion" zum Kaufe an.
Hohes Ministerium! Euere Excellenz! Sehr geehrter Herr Minister!
Über Anraten und auf Weisung des national-sozialistischen Verlages Franz Eher Nachf. in München, mit dem ich in nachstehender Angelegenheit seit Monaten in reger Korrespondenz stehe, erlaube ich mir, an Euere Excellenz mit nachfolgendem Angebote ergebenst heranzutreten:
Im Eher Verlage sind im Jahre 1923 die weltbekannten „Protokolle der Weisen von Zion" in deutscher Übersetzung mit einem Vorwort von Gottfried zur Beek erschienen. Das Russische Originale von Professor Sergius Nilus wurde von den Juden und Bolschewiken gänzlich aufgekauft und vernichtet, bis auf ein einziges Exemplare, das sich im London British Museum befindet. G. zur Beek bewertet also folgerichtig das russische Originale auf Millionen (Seite 12 seiner Vorrede); derselben Meinung ist auch Pastor Münchmeyer (derzeit in Düsseldorf), und der Hammer-Verlag in Leipzig bezeichnet den von mir angegebenen Betrag von 25 000,— Mark als bescheiden. Nun ist es mir als Ukrainer nach langjährigem, kostspieligem und oft mit Lebensgefahr verbundenem Suchen gelungen, noch ein zweites Exemplar dieser bibliographischen Rarität aufzufinden und habe ich es im Sinne meiner antisemitischen Überzeugung — ich bin gewesener Wiener Student der Zeit Dr. Luegers — der nat.-sozialistischen Zentrale in München zum Kauf angeboten. Leider verfügt derzeit weder die nat.-sozialistische Partei als solche, noch der Eherverlag über größere Geldmittel, um ein so teueres Buch kaufen zu können, obwohl sie es sehr gern hätten.
Da das Halten dieses Buches hier für mich mit Lebensgefahr verbunden ist und auch meine materielle Lage mehr als trist ist; — da ich in Konsequenz meiner Überzeugung das Buch nicht in die Hände andersgesinnter Institute gelangen lassen will, zumal ich darum von der nat.-sozialistischen Reichstagsfraktion, vom Eherverlag und Pastor Münchmeyer dringendst gebeten wurde mit der Versicherung, daß eines der von ihnen genannten Ministerien das Buch zuversichtlich für die Staatsbibliothek kaufen wird, — erlaube ich mir mein genanntes russisches Originale der „Protokolle der Weisen von Zion" Euerer Exzellenz zum Kaufe für Ihre Staatsbibliothek ergebenst anzubieten, zumal dies jetzt infolge der glücklichen Lösung der Krise im Reiche leichter möglich ist.
Um weitläufiger Korrespondenz vorzubeugen, erkläre ich schon jetzt, daß ich mit

329) O.S.A., Best. 134, 799.



Der Minister der Kirchen und Schulen. Oldenburg, den 18. Novbr. 1935.

S o f o r t ! Auszuf. an die Preussische Auskunftsstelle für Schulwesen in Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 6/7:

Betr.
Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen.

Gemäss Erlass des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 10. September 1935 - E II e Nr. 1953/35 - übersende ich hierneben eine Uebersicht über die Gemeinden im Lande Oldenburg, in denen nichtarische reichsdeutsche Kinder öffentliche und private Volksschulen besuchen.

J.A.

18.NOV.35

V. 8887.

Abb. 19: Anschreiben der Regierung bezüglich „Nachweis der Rassezugehörigkeit“, s. S. 347—348

Nachweisung der Rassezugehörigkeit der die öffentlichen und privaten Volksschulen besuchenden reichsdeutschen[1]) Kinder.

Land : Oldenburg

Bezirk: .....

1	2	3	4	5	6	7	8				9		10				11
Heftrand	Gemeinde (Stadtbezirk)	Zahl der Volljuden. (Beide Eltern oder Großelternteile jüdisch)	Zahl der 3/4-Juden. (1 Elternteil, 3 Großelternteile jüdisch)	Zahl der 1/2-Juden. (1 Elternteil, 2 Großelternteile jüdisch)	Gesamtzahl der Spalten 3 - 5	Zahl der 1/4-Juden. (1 Großelternteil jüdisch)	Von der Gesamtzahl der Spalte 6 sind				Von der Gesamtzahl der Spalte 6 besuchen eine jüd.Bekenntnisschule		Errichtung einer jüdischen Volksschule (Voll- bis 1/2 - Nichtarier) bei einer Richtzahl von 20 Kindern ist möglich			unmöglich	Bemerkungen.
							mosaisch	katholisch	evangelisch	Frontkämpfer-Kinder	Private Schule	öffentliche Schule	in der Gemeinde selbst	unter Hinzuziehung benachbarter Gemeinde	nur unter Auflösung der jüdischen Bekenntnisschule		
							a	b	c	d	a	b	a	b	c		
	I. Landesteil Oldenburg:																
1	Oldenburg	19	1	4	24	6	20	1	3	10	-	-	ja	-	-	-	
2	Bümstringen	3	-	-	3	1	3	-	-	1	-	-	-	-	-	ja	
3	Delmenhorst	12	-	3	15	-	14	-	1	9	12	-	-	-	-	ja	
4	Hildeshausen	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	
5	Westerstede	3	-	1	4	-	3	-	1	3	-	-	-	-	-	ja	
6	Zwischenahn	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	Zu Nr. 6 und 7: Steuerweisung der jüdischen Kinder nach Oldenburg
7	Rastede	3	-	-	3	2	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
8	Varel	1	-	-	2	1	2	-	-	1	-	-	-	-	-	ja	
9	Jever	4	-	-	5	2	5	-	2	7	-	-	-	-	-	ja	
10	Nordenham	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	ja	
11	Brake	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	ja	
12	Blexleth	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	
13	Burhave	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	
14	Moorriem	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	
15	Stedingen	-	-	1	1	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	ja	
16	Vechta	1	-	1	2	-	1	-	1	2	-	-	-	-	-	ja	
17	Cloppenburg	5	-	-	5	-	5	-	-	3	-	-	-	-	-	ja	[1])Kriegsteilnehmer.
		54	1	10	71	24	58	1	12	37	12	-	-	-	-	-	
	II. Landesteil Lübeck:																
18	Ahrensbök	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	Zu Nr. 19 bis 22: Wegen der weiten Schulwege ist eine Zusammenfassung nicht möglich. Zudem ist jüdischer Familien ein Sinken der Schülerzahl unter die Richtzahl bestimmt zu erwarten. Zu Nr. 23 bis 25: desgl.
	III. Landesteil Birkenfeld:																
19	Rosen	3	-	-	3	-	3	-	-	1	-	-	-	-	-	ja	
20	Gonnesweiler	1	-	1	2	-	1	1	-	1	-	-	-	-	-	ja	
21	Wohfelden	2	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	
22	Sötern	11	-	4	15	-	14	-	1	6	-	-	-	-	-	ja	
23	Birkenfeld	4	-	-	4	-	4	-	-	4	-	-	-	-	-	ja	
24	Hoppstädten	10	-	-	10	-	10	-	-	8	-	-	-	-	-	ja	
25	Idar-Oberstein	8	-	1	9	4	8	-	1	7	-	-	-	-	-	ja	
		39	-	6	45	4	42	1	2	29	-	-	-	-	-	-	
	Insgesamt	93	1	22	116	30	100	2	14	66	12	-	-	-	-	-	

[1]) Kinder von Ausländern bleiben bei der Erhebung außer Betracht.

Abb. 20: „Nachweis der Rassezugehörigkeit“

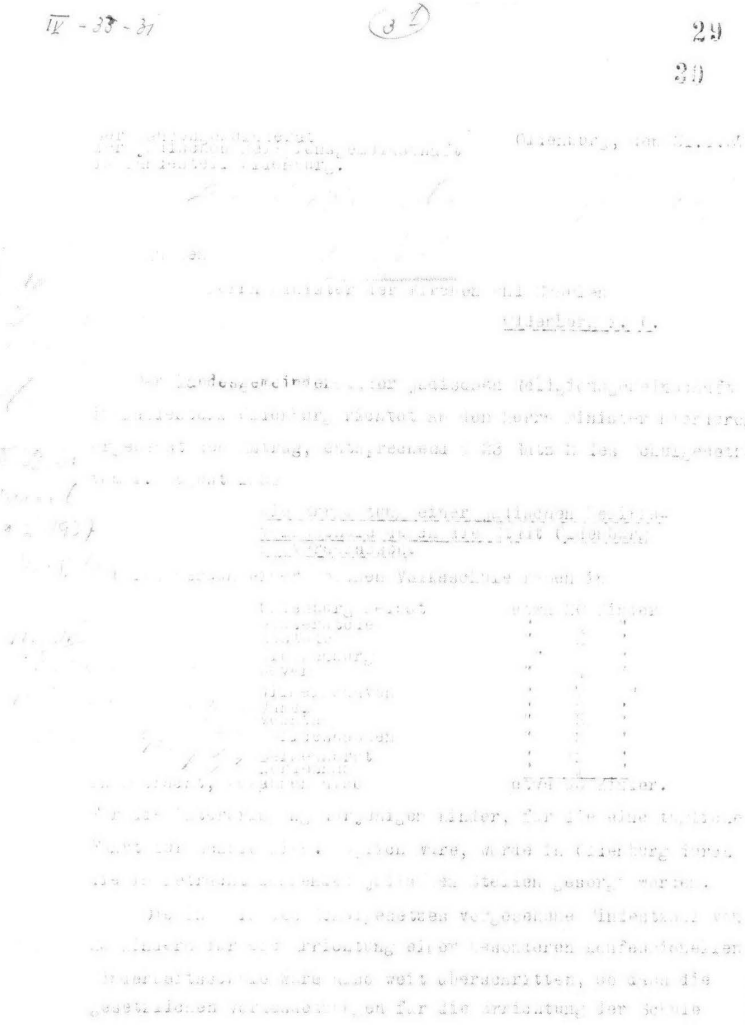


Abb. 21: Gesuch der Landesgemeinde um Errichtung einer öffentlichen jüdischen Volksschule, 1. Seite, s. S. 350

Abb. 22: Gleiches Gesuch, 2. Seite

Teilzahlungen einverstanden bin, ja daß ich bei Verleihung irgend einer bescheidenen Staats- oder Privatanstellung in Deutschland den Kaufpreis von 25 000,— Mark bedeutend ermäßigen würde. — Die Echtheit des Buches steht ganz außer Zweifel; übrigens unterwerfe ich mich dem Fachurteile der Herren Alfred Rosenberg in München und Pastor Münchmeyer in Düsseldorf oder eines anderen, von Euerer Excellenz bestimmten Fachmanns und würde zu diesem Zwecke — wenn ansonsten der Kauf des Buches gesichert wäre — auf eigene Kosten nach Deutschland kommen.

Indem ich noch um gütige, baldigste, hoffentlich günstige Erledigung meines Angebotes ergebenst bitte, zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung Dr. Stefan Krawczuk."

Auf der ersten Seite des Briefes stehen nun die inneramtlichen Vermerke:

„Der Ankauf des Werkes kommt bei dem außerordentlich hohen Preise nicht in Frage. — O. 12. 2. 33 Christians"

„Ungeheuerlich wichtig ist das Angebot, weil ja schon die „Protokolle" bestimmt zur Erkenntnis der Lage auf der Erde als einzige und ganz klare Erkenntnisquelle anzusehen sind. Aber da wir kein Geld haben, ist an einen Erwerb nicht zu denken. 14. 2. 33. Spangemacher, Röver (der als erster unterschrieb, obgleich Spangemacher den Bericht der Handschrift nach verfaßte), Pauly."

Auf der letzten Seite der Antwortsentscheid:

„O. d. 5. April 1933 — Dem St.M. stehen die Mittel zum Ankauf der ‚Protokolle der Weisen von Zion' leider nicht zur Verfügung,

Chr(istians) Röver"

In diesem Briefe verbinden sich viele Elemente, die die nationalistische Ideologie und Geschichte formten. Zweifellos gehörte der Schreiber zum akademischen Gesindel, ein Tunichtgut, der ein Pöstchen, oder zumindest viel Geld, haben wollte. Er kam aus der Ukraine, deren Bevölkerung seit je antisemitisch gewesen war und viele Pogrome durchgeführt hatte. Unter der Regierung von Petlura wurden im Jahre 1919 30 000 Juden in 372 Orten der Ukraine ermordert.[330]

Er studierte in Wien zur Zeit Luegers, des langjährigen Antisemiten, der während der Jahrhundertwende Bürgermeister der Stadt Wien war; obgleich ihm Kaiser Franz Joseph ursprünglich die Amtsbestätigung verweigerte, wurde Lueger so oft wiedergewählt, daß man ihn schließlich bestätigen mußte. Hitler lebte zu dieser Zeit in Wien und war von Luegers Ideologie grundlegend beeinflußt. Münchmeyer war ein langjähriger Judenhetzer, dessen Saat schließlich aufging. Alfred Rosenberg, der aus dem Baltikum kam und keinerlei Verwandtschaft mit Juden hatte, trotz des Namens, wurde der Ideologe der nationalsozialistischen Partei. Im Nürnberger Prozeß nach dem Krieg wurde er verurteilt und dann gehängt. Alle diese Elemente verbanden sich im Leben wie im Brief, um das Verhängnis zu beschwören. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, daß zu Anfang des „Dritten Reichs" weder Partei noch Staat genügend Mittel hatten, um

330) Margolis and Marx, History of the Jewish People, Philad. 1960, S. 733.

25 000,— RM für ein ihnen wertvoll erscheinendes Buch auszulegen. Die Mittel kamen später durch Erpressung. Doch wagte niemand, selbst innerhalb der Partei, etwas Abwegiges im Zusammenhang mit Ideologie zu sagen. Der Eher-Verlag sprach von der Bedeutung des Buches, schob aber den Verkäufer an andere Stellen ab. Spangemachers Bemerkungen sind besonders aufschlußreich, „ungeheuerlich wichtig . . .". Er konnte sich nicht mit einer einfachen Erklärung begnügen, denn diese ging ja an Röver. Diesem gegenüber mußte er seine nationalsozialistische Überzeugung beweisen. Selbst innerhalb der Partei hatte jeder vor dem anderen, besonders dem Vorgesetzten, Angst, denn die kleinste Unregelmäßigkeit konnte schwerste Folgen haben. Obgleich Krawczuk weder einen Posten noch einen Ankauf des Buches erwirken konnte, geht doch aus der ganzen Situation hervor, daß die Partei zum Magneten für Gesindel wurde. Daß sich auch die besseren Kreise ihr anschlossen, spricht für fehlenden Mut. Krawczuk wurde wahrscheinlich abgewiesen, weil er es mit seinen Bedingungen zu weit trieb. Er weigerte sich, das Buch in die Hände bewährter Parteigenossen zu legen, er wollte eine Prüfung nur dann erlauben, wenn ihm der Ankauf des Buches gesichert war, usw. Das heißt allerdings, daß er selbst und die Antisemiten die Nationalsozialisten für dumm hielten — je überzeugter, desto dümmer. Daß dies zum Verhängnis führen mußte, konnten viele sehen, nur wagten sie nicht, dem entgegenzutreten. Die Juden machten den Fehler, zu glauben, das deutsche Volk würde sich nachhaltig gegen ein solches Regime mutig wehren; diese falsche Beurteilung brachte ihnen den Tod.

Die erste Maßnahme der Regierung war nun gegen die Schechitah, das Schächten, gerichtet. Zuerst verbot man auch das koschere Schächten von Fischen, bis sich herausstellte, daß ein Schächten für Fische gar nicht vorgeschrieben war; da wurde das Verbot wieder aufgehoben. Dies brachte nun den Rabbinern große Schwierigkeiten. Das Schächten von Großvieh war unmöglich, da man dazu ein Schlachthaus brauchte, doch konnte man Geflügel im Keller wohl „schwarz" schächten. Die Rabbiner konnten das zwar nicht erlauben, nicht nur, weil sie selbst dann gerichtlich verfolgt worden wären, sondern weil sie durch das jüdische Gesetz gebunden waren, welches erklärte, „das Staatsgesetz ist auch religionsgesetzlich Gesetz". Sie mußten daher dieses Schächten für unerlaubt erklären. Obgleich die Schächter aus Hilfsbereitschaft und unter Gefahr ihren Glaubensgenossen soweit wie möglich halfen, so wurde es schließlich unmöglich, Fleisch zu genießen, zumal die ganz frommen Juden Gewissensbisse hatten, das schwarz geschächtete Geflügel, dem Verbot der Rabbiner entgegen, zu essen. Für ein paar Jahre wurde die Einfuhr einer geringen Menge von koscherem Fleisch erlaubt, gegen Zahlung von Einfuhrzoll. Es war aber so wenig, daß man es nur rationiert an die Alten und Kranken verteilen konnte. Solche Personen konnten mit jährlich etwa 10 bis 15 Pfund Fleisch rechnen. Der Landesrabbiner unternahm die Verteilung mit Hilfe von Bezugsmarken.

Der nächste Schritt war der Judenboykott am 1. April 1933. Die Nationalsozialisten erklärten ihn als eine Aktion gegen die „Generalhetze des Weltjudentums wider die Nationalsozialistische Regierung". Man hatte natürlich in der Welt die Handlungen der Nationalsozialisten verfolgt, und die Juden — vor allem in Amerika — hatten gegen sie protestiert und den neuen Präsidenten, Franklin D. Roosevelt, zu offiziellen Schrit-

ten aufgefordert. Roosevelt, der 1933 sein Amt antrat, wurde in der Tat zum Ziel des Hasses der Nationalsozialisten; man nannte ihn Rosenfeld, erklärte, er habe seinen Namen geändert, sei wirklich ein Jude, obgleich man wußte, daß er einer alten holländischen Patrizierfamilie entstammte.

Das Ziel des Boykotts war, das Schweigen der Welt zur Judenunterdrückung zu erpressen, indem man die Juden zu Geißeln machte: protestiert ihr, so verfolgen wir die Juden.

In den Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land" wurde über den Boykottbeschluß der NSDAP am 29. März berichtet. „Am 31. 3.", so wurde mitgeteilt, „erfolgt eine Generalprobe des Boykotts der jüdischen Firmen. Der eigentliche beginnt Sonnabend-Vormittag um 10.00 Uhr."

Am 1. April berichtete das Blatt dann: „Der Boykott ist nur heute, dann ist Aussetzung bis Mittwoch, um dem deutschen Judentum Möglichkeit zu geben, auch die letzten Reste der ausländischen Generalhetze einzustellen. Ist die Generalhetze verschwunden, dann wird der Boykott eingestellt." Dieser Text war den Zeitungen einheitlich vorgeschrieben. Am folgenden Tag berichtete die Zeitung dann über die „Ruhe und Erfolg des Boykottes in ganz Deutschland". Auch in Oldenburg sei alles ruhig verlaufen und durch das pünktliche Wachen der SA und SS einwandfrei vonstatten gegangen, „obwohl unfreundliche Bemerkungen (gemacht wurden) und einige Passanten mußten zur Feststellung der Personalien an die Schloßwache geführt werden".

So gab es denn in Oldenburg die Eiferer, die Generalprobe hielten, was man bei dem Parteigesindel wohl erwarten konnte. Aber es gab auch Mutige, die das Unrecht kritisierten; mit denen ging man anders um, ihre Namen wurden sofort zwecks künftiger Kenntnisnahme aufgenommen.

Der Boykott wurde nicht wieder aufgenommen. An seine Stelle trat der allgemeine Druck. Die Juden wurden aus dem Staatsdienst entlassen, Professoren verloren ihre Stellen, Rechtsanwälte durften nur noch Juden vertreten, Ärzte nur noch Juden behandeln. Gegen Kaufleute und Geschäfte wurde die öffentliche Meinung mobilisiert, und Nationalsozialisten standen an den Eingängen der Geschäfte und beschimpften christliche Käufer, nahmen ihre Namen auf oder fotografierten sie. Durch das Gesetz von 1935, die berüchtigten „Nürnberger Gesetze", verloren dann die Juden ihr Bürgerrecht, ohne ihrer Verpflichtungen entledigt zu werden. So konnten sie weder wählen noch an politischen Versammlungen teilnehmen, sie konnten sich weder in Zeitschriften noch in Büchern oder durch persönliches Wort verteidigen. Jedes „Verschulden" führte ins Konzentrationslager. Sie konnten weder Bücher schreiben und veröffentlichen noch als Künstler auf der Bühne oder im Konzert tätig sein. Sie konnten auch Konzerte oder Kinos oder das Theater nicht länger besuchen. Sie durften ihre Kranken nicht mehr ins öffentliche Krankenhaus bringen, und waren sie arm und hungrig, so waren sie dennoch von der Winterhilfe des Staates ausgeschlossen. Die Namen der jüdischen Kriegsgefallenen wurden aus den Ehrentafeln ausgemeißelt. Darüber hinaus war jede Ehe zwischen Juden und „Ariern" verboten und geschlechtlicher Verkehr als Schwerverbrechen erklärt, das die Zuchthausstrafe nach sich zog — für den jüdischen Teilhaber. Die Beschäftigung arischer Hausgehilfinnen unter 45 Jahren war verboten. Die Juden

waren dauernd überwacht, so daß man im häuslichen Gespräch eine Decke oder ein Kissen über das Telefon legte, falls man noch eines besaß, um sicher zu sein, nicht abgehört zu werden.

Den Juden wurde „ihre eigene Kultur" erlaubt, d. h., sie konnten ihre eigene Presse haben, die allerdings nur über jüdische Gegenstände berichten durfte. Sie hatten ihren eigenen „Kulturbund" mit einer Oper und Theater in Berlin, dessen Künstler zu den ersten Deutschlands gehörten, da Juden in der Kunst führend waren. Auch das war überwacht, und nur jüdische Themen durften aufgeführt werden. So konnte man in Berlin „Samson und Delilah" aufführen: Es war ein jüdisches Thema und von einem nicht-deutschen Komponisten, Saint-Saëns. Deutsche Opern waren verboten. Die Kleingemeinden litten besonders.

Die Auswanderung begann, war aber nicht einfach, da das Quoten-System in Amerika und die Einwanderungssperre, die England in Palästina verhängt hatte (mit einer Quote von 15 000 pro Jahr), eine Massenauswanderung verhinderte.

Die Atmosphäre wurde erdrückend. Kam eine Fahne die Straße herunter, so mußte der Jude fliehen, denn als Jude durfte er sie nicht grüßen, und der Nichtgruß war strafbar. Das ganze Leben war Furcht, Angst und stetige Erwartung einer Aktion in der Nacht.

Die Gesamtjudenheit schuf nun eine Reichsvertretung der Juden in Deutschland; selbst der Name ist aufklärend: sie durften sich nicht deutsche Juden nennen, nur Juden in Deutschland. Dieser Verband wurde von den Nationalsozialisten anerkannt, da sie durch ihn die Befolgung ihrer Verordnungen erzwingen konnten. An die Spitze der Reichsvertretung trat ein großer und mutiger Mann, Rabbiner Dr. Leo Baeck. Er war in Wirklichkeit mehr Gelehrter als Politiker, doch vertrat er seine Gemeinschaft mit Mut, blieb bei ihr, obwohl er oft Berufungen ins Ausland erhielt, ging mit ihr nach Theresienstadt, lehrte sie aus dem Gedächtnis, als Bücher ganz verboten waren, führte sie im Gebet, das in Theresienstadt untersagt war, war bereit, sein Leben zu opfern — und überlebte.

Die Reichsvertretung, der wir noch öfters begegnen werden, half nun bei der Auswanderung, brachte den Hungernden Hilfe, vertrat die Juden den Nationalsozialisten gegenüber und sandte selbst Künstler und Redner in die einzelnen Gemeinden, damit ihnen auch seelisch Stärke gegeben werde. Das Amt des Rabbiners wurde nun vor ganz neue Aufgaben gestellt: er mußte Rat und Hilfe bringen, Speisung geben, Auswanderungen vorbereiten und zur gleichen Zeit die bisherigen Amtsgeschäfte leiten. Er mußte die Trauernden trösten, den Familien, deren Vater vielleicht im Konzentrationslager war, Hoffnung zusprechen. Gleichzeitig mußte er sich um die Schulung der Kinder bemühen und die Erwachsenen bilden. In allen diesen Dingen mußte er vorsichtig sein, denn man wußte nie, wann die Gestapo zur Überwachung kommen würde. Mehr als einmal fand ich sie während des Gottesdienstes und der Predigt in der Synagoge vor, in ihrem Notizbuch jedes Wort notierend. In Oldenburg oder Wilhelmshaven, wo man die Gemeindemitglieder kannte, wußte man, wenn sie da war. In Großgemeinden war es nicht so leicht. Doch hieß es dann, jedes Wort auf die Waagschale legen, denn selbst das Unschuldigste konnte als staatsfeindlich ausgelegt werden. In Oldenburg schrieben die Gestapomänner nur die „Fehler" auf; schrieben sie nicht, so war es wieder einmal

gut. In Wilhelmshaven schrieben sie alles auf, doch wußte ich das nicht. Ich sah sie nur während der Predigt, und die zwei Männer (es waren immer zwei als Zeugen!) schrieben und schrieben und schrieben — und dennoch mußte ich weiterreden, denn aufzuhören war ja der beste Beweis einer „Schuld". Das Klingeln des Telefons versetzte uns in Angst, das Schellen der Hausglocke in Furcht. Noch bis heute ist mir das Telefon zuwider. Phillip de Haas erlebte den Boykott und den Druck; er starb aber vor den Nürnberger Gesetzen. Der verwaisten Gemeinde wurde von 1935 bis Sommer 1936 Rabbiner Joseph Herbst vom preußischen Landesverband gesandt, um die Gemeinden zu betreuen. Die Frage, ob er die deutsche Staatsbürgerschaft besäße, kam auf, und obgleich man den Juden ihre Rechte entzogen hatte, bestand man auf den gesetzlichen Verpflichtungen, und das Gesetz verlangte vom Landesrabbiner die deutsche Staatsangehörigkeit. Rechtsanwalt Löwenstein übernahm den Vorsitz des Landesausschusses.

Im Jahre 1935 wurde der arme Synagogendiener von Vechta aus seiner Wohnung ausgewiesen, und er konnte keine andere finden. So mußte die Synagoge umgebaut werden. Nur der Platz, auf dem die Heilige Lade stand, wurde als ganz winzig-kleine Synagoge beibehalten, der Rest wurde zur Wohnung des Synagogendieners Marx.

Gegen Ende des Jahres 1935, nach den Nürnberger Gesetzen, unternahm die Regierung ganz im geheimen eine Zählung der jüdischen Kinder, die öffentliche und private Schulen im Lande besuchten. Dies geschah auf Grund eines Erlasses des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 10. September 1935. Warum war er geheim? Viele dieser Dinge waren geheim. In diesem Falle aber mag der Grund gewesen sein, die Juden in einer gewissen Sicherheit zu wiegen, so daß sie nicht selbst ein Schulsystem erbauten. Als der letzte Landesrabbiner, ohne von dieser Umfrage zu wissen, eine jüdische Schule organisierte, hatte er es sehr schwierig. Er unternahm das Werk auf eigene Initiative und vereitelte damit den Plan der Nationalsozialisten, die Kinder ohne Warnung auf die Straße zu setzen. Das kam später. Da die Geschichte der Schule mit der Gesamtentwicklung des jüdischen Lebens in Oldenburg aufs engste verbunden ist, soll der Bericht über diese Judenzählung im Zusammenhang mit der ganzen Schulentwicklung gegeben werden.

X. Leo Trepp: Der letzte Landesrabbiner von Oldenburg

Der Verfasser dieses Buches war der letzte Landesrabbiner von Oldenburg. Er entstammte einer Familie, die seit Jahrhunderten in Fulda ansässig war.[331] Sein Vater, Maier Trepp, war jedoch als junger Mann nach Mainz gekommen und in die Papiergroßhandlung Herz Cahn eingetreten, deren Besitzer der Bruder des Fuldaer Rabbiners war. Dort verblieb er sein ganzes Leben lang. Mütterlicherseits entstammte er einer in Unterfranken ansässigen Familie, Hirschberger aus Oberlauringen, die mit der Familie Lehmann verschwägert war, aus welcher Führer des amerikanischen Lebens und Judentums hervorgehen sollten, einschließlich des ehemaligen Gouverneurs und Senators von New York, Herbert Lehman.[332] Am 4. März 1913 geboren, erhielt der zukünftige Landesrabbiner schon eine frühzeitige und intensive Schulung in Bibel und Talmud, erst durch Privatlehrer, dann durch die Rabbiner Bondi und Bamberger, mit denen er täglich studierte. Durch den Vater, der sehr orthodox war, aber im Sinne Hirschs eine Verschmelzung von Judentum und westlicher Kultur als geboten ansah, wurde er frühzeitig in die deutsche Literatur, Kunst, und vor allem in die Musik, eingeführt.[333] Nach Absolvierung des Realgymnasiums in Mainz studierte er an den Universitäten Frankfurt, Berlin und Würzburg, der Jeschivah, Talmudhochschule in Frankfurt und dem Rabbinerseminar in Berlin, welches ihm das Rabbinerdiplom erteilte. Von Jugend an erlebte er die Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit. Seine ersten Lebenserinnerungen gingen auf die Fliegerangriffe während des Ersten Weltkrieges zurück, bei denen sich die Familien im Hause jedesmal in den Keller flüchten mußten. Dann kam die französische Besatzungszeit, Nahrungsmangel und kalte Winter ohne genügende Heizung. Die Besatzungsbehörde machte den Unterricht durch Beschlagnahmung der Schulgebäude schwierig. Dann kam die Inflation mit dem Verlust der elterlichen Ersparnisse und mit Beginn der ökonomischen Notlage 1929 die Agitation der Nationalsozialisten, die sich auch auf die Schule erstreckte. Seine Promotion in Würzburg verdankte er zwei Umständen: er mußte nach Würzburg gehen, um seinen Bruder Gustav, der das Realgymnasium in Mainz nicht mehr besuchen konnte, 1934 die Umschulung auf das jüdische Lehrerseminar in Würzburg zu erleichtern. Gleichzeitig fand er einen katholischen Professor, Adalbert Hämel, der trotz des Druckes der Nationalsozialisten bereit war, noch Juden zu promovieren. So erwarb er den Doktor der Philosophie magna cum laude 1935 (eine bessere Note, so wurde ihm gesagt, könne man ihm in der „Nazizeit"

331) Das Landesarchiv Marburg besitzt den Entwurf des Schutzbriefes der Familie Trepp (Best. 919-413) aus dem Jahre 1671, einem Jahr, wo alle Juden — bis auf fünf Familien — vom Abt aus der Stadt vertrieben wurden.

332) Im Briefwechsel wie im persönlichen Gespräch mit dem Gouverneur wurden die Familienbande bestätigt.

333) Die Familie scheint immer musikalisch gewesen zu sein. Im Staatsarchiv zu Marburg findet sich eine Urkunde, in der ein Trepp sich zu einem jährlichen Beitrag zwecks Anstellung eines Basses in der Synagoge verpflichtete. Mein Vater lernte Musik auf den Knien seiner 86jährigen Großmutter, die aus Elmshorn kam und schon als junge Frau die Oper in Hamburg besuchte — wohl eine Seltenheit unter Juden.

nicht geben). 1936 hatte er gerade eine Berufung als zweiter Rabbiner in Berlin erhalten, wo er seinem Seminarprofessor Alexander Altmann, der gleichzeitig zwei Synagogengemeinden betreute, helfen sollte. Es wurde ihm jedoch vorstellig gemacht, daß Oldenburg in großer Not sei und einen Rabbiner dringend benötige. So ging er nach Oldenburg und blieb auch dort, als ihm einige Monate später nochmals dringend nahegelegt wurde, nach Berlin zurückzukehren. 1938 verheiratete er sich mit der Tochter seines Vorgängers, Miriam de Haas. Im gleichen Jahr wurde er eingeladen, als Kandidat für das Gemeinderabbinat Köln eine Bewerbung einzureichen, kam auch für Probepredigten nach Köln. Aus einer Reihe von 38 Bewerbern berufen, wurde ihm jedoch die Entscheidung durch die Geschehnisse des Jahres 1938 entzogen. Über diese wird noch zu berichten sein. In der Kristallnacht wurde er verhaftet, kam dann ins Konzentrationslager in Sachsenhausen, wurde durch Einspruch des Chief Rabbis von England, Herman Hertz, befreit, wanderte erst nach England aus, von da nach Amerika, wo er mehrere kleinere Gemeinden betreute, studierte dann an der Harvard Universität und der Universität von Kalifornien in Berkeley und war 1973 ordentlicher Professor der Philosophie und Geisteswissenschaften am Napa College. Seine Frau, die ihre Lehrerinnenausbildung in Deutschland nicht beenden konnte, erreichte dieses Ziel an der Staatsuniversität von San Francisco und war 1973 als Volksschullehrerin im öffentlichen Schuldienst tätig. Das einzige Kind, Susan, ebenfalls Lehrerin, erhielt ihre Ausbildung an der Universität von Kalifornien in Los Angeles. Bei ihrer Anstellung im öffentlichen Schuldienst war sie die jüngste Lehrkraft in der Stadt Los Angeles. Seit 1969 mit Myron Greenberg verheiratet, der mit 25 Jahren bereits sein Diplom als öffentlicher Steuerberater, seinen Doctor juris und seine Bestallung als Rechtsanwalt besaß, hatte sie ihr erstes Kind 1972, David Philip, nach dem Großvater Phillip de Haas benannt.

Die Übernahme des Landesrabbinats und die Verhältnisse in Oldenburg [333a]

Der neue Landesrabbiner trat sein Amt am 1. August 1936 an, und zwar als Beauftragter des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden. Vor den Hohen Feiertagen, die am Abend des 16. Septembers begannen, hatte er bereits alle Gemeinden wie auch Judenfamilien besucht, die einsam in weitabliegenden Ortschaften wohnten. In einigen Fällen ging die Ankündigung des Amtsbesuches der Mitteilung des Landesausschusses voraus, daß ein neuer Rabbiner im Lande sei. Dieser Nachdruck war notwendig, da die Gemeinden in großen Schwierigkeiten waren, die einzelnen Lebensprobleme hatten und die Juden, zumal in den entfernten Gebieten, in völliger gesellschaftlicher Vereinsamung lebten. Wie sie ihren Lebensunterhalt noch kärglich zu verdienen versuchten, geht aus dem Brief des Pastors Bultmann hervor, der nachgehend zitiert werden soll. Nach den Hohen Feiertagen wurde der Landesgemeinderat ein-

333a) Viele Geschehnisse dieser Zeit erfaßten den Verfasser so tief und lebensgestaltend, daß ihm gelegentlich das „ich" der ersten Person im Berichte gestattet sein möge.

berufen, um über die Wahl des Rabbiners abzustimmen. Die Wahl war einstimmig, und die Hoffnung wurde ausgesprochen, der neue Rabbiner würde sein Leben in Oldenburg verbringen. Es war eine tief rührende Vertrauenserklärung dieser Gemeindevertreter und ihrer Gemeinden, die ja alle den neuen Rabbiner bereits zur Zeit der Wahl kennengelernt hatten. Doch sollte es so nicht kommen. Leo Trepp wurde dann offiziell verpflichtet; er war nicht länger der Vertreter des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden — er war Landesrabbiner von Oldenburg — der letzte.

Die Lage der Juden geht aus einem Brief hervor, den der Verfasser im Jahre 1968 von dem 85jährigen Pastor Bultmann erhielt. In diesem Schreiben spiegelt sich ein Stück oldenburgischer Geschichte, wie es auch Zeugnis ablegt, daß es in Oldenburg Männer von großem Mut gab, die ihrem Gewissen in schwersten Umständen treu blieben.

Bultmann war väterlicher- wie mütterlicherseits ein Vetter des Theologen Rudolf Bultmann, ebenfalls eines Sohnes des Oldenburger Landes. Das kleine Land mit seinen weiten Horizonten scheint Theologen wie Philosophen zu ideologischer Sicht in die Weite und Tiefe des Geistes und des Glaubens inspiriert zu haben: Bultmann, Jaspers, Hirsch — und alle sprachen aus dem Leben ihrer Zeit und Gesellschaft. Alle waren prinzipientreu, und so war es auch der alte Pastor. Er schrieb:

„... Ich war 1889—94 Volksschüler in Ganderkesee, wo mein Vater Pastor war. Dort wohnte seit 1811 eine jüd. Familie Alexander, aus Delmenhorst.[334] *Der Hausherr hieß zu meiner Zeit Heine Alexander. Er war Bauer, Viehhändler und Schlachter — damals der einzige im Ort, der einmal wöchentlich Fleisch verkaufte und ins Haus brachte. Sein Sohn und Nachfolger Fritz, 10 Jahre älter als ich, ist mit seiner Frau 1934 in ein Heim Farmsen verbracht und nach einigen Jahren umgebracht worden. Die ganze Familie war beliebt am Ort und sehr wohltätig. Zwei Söhne waren rechtzeitig außer Landes gegangen und leben noch.*[335] *Eine Schwester von Fritz war meine Mitschülerin und liebe Spielgefährtin. Nachher heiratete sie nach Delmenhorst, 1934 starb dort ihr Mann, und bald darauf ist sie nach Theresienstadt interniert und umgebracht worden. Ihre Tochter, weil mit einem Arier und Feldwebel, nachher „Offiziersstellvertreter" verheiratet, ließ man in Delmenhorst wohnen, wenn auch nach einigen Schikanen (Hund, Teppich und Kanarienvogel geklaut). 1933 setzte mich unser Oberkirchenrat (Tilemann) auf Verlangen der „Partei" als 2. Pfarrer in Ganderkesee ab. Herrn T. hat das aber nichts genützt, ein Vierteljahr später wurde er selbst abgesetzt unter für ihn blamablen Zuständen.*[336] *Sein Nachfolger ließ mich dann*

334) Wir begegneten der Familie bereits zu Hirschs Zeiten. „Der junge Alexander unterrichtet seine Geschwister" schrieb Hirsch.

335) Die Listen der Juden, die 1967 und 1969 — aus dem Oldenburger Gebiet stammend — noch am Leben waren, erwähnen keine Mitglieder der Familie Alexander. (Diese Listen wurden durch großes Bemühen der Oldenburgischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vorbereitet, um mit ehemaligen Oldenburger Juden Kontakte wieder aufzunehmen; Oberstudienrat Dr. Enno Meyer hat dabei ganz besonderes Verdienst.)

336) Oberkirchenrat Tilemann hat demnach ebenfalls versucht, sich das Wohlwollen der Partei zu erwerben, was aus Lübbings Buch „Oldenburgische Konturen" nicht hervorgeht; s. S. 47—48.

1935—37 die Stelle des evang. Geistlichen an der Strafanstalt Vechta provisorisch verwalten.[337]

Bei Vechta findet alljährlich ein 3tägiger weit berühmter Stoppelmarkt statt, dessen erster Tag, Montag, vorwiegend dem Vieh-, hauptsächlich dem Pferdehandel, gilt. Damals gab es noch jüdische Viehhändler, die aber nach neuester Verfügung erst ab 11 Uhr zugelassen waren. Ergebnis: von 8—11 stockte der Handel, erst ab 11 Uhr ging er flott. Bei den Häftlingen, wie beim Personal der Anstalt fand ich allgemein Anklang. 1937 wurde aber der jüngere Teil der „Wachtmeister" zu militärischer Ausbildung eingezogen, und durch junge S.S.-Soldaten ersetzt. Diese merkten bald, daß ich keineswegs „gleichgeschaltet" war, und veranlaßten eine Strafanzeige beim Oberstaatsanwalt. Dieser veranlaßte beim Gericht ein Untersuchungsverfahren und kündigte mir gleichzeitig, mit sofortiger Wirkung die Seelsorge an der Anstalt. Der Untersuchungsrichter zog meine Sache aber ein gutes Jahr hin, bis (z. letzten Mal — ich glaube infolge der Eingliederung der „Ostmark" —) eine Amnestie Hitlers erschien, auf deren Grund der Richter das Verfahren gegen mich einstellte. 1939 Ostern gabs freilich wieder eine Anzeige wegen „heimtückischer Angriffe", gelegentlich meiner Ablehnung des „Kaninchenordens" bei der ich mit 9 Wochen Untersuchungshaft gnädig davonkam. 1946 wurde ich wieder in Ganderkesee eingesetzt.

1917 bis 1921 leitete ich einen Kreis „Freunde der christlichen Welt" in Oldenburg (vierteljährlich in Oldenburg tagend), an dem auch Herr Dr. Mannheimer teilnahm. So werden Sie verstehen, wie ich mich freute, Ihr Gedenkbuch[338] *in die Hand zu bekommen, zumal meine engere Heimat darin zur Anerkennung ihrer Toleranz kommt.*[339] *1894/95 war ich Quartaner in Vechta, mein Freund und Nebenmann war Bernhard Moses, auch kannte ich 3 Geschwister Bloch. Als ich dann an der Strafanstalt arbeitete, waren die Blochs, freilich geheim, geschätzte Stützen des roten Kreuzes. Ich fuhr täglich per Bahn von Ganderkesee nach Vechta, 6 Uhr ab, 21 Uhr Rückkunft, und lernte dabei Herrn Freund kennen. Er ging hernach nach Israel.*[340] *Ob B. Moses noch lebt? und die Blochs?*

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Brief einen kleinen Gefallen getan zu haben und bin mit herzlichem Gruß, Ihr Bruder Fritz Bultmann."

Die Toleranz, oder vielmehr die menschliche Verbundenheit, zeigte sich bei der Beerdigung einer der Geschwister Bloch. Die alte Dame war blind; in früheren Jahren

---

337) Dies dürfte mit der Zeit übereinstimmen, während derer der Verfasser die jüdischen Gefangenen ebenfalls in Vechta besuchte, was bis Ende 1938 geschah. Allerdings war da ein Kontakt mit anderen Geistlichen nicht möglich. In Vechta wurden die Juden keiner Sonderbehandlung ausgesetzt. Allerdings kam um diese Zeit ein neuer Direktor, Pfotenhauer, der immer mit einem trainierten Hund an der Leine herumlief und dem Verfasser erklärte, er kümmere sich nicht um die moralischen Fragen der Gerechtigkeit bei politischen oder jüdischen Gefangenen und übe nur sein Amt aus, wie es die Vorgesetzten ihm vorschrieben. Ein Beispiel des Beamtentums in der Hitlerzeit.

338) Leo Trepp, Die Landesgemeinde der Juden in Oldenburg, Oldenburg 1965, Stalling.

339) a. a. O., S. 36.

340) Es handelte sich dabei um den Lehrer Freund aus Delmenhorst, der in Vechta Religionsunterricht erteilte. Er wanderte allerdings nicht nach Israel, sondern nach San Salvador aus, wo er nach mehrjähriger Amtszeit starb.

hatte sie zum Dank für ihr Werk im Roten Kreuz während des Krieges vom Großherzog eine Auszeichnung erhalten. Da man sie kannte und schätzte, erließen die Nationalsozialisten einen strengen Befehl, daß kein Arier der Beerdigung beiwohnen durfte. Als ich dann zum Beerdigungsgottesdienst kam, in der Erwartung, nur ein ganz kleines Häuflein von Juden zu treffen, fand ich die Straße voll mit Menschen. Jeder war erschienen, jeder folgte in seinem besten Anzug und Zylinderhut dem Leichenzug auf den Friedhof, obgleich die Nationalsozialisten an den Fenstern und auf den Stufen des Verwaltungsgebäudes standen und die vorbeiziehende Prozession filmten, um das Bild eines jeden Teilnehmers festzuhalten. Man ging mutig durch die Straßen bis zum Friedhof, und dort gab ich den Christen meinen Segen.[341]

Im Jahre 1971 war der Stein der Dame Bloch umgefallen. Wie lange er so gelegen hatte, ist nicht zu sagen. Für die anderen Schwestern Bloch gibt es keine Grabsteine, sie wurden wohl verschleppt und in Theresienstadt ermordet.

Gegensätzlich war das Verhalten der Mitbürger bei einem gleichen Anlaß in Jever. Dort starb während meiner Amtszeit der alte Herr Joseph David Josephs, der hundert Jahre alt geworden war. In Jever gebürtig, verbrachte er sein ganzes Leben dort. Er war also ein Stück Geschichte. Bei einem Besuche erzählte er mir, er habe zwar Hirsch nicht gekannt, aber habe als Kind gewußt, daß Hirsch sein Landesrabbiner war. Josephs war in der Stadt überaus angesehen. Im Jahre 1917 ersuchte Landesrabbiner Mannheimer um die Gewährung des Ehrenkreuzes II. Klasse an Josephs. Die Begründung war, daß Josephs seine Goldene Hochzeit feiere, daß er für viele Jahre Vorsteher der Gemeinde Jever und Mitglied des jüdischen Landesgemeinderats sowie Mitglied des Stadtrates und langjähriger stellvertretender Stadtratsvorsitzender gewesen sei und sich in der Gesamtbevölkerung höchster Beliebtheit erfreue. Dem Ersuchen wurde am 4. Mai 1917 vom Großherzog stattgegeben, und Josephs erhielt sein Ehrenkreuz.[342] Aber dennoch fand man bei seiner Beerdigung keinen einzigen Christen. Hier fehlte der Mut.

Vechta war katholisch und stand unter der geistlichen Führung des sehr angesehenen und mutigen Bischofs von Galen in Münster. Dennoch zeigt das Beispiel des Pastors Bultmann, daß es dort auch mutige Protestanten gab, denen es mit ihren Christenpflichten ernst war. Vielleicht kann man daher von einem Geiste der Ökumene sprechen. Die Katholiken stärkten durch ihr Verhalten den Geist des wahren Christentums in ihren protestantischen Brüdern, und aus diesem Geiste erfloß die Liebe zum Juden, der Bruder und Schwester, Mitbürger und Helfer gewesen war, wie es das Judentum befiehlt und wie es Hirsch seiner Landesgemeinde nahegelegt hatte. Im Norden des Landes fehlte es an der Führung.

Pastor Bultmann konnte noch von Verkaufsstunden sprechen, während denen den Juden der Besuch des Stoppelmarktes erlaubt war. Auch das hörte bald auf. In den Landgemeinden konnten die Viehhändler nur in frühen Morgenstunden oder in später Nacht

341) Leo Trepp, a. a. O., S. 36—37.
342) O.S.A., Best. 134, 799.

mit Christen, die ihnen treu geblieben waren, Handel treiben. Alles mußte heimlich gehen. Auf diese Weise war ein Lebensunterhalt für die Juden kaum noch möglich. Sie zehrten ihre letzten Ersparnisse auf, obgleich sie wußten, daß sie diese für eine Auswanderung nötigst brauchten. Die Last der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen wurde immer schwerer. Jeden Monat kam daher von Hamburg die Wohlfahrtsbeamtin, Fräulein Arnheim. Sie besuchte die Juden in ihrer Not und besprach dann die Fälle mit dem Landesrabbiner, der ebenfalls in der Zwischenzeit die Hilfsbedürftigen im Lande aufgesucht und die Bearbeitung der Fälle vorbereitet hatte und später verfolgte.

Um die notwendigen Hilfsmittel zu beschaffen, mußten nun die jüdischen Stiftungen herangezogen werden, gleich, welchem Zwecke sie ursprünglich gedient hatten. Vor allem stand der Orden B'nai B'rith den Juden mit Rat, Tat, durch Erziehung und Unterstützung zur Seite. Um diese Hilfe zu vereiteln, wurde B'nai B'rith als staatsfeindliche, internationale Organisation aufgelöst, sein Besitztum beschlagnahmt und seine Mitglieder in große Angst versetzt. Allein ihre Mitgliedschaft, die seit Jahrzehnten bestanden haben mochte, sollte als verbrecherischer Akt von den Nationalsozialisten geahndet werden. Oldenburg hatte keine örtliche Loge und war Bremen angeschlossen. Die Oldenburger Mitglieder lebten in Furcht. Am 2. Juni 1938 erließ der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine Verfügung, „betrifft: Jüdische Stiftungen, Vereine, usw.". Der Name, Zweck, Vorstand, vor allem das Vermögen, waren genau festzustellen und mitzuteilen, gegebenenfalls war Fehlanzeige zu erstatten. Der Erlaß, der von Herrn Kunisch gezeichnet worden war, wurde als vertraulich erklärt.

„... IV. Ich bitte um möglichst umgehende Erledigung. Die zur Aufstellung dieses Verzeichnisses erforderlichen Vorarbeiten bitte ich vertraulich *zu führen und von allen unmittelbaren Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Verein- und Stiftungsvorständen vorerst abzusehen.*

V. Ich lege Wert darauf, daß der Geschäftsführung dieser Stiftungen besondere Aufmerksamkeit zugewandt und jeder Versuch einer böswilligen Verminderung oder Verschleuderung des Stiftungs-(Vereins-)Kapitals nach Möglichkeit unterbunden wird. Dieser Erlaß wird nicht *im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht."* [343]

„Böswillig" war die Verwendung des Kapitals für jüdische Notlagen.

Die Landesgemeinde Oldenburg besaß nun eine „Lina Schwabe'sche Waisenstiftung", die allerdings durch Gesetz vom 7. Mai 1916 der Verwaltung des Landesgemeinderats unterstellt war.[344] Die Synagogengemeinden Oldenburg, Delmenhorst, Rüstringen usw. unterhielten „Gemilus-Chesed"-Vereine (Vereine für Taten der Barmherzigkeit, ein technischer Ausdruck für Betreuung der Toten). Zweck des Oldenburger Vereins war, Hilfsbedürftigen unter den Juden Unterstützung und Hilfe zu gewähren und daneben vor allem die religiösen Obliegenheiten bei Sterbenden und Begräbnissen zu erfüllen.[345]

343) O.S.A., Best. 134, 787.
344) Mannheimer, a. a. O., S. 55—56.
345) Mannheimer, a. a. O., S. 60—63.

Hilfsmittel hatte man nun keine mehr, die anderen Pflichten jedoch, wie das Einkleiden der Toten und ihre Beerdigung, wurden treu erfüllt. Das Amt Oldenburg übermittelte eine Fehlanzeige, da die Waisenstiftung nicht separat beim Amtsgericht eingetragen war und der Gemilus-Chesed-Verein keine öffentliche Rechtsstellung besaß.

Der Erlaß macht jedoch klar, daß die Enteigung des Vermögens vorgesehen war. Wie sie dann stattfand, werden wir sehen.

Die Geheimhaltung dieser Verordnungen hatte einen doppelten Grund: man wollte die Juden überraschen und sie bis zum Augenblick des Zugriffs in Sicherheit wiegen. Das gelang aber nur zum Teil, denn man hatte ja schon länger das Schlimmste zu erwarten. Der zweiten Absicht wurden diese Geheimverordnungen besser gerecht: man wollte für die Juden das Gefühl absoluter Unsicherheit schaffen, und das gelang.

Die Schwierigkeiten in einer Berichterstattung über diese Zeit liegen darin, daß der Gesamteffekt gar nicht zu schildern ist. Ein Jude wußte niemals, ob seine, selbst unschuldigste Handlung nicht schon durch Geheimgesetz strafbar war; er wußte nicht, was der Morgen bringen würde, er wußte nicht einmal, ob ihn während der Nacht die Gestapo nicht vielleicht abholen würde. Jedes Wort mußte gewogen werden, selbst Gedanken unterdrückt werden, damit sie nicht doch vielleicht zum Durchbruch kämen. Auf der Straße war jeder Gruß an den Christen versagt, nicht nur, weil sich der frühere Freund gewandelt haben konnte, sondern gerade, weil man den wirklichen Freund nicht durch einen Gruß in Schwierigkeiten bringen mochte. Höchstens gab es einmal ein geflüstertes Wort bei schnellem Weiterschreiten. Der Jude in der Eisenbahn wußte nicht, ob ein anderer Fahrgast nicht an seiner Gegenwart Anstoß nehmen und ihn hinaussetzen würde. Nur die mutigsten Ärzte und Zahnärzte behandelten noch Juden. Die Gesangsstunden, die man mir in Oldenburg noch anfänglich gab, mußten aufgegeben werden, die Lehrerin hatte Angst. Das Haus Moltkestraße 6 wurde von zwei Juden bewohnt. Als einer auszog, mußten der Landesrabbiner und seine Familie ebenfalls ausziehen, der arische Eigentümer konnte ja nicht an einen anderen Juden vermieten, auch konnte kein Arier in ein Haus ziehen, in dem Juden wohnten. Das Haus Achternstraße 56 gehörte Herrn Berg, einem Juden. Die Familie wanderte aus, ohne es zu verkaufen. Daher war es als Rabbinerwohnung geeignet und sollte auch späterhin eine Rolle in der Entwicklung spielen. In dieser Situation des Druckes fanden sich vor allem die arischen Frauen jüdischer Männer gefangen, mochten sie nun übergetreten sein oder nicht. Die Nationalsozialisten hielten sich ja nur an die Rasse, nicht an die Religion. Diese Frauen mußten nun das Schicksal ihrer Männer teilen und standen gleichzeitig unter besonderem Druck, sich scheiden zu lassen. Zu ihrem großen Ruhme muß es gesagt sein, daß sie sich dem Terror widersetzten und ihren Männern treu blieben. Dadurch retteten sie diesen das Leben, denn die Juden, die mit Ariern verheiratet waren, wurden nur gequält, aber nicht in die Vernichtungslager deportiert. Ich erinnere mich der treuen nichtjüdischen Frau eines Mannes de Levy in Westerstede; er war Viehhändler, sie war geprüfte Apothekerin, hatte also einen Beruf, der für die Nationalsozialisten sehr wichtig und nötig war. Sie sprach zu mir vom Druck — im Zusammenhang mit den Auswanderungsplänen der Familie. Die Familie de Levy ging nach Argentinien, wo sie sich nach schweren Anfängen ein neues Leben erbaute. Frau Julius de Beer, die schon seit

Jahrzehnten durch Übertritt zum Judentum gehörte, hatte keinen Augenblick des Zweifels; sie war Jüdin und trug als Jüdin das jüdische Schicksal mit Stolz — wie sie mir nach dem Krieg erklärte.[346] Die Beispiele könnten vermehrt werden, Ausnahmen waren selten.

Das Schicksal derer, die zum Teil langjährige nichtjüdische Freundinnen hatten oder zur Zeit der Rassengesetze eine Ehe planten oder einfach einmal „wild" wurden, war anders. Sie wurden der „Rassenschande" schuldig.

In Oldenburg gab es mehrere Fälle. Eine Gruppe junger Menschen, darunter ein jüdischer Mann und seine Schwester, ließen sich in einer Nacht wild aus; man würde die Gruppe heute Gammler nennen. Die Leute wurden in Haft genommen. Die Arier kamen mit einer formellen Bestrafung davon, der Jude wurde zu Zuchthaus verurteilt, seine Schwester zu Sterilisation und dann zu Frauengefängnis. Der Landesrabbiner sah beide, das Mädchen im Peter Friedrich Ludwigs Hospital nach ihrer Operation, den Mann im Zuchthaus zu Vechta. Dort bat er den Landesrabbiner um Hilfe: das Gericht habe ihn zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt unter Anrechnung von mehreren Monaten der Untersuchungshaft. In Vechta habe er erfahren, daß die Untersuchungshaft nicht angerechnet würde. Könne man ihm helfen? Ohne ihm den Grund zu geben, mußte die Hilfe verweigert werden, und er war darüber verständlicherweise sehr erzürnt. Was er jedoch nicht wußte, war, daß am Ende seiner Haftzeit die Gestapo ihn in Empfang nehmen und daß er die Freiheit niemals wiedersehen würde. Im Gefängnis hatte er wenigstens ein geordnetes Gefangenenleben unter dem Gesetz; nach der „Entlassung", im Konzentrationslager, konnte er nur den baldigen Tod durch Qual und Zermürbung erwarten. Ein paar Monate waren ihm daher geschenkt.

Der Fall des Herrn Bruno Wallheimer schuf Aufsehen. Sohn einer alten Familie, die großes Ansehen genoß, Inhaber eines geschätzten Geschäftes, hatte er eine langjährige christliche Freundin, die er jedoch nicht geheiratet hatte. Der Rassenschande angeklagt, wurde er verhaftet. In langer Untersuchungshaft verlor er nie den Mut. Der Landesrabbiner sah ihn im Gefängnis und kam zu der Hauptverhandlung, um bezeugen zu wollen, daß er diesen Mann gewiß nicht als Verbrecher ansah. Seine Freundin stand ihm als Zeugin voll zur Seite; er wurde freigesprochen. Dabei stand vor dem Gerichtsgebäude das Auto, das ihn beim Freispruch schnellstens über die Grenze bringen sollte, bevor die Gestapo Hand an ihn legen konnte. Dem Landesrabbiner wurde von den Verteidigern geraten, bei der Urteilsverkündigung nicht mehr im Gerichtssaale zu sein, da Krawalle der Nationalsozialisten im Falle des Freispruchs zu befürchten seien. Es

346) Die Familie de Beer hatte eine interessante Geschichte. Wahrscheinlich stammte sie aus Portugal und ließ sich dann zur Zeit der Vertreibung der Juden aus Portugal in Amsterdam nieder. 1740, zur Zeit einer Wirtschaftskrise, wanderte die Familie nach Wiegoldsbuhr bei Aurich aus, 1752 wurde sie Schutzjudenfamilie in Emden. 1780 heiratete Samuel Wiegoldsbuhr eine übergetretene Christin, daher sollen die sehr großen, blonden Nachkommen zu erklären sein. 1848 änderten sie ihren Namen von Wiegoldsbuhr zu de Beer. Die Familie war reich, Viehhälter und Landbesitzer. Diese legten Wert darauf, nicht Viehhändler genannt zu werden. Man nannte sie Kozin, Reiche. Die Männer waren groß und stattlich, die Frauen blond, und alle waren treue Juden.

kam zu keinen Krawallen. Wallheimer heiratete die Freundin in Holland, und sie überlebte ihn und war 1971 noch am Leben. Er selbst wurde in Holland von den Nationalsozialisten gefangen und 1942 im KZ Mauthausen ermordet.[347]

Einen armen Mann, namens Marx, bei dessen Hauptverhandlung der Landesrabbiner ebenfalls zugegen war, ging es nicht so gut. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und dann, gleich den anderen Juden, umgebracht.

Franz Reyersbach gehörte zu einer der angesehensten Oldenburger Familien. Er selbst gehörte zur geistigen Elite des Oldenburger Bürgertums. Freisinnig und selbstbewußt, nahm er sich niemals ein Blatt vor den Mund, selbst nicht im Dritten Reich. Dies wurde ihm zum Verhängnis. Er wurde verhaftet, und ich sah ihn mehrere Male im Gefängnis Eines Tages sah ich ihn dann auf der Straße, auf dem Weg zum Bahnhof. Als ich ihn freudig als freien Mann begrüßen wollte, bemerkte ich den Gestapo-Mann an seiner Seite. Er war mit ihm auf dem Weg zum Bahnhof und zur Fahrt ins Konzentrationslager. Doch ließ er mich einen Abschiedswunsch sprechen. Am 14. 12. 1936 wurde Reyersbachs Tod im Konzentrationslager Oranienburg der Familie bestätigt.[348] Die Familie Reyersbach war aus der Judengemeinde ausgetreten. Er selbst sah in der Menschenvernunft die Richtschnur des Lebens. Wäre er nicht Jude gewesen, so hätte man ihn möglicherweise auch seines mutigen Wortes wegen eingesperrt, er wäre vielleicht aber doch am Leben geblieben. Im Gefängnis, wie zur Stunde, da er ohne Mantel und mit einem Päckchen, so schmal, daß bestimmt nicht mehr drin sein konnte als ein Stück Seife und eine Zahnbürste, zum Bahnhof ging, machte er den Eindruck eines innerlich verbrauchten Menschen. Die Tragik des Geschehens lag darin, daß er als Jude starb, ohne sich erlaubt zu haben, aus den Quellen jüdischen Seins und jüdischer Lehre die Kraft und den Stolz zum Martyrium zu schöpfen.

Der erste der ins Konzentrationslager Verbrachten, Ivan Lazarus, kam zurück, sprach niemals von dem Erlebnis, solange er in Deutschland lebte, er war „erzogen worden". Zum Ende, 1938, gingen alle Männer dahin, wovon noch zu reden sein wird.[349]

Das Dilemma des Landesrabbiners bestand darin, daß er mit einer Hand erbauen und erhalten mußte und mit der anderen niederreißen. Mit vieler Mühe wurde eine jüdische Schule geschaffen, dann kamen 1938 die Kindertransporte nach England. Da man der Zukunft nicht sicher war und zumindest die Kinder retten wollte, so versuchte man, jüdische Kinder nach England zu bringen, und erhielt die Visa. Die Reichsvertretung sammelte die Kinder, die dann in Sonderzügen fortgesandt wurden. Der Landesrabbiner hatte die Aufgabe, die Eltern zu überzeugen, daß dieser Schritt der beste war. Die Augenblicke der Trennung waren herzzerreißend, denn die Eltern wußten wohl, daß sie ihre Kinder wahrscheinlich nie im Leben wiedersehen würden. Und dennoch mußten die Zögernden überredet werden. Manche konnten es nicht übers Herz bringen. Die Kinder des Synagogendieners Hesse kamen mit ihren Eltern um.

---

347) Schieckel, a. a. O., S. 569, und Fußnote.
348) Schieckel, a. a. O., S. 527, und Fußnote.
349) Trepp, a. a. O., S. 34—35.

Die Familie war immer so arm gewesen; ihre zwei Kinder waren ihr Reichtum, ihr Leben, sie konnten sich nicht trennen. Anderen ging es ebenso. Mit der Entsendung der Kinder wurde aber auch die Schule immer kleiner. Man konnte voraussehen, daß schließlich für die verbleibenden Kinder kein Unterricht mehr möglich sein würde. Man mußte erhalten, um die Zerstörung zu mildern, niederreißen, um Leben zu erhalten.
Im Jahre 1936 wurden die Lampen in der Synagoge Oldenburg ersetzt. Es war notwendig geworden, denn die alten Lampen waren nutzlos. Zum Innenanstrich des Gotteshauses reichten die Mittel nicht, weiße Leinenstreifen verbargen die abbröckelnde Farbe. Zur gleichen Zeit wurde auch ein neuer Ofen beschafft. Hatte man bisher Gottesdienste während des Winters im Gemeindehaus halten können, so war das jetzt nicht mehr möglich, da Schule und Veranstaltungen die Kapazität des Hauses voll in Anspruch nahmen. In früherer Zeit konnten die Juden zu Sonderveranstaltungen einen Saal in der Stadt mieten, das war nun unmöglich. In den folgenden Jahren mußte sogar ein Raum von der Amtswohnung des Lehrers abgetrennt werden, um darin Schulklassen unterzubringen. So brachte gerade die Notlage neue Auslagen, denen die Gemeinde nicht gewachsen war.
Dazu kam nun ein neuer Druck.
Am 5. Januar 1938 wurde der Gemeinde vom Amtsgericht, Abteilung IV, der folgende Beschluß übermittelt:

„Auf Antrag der Landessparkasse zu Oldenburg i. O., Gläubigerin gegen die Synagogengmeinde Oldenburg i. O., Schuldner wird wegen des der Gläubigerin zustehenden Anspruchs im Betrage von 3.683 RM 83 Pf. Hauptgeld (Darlehn)

94,73 RM Zinsen
80,27 RM Tilgung
1,80 RM Kosten

auf Grund des vollstreckbaren Antrages der Gläubigerin vom 27. Dezember 1937 die Zwangsversteigerung des in Oldenburg, Peterstraße, belegenen, im Grundbuche der Stadtgemeinde Oldenburg Art Nr. 485 auf den Namen Juden-Gemeinde hierselbst (Synagogengemeinde) eingetragenen Grundstücks angeordnet.
Dieser Beschluß gilt zugunsten der Gläubigerin als Beschlagnahme des Grundstücks.
gez. Wiegreffe, — ausgefertigt ... Justizinspektor"

Daneben, am Rande (hinter „Stadtgemeinde Oldenburg"):
„als Aufsichtsbehörde" — ob sich das auf die Stadtgemeinde Oldenburg bezieht, ist nicht klar; falls das der Fall ist, so bedeutet das, daß die Stadt im Sinne der Überwachung jüdischen Besitzes ein Auge auf die Synagoge hatte.
Gleichzeitig wurde der Beschluß dem Ministerium der Kirchen und Schulen am 14. Januar 1938 unterbreitet — als Aufsichtsbehörde.

Dabei steht der Vermerk:

1. *Herrn St.M. Pauly vorl.: Es handelt sich m.W. um die Synagoge*
2. *Herrn Dr. Chr. 14. 1. 36. (sic!)*

Darunter die Unterschriften:

14. 1. Pauly Dr. Christians (Unterschrift nicht klar) [350]

Der gesamte Betrag war minimal; es war der Rest der Hypothek, die zur Zeit des Baues von Synagoge und Schule aufgenommen worden war, zuzüglich der jetzt fällig gewordenen Zinsen von 5 %.

Da nun diese Gebäude sowohl dem Gottesdienst wie als Schule dienten, so hatte man den Plan, die Juden geistig und geistlich abzuwürgen. Möglicherweise waren die Zinszahlungen am Ende des Jahres fällig, doch wartete die Landessparkasse gar nicht und reichte ihren Eintrag am 27. Dezember ein, in der Erwartung, daß die Gemeinde während der Ferienzeit eine Anleihe vom Preußischen Landesverband nicht werde erhalten können und daß selbst im Falle einer solchen Anleihe die Übertragung vor Ende des Jahres nicht gutgeschrieben werden könne. Durch diese Verfehlung würden dann Hauptschuld wie Zinsen sofort fällig. Ohne abzuwarten, ob nun diese Gesamtschuld auch nun vielleicht bezahlt würde, ließ die Landessparkasse durch ihren Antrag den Grundbesitz mit dem Glockenschlag des 1. Januar 1938 zwangsversteigerungsreif werden. Das Gericht seinerseits handelte mit ganz besonderer Eile in dem Erlaß des Vollstreckungsurteils. Der Gesamtplan und die Mitarbeit der Behörden war so raffiniert ausgearbeitet und verlief so reibungslos, daß man zur Annahme berechtigt ist, er sei von Regierung und Partei ausgearbeitet und der Landessparkasse aufgezwungen worden. Außerdem schritt die Landessparkasse nie zur Vollstreckung des Urteils. So sind auch die Unterschriften des Ministeriums zu verstehen: man nahm Kenntnis von dem Vollzug der Aktion.

Der Jüdische Gemeinderat entschloß sich, der Gemeinde von dieser Entwicklung keine Mitteilung zu machen, was die Not nur nutzlos vertieft hätte. Das Wasser stand bis zum Hals; es war genug, daß es die Führer wußten. Ob der Regierung die Enteignungsdrohung genügte oder ob die Landessparkasse aus Mitleid die ihr aufgezwungene Tat weiter und weiter verschob, ist schwer zu sagen, doch erscheint mir aus der Erinnerung, daß es die Landessparkasse war, die die Synagogengemeinde im stillen wissen ließ, man hätte auf Druck und unter Befehl handeln müssen, werde aber versuchen, das Unheil so weit wie möglich hinauszuschieben.

Im Laufe des Jahres wurde die Synagoge in Wildeshausen verkauft; die Gemeinde war am Erlöschen, und die Gelder konnten im Hilfswerk und in der Förderung der Auswanderung der Juden von Wildeshausen benutzt werden. In einem letzten Gottesdienst des Landesrabbiners nahmen die Gemeindemitglieder Abschied von der Synagoge, die Hirsch als besonders würdig beschrieben hatte und die ein historisches Monument geworden war.

Die anderen Synagogen, bis auf Vechta, wurden in der Kristallnacht zerstört.

---

350) O.S.A., Best. 784, 800.



Abb. 23:
Eingang der verbrannten Synagoge, Schmucktafel links oben, s. S. 339

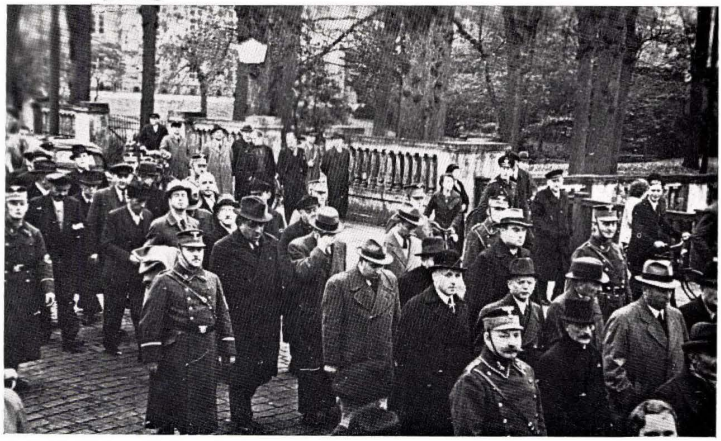




Abb. 24:
Abtransport der jüdischen Männer, s. S. 340



Abb. 25: Schmucktafel über dem Eingang der ehemaligen Synagoge, jetzt im Oldenburger Stadtmuseum, s. Abb. 23 und S. 370



Abb. 26: Gedenkstein am Platz der zerstörten Synagoge, s. S. 370

Die Lage wurde immer drückender. An vielen Plätzen in jeder Stadt war der „Stürmer" ausgehängt, Streichers Haßorgan mit teuflischen Karrikaturen von Juden. Die Kinder in der Schule waren verhetzt, die Eltern durch Pomp der Paraden und Versprechungen künftiger deutscher Machtherrschaft mitgerissen. Hitler hatte eine satanische Verführungskraft und den Instinkt für Massenpsychologie. Er zog das Volk an sich und verband damit immer schrillere Judenhetze.

Ich selbst wußte nicht, was tun. Selbsterhaltungstrieb riet zur Auswanderung, Pflicht zum Verharren. Ich besorgte mir ein Einwanderungsformular vom amerikanischen Konsulat und ließ es unausgefüllt im Schreibtisch liegen.

Zur damaligen Zeit hatten sowohl meine Frau wie ich noch je einen Paß aus früherer Zeit, der ohne das „J" war, welches den Pässen der Juden aufgestempelt war und sie nur zur Auswanderung berechtigte. Wir hatten im Frühjahr 1938 geheiratet. Zuvor hatte meine Frau als Kindergärtnerin in einem jüdischen Kinderheim in der Schweiz gearbeitet und wußte, daß der Chief Rabbi von England, Dr. Hermann Hertz, jedes Jahr nach St. Moritz auf Ferien kam. Wir beschlossen, die Fahrt zu wagen, kauften eine siebentägige Ferienkarte für die Schweiz, die uns erlaubte, die Nächte in den Zügen zu verbringen, denn Geld durfte man nicht mitnehmen. Mit einem Rucksack voll Brötchen fuhren wir in die Schweiz, in der Hoffnung, den Chief Rabbi zu treffen. Hätte er geraten, nicht nach Deutschland zurückzukehren, so wären wir ohne Mittel und ohne eine zweite Garnitur von Kleidern geblieben. Wir hatten nur, zur Vorsicht, eine Kamera mitgenommen, die wir eventuell zur Beschaffung des Nötigsten verkaufen wollten. Wir trafen den Chief Rabbi. „Sie sind der Kapitän des Schiffes", sagte er, „und müssen der letzte sein, der das Schiff verläßt." Sein Rat beantwortete jede Zweifelsfrage; nach einer Woche waren wir wieder in Oldenburg.

Inzwischen hatte Hitler die „Ostmark", Österreich, eingegliedert. Nun war er daran, die Tschechoslowakei einzuverleiben. Dabei kam es beinahe zum Krieg. Schließlich gingen Frankreich und England nach München, wo ein von Mussolini ausgearbeiteter „Vergleich" unterschrieben wurde: Hitler erhielt das Sudetenland. In Bad Godesberg schloß er einen Vertrag mit dem englischen Ministerpräsidenten Chamberlain, der freudig nach Hause flog und dort erklärte, „wir haben Frieden auf Lebenszeit", worauf Churchill bemerkte: „England und seine Verbündeten hatten die Wahl zwischen Krieg und Ehrlosigkeit; sie wählten die Ehrlosigkeit und werden den Krieg dennoch haben."

Für die Juden in Deutschland war dies eine Zeit größten Bangens. Mit jeder Errungenschaft, die ihm in die Hände fiel, wurde Hitler wilder und maßloser. Im Falle eines Krieges hätte er wohl die Juden inhaftiert und ermordet. Diese Furcht war, wie die Zukunft zeigte, berechtigt. „München" gab den Juden noch etwas Zeit zur Auswanderung. Anfang November beging Hitler dann eine andere verruchte Tat. Die Polen hatten erklärt, daß diejenigen ihrer Bürger, die nicht im Lande wohnten, ihres Bürgerrechtes verlustig gehen würden. So ließ nun Hitler in einer kalten Novembernacht alle polnischen Juden verhaften, auf Züge laden und sie an die polnische Grenze transportieren, wo sie dann auf offenem Felde einfach abgesetzt wurden.

Auch in Oldenburg gab es polnische Juden, die von dem Verfahren erfaßt wurden. Man konnte ihnen ein paar Decken und Lebensmittel an den Bahnhof bringen, mehr war nicht möglich. Nachdem aber die Polen die in Deutschland geborenen Kinder der Juden nicht als Bürger anerkannten, blieben die Kinder zurück. Die Familien wurden auseinandergerissen. Wir konnten den Eltern nur versprechen, ihre Kinder gut zu betreuen und sagten ihnen außerdem, daß sie jederzeit auf unsere Kosten anrufen könnten und sollten, um mit ihrer Familie noch ein bißchen in Verbindung zu sein. Von da an war das Telefon im Rabbinat Tag und Nacht bemannt. Ein Gespräch aus Polen konnte am frühen Morgen angemeldet und erst in später Nacht verbunden werden.

Unter den Juden, die aus Deutschland deportiert wurden, befanden sich auch die Eltern eines jungen Studenten, Herschl Grynszpan in Paris. In seiner verzweifelten Entrüstung drang Grynszpan in die deutsche Botschaft in Paris ein und erschoß Ernst vom Rath, einen Attaché der Botschaft. Das gab Hitler nun den „Grund" für die längst vorbereitete Aktion gegen die Juden. Sie mußte schon lange vorbereitet worden sein, sonst wäre sie nicht so reibungslos verlaufen. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden alle Synagogen verbrannt, die Männer verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. Außerdem wurde den Juden eine „Strafe" von einer Milliarde RM auferlegt. Von nun an mußte außerdem jeder Jude den Namen Israel führen, jede Jüdin den Namen Sarah, die mit dem gegebenen Namen zu verbinden waren. Nur eines war noch möglich, die Auswanderung, und ein Jude, der sein Auswanderungsvisum zeigen konnte, wurde aus dem Konzentrationslager entlassen, falls er innerhalb von zwei Wochen Deutschland verlassen konnte.

In Oldenburg fing der 9. November mit der Anmeldung eines Gespräches aus Polen an, worauf dann dauernd jemand beim Telefon saß. Während des Nachmittags ging ich zum Gemeindehaus, um einen Lichtbildervortrag über die Schweiz vorzubereiten. In der späten Abendstunde klingelte das Telefon, doch war am anderen Ende keine Antwort, nur schweres Atmen. Eine Anfrage beim Telefonamt, ob eine Gesprächsverbindung gesucht werde, ergab, daß kein Gespräch da sei. Kurz darauf klingelte es wieder. Dieses Mal war der Rechtsanwalt Löwenstein am Telefon: „Die Synagoge ist in Flammen." In der Annahme, daß es ein Unglücksfall sei, sagte ich: „Ich gehe sofort hin, um wenigstens die Torahrollen zu retten." „Sie dürfen nicht gehen", sagte er, „sonst beschuldigt man Sie, den Brand gelegt zu haben." Nun glaubten wir sicher, daß der vorige Anruf vom Lehrer Freund kam, der in der Amtswohnung im Gemeindehaus wohnte, das auch in Flammen stand. Wir nahmen an, daß er eben vor Aufregung nicht reden konnte. (Heute nehme ich an, daß der Anruf von der S.S. kam, um sicher zu sein, daß ich zu Hause sei.)

Nach kurzer Zeit schellte die Hausglocke. „Dies ist Herr Freund." Meine Frau im Morgenrock lief schnell an die Tür, um ihn hereinzulassen. An der Tür standen die SS-Männer und sagten: „Sie brauchen sich gar nicht anzuziehen, es ist alles vorüber!" Sie gaben uns ein paar Minuten zum Anziehen und nutzten diese Zeit, nach Möglichkeit zu stehlen, einschließlich eines Betrages über 1000,— RM, den ich in bar aufbewahrte, da man nicht wußte, ob die Bank noch an Juden Zahlungen machen würde. Dann mußten wir alle zur Kaserne auf dem Pferdemarkt laufen, die SS-Männer fuhren

langsam im Auto mit gezogenen Revolvern nach. Besondere Treue zeigte die katholische Hausgehilfin, Selma Jung (später Gress und seit 1971 Witwe Gress), die von Kattowitz mitgekommen war, die Kinder von Geburt auf betreut hatte und nun unbedingt mit ihrer Familie in Haft genommen werden wollte.

In der Kaserne fanden wir nun die ganze Gemeinde, die Alten und Jungen, und die Kinder auf den Armen ihrer Mütter. Während der Nacht wurden die Juden von den Landgemeinden eingeliefert. Wir wußten nun, daß es eine organisierte Aktion war. Am frühen Morgen wurden die Frauen und Kinder entlassen; es wurde ihnen versprochen, sie könnten die Männer während des Tages sprechen — ein Versprechen, das nicht gehalten wurde. Von der SA flankiert, wurden wir nun durch die Stadt geführt, an der ausgebrannten Synagoge vorbei ins Gefängnis. Dort wurden wir alle „untersucht" und bis auf ein paar ganz alte Männer für gesund erklärt. Das Trauma plötzlicher Einzelhaft bleibt der Seele eingebrannt. Allerdings füllten sich dann die Zellen, da es deren nicht genug gab. Am nächsten Morgen, in aller Frühe, wurden wir dann zum Zug gebracht, und am Abend waren wir in Sachsenhausen. Auf dem freien Felde wurden wir vom Zug heruntergetrieben und dann zeitweilig zum Rennen gehetzt, dann wieder angehalten. Wir hakten uns ein. Das war mein Glück, denn ich fiel über einen Markstein und wäre liegengeblieben, hätte mein Nebenmann, der Lehrer Katzenberg, mich nicht hochgerissen. Im Lager mußten wir uns in Reih und Glied aufstellen und so für 24 Stunden stehenbleiben. Mein beim Fall verrenkter Knöchel schwoll an — noch heute fühle ich von Zeit zu Zeit die Folgen dieses Falles im linken Knöchel. Während der Nacht brach ein älterer Mann zusammen und lag zuckend auf der Erde. „Holt einen Doktor von den Juden", rief der SS-Mann. Ein gefangener Arzt trat aus der Gruppe: „Der Mann hat einen schweren Herzanfall, muß sofort ins Krankenhaus." „Krankenhaus?" lachte der Sturmtruppler und gab dem zuckenden Körper einen heftigen Fußtritt, „der ist tot — weg mit ihm!" Eine Karre kam und nahm den lebenden Toten weg. Am Morgen wurden wir befragt. „Was bist du denn?" Als ich sagte, „Rabbiner", gab's Ohrfeigen rechts und links. Dann wurden wir nackt untersucht, oder beschaut, um uns zu beschämen, mußten die Karte für die Registratur ausfüllen, die zwei Vermerke hatte: „Entlassen am . . .; Gestorben am . . ." Wir bekamen dann unsere Kleidung, einen dünnen Pyjama, die Haare wurden abgeschnitten, und wir kamen in die Baracken. Es ist nicht nötig, von der Arbeit, dem Schleppen von Sandsäcken, zu erzählen, noch von den „Scherzen" der SS-Männer, vor denen uns die älteren Gefangenen warnten; u. a. rief einer der Wachtposten einen auf dem Felde arbeitenden Mann zu sich, wobei er über die unmarkierte Grenze des Lagers hinausging. Der Mann, der dann folgte, war auf „Flucht" und wurde dann zum Vergnügen erschossen.

Um 4 Uhr jeden Morgen standen wir auf dem Paradeplatz, in Reih und Glied, die Scheinwerfer ließen ihre Strahlen über die Menge kreisen, die Maschinengewehre auf den Wachttürmen waren auf uns gerichtet. So standen wir, wurden gezählt, daß keiner fehle. Dann, an einem Morgen, sprach der Kommandant: „Ihr habt keinerlei Rechte, denn ihr seid Verbrecher. Meine SS hat das Recht, jeden ohne weiteres zu erschießen, merkt euch das." In dieser Stunde glaubte ich, das Ende sei gekommen — und in diesem Augenblick fühlte ich ganz einzigartig die Gegenwart Gottes. Wäre der Tod in diesem

Augenblick gekommen, ich hätte ihn mit Seelenfrieden angenommen. Und dies ist mir Trost und mag anderen Trost sein, die ihre Lieben im Vernichtungslager verloren haben. Man starb in Stärke, im Gottvertrauen; ich weiß, daß meine Mutter so gestorben ist.

Im Lager hieß es dann, Mut zusprechen. Es gab Menschen, die die dünne Walfischsuppe nicht essen wollten, da sie nicht koscher war. Man mußte sie drängen, ihr Leben zu erhalten. Ein schöner Oldenburger Junge, dem man die Haare nicht abschneiden ließ, war in Gefahr, zum „Spielzeug" einiger SS-Männer zu werden, um dann sicher, nach Ende des Spiels, getötet zu werden. Wir sahen zu, daß ihm in der Baracke schnellstens die Haare abgeschnitten wurden. Mit kahlem Kopf verlor er die Anziehungskraft für die bestialischen Menschen.

Strafen gab es auch, für die einzelnen wie für die Gruppe.

Inzwischen hatte meine Frau dem Chief Rabbi telegrafiert: „Das Schiff ist gesunken." Er sandte das Visum zur Einwanderung in England. Nach 18 Tagen wurde ich entlassen. Zum Abschied wurden wir ermahnt: „Es ist euch hier gut ergangen, eure Behandlung in der Schutzhaft war sehr menschlich. Wagt niemals, etwas anderes zu sagen, sonst kommt ihr zurück. Selbst wenn ihr aus Deutschland weg seid, sagt nie eine Lüge über schlechte Behandlung. Der Führer erreicht euch, ob ihr in England oder in Amerika seid. Habt ihr irgend eine Klage? Jetzt habt ihr die Möglichkeit, sie vorzubringen." Keiner hatte eine Klage, und wir unterzeichneten eine Erklärung, daß wir sehr gut behandelt worden seien.

Auf der Fahrt nach Berlin befahl ein Mann im Zug, daß wir vom Sitz aufständen, Sitze seien für Deutsche. Auf der Fahrt nach Oldenburg fanden Herr Hirschberg und ich, die wir gleichzeitig entlassen wurden, ein leeres Abteil. Dennoch behielten wir unsere Hüte auf dem Kopf: Wir hatten zwar unsere Kleider wieder, aber unsere kahlen Köpfe hätten uns verraten.

Nach der Rückkehr versteckte ich mich in der Speisekammer, wenn immer die Schelle klingelte.

Innerhalb von 14 Tagen hatte ich Deutschland verlassen. An der Grenze wurden meine Frau und ich nochmals bis aufs kleinste untersucht. Die Hoffnung der Grenzleute, daß der Zug ohne uns abfahren würde, wurde vereitelt. Holländer halfen uns, unsere paar Sachen, die überall in der Halle zerstreut herumlagen, in den Zug zu werfen.

Ein schweres Ende führte uns zu einem, wenn auch schweren, Anfang. Andere waren nicht so glücklich, für sie gab es nur das Ende.

Ohne Synagoge und völlig verarmt, ohne Rabbiner, lebte die Landesgemeinde noch ein paar Jahre weiter. Darüber wird zu erzählen sein.

Das Einzelschicksal und das der Gemeinde ist hier berichtet, denn in ihm spiegelt sich das Gesamtschicksal.

Die „Oldenburger Nachrichten" berichteten über die Geschehnisse in einer so gleichgültigen Art, als ob es sich um gar nichts Besonderes handelte. Was den Juden geschah, war eben nichts Besonderes.

Am 8. November berichtete das Blatt: *„Jüdisches Revolverattentat in Paris! Das internationale Judentum hat wieder einmal in den Spiegel geschossen ..."*, d. h. sich selbst zertrümmert.

Am 10. November: *„Deutsche Trauer um einen neuen Märtyrer."*
Weiter finden wir im Blatt einen Bericht von einer Feier Hitlers, ferner: *„Jüdische Unholde Goldstein und Berowitz aus Danzig entflohen. Abscheuliche Vergehen an arischen Mädchen."* Sie schliefen mit ihnen.
Erst am 11. November wurde die „Aktion" erwähnt.
Goebbels, so wurde berichtet, sprach von den spontanen Vergeltungsaktionen, von denen man jetzt absehen solle, denn das Gesetz werde schon das Nötige tun.
Dann, unter „Aus Stadt und Land":

Vergeltungsaktion in Oldenburg
Als Vergeltung für den jüdischen Mord an dem deutschen Diplomaten in Paris gingen in Oldenburg, Jever, Delmenhorst, Brake usw. in der Nacht zum Donnerstag die Judentempel in Flammen auf. Überall wurde von der Feuerlöschpolizei dafür gesorgt, daß die anliegenden Gebäude vor den Flammen geschützt wurden. In Oldenburg war die Synagoge in der Peterstraße gegen 7 Uhr früh völlig ausgebrannt. Eine große Menschenmenge umstand den ganzen Tag über die Brandstätte. Auch an zwei jüdischen Geschäften in der Kurwickstraße wurden Vergeltungsmaßnahmen verübt. Die Geschäfte waren den ganzen Tag über durch Polizeibeamte gesichert."

Die Euphemismen sind typisch für das Dritte Reich: Brandstiftungen wurden zu Vergeltungsmaßnahmen spontaner Art, obgleich die Feuerwehr sofort da war. Einbruch und Raub in die paar armen Geschäfte in der Kurwickstraße wurden ebenfalls als Vergeltungsmaßnahme gebilligt — obgleich die Polizei Wache halten mußte. (Übrigens war das die Stadtpolizei, die Nationalsozialisten konnten sich damit nicht beschmutzen.) Wir werden sehen, daß die Juden nicht im Konzentrationslager, sondern „in Schutzhaft" waren — wohl zu ihrem eigenen Schutz!
Wie sehr man damit rechnete, die Menschen mit Worten zu umgarnen, geht aus einem anderen Bericht in den „Oldenburger Nachrichten" vom 10. November 1938 hervor. Roosevelt war der Gegner, der gefürchtet war. Man hatte in Deutschland nie vergessen, daß der Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg eines der entscheidenden Elemente beim Sieg der Gegner über Deutschland war. Was würde Roosevelt tun? Würde er Amerika in einen Krieg mit Deutschland führen? Im November 1938 waren in Amerika Zwischenwahlen für Gouverneure in verschiedenen Staaten, Repräsentanten im Unterhaus des Kongresses und einer Reihe von Senatoren. Es war kein Jahr der Präsidentenwahl. Die „Oldenburger Zeitung" konnte nun ihre Leser beruhigen, Roosevelt hatte seinen Einfluß verloren — oder, so erschien es dem, der nur die Schlagzeilen las: *„Republikanischer Sieg in der U.S.A. Roosevelt entging kaum einer vernichtenden Niederlage!"* Und dann kamen die Zahlen. Die Demokraten waren die Partei Roosevelts.
Im Senat: 66 Demokraten, 23 Republikaner, 3 Bauernparteimitglieder und Unabhängige.
Im Unterhaus: 328 Demokraten, 90 Republikaner, 17 Unabhängige.
Unter den Gouverneuren der Staaten: 30 Demokraten, 18 Republikaner.
Im Kongreß der Staaten hatte daher Roosevelts Partei eine Mehrheit von über zwei Dritteln, unter den Gouverneuren beinahe die gleiche Mehrheit. Die Rooseveltsche Opposition war machtlos. Eine seltsame „vernichtende Niederlage".

(Die Suggestion, daß die Republikanische Partei Hitlers Treiben weniger verurteilte, war eine Verleumdung der Partei.)
Man mutete dem deutschen Volk zu, eben alles zu glauben. Die Verachtung der Intelligenz, die Menschenverachtung und die Lüge, die mit den Juden angefangen hatte, sollte die Deutschen in ihrer Gesamtheit nun umgarnen. Viele mögen es gesehen haben und sich machtlos gefühlt haben, die Masse jedoch ließ sich gern verführen, solange es ihnen gut ging und sie sich in Sicherheit und Wohlergehen zu wiegen erhoffen konnten. Man glaubte an die Niederlage Roosevelts, und man glaubte an die Verkommenheit und Schuld der Juden. Am 9. November, wenn nicht schon früher, war Deutschland moralisch bankrott.

Und dennoch . . .!

Die „Endlösung der Judenfrage" durch Ermordung aller Juden in Vernichtungslagern wurde 1942 in einer Konferenz am Großen Wannsee beschlossen. Himmler, als Vorsitzender, erließ die Verordnung. Die Juden wurden deportiert, Auswanderung war nicht mehr erlaubt. Zuvor schon waren die Juden in Oldenburg alle in die Kurwickstraße gebracht worden. Das Ostrosche Haus, Kurwickstraße 5, war das Judenhaus. Sie mußten nun den gelben Stern tragen, und seit 1938 mußten sie ihrem Namen entweder Israel oder Sarah zufügen. Am Jom Kippur des nächsten Jahres, dem heiligsten Tag des jüdischen Jahres, mußten sie ihre Radioapparate, Schmuck usw. persönlich abliefern, damit mit der Enteignung die Verachtung ihrer Religion ihnen klar werde. Jeder Halt, selbst der geistliche, sollte ihnen genommen werden.
Durch die Geheimverordnungen vom 8. Mai und 15. September 1939 wurden alle jüdischen Stiftungen aufgelöst.[351] Wie wir sahen, war die Vorarbeit dazu bereits 1938 erfolgt.

„. . . aus der Tatsache allein, daß nach Satzung einer Stiftung die Stiftungsmittel den Bedachten ‚ohne Rücksicht auf die Konfession' zugute kommen sollen, (kann) nicht gefolgert werden, daß auch Juden . . . bedacht werden müssen . . .
Einer von einem Juden errichteten Stiftung, die . . . nur deutschen Volksgenossen zugute kommen soll, ist die Genehmigung zu versagen, ebenso einer zu Gunsten der deutschen und der jüdischen Bevölkerung errichteten Stiftung eines Juden . . .
Sind nach Willen des jüdischen Stifters nur Juden zu bedenken, . . . so kann die Genehmigung grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn . . . die Stiftungserträge zur Förderung der jüdischen Auswanderung oder zur Fürsorge für hilfsbedürftige Juden . . . verwendet werden. In jedem solchen Fall ist meine Weisung einzuholen. Vorhandene Stiftungen von Juden für fördernswerte sachliche Zwecke (z. B. zur Vergebung von Stipendien für eine wissenschaftliche Forschung) können bestehen bleiben, jedoch sind im Wege einer Satzungsänderung der etwaige jüdische Stiftungsname und jegliche jüdische Mitwirkung bei der Verwaltung der Stiftung zu beseitigen . . . Gegen den Fortbestand vorhandener Stiftungen von Juden ausschl. für deutsche Volks-

351) O.S.A., Best. 134, 787.

genossen bestehen keine Bedenken, jedoch ist zu veranlassen, daß im Wege einer Satzungsänderung der etwaige jüdische Stiftungsname beseitigt wird und daß fortan die Verwaltung der Stiftung ausschließlich in den Händen deutscher Volksgenossen liegt ...

Der unveränderte Fortbestand von Stiftungen — einerlei ob von Juden oder deutschen Volksgenossen errichtet — deren Mittel satzungsweise sowohl für deutsche Volksgenossen wie auch für Juden ausgesetzt sind (paritätiche Stiftungen) kann künftighin nicht mehr gutgeheißen werden. Gleichgültig ist dabei, ob die Einbeziehung der Juden ... sich ausdrücklich aus den Satzungsbestimmungen ... ergibt ... Den Vorständen solcher paritätischer Stiftungen ist von stiftungsaufsichtswegen nahezulegen, die Satzungen in der Weise zu ändern, daß aus der Stiftung nur noch deutsche Volksgenossen betreut werden; erforderlichenfalls wäre dies ... zu erzwingen ... Stiftungen deutscher Volksgenossen, die nur Juden zugute kommen, sind aufzulösen ... in Vertretung gez. Pfundtner.“

Obgleich diese Bestimmungen in Oldenburg von keiner praktischen Konsequenz waren, denn Oldenburg erteilte Fehlanzeige, so zeigen diese im Staatsarchiv liegenden Akten dennoch die Tarnung der Maßnahmen. Jüdische Stiftungen, die der Wissenschaft zugute kommen konnten, „durften bestehen bleiben“, nur mußten Name, Vorstand und Begünstigte geändert werden, d. h., sie wurden enteignet. Da nun viele jüdische Stiftungen erklärten, daß auch Nichtjuden berücksichtigt werden könnten, so verfielen sie alle dem Staate. Man maskierte: die Erpressung der Milliarde von den Juden nach dem Tod des Herrn vom Rath war eine „Strafe“; die Ausrottung der Juden war die „Endlösung“. Die Sprache selbst verlor ihren Sinn.

Und dennoch war das Gerechtigkeitsbewußtsein nicht ganz verschwunden. Professor Hämel, der im Dritten Reich mich noch promovieren ließ und sogar noch zwei anderen Rabbinern zur Promotion verhalf, obgleich er seine Überzeugungen durch Mitgliedschaft in der SA zu tarnen müssen glaubte; Heinz Rathert, der seine Karriere aufs Spiel setzte und weder der Partei noch ihren Organisationen beitrat; der Pastor Spitta in Jade und Oldenburg, der im geheimen persönlich den Juden Lebensmittel ins Haus trug. Die eigene Frau durfte davon nichts wissen. Frau Anna Oppermann, Inhaberin eines Lädchens, gab ihm Hilfe. Pastor Spitta wurde eingezogen und fiel im Krieg. Fritz Bultmann, der ins Gefängnis ging, die Bauern in Vechta, die der Stimme ihres Bischofs folgten, sie alle bezeugen, daß Menschentum und Mut nicht erloschen waren. Männer und Frauen, wie die angeführten, und wie Herr Heinrich Meiners in Oldenburg, der um seine jüdische Frau kämpfte und ihr Leben rettete, geben ein Bild der Treue. Frau Frieda Meiners wurde trotzdem 1945 nach Theresienstadt gebracht, kam aber wieder zurück.[352] Andere, die halfen, hüllten ihr Menschentum in edles Schweigen. Nur beiläufig kam z. B. Pastor Höpkens und seiner Eltern Hilfe in Varel zur Kenntnis. Selbst innerhalb der Gestapo gab es noch Menschen, deren Gefühl nicht ganz verrottet war. Einer

352) Schieckel, a. a. O., S. 571, Fußnote.

dieser Männer war während des Ersten Weltkriegs ein Schüler meines Onkels, Abraham Trepp, gewesen. Mein Onkel, Volksschullehrer, wurde in der Marneschlacht schwer verwundet und kriegsunfähig. Eine Zeitlang war er blind, bis 1932 konnte ein Schrapnell nicht entfernt werden, und die Wunde blieb offen. Da seine Fußknöchel durchschossen waren, hatte er zeitlebens große Beschwerden beim Laufen. Sobald er einigermaßen wieder zusammengeflickt war, wurde er in der Volksschule in Quakenbrück eingesetzt, wo der spätere Gestapomann sein Schüler war. Der Gestapomann erkannte den Namen Trepp auf der Liste, und in der Annahme, daß es sich um einen Verwandten seines Lehrers handelte, beschleunigte er meine Entlassung aus dem Konzentrationslager. Dennoch blieb er der rücksichtslose Gestapomann. Auch mein Onkel, trotz seiner Kriegsbeschädigung, wurde mit dem größten Teil seiner Familie nach Theresienstadt gebracht, wo er umkam.

Es gab Deutsche, die Juden jahrelang versteckten. Ihre Namen verdienen der Erwähnung, soweit sie gefunden werden können. Es gab andere, die in vielen anderen Fällen für Juden eintraten. Es gab solche, die sich zumindest tief schuldig fühlten. Die große Masse „wußte jedoch nichts" von der Ausrottung der Juden. Die Zahl der Treuen war klein, und sie selbst waren vereinsamt und standen allein.

1971, während des ökumenischen Pfingsttreffens in Augsburg, wurde die noch stehende, aber innen ganz ausgebrannte. schöne Synagoge zum ersten Mal seit dem 9. November 1938 wieder geöffnet. Die Narben waren da und sichtbar für die über tausend Christen, die sich zum Gottesdienst versammelten. Ein protestantischer Geistlicher sprach im Auftrag seiner Kirche: „Hätten wir uns 1938 um die Juden und ihre Gotteshäuser gesammelt, wie wir es heute hier tun, großes Unheil wäre uns und der Welt erspart geblieben."

Und dennoch ... in der kleinen Zahl derer, die um Gewissen wußten, liegt die Zukunft Deutschlands, falls die Jugend von ihrem Beispiel lernt.

In den Jahren der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden die verbleibenden Juden alle ins Vernichtungslager gesandt. Wie sie bis zum letzten Augenblick um ihren geistigen Bestand kämpften, zeigt die Geschichte der jüdischen Schule.

Sendung und Schicksal der Jüdischen Schule

Mit der Wahl und Bestallung des neuen Landesrabbiners fielen ihm die Ämter des Vorsitzenden des jüdischen Landesausschusses und des jüdichen Landesgemeinderats zu. Während der langen Periode seit dem Tode des Landesrabbiners de Haas hatte jedoch Rechtsanwalt Löwenstein den Vorsitz über den Landesausschuß erhalten, eine Regelung, die ohne formelle Änderung des Gesetzes auch beibehalten wurde. Dadurch konnten nun zwei Personen im Auftrage der Juden handeln, obgleich der Staat demgegenüber Einwendungen hätte erheben können, was er jedoch nicht tat. Da der Vorsitzende des Ausschusses ein Rechtsanwalt war, konnten Rechtsfragen und Probleme ebenfalls sofort berücksichtigt werden. Das war in der sich ständig verändernden Rechtslage der Juden von großer Bedeutung. Die Zusammenarbeit beider Männer verlief reibungslos, die gemeinsame Vorstellung beider beim Ministerium bezüglich der Schule erwies sich als besonders günstig. Man konnte ja nur höchstens mit ein paar mündlichen Besprechungen

rechnen, durfte daher nichts vergessen und mußte in der Lage sein, sich gegenseitig sowohl das gesprochene Wort wie die erhaltene Antwort bestätigen zu können. Die Idee der Schule und die gesamten schwierigen Vorarbeiten fielen jedoch dem Landesrabbiner zu. Gelegentlich entstanden durch die Notwendigkeit der Koordinierung aller Stellen und die gleichzeitige Trennung der Vorsitzämter Verzögerungen, was jedoch dem Vorteil gegenüber, zwei Unterschriften unter den Eingaben zu haben, von geringem Nachteil war.

Die Trennung der Ämter bedeutete für den Landesrabbiner eine Entlastung von vielen Verwaltungsaufgaben. Er konnte seine volle Kraft den geistigen und seelsorgerischen Aufgaben widmen. Unter diesen Aufgaben, die dem Landesrabbiner gesetzlich zufielen, war die Leitung und Entwicklung des jüdischen Schulwesens für ihn eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste, da die Zukunft der neuen Generation von ihrem Erfolge abhing. Es war sicher, daß es eine dunkle Zukunft war; die jüdische Erziehung war darum um so wesentlicher. Es gehörte zu den Amtsaufgaben des Landesrabbiners, sowohl die Religionsschulen wie die jüdischen Elementarschulen zu leiten, von denen noch eine in Delmenhorst bestand.

Der neue Landesrabbiner sah in seiner Rechtsstellung als Leiter des jüdischen Schulwesens eine religiöse Sendung und heilige Verpflichtung. Hier war ihm die Möglichkeit gegeben, geistig-seelische Fundamente zu legen und ein Gebäude inneren Widerstandes gegen die Mächte zu errichten, die sich, von außen her, die Vernichtung des Judentums und der Judenschaft zum Ziel gesetzt hatten.

Die Lage der Juden verschlechterte sich täglich. Die Inspektionsreisen des Landesrabbiners zeigten ihm in aller Deutlichkeit, wie gründlich die vernichtende Grausamkeit der Nürnberger Gesetze in jeder Familie, jedem Orte und jeder Lebenslage ihr Zerstörungswerk vollbrachte. Vor allem hatten die Kinder tief unter der neuen Lage zu leiden. Sollten sie geistig und seelisch gestärkt werden, so bedurfte es, dem Urteil des Landesrabbiners nach, einer jüdischen Schule, in der sie soweit wie möglich unter sich und geborgen waren. Das Gesetz gab dem Landesrabbiner die Möglichkeit, eine Schule zu schaffen und zu leiten. Hier lag die Verpflichtung.

Die Nürnberger Gesetze vom 16. September 1935 bewirkten die völlige Entwürdigung des Judentums und die Diffamierung der Juden durch das Gesetz. Die Mathematik des Rassenwahnes erging sich in Errechnungen zu Halbjuden, Vierteljuden, Achteljuden, für die je besondere Gesetze bestimmend waren. Liest man diese bis ins einzelne ausgeklügelten Bestimmungen heute, so erscheinen sie als verbrecherischer Wahn. Der Jude, der unter ihnen leben mußte, sah sich in Dantes Inferno versetzt. Der Welt gegenüber gaben die Nationalsozialisten als „Erklärung" an, daß man die Juden lediglich aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen wolle, mit der sie nichts gemeinsam hätten. Doch sei es ihnen völlig erlaubt, ihr eigenes Gesellschafts-, Kultur- und Erziehungswesen aus eigener Kraft zu gestalten und auszubauen. Dazu gehörte nun auch das Schulwesen. Die Judenkinder sollten aus der allgemeinen Volksschule entfernt und in eigenen Schulen untergebracht werden. Der Unterricht in diesen Schulen sollte einen jüdischen Charakter haben. Gleichzeitig sollte die Auswanderung durch Fächer, wie Fremdsprachen, vorbereitet werden. Diese Schulen waren jedoch nicht als Konfessions-

schulen gedacht, sondern als Rasseschulen. Auf die jüdische Religionszugehörigkeit kam es dabei gar nicht an, lediglich auf die Rasse.
Oldenburg reagierte mit Eile und Nachdruck auf diese neuen Verordnungen. Im geheimen waren die Nürnberger Gesetze den Gauleitern und Landesregierungen schon vor ihrer Verkündung bekannt. Bereits am 10. September 1935 kam ein Erlaß von Berlin, der eine Zählung nichtarischer reichsdeutscher Judenkinder befahl. Kinder, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wurden nicht gezählt, so daß die Zahl der Judenkinder dadurch kleiner wurde. Die Kinder konnten dann sofort in Sonderschulen untergebracht werden, wenn der Zeitpunkt kam.
Zwei Tage nach Erlaß der Nürnberger Gesetze, am 18. September 1935, plante die Oldenburger Regierung *im geheimen* bereits die Errichtung jüdischer Rasseschulen. Eine Woche später waren die Ausführungsbestimmungen schon fertig: Wo immer 20 Judenkinder an einem Orte lebten, sollte eine Schule errichtet werden.[353] Privatschulen seien nicht zu erlauben; Schulen dürften nicht an Synagogen angeschlossen werden. Außerdem sollten die Schulen nichts kosten, obgleich ein Staatszuschuß vielleicht ins Auge genommen werden könne.
Diese Bestimmungen machen klar, daß man nicht Schulen für Juden wollte, sondern Schulen für Nichtarier, die ja nicht jüdischen Glaubens zu sein brauchten. Eine jüdische Privatschule wäre nur für Juden offen gewesen, eine Verbindung mit einer Synagoge hätte das gleiche Ergebnis gehabt. Man war ja nicht an der positiven Seite einer geistlichen Stärkung der Kinder interessiert, sondern wollte lediglich ein Sammelbecken für die von der Gesellschaft der Volksgenossen ausgeschlossenen Kinder. Obgleich man keine Unkosten haben wollte, war der Staat doch gewillt, einen kleinen Beitrag zu erlauben, der *einem Teil* der Steuer der Juden entsprach, die sie zur Erhaltung der öffentlichen Schule ohnehin weiterzahlen mußten. Der Staat behielt auch die tägliche Überwachung der Schulen, um sicher zu sein, daß die Kinder nichts Staatswidriges erfuhren.
Auch wollte man den Kindern die Möglichkeit entziehen, aus einer religiös bestimmten Erziehung Kraft und Mut zu schöpfen. Der Geist wie der Körper sollten gebrochen werden. Über diese Absicht geben uns Geheimakten der Reichsregierung ebenfalls Kunde. Der Plan der Oldenburger Regierung kam für die nächsten Jahre nicht zur Durchführung, wahrscheinlich, weil die Juden selbst die Initiative ergriffen. Der Landesrabbiner unterbreitete einen anderen Plan, der sich für die Juden als in jeder Weise bedeutend günstiger erweisen sollte.
Die Zählung der Judenkinder entsprach somit dem Wunsche der Oldenburger Landesregierung wie auch der Verordnung des Reiches.
Das Staatsministerium beauftragte die Ämter mit der Durchführung dieser Zählung und berichtete darüber nach Berlin am 18. November 1935.[353a]
Es ergab sich, daß im Landesteil Oldenburg 54 volljüdische Kinder lebten (beide Großeltern jüdisch), 1 Kind war „Dreivierteljude", 16 Kinder „Halbjuden". Die Gesamtzahl

353) Für den Gesamtverlauf der Entwicklung: O.S.A., Best. 134, 809.
353a) Faksimile.

dieser Kinder war 71. Außerdem gab es 24 Kinder, die „Vierteljuden" waren, also nur einen jüdischen Großelternteil hatten und von den Bestimmungen nicht in vollem Maße zu erfassen waren. Von den 71 Kindern waren 58 des mosaischen Glaubens, 1 Kind war katholisch, 12 evangelisch, im ganzen waren 13 Kinder Nichtjuden. 37 Väter dieser Kinder waren Frontkämpfer im Krieg gewesen. Allerdings wurde festgestellt, daß 3 Väter zwar Kriegsteilnehmer, aber keine Frontkämpfer gewesen waren. 12 Kinder besuchten die Privatschule in Delmenhorst; es waren dies alle jüdischen Kinder der Stadt. Allerdings bestand nur *eine* Möglichkeit für eine Volksschule, nämlich in Oldenburg, dessen 19 Kinder durch je 3 in Westerstede und Rastede und 1 in Zwischenahn auf 26 Schüler gebracht werden konnten, eine Zahl, die die Richtzahl von 20 überschritt. (Allerdings wurden die Kinder in Westerstede nicht eingerechnet, doch waren es immer noch 23.) Kinder von Ausländern blieben außer Betracht, was vor allem in Oldenburg von Bedeutung war, denn wie wir sahen, gab es dort eine ganze Reihe ostjüdischer Familien. Da mehrere Eltern mehr als ein Kind hatten, so erscheint es, daß alle Juden am Krieg teilgenommen hatten und meistens an der Front. Diese Unterscheidung fiel im Laufe der Zeit allerdings weg.

Von den Geheimerlassen und der Zählung war dem Landesrabbiner absolut nichts bekannt. Er mußte bald seine eigene Zählung durchführen. So war der Regierung eine Möglichkeit gegeben, seine „Ehrlichkeit" zu prüfen.

Die eigene Erfahrung führte ihn von selbst zur Beurteilung der Lage. Der Ton und Inhalt der Nürnberger Gesetze machte ihm völlig klar, daß früher oder später mit einer Verweisung der jüdischen Kinder aus der allgemeinen Schule zu rechnen war. Er befürchtete sogar, daß die Schulpflicht für Juden einfach aufgehoben werden könne und den Kindern jegliche Erziehung versagt werden würde. Akten, die nach dem Kriege ans Licht kamen, bezeugen, daß sich die Nationalsozialisten in der Tat mit diesem Gedanken trugen. Die Befürchtung des Landesrabbiners war nicht unberechtigt. Das Leben der Kinder in öffentlichen Schulen war diesen schon jetzt vielfach zur Qual geworden. Der Unterricht beschäftigte sich täglich mit „den Lastern und der Rassenverdorbenheit der Juden", auf dem Schulhof waren die Kinder den Schmähungen der Mitschüler ausgesetzt und wurden oftmals gepeinigt. Selbst Lehrer in der Klasse trieben oft grausames Spiel mit ihnen. Dies war nicht überall so. Es gab Schulen, in denen Lehrer wie auch Schüler das Los der jüdischen Kinder zu mildern suchten und ihnen mit Takt entgegenkamen. Aber das Pensum mußte erfüllt werden. Das jüdische Kind stand unter dauerndem, seelischem Druck, war vereinsamt und lebte in Unsicherheit. Ein neuer Lehrer, selbst ein neuer Schüler, konnten die Lage ändern und das Leben unerträglich machen. Die Situation mußte unausweichlich zur seelischen Verkrüppelung der Kinder führen. Daher mußte eine Schule ins Leben gerufen werden, die den Kindern innere Ruhe gab und ihnen das Jude-sein als Sinn ihres Lebens einprägen konnte, damit sie bereit sein würden, mit Stolz für ihr Erbgut zu leben, zu leiden, und, wenn nötig, zu sterben.

Für den Landesrabbiner war die Gründung einer jüdischen Schule ein unumgängliches Lebensgebot.

In den Landgemeinden waren die Kinder völlig vereinsamt, da es dort nur ganz

wenige Juden gab. Daher mußte die Schule in Oldenburg ihren Sitz haben, ganz abgesehen von der zahlenmäßigen Notwendigkeit. Nur in einer Landesschule mit größerer Schülerzahl konnten die Kinder das Bewußtsein erlangen, daß sie in ihrer Not nicht allein in der Welt standen. Dort konnten sie auch Freundschaften schließen und an einem regeren Gemeindeleben teilnehmen.

Die erste Aufgabe des Landesrabbiners bestand nun darin, den Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden als den Arm der Reichsvertretung [354] für seinen Plan zu gewinnen und den Landesverband zu veranlassen, ihm die Gründung und eventuelle Leitung der Schule anzuvertrauen. Er mußte klarmachen, daß dies mit Kosten verbunden war, die dem Landesverband zu Lasten fallen würden, da die Oldenburger Juden ganz verarmt waren. Der Landesverband gab ihm das gesuchte Mandat und war bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die nächste Aufgabe des Landesrabbiners verpflichtete ihn, die Eltern von der Notwendigkeit der Schule zu überzeugen. Dabei war er sich darüber klar, daß er mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hatte.

Die Juden wollten mit aller Kraft die Verbindung zur Gesamtwelt aufrecht erhalten. Ihre Kinder in der Volksschule waren für viele das einzige noch bestehende Band zur Umwelt; sie wollten es nicht zerreißen. Es gelang, die Eltern schließlich zu überzeugen, daß sie keine Wahl mehr hatten und daß das Wohl der Kinder auf dem Spiele stand.

Viele Eltern hatten berechtigte Angst, ihre Kinder täglich auf der Bahn nach Oldenburg fahren zu lassen. Unter normalen Umständen wäre das für die Kleinen eine zu große Belastung gewesen, in der gegenwärtigen Lage war es eine Gefahr. Für den Landesrabbiner gab es nur eine Lösung der Lage: Er mußte jüdische Oldenburger Familien dafür gewinnen, die Kinder während der Woche in ganzer Pension bei sich aufzunehmen. Dies gelang ihm auch. Die Trennung der Kinder von den Eltern war jedoch für alle ein schweres Opfer. Die Familie war ja die einzige Lebensstütze und der einzige Trost in schwerster Zeit. Im Hinblick auf die Zukunft ihrer Kinder und aus Liebe zu ihnen waren Eltern zum Entsagen bereit. Die Kosten für die Unterbringung der Kinder wie für die Fahrkarten mußten von der Landesgemeinde, d. h. dem Preußischen Landesverband, getragen werden. Die Eltern waren vielfach viel zu arm, um auch nur eine Schülerkarte erschwingen zu können.

Nach stürmischer Sitzung des Landesgemeinderats wurde der Landesrabbiner beauftragt,

---

354) Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland (identisch mit „Reichsvereinigung") war von Anfang des Dritten Reiches und in einem sich erweiternden Maße für die Gestaltung des jüdischen Schulwesens verantwortlich und mußte es am Ende auch finanziell völlig unterhalten. Als Vertreterin der Juden von den Nationalsozialisten berufen, mußte sie die Erlasse der Regierung in allen Lebensgebieten verkünden und ihre Befolgung bewirken. Der große Rabbiner, Dr. Leo Baeck, war der Präsident der Reichsvertretung in der Zeit größter Not, stand mutig für die Juden ein, oftmals unter eigener Lebensgefahr, ging freiwillig ins Vernichtungslager mit ihnen (er lehnte eine ganze Reihe Einladungen nach dem Auslande ab), gab seinen Glaubensbrüdern und -schwestern auch im Lager (verbotene) geistige Führung und fand sich am Ende des Krieges unter den wenigen, die die Freiheit wiedersahen. Für die Oldenburger Schule war die Hilfe der Reichsvertretung von Anfang an von größtem Werte.

das Gesuch auf Schaffung einer Jüdischen Bezirksvolksschule beim Ministerium einzureichen.

Der Landesrabbiner veranlaßte nun eine Zählung der jüdischen Kinder im Lande, die von den jüdischen Gemeinden durchgeführt wurde und nur die Kinder jüdischen Glaubens erfaßte. Die Zählung ergab etwa 65 jüdische Kinder, die im Lande ihren dauernden Wohnsitz hatten.

Am 31. Januar 1937 reichte der Landesgemeinderat das Gesuch ein, „die Errichtung einer jüdischen Bezirksvolksschule durch die Stadt Oldenburg zu veranlassen". Dieses Gesuch war vom Vorsitzenden des Landesausschusses und vom Landesrabbiner unterzeichnet. Um jedoch sicherzugehen, daß nie behauptet werden könne, die Eingabe habe das Ministerium nicht erreicht, überbrachte sie der Landesrabbiner persönlich.[355] Die Zahl der Judenkinder im Lande wurde mit etwa 65 angegeben. *„Für die Unterbringung derjenigen Kinder, für die eine tägliche Fahrt zur Schule nicht möglich wäre, würde in Oldenburg durch die in Betracht kommenden jüdischen Stellen gesorgt werden."*

Der Landesrabbiner stützte sich dabei auf das Gesetz, wonach bei einer Mindestzahl von 25 Kindern eine *konfessionelle* Minderheitsschule zu errichten war (1910), Voraussetzungen, die weit überschritten waren. Man sprach grundsätzlich von einer Konfessionsschule, nicht einer Rassenschule. Als Jude konnte man das Rassenprinzip der Nationalsozialisten in keiner Weise anerkennen. Auch wäre es bei einer solchen Schule zu dauernden Konflikten gekommen, denn die Kinder der Nichtjuden hätten sich als gefangen angesehen, während den jüdischen Kindern das Bewußtsein, unter sich zu sein, gefehlt hätte. Es wurde in der Eingabe ausgeführt, daß nach Erlaß des Reichsministers eine separate Schule angeordnet werden könne, wenn „... eine Verbesserung des Schulwesens erzielt werde", was hier der Fall sei. Dabei dachten wir allerdings an eine Verbesserung für die jüdischen Kinder und der Minister an die der arischen Kinder. Bezüglich der Schullasten berief sich die Eingabe auf das Gesetz, d. h., es wurde versucht, soweit wie möglich den Staat mitzubelasten. Bei der Zahl der Kinder waren zwei Lehrer notwendig. Es wurde daher vorgeschlagen, daß Lehrer Freund aus Delmenhorst nach Oldenburg versetzt werde und ein zweiter Lehrer durch die Landesgemeinde in Vorschlag gebracht würde. Die Privatschule in Delmenhorst war aufzulösen.

Ein Erlaß aus Berlin vom 18. Februar 1937 erklärte, daß gegen die Errichtung jüdischer Schulen durch Gemeinden, d. h. Ortsgemeinden, keine Bedenken bestehen. Doch mußten dieselben befragt werden. Das kam der Schule zugute.

Der Regierungsbericht, der nun über die Lage ausgestellt wurde, lautete wie folgt:

„Oldenburg, den 19. März 1937

Nach Paragraph 19 des Schulgesetzes ist für die Konfessionen der Minderheit der Einwohner der Gemeinde eine eigene Volksschule zu errichten, wenn dauernd mehr als 25 Kinder vorhanden sind, die gleichzeitig die Schule besuchen werden, und die Mehrheit der Erziehungsberechtigten dieser Kinder es beim Bürgermeister beantragt. Als Konfession im Sinne dieser Bestimmung ist m. E. auch die jüdische Religion anzusehen, insbesondere deshalb, weil die jüdische Religionsgesellschaft noch eine öffent-

355) Faksimile.

lich-rechtliche Körperschaft ist. Die Voraussetzungen für die Errichtung einer jüdischen Volksschule in Oldenburg auf Grund dieser Bestimmungen sind aber nicht gegeben, da im Gemeindegebiet die Zahl der jüdischen Kinder weniger als 25 beträgt.

Nach Paragraph 23 des Schulgesetzes kann das Ministerium genehmigen, daß für benachbarte Gemeinden eine gemeinsame Schule eingerichtet wird. Die Errichtung einer gemeinsamen Schule auf Grund dieser Bestimmungen setzt entsprechende Anträge der beteiligten Gemeinden voraus. Solche Anträge auf Errichtung einer gemeinsamen jüdischen Volksschule in der Stadt Oldenburg für die beteiligten Gemeinden im Landesteil Oldenburg liegen aber nicht vor und sind auch nicht zu erwarten.[356] *Nach Paragraph 23 Satz 2 des Schulgesetzes kann das Ministerium die Einrichtung einer gemeinsamen Schule unter den Voraussetzungen des Par. 18, Abs. 4 auch anordnen, d. h., es kann die Einrichtung anordnen, wenn dadurch eine bessere Verteilung der Kinder auf die einzelnen Schulen oder sonstige Verbesserungen des Schulwesens oder nach Lage der Verhältnisse gebotene Ersparnisse erzielt werden. Als Grund für die Anordnung der Einrichtung einer gemeinsamen jüdischen Volksschule könnten nur „sonstige Verbesserungen des Schulwesens" in Frage kommen. Wie im Erlaß des Reichserziehungsministers vom 10. 9. 1935 ausgeführt ist, bedeutet der Besuch deutscher Schulen durch jüdische Kinder für die Entwicklung des nationalsozialistischen Schulwesens eine schwere Hemmung. Es fragt sich, ob von der Möglichkeit, die Einrichtung einer gemeinsamen öffentlichen Volksschule für die beteiligten Gemeinden im Landesteil Oldenburg, für alle der Abstammung nach jüdischen Kinder anzuordnen, Gebrauch gemacht werden soll. Wie der Reichserziehungsminister durch Erlaß vom 18. Februar 1937 mitgeteilt hat, bestehen gegen die Errichtung öffentlicher jüdischer Volksschulen durch die politischen Gemeinden dort keine Bedenken. Die Zahl der Schüler ist in der Eingabe des Landesgemeinderats vom 31. 1. 37. mit 65 angegeben. Hierzu kämen noch die Kinder, die jüdisch sind, aber nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.*

Die Stadt Oldenburg hat sich gegen die Einrichtung einer jüdischen Schule in Oldenburg ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß es bedenklich sei, alle jüdischen Kinder einer Schule in der Landes- und Gauhauptstadt zuzuführen. Die Rechtsansicht der Stadt Oldenburg, daß jüdische Kinder nicht gezwungen werden könnten, eine jüdische Schule in der Stadt Oldenburg zu besuchen, ist irrig. Der Schulbezirk der gemeinsamen Volksschule würde der Landesteil Oldenburg sein. Nach Paragraph 30 des Schulgesetzes haben die Kinder in der Regel die Schule des Bezirks zu besuchen, in dem sie sich dauernd aufhalten. Schulbezirk im Sinne dieser Bestimmung würde für die jüdischen Kinder der Bezirk der jüdischen Volksschule sein. Die Entscheidung ist von besonderer politischer Bedeutung. Falls der Antrag des Landesgemeinderats auf Einrichtung der Schule nicht ohne weiteres abgelehnt werden soll, wird zunächst noch die Gauleitung gehört werden sollen. (Unterschrift) . . . mann"

Dazu bemerkte Ministerialdirektor Heering, der Schuldezernent, ein ehrenhafter Mann, dem Kindererziehung am Herzen lag:

---

356) Unter „Gemeinden" sind die politischen, nicht die jüdischen zu verstehen.

„Die Errichtung der Schule ist weiter zu verfolgen. Eine mündliche Erörterung mit dem Oberbürgermeister halte ich zunächst für nötig. Bedenklich ist mir nur, ob die jüdische Gemeinde verpflichtet werden kann, dauernd dafür zu sorgen, daß die auswärtigen Kinder hier untergebracht werden. Die Gauleitung mag zu der Besprechung hinzugezogen werden, für nötig halte ich es nicht. -O. 26/3"

Darunter schrieb ein anderer:

„Zu den mündlichen Erörterungen einen Vertreter der Gauleitung hinzuziehen. Jane(?) 30/3"

Der Bericht des Hauptreferenten und die Zusatzbemerkungen der Bearbeiter zeichnen ein Bild der Zeit und des Beamtentums dieser Epoche.

Der Hauptbericht war für die damalige Zeit judenfreundlich. Man sprach von einer jüdischen *Konfessionsschule*, im Gegensatz zu einer Rassenschule. Die Begründung, „Verbesserung des Schulwesens", wurde aus der Eingabe des Landesrabbiners übernommen, allerdings anders ausgelegt. Durch die Zusatzbemerkung „. . . falls der Antrag nicht ohne weiteres abgelehnt werden soll" wollte sich der Beamte allerdings decken. So konnte man ihm nicht nachsagen, den Juden günstig gesinnt zu sein, solange er der Ansicht war, Judenanträge seien ohne Begründung abzulehnen. Schließlich schob er die Verantwortung auf die Partei ab. Heerings Bemerkungen zeigen ihn als einen mutigen und rechtschaffenen Mann: „Die Einrichtung ist zu verfolgen", also nicht einfach abzulehnen. Auch brachte er die menschliche Frage auf: Kann man der Judengemeinde in Oldenburg die Betreuung der auswärtigen Kinder als Dauerpflicht auferlegen? Am mutigsten war seine Bemerkung, daß zur Einbeziehung der Gauleitung kein Grund bestehe. Er hätte sich gar nicht zu äußern brauchen, doch scheint er befürchtet zu haben, die Gauleitung werde den Plan zunichte machen. Er trat für die Schule ein und riskierte die Rüge der Nationalsozialisten.

Diese Rüge wurde dann auch schon in der Bemerkung des letzten Bearbeiters ausgesprochen, ein Mann, der wohl völlig nationalsozialistisch gleichgeschaltet war: Die Gauleitung muß vertreten sein. Den Beamten, hier mit Ausnahme Heerings, fehlte es an Mut. Man fürchtete um die eigene Stelle.

Am 2. Juli 1937 erließ der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft und Volksbildung eine neue Verfügung, die für den Landesrabbiner neue Probleme schaffen sollte: „Jüdische Mischlinge sind künftig für den Beruf eines deutschen Jugenderziehers ungeeignet." Gleichzeitig wurde erklärt, daß Schulen oder Sammelklassen für Juden innerhalb des öffentlichen Schulwesens erlaubt seien und Mischlinge dieselben besuchen dürften. Um den Wortlaut ganz deutlich zu definieren, auch im Hinblick auf andere Verfügungen, wurde erklärt: „Wo immer der Ausdruck Nichtarier verwandt ist, . . . sind darunter nur Juden zu verstehen."

Nun gab es in Oldenburg einen Volksschullehrer, Theodor Cohn, der Mischling war und auf Grund der Verfügung zwangspensioniert wurde. Seine Familie und er waren keine Glaubensjuden, hatten sich seit langer Zeit dem Judentum entzogen und jede Beziehung mit Juden abgebrochen. Nun aber dürfte Cohn in der jüdischen Schule eine Möglichkeit gesehen haben, weiterhin im öffentlichen Schuldienst zu verbleiben, mit

vollem Gehalt und laufenden Dienstjahren. Er bewarb sich um die Lehrerstelle an der Schule, die ja als Rasseschule zu betrachten war.

Der Landesrabbiner wurde von der Bewerbung benachrichtigt. Er war bestürzt: Eine Berufung Cohns hätte das ganze Wesen der Schule grundlegend geändert. Die Kinder hätten sich weiterhin in acht nehmen müssen, da ihr Lehrer ja den Ariern nahestand. Man hätte weiterhin mit der Furcht gelebt, daß jedes unvorsichtige Wort den Nationalsozialisten mitgeteilt würde. Vor allem hätte nun die Schule vollständig ihren Zweck verloren, den Kindern durch ihre Tradition die Kraft zum Ertragen des schweren Geschicks zu geben und sie aus ihrem Glauben heraus zu stärken.

Daher ersuchte der Landesrabbiner dringend um eine persönliche Aussprache mit dem Hauptbearbeiter der ganzen Angelegenheit, Ministerialdirektor Heering, und fand sich in Begleitung des Rechtsanwalts Löwenstein auf dem Ministerium ein. Heering war verständnisvoll. Der Landesrabbiner führte aus, daß die Schule jüdischen Kindern geistige wie seelische Erziehung und Vorbereitung für ein Leben als Juden zu geben habe. Durch Anstellung eines Mischlings, der nicht Glaubensjude war, verlöre die Schule ihren eigentlichen Auftrag. Die Anstellung eines solchen Mannes sei erzieherisch verfehlt und für die Juden nicht tragbar, da ein Mann, der sich zwischen zwei Lagern befände, sich in den Geist und die Seele der Kinder nicht einzufühlen vermöge. Im Gegenteil, es sei anzunehmen, daß er ihnen gegnerisch gesinnt sei, denn er oder seine Vorfahren seien dem Judentum ja entflohen und er fände sich dennoch durch dieses Judentum gefesselt und geächtet. Der Ministerialdirektor stimmte dem zu. Allerdings wußte er nicht, was zu tun sei. Daraufhin erklärten wir, die Schule brauche an sich zwei Lehrer. Sollte Cohn in Frage kommen, so würde die Landesgemeinde jedoch auf einen zweiten Lehrer verzichten. Daß der Lehrer Freund, der im jüdischen Oldenburger Dienst stand, eingesetzt werden mußte, stand ja außer Frage.

Der Landesrabbiner fügte noch hinzu, daß man vielleicht Cohn zum Rückzug seiner Bewerbung veranlassen könne, indem man ihm erkläre, daß auch er am Scheidewege stehe. Er könne sich zum Deutschtum bekennen und dadurch mit der Gesamtheit in Verbindung bleiben. Käme er aber ins jüdische Lager, so sei das für ihn ein Schritt, der niemals rückgängig zu machen war und dessen Folgen niemand voraussehen könne. Heering zeigte großes Verständnis für die Lage und erklärte dann zur Überraschung des Landesrabbiners: „Wissen Sie, der Cohn denkt sich, ‚in ein paar Jahren ist die ganze Nazigeschichte vorüber, und dann hab' ich eben meine Stelle'." Die Bemerkung enthüllte für einen Augenblick das Denken und Fühlen des Ministerialdirektors selbst. Wir schöpften Hoffnung.

Es scheint nun, daß Heering auf Cohn eine erfolgreiche Überredungskunst ausübte, ihn zu bewegen, sich der Arierseite anzuschließen. Das geht auch aus einem Bericht hervor. Man nutzte nun die Gelegenheit aus, auch weitere Probleme zur Lösung zu bringen.

Der Landesrabbiner wies darauf hin, daß die Kinder zur Auswanderung vorbereitet werden müßten. Dies fordere eine Erweiterung des Lehrplans gegenüber dem der normalen Volksschule, vor allem seien Fremdsprachen außerordentlich wichtig. Außerdem würden Kinder, die schon jetzt die Mittelschule besuchten, der jüdischen Schule ein-

gegliedert. In Wirklichkeit hatte der Landesrabbiner die Schaffung einer Mittelschule im Sinn. Die Erlaubnis zu einem erweiterten Lehrplan wurde ihm gewährt.
Die nächste Frage war nun die der Unterbringung der Schule. Hier erklärten der Vorsitzende des Landesausschusses und der Landesrabbiner, daß die jüdische Gemeinde gewillt sei, die Schule im Gemeindehaus unterzubringen. Die Lehrmittel sollten allerdings von der Schulverwaltung der Stadt Oldenburg gestellt werden, da es sich ja um eine öffentliche Schule handelte. Das wurde zugesagt.
Aus dem Gespräch ergab sich, daß der zweite Lehrer, Freund, u. U. wie bisher von den Juden zu erhalten war. Nun unternahm der Landesrabbiner noch einen an sich unmöglichen Schritt. Er erklärte, daß die Schule ja als öffentliche Schule ins Leben treten werde, und daß die jüdische Gemeinde daher ihre Räume einer öffentlichen Schule vermiete; sie sei daher zu Mietzahlungen aus öffentlichen Mitteln berechtigt. Statt nun zu erklären, daß den *Juden* und nicht dem Staate vorzugsmäßig an der Schule gelegen sei, sprach der Ministerialdirektor seine Zustimmung zu dieser Forderung aus — zu großer Überraschung der Hörer. Allerdings konnte eine solche Regelung erst im nächsten Haushaltsjahr getroffen werden, da die Gelder für das laufende Jahr festlagen. Inzwischen erklärten sich die Juden bereit, die Räume kostenlos zu stellen. Aus dem Gesamtgespräch wie auch aus den folgenden Berichten und Anordnungen ergab sich, daß Heering bestrebt war, zu helfen und das schwere Schicksal der Juden zu mildern, soweit es in seiner Kraft stand. Selbst der zum Schluß schüchtern geäußerten Bitte entsprach er. Der Landesrabbiner sagte: „Die Zahl der Kinder wird über das Doppelte der gesetzlichen Mindestzahl von 25 sein. Kann der Staat auch den zweiten Lehrer bezahlen?" So kam es. Allerdings erhielten beide Lehrer nur das Grundgehalt und bedurften jüdischer Zuschüsse.
Man konnte nun auf die Suche nach einem geeigneten jüngeren Lehrer gehen, der der Regierung vorzuschlagen war. Die Wahl fiel auf den Lehrer Moses Katzenberg aus Cuxhagen bei Kassel, der auch als erster Lehrer amtieren sollte. Obgleich Lehrer Freund seine Examina mit höchster Auszeichnung bestanden hatte, war er zur energischen Leitung der Schule nicht geeignet. Da der alte Lehrer und Vorbeter, Meyer Meiberg, im Frühjahr verstorben war, wurde dem Lehrer Katzenberg auch das Vorbeteramt an der Oldenburger Synagoge übertragen. Die Amtswohnung des Vorbeters im Gemeindehaus ging jedoch an den Lehrer Freund aus Gründen der Seniorität. Katzenberg war zur Zeit unverheiratet, heiratete jedoch während seiner Oldenburger Amtsperiode.
Am 26. 7. 1937 richtete nun das Landesrabbinat die folgende Eingabe an das Ministerium für Kirchen und Schulen, wodurch die in Vorgesprächen erzielten Ergebnisse formell zum Antrag kamen.

„Unter höflicher Bezugnahme auf die mündlichen Verhandlungen des Landesrabbiners Dr. Trepp beantragen wir ergebenst, die Einrichtung der öffentlichen jüdischen Volksschule bereits zum 1. Oktober 1937 anzuordnen. Den Lehrer Moses Katzenberg in Oldenburg bitten wir als Lehrer an diese Volksschule anzustellen. Er ist geboren am 25. 9. 13 zu Cuxhagen bei Kassel und hat die erste Lehrerprüfung in den Jahren 1931 und 1932 an der isr. Lehrerbildungsanstalt zu Würzburg abgelegt. Unser früherer

Vorschlag wird dadurch hinfällig.[357] *Im Falle der Annahme unseres Antrages erklärt sich die jüd. Landesgemeinde Oldenburg zur Vermeidung der Haushaltsschwierigkeiten der Stadt Oldenburg bereit, der Stadt die ihr aus der Errichtung der Schule bis zum Ende des Schuljahres 1937/38 erwachsenden Kosten zu ersetzen. Ausgenommen bleiben die Kosten der erstmaligen Schuleinrichtungen und der Lehrmittel. Zur Intensivierung des Unterrichts wird die jüdische Landesgemeinde neben dem planmäßigen, späterhin von der Stadt zu besoldenden Lehrer einen zweiten Lehrer auf ihre Kosten anstellen. Als zweiter Lehrer kommt Herr Freund, bisher Delmenhorst, in Frage.*

gez. Dr. Trepp, Landesrabbiner -Löwenstein, Vorsitzender des L.A."

Am 28. August 1937 wurde die folgende Bekanntmachung der Veröffentlichung in den Amtlichen Nachrichten übergeben:

„*1.) Auf Grund von Par. 23 des Schulgesetzes vom 1. August 1936 ordne ich hiermit die Errichtung einer gemeinsamen jüdischen Volksschule in der Stadt Oldenburg durch die Oldenburgischen Gemeinden an. Schulbezirk ist das Land Oldenburg. Für die Verwaltung der Schule und die Aufbringung der Schullasten sind die Bestimmungen in Par. 55 des Schulgesetzes maßgebend.*

Zum Besuch der Schule sind alle Kinder verpflichtet, die nach Par. 5 der ersten Verordnung des Reichsbürgergesetzes vom 14. November 1935 Juden sind, oder als Juden gelten, und gemäß der Paragraphen 4 und 5 des Schulgesetzes volksschulpflichtig sind. Jüdische Mischlinge, die nicht als Juden gelten, aber von 2 jüdischen Großeltern abstammen, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten von mir zum Besuch der Schule zugelassen werden. Aus besonderen Gründen kann jüdischen Schülern der Besuch einer deutschen Volksschule ihres Wohnsitzes von mir gestattet werden.

Die Schule hat am 14. Oktober 1937 zu beginnen. i. V. Jolle(?) 28/8

2.) Abschrift zu 1.) gelangt an die Herren Oberbürgermeister (außer Oldenburg), an die Herren Bürgermeister durch die Herren Amtshauptmänner zur Kenntnisnahme.

Die Errichtung einer öffentlichen jüdischen Volksschule entspricht den Bestrebungen des Reichserziehungsministers. Die schulmäßige Trennung der jüdischen Schüler von den deutschen Schülern ist dringend notwendig.

Die Schule kann im Gemeindehaus der Synagogengemeinde Oldenburg in Oldenburg untergebracht werden. Die jüdische Gemeinde hat sich verpflichtet, die Schulerhaltungskosten, einschließlich der Lehrervergütung für das 1. Halbjahr zu tragen und für Unterbringung der jüdischen Schüler, deren Schulweg vom Elternhaus aus zu weit ist, in der Stadt Oldenburg zu sorgen. Die verhältnismäßig geringen Kosten der Ausstattung der Schulräume mit Schulinventar und Lehrmitteln will die Stadt Oldenburg

357) Man hatte auch den Lehrer Hartogson in Rüstringen in Vorschlag gebracht, der ebenfalls Volksschullehrer war und langjährig als Religionslehrer und Cantor in den Gemeinden Wilhelmshaven-Rüstringen und Jever amtiert hatte. Er lehnte jedoch die Stelle ab, z. T., weil er keine Wohnung in Oldenburg erhalten konnte.

bis zum Rechnungsjahre 1938 verauslagen. Für die übrigen Gemeinden entstehen demnach im laufenden Rechnungsjahre keine Kosten. Die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister werden ersucht, ihre Zustimmung zur Errichtung der gemeinsamen Schule dem Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg spätestens bis zum 1. Oktober 1937 zu erklären und ihm gleichzeitig Namen und Wohnort der aus ihrer Gemeinde für den Besuch der Schule etwa in Frage kommenden jüdischen Schüler mitzuteilen. I.A. B. Dr.W.

3.) Abschrift zu 1 und 2 gelangt an die Herren Amtshauptmänner zur Kenntnisnahme.

Die Herren Amtshauptmänner wollen veranlassen, daß die Zustimmung der Bürgermeister zur Errichtung der Schule dem Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg rechtzeitig erklärt wird. I.A. B/D.W.

4.) Abschrift zu 1, 2, und 3 gelangt an den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg.

Auf den Bericht vom 9. August 1937 zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung. Der Eingang der Zustimmungen der anderen Gemeinden zur Errichtung der Schule braucht für die Einrichtung der Schule nicht abgewartet zu werden.

Der Bericht geht irrtümlich davon aus, daß die Stadt Oldenburg allein Trägerin der Schule sein soll. Die Lasten einer gemeinsamen Schule werden nach Paragraph 55 des Schulgesetzes von den beteiligten Gemeinden im Verhältnis der Zahl der die Schule aus den einzelnen Gemeinden besuchenden Kindern getragen.

Die jüdische Landesgemeinde hat sich mir gegenüber bereit erklärt, die aus der Errichtung der Schule bis zum Ende des Schuljahres 1937/38 erwachsenden Kosten zu erstatten, ausgenommen die Kosten der Schuleinrichtung und der Lehrmittel. Die Synagogengemeinde Oldenburg stellt in ihrem Gemeindehaus an der Peterstraße die erforderlichen Schulräume zur Verfügung. Überdies, ein Lehrer für die Schule wird rechtzeitig von mir zugewiesen werden.

I.A. B. Dr.W.

5.) Abschrift zu 1., 2. und 4. gelangt an den Vorsitzenden des Landesausschusses der jüdischen Religionsgemeinschaft, z. H. von Herrn Rechtsanwalt Löwenstein in Oldenburg, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ich bitte, den von Ihnen benannten Lehrer Moses Katzenberg zu veranlassen, daß er mir baldmöglichst folgende Unterlagen vorlegt: 1.) eine Geburtsurkunde; 2.) ein polizeiliches Führungszeugnis; 3.) Zeugnisse über seine Lehramtsprüfungen; 4.) Zeugnisse über eine etwaige frühere Lehrtätigkeit. B. Dr.W.

6.) Abschrift zu 1.) gelangt an Herrn Kreisschulrat Spiekermann in Oldenburg zur Kenntnisnahme. I.A. B. Dr.W."

Das Rundschreiben zeigt unter anderem die Regierungsmethode der Nationalsozialisten. Nachdem das Gesetz bestimmte, daß alle politischen Gemeinden mit der Einrichtung der Schule einverstanden sein mußten, so wurde ihre Zustimmung eingeholt — und erzwungen. Die Amthauptmänner hatten einfach die Zustimmung zu fordern. Die Eröffnung der Schule war dabei ganz unberührt. Man wußte, alle Gemeinden würden „ja" sagen. Selbst Diskussion war ausgeschlossen. Hätte man den Juden die Eingabe ver-

weigern wollen, so hätte man das entweder ohne Begründung getan oder hätte alle Gemeinden gezwungen, nein zu sagen, falls man das „Volksempfinden" zum Ausschlag machen wollte.

Selbst die Stadt Oldenburg, die die Schule nicht haben wollte, mußte ihr zustimmen. Das Bestimmungsrecht der Untergebenen stand nur auf dem Papier. Dies war typisch für die Diktatur. In einem solchen Staate mußte man auch zu manipulieren wissen, das geht aus dem *Zeitpunkt* des offiziellen Berichtes hervor.

Am 1. Oktober waren alle Vorbereitungen getroffen und die Lehrer bestätigt. Erst jetzt erstattete der Sachbearbeiter seinen Bericht.

Im Bericht heißt es: Die Schule sei zweiklassig und habe 50 Schüler; zur Förderung der Auswanderung werde Englisch und Hebräisch unterrichtet; die Vergütung der 2. Lehrkraft (Freund) würde von der Landesgemeinde übernommen; die Schulräume seien in der Synagoge; Schulleiter und erste Lehrkraft sei Moses Katzenberg, 25 Jahre alt; zweite Lehrkraft sei Freund, 48 Jahre alt; Mittelschüler seien ebenfalls in der Schule.

Nach Erlaß des Reichserziehungsministers seien Mischlinge als Lehrer vorzuziehen. Der Lehrer Theodor Cohn, der seit 1933 an der evangelischen Schule gewesen sei, sei Mischling, gehe aber auf die Seite der Arier, wolle nicht gerne an der jüdischen Schule Lehrer sein und hätte kein Verhältnis zu den Schülern. Auch hätten der Landesrabbiner und der Vorsitzende des jüdischen Landesausschusses erklärt, daß die Gemeinde nicht bereit sei, für Cohn einen Zuschuß zu zahlen, und sich auf einen Lehrer beschränken würde, wobei Freund das absolute Anrecht habe. Es werde daher empfohlen, von Cohn abzusehen.

Das Datum des Berichtes, der 1. Oktober, ist aufschlußreich. Cohns Ausscheiden wurde erst dann „empfohlen", als die anderen Lehrer bereits bestätigt waren. So konnte die Lage wohl kaum mehr geändert werden. Ein Bericht zu einem früheren Zeitpunkt hätte die Schule zerschlagen können. Nachdem Heering die Angelegenheit bearbeitete, dürfen wir wohl seine Hand auch hier sehen. Er war ein hilfsbreiter Mann. Und dennoch sieht man, wie sehr man vom Wohlwollen einzelner abhing. Der Rechtsstaat war tot, die Willkür der Machthaber war allein bestimmend — vom „Führer" an bis zum niedrigsten Amt. In diesem Falle brachte der gute Wille eines Menschen den Juden Hilfe; in den meisten Fällen war es umgekehrt.

Die Aufsicht der Schule wurde vom Stadtschulamt dem Kreisschulrat Spiekermann übertragen, einem alten „Nazi-Kämpfer", der sich dennoch auf jede Weise korrekt verhielt, obgleich es ihm anscheinend Spaß machte, plötzlich und unerwartet in der Schule aufzutauchen, immer in SA-Uniform, wodurch er den Kindern Schrecken einflößte. Zu dieser Zeit verursachte jede Uniform der Nationalsozialisten den Juden Angst und Herzklopfen. Es lag nun in der Absicht des Landesrabbiners, die Schule so auszubauen, daß sie den jüdischen Kindern mehr bieten konnte als das Minimum einer allgemeinen Volksschule. Zwei Faktoren spielten dabei mit: die Kinder mußten auf eine mögliche Auswanderung vorbereitet werden und daher in Englisch und Hebräisch sprachliche Grundlagen erhalten. Dazu handelte es sich um Kinder, die unter normalen Umständen für die höhere Schule bestimmt gewesen wären, denen man daher doch einen etwas gehobeneren Unterricht geben mußte. Schließlich mußte den Kindern ein Verständnis

für ihre jüdische Tradition vermittelt werden, damit sie aus deren Größe und ethischem Wesen Kraft und Stärke für ihr unbekanntes Schicksal schöpfen konnten. Sowohl das Ministerium wie der Kreisschulrat hatten Verständnis für die Erziehungstheorie des Landesrabbiners, die der Schule zugrunde zu legen war, und für die praktische Erweiterung des Lehrstoffes, die aus dieser Theorie hervorging. Von einem Ersatz für Ausbildung an höheren Schulen sprach man allerdings nicht.
Am 4. Oktober 1937 kam dann die offizielle Bestallung Katzenbergs, mit Amtsantritt am 14. Oktober. Er wurde zum Leiter und ersten Lehrer der jüdischen Volksschule. Sein Auftrag war jedoch jederzeit widerruflich. Sein Gehalt, das durch die Stadt Oldenburg zu bezahlen war, betrug monatlich 162,93 RM. Lehrer Freund erhielt ebenfalls zum gleichen Datum und mit den gleichen Bestimmungen seine Berufung. Sein Gehalt war 173,73 RM monatlich. *Beide* Lehrer erhielten ihr *Grund*gehalt aus *öffentlichen* Mitteln.
Die Verfügung des Reichs- und Preußischen Ministers vom 30. 12. 1937 wurde dann am 7. 1. 1938 auch für die Oldenburger Lehrer angewandt: keine Berufung ins Amtsverhältnis, aber Aufrückung in der Grundvergütung.
Am 28. Januar 1938 wurde auf Ersuchen des Landesrabbinats Frau Margarete Hesse, die Frau des Synagogendieners, als Lehrerin für Nadelarbeit der Mädchen eingestellt. Sie hatte ihre Meisterprüfung als Putzmacherin seit langem bestanden. Die Stadt zahlte ihr eine Stundenvergütung von 14,— RM.
Die Synagogengemeinde erhielt eine monatliche Miete von 70,— RM. für ihre Räume.
Den traurigen Umständen gemäß war eine weitaus günstigere Lösung erzielt worden als in anderen Teilen Deutschlands.

Die Namen der Kinder, die für die Zeit der Eröffnung der Schule in Frage kamen, verdienen der Erwähnung:
Von Oldenburg: Siegfried Jakobs, Hans Landsberg, Max Unger, Clärchen Parnes, Edith Jakobs, Werner Jakobs, Martin Jakobs, Norbert Jakobs, Manfred Jakobs, Manfred Hesse, Martin Vogel, Joachim de Jonge, Claus Josephs, Kurt Lazarus, Peter Gerson, Gerda Seligmann, Ursel Landsberg, Jutta Gerson.
Von Delmenhorst: Hermann Abraham, Adolph Cohen, Hans Haas, Carl Goldschmidt, Jenny de Haas, Ingrid Lippmann, Kurt Mendel, Werner Renberg, Leopold Rosenberg, Jetti Rosenberg, Gerd Kulp, Ruth Sondermann.
Von Cloppenburg: Joseph Jakobs, Max Jakobs, Gunther Frank, Max Frank, Ruth Simon, Hildegard Simon, Ilse Simon.
Von Wilhelmshaven: Inge Hartog, Ingrid Cohen, Hilde ter Berg.
Von Westerstede: Elsbeth Frank, Fred Strauß.
Von Rastede: 2 Kinder Pagener.
Von Vechta: Julius Gerson, Ilse Gerson.
Von Varel: Adolf Schwabe, Paul Schwabe.
Von Jever: das Kind Sternberg.
Von Nordenham: Renate Meyer.
Nicht alle kamen, manche wurden „entschuldigt".
Die Schulverordnung enthielt die Bestimmung: „Aus besonderen Gründen kann jü-

dischen Schülern der Besuch einer deutschen Volksschule ihres Wohnsitzes von mir gestattet werden." Eine ganze Reihe von jüdischen Eltern richteten Eingaben an das Ministerium, die im Nachlesen tragisch wirken: man wolle sein Kind vom Besuch der jüdischen Schule befreit sehen, denn die Eltern hätten ja schon lange als gute Bürger in Oldenburg gelebt und seien immer patriotisch oder sogar Frontsoldaten gewesen. Oder, das Kind sei schwächlich und nervös, usw. Die Eltern wußten eben gar nicht, worum es ging, daß Patriotismus keine Ausnahme bereitete und die Nervosität des Kindes eben gerade auf dem Besuch der Ortsschule beruhte. Zum Teil beurteilten diese Juden die Schule aus nichtjüdischer Sicht und fanden es entwürdigend für ihre Kinder, zur „Judenschule" gehen zu müssen. Den Eltern fehlte noch immer die völlige Einsicht in die Lage, in der sich die Juden befanden. Soweit die Nationalsozialisten in Frage kamen, gab es unter den Juden keine Standesunterschiede mehr. Der Landesrabbiner mußte daher die Regierung bitten, ihm von Befreiungsgesuchen Mitteilung zu machen, um in der Lage zu sein, mit den Eltern über die Realitäten des Lebens unter den Nationalsozialisten zu sprechen, und um sie dafür zu gewinnen, ihre Befreiungsanträge zurückzuziehen und ihren Kindern eine geschütztere Schulzeit zu sichern. In den meisten Fällen hatte er Erfolg.

Ein Jahr später, 1938, kamen die Kinder, denen Befreiung gewährt worden war, wieder zurück; ein neues Gesetz zwang sie dazu, zugleich waren die Eltern dankbar, daß es überhaupt eine Erziehung in Oldenburg gab.

Hätte die jüdische Schule zur Zeit der Kristallnacht nicht bestanden, so hätte eine neue nicht mehr gegründet werden können. Bestehende Schulen durften ihre Tätigkeit wiederaufnehmen, die Gründung neuer wurde von den Nationalsozialisten verboten. Man hätte die Kinder sofort in eine Großstadt, wie Hamburg, in die Sammelschule schicken müssen.

Am tragischsten erscheint das Protokoll, das eine Frau Celis Meyer aus Nordenham aufgab: Ihre Tochter Renate sei nur Halbjüdin, denn sie, die Mutter, sei in Wirklichkeit eine belgische, katholische Arierin. „Frau Meyer bat dringend, die Gründe dafür, daß ihre Tochter nicht als Jüdin gilt, aus familiären Gründen streng vertraulich zu halten. 20. 10. 37."

Von dieser Eingabe wurde der Landesrabbiner nicht in Kenntnis gesetzt.

Am Vorabend der Schuleröffnung, einem Sonntag, unmittelbar nach den jüdischen Herbstfeiertagen, fand ein feierlicher Gottesdienst in der Oldenburger Synagoge statt, zu dem alle Mitglieder der Landesgemeinde eingeladen waren. Der Kultus- und Erziehungsdezernent des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden, Dr. Galliner, kam aus Berlin. Völlig erblindet, führte er ein aktives Leben segensreicher Wirksamkeit. Es war der Sinn der Veranstaltung, den Charakter der Schule als eine jüdisch-religiöse Anstalt nachdrücklich zu betonen und ihre Bedeutung den Eltern ans Herz zu legen. Landesrabbiner Trepp wurde als Leiter „seiner Schule", wie Galliner sagte, bestätigt, die Lehrer in ihre Ämter eingesetzt. Die Bestallung des Landesrabbiners in seiner zuzüglichen Funktion war durch die Sonderverhältnisse bedingt. Er war als Erzieher ausgebildet und konnte daher vor allem die Erweiterung der Schule in Richtung zur Mittelschule betreiben. War er, auf Grund der Verfassung der Jüdischen Landesgemeinde von

1927, bereits mit der Oberaufsicht betraut (Paragraph 91), so wurde die Leitung der Schule durch ihn auf Grund eines Befehles der Nationalsozialisten verpflichtend. Der Befehl wurde etwas später veröffentlicht, war aber, dem Sinne nach, zur Zeit der Schuleröffnung bekannt. Er lag bereits dem gewährten Ansuchen des Landesrabbiners bei der Regierung um einen erweiterten Schulplan zugrunde.
Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland erließ die folgenden Regeln für jüdische Schulen, die von der Regierung verordnet worden waren: Das Ziel war „ein sich selbst begreifender jüdischer Geist, Willensstärke, jüdische Charaktere, Auswanderungsvorbereitung, Berufsumschichtung". Im einzelnen wurde gefordert: Religion und Hebräisch (4—6 Stunden), Bibel, jüdische Geschichte, Torahgesetz, Psalmen und Propheten waren zu studieren, wenn möglich im Urtext. Allgemeine und jüdische Geschichte waren ineinander einzubauen. Deutsch war aus jüdischen Texten zu lehren, Heimatkunde bedeutete jüdisches Gemeinschaftsleben, Erdkunde sollte sich mit Palästina beschäftigen, Musik mit Liturgie und jüdischen Kompositionen, Zeichnen mit jüdischen Stoffen. Der Landesrabbiner mußte nun den Lehrstoff den Oldenburger Gegebenheiten, vor allem den Schülern und ihrer Vorbildung wie auch den Lehrern, anpassen und überwachen. Darüber berichtete er regelmäßig der Schulabteilung des Preußischen Landesverbandes, die seine Berichte an die Reichsvertretung weiterleitet, wo sie der Regierung jederzeit zur Bezeugung jüdischen Gehorsams zur Einsicht auf Verlangen vorgelegt werden konnten. Der Traum Samson Raphael Hirschs war zur traurigen Wirklichkeit geworden.

Gehetzt und getrieben

Am 9. November 1938 brannte das Schulhaus nieder. Am 15. November verordnete das Reich, daß alle jüdischen Kinder aus den deutschen Schulen sofort zu entlassen seien, auch aus Sammelklassen. Nun kamen die Oldenburger Judenkinder, die einst „entschuldigt" waren, zurück. Die Schule überlebte die Zerstörung des Gotteshauses. Ihr Schicksal in den folgenden Jahren spiegelt die vollkommene Ächtung und Enteignung der Juden in Deutschland, aber auch ihren heroischen Kampf um die Erhaltung ihres geistigen Gutes bis zum Märtyrertod.
Mit der Zerstörung des Lebens wie der Gebäude und der Verschleppung der Männer waren die Verpflichtungen der Juden keineswegs aufgehoben. Nur eines hatte sich geändert: der letzte Rest jüdischer Vermögenskraft war ihnen genommen. Sie hatten nur noch das Leben, und das nahm man ihnen auch bald.
Inzwischen mußte alles weiterhin „legal" geführt werden, und hinter der Legalität verbarg sich der Mord, heimlich abwürgend im Anfang, ganz offen am Ende.
Am 11. November 1938, dem Tag nach der Vernichtung der Synagogen und Gemeindegebäude, dem gleichen Tag, an dem sich die Oldenburger Juden auf dem Transport nach Sachsenhausen befanden, schrieb das Stadtschulamt an den Minister der Kirchen und Schulen:

„Die Lehrer Katzenberg und Freund haben ihre Tätigkeit an der jüdischen Volksschule am 10. November 1938 aufgegeben. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß sie in der nächsten Zeit in den Schuldienst zurückkehren."

Liest man diese Benachrichtigung, ohne den Hintergrund zu kennen, so könnte man zum Schluß kommen, daß die beiden Lehrer einfach aus freiem Willen ihre Tätigkeit niederlegten. Weiß man, was dahinter steht, so erkennt man, daß dem Schulamt wohl bekannt war, daß die Lehrer für lange Zeit im Konzentrationslager sein würden. Die nüchterne Benachrichtigung wirkt gerade durch ihre gewollte „Sachlichkeit" schockierend. Alles wurde als selbstverständlich berichtet, man brauchte nicht einmal die Gründe für die Einstellung der Lehrtätigkeit anzugeben, man verstand sich, und man willigte ein. Der Bericht des Oberbürgermeisters von Oldenburg — Schulamt — an den Minister der Kirchen und Schulen vom 26. November 1938 zeigt wiederum das Streben nach „Legalität" und gleichzeitig das vollkommene Unberührtsein der Menschen am Leiden der Juden:

„Gelegentlich der Aktion am 10. November 1938 ist die jüdische Volksschule zerstört worden. Ich habe deshalb den Erziehungsberechtigten unterm 16. November 1938 mitgeteilt, daß der Unterricht an der Schule vorläufig ausfällt und der Wiederbeginn rechtzeitig mitgeteilt wird. Ich bitte von dem Veranlaßten Kenntnis zu nehmen. I.V. Bertram."

Die Schulbeamten im Ministerium nahmen allerdings nicht nur Kenntnis von dem Verfahren, sie nahmen das Problem ernst. Sie bemühten sich wirklich um eine Wiedereröffnung der Schule — aber wie und wo? Eine zweiklassige Schule kam nicht mehr in Frage.

Der Regierungsrat Eisenbart schrieb daher vorsichtig:

„Der Oberbürgermeister wird zu prüfen haben, wo die jüdische Volksschule wieder eingerichtet werden kann. 1. 12. 38."

Damit hatte er seine eigene Verantwortung auf den Oberbürgermeister abgeschoben. Im Gegensatz dazu war Heering wieder konkret und menschlich. Er bemerkte am 1. 12.:

„Wenn die Schule wieder geführt werden soll, muß die Stadt zunächst die äußeren Einrichtungen schaffen und der in Schutzhaft genommene Lehrer muß von der Polizei wieder freigelassen werden. Der Fortbestand der jüdischen Schule ist bisher nicht untersagt. Der Erlaß des Reichserziehungsministers vom 15. November d. J. verbietet den Juden, deutsche Schulen zu besuchen; sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen.

Demnach wäre es zulässig, die jüdische Schule wieder zu eröffnen. Fraglich ist mir, ob es den Gemeinden noch zugemutet werden kann, diese Schulen als öffentliche Volksschulen einzurichten; ob es nicht den Juden wieder selbst überlassen werden soll, für Unterricht und Erziehung ihrer Kinder durch Schulen zu sorgen, im Rahmen der ihnen zugelassenen kulturellen Betätigung.

Da die Frage von allgemeiner Bedeutung ist, möchte sich eine Anfrage beim Reichsminister empfehlen."

Darunter schrieb Pauly am 2. 12.:

„Anfragen beim Reichserziehungsministerium."

Es ist nun durchaus möglich, daß diese Randbemerkung Heerings die Entlassung Katzenbergs aus dem Konzentrationslager bewirkte. Er kam kurz darauf zurück, wurde also entlassen, obgleich er keine Auswanderungsmöglichkeiten hatte. Die Bemerkung, die Unterhaltungskosten betreffend, zeigt die völlige Abhängigkeit der Behörden von ihren

Vorgesetzten. Heering war von Pauly abhängig, mußte daher etwas Abwegiges schreiben, um sich als guter Beamter zu zeigen. Pauly hing wiederum von Berlin ab.
Ein Brief, der Heerings Ausführungen enthielt, wurde nun entworfen, aber nicht abgesandt, da am 17. Dezember 1938 eine Verfügung von Berlin ausging:

„Betrifft: Schulunterricht an Juden.
Durch meinen Erlaß vom 15. November 1938 ... habe ich angeordnet, daß Juden nur jüdische Schulen besuchen dürfen. Eine Neuregelung der Unterhaltung jüdischer Schulen ist in Aussicht genommen. Da es nicht angeht, die schulpflichtigen Juden in der Zwischenzeit ganz ohne Unterricht zu lassen, ist dafür zu sorgen, daß die bisherigen Schuleinrichtungen für Juden bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben. Die in den Schulgebäuden der allgemeinen Volksschulen eingerichteten Sammelklassen sind jedoch, wenn andere Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen, aufzulösen, da ein Unterricht an deutsche und jüdische Schüler im gleichen Gebäude nicht mehr in Betracht kommen kann.
Von der Zahlung von Zuschüssen an jüdische Privatschulen aus Mitteln des Staates wird künftig abgesehen. Soweit die Lehrer jüdischer Schulen ... ihr Gehalt bisher aus der Staatskasse oder einer anderen öffentlichen Kasse (Gemeindekasse, Landesschulkasse) erhalten haben, ist dieses bis auf weiteres weiterzuzahlen.
Die Haftentlassung der in Schutzhaft genommenen Lehrer wird durch die zuständigen Polizeibehörden veranlaßt werden.
Dieser Erlaß wird nicht veröffentlicht.
Im Auftrage, gez. Holfelder.“

Dazu notierten Eisenbart und Pauly:

„Durch umstehenden Erlaß erübrigt sich die Anfrage beim Reichserziehungsminister.
Ich schlage nachstehenden ... Entwurf vor:
einf. Abschrift des umstehenden Erlasses und darunter:
Gelangt an den Herrn Oberbürgermeister (Schulamt) Oldenburg.
Zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Hiernach sehe ich von der nach den mündlichen Besprechungen vorgesehenen Anfrage bei dem Herrn Reichserziehungsminister ab.
Über das Veranlaßte ist zu berichten.“

Warum waren die Nationalsozialisten an der Aufrechterhaltung des Unterrichts interessiert? Ein etwas späterer Bericht des Kreisschulrats Spiekermann mag zur Erhellung der Motive dienen. Die Kinder waren damals in einem völlig unzulänglichen Raum untergebracht. Daher erklärte Spiekermann, daß ihm zwar an den Kindern nichts läge, jedoch gebe die Unterbringung vor allem ausländischen Beobachtern ein negatives Bild des nationalsozialistischen Geistes und sei daher dem Ansehen der Regierung schadhaft. Diese Begründung beruhte wahrscheinlich auf einer Geheimverfügung von Berlin.
Die Welt war durch das Verbrechen des 9. November in tiefste Entrüstung geraten. Zur Zeit versuchte Hitler noch immer, das Wohlwollen Englands und Amerikas zu behalten. Daher kam, wie auch in jeder politischen Handlung, erst ein Streich, dann eine Ruhepause, und dann, wenn die Aufmerksamkeit der Welt abgelenkt war, wieder ein Schlag. Nach der „Vergeltungsaktion“ vom 9. November, deren Ursache man den Juden zuschob, wollte man nun der Welt zeigen, daß die Juden „ihre eigene Kultur und Er-

ziehung" unbehelligt weiterführen konnten. Hatten sie Privatschulen, d. h., wollten sie den Staat von jedem Einfluß ausschließen, so zog sich der Staat zurück und ließ den Juden ihr „Eigenleben". Wo immer der Staat jedoch öffentliche Schulen für die Juden errichtet hatte, war er bereit, sie weiter zu erhalten, um den Juden Erziehung in ihrer „eigenen" Kultur zu ermöglichen. Wie der Geheimerlaß zum Ausdruck brachte, war diese Regelung nur zeitweilig; sobald sich die Welt etwas beruhigt hatte, konnten die Nationalsozialisten einen neuen Schritt unternehmen. Daher blieb auch alles geheim.

Für Oldenburg zeigte sich hier nun der Wert der Schaffung einer öffentlichen Schule; hätte sie nicht bestanden, wären die Kinder sofort an irgend eine jüdische Schule in einer Großstadt zu gehen verpflichtet worden. So konnten die Eltern doch ihre Kinder noch für eine Zeitlang bei sich haben.

Allerdings verfügte der Erlaß, daß Juden nicht im gleichen Gebäude mit Deutschen untergebracht werden dürften, und damit begann nun die Wanderschaft der jüdischen Schule in Oldenburg.

Am 2. Januar 1939 wurde vom Oberbürgermeister verfügt:

„Die jüdische Volksschule wird mit sofortiger Wirkung in dem Gebäude Nordstraße 2, das von jüdischen Familien bewohnt wird, eingerichtet. Für die Schule stehen 2 Räume zur Verfügung, die für die Unterbringung der schulpflichtigen Kinder reichen. Ich bitte um Zuweisung des aus der Schutzhaft entlassenen Lehrers Moses Katzenberg ab 1. Januar 1939. i.V. Rundt"

Worauf die Regierung an Spiekermann schrieb:

„Der jüdische Lehrer Katzenberg ist zum 1. Januar ds.Jr. der jüdischen Volksschule wieder zugewiesen worden."

Für die Zeit im Konzentrationslager stand ihm sein Vertragsgehalt *nicht* zu.

Nun verstehen wir übrigens auch den Brief vom 11. November an das Ministerium: Lehrer Katzenberg und Freund hatten ihre Lehrtätigkeit eingestellt, und da es sich dabei um die „Entscheidung" der Lehrer handelte, die anscheinend lieber ins Konzentrationslager gingen als ihren Unterricht weiter zu erteilen, so stand ihnen für die Zeit ihrer Verschleppung auch kein Gehalt zu. Jetzt wurde Katzenberg wieder eingesetzt. Die Schule wurde einfach zwangsmäßig den Juden des Hauses aufgebürdet. Auch das war gang und gäbe, man preßte immer mehr Menschen zusammen.

Die Schule verblieb im Weinbergschen Hause, Nordstraße 2, bis zum März 1939. Dann wurde das Haus von den Nationalsozialisten „übernommen".

Am 1. April 1939 wurde die Schule in die frühere katholische Schule in Osternburg, Alteneschstraße 15, verlegt. Diese Diözesanschule war von den Nationalsozialisten aufgelöst und ihr Gebäude enteignet worden.[358]

Am 11. Juli 1939 kam die im Geheimbericht angekündigte Verordnung: Die Reichsvereinigung der Juden muß Schulen schaffen und die bestehenden bis zum 30. Septem-

---

358) Auch glaubenstreue Christen litten. Die Stellung der Nationalsozialisten geht aus einem Vermerk des Ministers Pauly in einer Akte hervor. Er erklärte u. a., daß eine Überwachung und Leitung des Religionsunterrichtes nicht notwendig sei. Die Bemerkung war so allgemein gehalten, daß es erkenntlich war, daß sie sich nicht nur auf den jüdischen, sondern jeden Religionsunterricht bezog. Der Glaube an Gott, dem alle Menschen gleichgeliebte Kinder sind, war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge.

ber 1939 übernehmen, sonst werden sie geschlossen. Der Staat zahlt nichts mehr. Öffentliche jüdische Schulen werden aufgelöst; dennoch sind die Juden verpflichtet, für die Schulung ihrer Kinder zu sorgen.

Am 31. Juli 1939 gab Lehrer Katzenberg seine Stelle auf, um nach England auszuwandern. Freund war bereits ausgewandert.

Ein neuer Lehrer, Ernst Israel Beer, übernahm den Unterricht. Er wurde von der Reichsvertretung der Juden bezahlt.

Im August 1939 wurde die Schule aus dem Hause Alteneschstraße 15 ausgewiesen: Eine Organisation der Nationalsozialisten hatte es in Beschlag genommen.

Am 23. August ersuchte die Reichsvertretung die Stadt um Erlaubnis, die Schule im Hause Achternstraße 56 unterzubringen. Dies wurde von der Stadt erlaubt und von der Gestapo verweigert, da das Haus Achternstraße 56 in der Mitte des Geschäftsviertels lag. Das Haus hatte bisher den Juden als Judenhaus zur Verfügung gestanden dank des Opferwillens des Besitzers Berg und seiner Angehörigen, vor allem Frau Steinthal. Die Familie war nach Südafrika ausgewandert und hatte daher keine persönlichen Schikanen zu erwarten, nur wurde der Kaufpreis immer niedriger. Aber das trugen sie willig, um ihren Glaubensgenossen solange wie möglich Unterkunft zu geben. Nun aber war auch dies zu Ende. Das Haus *mußte* verkauft werden.

Die Gesamtentwicklung ergibt sich am besten aus den Berichten. Bericht des Oberbürgermeisters (Schulamt) an den Minister der Kirchen und Schulen vom 7. September 1939.

„Betrifft jüdische Volksschule in Oldenburg:

Nachdem durch die zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz die ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland' für die Beschulung der jüdischen Kinder zu sorgen hat, sieht sich die Stadt Oldenburg nicht mehr genötigt, ihrerseits für den Schulbesuch der jüdischen Kinder in Oldenburg aufzukommen.

Durch die Vergeltungsmaßnahmen im November vorigen Jahres ist das jüdische Schulgebäude an der Peterstraße vernichtet worden. Die jüdische Volksschule wurde daraufhin in das Weinberg'sche Haus an der Nordstraße verlegt. Nachdem dieses Gebäude dem Reichsnährstand zur Verfügung gestellt wurde, hat die Stadt Oldenburg die jüdische Volksschule in ein Gebäude der früheren katholischen Schule an der Alteneschstraße verlegt. Nach Aufhebung der Konfessionsschulen war dies Gebäude der Ortsgruppe Osternburg der NSDAP, Abt. Volkswohlfahrt, zur Verfügung gestellt worden. Dieser Zustand konnte nicht von Dauer sein und entsprach nicht dem nationalsozialistischen Empfinden. Eine anderweitige Unterbringung der durch Verordnung vom 28. August 1937 der Stadt Oldenburg übertragenen jüdischen Schule war jedoch im Augenblick nicht möglich, da ein anderer Raum nicht zur Verfügung stand. Nachdem der an der jüdischen Volksschule beschäftigte Lehrer Katzenberg zum 31. Juli 1939 seinen Dienst gekündigt hat, um nach England auszuwandern, zum andern durch die zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz die Sorge für die Beschulung der jüdischen Kinder der Reichsvereinigung übertragen wurde, habe ich der Reichsvereinigung mitgeteilt, daß die Stadt Oldenburg einen Schulraum nicht zur Verfügung habe. Die Reichsvereinigung hat dann im Hause Achternstraße 56 einen Raum für die Unterbringung der jüdischen Schule gefunden.

Gegen eine Benutzung dieses Raumes bestehen keine Bedenken.
i.A. gez. Bertram, Beglaubigt; Böhm"

Schreiben der Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 4. Oktober 1939:

„An die Geheime Staatspolizei Oldenburg i. O.
Betrifft: Unterbringung der jüdischen Volksschule in Oldenburg
Unter Bezugnahme auf unsere Eingabe vom 23. August ds. Js. erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß bis heute keine geeigneten Räume für die jüdische Schule zur Verfügung gestellt worden sind. —
Wie wir erfahren, ist die Freigabe des Hauses Achternstraße 56 abgelehnt worden. Der provisorisch benutzte Schulraum ist viel zu klein und für Unterricht vollkommen ungeeignet. Wie wir erfahren, hat das Schulamt den Lehrer auf das Herrn S. Israel Ostro gehörige Haus verwiesen. Herr Ostro hat sich auch bereit erklärt, Räume für Schul- und Gemeindezwecke zur Verfügung zu stellen, falls die darin wohnenden arischen Familien anderweitig untergebracht werden können.
Da die Schulpflicht für jüdische Kinder nach wie vor besteht und wir verpflichtet sind, für eine Einschulung der jüdischen Kinder zu sorgen, bitten wir, die erforderlichen Anordnungen baldmöglichst zu treffen, um eine Durchführung der uns durch Gesetz auferlegten Schulpflicht möglich zu machen.
Bezirksstelle Hamburg der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland — Max Israel Plaut."

Max Plaut, der — wie alle Juden — jetzt auch den Namen Israel führen mußte, war ein Mann höchster Opferbereitschaft, der in der Zeit größter Not mutig und verantwortlich die Juden vertrat und für sie eintrat.

Liest man zwischen den Zeilen seines Briefes, so erkennt man die Unmenschlichkeit der Nationalsozialisten. „Der Schulbesuch der jüdischen Kinder ist zu erzwingen", sagte die Verordnung. Die Reichsvertretung ist für ihn verantwortlich und hat für die Schulen zu zahlen. Besuchten die Kinder keine Schule, so waren die Führer der Reichsvertretung schwerer Strafe ihrer Gesetzesübertretung wegen ausgesetzt. Es wurde dabei keinerlei Rücksicht darauf genommen, daß den Juden die Schulräume von der Partei entzogen und neue nicht zur Verfügung gestellt wurden. Nur dann, wenn Regierung, Partei, Gestapo und Ämter *alle* einer Unterbringung der Schule in einem gegebenen Hause zustimmten, konnte sie dort eingerichtet werden. Falls die Kinder jedoch nicht zur Schule gingen, da kein Haus zur Verfügung stand, wurden die Juden bestraft. „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!"

Inzwischen, am 28. August, hatte allerdings die Schule schon den Unterricht in der Kurwickstraße begonnen. Der Lehrer Beer hatte jedoch die Räume für vollständig unzulänglich erklärt, daher das Gesuch um Verlegung nach der Achternstraße. Mit dessen Ablehnung verblieb die Schule in der Kurwickstraße.

Am 28. Oktober 1939 erklärte nun der Kreisschulrat Spiekermann, daß die Räume in der Kurwickstraße für den Unterricht vollkommen unzulänglich seien. Wir führten seine Bemerkungen bereits an. Der Grund für seine Verordnung, die Kinder müßten eine andere Unterkunft finden, war, wie wir sahen, das Prestige der Partei und des

Reiches. Er erklärte, der jüdischen Gemeinschaft sei aufzuerlegen, einen neuen Raum zu finden. Es ist nun gar nicht klar, ob Spiekermann einfach einen Befehl erließ oder den jüdischen Kindern helfen wollte. Die Reichsvertretung hatte in der Staulinie ein Haus gefunden, und die Stadt reagierte günstig. Es mag nun möglich gewesen sein, daß man eine Erklärung des Kreisschulrates benötigte, um die Schule wirklich neu unterbringen zu können. Die Anordnung Spiekermanns kam nämlich erst dann, als das Haus schon gefunden war und lediglich einige Schwierigkeiten zu überwinden waren. Er gab daher den letzten Anstoß.

Die Entwicklung geht aus einem Schreiben hervor, das am 10. Oktober von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizei Wilhelmshaven, Außendienststelle Oldenburg (i. A.: Lüdeke) an das Ministerium der Kirchen und Schulen ging, von dort am 16. Oktober an das Schulamt des Oberbürgermeisters zur Prüfung und zum Bericht (i. A. Tantzen) und von dort wieder an die auftraggebenden Stellen zurück:

„18. Oktober 1939 — Der Oberbürgermeister — Schulamt
Die jüdische Schule hat am 28. August d. J. den Unterricht wieder aufgenommen, und zwar im Hause Kurwickstraße 5. Dieser Raum ist nach Angabe des jüdischen Lehrers Beer für den Unterricht ungeeignet. Es war deshalb in Aussicht genommen, die Jüdische Volksschule im Hause Achternstraße 56 unterzubringen. Dieses Haus ist inzwischen jedoch an den Kaufmann Lilie verkauft worden. Ein weiterer Plan, die Schule in das Haus Staulinie 17 zu verlegen, scheiterte daran, daß sich in diesem Haus noch ein arisches Geschäft befindet (Puppenklinik und Damenputz Schramm). Es wird versucht, für diese arischen Bewohner anderweitig Räume zu beschaffen. Das ist im Augenblick jedoch nicht möglich. Sobald für die genannten arischen Bewohner andere Räume zur Verfügung stehen, steht einer Umsiedlung der jüdischen Volksschule in das Haus Staulinie 17 nichts im Wege. I.V. Bertram."

Am 19. Dezember 1939 siedelte die Schule, die am 28. Oktober noch 12 Kinder hatte, nach der Staulinie über.

Gleichzeitig fragte Spiekermann bei der Regierung an, ob er die jüdische Schule noch weiterhin beaufsichtigen müsse, und erhielt die Antwort, daß dies nach wie vor seine Pflicht sei.

Die Schule verblieb nicht lange im Haus Staulinie 17. Ende April 1940 wurde sie aufgelöst und nach Hamburg verlegt. So wurden die Kinder von den Eltern getrennt.

Das Bestehen der Schule erlaubte jedoch Eltern und Kindern ein paar Jahre des Zusammenlebens. Hätte sie nicht bestanden, so hätten die Kinder viel früher von zu Hause weggemußt. Denn noch am 14. April 1942 erließ die Regierung in Berlin einen Erlaß, „die Erziehung und Unterbringung der Kinder fällt als Pflicht unter die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, ist aber von den öffentlichen Schulbehörden zu erzwingen".

Was ist so bedeutsam in der Geschichte dieser kleinen Schule, daß sie eine so eingehende Schilderung verdient? Sie spiegelt das Schicksal der Juden während des Dritten Reiches, nicht nur in Oldenburg, sondern in ganz Deutschland. Immer enger wurde der Bewegungskreis, immer stärker der Druck, immer unsicherer die Lage. Das Schwert der Vertreibung und Vernichtung hing immer über allen. Man legte Pflichten auf, ohne sich

zu kümmern, ob sie überhaupt erfüllt werden konnten. Und schließlich wurden Schule und Gemeinschaft aufgehoben, verlegt. Die Menschen verschwanden. Die Kinder gingen, getrennt von ihren Eltern, nach Hamburg. Sie fanden sich wieder in den Vernichtungslagern, wohin sie dann alle „verlegt" wurden. Von einem Tag zum anderen verschwanden die Menschen; sie waren verschollen, sie wurden vernichtet.
Der Überrest der Juden war im Hause Kurwickstraße 5 zusammengepfercht. Es lag in einer schmalen, krummen ghettoartigen Gasse. Seine Räume waren so unzulänglich, daß sogar der Kreisschulrat der Nationalsozialisten gegen die Unterbringung der Judenschule in dem Gebäude Einwand erhoben hatte. Sie wurden als gut genug angesehen, die ganze noch verbleibende jüdische Bevölkerung in ihnen unterzubringen, nebst Synagogenraum und Gemeindestube. Durch die Tür dieses Hauses gingen die Oldenburger Juden in die Vernichtungslager.

Wem gehört die Synagoge?

Als der letzte Landesrabbiner im Hause Achternstraße 56 eine Wohnung fand, wurde ihm von den Besitzern erklärt, daß sie unter Druck ständen, das Haus zu verkaufen, und daß mit einem solchen Verkauf der Landesrabbiner wieder wohnungslos werden würde. Über allen Juden stand diese Drohung, die sich im Schicksal der Schule spiegelt. „Natürlich" war bei einem solchen Verkauf alles „legal". Dem Juden wurde ein lächerlicher Preis angeboten, den er „freiwillig" annahm. Die Kaufsumme wurde dann von den Nationalsozialisten in Beschlag genommen, z. T. zur Abzahlung der Milliarde, die den Juden ja auf Grund des Todes des Herrn vom Rath auferlegt worden war.
Die Heuchelei geht aus dem Geschehen in Vechta hervor. Die dortige Synagoge stand zwischen den Wohnhäusern der Christen und konnte daher am 9. November 1938 nicht ohne Schaden für Arier verbrannt werden. Man mußte sie daher „kaufen", d. h. enteignen. Aber von wem konnte man einen Kaufvertrag erzwingen?
Am 7. Juli 1939 fragte man daher durch das Amt Vechta an, ob es noch eine jüdische Landesgemeinde gebe, damit das Haus verkauft werden könne.[359] Am 11. August fragte Oldenburg an, ob die jüdische Vertretung als Verein beim Gericht eingetragen sei. Am 17. August wurden die Fragesteller an den Juden Elias Meyer verwiesen, der in der Lage sein solle, Auskunft zu geben. Meyer sagte, daß es in Oldenburg eine jüdische Synagogengemeinde gebe, die von Julius de Beer betreut würde und ihren Sitz in der Kurwickstraße 5 habe. (Dies war das Judenhaus.) Vechta könnte vielleicht auch zu dieser Gemeinde gehören. Am 23. August berichtete die Kriminalpolizei, daß die Landesgemeinde mit der Synagogengemeinde Oldenburg identisch sein solle. (Die Juden standen unter der Überwachung der Kriminalpolizei.)
Am 26. August 1939 berichtete das Amtsgericht, daß die jüdische Landesgemeinde Oldenburg, bzw. die Synagogengemeinde Oldenburg, nicht im Vereinsregister eingetragen sei.
Nun war man sicher: Der Besitzer der Synagoge war verschollen. Die Landesgemeinde war verschwunden. Ihre Geschichte und ihr Schicksal hatten sich erfüllt.

---

359) O.S.A., Best. 134, 814.

Epilog: Rückkehrende Einkehr

Die letzte Akte, die sich im Staatsarchiv befindet, stammt vom Jahre 1948. Sie enthält ein Gesuch der Gemeinde um Bauholz, damit die Kapelle auf dem jüdischen Friedhof wieder aufgebaut werden könne.[360] An sich bestand Oldenburg als unabhängiger Bundesstaat nicht mehr, denn 1946 war es dem neugebildeten Staat Niedersachsen eingegliedert worden. Seine Geschichte, die — vom jüdischen Standpunkt gesehen — vielfach rühmlich war, hatte ihren Abschluß gefunden. Die jüdische Gemeinde sollte dem Staat bald folgen. Die Zahl der Überlebenden nach der Hitlerzeit war so klein, daß die Gemeinde trotz mutigen Versuches sich nicht als lebensfähig erwies.

1954 stattete der einstige Landesrabbiner der Gemeinde seinen ersten Besuch nach dem Krieg ab. Die Mitglieder im Land waren benachrichtigt worden und versammelten sich in einem kleinen Raum hinter der Schloßwache, der ihnen von der Stadt als Betraum zur Verfügung gestellt worden war. Beinahe alle Juden im Oldenburger Land kamen, und doch fehlte es an der notwendigen Zahl von zehn Männern, durch die ein Gottesdienst zum öffentlichen Gottesdienst wird. Dennoch hatte die Gemeinde den Mut zum Weiterleben. Ihr Führer war Julius de Beer, dessen tapfere Frau ihm das Leben gerettet hatte. De Beer fragte den Rabbiner um Rat. Der Gemeinde sollten einige Beträge der Wiedergutmachung zukommen. Sollte man sie zu einem Mahnmal verwenden oder zum Kauf eines Hauses, das alten Juden ein Heim sein könne und gleichzeitig einen Betraum enthalten würde? Der Landesrabbiner riet zum Kauf des Hauses, damit den Lebenden gedient sei. Die Gemeinde erwarb dann ein Wohnhaus in der Lambertistraße und richtete es zweckmäßig ein.

Der Friedhof war einigermaßen in Ordnung, doch fand sich in seiner Mitte ein Luftschutzbunker, der sich schwer entfernen ließ, da man fürchtete, bei seiner Sprengung würden Gräber beschädigt.

Neben dem Bunker war ein Massengrab nichtjüdischer, russischer Gefangener, die in der Gefangenschaft umgekommen waren.

Der Besuch bewegte den Landesrabbiner zu einer Darstellung jüdischen Schicksals im Aufriß, „Die Landesgemeinde der Juden in Oldenburg".[361] Zur Übergabe des Buches kam er dann wieder nach Oldenburg zurück, dieses Mal mit einer Gruppe seiner Studenten, die er auf eine Europafahrt genommen hatte. Auch seine Tochter Susan war in der Gruppe, alle anderen Teilnehmer waren christliche Studenten aus Kalifornien, der jetzigen Lehrstätte des früheren Oldenburger Rabbiners.

Inzwischen hatte sich viel entwickelt. Im Rahmen des deutschen Wiederaufbaus war die Stadt völlig erneuert worden, ohne jedoch ihren Charakter als Gartenstadt zu verlieren.

---

360) O.S.A., Best. 134, 802.
361) Oldenburg 1965.

Im Zusammenhang mit dem Besuch wurde den Studenten von der Stadt eine Rundfahrt gestiftet, die in ihnen einen begeisterten Eindruck auslöste. Eine Stadt hatte sich erneuert, ohne das Gute der Vergangenheit niederzureißen. In gleicher Weise hatte sich der Geist erneuert. Eine Christlich-Jüdische Vereinigung war gegründet worden, klein in der Zahl der Mitglieder, aber von großem Geiste erfaßt. Der Oberstudienrat Dr. Enno Meyer hatte es unternommen, allen früher in Oldenburg wohnenden Juden nachzuspüren, um ihre Adressen zu bekommen und mit ihnen in Verbindung zu treten. Am 3. August 1965 versammelten sich Juden und Christen im neuen Gemeindehaus zu einem Vortrag des Rabbiners und zur Diskussion. Man hoffte immer noch, erhalten zu können. Der Grundstein der Synagoge war gefunden worden. In ihm waren Zeitungen, Dokumente der Gemeinde, Münzen des Baujahres.[362]

Neue Bande wurden geknüpft. Seltsamerweise fehlte den älteren Geistlichen das Verständnis, daß das Judentum eine sich entfaltende Religion ist. Ein lieber alter Herr sagte: „Mit den Orthodoxen östlicher Abkunft kann ich beten, mit den modernen Juden kann ich's nicht." Hier lag noch immer das Problem, das Geiger schon erkannt hatte. Ein altes, fossiliertes Judentum konnte man als Überbleibsel der Vergangenheit begreifen; ein lebendiges zeitnahes Judentum mit einer lebendigen Botschaft kannte man nicht, und konnte man zu dieser Zeit aus dogmatischen Gründen noch nicht anerkennen. Erst das Ökumenische Konzil brachte darin Änderung. Aus dieser Bemerkung reifte jedoch im ehemaligen Landesrabbiner der Entschluß, wenn möglich für längere Zeit nach Oldenburg zu kommen, um vom lebendigen Judentum zu reden.

An diesem Abend kam es übrigens auch zu einer anderen Erkenntnis, die als Leitschnur gelten mag. Diejenigen Deutschen, die zur Hitlerzeit den Nationalsozialisten ablehnend entgegenstanden, aber nicht aktiv handelten, standen im Gefühl des bedrückenden Wissens um die Schuld. Diejenigen, die aktiv den Nationalsozialisten geholfen hatten, erklärten in der Regel, „wir haben nichts gewußt, wir hatten keine Schuld".

Der Morgen des nächsten Tages brachte einen feierlichen Gottesdienst in der Kapelle des Friedhofes und die Überreichung des Buches durch den Verfasser an den Oberbürgermeister.

Vor Abfahrt gab es noch eine Beratung. Die Stadt wollte ein Mahnmal auf dem Platze der früheren Synagoge errichten. Was sollte man darauf schreiben, um der Vergangenheit zu gedenken, der Zukunft Mahnung zu sein und im positiven Sinne ernster Liebe das Brudertum aller zu verkünden? Rabbiner Dr. Trepp schlug vor, den Satz des Propheten Malachi (2:10) der Nachwelt aufs Herz zu legen: „Haben wir nicht alle einen Vater! Hat uns nicht ein Gott geschaffen! Warum verachten wir einander?"

Dieses Zitat wurde auch angenommen und ein Mahnmal in der Form einer Mauer von Franz-Joseph Kampmann entworfen und in Oldenburg als Liebesgabe von der Bildhauerei angefertigt.

---

362) Wie Frau Meiners mitteilte, wurden diese Dokumente vom späteren Landesrabbiner von Hannover zur Auswertung übernommen. Da derselbe jedoch nach Israel ging, standen dem Verfasser die Dokumente leider nicht zur Verfügung.

Der Landesrabbiner kam 1967 wieder zurück. Der Stein war fertig, doch konnte er während der Aufenthaltszeit des Rabbiners noch nicht übergeben werden. Auf Tonband übermittelte Dr. Trepp seine Weiherede.[363]

Das Mahnmal kam in dem Augenblick, da die Gemeinde ihr Ende fand. Das Gemeindehaus wurde verkauft, das Vermögen zusammen mit dem Verkaufspreis und noch bestehenden Dokumenten wurde nach Hannover an die Gemeinde überführt. Die alten Geburtsregister der Landesrabbiner waren bereits nach Jerusalem ins Archiv Jad Va-Schem gegangen. Die Zahl der Juden war zu klein geworden, die Erhaltung der Institutionen bedeutete für die Landesgemeinde mit ihrem Sitz in Hannover eine zu große Belastung. Die wenigen Oldenburger Juden hatten keine Wahl. Gleich dem Staate Oldenburg sprachen auch hier die Verhältnisse gegen das Überleben.

Eine der Schmucktafeln der Synagoge wurde gefunden. Auf ihm standen die Worte „Bet Elohim", Haus Gottes. Sie befindet sich jetzt im Museum der Stadt.[363a]

1970 kam Dr. Trepp wieder zurück, dieses Mal mit seiner Frau, der Tochter des Landesrabbiners de Haas, die das Grab ihres Vaters besuchen und auch die alte noch lebende Hausgehilfin Selma nochmals sprechen wollte. Wie immer bei den Besuchen, waren sie Gäste der Stadt.

Der Bunker auf dem Friedhof war verschwunden. Das Massengrab der Russen war wohl versehen und durch eine kleine Gedenktafel würdig bezeichnet. Der Friedhof, der gleich den anderen Friedhöfen der Juden im Oldenburger Land aus den Wiedergutmachungsbeträgen an die Oldenburger Gemeinde nun von der jüdischen Landesgemeinde in Hannover betreut wurde, lag still zwischen den Häusern von Osternburg. Hier allein war noch Gemeinschaft, die Gemeinde bestand nicht mehr. Sie war lediglich durch Frau Frieda Meiners in den Gremien der niedersächsischen Judenschaft vertreten.

Zu dieser Zeit wurden die Pläne gemacht, die den früheren Landesrabbiner nochmals für längere Zeit nach Oldenburg bringen sollten. 1971 kam er für ein Semester zurück, um über das Judentum an der sich bildenden Universität Oldenburg zu lesen und grundlegend die Geschichte der Oldenburger Juden zu erforschen. Dieses Buch ist das Ergebnis. Gleichzeitig las er „Moderne Jüdische Theologie" an der Universität Hamburg.

Zur Zeit dieses Besuches kam er nun mit vielen Menschen Oldenburgs in Kontakt, sprach in allen Kreisen, hielt einen Gottesdienst für Juden und Christen — allerdings in der Synagoge von Bremen —, besuchte alle Friedhöfe des Landes und sah viele Stätten, deren Besuch ihm zur Hitlerzeit untersagt war. Zum ersten Male besuchte er z. B. das Museum im großherzoglichen Schloß und, ebenfalls als Gast, die Oldenburger Oper. Wiederum gab ihm die Stadt ihre Freundschaftshilfe, und wiederum war es der Oberstadtdirektor Heinz Rathert, durch dessen Großherzigkeit als Mensch und Freund der Aufenthalt zum bleibenden Erlebnis wurde.

Mit liebevollem Eifer arbeiteten Männer, wie Dr. Schieckel im Staatsarchiv, Dr. Meyer und Herr Friedrichsen, an der Festlegung jüdischer Geschichte in Einzelphasen. Der

---

363) Text der Rede im Anhang; s. Abb. 26.
363a) s. Abb. 25.

Archivdirektor Dr. Schmidt gab dieser Forschung weitgehende Förderung. Dem Verleger dieses Buches, Heinz Holzberg, war die Gestaltung des Werkes Herzensaufgabe. Unter der Geistlichkeit lernte der ehemalige Landesrabbiner zwei Pastoren kennen, unter ihnen den Pastor Schmidt, dessen ganze Familie sich aus Herzensneigung dem jüdischen Traditionsgut widmete. Ein Treffen aller Geistlichen, von Oberkirchenrat Wintermann vorgeschlagen, kam nicht zustande. Die traurige Frage ist: „warum?"

Aus Wildeshausen kam Dieter Sejtka, ein Offizier der Bundeswehr, der ehrenamtlich als Vorstand des Kreisjugendrings tätig war und mit seinen Jugendlichen den Friedhof schön zu erhalten versuchte. Auch dort gibt es ein russisches Massengrab.

Zum 1. Augut 1971, 35 Jahre nach seiner Amtsübernahme als Landesrabbiner von Oldenburg, erhielt der Verfasser durch den Oberbürgermeister Fleischer das Große Siegel der Stadt Oldenburg.

Die Friedhöfe im Oldenburger Land sind unter Betreuung der jüdischen Landesgemeinde Niedersachsen. Von Zeit zu Zeit besuchen Kinder die Gräber ihrer Väter. In nicht zu langer Zeit wird auch das zu Ende gehen. Dann geben allein diese Grabesstätten stummes Zeugnis ehemaligen Lebens.

Bis auf ganz wenige Menschen ist die Judenschaft Oldenburgs erloschen. Verkündet auch hier Oldenburg die Zukunft der deutschen Juden, wie es ja immer Spiegel und Künder jüdischen Schicksals war?

Die Christlich-Jüdische Vereinigung fand die Namen und Adressen von etwa 150 Juden, die zur letzten Zeit in Oldenburg gelebt hatten. Etwa 50 lebten in den Vereinigten Staaten und Kanada, 30 in Israel, 15 in Südamerika, 10 in Afrika und Australien. Im Jahre 1969, dem Jahr der letzten Liste, lebten außerdem 20 in europäischen Ländern, vor allem in England und Holland, 15 lebten in Deutschland. Im Oldenburger Land waren 13 ansässig. Die Zahl verringerte sich von Jahr zu Jahr.

Die Juden Oldenburgs waren schlichte, gute Menschen, die in einer guten Umwelt gute Bürger, Nachbarn und Freunde sein wollten — als Juden. „. . . damit man dich schätze, nicht obgleich du Jude bist, sondern weil du es bist", sagte Hirsch zu ihnen. So wollten es alle Juden in Deutschland. Alle blickten auf eine lange Geschichte zurück.

Konnten die Juden in den Großstädten sich rühmen, daß aus ihrer Mitte Männer und Frauen von großem Genie hervorgegangen waren, deren Beitrag die Gesamtmenschheit bereicherte, so konnten die Juden Oldenburgs wohl kaum auf solche Größe Anspruch machen. Sie waren Durchschnittsmenschen, darum verkörpern sie die Gesamtgemeinschaft.

Andererseits war die herzogliche Regierung beispielgebend für ihre Zeit, und das Bürgertum aufgeschlossen. Im benachbarten Osnabrück durften von 1431 bis 1800 überhaupt keine Juden leben, und noch im Jahre 1838 wurde einem dortigen Juden die Übernahme des Geschäftes seines geduldeten Vaters, einer Tabakfabrik, verweigert.[364] Die schlichten oldenburgischen Juden fanden sich in einer einzigartig günstigen Lage. Ihr

364) Karl Kühling: Die Juden in Osnabrück, herausgegeben von der Stadt Osnabrück, 1969, S. 41, 71.

Anschluß an die Bevölkerung wurde von der Regierung erstrebt und durch ihre Lebensbedingungen begünstigt. In Oldenburg gab es kein Ghetto. Aber gleichzeitig war es das Bestreben der Regierung, das Judentum in seinen Bekennern aufrecht zu erhalten. So wurden die oldenburgischen Juden zu jüdischen oldenburgischen Bürgern. Die großen geistlichen Führer, an deren Berufung der Herzog und die Regierung ebenfalls wesentlich beteiligt waren, konnten daher auf diesem Boden ein traditionsgebundenes und dennoch neuzeitliches Judentum schaffen. Hier liegt die Bedeutung und der Ruhm Oldenburgs.

Damit waren die kleinen Juden Oldenburgs vom Schicksal berufen, in ihrem Gesamtleben beispielhaft zu werden. Das Schicksal rief sie zur Größe und Bewährung. In der Stunde der Prüfung gaben sie ihre Antwort auf diesen Ruf. Sie gaben ihr Leben. Darum soll ihr Gedächtnis weiterleben und allen Menschen zum Segen sein.

Anhang

Anhang I

Brief Wechslers nach Amerika

Oldenburg, den 6t. Oct. 1863

Lieber Freund und College!
Die gute Gelegenheit ladet mich ein, Dir ein Wort des Grußes, der Freundschaft und des Lebens zu senden. Ein solches Lebenszeichen und wenn's auch nichts weiter ist, hat doch die Wirkung, die geistige Connexion anzuknüpfen, dem Freunde und Genossen zuzurufen: Ich bin auch noch da und stehe auf meinem alten Posten. Ach, es sind ja so viele von den Wackeren, die mit uns im gleichen Streben verbunden waren, schon von ihrem Posten gerufen und die Zahl der alten Gesinnungsgenossen wird immer kleiner. Und Ihr da drüben, Du und Einhorn, Ihr seid uns ja auch viel zu weit entrückt, als da eine beständige Verbindung sich erhalten ließe. Denn Einhorn, dem unartigen, habe ich vor zwei Jahren geschrieben zusammen mit Geiger von Salzbrunn aus, aber keine Antwort bekommen.
Wenn Du wissen willst, was ich treibe, so ist der Überbringer dieses, Lehrer und Cantor Wolf, im Stande, Dir genügende Aufschlüsse zu geben. Er war acht Jahre hier als Lehrer und Cantor, ging in meinem Hause viel ein und aus und ist in vieles, was mich u. meine Familie betrifft, eingeweiht. Er ist ein geweckter, freier Kopf, gut als Lehrer und Tüchtig als Cantor, und sei Dir empfohlen, wenn Du ihm irgend wie behilflich sein kannst.
Daß Stein in Folge unglücklicher Störungen von Frankfurt abgegangen ist, daß Geiger seine Stelle angenommen hat, und wie das gekommen — davon kann Dir Herr Wolf auch Naeheres erzählen. Er hat meine Korrespondenz mit Geiger darüber gelesen. Es ist viel davon zu erzählen. Obs Dich interessiert?
Wenn Du einmal Zeit und Lust hast, reich mir übers Meer die Bruderhand und laß mich einen Blick in Dein Leben und Treiben tun. Es wird Dir dafür dankbar sein

Dein alter Freund B. Wechsler

Meine 1. Frau läßt Dich herzlichst grüßen.

Noten des Verfassers: Der Empfänger des Briefes ist nicht angegeben. Ich nehme an, daß es Samuel Adler war, ein Mann etwa gleichen Alters, der gerade z. Z. von Wechslers Birkenfelder Tätigkeit in Alzey Rabbiner war. Die beiden Männer waren daher einander nahe, gingen beide zu den Rabbinerkonferenzen. Adler wurde Rabbiner des vornehmen Temple Emanuel in New York und dürfte daher die Möglichkeit gehabt haben, dem Cantor Wolf zu einer Stelle helfen zu können. Außerdem ist es wohl sicher, daß Wolf, wie die meisten Einwanderer, in New York landete und von dort aus sofort auf Stellensuche ging.
Leopold Stein war Reformrabbiner in Frankfurt und ein großer Gelehrter. Er verwickelte sich jedoch in Streit mit den Führern seiner Gemeinde, die u. a. seine Predigten und öffentlichen Äußerungen ihrer Zensur unterziehen wollten. So kam es zum Bruch.

Anhang II

Weiherede des ehemaligen Landesrabbiners Dr. Leo Trepp zur Enthüllung des Gedenksteins in Oldenburg: 24. September 1967

Ich spreche zu Ihnen, meine Damen und Herren, aus dem gleichen Raum in der Stadt Oldenburg, wo das Denkmal — das Mahnmal — heute geweiht wird. Leider ist es mir nicht möglich, zu diesem Tag der Einweihung hierherzukommen, da mich meine Pflichten wieder nach Amerika zurückrufen; doch habe ich der Einladung des Herrn Rathert gern Folge geleistet, bin hierhergekommen, habe einen herzlichen Empfang und die Möglichkeit gehabt, mir das Denkmal persönlich anzusehen.

So möchte ich vor allem Ihnen und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, ihren Vorstehern und Mitgliedern, dem Erbauer des Denkmals, durch dessen Spende es möglich war, es zu errichten, demjenigen, der das so wunderschön ästhetisch wirksam geplant hat, und Ihnen allen, die hier versammelt sind, meine Glückwünsche zu dieser Feier zum Ausdruck bringen.

Das Denkmal steht hier in der Form einer Mauer. Mauern haben eine doppelte Funktion. Mauern können trennen wie die Mauer in Berlin. Mauern können aber ebenfalls zu den Stützen eines Baues werden, der viele Menschen in sich einschließt. Die Mauern eines Gotteshauses sind solche Stützen, und zwar nicht nur für diejenigen, die der Religion angehören, denen das Gotteshaus im engeren Sinne geweiht ist, sondern für alle. Wir haben ja alle einen Vater, und ein Gott hat uns alle geschaffen, so daß daher jedes Gotteshaus mit seinen Mauern symbolisch zum Bau einer besseren Gott gegebenen und Gott gewidmeten Gemeinschaft beiträgt. Die verschiedenen Gotteshäuser entzweien nicht, sie vereinigen.

Dieser Gedanke, daß Menschen unter einem Gott vereinigt sind, war es ja gerade, der den Machthabern der Vergangenheit nicht genehm war. Darum fielen die Gotteshäuser und mit ihnen der Geist, den sie verkörperten. Dieses Geistes müssen wir gedenken. Die Mauer, die nun hier steht, sei demnach und daher Symbol der Stützmauer des Geistigen und Geistlichen und Gott Ergebenen, das alle Menschen zusammenschließen soll in einem einigen und einzigen Gebäude, dem Gebäude menschlicher Liebe und göttlicher Verehrung. Auf dieser Mauer steht nun ein Spruch, der aus der Bibel stammt. Diesen Spruch finden wir in deutsch und hebräisch. „Haben wir nicht alle einen Vater? Hat uns nicht ein Gott geschaffen? Warum denn verachten wir einander?" Man hat mal gesagt, wenn man einem Juden eine Frage stellt, antwortet er immer wieder mit einer anderen Frage. Hier haben wir es ja auch; und im Grunde genommen mag es recht sein, denn die Frage lädt ja zur Diskussion ein im Gegensatz zum Kategoriensatz, den man liest und vergißt. Die Frage macht es notwendig für uns, daß wir darüber nachdenken, daß wir antworten, daß ein Dialog entsteht, daß eine Diskussion sich entwickelt, daß der Geist und die Handlung neu eingespannt werden. Auf eine Frage muß man antworten. Darum haben wir hier auch die Frage. Die ganzen Fragen müssen nun in der rechten Weise beantwortet werden. Im Mittelalter wurde z. B. die Frage „Haben wir nicht alle einen Vater?" beantwortet, indem man sagte: „Ja, wir haben einen Vater. Aber z. B. ihr Juden seid

ihm nicht mehr lieb, darum verdient ihr Verachtung. „In der Zeit der Nazis wurde die Frage beantwortet, „Haben wir alle einen Vater?" Wir haben nicht alle einen Vater! Es gibt da verschiedene Rassen, die sind besser und andere sind schlechter; deswegen verdienen die schlechteren Verachtung."

Nur wenn wir alle 3 Fragen in der richtigen Weise beantworten, nicht einmal, sondern immer wieder beantworten, kann eine menschliche Gesellschaft entstehen, die dem göttlichen Willen entspricht und als gute Gesellschaft angesehen werden darf. Das ist die Botschaft, die der jüdischen Gemeinschaft, die ja im großen und ganzen jetzt verschwunden ist — nach beinahe 1800jähriger Lebenszeit in Deutschland —, durch diesen Stein vermittelt werden soll. Und wenn Sie dann an diesem Stein vorübergehen, dann mögen Sie denken: „Haben wir nicht alle einen Vater? Doch gewiß! Hat nicht ein Gott uns geschaffen? Doch gewiß! Warum denn verachten wir einer den anderen?" Dann prüfen wir: vielleicht ist es unser Egoismus, vielleicht ist es unser Bedürfnis zur Macht, vielleicht ist es unser Eigenwille, vielleicht ist es unsere Nachlässigkeit und unser Vergessen, daß wir ja alle im Leben der Gemeinschaft und im Bau der Zukunft der Gemeinschaft mitbauen müssen. Vielleicht ist es mangelnde Spannkraft, vielleicht ist es das Gefühl, „wir brauchen uns selbst da nicht hineinzuknien, andere können es für uns tun".

Diese und ähnliche Fragen sind es, die dann immer den Vorbeigehenden hoffentlich in den Sinn kommen. Wenn er sich dann diese Fragen stellt und wenn er sich dann diese Fragen in aller Ehrlichkeit des vollen Herzens und Aufrichtigkeit der Seele beantwortet, dann kommt er dazu, der Menschheit, der Brüderlichkeit, der Demokratie, der Liebe Gottes, der besseren Gemeinschaft einen Dienst zu leisten. Dann baut er Mauern, die die Menschheit umschließen. Nicht eine Antwort bietet diese Mauer, sondern eine Frage. Diese Frage, die den einzelnen dazu hinführen soll, sie immer wieder neu aus seiner eigenen Situation und Notwendigkeit und der Notwendigkeit der Gesellschaft zu beantworten, diese Frage ist in gewissem Sinne ein Vermächtnis der Judenheit. So hoffe ich und so bete ich, daß dieser Stein seinen Sinn erfüllen möge. Nicht um die Juden geht es, sondern um die Menschen.

Der Stein möge dazu beitragen, daß jeder einzelne, der dort vorbeigeht, in seinem täglichen Werk oder im Spaziergang sich gemahnt fühlt, ein besserer Mensch zu sein, größere Liebe in sich zu tragen, zu verwirklichen und sich in jeder Situation des Lebens und der Gemeinschaft tatkräftig darauf einstellt, daß wir wirklich alle einen Vater haben, daß ein Gott uns alle geschaffen hat und daß wir einander nicht mit Verachtung, sondern mit Liebe zu behandeln haben. In diesem Sinne spreche ich den Glückwunsch und die Hoffnung aus, daß der Segen Gottes über dieser Stadt und ihrer Gemeinschaft liegen möge und daß der Mahnspruch, der aus diesen Steinen spricht, sie weiterführen möge auf dem Wege der Brüderlichkeit und der Liebe unter der Führung des allgütigen Vaters, der uns alle geschaffen, der uns alle liebt und der von uns nur das eine verlangt, daß wir ihn lieben mögen mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzer Kraft und daß wir einander lieben wie uns selbst, jeder den anderen im Bau des Hauses, das uns alle gemeinsam in Liebe umschließt.

Anhang III

Friedhöfe und der Stand ihrer Erhaltung im Jahre 1971 [365]

Jede Synagogengemeinde in Oldenburg mußte unter dem Gesetz einen eigenen Friedhof haben, um als selbständig anerkannt zu werden. Daher entstanden eine Reihe kleiner Friedhöfe. Allerdings finden wir auch Mitglieder anderer Gemeinden in verschiedenen Friedhöfen beerdigt, z. B. sind Juden aus Delmenhorst in Wildeshausen beerdigt. Um die Gleichheit aller Menschen im Tode zu symbolisieren, verbietet das Religionsgesetz die Ausschmückung der Gräber mit Blumen und Blumenanlagen. Als gut gepflegt kann ein Friedhof angesehen werden, dessen Steine aufrechtstehen, dessen Wege gut erhalten und rein sind, dessen Gräber und Gesamtfläche von Unkraut gereinigt sind, in dem sich keine wildwachsenden Gräser und Kräuter finden und dessen Baulichkeiten in gutem Zustand sind. Im Oldenburger Land hatte nur der Friedhof der ehemaligen Synagogengemeinde Oldenburg eine noch bestehende Leichenhalle.

Im Folgenden soll die Lage der Friedhöfe, ihre Größe und ihr Zustand im Jahre 1971 kurz angeführt werden.

Oldenburg: Osternburg, Dedestraße; 2559 qm. Leichenhalle vernachlässigt und zerfallend; viel Unkraut und Abfälle.

Wildeshausen: an der Landstraße, Eingang der Stadt; 6911 qm; in gutem Zustand; wird von den christlichen Jugendlichen der Stadt gepflegt.

Delmenhorst: Syker Straße; 2594 qm; benötigte ein besser verschließbares Tor, da der Friedhof inmitten der Stadt liegt; Zustand: annehmbar.

Cloppenburg: Im Komplex des katholischen Krankenhauses; 1441 qm; benötigte eine Hecke, um den Friedhof visuell von den Hinterhöfen des Krankenhauses abzuschließen; Zustand: annehmbar.

Westerstede: Zeteler Straße; 828 qm; konnte nicht besucht werden.

Varel: Hohenberge bei Varel; 1822 qm; wurde während des Krieges als Flugabwehrstandpunkt benutzt, da der Friedhof auf einem Hügel liegt; Grabsteine scheinen verschwunden zu sein, andere waren im Wanken, gebrochen oder umgefallen; sonst annehmbar.

---

365) Statistische Angaben in „Bergen Belsen; Denkschrift zur 25. Wiederkehr der Befreiung; herausgegeben vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen", 1970, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover, S. 51.

Jever: Schenum; 1618 qm; wurde nach dem Kriege von Erich Levy gepflegt, der auch einige Steine der Synagoge dort aufstellen ließ, zusammen mit einem Denkstein an die Märtyrer, der allerdings seinem eigenen ästhetischen Empfinden entsprach und nicht generell zusagen mag; auch wurden auf dem Friedhof so viele Bäume gepflanzt, daß derselbe ganz verwachsen ist[366]; annehmbar.

Rüstringen: Schortens-Haidmühle; 5397 qm; ein gutgepflegter Waldfriedhof.

Vechta: Stoppelmarkt; 1076 qm; Steine waren umgefallen, sonst annehmbar.

Berne: Ranzenbüttel; 810 qm; konnte nicht besucht werden.

Ovelgönne: an einer der Ausfahrtstraßen; 573 qm; der Friedhof ist von weitem als Hain inmitten des flachen Weidelandes zu erkennen; die Grabsteine zeigten den Verfall durch Alter, sonst annehmbar.
Gesamtfriedhofsgebiet für Oldenburg: 25 629 qm.

Anhang IV

Die Synagogengemeinden der Landesgemeinde im Jahre 1937, ihre Einrichtungen und Vorsteher[367]

Landesrabbinat: Dr. Leo Trepp, Landesrabbiner.

Jüdischer Landesausschuß: Landesrabbiner: Dr. Leo Trepp;
Vorsitzender: Rechtsanwalt E. Löwenstein, Oldenburg;
Ordentliche Mitglieder: Max Weinberg, Brake; Rudolf Gutentag, Jever; M. Lippmann, Delmenhorst;
Rechnungsführer: Julius de Beer, Oldenburg

Jüdischer Landesgemeinderat: Landesrabbiner Dr. Leo Trepp; Elias Meyer, Oldenburg; Leopold Liepmann, Oldenburg; Bernd Baermann, Oldenburg; M. Lippmann, Delmenhorst; B. Teller, Delmenhorst; Hermann Cohn, Wilhelmshaven; Leo Hirschberg, Wilhelmshaven; H. Gröschler, Jever; Josephs, Jever; Hermann Heiersberg, Cloppenburg; Curt Schwabe, Varel; Gerson, Vechta; M. de Haas, Wildeshausen; Dr. L. Koopmann, Berne; Adalbert Meyer, Nordenham

Gemeinden:

---

366) s. Bildbericht Nordwest-Zeitung, Nr. 271, 20. November 1965. Der Verfasser möchte auch an dieser Stelle seinen aufrichtigen Dank Herrn Oberstudienrat Dr. Enno Meyer zum Ausdruck zu bringen, der ihn in seinem Wagen zwei Tage lang von Friedhof zu Friedhof fuhr und durch seine Kenntnis von deren Lage, wie auch durch seine Familienkenntnis, wichtige Hilfe gab.

367) Jahrbuch für die Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, 1937/38, S. 144—145.

Berne: Dr. L. Koopmann, Vorsteher; Synagoge war verkauft

Cloppenburg: Hermann Heiersberg, Vorsteher; Synagoge neben dem Friedhof; Religionslehrer: Baer aus Quakenbrück

Delmenhorst: M. Lippmann, Vorsteher; Synagogengemeinderat: der Vorsteher und B. Teller, Dr. H. Rothschild, Ernst Cohen, H. Abraham
Lehrer und Kantor: Alex Freund (später 2. Lehrer in Oldenburg)
Schule und Synagoge: Cramerstraße 20a
Israelitischer Frauenverein: Rosalie Hirschtick, Vorsitzende
Chewrah Kadischah: Morit Goldschmidt, Vorsitzender
Torah-Schreiber (Sofer): Steinbruch [368]

Jever: Hermann Gröschler, Vorsteher
Lehrer: H. Hartogson (für Jever und Wilhelmshaven)
Synagoge: Wasserpfortstraße

Nordenham-Brake: Adalbert Meyer, Nordenham, Vorsteher; die Synagoge in Brake bestand nicht mehr

Oldenburg: Leopold Liepmann, Vorsteher
Synagogengemeinderat: der Vorsteher und Samuel Jakobs, Heinrich Hirschberg, Kurt Meyer, Simon Lazarus; Stellvertreter: Meyer Grünberg [369]
Rechnungsführer: Julius de Beer
Lehrer und Kantor: Meyer Meiberg bis zu seinem Tode, dann Moses Katzenberg
Synagoge und Schule: Peterstraße 6
Chevrah Kadischah: E. Meyer, Vorsitzender; S. Ostro, stellvertretender Vorsitzender
Jüdischer Zentralverein: Dr. med. G. Rosenthal, Ortsgruppenvorsitzender
Israelitischer Frauenverein: Anni de Haas, Vorsitzende
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten: Bernd Baermann, Vorsitzender
Zionistische Ortsgruppe: Heinrich Hirschberg, Vorsitzender
Jüdischer Turn- und Sportverein: Abt. Schild: Adolf de Beer, Vorsitzender; Abteilung Makkabi: Walter de Beer, Vorsitzender
Synagogendiener: Normann Hesse

Rüstringen-Wilhelmshaven: Hermann Cohn, Vorsteher
Synagogengemeinderat: der Vorsteher und L. Cybryn, Leo Hirschberg
Kantor und Lehrer: H. Hartogsohn (zusammen mit Jever)
Synagoge: Parkstraße / Ecke Börsenplatz, jetzt Parkplatz

---

368) Er diente der ganzen Gegend als Torahschreiber; von ihm lernte der Landesrabbiner das Torahschreiben, um nötigenfalls Ausbesserungen nach der Auswanderung des Schreibers vornehmen zu können.

369) Meyer Grünberg fungierte als Hilfskantor, vor allem in der Periode zwischen dem Tod des Lehrers Meberg und der Berufung des Lehrers Katzenberg. Er gehörte zu den Familien, die ihrer polnischen Staatsangehörigkeit wegen im November 1938 deportiert wurden.

Varel: Curt Schwabe, Vorsteher
Synagogengemeinderat: der Vorsteher und Ludwig Frank, E. Visser
S. Rose, Ersatzmann und Rechnungsführer
Israelitischer Frauenverein: Frau Rosi Neumann, Vorsitzende
Synagoge: Osterstraße; Lehrerstelle unbesetzt

Vechta: Adolf Gerson, Vorsteher
Synagoge (wurde 1939 enteignet, s. o.)
Lehrer: Alex Freund aus Delmenhorst
Synagogendiener: Marx

Wildeshausen: Moritz de Haas, Vorsteher
Synagoge: Schulstraße (wurde 1938 verkauft)

Diese Angaben, die im großen und ganzen auf den Berichten der Vorsteher aus dem Jahre 1937 beruhen, sind nicht vollständig. Jever hatte mehrere der Synagoge angeschlossene Vereinigungen, wie Chavrah Kadischah, Frauenverein usw.; Rüstringen hatte sowohl eine Gruppe des Zentralvereins wie auch eine Zionistische Ortsgruppe usw.

Anhang V: Tabellen

Unter Benutzung der Tabellen in *Harald Schieckel: Die Oldenburgischen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers.*

A. Zahl der Juden, Prozentsatz der Juden im Vergleich zur Bevölkerung, Zahl der steuerpflichtigen Juden

Jahr	Zahl der Juden	Prozentsatz	Zahl der Steuerpflichtigen
1816	96 Familien		
1822	746 Seelen		
1837	780	0,37	
1850	711		
1852		0,32	
1861			186
1866			191
1867		0,35	
1871			205
1875	879		
1876			219
1885	946	0,35	257
1886			258

1891			266
1895	855		
1896			252
1900			259
1920			344
1925	1015	0,23	

s. S. 312

B. Einkommen der Juden — Zahl der Juden mit Höchsteinkommen

In Talern: 1862

über 7 000	1
über 10 000	1

In Mark:	1882	1900
7 000— 7 999	0	2
8 000— 8 999	1	4
9 000— 9 999	1	2
10 000—10 999	1	1
11 000—11 999	1	0
12 000—12 999	0	2
13 000—17 999	0	1
18 000—19 999	1	0
20 000—34 999	0	1
35 000—63 932	0	1

Steuern der Höchstzahler

In Talern: 1862

64	2
120	1
289	1

In Mark:	1882	1900
160— 179	7	4
180— 199	0	6
200— 299	1	7
300— 359	4	1
360— 499	0	2
500— 799	0	1
800—1 139	1	1
1 140—2 520	1	1

Steuern in Talern	Steuerzahler 1862	Prozentsatz 1862
0—2	81	42,1 %
3—10	75	39,0 %
11—25	24	12,2 %
26—50	8	4,1 %
51—100	2	1,4 %
über 100	2	1,4 %
Gesamtzahl	192	100,0 %

Steuern in Mark	Steuerzahler 1882	Prozentsatz 1882	Steuerzahler 1900	Prozentsatz 1900
0—8	80	31,9 %	64	25,1 %
9—32	100	40,0 %	75	29,7 %
33—77	34	13,5 %	54	21,3 %
78—152	24	9,5 %	38	15,3 %
153—300	10	4,0 %	16	6,2 %
über 300	3	1,1 %	6	2,5 %
Gesamtzahl	251	100,0 %	253*	100,0 %

* Die Diskrepanz zwischen der Zahl der Juden (259) und der Steuerzahler (253) beruht auf der Steuerfreiheit der Kultusbeamten.

1862 waren etwa 81 % in den untersten Steuerstufen, 1882 waren es etwa 72 %, 1900 etwa 55 %, was nicht auf einen steigenden Wohlstand hinweist, sondern vielmehr auf eine Erhöhung der Steuersätze.

Nach 1900 verringerte sich die Zahl der vermögenden Juden, z. T. durch Austritte, z. T. dadurch, daß die Lage Oldenburgs für die Erweiterung größerer Unternehmen nicht günstig war.

Bibliographie

OLDENBURGISCHE LANDESGESCHICHTE

Hermann Lübbing: Oldenburgische Landesgeschichte, Oldenburg o. J., Stalling. Gesamteinführung mit wertvollen Quellennachweisen, Illustrationen und Karten, vom Beginn bis 1947.

Hermann Lübbing: Oldenburg, Historische Konturen, Oldenburg 1971, Holzberg. Eine Sammlung, die u. a. einen Überblick über die Geschichte Oldenburgs, einen Grundriß der oldenburgischen Kirchengeschichte, einen Wegweiser der historischen Stätten im Oldenburger Land enthält, wie auch andere Arbeiten, Stammtafeln und Karten.

Hermann Lübbing: Oldenburg, Eine feine Stadt am Wasser Hunte, Oldenburg 1971, Holzberg. Eine Dokumentensammlung, die wertvolle Aufschlüsse über das Leben in Oldenburg vom 11. bis 20. Jahrhundert aus zeitgenössischen Berichten übermittelt.

G. Rüthning: Oldenburgische Geschichte, Volksausgabe in 1 Band, Oldenburg 1937, Stalling. Gesamteinführung in die Landesgeschichte.

JUDEN UND JUDENTUM IN OLDENBURG

Leo Trepp: Die Landesgemeinde der Juden in Oldenburg, Oldenburg 1965 (Oldenburger Balkenschild, Nr. 25—28), Stalling. Einführung in die Geschichte der Juden in Oldenburg mit Beschreibung der Einzelgemeinden, Bildern, Karten und statistischen Tafeln.

David Mannheimer: Gesetzessammlung betreffend die Juden im Herzogtum Oldenburg, Oldenburg 1918, Landsberg.

Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, XLV. Band, 19. u. 21. Stücke, 1927.

Enno Meyer: Die im Jahre 1933 in der Stadt Oldenburg ansässigen jüdischen Familien (Old. Jahrb., Bd. 70, 1971).

Enno Meyer und Carl Gustav Friedrichsen: Anschriftenverzeichnis der in 1967 und 1969 noch lebenden oldenburgischen Juden (nach schriftl. Vervielfältigung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Oldenburg).

Harald Schieckel: Die jüdischen Wehrpflichtigen in Oldenburg von 1867—1917 und ihre Vorfahren; Genealogie, Jg. 20, 1971, S. 428—434, 464—469, 495—499, 526 bis 529, 569—572. Wertvoller Beitrag.

Harald Schieckel: Die oldenburgischen Juden in Wirtschaft und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Jahrb. f. niedersächs. Landesgeschichte, Bd. 44, 1972, S. 275—303).

Jahrbuch für die Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte; Nr. 9, 1937/38; enthält auch einen Aufsatz von *Leo Trepp: Hirsch und Graetz in Oldenburg,* außerdem Listen der Gemeindeorganisationen.

DARSTELLUNGEN DES JUDENTUMS VON OLDENBURGER RABBINERN

EINZELDARSTELLUNGEN

Joseph Mendelssohn: Eine Ecke Deutschlands, Oldenburg 1845, Schulze. Zeitgenössische Beschreibung des Lebens in Oldenburg mit einem wertvollen Kapitel über die Juden und Wechsler.

Karl Peters: Salomon Mendelssohn. Ein Beitrag zur Geschichte des Turnwesens (Old. Jahrb., 58. Band, 1959, S. 79—111).

D. Ramsauer: Von den Juden zu Dedesdorf (Jahrb. f. d. Geschichte d. Hzgts. Oldenburg, Bd. 11, 1902, S. 144—151).

GESAMTDARSTELLUNGEN

Leo Trepp: Das Judentum, Geschichte und lebendige Gegenwart, Hamburg 1970, Rowohlt-Taschenbuch.

Leo Trepp: Judaism, Development and Life, Los Angeles 1966, Dickenson, Neubearbeitung 1973.

Leo Trepp: Eternal People, Engelwood Cliffs, N. J., 1962, Neubearbeitung 1973, Behrman House, N.Y.

Leo Trepp: Moderne jüdische Theologie, Heidelberg 1973/74. Mit einem Kapitel über Samson Raphael Hirsch.

Werke oldenburgischer Landesrabbiner in Deutsch.

Samson Raphael Hirsch: Neunzehn Briefe über das Judentum, Altona 1836 und spätere Nachdrucke.

Samson Raphael Hirsch: Choreb, Versuche über Jisroels Pflichten, Altona 1840 und spätere Nachdrucke.

Samson Raphael Hirsch: Gesammelte Werke, Frankfurt 1920 ff. Band IV enthält den Artikel gegen Wechsler.

Kommentar zum Pentateuch u. a.

Bernhard Wechsler: Zur Geschichte der Versöhnungsfeier, Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben, Breslau, 1863, Jahrg. 2; S. 113—125 (im Folgenden „Zeitschrift" genannt).

Die Leviratsehe, ihre Entstehung und Entwicklung, „Zeitschrift" 1862, Jahrgang 1, S. 253—263.

Die Aufgaben der Synode, „Zeitschrift" 1970, 8. Jahrgang, S. 28—35.

Drei Reden, Oldenburg 1842, Schulze.

Drei Predigten, Oldenburg 1854, Schulze.

Der Beruf des Rabbiners, Oldenburg 1862, W. Berndt.

Die Auswanderer, ein Vortrag, gehalten im Verein für Volksbildung zu Oldenburg am 20. Dezember 1846; Oldenburg 1846, Stalling.

s. auch *W. Gunther Plaut: The Rise of Reform Judaism,* New York.

The World Union for Progressive Judaism, 1963, Auszüge (in englischer Übersetzung) von Wechslers Referaten auf verschiedenen Rabbinerkonferenzen.

Heinrich Graetz: Konstruktion der jüdischen Geschichte, Berlin 1936, Schocken.

Heinrich Graetz: Jüdische Geschichte; viele Nachdrucke.

Register

A
Adler, Nathan Marcus, Landesrabbiner: 6, 16, 35, 42, 81, 84, 86—119, 120, 122, 123, 124, 131, 134, 136, 194, 214, 222, 235, 246, 285
Abschiedspredigt: 112—119
Berufung: 90—91
Colloquium: 91—93
Empfehlungsbriefe: 86—87
Empfehlung Hirschs: 119
Erziehungswerk: 104, 168
Gehalt: 89
Judeneid: 93—104
Lebenslauf: 88—89
Prediger: 113—119, 136
Synagogenverordnung: 88, 105—112
Adler, Samuel, Rabbiner in New York: Anhang
Amerika: s. Vereinigte Staaten
Amsterdam: 21, 30
Anhalt-Zerbst (Fürstenhaus): 15, 36
Antisemitismus (Judenhaß): 27, 41, 57, 80, 94, 144, 222, 252 ff. (theologisch motiviert), 258 (politischer Einfluß), 263 f., 271—272 (Hetzschrift), 277 ff., 287, 296—297, 298 f., 307—308, 309 bis 314, 319 ff.
Anton Günther, Graf: 15, 23, 29
Aschkenasim: 21
Aufklärung: 16, 37
Ausländer (Aufnahme): 24, 32, 35, 38 (Peter), 41, 42, 44; 66, 72, 218, 279, 287, s. Ostjuden

B
Baeck, Leo, Rabbiner: 324, 349n
Leo Baeck Institute: 8
Ballin, Familie: 48, 288
Gottschalk Joseph, Gemeindevorstand: 57—74, 83, 85, 89, 89n, 92, 135, 141, 194, 208, 218, 223, 225, 229, 234, 241
Albert, Gründer der HAPAG: 279
Bamberger, Seligman Baer, Rabbiner: 251
Bant: 284, 291; s. Wilhelmshaven
Beer, Ernst Israel, Lehrer: 364, 365
Behr, Alexander, Rabbiner: 86
Berg, Besitzer eines Judenhauses zur Hilfe der Juden: 332, 364
Bernays, Isaak, Oberrabbiner von Hamburg: 86, 119, 124, 194, 204
Berne: 23, 32—33, 48, 51, 55, 167, 181 bis 182, 192—193, 231, 267, 269, 284, 286, 376
Berufe der Juden: 33, 48, 51, 63—64, 70—71, 240, 267
Geldwechsler: 20, 27—28
Kleinhändler: 33, 34, 71
Krämer: 28
Schlachter: 22, 23, 48, 71, 75 ff., 267, 328
Birkenfeld, Oldenburger Landesteil: 208, 216, 221n, 267n, 285, 311
B'nai B'rith, Orden: 331
Bloch, Geschwister: 329, 330
Bockhorn: 22, 24, 223
Bonn: 119 f., 208
Brake: 32, 184n, 193, 267, 284, 285, 296
Bremen: 13, 14, 18, 19, 23, 29, 30, 32, 40, 143 ff., 224, 252, 275, 331, 371
Pastorenstreit: 143, 145, 199
Bürgerrechte der Juden: 6, 7, 26, 39, 40, 45—46, 47, 52, 57—74, 67, 103 f., 218, 230, 275, 277 ff., 281 ff., 296 f., 314
Beschränkung: 278—279, 280, 287
Entzug: 322—333; s. auch Nationalsozialisten
Bürgerpflichten der Juden: 40, 59, 69, 100, 136 ff., 141 ff., 196 ff., 199

s. auch Adler, Hirsch, Mannheimer, Wechsler, Patriotismus
Bukofger, Manfred: 318
Bultmann, Fritz, Pastor: 327, 328—329, 330, 344
Rudolf, Theologe: 328
Burhave: 184
Buttel: 183

C
Casino Club: 224
Christen, Christentum: 16 f., 38 f., 70, 160 ff., 165, 250, 264, 298—299, 310 bis 312, 315, 326, 339, 345, 363, 369
und Juden: 7, 8, 29—30, 40 f. (Ehe), 59, 70, 74 ff., 144 ff., 147, 199, 202 f., 222 f., 224, 238n, 250, 252 ff. (Haß), 254—257, 273 (über Jesus)
Bekenntnissynode: 311
Deutsche Christen: 311
Christians, Regierungsbeamter: 290, 306, 309, 311, 312, 313, 321, 336—337
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Gesellschaft für —: 8, 369
Cloppenburg: 48, 50, 53, 167, 169—171, 192—193, 222, 231, 250, 267, 284, 286, 297, 358, 377
Cohen, Hermann, Philosoph: 207, 295
Cohen, Salomon, Rabbiner: 85 f.

D
Dänemark: 13, 15, 20, 21, 23—24 (Friedrich V.), 29
Dedesdorf: 74—83
de Beer, Familie: 333—334, Julius: 367 bis 368
de Haas, Philipp, Landesrabbiner: 114n, 298—325, 327, 370
Familie: 301
Gehaltskürzung: 314
Inflationsprobleme: 302 ff.
Kampf um Staatszuschüsse: 303—308, 309—314
Lebenslauf und Berufung: 300—301
Preußischer Landesverband, Eintritt in —: 314
Verfassung der Landesgemeinde: 315 bis 317
Delmenhorst: 22, 25—26, 27, 39—40, 41, 48, 53—54, 55, 168, 176 n, 191, 192—193, 202—203, 231, 267, 269, 281, 284, 286—287, 297, 304, 318, 328, 346, 348, 358, 375
Dohm, Christian von, Christlicher Kämpfer für jüdisches Bürgerrecht: 36
Drittes Reich: 6, 321; s. Nationalsozialismus

E
Eid: 25, 34, s. Adler
Amtseid: 46, 103, 268, 317
Bibel: 95—96, 100—101
Christen: 98
Eidesbelehrung: 94, 98, 102, 135
Schulchan Aruch: 96—97
Talmud: 97
Einheitsgemeinde: 250, 286
Einhorn, David, Landesrabbiner in Birkenfeld, später in Amerika: 285
Elsfleth: 193, 267
Emden: 120, 121, 135 f., 268
England: 35, 36, 39, 88, 105, 106, 338, 362, 371
Erziehung und Unterricht: 40, 41, 45, 46, 105, 118, 233
Landesschule der Juden: 346—367
Lehrer: 55, 102, 104, 111, 167—168, 171—182, 219—220, 269, 274, 316 bis 317, 354, 355—357
Ausbildung: 168, 174, 176, 208, 354, 356
Gehalt: 168, 269—270, 285, 305, 358 — Ruhestandsgehalt: 291, 302

Lehrplan: 185—190, 353—354, 357, 360
Ortsschule: 177, 180, 184—188, 192, 233, 287, 346, 359, 362
Privatschulen: 176, 233, 269, 281, 287, 347
Schulbücher: 104, 188—189
Staatszuschuß: 221n, 281 ff., 286, 293, 303—307, 309—314, 355
Rabbinische Leitung: 16—17, 46; *Adler:* 90, 92n, 104—105, 168; *Hirsch:* 121, 142, 168—190; *Wechsler:* 232; *Trepp:* 346—367
Unterricht: 169, 172—182, 274, 280, 283, 287—288, 346 ff.
Eutin: 15, 25, 27, 30, 31, 35

F
Finkh, von, Ministerpräsident: 284, 299, 315
Frankfurt a. M.: 86, 119, 120, 208, 222, 244, 246, 278; s. Rabbinerkonferenzen
Frankreich, französische Herrschaft: s. Napoleon
Frensdorf, Salomon, Zadik, Rabbiner: 120, 194, 208—209
Freund, Alex, Lehrer: 329, 339, 353, 354, 355, 357, 360, 364
Friedhöfe: 52, 54, 55, 368, 370, 371, 375 ff.; Anhang
Bestimmungen: 294
Streit: 52—54, 84
Friedrich August, Großherzog (1900 bis 1918): 17, 35, 220, 292, 299, 330
Friedrich August, Herzog (1773—1785): 15, 25
Friedrichsen, Carl Gustav, Christlich-Jüdische Vereinigung: 8

G
Galliner, Julius, Rabbiner, Kultus- und Unterrichtsdezernent, Preuß. Landesverband: 359
Ganderkesee: 48, 55, 168, 175, 191n, 231, 328 f.
Geiger, Abraham, Rabbiner, Führer des Reformjudentums: 6, 84, 85, 120, 121, 201, 205, 207, 209, 210—213, 235, 236, 238, 263, 264, 369, Anhang
Gleichberechtigung der Juden: s. Bürgerrechte
Glück, J., Landesrabbiner: 268, 269 bis 272, 275
Goldensted: 183
Goldschmidt, Familie, Älteste Schutzjuden: 23, 24, 26—31, 223
Gottorp, Fürstenhaus: 15—17, 227
Graetz, Heinrich, Historiker, Schüler Hirschs: 6, 121, 203—207
Brief an Hirsch: 203
Geschichtsauffassung: 206—207 (Messias: 206)
Jüdische Geschichte — Konstruktion der jüdischen Geschichte: 206
Konservatives Judentum: 206—207
Lebenslauf: 204—206 (Oldenburger Zeit: 204—205)
Gramberg, Regierungsbeamter: 310, 315
Großherzöge: 6 — siehe unter Einzelnamen
Friedrich August (Herzog): 15, 25
Peter Friedrich Ludwig (Herzog): 15, 16, 34, 35, 36—42, 62, 81, 85, 121, 136 f., 201, 205
Paul Friedrich August: 17, 129, 137, 222, 226—227
Nikolaus Friedrich Peter: 17, 220, 222, 227
Friedrich August: 17, 220, 292, 299, 330

H
Hamburg: 25, 30, 85, 86, 119, 143 (Feuer), 173, 222, 226, 234, 244 ff., 251 ff., 256, 366
Hannover: 42, 61, 72, 87, 90, 91, 94, 112, 113, 266, 370

Hardenberg, Fürst, Fürsprecher für Juden: 58
Heering, Ministerialdirektor, Schuldezernent: 351—352, 353, 357, 361, 362
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Philosoph: 119, 128n, 142, 194, 201, 206
Heine, Heinrich, Dichter: 86
Heine, Salomon, Führer im Wiederaufbau Hamburgs nach dem Feuer: 253
Herbart, Johann Friedrich, Pädagoge: 190n
Herbst, Joseph, Rabbiner: 325
Herkunft früher jüdischer Ansiedler: 48, 55, 56
Hertz, Joseph, Chief Rabbi des Britischen Reiches: 333, 338, 341
Hesse, Normann, Synagogendiener in Oldenburg, mit Familie umgekommen: 335, 374
  Margarete, Frau des obigen, Handarbeitslehrerin a. d. jüd. Schule: 358
Hildesheim: 20
Hirsch, Samson Raphael, Landesrabbiner: 6, 16, 42, 68n, 84, 85, 88, 92, 113, 114n, 119—207, 208, 213, 214, 215, 216, 222, 228, 235, 237, 244, 252, 286, 291, 295, 297, 326, 328, 330, 360, 371, s. Graetz, Landesrabbinat
  Amtswohnung: 133—134
  Choreb: 197, 204
  Empfehlung und Prüfung: 122—124
  Geschichtsphilosophie: 195
  Gehalt: 126—132
  Hegel: 141—142, 195
  Lebenslauf: 119
  Lehrpläne: 185—190
  Menschheit: 205, s. Neunzehn Briefe
  Neunzehn Briefe: 73n, 124, 132, 142, 184, 193—201, 203, 208
  Prediger: 120, 124, 205—206
  Rabbinatskrise: 126 ff.
  Reisen und Reisespesen: 192—193
  Scheidungsgesetze: 134
  Schiller: 136
  Schulinspektionen: 167 ff., s. Erziehung
  Soziale Gerechtigkeit: 145
  Staat und Juden: 119, 120, 127—132
  Streit mit Wechsler über jüdisches Eherecht: 242 ff.
  Theologie: 119, 120, 193 ff.
  Trennungsorthodoxie: 119, 246, 250
  Verlobung und Heirat: 128, 132—133
  Wesen des Judentums: 146 ff., 195 ff., 238n
  Wissenschaft und Judentum: 198 ff.
Hitler, Adolf: 14, 298—299, 321, 329, 338—339, s. Nationalsozialismus
Hoffaktoren: 20—21; s. Mustaphia
Holdheim, Samuel, Rabbiner der extremen Reform: 237—238
Holland: 13, 18, 26, 39, 371
Hollmann, Anton Georg, Generalsuperintendent der Kirche, Vorsitzender der Prüfungskommission für Adler und Hirsch: 90, 91 ff., 93, 94, 101 f., 122, 123, 124, 125
Holzberg, Heinz; Eigentümer, Holzberg Verlag, Verleger und Förderer des vorliegenden Werkes: 8, 371

I

Israel, Staat: 7, 241, 251, 371

J

Jaspers, Karl, Philosoph, gebürtiger Oldenburger: 328, 370n
Jever: 13, 15, 20, 36, 48, 49, 51, 53, 55, 58, 173, 178—181, 192—193, 225 bis 227, 228, 231, 267, 270, 275, 284 bis 285, 286, 304, 330, 358, 377
Jodenstrate (Strückhausen): 18—19
Josephs, Joseph David, führender Jude Jevers: 330
Jüdische Geschichte: 6, s. Graetz, Hirsch im Urteile Herzog Peters: 38
Juden: s. auch Schutzjuden
  Berufe: s. d.

Bürgerrechte: s. d. und Kriegsdienst, Militärpflicht, Ehe, Sabbat
Brunnenvergiftung: 19
Erziehung: s. d.
Herzog Peter: 36—42, 43—47, s. d.
Polnische: 32, 33, 39, 48, 172, 338, 339, s. auch Ostjuden, Polen
Zahl: 34, 43, 48, 71, 72, 266, 312, 348
Judenboykott: 322—323; s. Nationalsozialismus
Judeneid, Geschichte und Abschaffung: 93—104, 155, s. Adler
Judengesetze:
des Landes Oldenburg:
Vorverordnungen: 62
von 1827: 45 ff., 57 ff., 62, 64 ff., 313
von 1848: 229—230
von 1851: 219, 230
von 1858: 229 ff.
von 1911 (Austrittsgesetz): 289 bis 290
von 1927: 229, 315—317
Schulgesetze:
Allgemeine: 230, 347—348
von 1830 für Juden: 166n, 188 bis 189
von 1858: 230, 233
von 1937 für Juden: 355—356
des Reiches:
Nürnberger Gesetze: 323—324, 346, 348
Mischlinge: 352
Schulgesetze: 360, 366
Judenhaß: s. Antisemitismus
Judenhaus: 343, 366, 367
Judentum:
Austritt aus dem Judentum: 219, 273, 275, 280, 283, 284—285, 286—288, 289, 293, 295—296, 304, 306, 308
Austrittsgesetz: 289—290
Religions- und Gesetzesformen:
Bar Mitzvak: 93n
Beerdigung: 52—54, 290—291
Diebstahl: 153 ff.
Ehegesetze: 134—135, 211—213, 211n, 242 ff.
Einheit Gottes: 165 ff.
Emanzipation: 197, s. Wechsler
Entweihung des göttlichen Namens: 98n
Ethik: 249
Erbsünde: 148
Fest- und Fasttage: 99, 107—109, 273—274, 240 ff.
Fluch: 155 ff.
Frau, Stellung der —: 106, 108n, 248—249
Fremdenliebe: 151—152
Friede und Krieg: 159 ff.
Gebotsbefolgung: 197 ff.
Gott: 123, 148 ff.
Gott der Liebe: 156 ff.
Gottesbegriff: 148 ff.
Gottesdienst: 46, 76—82, 92, 93, 106—112, 200, 205, 225, 285 bis 286, 359, 368
Gottesgefolgschaft und Freiheit: 159 ff.
Künftige Welt: 116, 118, 199, 203
Land und Boden: 153 f., 196
Lebensaufgaben: 164 f.
Lohn und Strafe: 144
Menschenpflichten, Menschheitsaufgabe: 144—145, 148 ff., 155, 238n
Messias: 152 f., 197, 206, 210, 238n, 264
Monatsbeginn: 240 f.
Nächstenliebe: 58, 69, 199, 202 f., 261, 278
Noachiden: 154
Opferkult: 123
Orgelfrage: 211n
Patriotismus: 69 ff., 136 ff., 141, 196 ff., 199, 215 f., 269, 276 bis 279, 297, 317

Predigt: 92, 111, 136 ff., 234, 236
Recht: 158
Reinheit vs. Götzenkult: 153 ff.
Religion und Vernunft: 38
Sabbat: 237 ff., 238n, 302
Schächten (Schlachten): 22—23, 53, 90, 278, 285, 293, 297, 322
Synagogenordnung: s. Adler
Tauchbad: 93n
Tod und Unsterblichkeit: 160 ff.
Torah: 56, 195 ff., 215
Torahlesung: 55, 107, 109, 110
Torahschreiber: 374
Universalismus: 150 ff., 238n
Versöhnungsfeier: 210
Volksaufgabe: 155 ff., 196 ff., 238n
Völkerhaß: 160
Vorbeten, Vorbeter: 55, 107, 108, 285
Wesen des Judentums: 148 f., 194 f., 256 ff.
Wissenschaft des Judentums: 198, 200, 236
Wohlfahrtspflege: 294, 331

K
Kant, Immanuel, Philosoph: 125, 199
Karl der Große: 14, 18, 35
Katholiken: 15, s. Christen
Katzenberg, Moses, Lehrer: 340, 354, 356, 357, 360, 361, 363, 364
Kley, Israel, Reformprediger und Schuldirektor, Hamburg: 226
Kloppenburg, Heinz, Pastor: 311
Kol Nidre: Abschaffung des —: 97 und Fußnote
Konrad, Graf: 14, 19
Konservatives Judentum: 6, 206—207, 251
Koopmann, Familie: 179, 377
Kopenhagen: 15
Kreuzzüge: 18; gegen Stedinger: 18

L
Landesgemeinde: 46, 111 f., 219, 230, 231 ff., 281, 289, 291, 304, 309—311, 315—317, 350, 359, 367, 373—380, Anhang
Landesausschuß: 303n, 307, 312—313, 316, 345—346, 350
Landesgemeinderat: 232, 274, 281, 288—290, 294—297, 303, 307, 315, 316, 327, 330, 345—346, 349—350
Landeskirche: 15, 218—219, 227
Landesrabbiner: 16, 39, 54, 60n, s. Adler, Hirsch, Wechsler, Glück, Mannheimer, de Haas, Trepp
Amt: 89 ff., 232, 249—250, 316, 324, 346
Amtseid: 46, 268, 317
Disziplinarverfahren (Gesetz): 274, 316
Gehalt: 66, 89, 126—132, 218, 221, 229—230, 268, 270, 273, 276—277, 301—303
Kandidaten: 85—86, 273, 300
Oberhaupt der Landesgemeinde: 232, s. Wahl und Funktionen
Reisespesen: 192—193, 303
Wahl und Funktionen: 41, 42, 46—47, 54, 66, 83 ff., 85, 89 ff., 104, 116 f., 168, 215, 216—217, 219, 275, 284 bis 285, 300, 316, 324, 345—346
Landesverband der jüdischen Gemeinden Niedersachsen: s. Niedersachsen
Landsberg, Familie: 174—175, 191, 223
Moritz, Gemeindevorsteher: 275, 300
Landtag (Regierung): 281—286, 303 bis 315
Debatte über Zuschüsse: 281—286
Geheimzählung der Judenkinder: 325, 347
Parteien: 282—283
Regierungsberichte über Schule: 350 bis 351
Schulgesetze: 347, 350, 359—360

Lazarus, Ivan, erster Jude im Konzentrationslager: 335
Lebensformen in Stadt und Land: 39, 47—52, 74—83, 132, 222—225, 266 bis 268, 280, 292—295, 299, 308, 317—319, 323—325, 327—331, 332 bis 336, 348, 368 ff.
Lessing, Gotthold Ephraim, Dichter: 37, 224, 265
Liberalismus, jüdischer, s. Reform
Lilienthal, Max, Rabbiner in Rußland und Amerika: 228
Locke, John, Philosoph: 37
Löwenstein, Ernst, Rechtsanwalt, Vorsitzender: 325, 339, 345, 353, 355
Luther, Martin: 47, 58, 95
Lübbing, Hermann, Oldenburger Historiker: 16n, 19n, 20n, 91n, 172n, 227, 311n, 315n, 318n, 328n, 381
Lübeck: 60, 175
Ludendorff, Franz, Judenhetzer: 307 bis 308

M
Maimonides, Moses, Philosoph: 98n, 125, 198, 200
Mainz: 326
Mallet, F., Bremer Pastor: 143, 251 bis 265, s. Bremen
Mannheimer, David, Landesrabbiner: 17n, 46n, 229n, 230n, 266n, 273—298, 300, 302—303, 329
  Austritte und Austrittsgesetz: 289
  Ehrentafel für Kriegsgefallene: 297
  Gefangenengottesdienste: 277
  Kampf gegen Antisemitismus: 296 bis 298
  Lebenslauf: 272—277
  Militärrabbiner: 276
  Religionsunterricht: 284, 285, 288
  Sohn fällt im Kriege: 276
  Verband der deutschen Juden: 278
  Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums: 295
Marranen: 21
Meiners, Dieter: 18n
  Frieda, Gemeindeführerin, Überlebende Theresienstadts: 8, 277, 344, 369n, 370
  Heinrich, Lebensretter seiner Frau: 344
Mendelssohn, Joseph, Schilderer des Oldenburger Lebens: 36n, 179n, 221n, 222—225, 237, 240, 287
Mendelssohn, Moses, Philosoph, Wegbereiter der Emanzipation: 36, 67, 84 f., 85, 94, 194, 198, 201
Mendelssohn, Salomon, Oldenburgs ‚Turnvater': 223, 225—227
Metternich, Clemens Wenzel, österreichischer Kanzler: 59
Meyer, Enno, Oberstudienrat, Erforscher jüdischer Geschichte: 8, 389, 381
Militärdienst: 7, 40, 45, 50—51, 59, 68, 276—277, 279, 297, 317, 323, 345, 348, 358
Münster: 13, 14, 20, 28, 171, 172, 330
Mustaphia, Familie, Hoffaktoren (s. dort): 21
Mystizismus: 106, 207

N
Napoleon I. und französische Herrschaft: 16, 42, 43, 46, 47, 48, 49, 57, 58, 74, 81, 119, 137—141, 142, 223, 244
  Sanhedrin: 58—60, 69
Napoleon III.: 319
Nationalgeist: 7, 41—42, 50, 58—59, 68, 196 ff., 199, 215 f., 297, 317; s. Judentum: Patriotismus
Nationalsozialismus: 17, 171, 220—221, 222, 229, 252, 287, 297, 299, 301, 306, 308, 309 ff., 314, 317, 318—319, 326, 358, 363, 364—365, 369, s. Hitler
  Arier: Wohnverbot von Juden mit —: 363 ff.

Auflösung der Stiftungen: 331, 343
„Endlösung": 343, 345
Enteignung am Jom Kippur: 343 bis 344
Gestapo: 335, 344, 365
Grynszpan, Herschel: 339
Judenboykott: 322—323
Judenhaus: 366, 367
Kristallnacht: 338—342, 359, 362
Konzentrationslager und Verhaftungen: 323—324, 335, 339—343
Nürnberger Gesetze: 323—324, 346, 348
Polnische Juden, Vertreibung: 337 bis 338
Rassenschande: 334—335
Rassenschulen: 346 ff., 350
Neo-Orthodoxie: 17, 207; s. Trennungsorthodoxie, Orthodoxie, Hirsch
Niedersachsen, Land: 5, 8
Landesverband der jüdischen Gemeinden: 5, 370
Staatsarchiv, Oldenburg: 8
Nikolaus Friedrich Peter, Großherzog (1853—1900): 17, 220—221, 222, 227
Nikolsburg, Stadt in Mähren: 120, 121, 205
Nordenham: 291, 358, 359

O

Oldenburg, Land: 5—8, 13—17, 21, 42, 60—61, 72—73, 277, 281 ff., 294, 299, 303—307, 323—331, s. Dänemark, Großherzöge, Juden, Landesgemeinde, Landesrabbiner, Landtag, Mendelssohn, Napoleon, Schutzjuden
Dänische Herrschaft: 15, 21, 32, s. Dänemark
Eigenart und Geschichte: 13—20, 39
Staatsrechte: 232 ff., s. Landtag
Oldenburg, Stadt: 8, 14, 19, 22, 26—31, 48—52, 54, 55, 56, 66—67, 72—73, 85, 88, 167, 222 ff., 226, 231, 268, 275—276, 281—282, 284, 285, 286, 290, 292, 293—294, 297, 308, 317, 324, 331, 335—338, 342, 343, 348 bis 349, 350, 356, 357, 358, 359, 363 bis 364, 368, 373, 374; Anhang; s. Großherzöge, Juden, Landesgemeinde, Landesrabbiner, Landtag, Mendelssohn, Napoleon, Schutzjuden
Freibrief: 19, 26—31
Leibesübungen: 226, 231; s. Mendelssohn, Salomon
Universität: 14
Oldenburg-Stiftung: 8
Oldenburger Urkundenbuch: 19n
Orthodoxie: 84, 91, 105, 119, 120, 125, 132, 177, 191, 193, 201, 205, 206, 209, 213, 217, 236—237, 243, 246, 247, 249, 251, 265, 273, 283, 285, 286, 295, 326; s. Adler, Hirsch, Mannheimer, Neo-Orthodoxie, Trennungsorthodoxie
Osnabrück: 13, 28, 372
Osternburg: 221, 284, 363 f., 370
Ostjuden: 7, 24, 32, 33, 69, 92n, 108n, 172, 229, 280, 285, 287, 297, 318, 348, 369, s. Polen
Ovelgönne: 23, 32, 33, 51, 52—53, 55, 84, 95, 105, 167, 168, 175, 180, 183 bis 189, 231, 268, 269, 291, 376, s. Hirsch

P

Parteien: 282—283, 299, s. Landtag
Paul Friedrich August, Großherzog (1829 bis 1853): 17, 129, 137, 222, 226 bis 227
Pauly, Staatsminister unter Nationalsozialisten: 309, 311, 312, 314, 321, 336—337, 361, 362, s. Nationalsozialismus
Pestalozzi, Johann: 188, 189—192, 194, 201, 207
Peter Friedrich Ludwig, Herzog (1785

bis 1829): 15, 16, 34, 36—42, 62, 81, 85, 121, 136 f., 201, 205
Juden: 16
Lebenslauf: 15, 35—40
Memorandum über Judentum und Juden: 36—42
Ehe, Kriegsdienst, Sabbat: 40—41
Rabbiner für das Land: 39—40
Religion und Vernunft: 37—38
Zulassung von Ausländern: 38
Plaut, Max, hingebender Vertreter der Juden in der Nazizeit: 365
Polen: 32, 33, 39, 50, 172, 266, 338, 339, s. Ostjuden
Polygamie: 243
Preußen: 35, 42, 59—61, 64, 68, 72, 99n, 171, 190, 218n, 221, 234, 266, 280
Preußischer Landesverband Jüdischer Gemeinden: 314, 315, 325, 327, 349, 359, 360
Protokolle der Weisen von Zion: 319 bis 320

R
Rabbinerkonferenzen: 6, 198, 209, 213, 217, 218, 236 ff., s. Reform, Wechsler, Geiger
Braunschweig: 69, 73
Breslau: 238, 240, 241
Frankfurt: 73
Ramsauer, D., Pastor: 74—83
Rastede: 221, 348, 358
Rathert, Heinz, Oberstadtdirektor i. R., Förderer dieses Werkes: 7, 308, 344, 371
Reform: 6, 35, 73, 84, 85, 91, 105, 119, 125, 134, 192, 193—194, 198, 199, 200, 201, 206, 209—217, 226, 236 ff., 243, 249, 250, 251, 264, 265, 285, 295, s. Rabbinerkonferenzen, Wechsler, Geiger
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (Reichsvertretung . . .): 324, 335, 349, 360, 364, 365, 366, s. Baeck
Kindertransporte: 335
Religion: s. Peter, Judentum, Orthodoxie, Reform
Reyersbach, Familie: 48, 175n, 223
Georg: 273, 286
Paul: 289
Franz: 289, 335
Riesser, Gabriel, Jüdischer Kämpfer für Emanzipation, Mitglied des Parlamentes in der Paulskirche, Frankfurt: 234n, 247 f.
Rippner, Rabbiner: 268
Röver, Carl, Nationalsozialistischer Gauleiter: 309, 311, 313, 314, 321, 322
Romantik, deutsche: 119, 190, 220, s. Hirsch
Rosenberg, D. „Rabbiner": 56—57
Rosenzweig, Franz, Theologe: 198, 295
Rüstringen: s. Bant, Wilhelmshaven
Rüthning, Gustav, Oldenburger Historiker: 18n, 48n, 221n, 266n, 376
Rußland: 13, 15, 35, 36, 42, 81, 141, 235, 277, 280, 293, 319, s. Zaren

S
Sephardim: 21, 69, 86, 199
Spangemacher, Staatsminister vor und in der Nazizeit: 309, 311, 314, 322
Spiekermann, Kreisschulrat: 356, 357, 362, 363, 366
Spitta, Pastor, Helfer der Juden in der Nazizeit: 344
Staat und Kirche: 17, 218—219, 282 bis 284, 309—311, 315, 319
Staatsgesetz ist religionsgesetzlich bindend: 69, 100, 243, 248, 249, 322
Stedingen: 18
Steuern: 6, 230n, 250 f., 267, 268, 270, 284, 289, 302—305, 309, 315, s. Landesgemeinde, Anhang

Schulsteuern: 233, 269, 270, 280, 281 ff., 284—285, s. Landtag
Strückhausen: 18, 19
Synagogen: 36, 39, 54—55, 88, 105 f., 118, 169 f., 172—184, 220—222, 270, 291—292, 318, 336, 337, 360, 367, Anhang, s. Landesgemeinde und Ortsnamen
Ehrentafel für Kriegsgefallene: 276 bis 277
Enteignung: 367
Verkauf: 337
Zerstörung: 337, 360
Zwangsversteigerungsurteil: 336
Synagogengemeinden: 175n, 229—231, 316, 337, s. Landesgemeinde, Ortsnamen
Ende: 370
Synoden: 209—213, 237, s. Rabbinerkonferenzen, Geiger, Wechsler
Leipzig: 210 ff.

Sch
Schächten: 22—23, 90, 278, 285, 293, 298, 322
Schieckel, Harald, Archivoberrat, Historiker, maßgebliche Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden Oldenburgs, Förderer dieses Werkes: 8, 22n, 74n, 89n, 179n, 221n, 223, 267n, 288n, 335n, 344n, 371, 381
Schleiermacher, Friedrich, Theologe: 125
Schmidt, Heinrich, Archivdirektor, Historiker, Landesgeschichte Niedersachsens, Förderer dieses Werkes: 8, 371
Schulchan Aruch, Religionsgesetzbuch: 96, 97, 107n, 239, 271—272, 301
Schulwesen: s. Erziehung
Schutzgeld: 20, 22—25, 46, 66, 90, 126, 131, 171, 229—230, s. Oldenburg, Schutzjuden
Schutzjuden: 7, 19, 22—36, 43—45, 46, 48, 63—66, 225, 286, s. Oldenburg
Schwabe, Familie: 23, 27, 32, 48, 51, 52, 84, 86, 126, 130, 134, 223, 225, 288, s. Jever, Oldenburg, Varel, Landesgemeinde
Schweden: 13

T
Talmud: 38, 68, 69, 91 f., 92n, 94, 97 ff., 100n, 121, 125, 168, 194, 204, 215, 242, 249
Tempel zu Hamburg: 86, 119, 244, 246, s. Hirsch, Hamburg
Theologie: 38, 119, 120, 122—124, 145 bis 166, 177, 192, 235 ff., 371, s. Hirsch: Neunzehn Briefe, Judentum, Wechsler
Tilemann, Heinrich, Oberkirchenrat: 311, 328
Todeserklärung: 243
Trennungsorthodoxie: 119, 246, 250 f., 295, s. Hirsch, Orthodoxie, Neo-Orthodoxie
Trepp, Leo, Landesrabbiner: 92n, 97n, 101n, 108n, 205n, 227n, 241n, 326 bis 360, 367, 368, 369, 370, 381, 382, Anhang
Gemeindewerk: 331—336
Kristallnacht und Konzentrationslager: 337—342
Lebenslauf: 326—327
Mahnmal: Vorschlag der Inschrift: 370
Weiherede: 372
Schule: 345—360
Antrag zur Gründung: 354—355
Gründung und Leitung: 345—360
Verleihung, Großes Siegel der Stadt Oldenburg: 371
Werke: 381, 382
Trepp, Maier, Vater des Obigen: 279, 326
Abraham, Bruder des Maier, Lehrer in Osnabrück, deportiert: 345

U
Über die bürgerliche Verbesserung des Juden: 36, s. Dohm

V
Varel: 24, 39, 48, 51, 52, 55, 167, 176 bis 178, 191, 192—193, 231, 267, 269, 270, 281, 284, 286—287, 289, 304, 344, 358, 378, s. Landesgemeinde, Oldenburg
Vatikanisches Konzil II (1965): 264, 369
Verband der deutschen Juden: 277, 280 f.
Vechta: 48, 53, 55, 58, 172—173, 175, 192—193, 228, 231, 267, 269, 284, 286, 329—330, 334, 344, 358, 367, 378, s. Landesgemeinde, Oldenburg
Vereinigte Staaten von Amerika: 145, 210—211, 214, 220, 244, 248, 280, 283, 285, 322, 324, 326, 341, 342 bis 343, 362, 371, Anhang
Neger: 145, 166

W
Wallheimer, Familie: 48, 223, 289
Bruno: 334—335
Hermann: 274
Wangerooge: 296
Wechsler, Bernhard, Landesrabbiner: 6, 16, 42, 68n, 69n, 85, 171, 208—268, 287, 310, 319, Anhang
Birkenfeld, als Landesrabbiner in —: 208—209
Charakter: 213—214, 217, 224—225, 265
Ehegesetze (Scheidungsrecht): 210 bis 213, 242—251, s. Hirsch
Festtage: 213, 240 f.
Frau, Rechte der —: s. d.
Hirsch, Kontroverse mit —: 242—251
Jesus und Neues Testament: 256 ff.
Judentum, Charakter als Religion, nicht als Volk: 256—257, 260
Judenverordnung: 229—234
Lebenslauf: 209
Mallet, Verteidigung des Judentums gegen —: 251—265
Patriotismus: 215
Prediger: 214—216, 265
Regierung, Verhältnis zur —: 217 bis 218
Sabbatfeier: 237 f.
Staat und Kirche: 218—219
Synoden: s. d., Rabbinerkonferenzen
Theologe: 235 ff., s. Stichwörter über behandelte Gegenstände
Theorie und Praxis: 210, 216
Verteidiger des Judentums: 251—265
Wissenschaft und Fortschritt: 236 ff.
Weinberg, Familie: 280, 284, 288, 296, 363
Weltkrieg I: 6, 276—277, 279, 280, 296 bis 297
Kriegsgefangene in Oldenburg: 277
Weltkrieg II: 368
Kriegsgefangenengräber: 368, s. Oldenburg, Wildeshausen
Westerstede: 48, 55, 167, 168, 267, 348, 358, 375
Wiener Kongreß: 57, 59—60, 62, 225
Wildeshausen: 15, 32, 48, 49, 55, 173 bis 174, 183, 192—193, 228, 231, 269, 284, 286, 337, 358, 371, 375, s. Landesgemeinde Oldenburg
Vertreibung des Juden: 19
Wilhelm II., Kaiser: 279, 298
Wilhelmshaven-Rüstringen: 13, 219, 231, 276, 284, 286, 291, 324, 373, 377, s. Landesgemeinde, Mannheimer, Oldenburg
Wise, Issac Mayer, Rabbiner, Gründer des amerikanischen Reformjudentums: 211n

X

Y

Z
Zarenhaus: 15, 35, 36, 47, 227, 235, 227—228, s. Rußland
Katharina die Große: 15, 35, 36
Nikolaus I.: Chef des Hauses Gottorp: 227
Einfluß auf Oldenburg: 227—228
Alexander II.: 228
Nikolaus II.: 319
Zwischenahn: 48, 55, 168, 182—183, 348
Zionismus: 207, 318, 374
Zunz, Leopold, Gründer der Wissenschaft des Judentums: 84, 85, 88n, 234